Gindely, Anton,

Rudolf II und seine Zeit 1600 - 1612

Bd.: 2

Prag (1865)

Rudolf II und seine Zeit.

1600—1612.

Von

Dr. Anton Gindely,

k. k. Professor an der Karl-Ferdinands-Universität zu Prag.

Band II.

Prag.

Carl Bellmann's Verlag.

1865.

Druck und Papier von Carl Bellmann in Prag.

Vorrede.

Wie jedes Geschichtswerk eigentlich unabgeschlossen ist und sein Inhalt theilweise nur als eine vorbereitende Erzählung für eine spätere Zeit angesehen werden kann, so gilt dies in ganz besonderer Weise von diesem Werke über Rudolf II, das mit dem zweiten Bande zum Abschlusse gelangt. Die Geschichte der Ereignisse von 1600—1612 ist, wie ohnedies allgemein anerkannt ist, nur als eine Vorgeschichte des 30jährigen Krieges aufzufassen; der Gang meiner Studien hat mich selbst davon am nachdrücklichsten überzeugen können. Beim Beginne meiner Forschungen, welche die Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618 und damit den Anfang des 30jährigen Krieges zum Gegenstande hatten, nahm ich das Jahr 1618 zum Ausgangspunkte an und nachdem ich mit der größern Hälfte der Arbeit fertig geworden war, sah ich ein, daß es mir nicht möglich sein würde der Lösung meiner Aufgabe gerecht zu werden, wenn ich nicht die ständischen Verwicklungen auf dem Boden der österreichischen Monarchie bis auf ihren Beginn unter Rudolf II verfolgen würde. Dies war auch die Ursache meiner daran sich knüpfenden Studien über Anhalt, über die Begründung der Union und Liga und über Heinrich IV, die ich in diesem Werke niederlegte und die, wie mir scheint, nöthig waren, um die Bewe-

gungen der Jahre 1608—1611, die für die Gestaltung von Mitteleuropa von entscheidender Wichtigkeit zu werden versprachen, die aber doch nur jene von 1618 vorbereiteten, bis zu ihrer ursprünglichen Veranlassung zu verfolgen.

Indem ich nun mit dieser Vorbereitungsgeschichte des böhmischen Aufstandes und des 30jährigen Krieges abschließe und sie der Oeffentlichkeit übergebe, gedenke ich derselben die Geschichte der Ereignisse von 1618—1620 folgen zu lassen. Wiewohl es meine Absicht ist, die Geschichte Böhmens in den letzten drei Jahrhunderten zu erzählen und hierin die oben bezeichneten Ereignisse keine geringe Würdigung erfahren werden, so erschien es mir doch nicht passend, eine umfassende Darstellung derselben in den verhältnißmäßig engen Rahmen der böhmischen Geschichte einzuzwängen. So wie die französische Revolution oder der Aufstand der Niederlande in einem Werke über die gesammte Geschichte Frankreichs oder der Niederlande nicht eine erschöpfende Darstellung finden können, so auch der böhmische Aufstand von 1618 in einem Werke über die gesammte Geschichte Böhmens. Denn ist z. B. dieselbe schon in den letzten Regierungsjahren Rudolfs, in denen die Fäden der europäischen Politik in diesem Lande zusammenlaufen, ein Stück europäischer Geschichte, so ist dies wohl noch mehr, aber auch zum letztenmale in den Jahren 1618—1620 der Fall. Die Politik aller Staaten Europa's mit Ausnahme Rußlands und Schwedens ist in dieser Zeit auf das innigste mit den Schicksalen Böhmens verwickelt. Der Kampf, der daselbst durch drei Jahre tobte, mußte, je nachdem er ausfiel, nicht bloß über die Zukunft dieses Landes, sondern auch über den Bestand der österreichischen Monarchie, über das Schicksal der katholischen Kirche auf diesem Gebiete und über die politische Gestaltung Mitteleuropa's entscheiden. Gegen diese Ereignisse und Verwicklungen sticht der sonstige Inhalt der böhmischen Geschichte seit 1526 nicht wenig ab. Seit die Krone

von Böhmen in den Besitz der Habsburger gelangte, ist die Geschichte dieses Landes fast ausschließlich eine innere; die Entwicklung der Verfassung und Verwaltung; die Gestaltung der städtischen und bäuerlichen Verhältnisse, der Fall und Aufschwung des geistigen Lebens, das allmälige Anwachsen der deutschen Bevölkerung bis zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung sind beinahe der einzige Inhalt derselben, gegen den die großartige Verwicklung von 1618—1620, die zugleich dem 30jährigen Kriege zum Fundament dient, zu grell absticht. Die Forschungen über diese Periode habe ich in den wichtigsten Archiven Europa's bereits abgeschlossen, ich werde deshalb im Stande sein, diesem Werke über Rudolf in verhältnißmäßig kurzer Zeit die Ergänzung in der Geschichte des böhmischen Aufstandes folgen zu lassen.

Prag am 4. März 1865.

Der Verfasser.

von Böhmen in den Besitz der Habsburger gelangte, ist die Geschichte dieses Landes fast ausschließlich eine innere, die Entwicklung der Verfassung und Verwaltung, die Gestaltung der städtischen und bäuerlichen Verhältnisse, der Fall und Aufschwung des geistigen Lebens, das allmälige Anwachsen der deutschen Bevölkerung bis zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung sind beinahe der einzige Inhalt derselben, gegen den die großartige Bewegung von 1618—1620, die zugleich dem 30jährigen Kriege zum Fundament dient, zu grell absticht. Die Forschungen über diese Periode habe ich in den wichtigsten Archiven Europa's bereits abgeschlossen, ich werde deshalb im Stande sein, diesem Werke über Inhalt in verhältnißmäßig kurzer Zeit die Ergänzung in der Geschichte des böhmischen Aufstandes folgen zu lassen.

Prag am 4. März 1863.

Der Verfasser.

Rudolf II und seine Zeit.

Erstes Kapitel.

I. Der Unionstag in Schwäbisch-Hall. Anhalts Reise nach Prag. Die Verhältnisse in Böhmen. Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen. Klagen der Protestanten gegen den Kanzler. Das schlesische Bündniß. Separatistische Wünsche der Schlesier. Verhandlungen der Protestanten wegen Ordnung ihrer kirchlichen Verhältnisse. Die Defensoren. Anhalts Verhandlungen mit dem Kaiser. — II. Leopolds enge Verbindung mit Rudolf. Plan Leopolds zur Begründung einer Monarchie. Besetzung von Jülich. Die Jülicher Succession. Tennagel in Paris. Maximilian von Baiern. Sein Charakter. Gründung der Liga. Lorenzo von Brindisi in Spanien. Tennagel in Spanien. Die Gesandten der Liga in Italien. — III. Heinrichs IV Verhalten in der Jülicher Angelegenheit. Die Verhandlungen zu Schwäbisch-Hall. Heinrich's IV Verhandlungen mit nicht-deutschen Fürsten, namentlich mit Jakob von England. Sein Plan beim Beginn des Feldzuges.

I

Während in Prag der Zwiespalt zwischen dem Kaiser und den böhmischen Ständen wegen der Religionsfrage noch nicht durch die Ertheilung des Majestätsbriefes beglichen war, sondern des Kaisers unnachgiebige Haltung den Beginn eines offenen Kampfes wahrscheinlich machte, versammelten sich die Mitglieder der Union in Schwäbisch-Hall.*) Auch Christian von Anhalt erschien daselbst und zwar vornehmlich aus Rücksicht auf die Ereignisse in Böhmen, die ihm neue Aussichten auf eine entscheidende Rolle eröffneten. Hatte er auch vor wenigen Wochen durch seine mißlungene Einmischung in die Angelegenheiten des Erzherzogthums Oesterreich eine Niederlage erlitten, so raubte ihm dieselbe keineswegs den Muth zur weiteren Bekämpfung der habsburgischen Herrschaft, sie nöthigte ihn nur die Richtung seines An-

*) Münchner Staatsarchiv 116/3, 159. Artikel, die am Unionstag in Schwäbisch-Hall zur Berathung kommen sollen. — Bernburger Archiv II. 16/2. Pfälzische Vollmacht für Anhalt zu dieser Zusammenkunft ddo. 4/14. Mai 1609.

griffes keineswegs aber diesen selbst aufzugeben. Seit beinahe einem Jahre hatte er die Rolle eines Vertheidigers und zuletzt sogar die eines Vertrauten des Kaisers übernommen, jetzt mußte er, nachdem auf diesem Wege kein weiterer Erfolg erzielt werden konnte, weil Mathias vorläufig unangreifbar war, gegen Rudolf selbst sich kehren. Alles kam darauf an, daß ihm die Union eine passende Gelegenheit hiezu bot.

Die Aussicht zu einer solchen Gelegenheit war Anfangs eine geringe. Die Vorgänge in Böhmen hatten bis jetzt nur den Charakter eines vorübergehenden Zerwürfnisses zwischen Herrscher und Unterthanen und beschäftigten die Mitglieder der in Schwäbisch-Hall versammelten Union nicht in dem Maße als andere Ereignisse in Deutschland selbst, die über kurz oder lang einen blutigen Kampf zwischen den Reichsständen in Aussicht stellten. Die Angelegenheit Donauwörths, welche zur Zeit der Begründung der Union nur in einem geringen Grade die Aufmerksamkeit derselben auf sich zog, bekam nachgerade eine weitgehende Bedeutung. Die öffentliche Meinung war in dem protestantischen Deutschlant wegen der dauernden Occupation dieser Stadt durch Maximilian von Baiern tief aufgeregt, es war selbst den weniger Mißtrauischen klar, daß es sich in Donauwörth nicht länger um die Bestrafung einiger Excedenten, sondern um die Reichsunmittelbarkeit dieser Stadt handle. Wollten die fürstlichen Begründer der Union auf den Beistand der Reichsstädte zählen, so mußten sie vor allem der bedrängten Stadt zu Hilfe eilen und damit den Beweis liefern, daß es sich ihnen nicht bloß um das Geld der Städte sondern auch um ihre Freiheit handle. Von noch größerer Bedeutung war die Jülichische Succession, die erst vor wenigen Wochen erledigt war, und von der mit Gewißheit angenommen werden konnte, daß die Katholiken — den Kaiser an der Spitze — dieselbe den Protestanten nicht gutwillig als Beute würden anheimfallen lassen. In kurzer Zeit konnte die Union sich deshalb berufen fühlen, in dem Streite hierüber eine entscheidende Rolle zu spielen.

Die Donauwörther und die Jülicher Angelegenheiten waren also
Mai diejenigen, die in Schwäbisch-Hall wahrscheinlich allein zur Sprache gekom-
1609. men wären, wofern der Fürst von Anhalt nicht daselbst erschienen wäre. Durch seinen Einfluß auf den Kurfürsten von der Pfalz, Friedrich IV, brachte er es aber dahin, daß dieser seinen Vertretern bei dem Unionstage den Auftrag gab, auch die Ausdehnung der Union über die österreichischen Länder in Antrag zu bringen und damit gewann Anhalt wiederum Gelegenheit, diese letztere in eine Bahn zu drängen, welche seinem Wunsche zusagte. Die Mitglieder der Union beschloßen zuerst einmüthig der Stadt Donauwörth sich anzunehmen und deren völlige Restitution zu verlangen;

zu diesem Ende sollte sich eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof begeben und an den Kaiser Namens der Union dies Begehren stellen. Um derartige Vorgänge künftighin unmöglich zu machen, sollte die Gesandtschaft eine alte Forderung der Protestanten, nämlich die Sistirung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes wieder erneuern und schließlich von dem Kaiser die Abschaffung derjenigen Räthe, welche gegen die Protestanten konsequent eine feindselige Haltung einnahmen, verlangen. Wegen der Jülicher Angelegenheit kam vorläufig kein Beschluß zu Stande, unzweifelhaft aus dem Grunde, weil die Union die Rechte des Kurfürsten von Brandenburg so lange nicht vertheidigen mochte, so lange er gegen sie (die Union) eine kühle Haltung beizubehalten für gut fand. Dagegen wurde auf Veranlassung der Vertreter des Pfalzgrafen die Erweiterung der Union über die österreichischen Länder besprochen und beschlossen, mit den Verhandlungen hierüber jene Männer zu betrauen, welche mit den erwähnten Forderungen an den Kaiser abgeschickt werden sollten. Welche Bedeutung dieser Beschluß hatte, wird dadurch am besten klar, daß Anhalt zum Haupt der nach Prag abzuschickenden Gesandtschaft erwählt wurde und daß es seinem Ermessen freigestellt blieb, wie er die Verhandlungen mit den Ständen in den österreichischen Ländern einleiten wolle, um sie zu einem Bündnisse mit der Union zu vermögen.

Dadurch, daß Anhalt im Namen der Union nach Prag abgeschickt wurde, sah er sich in die Lage versetzt ohne Zeitverlust und ohne die stets unbequeme Vermittlung dritter Personen in Verhandlung mit den böhmischen Ständen zu treten und der Krisis, welche über Böhmen hereingebrochen war, durch seine persönliche Einwirkung einen erwünschten Ausgang zu geben. Mußte er sich doch bis dahin während der Wirren in Oesterreich nur mit der Wirkung aus der Ferne begnügen und konnte er es diesem Umstande zuschreiben, daß Mathias schließlich überall den Sieg davongetragen hatte. Die Nachricht von seiner bevorstehenden Reise verbreitete sich rasch nach Prag und während sie die protestantischen Stände freudig berührte, verursachte sie dem Kaiser solche Sorgen, daß er dem Fürsten durch den Landgrafen von Leuchtenberg die Vertagung seiner Reise anbefahl. Allein 22. Juni 1609.
Anhalt ließ sich durch einen solchen Befehl nicht im geringsten abschrecken, sondern erwiderte, daß ihm die Pflicht gegen seine Auftraggeber keinen Reiseaufschub gestatte und kündigte so seine Ankunft in Prag in aller Form an. Binnem kurzem sprach man in dieser Stadt wie von einer gewissen Sache, daß Anhalt nach seiner Ankunft an die Spitze der Stände sich stellen und von ihnen mit dem Kommando über ihre Truppen betraut werden würde. *)

*) Münchner Reichsarchiv. Bodenius an Max von Baiern ddo. 29. Juni 1609.

In wie weit dieser Umstand die Ertheilung des Majestätsbriefes beschleunigte, ist uns nicht weiter bekannt, jedenfalls war Anhalt, als er
1609 am 14. Juli in Prag eintraf, unangenehm überrascht, als er statt des Zerwürfnisses zwischen dem Kaiser und den Ständen, welches er in voller Entwicklung zu finden hoffte, dem Beginne einer friedlichen Ausgleichung begegnete. Mit der Ertheilung des Majestätsbriefes (9. Juli) war den Forderungen der Stände die Spitze abgebrochen, bei der Mehrzahl derselben mußte die bisherige Erbitterung einer dem Kaiser dankbaren oder wenigstens ruhigeren Stimmung Platz machen und es mochte beinahe unmöglich scheinen, schon jetzt, oder in der nächsten Zeit ein neues Zerwürfniß herbeizuführen.

Statt also von den Ständen Böhmens sofort als Rathgeber, Anführer und Schützer angesehen und empfangen zu werden und, wie er sich in seinen kühnen Träumen mitunter vorzauberte, sein Haupt mit der böhmischen Königskrone zu schmücken,*) mußte sich Anhalt zu der ermüdenden Rolle verstehen Mißtrauen zu säen, den kleinen Kreis entschlossener Anhänger langsam zu erweitern und unter Gefahren aller Art in einem fremden Lande die Unterthanen gegen ihren Herrscher aufzuregen. Ebensowenig wie er auf diesen langwierigen Weg vorbereitet war, war es auch der Mann, der Anhalts hochfliegende Pläne aus voller Seele theilte, Paolo Sarpi. Kaum hatten dieser und seine nächsten Vertrauten in Venedig von den Zuständen in Prag und den weitgreifenden Zerwürfnissen zwischen Rudolf und den Ständen Kunde erhalten, als sie einstimmig rieten, es müsse sich Jemand rasch an die Spitze der Stände stellen, den Kaiser absetzen und gefangen nehmen.**) Dieser Rath fand bei Anhalt vollständige Billigung, allein während er eben im Begriffe stand, ihn zu befolgen und deshalb nach Prag gereist war, hatte des Kaisers Nachgiebigkeit seine weitere Ausführung für den Augenblick unmöglich gemacht.

Dennoch verlor Anhalt seinen Muth nicht und entfernte sich nicht von dem Kampfplatze, weil die Aussicht auf einen Sieg sich verringert hatte. Seine Hoffnung auf eine günstige Wendung hatte eine mehrfache und solide Grundlage. Sie basirte auf dem Mangel jeglicher Besonnenheit

---

*) Der Beweis weiter unten.

**) Bernburger Archiv Reg. I, F. 1, 23/245. Sarpi an Anhalt ddo. 1/11. Sept. Venedig: . . . . on devroit faire deux choses premierement donner un chef à Bohème et cela fait s'impatroniser de la personne de l'Empereur, de l'Arsenal et de la chambre ou du chateau et par ce moyen s'assurer de plusieurs choses, que tout autre chemin est douteux . . . Secondement, qu'il faut seconder et assister avec bon escient la poursuite de Carinthe et de Styrie, qu'autrement il est impossible d'introduire l'Evangile en Italie.

auf Seite des Kaisers, der es nicht verstand, seine Nachgiebigkeit sich zum Verdienste anzurechnen und daraus Nutzen zu ziehen, auf dem unauslöschlichen Mißtrauen, das Fürsten und Unterthanen von verschiedenem Glauben gegen einander empfanden und auf dem ungezähmten Eifer einiger ständischer Parteihäupter, die den Umsturz ruhiger Entwicklung vorzogen.

In der That Anhalt hatte Recht, wenn er den Kaiser selbst als seinen Bundesgenossen ansah. Rudolf begriff nicht, die Unterzeichnung des Majestätsbriefes sei ein Akt von solcher Tragweite, daß er einen Wendepunkt in seiner bisherigen Politik abgeben müsse. Geängstigt von der ihm gegenüberstehenden Menge, die ihn Tag für Tag mit Sturmpetitionen oder Audienzgesuchen in seiner Ruhe bedrohte, hatte er zuletzt nachgegeben und dem böhmischen Glaubensprivilegium seine Unterschrift ertheilt. Allein schon im nächsten Augenblicke, als er nach Beendigung des letzten Schriftzugs die Feder aus der Hand legte, erfaßte ihn mit der Reue hierüber der Wunsch das Geschehene rückgängig zu machen. Einzeln beschied er alle jene Räthe vor sich, die ihn zur Ertheilung des Majestätsbriefes gedrängt hatten, und ergoß sich in Vorwürfen gegen sie;*) Erzherzog Leopold aber, den er früher um seines Eifers willen unerfahren und unverständig gescholten hatte, gewann bei ihm so an Ansehen, daß er alles Ernstes im Verein mit ihm nach Mitteln und Wegen suchte, um die Böhmen niederzuwerfen und zum absoluten Gehorsam zu zwingen. So war es wohl unvermeidlich, daß das Verhängniß über ihn so wie schließlich über die Böhmen hereinbrach, allerdings nicht in der Weise, wie Anhalt dies erwartet hatte und später zu seinem eigenen Schaden erfahren mußte. — Um auf Grund des neuen Glaubensgesetzes Böhmen vor einer Katastrophe zu bewahren, hätte es eines Königs gleich Georg von Podèbrad bedurft, dessen religiöse Ueberzeugung mit der weitaus größeren Mehrzahl des Volkes zusammentraf und der mit fester Hand die durch die vorangegangenen Kämpfe zerrüttete Ordnung im Lande wieder hergestellt hätte. Mit dem Moment, wo dem religiösen Bedürfnisse genügt worden, hätte er es verstanden den Uebergriffen des Adels zu steuern, dessen Bedeutung der Wohlfahrt der Gesammtheit dienstbar zu machen und die Aufmerksamkeit des Volkes auf etwas anderes zu lenken, als auf die ewige Erörterung religiöser Streitfragen. Bei Rudolf traf keine der erwähnten Bedingungen ein, weder war sein Glaube der der Böhmen, noch war er einer ordentlichen Regierung fähig. Diese seine persönliche Untüchtigkeit machte sich in einer um so grelleren Weise geltend, als er, wie erwähnt,

*) Münchner Reichsarchiv XV/2, 162. Bodenius an Max von Baiern ddo. 27. Juli 1609.

keinen Augenblick über die Konsequenzen des Majestätsbriefes sich klar war und an denselben nergelte, während die Stände noch immer über alle jene Mittel geboten, durch die sie ihn eben zur Nachgiebigkeit gezwungen hatten. Seine unklugen Angriffe waren keine Ausbrüche einer starren religiösen Ueberzeugung, die ihm ja mangelte, sondern eine Folge seines getrübten und zu jeder Regierung unfähigen Geistes, sie mußten aber zuletzt seinen Untergang herbeiführen.

Ebenso hatte Anhalt Recht auf die Wirkungen des Mißtrauens zu rechnen, das, abgesehen von Rudolfs Untüchtigkeit, um diese Zeit durchwegs Fürsten und Unterthanen, die sich im Glauben trennten, gegenseitig beherrschte. Dies Mißtrauen erfüllte die Böhmen nicht bloß gegen Rudolf, sondern schon jetzt gegen alle Prinzen seines Hauses, welche das Erbrecht einst auf den böhmischen Thron berufen konnte. Klug geführt von einem Mann wie Anhalt, konnte sie dies Mißtrauen frühzeitig verleiten, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die Krone des Landes einer anderen Dynastie zu übertragen, wobei Anhalt nicht unterlassen wollte, sich in das rechte Licht zu stellen, um nicht übersehen zu werden. Um wahr zu sein, muß man zugeben, daß das Mißtrauen der Böhmen ein wohlbegründetes war. Wir lernen aus den Aktenstücken, welche die Geschichte dieser Tage erhellen und die unzweifelhafte Ansprüche auf Glaubwürdigkeit erheben dürfen, wiederholt Aeußerungen oder Handlungen der Erzherzoge Mathias, Ferdinand, Leopold, des Herzogs Max von Baiern und ihrer Rathgeber, der katholischen Staatsmänner, wie Khlesel, Lichtenstein, Lobkowitz, Slavata und Anderer kennen, welche den Beweis liefern, daß dieselben sich durch kein den Protestanten bezüglich der religiösen Freiheit gegebenes Versprechen für gebunden erachteten, sondern nur die Gelegenheit abwarten wollten, um sie zur Annahme des Katholicismus zu zwingen. Katholische Fürsten hielten ihre Krone für unsicher, wenn sie über protestantische Unterthanen herrschten, und diese ihren Glauben für gefährdet durch katholische Herrscher. Diese gegenseitige und wohlberechtigte Furcht mußte bewirken, daß die religiösen Ausgleichsversuche und folglich auch die Ertheilung des Majestätsbriefes, weit gefehlt einen Abschluß für die inneren Bewegungen zu bilden, nur Haltestationen bezeichnen, von denen nach kurzer Ruhe der Kampf mit erneuerter Heftigkeit aufgenommen wurde. Es wäre ungerecht solche Zustände irgend einem Theile allein zur Last zu legen, sie sind eine Folge des Verhältnisses, welches der Staat zur Kirche im Mittelalter eingenommen, eine Folge der innigen Ueberzeugung jeder Glaubenspartei, daß sie im alleinigen Besitz der Wahrheit sei. Erst nachdem das Verhältniß von Staat und Kirche verrückt war, diese innige Ueberzeugung und die daran geknüpfte Glaubenstreue abgenommen und die Geschichte den Beweis geliefert hatte, daß keine

religiöse Verfolgung und mochte sie mit Feuer und Schwert vereint sein, die Glaubenseinheit dauernd zu erhalten vermöge, erst da änderten sich die Anschauungen von Fürsten und Unterthanen und mit den veränderten Anschauungen nahm bei den einen die Verfolgungssucht und bei den andern die Neigung zum Aufstande ab.

Nicht minder hatte Anhalt alle Ursache von dem unvorsichtigen aber desto feurigern Eifer der Parteihäupter Schritte zu erwarten, die einen Bruch mit der königlichen Auktorität zur Folge haben konnten. Als er nach Prag kam, fand er die Protestanten unter den Waffen, aber im Begriffe wegen der Ertheilung des Majestätsbriefes, den Rüstungen Einhalt zu thun. Ohne Zaudern suchte er dies um jeden Preis zu verhindern und seine Argumente fanden bei den Häuptern der Bewegung, Budowec und Thurn, eine günstige Aufnahme. Anhalt wies darauf hin, daß, wenn man mit den Waffen in der Hand unterhandle, man vom Kaiser die Gewährung jeglicher Forderung erlangen könne und veranlaßte so bei den Direktoren den Beschluß, statt zu entwaffnen, die Rüstungen zu vervollständigen. Der Kaiser, der nichts anderes erwartet hatte, als daß die Protestanten nach der Ertheilung des Majestätsbriefes die Waffen niederlegen würden, entsetzte sich geradezu über dieses Resultat seiner Nachgiebigkeit. Bei seinem Charakter stand zu erwarten, daß er einen verzweifelten Angriff gegen den bewaffneten Gegner versuchen werde, dem er in keiner Weise gewachsen war. Damit aber erfüllten sich Anhalts Wünsche und stiegen seine Aussichten auf die böhmische Krone.

Es ist im vorigen Band erzählt worden, daß die Protestanten die
Verhandlungen am Landtage am 24. Juni wegen des Kaisers Unnachgie- 1609
bigkeit abgebrochen hatten und daß sie nach vollzogener Wahl der Direktoren sich aus Prag entfernt hatten, um eine allgemeine Bewaffnung des Landes durchzuführen. Auf die Nachricht von der Ertheilung des Majestätsbriefes, welche mittlerweile über ganz Böhmen sich verbreitet hatte, eilten sie herbei, um wieder an dem Landtage theilzunehmen, da ihn der Kaiser inzwischen nicht aufgelöst hatte. Schon am 20. Juli waren sie so zahlreich versammelt, daß der Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts im Wege stand. Bevor sie in die Landtagsstube ihren Einzug hielten, ließen sie sich von den Direktoren Bericht über die in der Zwischenzeit vorgefallenen Ereignisse abstatten und zwar im Neustädter Rathhause, wo sie bereits einmal einen Secessionslandtag abgehalten hatten. Budowec als Berichterstatter schilderte in beredten Worten alle Mühen, unter denen schließlich die Ertheilung des Majestätsbriefes erfolgt war, worauf der Advokat Frühwein diesen sammt dem zwischen den Katholiken und Utraquisten abgeschlossenen Vertrag ablas. Befriedigt von dem angehörten,

faßten die Versammelten in derselben Sitzung den Beschluß, die günstigen Verhältnisse noch weiter auszunützen und ein Verzeichniß sämmtlicher Forderungen abzufassen, deren Gewährung sie zu ihrer Sicherheit und zur freien Entwicklung ihres Glaubens für nothwendig erachteten und die sie deshalb noch in dieser Landtagssession dem Kaiser abringen wollten. Niemand von den Anwesenden beantragte eine Einstellung der bisherigen Rüstungen oder eine Auflösung der Direktorialregierung; unter dem Schutze der Waffen und unter der Leitung der erwählten Rathgeber, welche rasch die nöthigen Entscheidungen treffen konnten, wollten die Protestanten auf dem Landtage sich einfinden. So war Anhalts Voraussicht gerechtfertigt und seine Wünsche erfüllt. — Als die Landtagsverhandlungen am 21. Juli wieder aufgenommen wurden, lehnten die Protestanten die Aufforderung des Oberstburggrafen mit der Berathung der königlichen Propositionen zu beginnen ab und erklärten zuerst ihre eigenen Forderungen berathen zu wollen.

Diese Forderungen, die dem Kaiser eine reichliche Anzahl ruheloser Stunden verursachen sollten, waren doppelter Natur, die einen und zwar die Mehrzahl waren selbstverständliche Konsequenzen des Majestätsbriefes, bezüglich deren füglich keine langen Streitigkeiten entstehen konnten. Zwei jedoch, um von einer Anzahl geringfügiger abzusehen, gingen über das Maß jener Konsequenzen hinaus und wiewohl in ihrer Tragweite nicht von gleicher Bedeutung, waren sie doch geeignet einen Bruch mit dem Kaiser herbeizuführen. Sie betrafen den Kanzler Zdeněk von Lobkowitz und das Bündniß mit Schlesien.*)

Was den Kanzler betrifft, so hatte die Haltung, welche er den Protestanten gegenüber einnahm, diese begreiflicherweise im höchsten Grade erbittert. Ihre Absicht ging nun dahin, den Kaiser zu seiner Entlassung zu nöthigen und da sie ihm seine religiöse Haltung füglich nicht zum alleinigen Vorwurf machen konnten, so suchten sie seinen Charakter anzugreifen und den Beweis zu liefern, daß er der Bestechung zugänglich sei und den Staatsschatz verkürze, indem er seit vielen Jahren keine Steuern gezahlt habe. Wiewohl der Kanzler die ausführlichen Beschuldigungen der Protestanten mit einer nicht minder ausführlichen Entgegnung zu widerlegen

---

*) Um das vielfache Citiren der Quellen über die böhmischen Landtagsverhandlungen von 1609 zu vermeiden, bemerke ich ein für allemal, daß mir dabei mehrere Diarien des Landtags 1609/10, welche sich handschriftlich im böhmischen Museum, im Archiv der Prager philosophischen Fakultät, im Archiv von Warmbrunn und im bischöflichen Archiv von Leitmeritz befinden, zum Führer gedient haben. Was sich in andern Archiven als den eben genannten gefunden, wird stets genau citirt.

suchte, so ließen die letzteren doch nicht von ihren Anklagen ab und verlangten wiederholt vom Kaiser seine Entlassung. Es ist uns gegenwärtig nicht möglich die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Anklagen festzustellen, da den entschiedenen Behauptungen auf der einen Seite ebenso bestimmte Verneinungen auf der andern Seite folgten und der ganze Streit nie zu einer unparteiischen Erwägung vor ein Richterkollegium gelangte. Eine der Beschuldigungen, daß der Kanzler keine Steuern zahlte, hat jedenfalls keine Bedeutung, denn war der Kaiser damit zufrieden, zu dessen Gunsten doch die Steuerbewilligung erfolgt war, so hatten die Stände kein Recht sich in diesen Gegenstand einzumischen. So viel ist sicher, daß weder bei Rudolf, noch bei seinen Nachfolgern die gegen den Kanzler erhobenen Anklagen eine andere Erklärung fanden, als daß sie von Parteihaß diktirt worden wären.

Wie es also auch immer mit dem eigentlichen Grund der Anklage beschaffen sein mag, sie wurde mit solcher Leidenschaftlichkeit erhoben und setzte den Kanzler solchen Invektiven im Landtage aus, daß es nicht möglich schien, ihn länger im Amte zu belassen. Dies war aber weder dem Kaiser noch seinen Rathgebern von streng katholischer Richtung, weder dem Erzherzog Leopold und seinem Anhang, noch den in Prag residirenden Vertretern der katholischen Mächte, namentlich dem Nuncius und Zuñiga genehm. Welche Haltung der Oberstburggraf Sternberg und die mit ihm stimmende mildere Schattirung der Katholiken in dem Streite einnahm, ob sie ihren Amtsgenossen in kollegialer Weise deckten oder nicht, tritt nicht deutlich genug hervor. Um so eifriger suchten des Kanzlers intime Freunde im kaiserlichen Rath nach einem Weg, um ihn zu retten. Nahe lag es, die Stände durch eine wichtige Koncession zu beschwichtigen und als Preis hiefür die Unterlassung weiterer Angriffe gegen den Kanzler zu verlangen. Bevor man aber zu einem solchen Schritt dem Kaiser rathen wollte, versuchte man den Weg persönlicher Einwirkung. Wenzel von Kinsky, der sich auf die mannigfachste Weise angestrengt hatte, in das Vertrauen der Katholikenpartei sich einzuschleichen und dem dies auch bis zu einem gewissen Grade gelungen war, wurde von Erzherzog Leopold geradezu ersucht, die Vertheidigung des Kanzlers zu übernehmen. Anstatt dies direkt zu thun, erhob Kinsky im Landtage bittere Beschwerden über den Oberstburggrafen, die, wie sichtlich war, in dem persönlichen Haß des ersteren gegen den letzteren ihren Grund hatten, und verlangte von den Ständen, sie sollten gleichzeitig nicht bloß Klage gegen den Kanzler, sondern auch gegen den Oberstburggrafen erheben. Dies verweigerten sowohl die Katholiken, als auch die Protestanten des Landtags und Wenzel von Kinsky erklärte darauf für sich und seine Brüder, daß er an

der Klage gegen den Kanzler keinen Antheil nehmen wolle, keinen Grund für dieselbe einsehe und nicht begreife, mit welchem Rechte man Lobkowitz vom Amte entfernen wolle. Eine solche Art der Vertheidigung war diesem von geringem Nutzen, um so mehr als Budowec dem Landtage mit-
30 Juli 1609 theilte, daß Kinsky es gewesen, der ursprünglich am heftigsten die Anklage gegen den Kanzler betrieben habe. Der allgemeine Unwille der Protestanten gegen Kinsky und seine Brüder erreichte darüber eine solche Höhe, daß sie während mehrerer Wochen gleichsam der Diffamation preisgegeben waren und erst auf eine sehr unterwürfige Entschuldigung von den Stän-
12 Okt. 1609 den als mitverbündete Standesgenossen wieder aufgenommen wurden. Im Landtage waren sie seitdem zu einer schweigsamen Rolle verurtheilt.*) Des Kanzlers Stellung aber, weit entfernt durch Kinsky's Vertheidigung wieder befestigt zu werden, blieb nach wie vor gefährdet. Da auch eine Botschaft des Kaisers an den Landtag, in welcher dieser den Streitigkeiten zwischen Kanzler und den Ständen Halt gebot, nichts fruchtete, so konnten die Freunde des ersteren nicht hoffen, ihn auf andere Weise zu retten, als indem der Kaiser als Preis für ihn sich zu einer Koncession bewegen ließe, an der den Protestanten sehr viel lag. Um sich vor künftigen Verfolgungen wegen ihres gegenwärtigen Verhaltens zu sichern, verlangten sie nämlich die Ausstellung einer kaiserlichen Erklärung, welche ihr bisheriges Gebahren für loyal erklärte und jede spätere Untersuchung desselben verbot. Mit der Herausgabe eines solchen Amnestiedekretes zögerte der Kaiser und zwar, wie man den Ständen indirekt zu wissen gab, deshalb, weil sie von ihren Angriffen gegen

*) Die Rolle eines agent provocateur, welche Kinsky auf protestantischer Seite bisher gespielt hatte, obwohl er im geheimen den Katholiken seine Dienste anbot, erreichte damit ein Ende. An den nachfolgenden Ereignissen nahm er nur insofern einen Antheil, als er ununterbrochen mit Erzherzog Leopold und seinen Rathgebern Verbindungen zu unterhalten suchte, um ihre Absichten auszuforschen und hierüber an König Mathias Bericht zu erstatten. Glücklicherweise wurde ihm für dies unredliche Handwerk später der verdiente Lohn zu Theil. Kinsky bekam von Mathias das Versprechen, daß er ihm für seine Dienstleistungen zwei Güter in Böhmen schenken wolle. Als er die Erfüllung des Versprechens verlangte, machte sich eine allgemeine Entrüstung unter dem gesammten Adel Böhmens, Katholiken wie Protestanten, geltend und sie verlangten geradezu, daß gegen ihn wegen seines faktiösen Verhaltens bei Rudolfs Lebzeiten der Prozeß erhoben werde. Die Folge war, daß Kinsky statt Güter zu erlangen ins Gefängniß wandern mußte, aus dem er sich nur durch die Flucht half. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß er gegen Mathias zu Gunsten Ferdinands II eine ähnliche Rolle spielen wollte, wie gegen Rudolf. Nachdem er später seinen Beitritt zum böhmischen Aufstande von 1618 erklärt hatte, sagte er sich von demselben früh genug los, um auf Ferdinands II Gunst Anspruch erheben zu können. Kinsky ist mit einem Worte der unehrlichste politische Charakter seiner Zeit.

den Kanzler nicht abließen. Diese Nachricht hatte in der That die gewünschte Wirkung, man faßte sich fortan gemäßigter in den Debatten und beachtete den Kanzler weniger. Zu diesem Umschwung in der allgemeinen Stimmung trug noch ein anderer Umstand nicht wenig bei. Bei den Verhandlungen über die künftige Organisirung der protestantischen Kirche Böhmens war von den Anhängern derselben der Grundsatz aufgestellt worden, daß eine Anzahl von aus ihrer Mitte zu wählenden Vertretern — Defensoren — das Schutzrecht über sie ausüben solle. Es lag in der Absicht der Protestanten, diesen Defensoren möglichst viele und weitgehende Befugnisse, ja selbst eine Art richterlicher Gewalt, einzuräumen, wobei der Landtag als Appellationsinstanz dienen sollte. Für die Katholiken Böhmens war es keineswegs eine angenehme Aussicht in die Zukunft, wenn der Landtag, auf dem sie die entschiedenste Minorität ausmachten, eine richterliche Auktorität in Anspruch nahm. Nun erst bemerkten sie auch an dem Verfahren gegen den Kanzler eine Unregelmäßigkeit, die ihnen früher nicht so scharf aufgefallen war, sie verlangten jetzt mit aller Entschiedenheit, daß Anklagen nur vor dem ordentlichen Gerichte erhoben werden sollten, daß dahin auch die bezüglich des Kanzlers gehöre und daß der Landtag in dieser Angelegenheit zu gleicher Zeit nicht Kläger und Richter sein dürfe.

Die Richtigkeit dieses Einwurfes würde in einem geordneten protestantischen Staatswesen wohl von Niemandem angefochten worden sein, diesmal aber, wo sie den Protestanten Böhmens ein ausgewähltes Opfer zu entziehen drohte, verursachte sie eine gewaltige Aufregung. Budowec erhob sich vor allen und erklärte, der Landtag in Böhmen sei der Ausfluß alles Rechtes, er gebe dem Lande Gesetze, wähle den König und stehe über den Gerichten, seine Auktorität sei also eine allumfassende. Was richtig und was unrichtig an einer solchen Auffassung der parlamentarischen Machtbefugniß ist, ist in unserer Zeit genügend erkannt worden. Der Oberstburggraf, dem es zunächst oblag, zu antworten, wußte nicht mit dialektischer Schärfe das Unrichtige dieser Theorie zu bekämpfen, dennoch traf er ins Schwarze, als er erklärte, daß er unter solchen Umständen lieber Haus und Hof verkaufen und aus Böhmen wandern würde, ehe er sich bei den gegenwärtigen Glaubensverhältnissen unter das tyrannische Joch eines omnipotenten Landtags, der bald berathende Versammlung, bald Gerichtshof sei, beugen würde. Selbst unter den Protestanten gewann auf diese Bemerkung eine bessere Anschauung wieder die Oberhand und man machte keinen Versuch mehr, die Organisation der böhmischen Gerichte umzugestalten. Die Angelegenheit des Kanzlers trat seitdem in den Hintergrund und der Kaiser publizirte im Vertrauen auf diesen Umschwung der Ge- 6. Okt.

müther das Amnestiedekret, ohne daß die Protestanten bereits eine förmliche Erklärung zu Gunsten des Kanzlers abgegeben hatten.

Als die zweite der ständischen Forderungen, die über die Konsequenzen des Majestätsbriefes hinausging, haben wir oben das Bündniß Böhmens mit Schlesien, dessen Sanktionirung dem Kaiser zugemuthet wurde, bezeichnet. Diese Forderung war, wie sich gleich zeigen wird, theils an und für sich, theils wegen der sie begleitenden Nebenumstände die bedeutsamste.

Man erinnert sich, daß als Mathias seinen Bruder Rudolf angriff, die Schlesier sich mit den Böhmen verbanden, und nicht von der Herrschaft des Kaisers abließen. So wie sie im Jahre 1608 ihr Schicksal an das der Böhmen knüpften, so drängten sie auch jetzt im Verein mit diesen den Kaiser nicht nur zur Gewährung religiöser Freiheit, sondern auch zur Abstellung mannigfacher politischer Beschwerden. Die Fürsten und Stände
6. Mai 1609 Schlesiens schickten aus ihrer Mitte eine Gesandtschaft nach Prag ab, welche an den Kaiser eine lange Reihe von Forderungen zu stellen hatte, unter denen die, welche die Religion betraf, die erste und wichtigste war. Als die Gesandten in Prag anlangten, wurden sie von den Böhmen als willkommene Bundesgenossen aufgenommen und mit ihnen im Monat Juni, da von Rudolf die Unterzeichnung des Majestätsbriefes beharrlich verweigert wurde, ein Bündniß zur gegenseitigen bewaffneten Hilfeleistung abgeschlossen. Nachdem der Majestätsbrief ertheilt worden, war dieses Bündniß zwecklos geworden, nichtsdestoweniger beschloßen die Böhmen dasselbe nicht aufzugeben, sondern auch für die Zukunft aufrecht zu erhalten. Nach ihrer Absicht sollte es gegen Jedermann gekehrt sein, der sie in der freien Uebung ihres Glaubens beeinträchtigen würde, der Kaiser selbst aber sollte dasselbe bestätigen und so sanktioniren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Böhmen hierin das Štěrboholer Bündniß, welches die Ungarn, Mährer und Oesterreicher verband, nachahmten, nur mit dem Unterschiede, daß sie es offen abschloßen, während der Štěrboholer Bund ein Geheimbund war.

In wie weit Anhalt seit seiner Anwesenheit in Prag die Protestanten in ihrem Entschluße, das schlesische Bündniß aufrecht zu erhalten, bestärkt hatte, ob er vielleicht hiebei wie bei der Fortsetzung der Rüstungen den Ausschlag gegeben, ist uns nicht näher bekannt. Wir wissen nur so viel, daß ihm der Abschluß eines Bündnisses wie das erwähnte im höchsten Grade genehm war, weil er darin die Gelegenheit ersah den Böhmen auch eine Verbindung mit der Union mundgerecht zu machen. Wie er überhaupt in allen seinen Plänen großartig und kühn war, so glaubte er auch mit den Böhmen nicht bloß die Schlesier, sondern auch die Mährer, Oesterreicher und Ungarn zu gewinnen. Die Gastereien, zu denen er Tag für

Tag in Prag geladen wurde, benützte er, um für seinen Plan Propaganda zu machen.*) Nach seiner Meinung sollten die Böhmen ihren Bund nicht auf die Schlesier allein beschränken, sondern denselben auch auf die Theilnehmer des Štěrboholer Bündnisses erweitern und allesammt sollten sie dann in die deutsche Union eintreten. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Abneigung der Böhmen gegen eine Verbindung mit Ungarn. Die habsburgischen Herrscher hatten als Könige von Ungarn ein Interesse dies Land gegen die Türken zu sichern und der Vertheidigung große Opfer zu bringen, geringer war aber das Interesse bei den Böhmen, denen eine Verbindung mit Ungarn gleichbedeutend mit einer jährlich zu zahlenden Türkensteuer war.**) Als Anhalt sich über die Sachlage belehrt hatte, beschloß er die Štěrboholer Verbündeten außer dem Spiel zu lassen und nur die Verbindung Böhmens und Schlesiens mit der Union zu versuchen. Zuerst wendete er sich an die Abgeordneten Schlesiens und suchte ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß ihr Bündniß mit Böhmen so lange nicht im Stande sei seiner Aufgabe zu genügen, so lange es nicht eine Stütze an der Union fände, und forderte sie deshalb auf, mit der letztern in eine vertragsmäßige Verbindung zu treten, deren Bedingungen Anhalt bereits seit längerer Zeit entworfen hatte und vorwies.***) Die schlesischen Gesandten lehnten seinen Antrag nicht ab, erklärten jedoch, daß sie ohne ein gleichzeitiges Einverständniß mit den Böhmen nichts thun könnten. Nun begann Anhalt theils selbst, theils mit Hilfe des pfälzischen Rathes Camerarius, der ins Geheimniß gezogen wurde, Verhandlungen mit den letztern und namentlich mit Budowec, der, nachdem er anfänglich einige Bedenken geäußert hatte, es über sich nahm, bei seinen Gesinnungsgenossen die Vertretung des vorgeschlagenen Bündnisses zu übernehmen. An Geneigtheit zu einer engeren Verbindung mit der Union fehlte es in Böhmen nicht, dennoch kam dieselbe nicht zu Stande. Als Budowec seinen Freunden die Vorschläge Anhalts mittheilte, fanden sie wohl allgemeinen Beifall, allein man entgegnete, daß man, ohne den Kaiser auf das äußerste zu reizen, im Landtage die Berathung eines solchen Bündnisses nicht vornehmen könne. Man sieht, Anhalt ging in seiner Kühnheit so weit, daß er die Böhmen und Schlesier zu einem offenkundigen Bund mit der Union drängen wollte, wohl überzeugt, daß dann der ersehnte Bruch mit dem

---

*) Münchner Reichsarchiv XV/2, 191. Bodenius an Max von Baiern ddo. 19. Sept. 1609.

**) Bernburger Archiv Reg. I. F. 1. 226/185. Anhalt an Tschernembl ddo. 6/10. Juli 1609.

***) Münchner Staatsarchiv 343/10, 131.

Kaiser erfolgen müsse. Da aber die Böhmen zu große Scheu vor einem derartigen allgemein bekannten Bündniß an den Tag legten, so gab Anhalt, um sich ja nicht die Gelegenheit entschlüpfen zu lassen, auch hierin nach und schlug einen Geheimbund vor, allein auch dazu versagte die Mehrzahl von Budowec's Freunden ihre Mitwirkung. Alles, was Anhalt zuwege brachte, war, daß ihm sowohl von Seite der Böhmen wie von Seite der Schlesier das Versprechen gegeben wurde, man wolle durch einzelne Männer — von Seite Schlesiens durch die Mitwirkung des Markgrafen Georg von Brandenburg — mit der Union vertrauliche Beziehungen unterhalten, die ihrer Zeit zu einem formellen Bündniß führen konnten.

Verstehen wir recht die Gründe, welche die Böhmen zu einer solchen Zurückhaltung trieben, so lagen sie einerseits in dem Umstand, daß die Mehrzahl der Protestanten im entscheidenden Momente Scheu vor einem sichtlich revolutionären Schritt empfand, andererseits in der Ueberzeugung der Parteiführer, daß nach dem in nicht weiter Ferne stehenden Tod des Kaisers eine bessere Gelegenheit zur Realisirung der an ein solches Bündniß sich knüpfenden Konsequenzen vorhanden sein werde. Das Bündniß war gleichbedeutend einem Bruche mit der Dynastie Habsburg und leichter schien derselbe nach Rudolfs Tode durchzuführen. Daß unsere Erklärung der Wahrheit nicht fern liegt, ergibt sich aus dem Umstand, daß Anhalt um diese Zeit von seinen böhmischen Freunden, namentlich aber von Rosenberg aufgefordert wurde, sich um das Inkolat oder die Landstandschaft in Böhmen zu bewerben.*) Der tiefere Grund dieses Vorschlags liegt auf der Hand. Gehörte Anhalt zu dem Adel Böhmens, so konnte er ungehindert an die Spitze der ständischen Opposition treten und nach Rudolfs Tode gleich Georg von Poděbrad die Krone des Landes erringen. Daß Mathias bereits die Zusicherung der Nachfolge erhalten hatte, mochte keineswegs für ein unüberwindliches Hinderniß gelten. Anhalt, dem dieser Vorschlag nicht mißfiel, wagte gleichwohl keinen Schritt zu seiner Verwirklichung zu thun, bevor er nicht die Meinung Karls von Žerotin eingeholt hatte. Dieser, der die Tragweite und Endabsicht des Vorschlags wohl erkannte, erwiderte, daß es sich bei demselben zunächst nur um die Krone Böhmens handeln könne. Da Žerotin nicht der Mann war, der die Ordnung der österreichischen Verhältnisse auf dem Wege des Umsturzes wie Anhalt suchte, riet er demselben die Bewerbung um die böhmische Landstandschaft ab, fügte aber zu seiner Beschwichtigung bei, daß, wo es sich um den Thron handle, der Mangel des Inkolats weiter in keine Betrachtung kommen würde.**) Anhalt, der Žerotins Meinung

---

*) Bernburger Archiv F. 1, 231/5. Anhalt an Žerotin ddo. 16/26. Sept. 1609.

**) Bernburger Archiv Reg. I. F. 1, 231/29. Žerotin an Anhalt ddo. Brünn, 31. Okt. 1609.

in der Hoffnung eingeholt hatte, daß er Rosenbergs Vorschlag billigen werde, fand es nicht gerathen, seinem mißbilligenden Ausspruch entgegen zu handeln.

Die Sachlage war also diese: die Böhmen wiesen die unmittelbare Verbindung mit der Union ab, bei den Verhandlungen hierüber waren aber zwischen den Parteihäuptern und Anhalt Erklärungen gewechselt worden, aus denen hervorging, daß erstere in der nächsten Zukunft entscheidenden Schritten gegen die Habsburger nicht abhold seien, letzterer aber seine stete Mitwirkung in Aussicht stellte. Der Krone Böhmens wurde hiebei als eines freivergeblichen Gutes in mehr oder weniger positiven Ausdrücken gedacht und Anhalt als derjenige bezeichnet, der in Georgs von Podĕbrad Fußstapfen treten könnte. Bei diesen allgemeinen Versicherungen und Vertröstungen auf die Zukunft verblieb es aber und die Böhmen nahmen darauf die weiteren Verhandlungen über das schlesische Bündniß wieder energisch in die Hand. Sie verlangten wiederholt und in immer drängenderer Weise vom Kaiser die Bestätigung desselben und als dieser hievon begreiflicherweise nichts wissen wollte, bestimmten sie, daß dasselbe auch ohne die königliche Sanktion giltig und rechtsbeständig sein solle. In der Landtafel wurde von ihnen die Erklärung eingetragen, daß, nachdem 26 Aug.
sie sich überzeugt hätten, der Kaiser werde ihr Bündniß nicht bestätigen, ohne dafür seine Gründe anzugeben, sie ihrerseits auch ohne diese Bestätigung das Bündniß mit Schlesien als giltig und verbindlich ansähen. Sie würden den Defensoren die Vollmacht übertragen, allen Forderungen des Bündnisses gerecht zu werden und, wenn es nöthig sein sollte, Geldsummen in jedem Betrage im Namen der Stände auszuleihen. Leicht konnte man meinen, daß dieser seinem Inhalt nach vollständig auf revolutionärer Bahn sich bewegende Beschluß zu einem Bruch mit dem Kaiser führen müßte. Allein er blieb ohne weitere Folgen, der Kaiser begnügte sich mit seiner Nichtbestätigung und die Böhmen mit der Eintragung in die Landtafel.

Hatte der Kaiser dem Bündniß seine Sanktion verweigert, so ertheilte er doch den Schlesiern, wie das nicht zu umgehen war, einen Majestätsbrief auf das freie Bekenntniß der Augsburgischen Konfession. Gleiche Privilegien wurden den Ständen der beiden Lausitze, der Grafschaft Glatz und des Egerer Kreises, die für sich gesonderte Staatsgebiete bildeten, zu Theil. So war der Protestantismus in allen von Rudolf und Mathias beherrschten Ländern zu einer mehr oder weniger unbeschränkten gesetzlichen Anerkennung gelangt. Die Katholiken bildeten überall eine wenig zahlreiche Minorität, die ihre Existenz fast nur der besondern Stellung, die sie zu ihren Fürsten einnahm, zu danken schien.

Bevor wir auf die Erörterung der Forderungen, die wir für natürliche Konsequenzen des Majestätsbriefes erklärt haben, eingehen, müssen wir noch eines interessanten Umstandes gedenken. Wir erwähnten, daß die Schlesier ihre Gesandten mit mehreren Aufträgen nach Prag abgeordnet hatten. War derjenige, welcher die Religion betraf, für den Augenblick auch der wichtigste, so waren einige der andern doch auch von hervorragender Tragweite, denn ihre Tendenz ging dahin, das Band zu lösen, welches Schlesien bis dahin an Böhmen knüpfte. Die Krone Böhmens, eine Bezeichnung, mit der man figürlich Böhmen und seine Nebenländer umfaßte, war, wenn Schlesiens Forderungen durchgingen, dem Verfalle preisgegeben. Der Sinn dieser Behauptung wird durch die folgende Mittheilung klar.

Daß es zwischen den Ländern der böhmischen Krone nie eine so innige Verbindung gab, wie sie heutzutage zwischen den Unterthanen eines und desselben Herrschers regelmäßig besteht, wird Niemanden bei einiger Kenntniß der mittelalterlichen Verhältnisse befremden, war es ja doch in andern Staaten ebensowenig der Fall. Das Band der Zusammengehörigkeit war hier noch überdies durch verschiedene Ereignisse, namentlich die Husitenkriege und die Fremdherrschaft des ungarischen Königs Mathias, der Mähren, Schlesien und die Lausitze eilf Jahre lang getrennt von Böhmen besaß, gelockert. Von den Böhmen war die Bildung des böhmischen Staates ausgegangen, der Vortheil hievon war ihnen in der Form mannigfacher Prärogative, die sie über die Nebenländer besaßen, zu Theil geworden. Daß diese Prärogative einen gewaltigen Stoß erleiden mußten, wenn die Herrschaft Böhmens während längerer Zeit unterbrochen oder durch eine Fremdherrschaft ersetzt wurde, ist leicht begreiflich, und schon zu Ferdinands I Zeiten wurde von Seite Schlesiens ein heftiger Protest gegen das bis dahin von den Böhmen stets allein geübte Recht, den gemeinsamen König zu wählen, erhoben. Seit der Zeit ergoßen sich neben den Schlesiern auch die Mährer in öfter wiederholten Klagen, in denen sie sich gegen den Einfluß, welchen die Böhmen auf die schlesische und mährische Verwaltung besaßen und gegen die Ehrenrechte, welche dieselben für sich in Anspruch nahmen oder gegen die von ihnen ununterbrochen allein ausgeübten Königswahlen erhoben. Diese Klagen wurden von den Böhmen nie weiter gewürdigt, noch weniger ihnen abgeholfen, das was ihnen allein die Spitze abgebrochen hätte, nämlich eine so innige Verschmelzung der Interessen sämmtlicher Länder der böhmischen Krone, wie sie etwa durch Errichtung eines gemeinsamen Jahr aus Jahr ein zu berufenden Parlaments, durch Schaffung eines einzigen obersten Gerichtshofes oder einer einheitlichen Verwaltung zu Stande gekommen wäre und bei der dann nicht

von der Herrschaft eines Theiles über den andern, sondern aller über alle die Rede sein konnte, das lag nicht im Geiste des 16. Jahrhunderts, welches nach dem Beispiele des Mittelalters die Macht in kleinere Kreise zu zerlegen beliebte und nicht das Getheilte vereinte. So blieb es also beim Alten, da die Böhmen nicht nachzugeben bereit waren und die Herrscher aus dem Hause Habsburg, zu sehr durch den Türkenkrieg in Anspruch genommen, der Lösung so heiklicher Fragen um so mehr aus dem Wege gingen, als sie eher auf Seite der Böhmen als ihrer Gegner standen.

Es liegt auf der Hand, daß die Vorgänge im Jahre 1608 auch in dieser Angelegenheit von Bedeutung sein mußten; wer konnte hindern, daß die Revolution, die zunächst gegen den Kaiser gerichtet war, sich nicht auch gegen ein Volk richtete? In der That war dies auf Seite der Mährer der Fall; als sie sich mit Mathias verbanden, thaten sie dies nicht allein um die Herrschaft des Kaisers abzuschütteln, sondern auch ihr freies Bestimmungsrecht gegen Böhmen zu wahren und diesem Lande gegenüber eine beigeordnete und nicht eine untergeordnete Stellung in Anspruch zu nehmen. Zwar die Böhmen, als sie in die Trennung von Mähren willigten, thaten es nur unter dem Vorbehalte, daß dieses später wieder mit ihrer Krone und zwar unter den gleichen Bedingungen, wie von Alters her verbunden würde, aber es war dies im Augenblicke wenig mehr als eine Phrase, das alte Verhältniß zwischen Böhmen und Mähren war definitiv gelöst und die Zukunft mußte über die Bedingungen der Wiedervereinigung entscheiden. — Es blieb jetzt Schlesien, das von Böhmen nicht abließ und sich Mathias nicht zugesellte, aber nichtsdestoweniger, um uns eines modernen aber hier bezeichnenden Ausdruckes zu bedienen, eine Revision seines Vertragsverhältnisses zu Böhmen verlangte. Bei den Verhandlungen, die zum Vertrage von Lieben (1608) führten, hatten die Schlesier keine Zeit ihre Forderungen durchzusetzen, als sie aber im Mai 1609 ihre Vertreter nach Prag abordneten, trugen sie ihnen nicht nur die Besorgung der religiösen Angelegenheiten, sondern eine Neugestaltung des Verhältnisses auf, das Böhmen und Schlesien verband.

In welcher Weise sie es mit der Neugestaltung dieses Verhältnisses meinten, ergibt sich aus der Auffassung desselben als eines beigeordneten und nicht untergeordneten. Schlesien, so hieß es in der von den Ständen und Fürsten des Landes dem nach Prag abgeschickten Gesandten mitgegebenen Instruktion, ist in freiwilligen Verband mit Böhmen getreten, ist diesem Lande nicht unter-, sondern beigeordnet. Wiewohl diese Behauptung, die einzelnen Theile Schlesiens seien freiwillig in Verbindung mit der Krone Böhmens getreten und es habe ursprünglich ein koordinirtes und nicht ein subordinirtes Verhältniß bestanden, nicht die historische Unter-

suchung auszuhalten vermag, so war es in diesem Momente weniger wichtig, ob die geschichtlichen Behauptungen der Schlesier richtig als vielmehr ob die Böhmen mächtig genug seien, solchen Ansprüchen unverweilt zu begegnen. Da die Schlesier ihr Verhältniß als ein koordinirtes auffaßten, so verlangten sie 1. zu allen künftigen Königswahlen berufen zu werden, weil sie sonst durch eine fernere Mißachtung ihres Rechtes zu einem entscheidenden Gegenschritt gezwungen würden *); 2. die vollständige Trennung der schlesischen Verwaltung von der böhmischen in der Art, daß fortan nie ein Gegenstand, der Schlesien allein anging, von böhmischen Räthen verhandelt würde; 3. die Herausgabe der in Karlstein befindlichen und auf Schlesien allein bezüglichen Privilegien; 4. die Unabhängigkeit Schlesiens von jedem böhmischen Gerichte und 5. die Beschränkung der Wirksamkeit des obersten Kanzlers auf Böhmen und Ernennung eines schlesischen Vicekanzlers als Vorstandes der königlichen Kanzlei für Schlesien. Die letztere Forderung war die weitgehendste. Der oberste Kanzler von Böhmen war gewissermaßen der Staatsminister für sämmtliche böhmische Kronländer, allerdings mit dem beschränkten Wirkungskreise, wie ihn jene Zeit mit sich brachte; durch seine Vermittlung äußerte sich der Einfluß der königlichen Gewalt auf die Unterthanen in ihrer Gesammtheit oder im Einzelnen. Da grundsätzlich bestimmt war, daß der Kanzler ein Böhme sein müsse, so war der Wirkungskreis desselben eine privilegirte Domäne der Böhmen. Dadurch daß die Schlesier den Kanzler von ihren Angelegenheiten vollständig fern halten wollten, gedachten sie sich von jeder Einflußnahme Böhmens zu emanzipiren. Der einzige Vorzug, den sie dem Stammlande der böhmischen Monarchie zuerkennen wollten, war der, daß der Kanzler Böhmens allein diesen Titel tragen solle, der ihrige dagegen nur den eines Vicekanzlers bei übrigens völlig gleichem Wirkungskreise führen solle.

Die Tragweite der schlesischen Forderungen unterliegt keinem Zweifel, sie war aber nicht bloß an sich von großer Bedeutung, sie mußte auch unausweichlich große Konsequenzen in Mähren und den Lausitzen nach sich

---

*) Sie würden, heißt es in der an den Kaiser gerichteten Darstellung der schlesischen Gravamina, gezwungen sein „per contrarios actus in künfftig ihr possesorium zu erhalten." Man sieht also, sie drohten förmlich mit einer Gegenwahl. Die Darstellung der schlesischen Verhältnisse entnehmen wir aus Originalakten, die im böhmischen Statthaltereiarchiv unter der Signatur L. 34 enthalten sind und zwar: Instruktion der schlesischen Fürsten und Stände für die nach Prag reisenden Gesandten ddto. 6. Mai 1609, dann die dem Kaiser im Juli 1609 auf Grund dieser Instruktion überreichte Beschwerdeschrift, endlich die kaiserliche Resolution ddo. 6. Nov. 1609.

ziehen. Wenn Mähren wieder einmal an Böhmen zurückfiel, so stand mit Gewißheit zu erwarten, daß es für sich eine gleich freie Stellung wie Schlesien werde in Anspruch nehmen wollen und falls dieses mit seinen Forderungen noch nicht durchgedrungen war, daß es sich mit Schlesien zur Erlangung derselben verbinden werde. Daß die Lausitze nicht zurückbleiben würden, war eben so wenig zu bezweifeln. In der That entwickelte sich alles in der Weise, wie wir dies hier andeuten. — Als dem Kaiser die schlesischen Beschwerden überreicht wurden, gab er nur bezüglich der freien Religionsübung, wie er nicht anders konnte, nach, bezüglich der andern staatsrechtlichen Angelegenheiten ertheilte er erst nach mehreren Monaten seine gewöhnliche ausweichende Antwort. Man wundere sich nicht über 6 Nov.
eine solche Schonung der Böhmen in einer Zeit, wo er ihnen nicht 1609
gerade zum Dank verpflichtet war. Abgesehen davon, daß er unter dem Einflusse böhmischer Rathgeber namentlich des Kanzlers handelte, mußte ein böhmischer König es wohl überlegen, ob er eine solche Auflösung der bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse unterstützen solle oder nicht. Die Schlesier wurden also für diesmal abgewiesen, aber im Jahre 1611 erneuerten sie, unterstützt von den Mährern und Lausitzern, denselben Versuch und die weitere Erzählung wird zeigen mit welchem Erfolg.

Während die Angelegenheiten wegen des schlesischen Bündnisses und der Entfernung des Kanzlers von den Protestanten eifrig betrieben wurden, stellten sie zugleich am Landtag eine Reihe anderer Forderungen, die wir als Konsequenzen des Majestätsbriefes bezeichnet haben. Sie betrafen 1. die Gleichstellung der Katholiken und Protestanten im Amte und Gerichte, 2. die Festsetzung der Machtbefugnisse der Defensoren und endlich 3. die Anerkennung der von den Protestanten für ihr neuerrichtetes Konsistorium und für die reorganisirte Universität festgesetzten Ordnung.

Was den ersten Punkt betrifft, so verlangten die Protestanten, daß fortan bei Besetzung der obersten Aemter auf sie eine gleiche Rücksicht wie auf die Katholiken genommen werde, in dem Landrechte aber, dem ersten Gerichte des Landes, die Mitglieder zur Hälfte aus ihrer Mitte, zur Hälfte aus den Katholiken entnommen würden. Gewiß war bei den damaligen Verhältnissen eine solche Gleichstellung der Parteien die einzige Garantie für die gleichmäßige Anerkennung des gegenseitigen Rechtes und sonach das Verlangen der Protestanten ein billiges. Der Kaiser war aber nicht bereit in diesem Punkt nachzugeben und der Oberstburggraf gab in seinem Namen nur das Versprechen ab, daß bei Besetzung von Aemtern die Protestanten möglichst berücksichtigt werden sollten. Merkwürdigerweise begnügten sich diese, die doch sonst mit Hartnäckigkeit an unbilligen oder staatsgefährlichen Forderungen festhielten, mit dieser unsicheren Vertröstung.

Vielleicht trug hiezu die weitere Erklärung des Oberstburggrafen bei, daß der Kaiser Religionsangelegenheiten der Kompetenz der bisherigen Gerichte entziehen und hiefür einen Spezialgerichtshof, zur Hälfte aus Katholiken zur Hälfte aus Protestanten bestehend, errichten wolle. Es ist uns nicht bekannt, ob dieser Gerichtshof in der That je zu Stande kam, für den Augenblick scheint aber dies Versprechen eine beruhigende Wirkung gehabt zu haben.

Was die Festsetzung der Machtbefugnisse der Defensoren betrifft, so hatte es damit folgendes Bewandtniß. Schon bei Gelegenheit der Ertheilung des Majestätsbriefes war bestimmt worden, daß die Protestanten die Leitung ihrer Kirchenbehörde, des Konsistoriums, und ihrer Universität in die Hand nehmen sollten. Da sie es jedoch nicht in ihrer Gesammtheit thun konnten, so sollte ein Ausschuß aus ihrer Mitte, dessen Mitglieder den Titel Defensoren führen sollten, mit dieser Sorge sich befassen. Es lag nun in der Absicht der Protestanten möglichst weitgehende Befugnisse in die Hand der Defensoren zu legen. So hatten sie bei Gelegenheit der Verhandlungen über das schlesische Bündniß denselben trotz alles Widerstandes von Seite des Kaisers die Vollmacht ertheilt, im Falle der Noth Truppen zu werben und Geld aufzunehmen, um den Verpflichtungen des erwähnten Bündnisses nachzukommen. Jetzt wollten sie auch mit Umgehung eines Artikels der Landesordnung, der unter hoher Strafe die Berufung eines allgemeinen oder Partiallandtags ohne Genehmigung des Königs verbot, den Defensoren die Befugniß ertheilen, die Protestanten zu einem Separatlandtage nach Prag zu berufen, wenn sie es im Interesse ihrer Partei bei einer etwaigen Rechtsverkürzung für nothwendig halten sollten. Gegen diese Befugniß zur Berufung von Rumpflandtagen erhoben sich die Katholiken energisch. Nach langen Verhandlungen wollten sie den Defensoren nur gestatten, etwaige Klagen bei den obersten Beamten und dem Landrechte in Prag anhängig machen zu dürfen, im Falle der Landtag nicht tagen sollte. Die Protestanten begnügten sich aber nicht mit diesem Zugeständnisse und ihre Beharrlichkeit führte sie zu einem theilweisen Siege. Rudolf gestattete mit Zustimmung der Katholiken, daß, wenn es sich um wichtige protestantische Angelegenheiten handeln würde, welche von den Defensoren nicht allein entschieden werden könnten, und ein Aufschub bis zur Zusammenkunft eines Landtags nicht zulässig wäre, diese befugt sein sollten, Vertreter aller böhmischen Kreise und zwar sechs aus jedem einzelnen sammt den in Prag anwesenden protestantischen Mitgliedern des Landrechts, des Kammergerichts u. s. w. zu einer gemeinschaftlichen Berathung zu berufen. Doch dürfte kein Gegenstand verhandelt werden, der irgendwie die katholischen Interessen berühren könnte, sondern die Ver-

handlungen müßten einzig und allein auf die protestantischen Angelegenheiten beschränkt bleiben. Gegenstände gemischter Natur blieben der Kompetenz des Landtags oder des zu bildenden Spezialgerichtshofes vorbehalten. Gegen die Rechte, welche die Protestanten den Defensoren über das Konsistorium und die Universität einräumten, erhoben weder der Kaiser noch die Katholiken einen Widerspruch.

Was die Anerkennung der neuen Einrichtung betrifft, welche die Protestanten dem Konsistorium und der Universität zu geben für gut fanden, so hatte es damit von Seite der Katholiken und des Kaisers keine Schwierigkeit, desto schwieriger war aber für die Protestanten selbst die Festsetzung dieser neuen Ordnung, weil sich hiebei der Gegensatz zwischen den verschiedenen Glaubensparteien, welche sich mit der gemeinschaftlichen Annahme der durch den Majestätsbrief allein bewilligten böhmischen Konfession deckten, ohne doch wahrhaft eins zu sein, mitunter in schroffer Weise kundgab. Eine kurze Schilderung der unter den Protestanten deshalb geführten Verhandlungen wird zur Begründung unserer Angaben hinreichen.

Es war bestimmt worden, daß es fortan im Lande nur zwei Kirchenbehörden zu geben habe: den Erzbischof für die Katholiken, das Konsistorium für die Anhänger der böhmischen Konfession. Bis jetzt hatten alle protestantischen Parteien vom Kaiser die Gewährung dieser Konfession verlangt und sie war ihnen unter der Bedingung ertheilt worden, daß sie den Katholiken gegenüber nur eine einzige Kirchengemeinde bilden folglich nur einer einzigen Behörde, dem von ihnen zu besetzenden Konsistorium unterthan sein sollten. Es war aber jedermann bekannt, daß unter den Protestanten keine solche Einigkeit herrsche, wie sie eine einheitliche kirchliche Behörde voraussetzt. Im Gegentheil, man unterschied bei ihnen drei Parteien, die von einander nicht wenig verschieden waren. Die erste von ihnen waren die eigentlichen Anhänger der böhmischen Konfession, die Utraquisten, wie sie sich noch immer in altherkömmlicher Weise bezeichneten, obwohl sie sich definitiv vom Altutraquismus losgesagt hatten. Zu ihnen gehörte die Masse des böhmischen Volkes, an 70 Perzent der Bevölkerung des Landes. Die zweite Partei waren die böhmischen Brüder. Sie hatten sich dem Begehren nach der Freigebung der böhmischen Konfession angeschlossen und damit erklärt, daß sie mit den Utraquisten dogmatisch geeint seien. Man bezweifelte aber in Böhmen und mit Grund, daß sie ihre bisherige kirchliche Einrichtung, welche bereits an 150 Jahre alt war, aufgeben würden, um sich einem Kirchenregimente anzuschließen, über das erst Berathungen, bei denen sie gewiß nicht die entscheidende Stimme führen würden, gehalten werden sollten. Zu diesen zwei Parteien

gesellte sich noch eine dritte, die der eigentlichen Lutheraner. Sie waren wenig zahlreich und nur an den deutschen Grenzen des Landes verbreitet, von ihnen war es sowohl zweifelhaft, ob sie die Augustana zu Gunsten der weniger berühmten Konfession aufgeben, als auch, ob sie sich einem Kirchenregiment unterwerfen würden, das sie vollständig von Wittenberg trennen mußte.

Uebersieht man nicht, wie lebendig die religiösen Gegensätze im Anfange des 17. Jahrhunderts waren, so wird man leicht die Spannung begreifen, mit welcher man in Böhmen den Berathungen über die Einrichtung des Konsistoriums und über eine etwa herzustellende einheitliche Gottesdienstordnung entgegensah. Die Katholiken dachten nicht anders, als daß unter ihren Gegnern selbst ein Riß entstehen müßte, der dieselben um die Frucht ihrer Bemühungen bringen würde, denn sie erwarteten, daß die Majorität nach möglichster Uniformität in allen Einrichtungen trachten, weder den Brüdern noch den Lutheranern, welche beide nur eine verschwindend kleine Minorität ausmachten, einen Rest von Selbstständigkeit gönnen und dadurch einen Kampf veranlassen würde, der zu ihrer gegenseitigen Zerfleischung führen konnte. Diese Annahme wäre wohl durch die Ereignisse gerechtfertigt worden, wenn nicht ein Mann wie Budowec an der Spitze der ganzen Bewegung gestanden wäre, der, selbst der Minorität angehörend, zum voraus dafür sorgte, daß diese in dem neuzubauenden Hause eine bequeme Wohnung finde. Und in der That seine Vorsorge machte sich frühzeitig geltend. Da die Stände füglich nicht selbst die neue Kirchenordnung berathen konnten, so beschlossen sie damit eine Kommission, bestehend aus Geistlichen und Mitgliedern der Prager Universität, zu betrauen. In der Art der Zusammensetzung derselben zeigt sich bereits der Einfluß von Budowec und seinen Freunden. In die Kommission wurden acht Utraquisten und zwar vier Prager Pfarrer und vier Professoren, dann vier Brüder und fünf Lutheraner im ganzen 17 Personen gewählt. Der Umstand, daß die Brüder mit den Lutheranern die Majorität hatten, sicherte sie vor einer Vergewaltigung, die beiden gleich verhaßt war.

30. Juli 1609 Zwei Tage vor dem Beginn der Kommissionsberathungen erschien im Universitätsgebäude der letzte Administrator des altutraquistischen Konsistoriums und überreichte den Professoren die Amtsakten der nunmehr begrabenen Behörde. So ohne Sang und Klang wurden die Kompaktaten, um deren Bestätigung sich die Böhmen so lange und so vergeblich bemüht hatten, begraben. In den darauffolgenden Berathungen der Organisirungskommission wurde ohne jeden Streit die böhmische Konfession als gemeinschaftlicher Glaubensausdruck angenommen. Damit gaben die Lutheraner

von vornherein in diesem wichtigen Punkte nach, während die Brüder in dieser Beziehung nur bestätigten, was sie im Jahre 1575 und jetzt erklärt hatten, daß nämlich die böhmische Konfession ihre volle Beistimmung habe. Die Berathungen konnten schnell auf andere Gegenstände übergehen. Vier Punkte bedurften vor allem einer genauen Erörterung, einte man sich auch in ihnen, so war für die böhmischen Protestanten vorläufig nichts zu fürchten. Diese Punkte betrafen die kirchlichen Ceremonien, die geistliche Ordination, die Disziplin und die Zusammensetzung des Konsistoriums.

Als die Berathungen über die Ceremonien begannen, zeigten sich die Meinungen nicht getheilt, weil die gottesdienstliche Form bei den Brüdern so ziemlich der lutherischen gleichkam und diese bei den Kommissionsmitgliedern volle Anerkennung fand. Ein erbitterter Streit brach aber aus, als man auf die Kirchenkleidung, die als ein Theil der Ceremonien aufgefaßt wurde, zu sprechen kam. Die Utraquisten und Lutheraner der Kommission verlangten mit Entschiedenheit, daß sich der Priester bei dem Gottesdienste einer eigenen Kleidung namentlich der weißen Rochette bediene, was mit gleicher Entschiedenheit von den Brüdern verworfen wurde. Der Streit wurde bald so heftig, daß kaum auf eine Einigung weder in diesen noch in anderen Punkten zu hoffen war, namentlich nicht in Bezug auf die Ordination. Die Utraquisten verlangten nämlich, die Ordination solle allein von dem neu einzurichtenden Konsistorium ausgehen. Durch eine solche Bestimmung sahen sich die Brüder unmittelbar bedroht, denn da sie noch nicht wußten, ob ihnen eine Vertretung in dem Konsistorium eingeräumt werden würde, konnten sie befürchten, daß durch das Mittel der Ordination ihren Gemeinden allmälig solche Vorsteher aufgedrängt würden, welche mit Hintansetzung aller alten den Brüdern theueren Gewohnheiten und Uebungen nur trachten würden, sie mit der Masse der Utraquisten zu verbinden. Die Berathungen machten keinen Schritt vorwärts, man hatte die Kluft, welche zwischen den Parteien in einigen wichtigen Punkten obwaltete, konstatirt, aber kein Mittel ausfindig gemacht, sie auszufüllen.

Würden die Berathungen in dieser Weise weiter geführt worden sein, so hätten sie sich resultatlos zerschlagen und den Zwiespalt unter den Anhängern der böhmischen Konfession offen aufgedeckt. Wok von Rosenberg, der in Wittingau von diesen Zuständen Nachricht erhielt, mahnte die Direktoren dringend in einem Schreiben, sie möchten den Wünschen der Brüder gerecht werden. Schon hatten aber auch die Stände in Prag, von denen ein Theil den Verhandlungen der Kommission als stumme Zuhörer beizuwohnen pflegte, die Ueberzeugung gewonnen, daß sie nicht gut gethan hatten, das Werk der Einigung bloß Priesterhänden anzuvertrauen. Sie

17 Aug. beschlossen daher selbst und zwar am Rathhaus die Berathungen zu beginnen und bevor fünf Tage verflossen waren, ging aus ihrer Mitte ein Einigungsentwurf hervor, der in der That geeignet war, die Brüder, um die es sich vor allem handelte, zu befriedigen.

Vermöge dieses Einigungsentwurfes sollte das Konsistorium, von dem fortan die Leitung des Kirchenwesens in Böhmen auszugehen hatte, aus 12 Mitgliedern bestehen, sechs sollten dem utraquistischen Klerus, drei der Prager Universität und drei den Brüdern angehören. Auf die Lutheraner, die ganz und gar in den Utraquisten aufgingen, wurde also keine Rücksicht genommen. Der Vorsteher des Konsistoriums, der Administrator, sollte stets den Utraquisten entnommen werden, sein Stellvertreter im Falle der Vakanz aber jedesmal einer von den Brüdersenioren sein, die im Konsistorium ihren Sitz hatten. Die Erziehung der Kandidaten des Priesterstandes sollte jede Partei nach ihrem Ermessen leiten dürfen, die Ordination derselben aber nur durch das Konsistorium geschehen und zwar in der Weise, daß dem Ordinanden die Hände sowohl vom Administrator wie von einem der Brüdersenioren aufgelegt würden. Zu Gunsten der Lutheraner wurde zugestanden, daß ein Kandidat, der in Wittenberg ordinirt worden, als giltig ordinirt anzusehen sei, nur sollte er sich einem Examen vor dem Administrator unterziehen, wenn er in der Seelsorge verwendet werden wollte. Bezüglich der Disziplin, die bei den Brüdern heimisch war, wurde bestimmt, daß, wiewohl sie nicht auf die Anhänger der böhmischen Konfession allgemein auszudehnen sei, doch ihre Beibehaltung bei der Unität weder einem Anstand noch einem Tadel unterliegen solle.

Man sieht der Einigungsentwurf nahm eine so tiefgehende Rücksicht auf die Brüder, daß denselben ein engerer Anschluß an die Utraquisten ermöglicht wurde. Eine solche Nachgiebigkeit blieb auf die Brüder nicht ohne Rückwirkung und sie glaubten ihrerseits auch ein Opfer bringen zu müssen. Sie waren jetzt erbötig, ihre bisherige Opposition gegen die Kirchenkleidung, um derentwillen aus dem Werke der Einigung
1609 bald ein Werk der Zwietracht geworden wäre, aufzugeben. Am 22. August war der Einigungsentwurf aus der Hand der Stände hervorgegangen und am 23. August versahen bereits zwei Brüder Cyrus und Korvin, beide Mitglieder des Berathungskomités, unter großem Zulauf den Gottesdienst in der so heftig verworfenen Rochette. So waren alle Differenzen beglichen und es bedurfte nur der Wahl der Konsistorialbeisitzer und der Bestimmung der neuen Gottesdienstordnung, um die protestantische Bewegung zu einem vorläufigen Abschlusse zu bringen.

An der unmittelbaren Besetzung des Konsistoriums wurden die Stände einige Wochen lang durch die Landtagsverhandlungen verhindert, die ihre

Aufmerksamkeit auf andere Punkte lenkten. In der Zwischenzeit gewannen einige von ihnen Muße über das Einigungswerk nachzudenken und statt diesem so eifrig wie früher beizustimmen, fanden sie, daß in demselben den Brüdern überaus große Rechte eingeräumt worden. Graf Andreas Schlick stand an der Spitze dieser neu sich bildenden Opposition und als die Besetzung des Konsistoriums auf Grund des Einigungsentwurfs ernstlich in Angriff genommen wurde, wollte er mit einigen Gesinnungsgenossen nicht weiter an dem Werke sich betheiligen. Er bediente sich dabei des Vorwandes, daß der Kaiser, der den Majestätsbrief nur einer religiösen Gemeinde gegeben, jetzt seines Wortes sich entbunden erachten würde, weil in der That zwei und nicht eine Gemeinde mit dem Majestätsbrief sich decke. Seine Einwände, wiewohl bis zu einem gewissen Grade begründet, wurden zurückgewiesen und er mit seinen Gesinnungsgenossen wieder zur Anerkennung des Einigungsentwurfes vermocht. Die Besetzung des Konsistoriums wurde darauf ohne Säumniß in Angriff genommen. Zu diesem Ende erging eine Einladung an die Geistlichkeit im ganzen Lande nach Prag zu kommen, wo ihr die Wahl dreier Kandidaten für die Administratorswürde aufgetragen wurde. Die Wahlhandlung fand schriftlich statt. 6. Okt.

Bevor die Stände die Untersuchung der abgegebenen Stimmzettel vornahmen, legten sie den versammelten Geistlichen den Entwurf einer neuen Gottesdienstordnung war. Dieser Entwurf war in dem verflossenen Monat, wahrscheinlich mit Beihilfe einiger Geistlichen, von den Ständen selbst verfaßt worden. Die neue Gottesdienstordnung, so ziemlich der lutherischen gleichkommend, sollte nur für die Utraquisten giltig sein, die Brüder sollten an der ihrigen festhalten dürfen. Zum Beweise, daß die Gottesdienstordnung der Unität der bei den Utraquisten einzuführenden im Wesen gleichkomme, hatten die Brüder eine Beschreibung derselben nach den einzelnen Theilen eingeschickt, sie wurde als Anhang der utraquistischen Gottesdienstordnung beigefügt und sollte fortan für die Brüder bindende Kraft besitzen. Die im Karolinum versammelte Geistlichkeit nahm die Mittheilungen ruhig auf und acceptirte damit von den Ständen nicht bloß die Konsistorialverfassung, sondern auch die Norm für gottesdienstliche Verrichtungen. — Die Untersuchung der Wahlzettel ergab die meisten Stimmen für den Pfarrer am Tein Šúd von Semanin, dieser wurde darauf von den Ständen unverweilt als Administrator anerkannt, und neben ihm fünf Pfarrer, welche nach ihm die meisten Stimmen erhalten hatten, als Beisitzer des Konsistoriums proklamirt. Die Unität wählte aus ihrer Mitte drei Mitglieder, etwas später (11. Nov.) wurden von den Defensoren drei Mitglieder des Professorenkollegiums der Universität zu Konsistorialbeisitzern ernannt, und so belief sich die Gesammtzahl derselben auf zwölf. Šúd von Semanin war

als Administrator der Präsident, Bruder Cyrus sein Stellvertreter. Alle diese Einrichtungen erlangten die Anerkennung des Kaisers und der Katholiken.

An die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse durch die Stände schloß sich noch die Reorganisation der Universität. Es ist natürlich, daß Veränderungen, die da vorgenommen wurden, nicht so wie die neuen Schöpfungen im Kirchenwesen auffallen konnten, selbst wenn sie wichtiger Natur waren. Sie waren aber nicht einmal dies letztere. Alles in allem beschränkten sich die Reformen auf unwesentliche Aenderungen, welche nicht geeignet waren, der Universität ein frischeres wissenschaftliches Leben einzuhauchen, hob man doch nicht einmal die beschränkende Bedingung auf, welche von sämmtlichen Professoren die Einhaltung des Cölibats forderte. Im Eifer für das Aufblühen der in ihren Mitteln etwas herabgekommenen Anstalt beschlossen die Stände sich eine Steuer aufzulegen und diese zu deren Besten zu verwenden. Es blieb aber nur bei diesem Beschluß, zur Zahlung kam es nie. Später wollten die Stände, um die Universität von der Last der Administration zu befreien, alle ihre Güter verkaufen, aber die Professoren lehnten dies mit kluger Vorsicht ab.

Nachdem die erzählten Einrichtungen theils vollendet theils angebahnt waren, blieb den Ständen nur noch die Wahl der Defensoren übrig, welche über Konsistorium und Universität die Aufsicht nach einer ihnen übergebe-
23 Okt. nen Instruktion führen und den Ständen hiefür verantwortlich sein sollten.
1609. Die Zahl der Defensoren wurde auf 24 bestimmt, je 8 aus einem Stande; als die Wahl vollzogen war, zeigte sich, daß der religiösen Ueberzeugung nach 16 den Utraquisten und 8 den Brüdern angehörten. Es versteht sich, daß Thurn und Budowec sich unter den Gewählten befanden. Schlick, auf den die Wahl auch gefallen war, lehnte dieselbe ab, ließ sich aber später überreden, an die Spitze der Defensoren zu treten. Sein Präsidium war jedoch nicht von langer Dauer. Die ersten Amtshandlungen, die der Administrator unternahm, zeigten von mehreren Verstößen gegen den Einigungsentwurf, auf den er wie alle Konsistorialbeisitzer vereidigt worden war, namentlich hatte er bei einer Ordination, bei welcher der Senior Cyrus zugegen war, diesen nicht aufgefordert, dem Ordinanden die Hände aufzulegen und damit gleich von vornherein gegen die Unität einen herben Verstoß begangen. Als Budowec hiegegen Einsprache erhob und den Administrator zur Rechtfertigung aufforderte, erklärte dieser zu nicht geringer Ueberraschung der Defensoren, daß er so auf Geheiß des Grafen Schlick gehandelt habe. Schlick, der dies nicht läugnen konnte, zog sich von dem Präsidium zurück und der Unität ward nach dem Wunsche Budowec's Genugthuung geleistet. Was Schlick betrifft, so hatte derselbe seinem Widerwillen gegen

eine billige Behandlung der Brüder, wie er dies im Laufe des Jahres 1609 häufig gethan, abermals Ausdruck gegeben. Das Schmähliche dieses Benehmens lag vor allem darin, daß Schlick wiederholt sich hoch und theuer verschwor, es liege ihm der religiöse Friede im Lande am Herzen und er wolle lieber seiner Seligkeit verlustig gehen, ehe er die neue Ordnung verletzen und die Brüder in ihren Rechten angreifen würde. Trotz dieser Versicherungen unterließ er es nicht, den Brüdern hinterrücks ein Bein zu stellen, da er nicht Entschlossenheit genug besaß, ihnen offen entgegenzutreten. Er zeigte schon jetzt jene armselige Unentschlossenheit, die ihn im Jahre 1618 zu einem Werkzeuge Thurn's und zum Gespötte der Parteien machte und dennoch nicht vor dem Schafot bewahrte.

So hatten die Protestanten nachgerade alle ihre Forderungen theils mit theils gegen die Zustimmung des Kaisers zum Beschluß erhoben, und ihre Stellung im Lande von dem unmittelbaren Einflusse des Königs so frei zu machen gewußt, daß sie fast einen Staat im Staate bildeten. Jetzt zögerten sie auch nicht länger auf die Verhandlungen über die königlichen Propositionen einzugehen, die in kurzer Zeit zu Ende berathen wurden. Der Landtag währte bereits beinahe ein Jahr und da die Mehrzahl der Theilnehmer wieder zu ihren gewöhnlichen Beschäftigungen zurückzukehren wünschte, nahmen die Debatten einen raschen Verlauf. Auch die Auflösung der geworbenen Truppen wurde in Angriff genommen. Die Auslagen hiefür betrugen 350000 Schock, deren Bezahlung die Protestanten dem ganzen Lande und folglich auch den Katholiken auflegen wollten. Der Protest, den letztere dagegen erhoben, half nichts, sie mußten sich dem Majoritätsbeschlusse fügen. Dagegen erklärten sich die Protestanten ausdrücklich mit der Belassung des Kanzlers in seinem Amte zufrieden und bestanden auch nicht auf der ursprünglich von ihnen beantragten Landesverweisung des ehemaligen Primas der Prager Altstadt Heidel, den sie als einen Hauptgegner ihres Glaubens verfolgten. Am 23. Februar wurde der Landtag durch die könig- 1610
lichen Kommissäre zur allgemeinen Zufriedenheit geschlossen, nachdem er ein Jahr und 27 Tage gewährt hatte. Am Tage der Auflösung dankten die Direktoren von ihrem Amte ab und legten ihre Machtbefugniß in die Hände ihrer Kommittenten. Diese Auflösung war mehr eine scheinbare als wirkliche, denn thatsächlich traten die Defensoren an ihre Stelle. Kurz vor dem Schlusse hatten die Protestanten noch die Zahl der Konsistorialbeisitzer von 12 auf 14 erhöht, die zwei neu Hinzugetretenen gehörten der utraquistischen Färbung an.

Es erübrigt uns noch zu erzählen, was Anhalt während der übrigen Zeit seines Aufenthaltes in Prag gethan. Das Ende des Landtags wartete er nicht ab, nachdem er im Laufe des Monats September die Ueberzeugung

gewonnen hatte, daß bei der ununterbrochenen Nachgiebigkeit des Kaisers und bei der nach seiner Meinung allzugroßen Unentschlossenheit der Stände die äußere Ruhe in Böhmen nicht gestört werden würde. Er bemühte sich jetzt um so angelegentlicher dem ostensibeln Zweck seiner Reise nach Prag nachzukommen und vom Kaiser eine Antwort auf die Aufträge, mit denen ihn die Union betraut hatte, zu erlangen. Sie betrafen, wie bereits erzählt worden, die Restitution Donauwörths, die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Entfernung derjenigen Räthe aus dem kaiserlichen Kabinete, die den Protestanten besonders feindlich gesinnt waren. Anhalt hatte nach seiner Ankunft in Prag nicht gezögert, bei dem Kaiser die Verhandlung dieser Punkte anzuregen, wiewohl ihn eine rasche Antwort sehr in Verlegenheit gebracht hätte, weil sie ihm die Gelegenheit zu einem längern Aufenthalte in Böhmen und zu seinen geheimen Verhandlungen mit den Protestanten entziehen konnte. Allein er baute auf die erprobte Unentschlossenheit des Kaisers, der ihm überflüssige Muße gewähren würde und hierin hatte er sich nicht verrechnet.

1609 Kaum war nämlich Anhalt am 14. Juli in Prag angelangt, so suchte er durch den Landgrafen von Leuchtenberg bei dem Kaiser um eine Audienz nach. Er erhielt ziemlich rasch die Versicherung, daß ihm eine solche am 24. Juli ertheilt werden würde. Als er sich zu derselben in der Burg einfand, mußte er sich an diesem wie an den folgenden vier Tagen unverrichteter Dinge entfernen, bis er endlich drohte, daß er gleich den Böhmen sich eine Audienz erzwingen wolle. Am 28. ward ihm und seinen Begleitern dieselbe wirklich zu Theil, nicht ohne daß er vorher von dem Landgrafen gemahnt worden wäre, sein Ansuchen möglichst kurz zu fassen und jedenfalls nicht länger als eine halbe Viertelstunde bei dem Kaiser zu bleiben. Unter den Begleitern Anhalts befand sich der pfälzische Rath Camerarius so wie der Vertreter des Kurfürsten von Brandenburg, der vor einigen Tagen wegen der Jülich'schen Angelegenheiten in Prag angelangt war und diese in Gemeinschaft mit den Abgesandten der Union betreiben wollte. Der Kaiser empfing die Gesandten in des Vicekanzlers Strahlendorf Gegenwart und vernahm aus Camerarius' Munde eine kurze Auseinandersetzung der Forderungen der Union; sie betrafen die oben erwähnten drei Punkte, die Restitution Donauwörths, die Aufhebung der Gerichtsbarkeit des Reichshofrathes und die Entfernung schlechtgesinnter Personen aus dem kaiserlichen Rathe. Am Schlusse dieser Mittheilung wurde dem Kaiser eine Schrift überreicht, welche diesen dreifachen Gegenstand weitläufig erörterte. Hiemit hatte die Audienz ein Ende, ohne daß es zu irgend welchem Wechselgespräch gekommen wäre; der brandenburgische Gesandte begnügte sich mit der Ueberreichung seiner Kreditive.

Bei der Darstellung der Schwäbisch-Haller Verhandlungen ist mitgetheilt worden, daß die Union keine Lust zeigte, sich in die Jülicher Angelegenheit entschieden einzumengen, so lange der Kurfürst von Brandenburg, einer der Prätendenten um die Jülich'sche Succession, nicht selbst um ihre Unterstützung sich bewarb. Ein wichtiges Ereigniß veranlaßte jedoch die Union diese reservirte Haltung aufzugeben. Erzherzog Leopold war insgeheim nach Jülich abgereist, hatte sich daselbst der Festung bemächtigt Juli 1609
und dadurch die Union zur raschen Thätigkeit vermocht. Anhalt bekam von den Mitgliedern derselben den Auftrag, auch die Jülichische Angelegenheit in den Kreis der Verhandlungen am kaiserlichen Hof zu ziehen und deren Schlichtung im protestantischen Interesse zu verlangen. Diesem Auftrage kam der Fürst nach und ließ dem Kaiser eine Schrift überreichen, in welcher derselbe um Ablassung der von ihm verfügten Sequestration des Jülichischen Erbes und um eine friedliche Entscheidung zu Gunsten der rechtmäßigen Prätendenten ersucht wurde. Zu gleicher Zeit bat Anhalt um eine Privataudienz und erbot sich dabei dem Kaiser jede verlangte Auskunft über diese und andere Angelegenheiten zu geben. Die Privataudienz kaum 14. Aug. 1609
verlangt wurde ihm auch gewährt, und so wie Anhalt diesmal ohne Begleitung erschien, so wurde er auch vom Kaiser ohne die Anwesenheit eines Dritten empfangen. Anhalt eröffnete das Gespräch damit, daß er die Forderungen der Union mit Außerachtlassung der Jülichischen Angelegenheit erörterte und namentlich in eingehender Weise den Kaiser auf die Nothwendigkeit aufmerksam machte, einen Theil seiner Räthe, gegen die das Mißtrauen in Deutschland besonders groß sei, zu entlassen. Aus den spätern Verhandlungen ersieht man, daß damit insbesondere Strahlendorf und Hannewaldt gemeint waren. Als der Kaiser auf diese Auseinandersetzungen bemerkte, es scheine ihm, daß der König von Frankreich sich in die deutschen Angelegenheiten einmischen wolle und Anhalt geradezu frug, ob bereits eine „Konjunktura" zwischen Heinrich und einigen deutschen Fürsten zu Stande gekommen sei, benützte dieser die gebotene Gelegenheit, um die Ursachen der Begründung der Union und ihr Ziel auseinanderzusetzen. Er versicherte, daß die Union aus Anlaß des Bundes, welchen die Erzherzoge im Jahre 1606 zur Beraubung des Kaisers geschlossen hätten, begründet worden (!) und daß ihr Zweck kein anderer sei, als von Deutschland die gewaltsame Unterdrückung fernzuhalten, welche der Kaiser von seinem Bruder erfahren habe. Uebrigens möge der Kaiser wissen, daß der Bund der Erzherzoge nicht ihr eigenes Werk sei, sondern daß der Plan dazu in Madrid und Rom geschmiedet, der Vertrag sobald er zu Stande gekommen, vom Papste unterzeichnet und der Kardinal Melino eigens nach Spanien geschickt worden, um Philipp III zu einem gleichen Schritt zu

bewegen, was auch gelungen sei. Was den König von Frankreich betreffe, so gehe man nicht fehl, wenn man ihm den Plan zuschreibe, Frankreichs Herrschaft auch über Deutschland wie zu Karls d. G. Zeiten auszudehnen; gegen alle diese Angriffe habe der Kaiser keine andere Stütze, als wenn er sich auf das engste den Reichsständen anschließe und jene Rathgeber von sich entferne, die ihm diesen Anschluß widerrieten; der Kaiser sei die Sonne, die alles erleuchten solle, jene bösen Rathgeber dienten zu nichts anderem, als diese Sonne zu verfinstern. Schließlich kam er auch auf die Jülichische Succession zu sprechen und bat, daß die deshalb überreichte Schrift von dem Kaiser eingehend erwogen würde. *)

Von diesem ganzen Zwiegespräch behielt der Kaiser den Eindruck vager Furcht vor Gefahren, die ihm von allen Seiten drohten und er schickte deshalb später den Landgrafen von Leuchtenberg zu Anhalt, um diesen um nähere Angaben über die Pläne Spaniens, Roms und namentlich über das, was er mit der beispielsweisen Anführung Karls des Großen gemeint habe, zu ersuchen. Anhalt fand es für gut, da er nicht mehr den furchtsamen und leichtgläubigen Kaiser vor sich hatte, über seine früheren diplomatischen Enthüllungen mit allgemeinen Behauptungen zu schlüpfen, so daß selbst der Kaiser aus dem Berichte des Landgrafen die Ueberzeugung gewann, Anhalt lege es vor allem darauf an, ihn „zu überlisten und zu betrügen", wie er später gegen seine eigenen Räthe sich ausdrückte.**) Da nach der Audienz Anhalt von Seite des Kaisers keine Antwort auf die verschiedenen Forderungen der Union erhielt, so hätte er um so mehr die Rückreise antreten können, weil er hiezu von seinen Auftraggebern geradezu aufgefordert wurde, da diesen die Kosten der langwierigen Gesandtschaft nachgerade zu groß wurden. Allein Anhalt machte keine Anstalten zur Abreise, sondern benützte den willkommenen Vorwand, den ihm der Kaiser durch die Verzögerung der Antwort bot, um mit den protestantischen Parteihäuptern die oben geschilderten Verhandlungen weiter zu führen. Nachrichten hierüber mögen dem Kaiser in ziemlicher Anzahl und Genauigkeit zugekommen sein und so gewann er es endlich über sich, Schritte zu thun, um seinen gefährlichen Gegner von Prag zu entfernen. Nachdem
4 Sept. er dem Fürsten nochmals eine Audienz bewilligt hatte, wobei es zu keiner andern Auseinandersetzung kam, als daß Anhalt auf einen günstigen Bescheid für die Union drang, versuchte er denselben, so sehr er ihn auch

---

*) Münchner Staatsarchiv 313—10/38 Bericht an Pfalz-Neuburg ddo. 4/14. Sept. 1609.

**) Münchner Reichsarchiv XV. 2—204. Bodenius an Max von Baiern ddo. 9. Okt. 1609.

hassen mochte, durch vortheilhafte Verheißungen auf seine Seite zu bringen. In Rudolfs Auftrage fand sich der Landgraf von Leuchtenberg bei Anhalt ein und verlangte von ihm, daß er seinen Einfluß zu Gunsten des Kaisers bei den Protestanten verwende und bot ihm hiefür im Namen des Kaisers die Ertheilung eines Lehens, einer Anwartschaft oder die Gewährung irgend eines Wunsches an.*) Anhalts Ehrgeiz ging weiter als nach irgend einer noch so glänzenden Gunstbezeugung des Kaisers und er lehnte deshalb unter höflichen Anerbietungen diesen Versuch ihn zu gewinnen ab. Die Folge davon war, daß im kaiserlichen Kabinete ernstlich berathen wurde, wie man die schriftlichen Eingaben Anhalts beantworten solle. Zwar eine Antwort war demselben bereits zu Theil geworden, da sie aber in das Wesen der Forderungen nicht einging, sondern in allgemeinen Phrasen sich ergoß, so hatte Anhalt sich damit nicht begnügt, sondern eine Entgegnung an die kaiserliche Kanzlei eingeschickt. Nun begann zwischen einigen Vertretern des Kaisers, unter denen der Landgraf von Leuchtenberg der erste war, und zwischen dem Fürsten von Anhalt und seinen Begleitern eine langwierige Unterhandlung über die einzelnen Forderungen der Union. Ernstlich wurde nur die Donauwörther und die Jülicher Angelegenheit besprochen, weil die Union auf eine Befriedigung in dieser Beziehung das meiste Gewicht legte und die andern Forderungen, wie die bezüglich des Reichshofraths und namentlich die wegen Entfernung schlechtgesinnter Räthe aus der Umgebung des Kaisers, füglich nicht erörtert werden konnten. Bei diesen Verhandlungen schien es, als ob man wirklich den Wünschen der Union kaiserlicherseits genügen wolle, denn gegen die Restitution Donauwörths wurde kein Einwand erhoben, dieselbe wurde vielmehr für die nächste Zeit in Aussicht gestellt und als Anhalt auf die Bestimmung eines festen Termins drang, wurde der Ablauf des vierten Monats vom Tage der Unterhandlungen als der äußerste Termin festgesetzt. In der Jülicher Angelegenheit betonten die kaiserlichen Unterhändler keineswegs das Recht der Sequestration, welches der Kaiser in der dem Erzherzog Leopold übertragenen Besitzergreifung Jülichs so offen in Anspruch genommen hatte, sondern versprachen, daß die Entscheidung über die Jülich'sche Succession einem Fürstenrathe anheimgestellt werden würde, dessen Zusammenstellung nicht von dem alleinigen Belieben des Kaisers abhängen solle. Diese Nachgiebigkeit von Seite Rudolfs und seiner Unterhändler war jedoch, wie die folgenden Ereignisse lehren, nur eine scheinbare und hatte bei der geschilderten Sachlage keinen andern Zweck, als dem

*) Münchner Staatsarchiv 116—2/180. Anhalt an Kurpfalz ddo. Prag 2/12. Sept. 1609.

Fürsten von Anhalt jeden Vorwand zur Verlängerung seines Aufenthalts in Prag abzuschneiden. Sie erreichte umsomehr ihren Zweck, da Anhalt sich nicht versprechen durfte durch sein längeres Verweilen in Böhmen die Protestanten zur Abschließung eines Bündnisses mit der Union zu vermögen, sondern sich mit Vertröstungen auf die Zukunft begnügen mußte. Er reiste
1609 von Prag in der zweiten Hälfte des Monats September zum Besuche seines Freundes Rosenberg nach Wittingau ab, von wo er sich nach kurzem Aufenthalte wieder nach Hause begab.

II

Die passive Haltung, welche der Kaiser seit Ertheilung des Majestätsbriefes den Böhmen gegenüber bewahrte, seine fast ununterbrochene Nachgiebigkeit gegen ihre verschiedenen Forderungen, die ihn, ob billig oder unbillig, gleichmäßig anwiderten, war, wie das eine nähere Kenntniß seines krankhaften Wesens nicht anders erwarten läßt, nur eine scheinbare. Schon in den Tagen seiner absoluten Hilflosigkeit, in denen die ständischen Soldaten die Straßen und die Umgebung Prags anfüllten, gewärtig eines Winks ihrer Herrn, um über die Katholiken oder den Kaiser herzufallen, dachte er an nichts geringeres als durch Gewalt wieder zu erringen, was er durch Drohungen oder eigene Lässigkeit verloren hatte. Vor der Ertheilung des Majestätsbriefes hatte er mehreremal barsch den Vorschlag zu Rüstungen, der ihm von Seite einiger seiner vornehmsten Rathgeber gemacht worden war und für den sich auch der spanische Gesandte Zuñiga eifrig verwendete, zurückgewiesen, jetzt, nachdem er geschlagen worden, nahm er ihn desto eifriger auf. Würde es auf ihn allein angekommen sein, so wäre es auch diesmal bei der bloßen Absicht geblieben, allein nunmehr gewann der Erzherzog Leopold auf seine Entschließungen einen Einfluß, der endlich zu Thaten führte. Beide schlossen mit einander ein Bündniß ab, das fortan ihr Schicksal mit einander verflocht. Die zu einer so folgenreichen Verbindung wie die zwischen Rudolf und Leopold nothwendige
1609 Verständigung erfolgte am 11. Juli zwei Tage nach der Unterzeichnung des Majestätsbriefes. An diesem Tage hatte der Prinz Zutritt zum Kaiser erlangt und kaum in sein Gemach eingelassen, hatte er sich ihm zu Füßen geworfen und ihm seine treuen und ergebensten Dienste angeboten. *) Dankend nahm sie der letztere an, indem er seinen jungen Vetter vom Boden aufhob, ihm seinen Segen ertheilte und ihn an Sohnesstatt aufzunehmen versprach. Lange Zeit besprachen sich darauf beide zum großen

*) Simancas 709/44. Bericht des Staatsraths an den König ddo. 30. Okt. 1609.

Erstaunen des gesammten Hofes, der nur an Audienzen von einigen Minuten gewöhnt war. Wir wissen von dem Inhalt der Unterredung nur so viel, daß Rudolf des Erzherzogs Dienste in der Weise annahm, wie dieser sie anbot und daß er denselben zu jenem Schritte bevollmächtigte, der in Leopolds Phantasie die erste Stufe zu seinem künftigen Reiche und zur deutschen Krone bildete. Der Kaiser bevollmächtigte nämlich den Erzherzog zur Besetzung von Jülich.

Der Antheil Rudolfs und Leopolds an der engen Verbindung, die sie mit einander eingingen, war kein gleichmäßiger. Rudolf, von keinem andern Gedanken beseelt, als wie er Rache nehmen könne an allen, die seine Herrschaft verkürzt hatten, an den Böhmen wie an Mathias, sah sich nach der Gelegenheit dazu um, Leopold bot sich als intelligentes Werkzeug dar, das aber nicht wie ein Jahr zuvor bloß der Winke und Befehle des Kaisers gewärtig war um zu handeln, sondern selbst nach Mitteln und Wegen zum Ziele suchte und zum thatsächlichen Eingreifen kaum mehr als des Kaisers stillschweigende Zustimmung verlangte. Der Erzherzog, der wohl fühlte, daß ihm die ganze Last der Arbeit obliegen würde, machte auch nur insofern des Kaisers Wünsche zum Gegenstand seiner Bemühungen, als sie mit seinen eigenen Absichten zusammentrafen. Rudolfs Wünsche gingen nach der Wiedererwerbung seiner ganzen ehemaligen Herrschaft, Leopold, der sich nicht darüber täuschte, daß Mathias aus seinem Besitz nicht mehr vertrieben werden könne, wollte dem Kaiser nur zur absoluten Gewalt in dem ihm gebliebenen Rest seiner Länder verhelfen, um diese als Erbe des Kaisers dereinst selbst zu beherrschen.

Wir haben im ersten Bande erzählt, daß Leopold den Herzog Maximilian vor der Ertheilung des Majestätsbriefes zu einer Intervention in Böhmen bestimmen wollte, durch die der Kaiser zu einem höhern Ansehen gelangen sollte. Schon damals trat in etwas nebelhaften Umrissen der Plan des Erzherzogs hervor, einen Theil des habsburgischen Besitzes mit Hilfe Rudolfs an sich zu reißen. Dieser Plan war nach seiner Ankunft in Prag in ihm trotz aller Hindernisse zur Reife gediehen. Den ursprünglichen Theilnehmern desselben, dem Obersten Ramée, dem Grafen Althan, dem Hofkriegsrathspräsidenten Grafen Sulz, und seinen bereits erwähnten beiden Vertrauten, dem Appellationsrath Tennagel und dem Jesuiten P. Heinrich Aquentius, schlossen sich auch einige katholische Mitglieder des böhmischen Adels darunter die Herren Slawata und Martinitz an, denen die protestantische Entwicklung ihres Vaterlandes über alle Maßen verhaßt war, und spornten den Erzherzog zu entscheidenden Handlungen. Ihnen allen gesellte sich noch der Herzog von Teschen zu, der unmittelbar vor der Unterzeichnung des Majestätsbriefes dem Kaiser 6000

polnische Reiter darunter 1000 Kürassiere anbot, wenn er sich gegen die Protestanten zur Wehr setzen wollte und der auch später zur Einhaltung seines Anerbietens bereit war.*)

Nach dem Plane einiger dieser Rathgeber sollte die Unterdrückung des Protestantismus in Böhmen und die Erwerbung dieses Landes für Leopold nicht unmittelbar versucht werden; noch waren nämlich die Protestanten daselbst bewaffnet und Gegenrüstungen während der Dauer des Landtags nicht wohl möglich. Zuvor sollten die Verhältnisse in Böhmen wieder zu einer gewissen Ruhe gelangen, der Erzherzog auf einem anderen Punkte Gelegenheit zu Rüstungen aufsuchen und unterstützt von der katholischen Welt dann seinen Schlag gegen Böhmen führen. Dieser andere Punkt aber sollte Jülich sein. Solches spiegelte sich auch Leopold in seinen Phantasien vor. Nach seiner Meinung mußte die Jülicher Erbschaft, weil mitten im katholischen Gebiete gelegen und von protestantischen Fürsten in Anspruch genommen, für die Katholiken doppelt werthvoll sein. Er zweifelte nicht, daß, wenn der Kaiser seine Auktorität geltend machen, Jülich mit Sequester belegen und an sich ziehen werde, er selbst mit Hilfe aller Katholiken der Christenheit das sequestrirte Gut leicht gegen die protestantischen Prätendenten würde behaupten können. Der so errungene Besitz von Jülich, so rechnete er weiter, mußte das Vertrauen der Katholiken sichern, mit den Hilfskräften dieses Landes, mit denen seiner eigenen Bisthümer Passau und Straßburg und mit den anzuhoffenden Subsidien Spaniens und Roms konnte er eine Armee ausrüsten, mit dieser im Einverständnisse mit dem Kaiser über Böhmen herfallen, sich des Landes bemächtigen und endlich auch die Succession im Reich gegen Mathias an sich bringen. Tirol, auf welches der letztere im Jahre 1608 hatte verzichten müssen, sollte die Monarchie, die sich Leopold in seinen ehrgeizigen Träumen schnell aufgebaut hatte, seiner Zeit vergrößern helfen. Indem also Leopold sich vom Kaiser zur Besetzung von Jülich und zur Sequestration der ganzen Erbschaft bevollmächtigen ließ, dachte er hier die erste Grundlage seiner Macht aufzurichten.

Es ist bekannt, daß der letzte Herzog von Jülich im Frühjahr 1609 mit Tode abging und daß an seine Erbschaft Ansprüche von dem Kurfürsten von Brandenburg, dem Pfalzgrafen von Neuburg und dem Hause Sachsen erhoben wurden. Der letzte Herzog von Jülich hatte vier Schwestern, die älteste, um diese Zeit bereits verstorbene, war an den Herzog Albrecht von Preußen verheiratet, die Tochter dieser Ehe Anna hatte den Kurfürsten

*) Brüsseler Staatsarchiv. Secret. d'Etat Allem. Carton 163. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 11. Juli 1609. Näheres im 3. Kapitel.

Johann Sigismund von Brandenburg zum Gemahl. Von dieser Verbindung leitete Brandenburg seine Ansprüche auf die gesammte Erbschaft ab. Der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg leitete die seinigen von seiner Verheiratung mit Anna der zweiten und noch lebenden Schwester des letzten Herzogs ab und verlangte gleichfalls die ganze Erbschaft für sich. Auch die dritte und vierte Schwester verlangten nach einem Antheil, allein da sie über keine mächtige Verbindung geboten, wurde auf sie so wenig Rücksicht genommen, als ob sie gar nicht existirten. Die kurfürstliche Linie von Sachsen gründete ihre Ansprüche auf ältere Anwartschaften, die ihr von früheren Kaisern auf die Jülicher Erbschaft verliehen worden waren, die herzogliche Linie dagegen auf ihre Abstammung von der Vatersschwester des letzten Herzogs von Jülich, welche bei ihrer Vermählung die Nachfolge in dem Besitz ihres Hauses im Falle des Erlöschens der männlichen Nachkommenschaft zugesichert erhalten hatte. Man sieht hieraus, daß die Ansprüche der verschiedenen Bewerber wohlbegründet und zugleich so beschaffen waren, daß sie sich gegenseitig ausschlossen. Die rechtliche Seite dieser Angelegenheit verursachte ihrer Zeit ein gewaltiges Kopfzerbrechen, die bedeutendsten Universitäten von Deutschland wurden um ihr Gutachten befragt und gaben dasselbe, wie nicht anders zu erwarten war, zu Gunsten derjenigen Fürsten ab, von denen sie abhingen.

Bei den vertraulichen Beziehungen, die zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen bestanden, war die Annahme ziemlich allgemein, daß ersterer bei einer Entscheidung über die Erbfolge den letzteren begünstigen werde. Um einer solchen Benachtheiligung ihrer Ansprüche zuvorzukommen und überhaupt jeden dritten von der Theilung auszuschließen, beschlossen der Kurfürst von Brandenburg und der Pfalzgraf von Neuburg rasch nach dem Ableben des letzten Herzogs sich gemeinschaftlich in den Besitz des strittigen Erbes zu setzen und dann erst beim Kaiser um die Bestätigung ihres Besitzes anzusuchen. Von dieser Maßregel, welche durch den Erfolg sich als die klügste rechtfertigte, erhielten sie in den Streitschriften jener Tage den Namen der *possedirenden* Fürsten. Nur Jülich, eine für damalige Zeit ziemlich starke Festung, fiel nicht in ihre Hände, sondern wurde von einem gewissen Rauschenberg, der noch von dem verstorbenen Herzog zum Kommandanten derselben ernannt worden war, im Besitze gehalten. Mit diesem Manne waren vom kaiserlichen Hofe, wahrscheinlich durch Vermittlung Kurkölns, Verhandlungen angeknüpft worden, um ihn zu bestimmen, die Festung an den Kaiser oder einen dazu bestimmten Bevollmächtigten abzutreten. Bald führten dieselben zu dem gewünschten Resultate, der Kommandant war erbötig nicht bloß die Festung Jülich sondern auch deren Besatzung dem Kaiser und dem von ihm er-

nannten Kommissär zur Verfügung zu stellen. Es bedurfte sonach vorläufig keiner Rüstungen und Leopold hatte nur nöthig in eigener Person in Jülich zu erscheinen, um die Besitzergreifung im Namen des Kaisers zu vollziehen. Um für den Fall, daß dieser Plan vielleicht den Gegnern verrathen worden, sich vor Gefangnahme oder andern Unbilden zu schützen, beschloß Leopold die Reise von Prag nach Jülich im geheimen anzustellen. Er entfernte sich deshalb in der Begleitung des Kanonikus Hennot, ver-
1609 kleidet als dessen Diener, am 13. Juli von Prag und kam nach einer Reise von zehn Tagen glücklich vor der Festung an. Während Hennot seinen Bruder, der sich ihnen als Gefährte mittlerweile angeschlossen, zu dem Kommandanten schickte und ihn um eine Audienz ersuchte, war Leopold Zuhörer eines Wirthshausgespräches, in dem einige Bürger von Jülich ihre Muthmaßungen über die künftigen Herrscher ihres Landes austauschten, aus denen deutlich zu ersehen war, daß sie eher an alles andere als an eine Intervention des Kaisers dachten. Rudolfs Bedrängnisse aller Art hatten ihm jedes Ansehen geraubt, von seiner Armuth sprachen sie in bezeichnender Weise und zweifelten nicht, daß sie entweder den Kurfürsten von Brandenburg oder den Pfalzgrafen von Neuburg als ihren Herrscher begrüßen würden. Mittlerweile hatte Rauschenberg Hennots Bruder empfangen und letzterem den Zutritt in die eigentliche Festung gestattet. Hier angelangt, frug Hennot den Kommandanten, ob er bei seinen Versprechungen bleiben und Jülich dem Kaiser übergeben wolle und als dieser nochmals seine Geneigtheit dazu erklärte, stellte ihm Hennot den Erzherzog
23 Juli Leopold, der ihm mittlerweile nach der Festung in seiner früheren Verkleidung gefolgt war, als den Vetter und Bevollmächtigten des Kaisers vor. Rauschenberg erkannte ihn als solchen an und Leopold nahm darauf ohne Schwierigkeit Besitz von der Veste Jülich.*)

Diese Besitzergreifung, so unerwartet und so glücklich durchgeführt, rief nicht bloß in, sondern auch außerhalb Deutschlands eine große Ueberraschung hervor, die bei den Gegnern des Kaisers eine um so größere Erbitterung im Gefolge hatte, je weniger sie sich von Prag aus eines kühnen Schrittes versehen hatten. Die Folge war, daß die Jülicher Frage mit einemmale in ihrer ganzen Wichtigkeit hervortrat, daß die Parteien sich mit dem Gedanken eines gewaltigen Zusammenstoßes vertraut machten und nach Freunden und Allianzen sich umsahen. Leopold kannte den Kaiser zu gut, um zu erwarten, daß er die geeigneten Maßregeln treffen werde, um Jülich zu behaupten und zögerte deshalb keinen Augenblick, die Mittel zu einem kriegerischen Widerstand selbst vorzubereiten. Mittlerweile da

*) Münchner Staats. 39/7, 186. Hennot an Kurköln ddo. 24/7. Jülich.

weder er noch die protestantischen Prätendenten der Succession im Stande waren, den Kampf unverweilt aufzunehmen, versuchten beide Parteien einander auf diplomatischem Wege zu schlagen, um den Sieg auf dem Schlachtfelde um so sicherer behaupten zu können. An diesem diplomatischen Kampf nahm auch der Kaiser Theil.

Für die Katholiken und unter diesen vor allem für die rheinischen Bischöfe war es eine Lebensfrage, daß die Jülicher Erbschaft nicht ganz und gar in protestantische Hände überging. Welche Gefahren ihrer Selbstständigkeit drohten, wenn sie im Süden von dem Kurfürsten von der Pfalz, im Norden von den Besitzern von Jülich, Cleve und Berg, die ihre Hand den Generalstaaten reichen konnten, umfaßt wurden, darüber durften sie sich keine Illusionen machen. An ihr Interesse schloß sich innig das spanische an, denn der Uebergang Jülichs in protestantische Hände gab Belgien, das fortan an seinen Grenzen einen dreifachen Feind haben sollte, vollständig preis. Es unterliegt also nicht dem leisesten Zweifel, daß das eigene Interesse den Katholiken und Spaniern eine entschiedene Unterstützung des Erzherzogs zur Pflicht machte und dieser beschloß deshalb zu allernächst deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Gelang es ihm ein Heer aufzustellen, so konnte er mit dessen Hilfe die kaiserliche Sequestration über die von Brandenburg und Pfalz-Neuburg occupirten Gebiete auszudehnen suchen und sich faktisch in den Besitz der ganzen Jülicher Erbschaft setzen. Die Formen des Rechtes konnten dabei immer gewahrt bleiben, die streitenden Fürsten wurden auf den Rechtsweg verwiesen, der Prozeß konnte dreißig und mehrere Jahre in Anspruch nehmen und mittlerweile die Occupationskosten eine solche Höhe erreichen, daß die Gewinner um den Preis ihrer ledig zu sein, ihre Ansprüche auf das Erbe freiwillig aufgaben. Die Hauptsache war, daß sich nicht fremde Fürsten in den Streit einmengten; mit Brandenburg, Neuburg, ja selbst mit der Union konnte Leopold wagen einen Kampf aufzunehmen, unmöglich aber mit Frankreich, wenn dieses sich den Feinden beigesellte.

Diesen Betrachtungen gemäß suchte Leopold zunächst im Fürstenthum Jülich selbst festen Fuß zu fassen und seine Herrschaft über die reichen Städte dieses Landes auszudehnen. Hier begegnete er jedoch gleich im Anfange den mißlichsten Erfolgen; wohin er auch seine Agenten sandte, bei den Städten wie bei dem Adel fanden sie eine ungünstige Aufnahme. Die Städte verschlossen ihnen buchstäblich die Thore und der Adel bekannte sich überall unverholen zur Partei der protestantischen Fürsten, sei es, daß Neigung ihn zu derselben zog, sei es, daß er von der Herrschaft eines Kaisers wie Rudolf nichts wissen mochte, da diese nur eine traurige Zukunft in Aussicht stellte. Diese ungünstigen Wahrnehmungen, die gleich

im Anfang Leopolds Sache zu einer beinahe verlornen stempelten, raubten dem jungen Manne nicht den Muth, sondern veranlaßten ihn um so energischer bei seinen natürlichen Freunden Hilfe zu suchen. Seine Agenten bereisten die Höfe der Bischöfe und verlangten von diesen Geld zur Aufstellung eines Heeres und zur Behauptung Jülichs. Die Zusagen, die sie erlangten, waren nicht entmuthigend. Am meisten lag jedoch an der Entscheidung Frankreichs und Spaniens und dahin schickte er seinen vertrauten Rath Tennagel; bei Heinrich IV sollte er eine neutrale Haltung zu Wege bringen, in Spanien aber die Geldmittel auftreiben, die den Anfang der Rüstungen beschleunigen sollten.

Als Tennagel in Paris, wohin er zuerst seine Schritte lenkte, anlangte, traf er daselbst nicht nur den Grafen von Zollern an, den der Kaiser nach Frankreich geschickt hatte, um Heinrich IV gleicherweise die Einmischung in die deutschen Angelegenheiten abzurathen, sondern auch den Kanzler Richardot, Gesandten des Erzherzogs Albrecht. Auch waren zugleich Vertreter sämmtlicher deutscher Kurfürsten, sowie des Pfalzgrafen von Neuburg erschienen, allesammt als Bittsteller in der Jülicher Angelegenheit. Die gleichzeitige Ankunft der Vertreter aller gerade im Streite befindlicher Parteien, das große Gewicht, welche jede einzelne derselben auf die Entscheidung des Königs legte, zeigte auf den ersten Blick, in wessen Händen das Schicksal von Jülich ruhe. Die Rolle in Deutschland als Schiedsrichter und Gebieter aufzutreten fiel Heinrich von selbst und ohne irgend eine besondere Anstrengung seinerseits zu. Der Lenker der deutschen Geschicke residirte jetzt nicht in Prag sondern in Paris.

Die Art und Weise, wie Tennagel in Paris empfangen wurde, zeigte zur Genüge, daß Heinrich nicht bloß für die Gegner des Kaisers Partei nahm, sondern daß er auch entschlossen war, eine rasche Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen; für ihn war der so sehr ersehnte Moment zu handeln gekommen. Tennagel wurde, nachdem ihm der König eine Audienz bewilligt, mit seinem Begehren an die Staatssekretäre Villeroy und Puysieux gewiesen. Während er vor diesen erörterte, daß Niemand ein Recht habe sich in die deutschen Angelegenheiten, weil dieselben der alleinigen Jurisdiktion des Kaisers unterstünden, einzumischen und demgemäß von Heinrich ein förmliches Versprechen verlangte, daß er die Rechte des Kaisers nicht verletzen wolle, wurde ihm von Seite der französischen Diplomaten kurz erklärt, daß ihr Herr den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg weder verlassen könne noch wolle, daß das Jurisdiktionsrecht des Kaisers in den deutschen Angelegenheiten diesmal mit Grund nicht ohne Mißtrauen betrachtet werde und daß der König von Frankreich das Recht habe sich in die deutschen

Angelegenheiten einzumischen, „denn sein Recht die Gerechtigkeit zu schützen reiche so weit als seine Macht."*) Es versteht sich von selbst, daß der Graf von Zollern keiner freundlicheren Gesinnung begegnete, ein gewisser Unterschied machte sich nur darin geltend, daß man ihn nicht in so wegwerfender Weise behandelte, wie Tennagel, sondern es der Mühe werth hielt, seine Forderungen etwas höflicher abzulehnen. Auch der Graf von Zollern verlangte nichts anderes, als daß Heinrich IV sich nicht in die deutschen Angelegenheiten einmische und namentlich das Richteramt des Kaisers nicht beeinträchtige. Sowohl der König wie seine Räthe erklärten diesmal, daß es nicht ihre Absicht sei, die Rechte des Kaisers zu schmälern, begründeten ihre Einmischung aber mit der Behauptung, es werde von Seite des letztern in einer solchen Weise gegen die beiden possedirenden Fürsten vorgegangen, daß an ihnen die Gesetze verletzt würden; dieser Umstand erlaube dem König nicht ruhig zuzusehen und nöthige ihn für die gerechte Sache da einzutreten, wo sie verletzt werde. Die Konferenzen, welche Zollern im Louvre mit Villeroy, Sully und Jeannin hatte, um sie vom Gegentheil zu überzeugen, hatten natürlich nicht den geringsten Erfolg. Bei einer derselben war der kaiserliche Gesandte so naiv, die religiöse Seite der Jülicher Frage zu berühren und die Franzosen darauf aufmerksam zu machen, daß durch Unterstützung Brandenburgs und Neuburgs den Protestanten katholische Länder in die Hand gespielt würden. Sully brauste darüber nicht wenig auf und entgegnete: „Faßt Ihr, Herr Graf, die Frage bei dieser Seite auf, seid gewiß, die Protestanten taugen nicht weniger als die Katholiken, sie schlagen sich wie der Teufel."**) — Die Vertreter der protestantischen Fürsten waren gewiß, daß der Graf Zollern nichts günstiges für seinen Herrn ausrichten würde, aber besorgt, daß ihm eine ausweichende Antwort ertheilt werden könnte, setzten sie alle Hebel in Bewegung, damit er in ähnlicher Weise, wie Tennagel oder der in derselben Angelegenheit von Erzherzog Albrecht nach Paris abgesandte Richardot heimgeschickt werde. Es bedurfte nicht so vieler Anstrengung, da Heinrich entschlossen war ihre Interessen zu den seinigen zu machen und Zollern mußte sich mit den ungünstigsten Nachrichten zu seinem Herrn be-

*) Sächs. Staatsarchiv. Jülicher Akten 8801. Fol. 296. Tennagels Relation über seine Reise nach Paris. — Villeroy sagte: Regi Galliae ubique locorum justitiam exequi licere dummodo possit.

**) Münchner Staatsarchiv 547—8/241. Hyppolit von Colli an Kurpfalz ddo. Paris 13/23. Sept. 1609. — Ebendaselbst Fol. 254 derselbe an denselben ddo. 19/29. Sept. — Ebendaselbst Fol. 313 derselbe an denselben ddo. 3/13. Okt. Sully's Worte lauteten: Monsieur la prenez vous par la? ils n'en valent pas moins pour cela, les Huguenots frappent comme le diable.

geben.*) Wir werden bald hören, in welcher Weise Heinrich seine Verbindung mit den deutschen Fürsten einleitete und folgen einstweilen Tennagel auf seiner Reise nach Spanien.

Das ganze Gelingen seines Unternehmens hatte Leopold, wie der weitere Verlauf zeigt, auf eine hervorragende Unterstützung Spaniens gesetzt, mit dieser hoffte er die Auslagen für die ersten Rüstungen zu decken und zugleich den engen Kreis seiner bisherigen Anhänger zu erweitern. Tennagel hatte also den wichtigsten Theil seiner Mission in Spanien zu erfüllen und er scheint hiezu ein ganz passendes Werkzeug gewesen zu sein, denn er besaß die Gabe durch einen ungewöhnlichen Wortreichthum in dem unerfahrenen Zuhörer jene Hoffnungen rege zu machen, die seinem Zwecke entsprachen. Trotz ihres langen Zusammenhanges mit Deutschland und Oesterreich waren die Spanier der Mehrzahl nach in der Beurtheilung der Verhältnisse dieser Länder minder glücklich und zutreffend, nur zu geneigt, die religiöse Seite in allen politischen Fragen besonders zu beachten und dadurch zu Unternehmungen bereit, die kluger Vorsicht bar gegen sie ausschlagen mußten. Tennagel war überzeugt, daß, wenn er in Spanien die religiöse Lärmtrommel schlagen würde, ein glänzender Erfolg nicht ausbleiben könnte und er verstand sich als ehemaliger Protestant und nunmehr eifriger Katholik nicht schlechter auf das Instrument, als manche seiner Nachfolger in unserm Jahrhundert, welche das Vertrauen ihrer neuen Glaubensgenossen ausbeuten. Ein nicht in Rechnung gebrachter Umstand trat jedoch den erwarteten Erfolgen in Spanien entgegen; als Tennagel daselbst anlangte, stieß er auf einen Konkurrenten, der gleicherweise den spanischen Staatssäckel im katholischen Interesse in Anspruch nahm und bezüglich dessen Uneigennützigkeit und Redlichkeit kein Zweifel obwalten konnte. Bei seiner Ankunft in Madrid fand er daselbst den Kapuzinerbruder Lorenz von Brindisi vor, der gerade über ein Bündniß der katholischen Liga mit Philipp III unterhandelte. Gab es in Jülich ein katholisches Interesse zu verfechten, so war dies bei der Unterstützung der Liga nicht minder der Fall. Philipp III sah sich mit einemmale zwei dringenden Forderungen ausgesetzt. Bevor wir erzählen können, wie er ihnen genügte, müssen wir über die Liga, deren Begründung im Gegensatze zur protestantischen Union in Deutschland eben versucht wurde, das nothwendige mittheilen.

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/8. Fol. 318. Hyppolit von Colli an Kurpfalz ddo 9/19. Okt. Fontainebleau.

Es blieb den deutschen Katholiken nicht verborgen, daß die Zerwürfnisse in Oesterreich von den Protestanten auf jede Weise ausgebeutet wurden und daß durch einen diesen letzteren günstigen Verlauf der Jülicher Angelegenheit ihre Macht in Deutschland außerordentlich sich vergrößern müsse. Die dauernde Feindschaft zwischen Rudolf und Mathias ließ die Katholiken ohne Hoffnung auf eine Unterstützung von Oesterreich und mußte bei ihnen um so mehr den Wunsch nach einem Bündnisse zum gegenseitigen Schutze hervorrufen, je mehr die Union von sich reden machte und den Katholiken die Meinung von einer weit innigern, umfassendern und kräftigern Verbindung der Protestanten beibrachte, als solche in der That bestand. So begegnen wir namentlich bei den deutschen Bischöfen als den zumeist bedrohten einer entschiedenen Neigung zum Abschluß eines Bündnisses, das ihnen gegen die Umsturzpläne Anhalts, von denen das Gerücht mancherlei verbreitete, Schutz gewähren sollte.

Wenn solchergestalt die Mehrzahl der katholischen Reichsstände das Bedürfniß einer Verbindung erst empfand, als die Gefahr handgreiflich war und die Union ein Muster bot, so gab es doch einige, welche schon lange zuvor, als noch keine Gefahr drohte und Anhalt selbst erst an der Begründung der Union arbeitete, an das Zusammenkommen eines ähnlichen Bundes dachten. Keiner von ihnen hatte jedoch in solchem Grade den Gegenstand erwogen und das Bedürfniß einer Einigung gefühlt als der bekannte Herzog Maximilian von Baiern.

Ueber diesen Fürsten gingen bei seinen Lebzeiten die Urtheile sehr auseinander. Den anfänglichen Lobeserhebungen, mit denen ihn alle jene, die mit ihm in Verbindung traten, überhäuften, folgten später um so herbere Verurtheilungen. Aus dem ehrlichen, frommen, klugen und sonst noch mannigfaltig ausgezeichneten Fürsten wurde nachgerade ein falscher, heimtückischer, maßlos ehrgeiziger, heuchlerischer Schelm, und wir könnten noch eine lange Reihe ähnlicher Prädikate anführen, die ihm abwechselnd von Katholiken und Protestanten zu Theil wurden. Der Grund einer so verschiedenen Auffassung bei denselben Personen liegt unserer Ueberzeugung nach vor allem darin, daß Maximilian vielfach anders handelte, als seine Zeitgenossen unter ähnlichen Umständen gehandelt haben würden, was zur Folge hatte, daß sie ihn nicht gut begreifen konnten. Der Schlüssel zur Erklärung seiner beinahe 50jährigen politischen Thätigkeit dürfte aber leicht zu finden sein, wenn wir zwei Eigenschaften in ihm gleichmäßig suchen, Vorsicht und Ehrlichkeit, und diesen gemäß das Auffallende seines Benehmens für seine Zeitgenossen zu erklären versuchen.

Schon wenige Jahre, nachdem Max die Regierung von Baiern in seinen Händen hatte, lieferten den Beweis, daß er einer der

trefflichsten Regenten seiner Zeit war. Die Verwaltung und Gerechtigkeitspflege erfreuten sich seiner unablässigen Fürsorge und seine Unterthanen befanden sich in einem Zustande von Wohlhabenheit, den man theilweise und mit Recht als ein Verdienst des Herzogs betrachten konnte. Sparsam wie wenige Fürsten seiner Zeit hatte er seine Finanzen in eine so treffliche Ordnung gebracht, daß er allezeit über einen verhältnißmäßig reichen Schatz gebot. Das war gewiß nichts geringes an einem Herrscher, wenn seine Regierung eben so wohlgeordnet war wie seine Finanzen wohlbestellt und wenn ihm zu allem dem sein persönlicher Charakter allgemeine Achtung erwarb. Das merkwürdigste an ihm aber war der Takt, mit dem er sich in der brennenden Frage seiner Zeit zu bewegen wußte. Obwohl ein ebenso entschiedener Katholik wie sein Vetter Ferdinand von Gratz, eben so unduldsam wie dieser, gleich ihm ein Freund der Jesuiten war er dennoch von den Protestanten nicht mehr angefeindet als sonst ein katholischer Fürst. Gewiß waren die Verhältnisse in Baiern günstiger als in Steiermark und es war nicht alles von Grund aus neu zu gestalten, aber dennoch gab es genug zu unterdrücken und zu reformiren und alles dies geschah mit so geringem Geräusch, daß man außerhalb Baierns nur wenig davon zu hören bekam. War die Ursache hievon allein des Herzogs Takt? Auf jeden Fall war er vom Glück begünstigt. Frühzeitig waren Katholiken wie Protestanten in und außerhalb Deutschlands auf ihn aufmerksam und erwarteten, daß er auf die Geschicke seines Vaterlandes den wesentlichsten Einfluß ausüben werde, so zwar, daß es vielen zweifellos erschien, er werde nach langer Pause wieder dem Hause Wittelsbach die deutsche Krone zuwenden und zwar mit glücklicherem Erfolge als sein Vorfahre Ludwig.

Die Folgen dieser allgemeinen Anerkennung blieben nicht aus. Als Heinrich IV sich mit dem Plane beschäftigte dem Hause Habsburg die deutsche Krone zu entreißen, hefteten sich seine Blicke vor allem auf Maximilian, dessen Tüchtigkeit ihm die beste Garantie für die Erreichung seines Wunsches schien. Wir haben gesehen, daß dieser Plan hauptsächlich deshalb fallen gelassen wurde, weil Anhalt größere Resultate von der Erhebung des Erzherzogs Maximilian erwartete.*) Obwohl in Folge dessen während der Jahre 1607 und 1608 auf protestantischer Seite nicht mehr die Rede davon war, daß man dem Herzog die deutsche Krone verschaffen sollte, so verstummten dennoch die Gerüchte keinen Augenblick, daß derselbe bei einer Thronerledigung zu den größten Hoffnungen berechtigt sei. Diese Gerüchte allarmirten wiederholt die deutsche und spanische Linie der Habsburger und mehr als einmal waren die Prinzen dieses Hauses fest über-

---

*) Man sehe hierüber das Nähere im ersten Band, Kapitel III.

zeugt, daß sie es in ihm mit dem gefährlichsten Rivalen zu thun hätten. Da aber Maximilian sichtlich in seiner Zurückgezogenheit verharrte und man keinem Beweise auf die Spur kam, als ob er selbst nach der Krone begehre, für die ihn die öffentliche Meinung wiederholt kandidiren ließ, so beruhigte sich die habsburgische Eifersucht immer wieder.

Der Umstand aber, daß ein so tüchtiger Fürst, wie dies allgemeiner Ueberzeugung nach Maximilian war, sichtlich nicht nach höherem begehrte, obwohl ihm eine günstige Meinung entgegen kam und die Verhältnisse ausnehmend zu seinen Gunsten geschaffen waren, machte alle Welt stutzig. Man fing an sich der Meinung hinzugeben, daß seine Zurückgezogenheit nur die Maske sei, hinter der sich kühn und schlau angelegte Pläne verborgen hielten. Der spanische Gesandte Zuñiga faßte in wenig Worten das Urtheil zusammen, welches man sich seit dem Jahre 1609 über Maximilian zu bilden anfing. Dieser Fürst, sagte Zuñiga, hat wenig von der deutschen Geradheit, er ist der verschlagenste Mann, den es gibt, und auf seinen Vortheil über die Maßen aufmerksam, aber er ist, fügt Zuñiga gleichsam zur Milderung der zu scharfen Beurtheilung hinzu, von einem ausnahmsweisen Eifer für die katholische Kirche beseelt.*)

Ist nun das Urtheil, dem Zuñiga in so prägnanter Weise Ausdruck gibt, richtig, steckte hinter der Zurückgezogenheit Maximilians nichts als Verschlagenheit und bargen sich hinter ihr große Pläne, die allein durch die Ungunst der Verhältnisse nicht zur Verwirklichung kamen? War er etwa auf katholischer Seite das, was Anhalt auf protestantischer? Es gab hinreichend viele Anzeichen, die eine solche Vermuthung in dem Augenblicke bestätigten, als er zum erstenmale auf dem großen politischen Schauplatz handelnd auftrat. Was in die Oeffentlichkeit über die Art und Weise gelangte, wie er in der Liga einen deutschen Katholikenbund zu begründen suchte, zeigte, daß er sich allein an die Spitze dieses Bundes zu stellen und das Haus Habsburg von der Theilnahme an demselben auszuschließen trachte.

Um für Maximilians Beurtheilung den rechten Boden zu schaffen, müssen wir hier auf einige Ereignisse seines Lebens hinweisen, die zwar außerhalb der Grenzen dieses Werkes liegen, die man sich aber gegenwärtig halten muß, will man die Handlungsweise dieses Fürsten in der Weise auffassen, wie wir sie für die richtige halten. Sie beantworten die für

*) Simancas 2495/127. Zuñiga an Philipp III ddo. 14. Dez. 1609. Prag. Es heißt in diesem Briefe: El duque tiene poco de la llaneza tudesca y es Principe recatadissimo y atentissimo a su proprio interes de honor y stado pero como tengo dicho otras vezes: su zelo a la religion catolica es muy singular.

seine Beurtheilung entscheidenden Fragen: Was wollte Maximilian mit der Liga bezwecken, welches war seine wahre Gesinnung gegen das Haus Oesterreich und hatte er die Absicht den Statusquo aufrecht zu erhalten oder gewaltsame Aenderungen im deutschen Staatskörper einzuführen?

Untersuchen wir zuerst Maximilians Absicht bei Begründung der Liga.

Als die Wirren in Oesterreich ausbrachen, Mathias seinen Bruder um den Besitz mehrerer Länder brachte, in Deutschland ehrgeizige Parteihäupter unter den Protestanten auf einen Umsturz der Reichsverfassung sannen, um bestehende Herrschaften zu erweitern oder neue zu begründen, da erwartete man auch von Maximilian, daß er seinerseits nicht die Hände in den Schooß legen, sondern einen Gewinn anstreben werde. Den Verhältnissen entsprechend fing er an Schritte zu machen, die auf eine Einigung der Katholiken in Deutschland hinzielten, um ihnen einen Schutz zu Theil werden zu lassen, da sie keinen mehr von dem Kaiser hoffen durften. Anfangs meinte man, er beabsichtige die Herrschaft über die Katholiken in Deutschland an sich zu bringen, aber die folgenden Ereignisse haben es zur Genüge bewiesen, daß er mit der Begründung der Liga in der That nichts anderes anstrebte, als eine Garantie gegen protestantische Angriffe. Und daß diese von der Seele der Union, von Anhalt, dem noch immer auf katholischen Grundlagen ruhenden deutschen Staatsgebäude drohten, wird kaum Jemand bezweifeln, mag er auf Seite der Angreifer stehen oder nicht. Ueber dies hinaus, über die Erhaltung des Statusquo gingen Maximilians Bestrebungen nicht. Wenn er hiebei von der Liga, wie wir bald näher erzählen werden, das Haus Habsburg fernhalten wollte, so lag diesem Plane nicht die Absicht zu Grunde, demselben seine Stellung im Reiche zu entwinden und diese selbst zu occupiren, sondern es war dies die Folge seiner Anschauung: jede solidarische Verkettung des Schicksals der deutschen Katholiken mit dem der deutschen Habsburger heiße eine Last auf sich nehmen, die mit dem Untergange der ersteren enden müßte. Im Jahre 1609 waren die Länder, welche unter der Herrschaft Rudolfs und Mathias' standen, protestantisch; welches Interesse konnten die deutschen Katholiken an einer näheren Verbindung mit den Herrschern dieser Länder haben, etwa um bei dem Sturze, welcher der habsburgischen Herrschaft mit der höchsten Wahrscheinlichkeit drohte, in ein gleich trauriges Schicksal verwickelt zu werden, wenn sie ihr Loos nicht frühzeitig von dem der Bedrohten trennten? Daß durch eine Unterstützung der katholischen Herrscher Oesterreichs doch noch der Protestantismus radikal daselbst unterdrückt werden könne, wie dies später (außerhalb Ungarns) geschah, daran konnte vernünftigerweise im Jahre 1609 Niemand denken, auch war dies unmöglich, so lange die Linie Kaiser Maximilians II im Besitz der Regierung war. Wir fassen des-

halb des Herzogs Bestrebungen zur Begründung der Liga und seinen Versuch die Habsburger von derselben fernzuhalten so auf, wie sie billigerweise aufgefaßt werden müssen, als klug und vorsichtig gethane Schritte, um sich, wenn die Zukunft von Stürmen nicht frei zu machen war, gegen dieselben zu schützen und seine Haltung gegen die Habsburger erscheint uns als die Folge eines festen Entschlusses, sein Schicksal durch gefährliche Verbindungen nicht zu kompromittiren. Niemand kann wohl die Berechtigung dieses Egoismus in Abrede stellen.

Daß dieser berechtigte Egoismus, diese kluge Vorsicht der wahre Grund seines Auftretens bei der Begründung der Liga gewesen, keineswegs Feindseligkeit gegen das Haus Habsburg oder der ehrgeizige Plan an dessen Stelle zu treten, hat Maximilian zweimal in einer Weise bewiesen, die keinen Zweifel gegen unsere Auffassung aufkommen läßt. Sicher gab es keine günstigere Gelegenheit die Habsburger von Deutschland auszuschließen oder fernzuhalten, als wenn er selbst in den Besitz des Kaiserthrons gelangte. Dreimal in seinem Leben kam derselbe zur Erledigung im Jahre 1612, 1619 und 1637. Es ist entschieden gewiß, daß, wenn er sich im Jahre 1612 ernstlich um die Krone beworben hätte, er sie erlangt haben würde, denn die Kurfürsten sahen sich zuletzt zur Erhebung des ihnen mißliebigen Mathias genöthigt, weil kein anderer Kandidat sich ihrer Wahl darbot. Was das Jahr 1619 betrifft, so war die Erhebung auf den deutschen Thron für Max nicht bloß im Bereiche der Möglichkeit, sondern er mußte mit einer Ausdauer ohne Gleichen in der Geschichte die ihm von der Mehrzahl der Kurfürsten beinahe aufgedrungene Krone abweisen, es bedurfte nur der leisesten Zustimmung von seiner Seite, so beeilten sich vier Kurfürsten ihm ihre Stimme zu geben und Ferdinand wäre nicht in die Lage gekommen, sich selbst die Stimme zu geben, wie dies geschehen war.*)

Die bald strenge Neutralität bald entschiedene Dienstfertigkeit Maximilians gegen die Habsburger scheint jedoch im Jahre 1630 einer ganz entgegengesetzten Gesinnung Platz gemacht zu haben. Er verband sich damals durch päpstliche Vermittlung mit Frankreich, um auf dem Regensburger Reichstag den Sturz Waldsteins herbeizuführen und die beabsichtigte Wahl des

*) Bei der Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618, welche wir unmittelbar nach diesem Werke zu schreiben beabsichtigen, wird natürlich genug Veranlassung geboten, auf die Wahlvorgänge in Frankfurt im J. 1619 näher einzugehen. Nebenbei sei nur bemerkt, daß die Kurfürsten von Trier, Köln, Brandenburg und Pfalz geneigt waren Maximilian ihre Stimme zu geben und daß die letzteren zwei sogar einen Vertrag zu seiner Erhebung abgeschlossen, den allein des Herzogs beharrliche Weigerung den Kaiserthron zu besteigen erfolglos machte.

Erzherzogs Ferdinand zum römischen König zu hintertreiben. Von Spanien und selbst von Oesterreich wurde ihm dies als ein Akt ganz abscheulicher Falschheit angerechnet, aber, wie wir überzeugt sind, mit Unrecht. Maximilian, der redlich das seinige zur Rettung Ferdinands II gethan, hatte doch keineswegs die Verpflichtung auf sich geladen, zu seinem eigenen Untergang als Reichsfürst beizutragen. Denn so viel ist gewiß, daß die kaiserliche Macht im Jahre 1630 eine so schwindelnde Höhe erreicht hatte, um an die Mediatisirung sämmtlicher Reichsfürsten zu denken. Die Aussicht für Deutschland durch Waldsteinische Schaaren zur Einigkeit gebracht zu werden, war aber eine so wenig sichere Bürgschaft für eine gedeihliche Zukunft, daß selbst ein Anhänger der deutschen Einigkeit unserer Tage sich wahrscheinlich damals auf die Seite der Bekämpfer der kaiserlichen Auktorität gestellt hätte: um wie viel mehr ein deutscher Fürst des 17. Jahrhunderts, dem seine Herrscherrechte nicht minder geheiligt vorkamen, als die Ehrenrechte des deutschen Reichsoberhauptes? Maximilian hatte durch die Verbindung mit dem Reichsfeind nie etwas anderes bezweckt als die Aufrechthaltung desjenigen Zustandes, den er für Deutschland als den Rechtszustand ansah; sobald Frankreichs Tendenzen über dies hinausgingen, sehen wir Maximilian wieder auf österreichischer Seite.

Eine Ausnahme von der Regel, mit der Maximilian stets an dem Statusquo festhielt, bildet sein Benehmen gegen die pfälzische Linie seines Hauses, gegen die er in Folge der Niederlage des Winterkönigs die Oberpfalz gewann und mit eiserner Beharrlichkeit festhielt. Selbst diese Ausnahme ist aber mehr scheinbar als wirklich. Von Ferdinand II hatte er für die gegen die Böhmen geleistete Hilfe Oberösterreich zum Pfand erhalten und dies später gegen die Oberpfalz umgetauscht. Streng genommen ist es der Kaiser, der den Winterkönig um seinen Besitz brachte, Maximilian nahm in der Oberpfalz eine Entschädigung an, zu welcher der Kaiser aus eigenem verpflichtet war. Uebrigens konnte sich Friedrich von der Pfalz billigerweise nicht über Unrecht beklagen; wer so wie er den Sturz eines Fürstenhauses beabsichtigt, darf im Falle des Mißlingens nicht klagen, wenn sein eigener Besitz von einem unliebsamen Verlust betroffen wird.

Diese Angaben über Maximilians Bestrebungen, welche durch ein gründlicheres Eingehen in seine lange politische Laufbahn nur erhärtet werden können, stellen Maximilian allerdings nicht in eine gleiche Linie mit andern hervorragenden Fürsten, welche der Politik ihres Hauses und der Entwicklung des ihrer Herrschaft unterworfenen Gebietes neue Bahnen vorgezeichnet haben. Es liegt etwas prosaisches darin, treu und ehrlich an politischen und religiösen Ueberzeugungen zu hängen, fremdes Gut nicht

anzugreifen und sein Land und Volk wie ein vorsichtiger Oekonom zu verwalten. Die Namen solcher Fürsten werden neben den Reformatoren und Eroberern ihres Jahrhunderts nur wenig genannt, ihr minder greifbarer und auf kleinere Kreise beschränkter Einfluß ist auf die wahrhafte Fortbildung unseres Geschlechtes jedoch nicht minder bedeutungsvoll.

Wir kehren zur Erzählung der Vorgänge bei der Begründung der katholischen Liga *) zurück.

Wann der Gedanke zur Begründung der katholischen Liga bei Max entstand, ist nicht gewiß genug, so viel ist jedoch sicher, daß der Plan zu einer Verbindung der deutschen Katholiken ihm schon längere Zeit vorschwebte, daß er sich aber zu energischen Schritten in dieser Beziehung erst bei Gelegenheit des Regensburger Reichstags im Jahre 1608 entschloß, als er nicht zweifeln konnte, daß es zwischen Rudolf und Mathias zu einem Zusammenstoße kommen würde und ihm zu gleicher Zeit nicht verborgen war, daß Anhalt an einer Verbindung der Protestanten arbeite. Gern würde er bei den ersten vorbereitenden Schritten zur Begründung der Liga im Hintergrunde geblieben sein, um sich gleichsam dem ohne sein Zuthun zu Stande gekommenen Bund unter günstigern Bedingungen anzuschließen. Seine Berechnung, daß die geistlichen Fürsten am meisten das Bedürfniß nach Schutz empfinden und deshalb die ersten nach einem Bündniß verlangen würden, schlug indessen fehl. Seine Gesandten, die er zu dem Regensburger Reichstage abgeordnet hatte, hatte er instruirt, keine Eröffnungen zu machen, sondern solche abzuwarten; als sich aber der Reichstag seinem Ende zuneigte und die geistlichen Fürsten in ihrer Passivität verharrten, trug er seinen Vertretern geradezu auf, den Abschluß einer Liga auf die Bahn zu bringen. Was er also hatte vermeiden wollen, dazu mußte er sich doch entschließen, zu dem ersten entscheidenden Schritt. In Folge dieser Aufforderung traten die Gesandten der geistlichen Kurfürsten, dann Oesterreichs, Baierns, Salzburgs und Würzburgs zu einer Konferenz zusammen, deren Resultat kein anderes sein konnte, als daß jeder an seinen Herrn über die in der Konferenz erörterte Nothwendigkeit eines Katholikenbundes berichten sollte.

Dieses geringe Resultat schreckte den Herzog nicht ab. Kaum war

---

*) Wir bemerken hier, daß die Begründer der katholischen Liga dieselbe nie „Liga" sondern „Union" genannt haben. Der Name Liga kam erst mehrere Jahre später auf und wird auch von uns angewendet, um den Katholikenbund von der protestantischen „Union" zu unterscheiden.

der Reichstag aufgelöst, so schickte er Gesandte an die bischöflichen Höfe ab, um sie einzeln der Abschließung eines Bundes geneigt zu machen. An
5. Juli 1608 die geistlichen Kurfürsten schickte er seinen Rath Wensin, der in Andernach mit denselben zusammentraf und von diesen ziemlich günstige Versicherungen erlangte. Ueber diese allgemeinen Zusagen konnte Maximilian im Laufe der folgenden Monate nichts erlangen, was wiederum einen lähmenden Einfluß auf seine Verhandlungen mit den süddeutschen Bischöfen zur Folge hatte, da einzelne derselben dem beabsichtigten Bunde nicht früher beitreten wollten, ehe dies die geistlichen Kurfürsten gethan hätten. Der Herzog sah bald ein, daß er einen langen Weg zu gehen haben würde, wenn er mit einemmale ans Ziel gelangen wolle und so entschloß er sich zur Abschließung eines engeren Bundes, um den weiteren zu ermöglichen. Diesem engeren Bunde traten vorläufig die Bischöfe von Augs-
März 1609 burg und Konstanz und die Aebte von Kempten und Elwangen bei. Gestützt auf dieselben lud er bald darauf zu weiteren Berathungen auch die Bischöfe von Würzburg, Passau und Regensburg nach München ein und es gelang ihm nun auch die beiden letzteren zum Beitritt zu bewegen. Ein
1609 Vertrag, dessen Redaktion am 10. Juli vollendet wurde, bildete die Grundlage dieses engeren Bundes, der sich bald darauf zur bekannten Liga erweitern sollte. *)

Diesem Vertrage gemäß sollte der Bund ein Defensionsbund sein und seine Aufgabe in der Beschützung der einzelnen Mitglieder gegen alle Angriffe bestehen. Bezüglich der innern Organisation des Bundes ward festgesetzt, daß an der Spitze ein Bundesoberst und ihm zur Seite drei Adjunkten stehen sollten. Auf Bundestagen sollte über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten verhandelt werden und genau zu entrichtende Beiträge die Kasse des Bundes bilden, die zur Ausrüstung eines Bundesheeres bestimmt wurde, wofern die einzelnen Mitglieder nicht durch selbstständige Rüstungen ihren bezüglichen Pflichten nachkommen wollten. So die allgemeinen Grundzüge. Geht man auf das Detail der Bestimmungen ein, so findet man, daß der Bund weit entfernt war von einer Organisation, die ein rasches und entscheidendes Handeln ermöglichte, daß in demselben vielmehr die ganze Misere des deutschen Staatslebens einen Abklatsch fand. Gerade so wie allgemach die kaiserliche Gewalt in Trümmer gegangen war, so suchte man durch eine Menge Kautelen die Hände des Bundesobersten zu binden; durch die eine sollte die Zusammensetzung des Heeres, durch die andere die gemeinschaftliche Kasse seiner unmittelbaren

*) Diese Darstellung beruht theils auf unseren eigenen Forschungen, theils auf Cornelius Schrift: Zur Geschichte der Begründung der deutschen Liga.

Einwirkung entzogen werden, er also für den Bund kaum mehr sein, als der Kaiser für Deutschland.

Herzog Max mag wenig befriedigt gewesen sein über die Rolle, die man ihm zuerkannte. Wenn er sich dennoch nicht von dem Werke zurückzog, so lag die Ursache darin, weil er keine Herrschaft über den Bund anstrebte und weil er erwartete, die Erfahrung werde das Mangelhafte seiner Organisation beseitigen helfen. Jedenfalls erreichte er bald nach dem Abschluß dieser Verhandlungen so viel, daß die außerhalb des Bundes stehenden Bischöfe geneigter wurden demselben beizutreten und daß namentlich von den geistlichen Kurfürsten diese Angelegenheit lebhafter als je erwogen wurde. Denn schon am 14. Juni 1609 berieten auf Veranlassung Schweikharts von Mainz, der sich bisher am wenigsten eifrig gezeigt hatte, Vertreter der geistlichen Kurfürsten gemeinschaftlich in Köln über den Anschluß ihrer Herren an den Bund. Ihre Beschlüsse entsprachen im ganzen den Bedingungen des Münchner Unionsvertrags und so war an einer baldigen Einigung mit Max nicht zu zweifeln. Worauf jedoch bei dieser Versammlung ganz besonderes Gewicht gelegt wurde, war die Verbindung der Liga mit auswärtigen katholischen Fürsten, die um ihre Mithilfe durch eigene Gesandte zu ersuchen wären.*) Behufs des förmlichen Abschlusses des Bundes wollten in kürzester Zeit die geistlichen Kurfürsten persönlich zusammenkommen. Max, von dieser günstigen Sachlage unterrichtet, that seinerseits ohne Säumen die nöthigen Schritte, um sich der Beihilfe des Papstes und Spaniens zu versichern. Seine nach Prag dem Nuncius und Zuñiga gemachten Mittheilungen fanden die beste Aufnahme und er konnte den Kurfürsten, als diese sich in Mainz zu den Schlußberathungen einfanden, günstige Aussichten eröffnen. So nahm die Erweiterung der Liga raschen Fortgang; schon am 30. August unterzeichneten die geistlichen Kurfürsten einen Vertrag, in dem sie derselben beitraten. Nach diesem Vertrage sollte die Bundesorganisation, wie sie ursprünglich in München festgesetzt worden, bis auf einige Aenderungen, welche die oberste Leitung betrafen, aufrecht erhalten werden. Es wurde bestimmt, daß dieselbe in den Händen zweier Bundesobersten, des Herzogs Maximilian und des Kurfürsten von Mainz ruhen, die Stelle des Bundesfeldherrn dagegen allein von ersterem versehen werden sollte. Ueber die Stellung und Theilnahme des Hauses Oesterreich an dieser Liga wurde, offenbar zur Zufriedenheit des Herzogs, nichts entschieden. Trotzdem gab es einen unter den kurfürstlichen Beschlüssen, der demselben im hohen Grade mißfiel, er

*) Münchner Reichsarchiv 44/2 Fol. 4. Beschluß der zu Köln versammelten Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten ddo. 18. Juni 1609.

betraf Jülich. Die Unterhandlungen, welche Leopold mit den rheinischen Bischöfen, wie wir erzählt, geführt hatte, waren nicht resultatlos. Die Kurfürsten, von Leopolds persönlichen Absichten und ehrgeizigen Plänen keineswegs unterrichtet, aber von der Gefahr, die ihnen drohte, wenn die Jülicher Erbschaft in protestantische Hände gerathen würde, durchdrungen, wollten die Liga nach dieser Seite hin nutzbringend machen und bestimmten, daß ein Drittel von den Einkünften der Bundeskassa zur Unterstützung des Erzherzogs verwendet werden sollte. Dies war aber keineswegs nach dem Geschmacke des Herzogs, er durchschaute ganz richtig das Abenteuerliche von Leopolds Bestrebungen und so wenig er an diesen sich betheiligte, so wenig wollte er den Rechten der possedirenden Fürsten, ob sie ihm begründet scheinen mochten oder nicht, nahe treten. Mit einem Worte, er wollte das Schicksal der Liga nicht durch eine, unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehende Betheiligung an der Jülicher Angelegenheit kompromittiren, ein Beweis, daß er die Liga nur zum Schutz ihrer Theilnehmer, nicht aber zur Unterstützung einer sogenannten großen Politik begründen wollte. An die Mittheilung der Kurfürsten über ihre Absichten bezüglich Jülich's schwieg er also vorsichtigerweise. Da übrigens durch den Vertrag der Kurfürsten die Organisation der Liga nicht völlig ins reine gebracht war, so drang Max bald auf die Berufung eines Bundestags nach München, welcher hauptsächlich wegen der wieder stärker hervortretenden Saumseligkeit von Kurmainz erst im Februar 1610 zu Stande kam.

Da sowohl von Max wie von den Kurfürsten die Heranziehung auswärtiger Bundesgenossen als nothwendig erkannt wurde, so geschahen in der Zwischenzeit die deshalb nöthigen Schritte. Die Absendung eines Gesandten nach Spanien hatte Max auf sich genommen und schon zu einer Zeit ins Werk gesetzt, wo der Beitritt der geistlichen Kurfürsten zur Liga erst im Werden lag. Die Absendung einer eigenen Botschaft an den Papst und die italienischen Fürsten nahmen jetzt nach abgeschlossenem Vertrag die Kurfürsten auf sich, allein so säumig, daß ihre Gesandten erst den Weg über die Alpen antraten, als des Herzogs Gesandter sich bereits auf dem Rückwege aus Spanien befand.

Die Botschaft nach Spanien übertrug der Herzog im Einverständniß mit Zuñiga und dem Nuncius in Prag dem bereits genannten Kapuziner Fra Lorenzo von Brindisi. Zuñiga war von dem Herzog schon zu der Zeit, als er seine Reise nach Prag über München anstellte, über den Plan eines katholischen Bundes unterrichtet und demselben geneigt gemacht worden. Als der Abschluß des Bundes seiner Vollendung entgegenging, benachrichtigte Max hievon den Nuncius und den spanischen Gesandten in Prag und ersuchte beide um ihre Unterstützung.

Beide waren geneigt diesem Wunsche zu willfahren und es handelte sich nur um die Wahl einer passenden Person, welche nach Spanien zu schicken wäre, um dem König die Sachlage auseinanderzusetzen und ihn zu einem Anschluß an die Liga zu vermögen. Da die Berathungen zwischen Zuñiga, dem Nuncius und den böhmischen Katholikenhäuptern regelmäßig im Kapuzinerkloster und zwar in der Zelle des Bruders Lorenzo stattfanden, war auch dieser von der ganzen Angelegenheit in Kenntniß gesetzt. Wiewohl von der Gicht um diese Zeit arg geplagt, glaubte doch der Kapuzinerbruder sein Leben einsetzen zu müssen, wo es sich um die Begründung eines Katholikenbundes handelte, der ihm als das großartigste Ziel seiner kirchlichen Bestrebungen und als der Hammer, bestimmt den Kopf der Häresie zu zertrümmern, erscheinen mochte. Er erbot sich deshalb selbst zur Uebernahme der Gesandtschaft und zu der beschwerlichen Reise über die Alpen und nach Spanien. Sein Anerbieten wurde freudig angenommen; ausgerüstet mit einer Instruktion Zuñiga's, welche ihm die Wege in Madrid ebnen sollte, reiste er nach München, um sich mit dem Herzog zu besprechen. Dieser, mit Lorenzo schon längere Zeit bekannt und von Hochachtung für ihn erfüllt, war mit seiner Sendung vollständig zufrieden und beschloß sich seiner gleicherweise als Gesandten zu bedienen, so daß Lorenzo in doppeltem Auftrage nach Spanien eilte.*) Von dieser Botschaft wurden von den österreichischen Prinzen nur Ferdinand und Leopold in Kenntniß gesetzt, vor dem Kaiser wurde sie so wie alle bisherigen Schritte zur Begründung der Liga verheimlicht, weil man befürchtete, er würde alles thun, um sie zu vereiteln.

Juni 1609

Nach Zuñiga's Instruktion sollte Lorenzo, nachdem er sich mit Max besprochen hatte, seinen Weg über Oberitalien nach einem italienischen Hafen einschlagen und dort nach Spanien sich einschiffen. Dem Könige sollte er nach der Anschauung, die er sich selbst von der gefährdeten Lage der Katholiken gebildet hatte, die Begründung einer Liga als den einzigen Schutz vor jeglicher Gefahr bezeichnen und zwar besonders in dem Augenblicke, wo der Zwiespalt zwischen Rudolf und Mathias durchaus nicht zu heilen sei. Nach Zuñiga's Meinung sollte Lorenzo den König auch auf die Vortheile aufmerksam machen, welche dem Hause Oesterreich, namentlich dem Erzherzog Maximilian als Hüter der aus Italien nach Deutschland führenden Pässe und dem Erzherzog Leopold als Bischof von

*) Archiv von Simancas 709. Zuñiga's Instruktion für Fray Lorenzo ddo. 8. Juni 1609. — Ebendaselbst 2495/34. Erzherzog Leopold an Philipp III ddo. 16. Juni. — Ebendaselbst 2495/7 Zuñiga an Philipp III ddo. 20. Juni. — Ebendaselbst Max von Baiern an Philipp III ddo. 28. Juni 1609.

Passau, aus der Begründung der Liga zu Theil würden. Aus dieser Instruktion und den nachfolgenden Mittheilungen Zuñiga's ist ersichtlich, daß derselbe die Unterstützung der Liga durch Philipp III von einer vorläufigen Präcisirung des Verhältnisses, in dem sie zu den deutschen Habsburgern stehen sollte, nicht abhängig machen wollte, sondern daß er eine unbedingte Hilfeleistung beantragte und es der nächsten Zukunft überlassen wollte, von welchem Nutzen dieselbe für das Haus seines Königs sein sollte; allerdings sprach er die Hoffnung aus, derselbe werde kein geringer sein.

Max, von Zuñiga's Instruktion durch Fra Lorenzo in Kenntniß gesetzt, konnte mit derselben wohl zufrieden sein, als er sah, daß seinem Wunsche, allein das weltliche Haupt der Union zu sein, kein Hinderniß in den Weg gelegt werde. Er fügte den Aufträgen Lorenzo's nur noch einen hinzu: er sollte den König von Spanien ersuchen, daß dieser durch den Papst auf Heinrich IV einwirke und ihn von der Unterstützung der deutschen Protestanten abhalte, ein Auftrag, von dem sich der kluge Max wohl selbst keine besondere Wirkung versprach.

10. Sept. 1609 Als Lorenzo von Brindisi nach Spanien kam, um des Königs Unterstützung für die Liga in Anspruch zu nehmen, war der König von drei Seiten günstig für dieselbe gestimmt worden. Nicht nur hatte Zuñiga ununterbrochen auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche dem Bestand der katholischen Kirche in Deutschland drohten und die Liga als ein passendes Hilfsmittel gegen dieselben bezeichnet, auch der Papst, benachrichtigt von seinem Nuncius über „die elende Lage der katholischen Kirche" in Deutschland, hatte den König ersucht,*) seine Kräfte anzustrengen, um eine Wendung zum Bessern herbeizuführen und sich dabei selbst erboten nach seinen Kräften beizusteuern. Endlich hatte auch Graf von Castro, der spanische Gesandte in Rom, mit ängstlichen Schilderungen der Gefahren, welche die Katholiken bedrohten, den König und seinen Staatsrath in Aufregung gebracht. Daher war es nach Lorenzo's Erscheinen keinen Augenblick zweifelhaft, daß Philipp sich zur Unterstützung der Liga verstehen würde. Ueberdies glaubte man in Spanien auch noch deshalb sich zur Unterstützung derselben entschließen zu müssen, weil man fürchtete, sie werde sich sonst dem Könige von Frankreich in die Arme werfen, eine überflüssige Besorgniß, da Heinrich IV, wenn er an den Territorialverhältnissen rütteln wollte, sich nicht zugleich mit der Union und Liga verbinden konnte und seine Wahl bereits getroffen war.

---

*) Simancas 709/68. In zwei Briefen hatte der Papst den König um Hilfe für die Katholiken ersucht, in einem Brief ddo. 4. Juli und einem andern ddo. 14. August.

So groß aber immerhin die Bereitwilligkeit Philipps III sein mochte, der Liga seine Hilfe zu bieten, die entweder in monatlichen Geldbeiträgen oder in einem Heere bestehen konnte, so hatte er doch nur übel Lust, so ohne weiters eine Verbindlichkeit auf sich zu laden. War die Liga ein Katholikenbund, so verlangte Philipp III, daß auch der Papst an demselben einen hervorragenden Antheil nehme und das Gebiet allgemeiner und häufig genug wiederholter Versicherungen verlassend, zu positiven Anerbietungen sich verstehe. Paul V hatte sich erst vor wenigen Wochen gegen den Grafen Castro, als dieser ihm in den lebhaftesten Farben die Noth der Katholiken in Oesterreich schilderte, zu der Aeußerung hinreißen lassen, er wolle mit allem Geld, was er habe, zu Hilfe eilen, wenn man gegen die Ketzer Eisen anwende.*) Nun war die Gelegenheit gekommen, diese Versprechungen zur That werden zu lassen. Die Liga sollte zwar vorerst nur ein Defensivbund sein, allein bei der Lust, welche die Protestanten zum Angriff hatten, konnte sie sich rasch genug zu einem Offensivbündniß gestalten und es hing allein von der Hilfe des Papstes ab, wie bald dies der Fall sein sollte. Philipp war also ohne Säumniß erbötig, der Liga zu Hilfe zu eilen, verlangte aber, daß der Papst sich zu einer gleich großen Unterstützung verpflichte.

Dies war indessen nicht die einzige Bedingung, von welcher der König seinen Beistand abhängig machte. Während Zuñiga die Hoffnung aussprach, die Liga werde gleichsam von selbst „große Stücke" auf das Haus Oesterreich halten, wollte man in Spanien sich nicht mit bloßen Versprechungen und Aussichten begnügen. Als noch der Kaiser unschlüssig war, ob er den Majestätsbrief unterzeichnen solle oder nicht, hatten die Erzherzoge Ferdinand und Leopold in mehreren Briefen an den König und seine Gemahlin, ihrer Beider Schwester, die Gefahren, die sie um des Glaubens willen bedrohten, geschildert, namentlich hatte Erzherzog Ferdinand einer momentanen Bestürzung ziemlich starken Ausdruck geliehen und die Hilfe des Königs, des Papstes und aller italienischen Fürsten in gleichem Maße für nöthig erachtet, wenn nicht er und sein Land zuerst als ein Opfer des Protestantismus zu Grunde gehen sollten. P. Haller, der Beichtvater der Königin, machte sich zum beredten Agenten des Erzherzogs am spanischen Hofe und sprach eifrig für eine rasche Unterstützung desselben.**) Aller dieser Bitten und Vorstellungen erinnerte sich jetzt der König und wenn er erbötig war, etwas für die Liga zu thun, so wollte

*) Simancas 991. Castro an Philipp III ddo. Rom, 9. August.

**) Simancas 2323/64. Der Staatsrath an den König ddo. 9. Juli 1609.

er zum wenigsten, daß dieselbe dafür den Erzherzog Ferdinand in den Kreis der Schutzbefohlenen aufnehme.

Als nun Lorenzo seinem Auftrage nachkommend den König für den Beitritt zur Liga zu gewinnen trachtete, erhielt er sowohl von ihm wie von seinen Staatsräthen die besten Versicherungen. Nachdem er auch längere Zeit über die Größe der Hilfeleistung von Seite Spaniens verhandelt
1609 hatte, wurden ihm am 1. November die Bedingungen, unter denen Philipp III zur Liga beitreten wollte, schriftlich mitgetheilt; der König wolle, so hieß es in der Zuschrift, zur Liga so viel beitragen wie der Papst, vorausgesetzt, daß in den Bund sowohl die deutschen Mitglieder des Hauses Oesterreich als die geistlichen Kurfürsten eingeschlossen würden. Dies war nicht die Antwort, welche Lorenzo erwartet hatte und von der er sich versprechen konnte, daß sie dem Herzog von Baiern genehm sein würde, auch war er durch die vorangegangenen Verhandlungen nicht auf die nachträgliche Stellung dieser Bedingungen vorbereitet. In einer Audienz, die er sich deshalb beim Könige erbat, ersuchte er ihn, die Bedingungen seines Beitritts zurückzunehmen und seine Hilfeleistung unbedingt zuzusagen. Der König beruhigte darauf den Kapuzinerbruder und versicherte, daß sein Gesandter in Prag, der zum förmlichen Abschluß des Vertrags mit der Liga Vollmacht erhalten, an diese Bedingungen nicht gebunden sei. Hiebei berief sich Philipp auf das Zeugniß seiner Gemahlin, welche der Audienz beiwohnte und die an Zuñiga abgeschickte Instruktion gelesen hatte.*) Hiedurch zufriedengestellt trat Lorenzo seine Rückreise aus Spanien an und zwar über Rom.

So ganz und gar hatte jedoch der König den Bedingungen, unter denen er sich der Liga anschließen wollte, nicht entsagt, wie diese seine letzte Erklärung vermuthen lassen könnte. Abgelassen wurde nur von der Bestimmung, die Haltung des Königs von der des Papstes abhängig zu machen. Das sah man in Spanien doch ein, daß der Papst nicht über gleiche Geldsummen gebieten könne, wie ein König, der alljährlich eine Silberflotte aus Amerika erwartete, und daß es den zögernden Charakter Pauls V ganz verkennen hieße, wenn man von ihm früher einen Anschluß an die Liga erwarten wollte, als bis dieselbe völlig organisirt war. Von der zweiten Bedingung, daß die Liga auch die deutschen Habsburger in ihren Bund aufnehmen müsse, ließ Philipp auch jetzt nicht ab, nur über das Wie war er selbst nicht im klaren. Lange war nämlich über diesen
29. Okt. wichtigen Punkt im Staatsrath verhandelt und endlich der Beschluß gefaßt worden, daß Zuñiga in dem Vertrage mit der Liga, dessen Abschluß

*) Cornelius: Zur Geschichte der Gründung der deutschen Liga S. 43.

seiner Sachkenntniß überlassen werden solle, das Interesse des österreichischen Hauses wahre.*) Der König war mit diesem Beschluß einverstanden und gab Zuñiga die entsprechenden Weisungen. Wenn sich also Maximilian in Folge von Lorenzo's Mittheilungen einen Augenblick mit der Hoffnung schmeichelte, er habe Spaniens Hilfe erlangt ohne den Kreis der Liga über die deutschen Bischöfe hinaus erweitern zu müssen, so lehrten ihn die folgenden Verhandlungen, daß er sich nicht unwesentlich getäuscht habe. — Was die Hilfeleistung, zu der sich Philipp verpflichten wollte, betrifft, so wurde sie auf 3000 Infanteristen und 1000 Reiter oder einen Geldbeitrag von jährlich 360.000 Dukaten bestimmt; Lorenzo hatte 6000 Mann zu Fuß und ein Kavallerieregiment verlangt. Später fand der König das mit 360.000 Dukaten festgesetzte Aequivalent etwas zu hoch und wollte es beschränkt wissen, allein auf die Erklärung des Staatsraths, daß man unter dieser Summe 4000 Mann nicht ausrüsten könne, gab er sich zufrieden.

Bevor wir Bruder Lorenzo auf der Rückreise nach Italien folgen und weiter erzählen, was zur Begründung der Liga geschah, müssen wir dem Verlaufe von Tennagels Mission nach Spanien unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

In dem Momente, in dem die Verhandlungen Lorenzo's mit dem spanischen Kabinete ihrem Ende entgegen gingen, also in den letzten Tagen Oktobers, erschien Tennagel, Leopold's Unterhändler, in Madrid, um für 1609
die nachhaltigste Unterstützung seines Herrn zu wirken. Wenig fehlte, so wäre Lorenzo's Mission bei der Wichtigkeit von Tennagels Mittheilungen im letzten Augenblicke gescheitert und Philipp hätte eine Unterstützung der Liga von einem Bündniß derselben mit Leopold abhängig gemacht, denn in der That das Bild, welches Tennagel von der nächsten Zukunft vor den Augen der Spanier aufrollte, verdiente eine ernste Betrachtung und ein entsprechendes Handeln. Leopold versprach in kürzester Zeit mehr, als die Liga je zu bewirken im Stande war.

Schon vor Tennagels Ankunft war nach Spanien die Nachricht gedrungen, daß Leopold sich Jülichs bemächtigt habe. Das spanische Kabinet unterschätzte nicht die Wichtigkeit dieses Ereignisses und empfahl von freien Stücken dem König eine Geldhilfe für den Erzherzog. Noch hatte dieser Gegenstand das Stadium der Berathungen nicht durchgemacht, als von Zuñiga die Nachricht einlangte, Leopold wende sich unablässig mit Bitten um Geld an ihn. Der Ge-

*) Archiv von Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. Oktober 1609.

sandte begleitete diese Mittheilung mit keiner näheren Erklärung, welche der König als eine Empfehlung oder als eine Mißbilligung des Jülicher Unternehmens hätte deuten können. *) Das spanische Kabinet besaß also keine Nachrichten über die eigenthümlichen Pläne Leopolds und über seine Verbindungen, als Tennagel anlangte. Dieser legte unmittelbar nach seiner Ankunft dem Könige die Bitte des Erzherzogs um Hilfe vor und unterstützte sie zugleich mit einem Memoire, welches die Lage der Dinge in Deutschland und Oesterreich schilderte und die Wege angab, wie dieselbe zu Gunsten des Hauses Habsburg und der katholischen Religion umgestaltet werden sollte. **)

Die Wichtigkeit dieses Memoires ergibt sich aus einer kurzen Angabe eines Inhalts. Nachdem Tennagel in demselben die Bedeutung, welche der Besitz von Jülich nicht bloß für die katholische Welt, sondern auch für Spanien habe, erörtert hatte, schilderte er in eingehender Weise den umfassenden Plan Leopolds, welchen dieser nicht bloß zur Behauptung Jülichs, sondern zur Rettung des Katholicismus entworfen habe und dessen Gelingen Spaniens Unterstützung allein ermöglichen könne. Tennagel erzählte, Leopold habe sich als kaiserlicher Kommissär Jülichs bemächtigt und halte es jetzt mit fester Hand. Dieser Besitz sei jedoch nur ein Ring in einer langen Kette wohlvorbedachter Bestrebungen, die allesammt auf ein Ziel hinsteuerten. Er habe bereits einen geheimen Bund unter den Katholiken Böhmens, Mährens und Schlesiens zu Stande gebracht und dieser habe die nöthigen Geldmittel zusammengebracht um jeden Augenblick ein Heer von 5000 Reitern und 1500 Mann zu Fuß aufzustellen, zu dessen Kommando ein Mann (der Herzog von Teschen) ausersehen sei, dessen Treue ebenso erprobt gegen den Kaiser wie gegen die Kirche sei. Dieser präsumtive Anführer sei von dem Bunde beauftragt, den Befehlen des Erzherzogs Folge zu leisten und das Heer für den Tag bereit zu halten, der ihm bezeichnet würde. Einige der mächtigsten lutherischen Kavaliere Böhmens hätten sich diesem Bündnisse auch angeschlossen, weil sie der Insolenz der Kalviner und Brüder bereits überdrüssig seien. Mit dem in Böhmen aufzustellenden Heere beabsichtige gleichzeitig der Erzherzog die Ausrüstung eines zweiten, bestehend aus vier Infanterie- und ebensoviel Kavallerieregimentern. Um kein Aufsehen zu erregen, solle mit Zustimmung der drei geistlichen Kurfürsten und des von Sachsen die Ausrüstung gleichzeitig an vier Orten, im Elsaß, in Passau, in Lüttich und in der Nähe von Jülich vor sich gehen. Das eigentliche Geheimniß dieser Rüstungen werde

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 30. Oktober 1609.

**) Simancas 709. Memoriale de Tennagel Embaxador del Archiduque Leopoldo.

den Kurfürsten nicht bekannt gegeben: daß es sich nämlich vor allem um Böhmen handle, sondern diese würden in dem Glauben erhalten, daß sie nur wegen der Jülicher Angelegenheit vorgenommen werden. Seien diese Rüstungen beendet, so würden die sämmtlichen Regimenter ihren Marsch gegen Jülich richten und hier zuerst den Prätensionen Brandenburgs und Neuburgs ein Ende machen. Der Adel von Jülich, Cleve und Berg sei dem Erzherzog günstig gesinnt, von den Städten trete allmälig eine nach der andern auf seine Seite und so sei der Gewinn dieser Länder zweifellos. Um die Protestanten, falls sie sich dem Verluste derselben nicht ruhig fügen wollten, im Zaum zu halten, werde der Herzog von Baiern, wie dies bereits vertragsmäßig zwischen ihm und dem Erzherzoge abgemacht sei, ein drittes Heer in seinen Besitzungen ausrüsten und über jeden herfallen, der letzteren anzugreifen Miene machen würde. Es sei jedoch keineswegs von den Protestanten ein Widerstand oder gar ein Angriff zu befürchten, sie seien schwach und im Augenblick ohne Mittel, um größere Kriegskosten zu tragen, außerdem werde der Kaiser jeden mit der Acht bedrohen, der gegen ihn eine feindliche Haltung annehmen wollte. Es werde sich ihm zugleich die beste Gelegenheit bieten, seine Auktorität in Deutschland wieder zur Geltung zu bringen. Sei so jeder Widerstand in Deutschland im Keime erstickt, so werde der Erzherzog mit seinem Heere nach Böhmen marschiren, während der Herzog ihm mit dem seinigen den Rücken decken und die wichtigsten Plätze mit Besatzungen versehen werde. An den Grenzen Böhmens könne der Erzherzog bereits im Frühjahre 1610 stehen und dem Heere, welches sich mittlerweile unter des Herzogs von Teschen Anführung gebildet hätte, die Hand reichen. Dann sei man im Stande den Verbindungen der Protestanten in Böhmen, Mähren und Schlesien ein Ende zu machen und des Kaisers Hoheit aus dem Staube zu erheben. Sei auf diese Weise in Böhmen aufgeräumt, so dürfte man sich mit dem erlangten Vortheil nicht begnügen, am allerwenigsten aber entwaffnen, man müßte dann eine Versammlung der Prinzen des Hauses Habsburg berufen und diese über die Wege berathen lassen: 1. wie die entzweiten Brüder Rudolf und Mathias zu versöhnen seien, 2. wie die katholische Religion geschützt und 3. wie das Haus Oesterreich in dem Besitze des Reiches und aller seiner Länder erhalten werden solle.

Wer die Verhältnisse in Deutschland und den Niederlanden kenne, so argumentirte Tennagel weiter, werde begreifen, daß der Anfang jeglichen Erfolges von der Behauptung Jülichs, von der rechtzeitigen Ausrüstung der nöthigen Truppenmassen und von dem engen Anschlusse der katholischen Fürsten abhänge. Sei man im Besitz von Jülich, Cleve und Berg, so würden sich alle übrigen Erfolge gleichsam von selbst ergeben. Gerathen

aber diese Länder in protestantische Hände, dann sei es zu Ende mit den geistlichen Fürsten Deutschlands, unmöglich die dauernde Behauptung Belgiens, eitel jede Hoffnung auf die Bezwingung der niederländischen Rebellen und gefährdet in naher Zukunft die spanische Herrschaft in Italien. Nun könne der Erzherzog jenen Theil der gemeinsamen Rüstungen, die bei der angedeuteten Vertheilung der Rollen vornehmlich ihm zur Last fielen, ohne die nachdrücklichste, wenn auch nur geheime Unterstützung von Seite Spaniens nicht auf sich nehmen. Diese Unterstützung, in Geld bestehend, sei nur diesmal nothwendig, einmal am Ziele der angedeuteten Bestrebungen sei er in der Lage selbst Spanien zu helfen und nicht dessen Beistand zu erbitten.

Man könnte, fuhr Tennagel weiter fort, gegen die hier vorgebrachten Schlußfolgerungen einen dreifachen Einwand erheben. Der erste bestünde darin, daß, wenn der König von Spanien sich in die Jülicher Angelegenheit einmische, dies den Waffenstillstand mit Holland gefährden und leicht einen Bruch mit Frankreich herbeiführen könnte, da beide Staaten keineswegs sich passiv verhalten würden. Auf diesen Einwand wäre jedoch zu entgegnen, erstens, daß die Unterstützung Leopolds geheim vor sich gehen könnte, um sowohl den Holländern wie Heinrich IV jeden Vorwand zu Klagen gegen Spanien zu benehmen, zweitens, daß Heinrich IV so wie die Holländer nicht erst eine Veranlassung von Spanien erwarten würden, um die deutschen Protestanten zu unterstützen, daß aber drittens diese Unterstützung keine ausgiebige sein werde, da die Holländer mit Schulden überbürdet seien und Heinrich IV weder über einen so großen Schatz gebiete, als man allgemein annehme, noch auch einen Krieg außerhalb der Grenzen seines Reiches wagen dürfe, wenn er nicht im Innern den Ausbruch der heftigsten Unruhen beschleunigen wolle. Was einen andern Einwurf betreffe, daß nämlich der König von Spanien, nachdem er einmal zur Unterstützung der Liga sich entschlossen, sich nicht zur Förderung von Leopolds Unternehmen hergeben könne, ohne sich in unerschwingliche Auslagen einzulassen, so sei zu erwiedern, daß der Zweck der Liga und das Unternehmen Leopolds einander gegenseitig bedingen, wolle der König den ersteren fördern, so dürfe er dem letzteren nicht den Rücken kehren. Was einen dritten Einwurf betreffe, daß nämlich Leopolds Unternehmen nicht in einem Jahre beendet sein, sondern dem König langjährige Opfer auferlegen würde, so sei zu entgegnen, daß dies gewiß nicht der Fall sein werde, denn sobald Erzherzog Leopold mit einem Heere im Felde erscheine, sei die Wiederherstellung der früheren Herrschaft des Kaisers gewiß und damit seien auch alle Mittel zur weiteren Kriegführung gewonnen, ohne Spanien ferner in Anspruch zu nehmen. Denn die Unterthanen des

Kaisers seien der Mehrzahl nach überdrüssig der Herrschaft der Ketzer und würden, sobald sie von ihrem Joch befreit seien, mit allen ihren Mitteln dem Kaiser zur Hilfe bereit sein.

Wir haben das Memoire Tennagels eingehender skizzirt, weil man aus demselben die Anschauungen und Hoffnungen am besten kennen lernen kann, in denen sich theils Erzherzog Leopold selbst, theils die ihm anhängende, weniger katholische als abenteuerliche Partei bewegte. Man könnte versucht sein, in Leopold und Anhalt die zwei entgegengesetzten Pole ihrer Zeit zu sehen, jeder von beiden geneigt, das ihm feindlich entgegenstehende Kirchenwesen und die mit demselben im Zusammenhang stehenden staatlichen Ordnungen zu zertrümmern, um bei der allgemeinen Verwirrung das Ziel ihres Ehrgeizes zu erreichen. Zwischen beiden ist jedoch ein großer Unterschied. Leopolds Bestrebungen waren Phantastereien, er hatte keine richtige Einsicht in die politischen Verhältnisse und seine geträumten Erfolge waren auf Voraussetzungen begründet, die eine nüchterne Prüfung nicht aushalten konnten. Anhalts scharfer Geist faßte das Gebrechliche und Faule der bestehenden Verhältnisse eben so richtig auf, wie seine Klugheit ihn die passenden Mittel wählen ließ, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Wenn er nichtsdestoweniger noch immer keinen wesentlichen Erfolg hatte erringen können, so lag die Ursache nicht an ihm, sondern an unberechenbaren Zwischenfällen.

Der Inhalt von Tennagels Botschaft war begreiflicherweise derart, daß er eine nicht geringe Bewegung im spanischen Staatsrath hervorrief. Unterdrückung oder wenigstens Einschüchterung der Protestanten in Deutschland und Oesterreich, Erhöhung der kaiserlichen Auktorität in bisher nicht gekannter Weise und in Folge dessen eine Unterstützung für Spanien, das bisher alle Welt allein unterstützen mußte, so viel und nicht weniger versprach Tennagels Memoire; angenehmeres hatte man in Spanien seit langem nicht zu hören bekommen. Mußte man sich nicht im letzten Augenblicke besinnen, ob man einen Heller auf die Liga verwenden solle, die eigentlich nichts anderes bezweckte, als sich selbst zu schützen? Leicht würde Lorenzo's Mission in der That gescheitert sein, wären nicht die Farben in Tennagels Memoire zu dick aufgetragen gewesen und wären darin nicht Behauptungen aufgestellt worden, von deren Unwahrhaftigkeit das spanische Kabinet überzeugt sein mußte. Wie war es möglich, daß zwischen Leopold und Max so wichtige Verabredungen getroffen waren, wenn Lorenzo nichts von ihnen wußte? Und zu allem dem das eigenthümliche Schweigen Zuñiga's. Dies alles fand im spanischen Staatsrath die richtige Würdigung. Lorenzo wurde nicht weiter zurückgehalten, sondern mit der ertheilten Antwort entlassen, Tennagels Mission aber aufmerksam d. h. mißtrauisch geprüft.

Der Herzog von Lerma äußerte zuerst Zweifel darüber, ob Leopold und Maximilian Hand in Hand gehen würden, da letzterer kaum dulden dürfte, daß ein anderer ihm in Deutschland den Vorrang ablaufe; er wollte auch von Tennagel wissen, wer künftig in den Besitz von Jülich gelangen solle und gab zu verstehen, daß eigentlich Spanien Rechte darauf habe. Es scheint, daß der Gesandte durch solche und ähnliche Fragen etwas eingeschüchtert, die ehrgeizigen Pläne, welche Leopold für seine eigene Erhebung hegte, nicht weiter enthüllte, sondern die Unterdrückung der Protestanten als das zunächst anzustrebende Ziel betonte und die Frage über den künftigen Herrscher von Jülich, Cleve und Berg sowie von Böhmen offen ließ. Als die Herzoge von Lerma und Infantado, der Großkommandeur von Leon und der Konnetable von Kastilien sich gemeinsam über Leopolds Gesuch berieten, war ihre Verlegenheit sichtlich; sie waren nahe daran dem Könige eine Geldhilfe selbst bis zum Betrag von 200.000 Scudi zu empfehlen, wenn sie nicht durch Zuñiga's Schweigen stutzig gemacht worden wären. Zuletzt einigten sie sich dahin, daß Zuñiga von dem Begehren Leopolds in Kenntniß gesetzt werden und thun solle, was er den Verhältnissen für entsprechend finden würde.*)

Etwas später scheint der König den Mittheilungen Tennagels mehr Vertrauen geschenkt zu haben, denn er empfahl seinem Gesandten in Prag denselben mit aller Zuvorkommenheit zu behandeln, was beinahe einem Befehl, daß Zuñiga die Pläne Leopolds unterstützen solle, gleichzuhalten ist.**) Diese Empfehlung ersetzte jedoch nicht bei dem Gesandten einen direkten Befehl. Wohl empfing er Tennagel bei seiner Ankunft in Prag mit Artigkeit, aber er gab ihm für seinen Herren kaum etwas mehr als ein Almosen. Mißtrauisch gegen den Erzherzog Leopold seit er glaubte vermuthen zu dürfen, daß derselbe nicht die Interessen seines Hauses, sondern die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes im Auge habe, wollte er Spanien nicht durch eine Verbindung mit ihm kompromittiren. Da ihm das Memoire, welches Tennagel in Spanien überreicht hatte, zur Begutachtung zugeschickt worden war, sprach er sich mit aller Entschiedenheit nicht bloß gegen die Durchführbarkeit der darin enthaltenen Vorschläge, sondern auch gegen die Wahrheit beinahe aller der Voraussetzungen aus, von
31 Jän. 1610 denen dasselbe ausging. Er schrieb deshalb nach Spanien zurück,***)

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 30. Okt. — Ebendaselbst der Staatsrath an den König ddo. 6. Dez.

**) Simancas 2496/43. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. März 1610.

***) Simancas 2496/133. Zuñigas Bemerkungen zu Tennagels Memoire ddo. 31. Jäner 1610.

man müsse in dem Plane Leopolds zwei Theile unterscheiden, den auf Jülich bezüglichen und den Böhmen betreffenden. Die Durchführung des erstern sei für die katholische Sache in hohem Grade zuträglich, aber es seien die Aussichten hiefür schlecht. Denn die Angabe des Memoires, als ob der Adel von Jülich, Cleve und Berg und die Städte dieser Gebiete Leopold anhingen oder ihm geneigt seien, beruhe vollständig auf Unwahrheit, und eben so sei die Behauptung, als ob zwischen Herzog Maximilian und Leopold ein Uebereinkommen getroffen worden, geradezu erlogen. Trotzdem wäre es von größter Bedeutung Jülich nicht verloren gehen zu lassen. Den auf Böhmen bezüglichen Theil des Planes hielt Zuñiga mehr für eine verrückte als für eine vernünftige Unternehmung und sprach überdies noch seine Zweifel aus, daß dasselbe ernstlich gemeint sei, „es sei dieser Plan unzweifelhaft eine Ausgeburt Tennagels, von welcher der Erzherzog kaum Kenntniß besitze." Der Gesandte hatte Unrecht die Sache für ein bloßes Hirngespinst zu halten, ersonnen, um den Spaniern Geld abzulocken. Eine Ausgeburt kranker Phantasie war der Plan Böhmen zu überfallen insofern, als keine Möglichkeit des Gelingens hiefür vorlag und derselbe, wenn er doch gelungen wäre, einen Kampf zwischen den deutschen Habsburgern hervorrufen mußte. Der Plan bestand aber dennoch und in der That hatten sich zu seiner Durchführung alle jene Personen verbunden, die oben als die Anhänger und Vertrauten Leopolds bezeichnet wurden und erst vor kurzem waren in Mähren Briefe aufgefunden worden, welche über die Stellung, die der Herzog von Teschen zu dem ganzen Unternehmen einnahm, ein grelles Licht warfen. Leopold hielt alle Fäden der Verschwörung, wie man das Unternehmen bezeichnen kann, zusammen, und er suchte ununterbrochen neue Bundesgenossen anzuwerben. Die Angabe des Memoires, daß die Lutheraner Böhmens müde seien, das Joch der Kalviner zu tragen, stimmte mit der Sachlage insofern überein, als Leopold durch Wenzel von Kinsky sich bemühte, Zwietracht unter die Protestanten zu bringen und dadurch für den beabsichtigten Staatsstreich den Boden zu bereiten. Kinsky, der, wie erzählt worden, sich in das Vertrauen des Erzherzogs eingeschlichen hatte, bekam seine Rolle in dem großen Unternehmen zugewiesen.*) Alles dies wußte Zuñiga nicht und deshalb nannte er einen Angriff auf Böhmen nicht bloß ein haltloses sondern auch ein von Tennagel allein ersonnenes Unternehmen, um dem König von Spanien Geld abzulocken. Allein die vorgebrachten Angaben widerlegen nicht nur Zuñiga's Meinung, sondern der spätere Passauer Einfall, von denselben Per-

*) Hanka: Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias 2c. S. 18. Leopold an Kinsky ddo. Jülich 22. Aug. 1609. Chlumecky: Zerotin S. 620.

sonen in Scene gesetzt, die schon im Jahre 1610 über Böhmen herfallen wollten, und in derselben Absicht unternommen, wie sie Tennagel in Spanien völlig der Wahrheit gemäß erörtert hatte, ist ein vollgiltiger Beweis, daß Leopolds Pläne vollständig mit den Angaben des Memoires übereinstimmten; falsch war in demselben nur das über die freundliche Stimmung Jülichs und über Maximilians Bündniß mit Leopold behauptete.

Indem aber Zuñiga in so absprechender Weise über Leopold und Tennagel nach Hause berichtete, sah sich der erstere um jene Unterstützung gebracht, auf die er vor allem rechnete; was er erhielt, waren kaum 30.000 Scudi, die schnell ausgegeben waren. Wohl scheint ihm in Folge einer abermaligen Empfehlung aus Spanien, wo man je länger je mehr an der Occupation Jülichs Gefallen fand, Zuñiga eine weit beträchtlichere Summe zur Disposition gestellt zu haben,*) allein dies alles reichte weder zu einer dauernden Behauptung der Festung, geschweige denn zur Vertreibung Brandenburgs und Neuburgs aus den von ihnen beherrschten Gebieten. Interessant ist, daß durch die Verweigerung der spanischen Unterstützung gerade das herbeigeführt wurde, was jetzt unmöglich gemacht zu sein schien und was namentlich Zuñiga verhindern wollte, nämlich der Einfall in Böhmen. Wäre Leopold von Spanien gehörig unterstützt worden, so würde er treu seinem Programm um jeden Preis die Behauptung der Jülichischen Lande versucht, unzweifelhaft aber eine solche Niederlage erlitten haben, daß sie ihm jeden Einfall in Böhmen unmöglich gemacht hätte. So aber von vornherein an der Behauptung Jülichs gehindert, warf er sich dann mit um so größerer Energie auf die Eroberung von Böhmen.

Wir kehren zur Darstellung der Verhandlungen wegen Begründung der Liga zurück.

Von Spanien begab sich Bruder Lorenzo nach Rom zu Paul V, um ihm als seinem geistlichen Vater Bericht über seine diplomatische Mission zu erstatten und zugleich die Sache der Liga zu empfehlen. Als er in Rom Feb. 1610 anlangte, traf er daselbst Gesandte aus Deutschland an, die in derselben Angelegenheit wirksam waren.**)

*) Simancas 709/121. Der Staatsrath an den König ddo. 18. März. Zuñiga verfügte über einen Wechsel von 250.000 Scudi, von dem er die größere Hälfte, ungewiß ob dem Kaiser oder dem Erzherzog zur Disposition stellte. Uebereinstimmend damit berichtet auch Bodenius an Fleckhammer ddo. 20. März 1610 (Brüssel Secret. d'Etat. Allem. Carton 157). Das Geld wurde aber nicht auf Jülicher Rüstungen, sondern auf das Passauer Volk verwendet.

**) Simancas 993. Castro an Zuñiga ddo. 30. Januar 1610.

Man erinnert sich, daß die geistlichen Kurfürsten auf ihrer Versammlung in Mainz, als sie der Liga beitraten, auch beschlossen, eine Gesandtschaft an den Papst abzuschicken, um ihn um seine Mithilfe zu ersuchen. Zum Haupte dieser Gesandtschaft wählten sie den Grafen Eitel Friedrich von Zollern, dem der Herzog von Baiern, einen seiner erprobten Diener Cesare Crivelli zu gleichem Zwecke beigesellte. Beide kamen noch im Dezember 1609 nach Rom und erlangten rasch Zutritt zum Papste, der unter sichtlichen Zeichen von Theilnahme ihre Botschaft entgegennahm. Behufs weiterer Verhandlungen wies er sie an die Kardinäle Borghese und Lanfranco, die nicht minder über das Zustandekommen der Liga erfreut schienen, so daß sich die Gesandten den besten Hoffnungen um so mehr hingaben, als sie rasch nach einander noch viermal zur päpstlichen Audienz zugelassen und jedesmal von Paul V die beruhigendsten Zusicherungen bekamen. In der Audienz, die ihnen der Papst am 12. Februar ertheilte, versicherte er sie, daß er gern der Liga nicht bloß mit Geld sondern selbst mit bewaffnetem Volke zu Hilfe eilen möchte, und daß er nicht sparen werde und sollte er selbst die Kelche von den Altären verkaufen. So freundlich diese Versicherungen waren und so oft sie der Papst auch in den nachfolgenden Audienzen wiederholen mochte, so kam es doch zu keinem positiven Vertrage zwischen ihm und der Liga. Die Gesandten reisten schließlich nach einem Aufenthalt von mehr als drei Monaten von Rom ab, ohne etwas anderes als allgemeine Versicherungen mit sich zu nehmen. Anfangs entzückt von der freundlichen Aufnahme im Vatikan, wurden sie nachgerade über die steten Zögerungen stutzig, bis sie endlich „skandalisirt" ihren Rückweg antraten, wenig erbaut von Versicherungen, denen nichts positives zu Grunde lag.

Aug. 1609

27 Dez.

12. April 1610

Um die Haltung des Papstes begreiflich zu finden, muß man wissen, daß um diese Zeit auf ihn von Heinrich IV der ärgste Druck ausgeübt wurde. Die ununterbrochenen Niederlagen, welche die katholische Kirche in Oesterreich erlitt, die gefahrvolle Zukunft, die sie in Deutschland bedrohte, ließen den Papst nicht kalt, sondern veranlaßten ihn von Zeit zu Zeit zu den heftigsten Klagen und zu energischen Hilferufen. In solchen Augenblicken übergroßer Angst wandte er sich mehrmals an Spanien um Hilfe und schien geneigt, um jeden Preis ein Bündniß mit Philipp III einzugehen.*) Solchen entschlossenen Augenblicken folgten aber wieder kühlere und vorsichtigere Betrachtungen; er wußte, wie wenig es dem Könige von Frankreich genehm wäre, wenn er sich Spanien anschlöße und sein Neffe, der Kardinal Borghese, der mit beiden Händen von Spanien Gnaden und Geld

*) Simancas 2994/6. Der spanische Staatsrath an den König ddo. 12. April 1610.

annahm, wollte es auch nicht mit Frankreich verderben und bestärkte ihn in einer friedlichen zuwartenden Haltung.

Trotz dieses von Frankreich ausgeübten Druckes schien der Papst zur Zeit, als die deutschen Gesandten in Rom eintrafen, geneigt seinen eigenen Weg zu gehen und sich von keinen weltlichen Rücksichten leiten zu zulassen. Vielfach bearbeitet von dem spanischen Gesandten in Rom, dem Grafen Castro war er nicht nur entschlossen der Liga sondern selbst dem Erzherzog Leopold in Jülich unter die Arme zu greifen. Seine Theilnahme für den Letzteren und für Aufrechthaltung einer katholischen Herrschaft in den Jülich'schen Ländern ging so weit, daß der Graf Castro bereits die Detailverhandlungen über die dem Erzherzog zu leistenden Subsidien mit dem Kardinal Lanfranco eröffnete. Von diesen Vorgängen benachrichtigt, eilte der französische Gesandte in Rom de Breves zum Papste, um ihn von jeder Einmischung in den Jülicher Streit abzuhalten, selbst Drohungen sparte der Gesandte nicht, um den Papst einzuschüchtern. Es bedurfte nicht besonderer Anstrengungen, um der Entschlossenheit des Papstes ein Ende zu machen. Castro sah sich in dem Augenblick geschlagen, in welchem er bereits die Früchte seiner diplomatischen Thätigkeit zu ernten gehofft hatte. *) Der eilige Rückzug des Papstes wurde dem Grafen gegenüber damit entschuldigt, daß die Unterstützung der Liga nicht gestatte auch noch andere Verpflichtungen einzugehen.

Es ist kein Zweifel, daß Paul V, nachdem er Jülich preisgab, entschieden geneigt war, der Liga unter die Arme zu greifen. Castro, der nicht weiter die Unterstützung des Erzherzogs betrieb und bloß die der Liga verlangte, empfing vom Papste in wiederholten Audienzen die bestimmte Zusage, daß er der Liga eine jährliche Unterstützung von 200.000 Dukaten geben wolle. Paul war über dies noch erbötig an alle italienischen Fürsten zu schreiben und sie zu ähnlicher Hilfeleistung aufzufordern. Bei diesen Versprechungen angelangt zögerte er weiter zu gehen und den Worten Thaten folgen zu lassen, abermals eingeschüchtert durch französische Vorstellungen. Deshalb nannte er den deutschen Gesandten keine bestimmte Summe, mit der er die Liga unterstützen wolle und entließ sie, wie erzählt worden, nur mit allgemeinen Zusagen, obwohl er wiederholt den obenerwähnten Betrag als seine Quote bezeichnete und Castro Hoffnung machte, daß er durch einen in Italien zu erhebenden Zehent die Summe zusammenbringen wolle. Solche positive Zusagen waren von Paul nicht gemacht worden, um die Spanier zu täuschen und sich dieselben momentan vom Halse zu schaffen, sie waren aufrichtig gemeint, aber wie Castro

*) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. Rom. 16. Februar 1610.

selbst erzählt, immer wieder in Folge französischer Einflüsterungen zurückgenommen.*) Daß diese in Rom so leichten Eingang fanden, war übrigens die Folge des Hasses, den Spanien überall in Italien namentlich aber in Rom auf sich geladen hatte, er war die Frucht seiner Herrschaft über Neapel und Mailand. Castro durch die wechselnden politischen Strömungen in Rom, die jedesmal mit einer Niederlage für ihn endigten, in Verzweiflung gebracht, schrieb seinem König, es gebe kein anderes Mittel auf die Päpste mit Sicherheit einzuwirken und sie in Schach zu halten, als wenn er ein Einverständniß mit einigen römischen Großen unterhielte und damit den Papst ängstigte, falls er gegen ihn auftreten wollte.**) — Was auch immer seitdem aus Deutschland und aus Spanien dem Papste geschrieben werden mochte, er blieb unerschütterlich in seiner Unentschlossenheit oder vielmehr in seiner Absicht, in den Kampf zwischen Heinrich IV und dem Hause Habsburg, dessen Ausbruch er voraussah, sich nicht einzumischen und gälte es selbst katholische Interessen. Bei Paul V war das Motiv nicht eine den Habsburgern feindliche Gesinnung, wie bei mehren anderen Päpsten, sondern Furcht vor der gewaltigen Persönlichkeit Heinrichs IV; er gestand dies nach des Königs Tode ziemlich offen dem spanischen Gesandten.***)

Unter solchen Umständen, nachdem weder Castro noch Graf Zollern und Crivelli den Papst zu einer positiven Zusage gegen die Liga veranlassen konnten, darf es nicht Wunder nehmen, wenn Bruder Lorenzo nichts besseres zu Wege brachte. Er trat in Rom nicht als Gesandte auf, sondern einfach als Ordensmann, der dem Papste von seinen Bestrebungen Rechenschaft ablegte und über die Lage der Katholiken in Oesterreich aus eigener Erfahrung berichtete. Dem Papste war seine Anwesenheit in Rom nicht besonders lieb; das von keinen diplomatischen Rücksichten gedämpfte Glaubensfeuer des Kapuzinerpaters wurde ihm unbequem; nannte er ihn doch schon vor seiner Ankunft einen unklugen Eiferer.†) Lorenzo entfernte sich nach mehrmonatlichem Aufenthalte von Rom, im Herzen auf das traurigste davon berührt, daß er an der Stelle, wo er die freudigste Aufnahme erwartet hatte, der meisten Kälte begegnet sei. Er reiste wieder nach Prag zurück, wo er als Orakel der dortigen Katholiken allerdings einer aufmerksameren Behandlung gewöhnt war.

---

*) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. Rom den 3. März 1610.
**) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. 4. Februar 1610.
***) Simancas 993. Castro an Philipp III ddo. 17. Juni 1610.
†) „Imprudente y demasiado zelante“ wie Castro an Zuñiga ddo. 30. Januar 1610 schrieb. Simancas 993.

Zollern und Crivelli schlugen nach ihrer Abreise von Rom nicht unmittelbar den Rückweg in die Heimat ein, sondern machten eine Rundreise an jene italienischen Fürstenhöfe, die man für ein Bündniß mit der Liga gewinnen zu können hoffte. So gingen sie zum Großherzog von Toskana, zu dem Herzog von Urbino, Modena, Parma und Mantua, überall die Fürsten zu einem Bündniß mit der deutschen Liga einladend. Bei näherer Kenntniß der italienischen Verhältnisse wird man begreifen, daß ihre Bestrebungen von keinem Erfolge begleitet waren. Die Liga nahm in ihrer Entwickelung gegen Spanien eine freundliche Haltung an, während die sämmtlichen italienischen Fürsten, obwohl theilweise Pensionäre von Spanien, mehr oder minder offen zu Frankreich hinneigten. Zuletzt versäumten es die Gesandten nicht, auch den Herzog von Savoyen aufzusuchen und eine gleichlautende Einladung an ihn zu richten. Wären sie nur wenige Tage früher in Turin eingetroffen, so würde der Herzog es kaum der Mühe werth gehalten haben, sie zuvorkommend zu empfangen, denn eben rüstete er sich im Bund mit Frankreich zur Bekriegung von Spanien.
25. Mai 1610 Allein sie erschienen in Turin in Tagen bitterer Angst und Enttäuschung für den Herzog. Eben war die Nachricht von Heinrichs IV Ermordung zweifellos sichergestellt und der Herzog der Rache Spaniens, wie er fürchten konnte, wehrlos preisgegeben. Es galt jetzt um jeden Preis mit Spanien und allen, die diesem verbunden waren, Frieden zu schließen. Er überhäufte deshalb die Gesandten mit Aufmerksamkeiten jeglicher Art und war natürlich zu dem engsten Bündniß mit der Liga geneigt. Bekannt mit den freundschaftlichen Verhältnissen zwischen Kursachsen und der Liga erinnerte er sich auch, daß er eigentlich ein Verwandter des sächsischen Kurhauses sei und daß tausend verschiedene Gründe ihn an das Interesse Deutschlands und der Liga ketteten. Aber trotz des sichtlichen Bestrebens bei den Deutschen ein freundliches Interesse zu erregen, verließ der Herzog das Gebiet allgemeiner Versprechungen nicht und ging keine positive Verpflichtung ein.*)

Ueberblickt man das Resultat der Verhandlungen, welche die Liga mit nichtdeutschen Fürsten angeknüpft hatte, um sich ihrer Hilfe zu versichern, so erreichte dasselbe kaum die mäßigsten Erwartungen. Der Papst, auf den man unter allen Umständen rechnete, nahm eine abwartende Stellung ein, nur der König von Spanien war zur Hilfe bereit, aber auch dieser unter Bedingungen, die möglicherweise die Ablehnung seiner Hilfe zur

---

*) Münchner Reichsarchiv. Bundesakten V, 566. Relatione al Ser. Sig. Duca Massimiliano mio Sig. del negotio appresso la Sta di N. S. Papa Paolo V et a tutti gli prencipi d' Italia per il negocio della lega de Prencipi di Germania von Cesare Crivelli ddo. 6. Juli 1610.

Folge haben konnten. Er hatte den definitiven Abschluß des Bündnisses mit der Liga an Zuñiga übertragen, dieser hatte aber dafür zu sorgen, daß die letztere irgend welche positive Verpflichtungen gegen das Haus Oesterreich eingehe. War es nicht wahrscheinlich, daß Max von Baiern, der bisher jeder Verbindung österreichischer Prinzen mit der Liga sorgfältig aus dem Weg gegangen war, lieber dieselbe aufgab, als auf eine solche Bedingung einging? Und wenn dies der Fall war, blieb die Liga allein auf sich beschränkt, vielleicht dem Zerfall wieder preisgegeben.

Da in Folge des Beitrittes der geistlichen Kurfürsten zur Liga alle Verhältnisse derselben noch nicht geordnet waren, drang Maximilian frühzeitig auf die Berufung einer Versammlung aller ihrer Mitglieder. Sie kam in Folge seiner wiederholten Aufforderung im Februar 1610 in Würzburg zu Stande und war von den Gesandten aller wichtigeren katholischen Reichsstände besucht. Die Verhandlungen, welche daselbst gepflogen wurden, waren doppelter Art. Die einen betrafen den weiteren Ausbau der inneren Bundesorganisation und in dieser Beziehung waren die Meinungen nicht schwer zu einen. Leichter konnte es Streitigkeiten geben, wenn über die äußere Ausdehnung der Liga und über die von derselben zu befolgende Politik verhandelt wurde. Die heiklichste Frage war die bezüglich des Hauses Oesterreich; daß weder Mathias noch Rudolf in die Liga aufzunehmen seien, darüber wurde kein Zweifel rege; bezüglich der Erzherzoge Maximilian und Ferdinand herrschte aber eine freundlichere Gesinnung. Im Wunsche der geistlichen Mitglieder der Liga lag die Aufnahme der genannten Prinzen und da diesmal Baiern nichts dagegen hatte, sondern dieselbe bezüglich Ferdinands sogar befürwortete, so wurde ihre Zulässigkeit ausgesprochen. Ueber die von der Liga zu befolgende Politik kam es, wie es scheint, zu keinen Verhandlungen, namentlich blieb die Jülicher Frage außer dem Kreise der Debatte. Geschah aber solches, so ist darin der überwiegende Einfluß Baierns unverkennbar, denn was die rheinischen Bischöfe betrifft, so waren diese entschlossener als je die Jülicher Angelegenheit nicht unbeachtet zu lassen und dem Erzherzog Leopold zu helfen. In diesem Sinne hatten der Koadjutor von Speier und der Kurfürst von Köln sich Zuñiga gegenüber mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Wenn es also in Würzburg dennoch wegen Jülichs still blieb, so ist hieraus ersichtlich, daß Maximilians Ansicht zuletzt zum Siege gelangte. Die Liga sollte ihre Existenz nicht damit einweihen, daß sie sich in einen Streit von unübersehbarer Dauer und Folgen einließ. *)

*) Nach den Papieren von Simancas 709/121. Der Staatsrath an den König ddo. 18. März 1610. Zuñigas Briefe an Philipp III ddo. 30. und 31. Januar und

Indem die Liga durch die Würzburger Beschlüsse nicht genöthigt war, in der nächsten Zukunft aktiv aufzutreten und in dieser passiven Haltung noch mehr durch die bald darauf aus Rom einlaufenden Nachrichten bestärkt wurde, war der wichtigste Gegenstand ihrer folgenden Verhandlungen der definitive Abschluß des Bündnisses mit Spanien. Da Zuñiga in Prag hinreichende Vollmacht hiezu von seinem Herrn empfangen hatte, so mußte sich endlich zeigen, ob Spanien seine Hilfe der Liga ohne erschwerende Bedingungen ertheilen wolle. Gleich die ersten Verhandlungen überzeugten aber den Herzog, daß dies nicht der Fall sei und daß Philipp der Liga nicht beitreten werde, wofern den Prinzen seines Hauses, namentlich aber dem Erzherzog Ferdinand nicht eine hervorragende Stellung in derselben eingeräumt würde.*) Maximilian, der hierin den Versuch erblickte, die Liga den österreichischen Interessen ganz und gar dienstbar zu machen und ihn selbst um den Lohn seiner Mühen zu bringen, entschloß sich lieber von der Direktion zurückzutreten, als jemandem andern eine gleiche oder bevorzugtere Stelle einzuräumen. Auf einem abermaligen Bundestage, der sich
22. Mai im Mai in München versammelte, ließ er die Erklärung abgeben, daß er
1610 seine bisherigen Aemter in der Liga niederlege, nachdem der Papst und der König von Spanien unter keiner anderen Bedingung sich zu einer Hilfeleistung verstehen wollten, als wenn das Haus Oesterreich an der Spitze der Liga stehe. Diese Erklärung war nicht richtig, denn von Seite des Papstes war eine solche Bedingung, wie aus dem oben Erzählten ersichtlich, nie gestellt worden und auch Philipp verlangte nicht die Direktion der Liga einzig und allein für sein Haus. Auf die Bundesversammlung wirkte aber die angebotene Resignation des Herzogs niederschlagend und alle ihre Mitglieder baten, er möge dieselbe zurücknehmen. Ihrem Drängen nachgebend, versprach er sein Amt bis zur nächsten Bundesversammlung behalten zu wollen.**)

Maximilian hatte es mit seinem Rücktritt nicht ernstlich gemeint, er wußte, daß die Liga ohne ihn keinen Bestand haben würde, und daß das Haus Oesterreich selbst ihre Existenz nicht werde aufs Spiel setzen wollen. Hatte Zuñiga zwar nicht, wie Max behauptete, die Direktion der Liga für einen österreichischen Prinzen in Anspruch genommen, wohl aber gleiche

---

1. Februar 1610. Cornelius: Zur Geschichte der Gründung der Liga und Wolf: Geschichte Maximilians I und seiner Zeit.

*) Archiv von Simancas 709/132. Der Staatsrath an den König ddo. 14. Aug. 1610. Es ist ersichtlich aus dieser Relation des Staatsraths, daß Philipp III in der That sich gegen Lorenzo von Brindisi in der Abschiedsaudienz so geäußert hatte, daß Maximilian berechtigt war zu glauben, die spanische Hilfe werde bedingungslos ertheilt.

**) Wolf: Geschichte Max I und seiner Zeit, II, 554.

Rechte für einen solchen neben Maximilian, so spannte er nach dem Trumpf, den der Herzog durch die Drohung seines Rücktrittes ausgespielt hatte, seine Forderung herab. Maximilian hatte seinen Kanzler Donnersperg nach Prag abgeschickt und mit diesem wurden in der Zelle des Kapuziners Lorenz die Verhandlungen von Seite Zuñiga's in Gegenwart des Nuncius ernstlich aufgenommen. Die Bedingungen, die jetzt gestellt wurden, waren gleich anfangs solche, daß Max sich mit ihnen zufrieden geben konnte. Von Seite Zuñiga's wurde nämlich verlangt, daß Erzherzog Ferdinand in die Liga nicht als ein einfaches Mitglied, sondern als Mitdirektor und Bundesoberste eintrete. Diese Stellung sollte jedoch keine Beschränkung für Maximilian zur Folge haben, für Ferdinand solle der Rang eines Direktors und Bundesobersten ein bloßer Titel sein und die Anführung des Bundesheeres so wie die Direktion nach wie vor von Maximilian abhängen. *) Eine solche Stellung Ferdinands regte allerdings nicht die Eifersucht Maximilians auf und er erklärte ungesäumt dieselbe sich gefallen zu lassen, wenn der Erzherzog schriftlich sich verpflichte, mit dem Titel eines Direktors und Obersten sich zu begnügen, ohne die entsprechenden Funktionen ausüben zu wollen. Zuñiga und der Nuncius versprachen hiefür ihren 24. Juli
Einfluß bei Ferdinand zu verwenden, damit dieser die gestellten Bedingungen 1610
eingehe. **)

Obwohl Ferdinand ohne Zweifel seine Zufriedenheit mit denselben zum voraus gegen Zuñiga geäußert haben mag, so nahm er doch im entscheidenden Augenblick Anstand sich mit ihnen zu begnügen. Zuñiga stellte in Folge dessen andere Bedingungen auf: er verlangte für den Erzherzog, da dieser gar keine Gewalt in der Liga ausübe, wenigstens einen auszeichnenden Titel und zwar den eines Viceprotektors derselben, als Stellvertreter Philipps, da letzterem wegen seiner Opfer für die Liga mit Recht der eines Protektors gebühre. Auch sollte Ferdinand von der Verpflichtung zu Beitragsleistungen, wie andere Mitglieder der Liga, entbunden werden, da die Zahlungen des Königs von Spanien ein mehr als hinreichendes Aequivalent böten. Diese zwei neuen Forderungen erregten des Herzogs Mißfallen in nicht geringem Grade, auf Lorenzo's besonderes Ansuchen beschloß er in der erstern nachzugeben, da es sich vorläufig um nichts anderes als um einen Titel handelte. ***) Davon jedoch wollte er nichts

---

*) Münchner Reichsarchiv 44/3, 370. Donnersperg an Max von Baiern ddo. 9. Juli 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 43/3, 445. Donnersperg an Max von Baiern ddo. 24. Juli 1610. Prag.

***) Münchner Reichsarchiv 44/3, 464. Donnersperg an Max von Baiern. ddo. 2. Aug. 1610, Prag. — Archiv von Simancas 709/124. Der Staatsrath an den König ddo. 3. Sept. 1610.

wissen, daß der Erzherzog von den gemeinschaftlichen Beiträgen zur Bundeskassa entbunden werde. Im Laufe der weitern Verhandlungen gab er aber
1610 auch in diesem Punkte nach. Am 14. August ward der Vertrag zwischen dem Herzog Namens der Liga und Philipp III abgeschlossen. Nach diesem war der König von Spanien Protektor derselben und verpflichtete sich zu einer monatlichen Zahlung von 30.000 Dukaten. Der Erzherzog Ferdinand sollte an des Königs Stelle Viceprotektor sein und an allen Verhandlungen sowohl des Plenums wie des Ausschusses theilnehmen dürfen, hiebei aber nur jenen Sitz ansprechen, der ihm als Erzherzog gebühre; für die Subsidien des Königs von Spanien sollte Ferdinand von einem Beitrage so lange entbunden bleiben, als die erstern dauerten. Abgeschlossen wurde der Vertrag vorläufig auf drei Jahre und von der Liga selbst auf dem Bundestage, der sich um diese Zeit wieder in München versammelte, am 5. September bestätigt.*)

Auf diese Weise wurden endlich die langen Verhandlungen über Umfang und Organisation der Liga abgeschlossen. Mit Ausnahme des Erzbischofs von Salzburg, der aus persönlichen Gründen jeden Beitritt zu derselben abgelehnt hatte, gehörten alle hervorragenden katholischen Reichsstände zu ihr. Von auswärtigen Fürsten war nur der König von Spanien in eine innige Verbindung mit ihr getreten. Das heikle Verhältniß zu der österreichischen Linie der Habsburger ward in einer Weise bestimmt, daß die Liga nicht verhalten werden konnte, ihre Mittel anders als in ihrem unmittelbaren Interesse zu verwenden. So klug dadurch für dieselbe vorgesorgt war, so war dies gleichwohl jener Punkt, der später zu heftigen Reibungen Anlaß geben mußte, denn es war nicht anzunehmen, daß, sobald an Rudolfs Stelle ein anderer Habsburger den Kaiserthron bestieg, dieser ruhig die ganze Organisation der Liga acceptiren würde.

Aus allen hier mitgetheilten Verhandlungen ist so viel mit Gewißheit ersichtlich, daß Maximilian bei der Begründung der Liga nur ein Bündniß zu gegenseitigem Schutz beabsichtigte, von dem alle, die Interessen der Bundesmitglieder nicht unmittelbar berührenden Streitigkeiten ferngе-

---

*) Simancas 2498/87. Vertrag Spaniens mit der Liga ddo. 14. August 1610. Es heißt darin: Ut pro rege catholico protectore Unionis (so wird die Liga stets genannt) Ser. Archidux Ferdinandus charissimus ejus frater sit Viceprotector Unionis .... Weiter wird bestimmt: Praeterea respectu auxiliorum, quae Rex Catholicus ad Unionem confert, Principes et ordines ejusdem ratum gratumque habebunt et consentient, ut Ser. Archidux iisdem Unionis subsidiis, quibus confoederati, integre fruatur et gaudeat, licet non contribuat sed hoc intelligendum est, quamdiu Regis auxilia durabunt et non diutius.

halten werden sollten. Sein entschiedenes Ablehnen jeder Einmischung in die so wichtige Jülicher Angelegenheit ist ein vollgiltiger Beweis dafür. Selbst nach Heinrichs IV Tode ließ er von dieser schroffen Zurückhaltung nur unmerklich nach und mischte sich bloß in den Streit, als es sich um die Sicherheit der Mitglieder der Liga handelte. Wir werden hierüber noch näheres berichten.

Wir haben bisher erzählt, was Erzherzog Leopold für die Behauptung von Jülich gethan und welche Stellung die Liga zu ihm eingenommen. Bei dem erstern bemerken wir kühnes Wollen ohne entsprechende Mittel, bei der letztern scheue Zurückhaltung. Es erübrigt uns nun über die Maßregeln zu berichten, welche die Protestanten ihrerseits zur Behauptung von Jülich getroffen haben.

III

Niemand sah mit solchem Interesse und mit so behaglicher Genugthuung der Verwicklung und Verwirrung der deutschen Verhältnisse zu, wie sie die Erledigung der Jülicher Succession zur Folge hatte, als Heinrich IV von Frankreich. Jetzt endlich war für ihn die ersehnte Gelegenheit gekommen dasjenige Ziel zu erreichen, zu dem alle seine bisherigen Bestrebungen gleichsam nur als Vorbereitung gedient hatten, die Demüthigung des Hauses Oesterreich. Sobald die Jülicher Angelegenheit zwischen dem Kaiser und den Prätendenten nicht rasch auf friedliche Weise gelöst wurde, und dazu hatte es nicht den mindesten Anschein, bot sich für Heinrich Gelegenheit, in den darüber ausbrechenden Streit sich einzumischen und in Deutschland festen Fuß zu fassen. Auf welcher Seite unter den sich bekämpfenden Parteien das Recht gelegen sein mochte, darauf kam es nicht an; Heinrich schloß sich unter allen Umständen derjenigen an, die seinen Schutz begehrte und mit dem Kaiser verfeindet war. Jahre lang hatte er sich bemüht in Italien und Deutschland die Fürsten dem Hause Habsburg abwendig zu machen und überall hatten seine Einflüsterungen mehr oder weniger freundliche Aufnahme gefunden. Es war aber nicht genug, daß sich ihm nah und fern Verbündete anschlossen, es mußte dieser Bund endlich auch thatkräftig auftreten. Für Heinrich selbst wäre es eine mißliche Sache gewesen, wenn er die Gelegenheit zu einem Angriffe gegen die Habsburger hätte vom Zaune brechen müssen; die nackt hervortretende Eroberungssucht hat etwas zu häßliches, als daß sie nicht allgemein empören könnte. Für ihn war es also über die Maßen erwünscht, daß die Jülicher Händel ihm die Aussicht auf den so ersehnten Kampf eröffneten. Kein Mensch konnte ihn beschuldigen, daß er diesen selbst heraufbeschworen

habe und zugleich konnte er unter allen Umständen auf die Hilfe derjenigen zählen, deren Interessen er mit den seinigen verflocht.

Bald genug hatte man die Stellung, welche Heinrich zum Jülicher Streite einnehmen würde, überall erkannt. Wir haben gesehen, wie alle Parteien eilig ihre Gesandten nach Paris abschickten, die einen, um seine Neutralität zu erbitten, die andern, um sich seines Schutzes zu versichern. Der abstoßende Empfang, welchen er den Gesandten Rudolfs und Leopolds zu Theil werden ließ, bildete den auffallendsten Kontrast zu der Herzlichkeit, mit welcher er die Vertreter von Brandenburg und Neuburg empfing. Seine rückhaltslose Sprache ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Interessen der beiden possedirenden Fürsten verfechten werde und in demselben Sinne wie er, äußerten sich auch seine Räthe. Hyppolit von Colli, der damals als pfälzischer Agent in Paris weilte, geriet in das größte Entzücken über diese den Protestanten günstige Stimmung. „Villeroy, Sully, der Graf von Soissons, Jeannin und alle, welche er spreche, blasen aus einem Horn, fänden, daß die Sache der possedirenden Fürsten wohl begründet sei und daß sie es vor der Nachwelt nicht hätten verantworten können, wenn sie sich nicht selbst in den Besitz der Erbschaft gesetzt hätten." Der König selbst versicherte, so oft man es hören wollte, daß er die Fürsten, seine Freunde, nie verlassen werde und auch „par raison d'état" nicht verlassen könne und daß er nicht eher ruhen wolle, als bis er den Erzherzog Leopold aus Jülich entfernt haben würde.*) Gegen den Bruder des Pfalzgrafen von Neuburg, der nach Paris gekommen war, äußerte er sich in noch entschiedenerer Weise, er erklärte demselben, daß er unter keiner Bedingung die possedirenden Fürsten verlassen, sondern sie mit Mannschaft und Geld, ja selbst mit seinem eigenen Leben schützen wolle und daß man ihn „für den ehrlosesten König auf der Erde halten möge", wenn er diesen Versprechungen nicht nachkäme.**) — Neben Colli befanden sich zu gleicher Zeit noch zwei andere Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz in Paris, Graf Solms und Dohna, alle drei bemühten sich um die Wette die Sache Brandenburgs und Neuburgs zu fördern und unablässig zu begehren, daß Heinrich es nicht mehr bei bloßen Worten bewenden lasse, sondern rüste und vorläufig seine gesammte Kavallerie gegen die deutschen

*) Hyppolit von Colli ddo. 9/19. Okt. an Kurpfalz. Münchner Staatsarchiv 547/8, 318 — Ebendaselbst 547/8, 237 Colli an Kurpfalz ddo. 5/15. Sept. Paris. Ebendaselbst.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Neuntes Buch der Jülicher Akten. Helffrich an Kursachsen ddo. 27. Okt. 6. Nov. — Archives du Minist. des aff. étrang. in Paris. Allem. 5/43. Heinrichs IV Anrede an den deutschen Gesandten.

Grenzen vorrücken lasse, um den Gegnern Schrecken einzuflößen. Da der Kurfürst von der Pfalz das Haupt der Union in solcher Weise die Jülichische Angelegenheit zu seiner eigenen machte, so war der Moment gekommen, in welchem eine Offensivalliauz zwischen Frankreich, der Union, Brandenburg und Neuburg zu Stande kommen mußte, wenn der Kaiser nicht rasch gutwillig das Feld räumte.

So leicht es Heinrich IV geworden war, gegen das Haus Oesterreich eine entschieden feindliche Stellung einzunehmen, so geriet er doch in Verlegenheit über sein Verhalten gegen einige Bundesgenossen dieses Hauses, die zu schonen und zu gewinnen ihm nicht minder am Herzen lag als die Freundschaft der Union. Es waren dies die drei geistlichen Kurfürsten und das Haus Sachsen, die er in eben dem Grade sich entfremden mußte, in welchem er die Rechte Brandenburgs und Neuburgs vertrat. In wie weit die geistlichen Kurfürsten an der Entscheidung über die Jülicher Succession ein Interesse hatten, haben wir auseinandergesetzt; was das Haus Sachsen betraf, so erhob es gleich Brandenburg und Neuburg gewichtige Ansprüche auf die Jülicher Erbschaft. Der Kurfürst von Sachsen hatte keinen Grund die Occupation Jülichs durch den Erzherzog Leopold mit Mißtrauen zu betrachten, denn vom kaiserlichen Hofe wurde ihm dies als der einzige Weg bezeichnet, wie seine Ansprüche gegen Brandenburg und Neuburg gewahrt werden könnten und mehr als einmal wurde seinen Vertretern die vertrauliche Mittheilung gemacht, daß, wenn der Kaiser über die Jülicher Succession seinen richterlichen Ausspruch thun werde, dieser nur zu Gunsten des Kurfürsten von Sachsen lauten würde. Sachsen mußte sich deshalb in eben dem Grade fester an Rudolf anschließen, als Heinrich sich mit der gegnerischen Partei verband. Die geistlichen Kurfürsten konnten auch nicht umhin sich mit dem Kaiser zu verbinden, weil die durch Leopold theils vollzogene, theils in Aussicht gestellte Sequestration die Wahrung der katholischen Interessen verhieß.

Da nun Heinrichs Politik vor allem darin bestand, das Haus Habsburg so viel als möglich zu isoliren, so scheute er keine Mühe, um dasselbe auch von diesen Bundesgenossen zu trennen. Sowohl die geistlichen Kurfürsten als auch der Herzog von Sachsen hatten Gesandte nach Paris geschickt, um eine Lösung der Jülicher Angelegenheit in ihrem Interesse zu befürworten; Heinrich empfing sie mit der äußersten Rücksicht und versäumte nichts, um sie zu bewegen, ihre Interessen von denen des Kaisers zu trennen. Vor allem war es der Vertreter von Sachsen, Helffrich, gegen welchen die Sprache des Königs und seiner Minister gleichsam von Milch und Honig überfloß. Helffrich versuchte zuerst die Sache seines Herrn in Paris dadurch zu vertreten, daß er juristisch die Rechtmäßigkeit seiner

Ansprüche nachzuweisen sich bestrebte. Er erfuhr bald, daß er auf diesem Wege nichts erreichen werde. Heinrich äußerte sich über das sächsische Recht in absprechender Weise und seine Minister überboten ihn darin, indem sie dasselbe „ein altes verschimmeltes Recht, das nunmehr ungiltig sei," nannten.*) Es wurde ihm aber angedeutet, daß es allerdings einen Weg gebe, um dieses „verschimmelte" Recht von dem Schimmel zu befreien und seiner Ungiltigkeit etwas abzuhelfen, und dieser Weg sei der einer Allianz mit Frankreich. Wolle der Kurfürst seine Sache von der des Kaisers trennen, so werde seinerseits der König alles thun, um einen billigen Ausgleich zwischen seinen Ansprüchen und denen Brandenburgs und Neuburgs herbeizuführen. Zugleich versäumte man nichts, um Sachsens Mißtrauen gegen den Kaiser rege zu machen; die Versprechungen, welche von Seite des letztern dem Kurfüsten gemacht worden, wurden als eitle Lügen verlacht. Villeroy versicherte den sächsischen Agenten, der Kaiser beabsichtige nichts anderes als die Jülicher Erbschaft zu Gunsten seiner Familie einzuziehen. An das Gegentheil wolle man erst glauben, wenn derselbe den Erzherzog Leopold aus Jülich abberufen und diese Festung dem Kurfürsten eingeräumt haben würde; nur unter dieser einzigen Bedingung dürfe der letztere den Versprechungen des Kaisers trauen. Der Reichshofrath, welcher zur Fällung des Urtheils über die Erbansprüche berufen werde, bestehe nur aus spanischen Pensionären, der Prozeß werde in die Länge gezogen werden und man dürfte 30 Jahre lang vergeblich auf eine Entscheidung warten. Würde sich Sachsen vom Kaiser etwa als Exekutor verwenden lassen, so werde Frankreich das nicht dulden, möge daraus ein allgemeiner Krieg entstehen. Das beste wäre, wenn man den König von Frankreich als einen unparteiischen Fürsten zum Schiedsrichter aufriefe, dadurch würde schnell aller Streit beglichen und jeder weitere Prozeß verhütet werden. Der König sei bereit das Schiedsrichteramt anzunehmen, wofern er darum namentlich auch von Sachsen ersucht würde. — In derselben Weise und mit nicht geringerer Ausführlichkeit sprach Heinrich selbst zu Helffrich, indem er den Kurfürsten von Sachsen entschieden vor jeder Verbindung mit dem Hause Habsburg warnte und dasselbe beschuldigte der Jülicher Erbschaft zu seinem eigenen Vortheile sich bemächtigen zu wollen. Man raunte endlich dem sächsischen Agenten ins Ohr, das Haus Habsburg habe dem Könige einen Vergleich vorgeschlagen, der allein auf Kosten Sachsens geschehen sollte. Darnach sollte das Herzogthum Jülich dem Erzherzog Leopold zufallen, die übrige Erbschaft unter Branden-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Jülicher Akten IX. Buch. 8803. Helffrich an Kursachsen ddo. 6/16. Okt. 1609. Fontainebleau.

burg und Neuburg vertheilt werden und Sachsen leer ausgehen. An alle diese Vorstellungen schloß sich der Rath, Sachsen solle seine Sache mit der Brandenburgs und Neuburgs verbinden und von dem Kaiser sich trennen.*) Diese Mittheilungen, welche Helffrich getreu seinem Herrn berichtete, konnten natürlich ihren Eindruck auf das Gemüth des Kurfürsten nicht verfehlen und mußten ihn von einer allzuengen Verbindung mit dem Kaiser abhalten. Es war aber kein kleiner Triumph für die französische Diplomatie, wenn sie jenen Fürsten, welchen sie nicht gewinnen konnte, wenigstens von einer kräftigen Unterstützung des Kaisers abhielt. — Wie die Verhandlungen des Gesandten der geistlichen Kurfürsten in Paris abliefen, ist uns nicht bekannt, jedenfalls aber nicht anders wie die mit Sachsen.

Aus dem Mitgetheilten ist so viel ersichtlich, daß Heinrich, was auch immer geschehen mochte, entschlossen war vorwärts zu gehen und den Kampf mit dem Hause Habsburg aufzunehmen. Ein Krieg sowohl mit der spanischen als österreichischen Linie desselben war eine Eventualität, auf die Heinrich sich gefaßt machen mußte, denn berührte die Jülicher Angelegenheit auch nicht direkt den Länderbesitz des habsburgischen Hauses, so stand sie doch in zu inniger Verbindung mit den wichtigsten Interessen desselben, als daß man annehmen konnte, es werde dem König freiwillig das Feld räumen und ihm allein die Entscheidung anheimstellen, wer in den Besitz des strittigen Erbes zu kommen habe. Betrachtete er die öffentliche Lage der Dinge in Europa, so konnte sie kaum günstiger für ihn geschaffen werden. Der Besitz der deutschen Habsburger war so zerrüttet, daß Heinrich eher auf eine günstige als feindselige Betheiligung der österreichischen Länder am Kampfe zählen konnte. Deutschland war in eine schlagfertige protestantische Partei und in eine eingeschüchterte katholische, an die sich einige furchtsame Lutheraner schlossen, getheilt. Dänemark verhieß mindestens eine Heinrich günstige Neutralität, die Niederländer eine ausgiebige Unterstützung, England eine freundschaftliche Haltung, wenigstens zur Zeit des beginnenden Kampfes. Was Italien betraf, so hatte Heinrich die Verhandlungen daselbst mit erneuerter Energie in Angriff genommen, um alle einheimischen Fürsten gegen Spanien in den Kampf zu führen. Von allen konnte er mit Sicherheit eine freundliche Neutralität erwarten, von dem Herzog von Savoyen, Karl Emanuel, aber die thätigste Hilfe. Dieser verschlagene Mann hatte sich endlich entschlossen jede Brücke hinter sich abzubrechen und sich voll-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Neuntes Buch der Jülicher Akten 8803. Helffrich an Kursachsen ddo. 27. Okt. 6. Nov. — Ebendaselbst Helffrich an den sächsischen Geheimrath Schomberg ddo. 27. Okt. 6. Nov. Paris.

ständig in die Arme Frankreichs zu werfen; für das Gelingen des Angriffes auf Spanien wurden ihm dessen Besitzungen in Oberitalien in Aussicht gestellt. Selbst bei der römischen Kurie fanden die französischen Einflüsterungen mehr Gehör, als die unparteiische Klugheit des Papstes erwarten ließ, allerdings hatte Heinrich als Preis des Kampfes gegen Spanien die Herrschaft über Neapel in Aussicht gestellt.*) Der Eindruck, den diese Anerbietung auf den römischen Hof machte, war ein so gewaltiger, daß die bisherigen Anhänger der spanischen Politik kaum den Muth hatten, mit ihrer Meinung hervorzutreten und die Möglichkeit zuletzt nahelag, daß der Papst trotz Jülich und Liga von der antispanischen Partei zu einer den Habsburgern feindseligen Haltung werde hingedrängt werden. Es ist eine gewisse Thatsache, welche am besten durch die Mittheilungen über die enggesteckten Ziele, die Maximilian von Baiern mit der Liga verfolgte, erhärtet wird: das Haus Habsburg konnte bei der in Oesterreich herrschenden Zerrüttung gegen den Ausgang des Jahres 1609 mit Sicherheit nur auf die Kräfte Spaniens rechnen, und deshalb dem Ausbruch eines Kampfes nur mit den schwersten Besorgnissen entgegensehen.

Da der Schwerpunkt der ganzen Situation in Jülich lag, wegen dessen der Kampf seinen Beginn nehmen mußte, sah sich Heinrich veranlaßt sein Verhältniß zu den deutschen Fürsten ins reine zu bringen. Seine Versicherungen, dem Markgrafen von Brandenburg und dem Pfalzgrafen von Neuburg zu helfen, lauteten so entschieden, daß es nicht weiter nöthig war, über die Nothwendigkeit einer Allianz zwischen ihnen und Heinrich zu sprechen, es konnten vielmehr ohne jedes Säumniß die Verhandlungen über die Bedingungen und den Endzweck dieser Allianz in Angriff genommen werden. In dieselbe wollte er gleichzeitig die Union einschließen und dem ganzen Bündniß eine so weite Ausdehnung als möglich geben. Gegen Hyppolit von Colli hatte sich Heinrich deshalb geäußert, er wolle die Sache der possedirenden Fürsten zu der seinen machen, wenn die Union auch ihrerseits den bevorstehenden Kampf zu dem ihrigen machen würde. Nun hatte der Kurfürst von der Pfalz durch Colli's und anderer Agenten Sendung bereits dargethan, daß er ganz und gar bereit sei, Heinrichs Wunsche nachzukommen. Des letzteren Erklärung diente jetzt dazu, auch bei den übrigen Mitgliedern der Union jedes Bedenken gegen den Kampf mit dem Kaiser niederzuschlagen, wenn ein solches noch obgewaltet hätte. Sie erreichte in der That ihren Zweck.

Bei solcher Bereitwilligkeit beider Theile, Heinrichs nämlich und der Union, die Sache eines Dritten zu der ihrigen zu machen, wurden die

*) Aus den Papieren von Simancas.

Verhandlungen über das abzuschließende Bündniß energisch in Angriff genommen. Zunächst beschloß die Union, daß Anhalt sich nach Paris und 5. Dez.
London wegen der nöthigen Vorberathungen zu begeben habe.*) Er reiste 1609
am 10. Januar nach Paris ab und erreichte glücklich den Zweck seiner 1610
Sendung. Heinrich erklärte sich nochmals entschieden zu Gunsten der Protestanten in der Jülicher Angelegenheit und versprach, zu einer Zusammenkunft, an welcher sowohl die Fürsten der Union als auch Brandenburg und Neuburg und wer sonst sich ihnen anschließen wollte, theilnehmen sollten, einen Gesandten mit ausreichender Vollmacht abzuschicken. In Folge solcher Zusagen wurden zu dem Unionstage, welcher sich zu Ende des Monats Januar in Schwäbisch-Hall versammeln sollte, auch die Vertreter der übrigen befreundeten Fürsten eingeladen, um daselbst die Artikel des gemeinsamen Bündnisses definitiv zu berathen. In der That erschienen in Schwäbisch-Hall zur festgesetzten Zeit von Seite der Union, außer Christian von Anhalt, die meisten Mitglieder derselben entweder persönlich oder durch Gesandte vertreten; von Seite Frankreichs kam Boissise als Bevollmächtigter, sonst waren zugegen: Vertreter des Landgrafen von Hessen-Kassel, der gleich beim Beginn der Verhandlungen förmlich als Mitglied in die Union aufgenommen wurde, der älteste Sohn des Pfalzgrafen von Neuburg, Wolfgang, im Namen seines Vaters und Abgeordnete des Kurfürsten von Brandenburg. Der Kurfürst Friedrich von der Pfalz war nicht zugegen, statt seiner erschien der Herzog von Zweibrücken, der auch während der Dauer der Verhandlungen den Vorsitz für Kurpfalz führte.**)

Was die von Heinrich seinem Vertreter Boissise mitgegebene Vollmacht betrifft, so ermächtigte sie ihn nicht nur zur Berathung über das wegen der Jülicher Erbschaft abzuschließende Bündniß, sondern sie enthielt auch die Weisung die Verhandlungen auf einige andere Punkte auszudehnen, die mit Jülich nicht unmittelbar zusammenhingen, aber für Heinrich das meiste Interesse hatten. Boissise sollte nämlich auf die Gefahr hinweisen, welche den deutschen Fürsten und ihrem ruhigen Besitz der Jülicher Lande so lange drohten, als Spanien seine festen Positionen am Rhein inne habe, d. h. so lange Spanien überhaupt Belgien besitze. Außerdem sollte Boissise nicht unterlassen anzudeuten, daß die deutschen Fürsten

*) Münchner Staatsarchiv 547/8, 373. Memorial, was im Namen der Unionsfürsten Fürst von Anhalt in Frankreich zu verrichten habe. ddo. 25. Nov. 5. Dez. 1609. — Paris. Kais. Bibl. Kollektion Dupuy 765. Pfälzische Instruktion für Anhalt.

**) Münchner Staatsarchiv 116/2, 383. Pfälzische Instruktion zum Konvent in Schwäbisch-Hall ddo. 26. Dez. 1609 5. Jän. 1610. — Kais. Bibl. in Paris. MS. 834. St. Germ. Instruktion für Boissise ddo. 30. Dez. 1609.

stets der Gefahr der Unterdrückung preisgegeben seien, wenn das Haus Oesterreich im Besitz der Kaiserkrone bleibe. *) An den alten uns wohlbekannten Plan Heinrichs, den Habsburgern die deutsche Krone zu entreißen, knüpfte sich also jetzt noch die Absicht, Spanien aus Belgien zu entfernen. Der König trug seinem Vertreter strenge auf, bezüglich des ersten Punktes vorsichtig aufzutreten, aber zugleich deutlich verstehen zu geben, daß er eine so starke Armee als nöthig aufstellen werde, um die Spanier aus ihren festen Positionen zu vertreiben. Auf alle Weise aber, so schloß die Instruktion, solle Boissise ein friedliches Abkommen in der Jülicher Frage zu verhindern suchen, der Krieg solle das Resultat der Schwäbisch-Haller Zusammenkunft sein.

1610 Bereits am 21. Jäner war Boissise in Schwäbisch-Hall angelangt und nährte die Hoffnung, gleich die Verhandlungen beginnen zu können, da auch die genannten Fürsten und Gesandten vollzählig erschienen waren. In dieser Erwartung sah er sich jedoch getäuscht, denn von Seite einiger Mitglieder der Union, nämlich von Seite der Städte, wurden auf einmal Schwierigkeiten gegen eine Betheiligung derselben an dem Jülicher Streite erhoben. Sie beriefen sich ausdrücklich auf ihre frühere Erklärung, nach welcher die Jülichische Succession aus dem Kreise der die Union betreffenden Angelegenheiten ausgeschlossen werden sollte, verlangten zugleich, daß die Restitution Donauwörths vor allen Dingen angestrebt werden solle, und drohten endlich mit der Verweigerung jeder Beitragleistung, im Falle die fürstlichen Mitglieder der Union sie zur Theilnahme an einer, ihre Interessen wenig berührenden Angelegenheit zwingen wollten. Zum großen Nachtheil für die rasche Beendigung der Verhandlungen blieb dies nicht der einzige Streitpunkt zwischen den Mitgliedern der Union. Zu gleicher Zeit beschwerten sich nicht bloß die Städte, sondern auch die Grafen über die bei der Begründung der Union beliebte Stimmenvertheilung und verlangten eine solche Regelung derselben, welche sie in keinen so entschiedenen Nachtheil gegen die Fürsten versetzte wie bisher. Die Grafen forderten nämlich, man solle ihnen zusammen eine gleiche Stimmenzahl einräumen, als die Fürsten besaßen und das gleiche verlangten die Städte. Dies Verhältniß, welches dem Ehrgeiz der Fürsten nicht den nöthigen Spielraum gegönnt hätte, war natürlich nicht nach dem Geschmacke der letztern und sie verweigerten deshalb in der bestimmtesten Weise auf die gestellten Forderungen einzugehen. Die Städte erklärten darauf sich mit zwei Stimmen weniger als die Fürsten begnügen zu wollen, wogegen die

---

*) Kais. Bibl. in Paris MS. 834. St. Germ. Instruction du Sieur de Boissise allant en Allemagne ddo. 30. Dez. 1609.

letztern wiederum vorschlugen, daß die Städte und Grafen zusammen die gleiche Stimmenzahl wie die Fürsten haben sollten. Mit diesem Vorschlage würden sich die Grafen begnügt haben, wofern die Städte sich zu einer ihnen günstigen Theilung der Stimmen verstanden hätten, was jedoch diese entschieden ablehnten. Die Folge war, daß die Grafen erklärten aus der Union austreten und für sich einen Bund abschließen zu wollen. Sie machten kein Hehl aus der Besorgniß, daß die Fürsten es auf ihre Unterdrückung abgesehen haben könnten und als Boissise, dem begreiflicherweise im Interesse seines Herrn an der Beilegung dieser Zwistigkeiten sehr viel lag, sich für einen Ausgleich bemühte, brachte er anfangs nichts zu Wege. Es ist uns nicht bekannt, wie dieser Streit zuletzt beigelegt und wie sowohl die Bedenklichkeiten der Städte bezüglich Jülichs als die Furcht der Grafen vor Unterdrückung beschwichtigt wurden, wir wissen aus den folgenden Verhandlungen nur soviel, daß unter den Mitgliedern der Union ein Beschluß zu Stande kam, die Jülicher Angelegenheit als eine gemeinschaftliche anzusehen und demgemäß zu handeln. *)

Während die Streitigkeiten unter den Mitgliedern der Union noch dauerten, hatte Boissise bereits häufige Unterredungen mit den hervorragendsten Theilnehmern der Versammlung von Schwäbisch-Hall, welche theils die Jülicher Succession, theils die abzuschließende Allianz zum Gegenstande hatten. Der junge Pfalzgraf von Neuburg verlangte bei dieser Gelegenheit, die Allianzverhandlungen sollten damit beginnen, daß man bestimme, wie die Jülicher Erbschaft getheilt werden solle. Boissise lehnte dies entschieden ab; er erklärte, man müsse vor allem suchen, Jülich in Besitz zu bekommen, wem es dann zufallen solle, möge man nachträglich festsetzen; jetzt die Entscheidung treffen zu wollen, könnte Zerwürfniß statt Einigung zur Folge haben. Nachdem hierauf die eben erwähnten Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Union beigelegt waren, nahmen die Verhandlungen über die Allianz ernstlich ihren Anfang. Gleich im Beginne derselben machte sich die Verschiedenheit der Zwecke, welche Heinrich IV und welche die deutschen Fürsten verfolgten, geltend. Die Endabsicht der letztern ging in diesem Augenblick nicht weiter, als die Jülicher Erbschaft in ihre Hände zu bekommen und dieselbe ebenso allen katholischen, wie habsburgischen Einflüssen zu entziehen. Gelang ihnen dies, so hatten sie einen mächtigen Schritt zur Protestantisirung Deutschlands und zur Verringerung der mit dem Kaiserthum identifizirten habsburgischen Macht vorwärts gethan. Bei diesen Bestrebungen wollten sie sich des Beistandes

*) Kais. Bibl. in Paris. Kollektion Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 31. Januar 1610. — Ebendaselbst Boissise an Villera, ddo. 31. Jan. 1610.

Frankreichs bedienen, demselben aber alle Wege absperren, um einen Gewinn aus dem Streite davonzutragen. Deshalb machte sich bei den Verhandlungen mehr als eine Stimme geltend, daß Heinrich den Fürsten nicht mit einem Heere, sondern mit Geld zu Hilfe kommen solle, eine Forderung, deren Grund Boissise leicht einsehen konnte und die er ohne Umschweife ablehnte. In Folge dessen wurde im Prinzip die aktive Betheiligung Heinrichs am Kriege festgestellt, und darauf über die Dauer der Hilfeleistung von Seite der Union und Frankreichs verhandelt. Die Union wollte sich nur zur Aufstellung und Unterhaltung eines Heeres während der Dauer von sechs Monaten verstehen und verlangte von Heinrich, er solle mit seinem Heere die possedirenden Fürsten so lange unterstützen, als sie einem Angriffe ausgesetzt sein würden. Diese Forderung wurde von Seite Boissise's verworfen und man einigte sich endlich dahin, daß Brandenburg und Neuburg sowohl von Heinrich, wie von der Union so lange unterstützt werden sollten, als der Krieg dauere.

Nachdem in dieser Weise der Fundamentalartikel des Bündnisses, so weit dies die Jülicher Erbschaft zum Gegenstande hatte, festgestellt war, wäre es für Boissise an der Zeit gewesen, entsprechend den Aufträgen seines Herrn, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron und auf die Vertreibung der Spanier aus der Nachbarschaft von Jülich hinzulenken. Da die Verhandlungen jedoch auf keinen dieser beiden Punkte sich erstreckten, so scheint Boissise die von Heinrich angerathene Vorsicht für nöthig gehalten zu haben. Ueber die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron hätte der Franzose in Schwäbisch-Hall ohne Anstand sprechen können, darin bestand zwischen ihm und der Union keine oder nur eine unwesentliche Differenz. Etwas anderes war aber ein Vorschlag zur Vertreibung der Spanier aus einem Theile von Belgien. Zu wessen Gunsten konnte die Vertreibung beabsichtigt werden, wenn nicht zu Gunsten Heinrichs, so etwas eröffnete aber den Deutschen keine verlockende Aussicht. Boissise mag sich deshalb die Ueberzeugung verschafft haben, daß er nicht so offen den Angriff auf Belgien predigen dürfe, wohl aber alles thun müsse, um denselben faktisch herbeizuführen und überhaupt das Interesse des Königs und seiner deutschen Verbündeten so zu verketten, daß nicht bloß die letzteren, sondern auch der erstere auf einen Antheil an der Beute rechnen könne. Deshalb stellte Boissise an die Schwäbisch-Haller Versammlung folgende Fragen, erstens: ob die Fürsten, welche jetzt eine Allianz mit Heinrich abschließen, entschlossen seien, trotz aller Achtserklärungen das Kaisers, welche sie im Verlaufe des Krieges treffen könnten, bei dem Bündnisse zu verharren; zweitens: wie groß die Kriegsmacht sei, welche sowohl die possedirenden

Fürsten, als auch die Union aufzustellen, bereit seien und wann dieselbe schlagfertig sein werde; drittens, welche Hilfe die Verbündeten dem König leisten würden, im Falle er wegen ihrer Unterstützung mit Philipp III von Spanien oder mit Erzherzog Albrecht in Krieg gerathen würde; viertens, ob die Fürsten ein bindendes Versprechen eingehen wollten, unter keiner Bedingung einen Vertrag oder einen Frieden zu schließen, mag er Jülich oder was immer betreffen, ohne daß Heinrich zu demselben seine Zustimmung gegeben hätte; fünftens, ob die Fürsten, denen die Jülicher Erbschaft zufallen würde, geneigt seien den Katholiken daselbst das freie Bekenntniß ihrer Religion zuzugestehen. Auf diese Fragen wurde dem Gesandten in folgender Weise geantwortet: die Fürsten seien entschlossen sich in der Verfolgung ihres Zweckes durch keinerlei Befehle und Achtserklärungen des Kaisers irre machen zu lassen. Brandenburg und Neuburg wollen eine Armee von 4000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferd unterhalten, die Union eine gleiche Zahl aufstellen und man wünsche deshalb von Heinrich IV, er möchte, so lange er im eigenen Lande nicht angegriffen werde, diesem Bündnisse mit einer Armee von 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß beitreten, im Falle er aber im eigenen Lande von Spanien oder Belgien aus angegriffen würde, sollte er nur zur Hälfte der genannten Truppenzahl den deutschen Fürsten verpflichtet sein. Was den Zeitpunkt betraf, bis zu welchem diese Streitkräfte schlagfertig sein sollten, so erboten sich die Fürsten keinen Verzug in ihren Rüstungen eintreten zu lassen, um so rasch als möglich den Krieg beginnen zu können, und verlangten deshalb eine gleiche Eile von Frankreich. Für den Fall, daß der Friede von Seite König Philipps III und Erzherzog Albrechts gebrochen würde, waren sie erbötig, Frankreich mit 4000 Mann zu Fuß und 1000 zu Roß zu Hilfe zu eilen, wofern der Krieg in Jülich bereits beigelegt wäre. Dafür sollte Heinrich dem Herzog von Würtemberg bei der Vertheidigung des den Spaniern zu sehr ausgesetzten Mümpelgards Hilfe leisten. Sie verpflichteten sich endlich keinen Frieden abzuschließen, ohne Heinrich von den Bedingungen desselben in Kenntniß zu setzen und ihn gleichfalls in denselben einzuschließen; zugleich sprachen sie die Hoffnung aus, daß der König keinem Frieden entgegentreten werde, sobald durch diesen die Jülicher Angelegenheit entschieden werden würde. Bezüglich der Katholiken waren die possedirenden Fürsten erbötig, sich gegen Heinrich zu verpflichten, daß sie den Rechten derselben keinen Eintrag thun würden. *)

*) Münchner Staatsarchiv 117/2, Fol. 90. Vertragsentwurf zwischen Frankreich, den possedirenden Fürsten und der Union.

Auf Grund dieser Verhandlungen und gegenseitigen Erklärungen wurde der Allianzvertrag am 11. Februar zu Ende berathen und niedergeschrieben. Die deutschen Fürsten und ihre Gesandten waren zur Ratifikation bereit und verlangten ein gleiches von Boissise, da dieser nach dem Versprechen, welches Heinrich dem Fürsten von Anhalt gegeben, mit hinreichender Vollmacht hiezu versehen sei. Boissise lehnte es jedoch trotz wiederholten Andringens ab und schickte den Vertragsentwurf nach Frankreich, damit Heinrich selbst seine Entscheidung treffe.*) In der That hatten die deutschen Fürsten zwei Forderungen erhoben, bezüglich deren Boissise keineswegs hinreichend bevollmächtigt war, sie hatten nämlich verlangt, Heinrich solle, im Fall er nicht angegriffen würde, ein Heer aufstellen, welches dem der Union, Brandenburgs und Neuburgs zusammen gleich käme, während in den Verhandlungen Anhalts mit Heinrich nur von einer Unterstützung die Rede war, welche bloß jener der Union gleichzukommen hatte; eben so wenig war bis dahin die Rede davon gewesen, daß Frankreich eventuell die Vertheidigung Mümpelgards gegen Spanien übernehmen sollte; Boissise hatte demnach Ursache genug, die Ratifikation abzulehnen. Der Vertragsentwurf wurde durch Dohna nach Paris abgeschickt und Heinrich in die Lage versetzt selbst zu entscheiden, ob die erweiterten Forderungen der Fürsten ihm erfüllbar scheinen mochten oder nicht. Wie zu vermuthen stand, waren es nicht diese neuen Vertragsbestimmungen, welche dem König lästig fielen, denn da er in seinem Herzen nichts eifriger herbeiwünschte, als einen Krieg mit Spanien, so dachte er ebensowenig daran das befreundete Mümpelgard preiszugeben als seine Rüstungen auf einige Tausend Mann zu beschränken. Was ihm an dem Vertragsentwurf mißfiel, war vor allem die von den Fürsten ausgesprochene Hoffnung, Heinrich werde das Schwert ohne Zögern in die Scheide stecken, wenn die Jülicher Angelegenheit entschieden wäre. Er erblickte darin das Mißtrauen der Fürsten gegen seine weitergehenden Absichten und glaubte befürchten zu müssen, daß dieselben gern zu einem Ausgleich mit dem Kaiser die Hand bieten würden, wenn der letztere einen solchen ernstlich wollte. Die Furcht war nur zu begründet, denn so sehr die deutschen Fürsten vor allem die Vernichtung der kaiserlichen Auktorität anstrebten, so wenig dachten sie daran etwas zur Vergrößerung der französischen Macht beizutragen, wenn sie dies bei Verfolgung des ersten und Hauptzweckes irgendwie vermeiden konnten. Das war aber keineswegs nach des Königs Geschmack, Geld und Soldaten aufzuwenden, und zum Lohn sich mit dem Bewußtsein begnügen zu müssen,

---

*) Pariser kais. Bibliothek MS. Collection Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 10. Februar 1610.

seinen Freunden einen Dienst geleistet zu haben. Aus dem sich entspinnenden Krieg wollte er einen positiven Vortheil haben, er wollte, daß das Haus Habsburg geschwächt aus demselben hervorgehe und dies war nur der Fall, wenn er sich eines Theiles der Besitzungen desselben, sei es Belgiens, sei es der Franche Comté bemächtigte. Welches Mißtrauen sein Gemüth marterte und was für ein Resultat er selbst durch den Krieg erlangen zu können hoffte, zeigt am besten ein Schreiben Puysieux's, der an Boissise über den Eindruck berichtete, welchen der Vertragsentwurf von Schwäbisch-Hall auf Heinrich gemacht. „Der König," schreibt Puysieux,*) „fürchtet sehr, daß die Jülicher Streitigkeit beigelegt werde, bevor es noch zu einem Unternehmen kommt, welches das Haus Oesterreich schwächen könnte. Die Folge wäre dann, daß Seine Majestät sich eine arge Feindschaft zugezogen hätte, ohne dabei an Ansehen gewonnen oder einen Vortheil erlangt zu haben. Es scheint uns, daß die Fürsten der Union mehr Neigung zu einem Ausgleich als zum Kriege haben. Ihr könnt aber wohl begreifen, daß es uns schlecht behagen würde, uns zu einer solchen Kundgebung unserer Absichten und zu einer so offenen Schilderhebung, wie wir sie vorhaben, entschlossen zu haben, ohne dafür etwas anderes als Haß und Geldverlust einzuernten. Berichtet uns über alles, was einen möglichen Ausgleich betreffen könnte, ohne dabei zu verrathen, daß ihr einen solchen von Seite des Königs hindern wollet, denn wenn ihr euch irgendwie bloßstellt, würde man euch alles verheimlichen." Den Schluß dieser Mittheilung bildete der formelle Auftrag, Boissise solle auf jede Weise zu verhindern suchen, daß die Jülicher Angelegenheit durch einen Vertrag beigelegt werde.

Wollte Heinrich offen vorgehen, so mußte er die Ratifikation des Vertragsentwurfes abweisen und verlangen, daß in demselben auch sein Beuteantheil bestimmt werde. Gegen diese aufrichtige Sprache machte sich aber vor allem das Bedenken geltend, daß das Mißtrauen gegen seine Endabsichten allzusehr rege gemacht und die Fürsten um so schneller sich mit dem Hause Oesterreich vergleichen würden, weil dieses, kaum im Stande den

*) Pariser kais. Bibliothek. Collection Dupuy MS. 765. Puysieux an Boissise ddo. 24. Februar, Paris . . . Il nous semble que les Princes (de l' Union) ont plus d' inclination à un accord, qu'à porter la guerre plus avant. Et vous scavez, qu'il nous viendroit mal à propos d'avoir faict une telle declaration et levée de bouclier que est celle que nous preparons pour n'en recueillir que de la hayne et de la despence, advertissez nous diligemment de tout ce que vous seres advance en matiere d'accord sans toutesfois monstrer, que vous le vouliez empescher de la part du Roy, car en le faisant, ils se defieroient de vous et vous celeroient toute chose.

ersten Stoß auszuhalten, die Hand zum Frieden bieten müßte. Er gewann es also über sich, sein eigenes Mißtrauen zu beherrschen, um die gebotene Gelegenheit, die vielleicht nimmer wiederkehrte, sich nicht entschlüpfen zu lassen. In demselben Augenblicke, in welchem er und Puysieux gegen Boissise die bedenklichen Seiten des Vertrages erörterten, entschloß er sich dennoch zur Unterzeichnung desselben ohne einen einzigen der Vertragspunkte zu ändern. Anhalt, der mit Dohna zu gleicher Zeit nach Paris gereist war, hatte vielleicht einiges Verdienst um diese rasche Nachgiebigkeit; Heinrich erhob auch keinen Anstand mehr, daß der Fürst das Kommando sowohl über die französischen als auch die deutschen Truppen, die den Feldzug gegen Jülich unternehmen sollten, erhalte und konnte sich schmeicheln, dadurch den einflußreichsten Mann in Deutschland gewonnen zu haben. Nach diesen Entschließungen säumte er nicht, die Rüstungen so sehr als möglich zu beeilen und er versprach zuletzt seinen Freunden nicht bloß mit dem, wozu er sich verpflichtet, zu Hilfe zu eilen, sondern ihnen auch einen Artilleriepark zuzuschicken, der ihren gemeinsamen Bedürfnissen mehr als genügen würde und endlich seine Rüstungen über das ganze Königreich auszudehnen, um auf alle Fälle gesichert zu sein. Boissise wurde abermals vom König aufgefordert, auf jede Weise einen friedlichen Ausgleich des Jülicher Streites zu verhindern und bei den geistlichen Kurfürsten nachträglich den Versuch anzustellen, wie sie für das französische Interesse gewonnen werden könnten. Bezüglich der Katholiken Jülichs wurde ihm aufgetragen, ihre Rechte überall und mit aller Wärme zu vertreten, d o c h n i c h t s o w e i t, daß das Schwäbisch-Haller Bündniß dadurch gelockert würde*)

Noch lastete indessen auf Heinrich eine andere Sorge als die, daß der Jülicher Streit ohne einen Vortheil für ihn beendet werden könnte. So sehr die Verbindung, in welcher die Mitglieder der Union mit den Ständen der österreichischen Länder standen, seine Zwecke förderte, so behagte ihm doch andererseits der Gedanke nicht, daß eine solche Verbindung auch zwischen dem protestantischen Theil seiner Unterthanen und der Union früher oder später ihren Anfang nehmen könnte. Es war noch nicht lange her, daß die Hugenotten unter dem Herzog von Bouillon sich gegen ihn erhoben hatten, wie viel leichter konnte das gegen seinen Sohn geschehen, wenn er diesem in zarter Jugend die Krone hinterlassen sollte. Er tadelte deshalb Boissise auf das strengste, daß er in Schwäbisch-Hall nicht versucht habe, dem Bündnisse einen Artikel einzuverleiben, durch den sich

*) Pariser kais. Bibliothek. Collection Dupuy. MS. 765. Heinrich IV an Boissise ddo. 23. Februar. Ebendaselbst Heinrich IV an Boissise ddo. Paris den 4. März 1610. — Ebendaselbst Villeroy an Boissise ddo. 24. Feb. 1610.

die protestantischen Fürsten verpflichtet hätten, den Hugenotten in Frankreich, wenn sie je gegen die Krone die Waffen erheben würden, unter keinem Vorwand Beistand zu leisten. In das Schwäbisch-Haller Bündniß konnte eine solche Vertragsbestimmung nicht mehr eingeschaltet werden, Puysieux trug deshalb Boissise im Auftrage seines Herrn auf, nachträglich die protestantischen Fürsten zum Abschluß eines neuen Vertrags aufzufordern, der sie zur neutralen Haltung bei allen religiösen Zwistigkeiten in Frankreich verpflichtete. Boissise, der inzwischen nach Heidelberg gereist war und daselbst mit der Mehrzahl der Unionsfürsten wieder zusammentraf, säumte nicht ihnen das Begehren seines Herrn mitzutheilen. Wie sehr er jedoch in sie dringen mochte, er fand sie unnachgiebig in diesem Punkte, keiner von ihnen wollte von einer vertragsmäßigen Verpflichtung, wie sie Heinrich wünschte, etwas wissen, wiewohl alle hoch und theuer versprachen, daß sich der König nie über ihr Betragen werde zu beklagen haben. Mit diesen Versprechungen konnte sich Boissise um so weniger begnügen, je strenger die Weisungen seines Herrn waren, und je mehr das Mißtrauen des letztern durch die entschiedene Weigerung der Fürsten berechtigt war. Zuletzt ward von dem Kurfürsten von der Pfalz ein Mittelweg eingeschlagen, der die Union nicht vertragsmäßig binden sollte, aber Heinrich doch beruhigen konnte. Der Pfalzgraf entschuldigte sich nämlich in seinem und seiner Verbündeten Namen, daß er den Abschluß des verlangten Vertrages verweigere, er gab aber zugleich für sie und für sich selbst das Ehrenwort ab, daß der König sich nie über ihr Betragen zu beklagen haben werde und daß es solchergestalt für ihn keiner weiteren „Assekuration“ bedürfe.*) 2. Ap.

Während Heinrich in der erzählten Weise die Verhandlungen mit 1610 den deutschen Fürsten ihrem Ende entgegenführte, versäumte er nicht die mit anderen nichtdeutschen Fürsten und Staaten begonnenen zu einem gleich günstigen Abschluß zu bringen. Mit Karl Emmanuel von Savoyen gelang ihm dies bekanntermaßen rasch und leicht genug — dieser Fürst sollte im gegebenen Augenblick über Mailand herfallen — mit andern italienischen Fürsten und namentlich mit dem Papste brachte er es vorläufig noch zu keiner Verständigung. Was die Niederlande betrifft, so ließ sich Heinrich unabläßig daran gelegen sein, dieselben für das deutsche Bündniß zu gewinnen.

---

*) Pariser kais. Bibl. Collection Dupuy 765. Boissise an Heinrich IV ddo. 12. März Heidelberg. — Ebendaselbst Kurpfalz an Heinrich IV ddo. 22. März bis 2. April 1610. — Ebendaselbst Heinrich IV an Boissise ddo. Paris 5. April 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. Frankfurt den 1. März 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. 21. März 1610. — Ebendaselbst Boissise an Heinrich IV ddo. 4. Mai 1610, Düsseldorf. — Ebendaselbst Boissise an Villeroy ddo. 4. Mai 1610.

Die Holländer setzten ihm lange einen hartnäckigen Widerstand entgegen, denn die vorhergegangenen Kriege hatten sie hinreichend erschöpft, um ihnen die Lust an neuen Unternehmungen zu benehmen, nichtsdestoweniger gelang es Heinrich IV sie schließlich zu dem Versprechen einer positiven Hilfeleistung an die possedirenden Fürsten zu vermögen. Sind die Nachrichten, welche Heinrich über die Zusagen der Niederländer seinem Geschäftsträger Boissise zukommen ließ, richtig,*) so verpflichteten sich dieselben zu nichts geringerem als zu einer Hilfe von 12.000 Mann. — Es blieb nur noch England übrig, zu dessen Gewinnung Heinrich seine ganze diplomatische Geschicklichkeit in Bewegung setzte. Hoffte er auch da nicht auf einen engen Anschluß — und dieser wäre Heinrich nicht einmal erwünscht gewesen — so wollte er sich doch eine günstige Neutralität Jakobs I sichern, um so mehr, als dieser Miene machte, sich nicht theilnahmlos der großen deutschen Krise gegenüber zu verhalten und die deutschen Fürsten selbst geneigt waren, seinem Rathe eine besondere Beachtung zuzugestehen.

1609 Dieselben protestantischen Fürsten nämlich, welche im Herbst des vorigen Jahres ihre Gesandten nach Paris geschickt hatten, um daselbst ihre Ansprüche auf Jülich zu erörtern, wandten sich auch an den König Jakob von England und verlangten von ihm, je nach ihrer Stellung eine verschiedene Einflußnahme auf die deutschen Angelegenheiten; Brandenburg, Neuburg und der Kurfürst von der Pfalz wollten ihn zu einer entschieden feindlichen Rolle gegen den Kaiser vermögen und erlangten auch die besten
26 Nov. 1609 Zusicherungen, als das Erscheinen Helffrichs in London den ohnedies behutsamen Jakob zu größerer Vorsicht mahnte. Die Auseinandersetzungen Helffrichs hatten zur Folge, daß der König von England sich zur Theilnahme an einem Schiedsgerichte in der Jülicher Angelegenheit erbot und versprach, Sachsens Interessen ebenso wie die Brandenburgs und Neuburgs zu wahren, alles dies aber wollte er — im Gegensatz zu Frankreich — auf friedlichem Wege und ohne den Kaiser zu beleidigen und zu provoziren erreichen. Wofern die Jülicher Succession nicht in die Hände des Hauses Habsburg fiel, war Jakob selbst zufrieden, daß des Kaisers Recht den richterlichen Ausspruch hierin zu thun, nicht angetastet werde; demgemäß erklärte er sich ebenso gut gegen eine gewaltsame Vertreibung Leopolds aus Jülich, als gegen eine Verkürzung der possedirenden Fürsten.**) Dieses vorsichtige

---

*) Kais. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 765/56. Heinrich IV an Boissise ddo. 2. Mai 1610.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Zehntes Buch der Jülicher Akten 8803. Helffrich an Schomberg ddo. 16/26 Nov. London, an Kursachsen am selben Tage, an Schomberg ddo. 20/30 Nov. und an Kursachsen am selben Tage.

Benehmen Jakobs war nicht bloß eine Folge seines unentschlossenen Charakters, sondern es war ihm auch bei dem allzueifrigen Antheil Frankreichs an dem ganzen Streite von selbst diktirt und würde wahrscheinlich einer noch freundlicheren Stimmung gegen den Kaiser Platz gemacht haben, wenn es Heinrich vergönnt gewesen wäre dem Kampfe gegen das Haus Habsburg einen solchen Umfang zu geben, wie er dies in der That beabsichtigte.

Eine solche maßvolle Haltung Jakobs war aber nicht nach Heinrichs Geschmack, denn bei der natürlichen Eifersucht zwischen Frankreich und England konnte sie schließlich in eine freundliche Hinneigung zum Kaiser umschlagen. Dem zuvorzukommen war Heinrichs emsigstes Bestreben und man muß gestehen, es gelang ihm mit überraschendem Erfolge. Sein Gesandte in England, de la Boderie, konnte ihm bald berichten, daß Jakob sich in der Jülicher Frage nicht bloß neutral verhalten, sondern an dem Bündniß gegen den Kaiser theilnehmen wolle. Im weitern Verlauf der Verhandlungen erbot sich Jakob 4000 Mann nach Jülich durch die Niederlande marschiren zu lassen und Heinrich bemühte sich fortan unabläßig seinen Verbündeten zur raschen Beendigung der nöthigen Rüstungen anzutreiben. Der Krieg sollte Ende Mai eröffnet werden und deshalb war es nothwendig, daß sich um diese Zeit die englischen Hilfstruppen am Niederrhein befanden.*)

Hiemit hatte der diplomatische Feldzug Heinrichs sein Ende erreicht, die Verbündeten für den Krieg waren gewonnen und dieser selbst sollte nun beginnen. Wenn er seine eigene Macht und die seiner Bundesgenossen überblickte und damit die tödtliche Ohnmacht verglich, in der die Habsburger aus verschiedenen Ursachen sich befanden, mochte ihn wohl die Ahnung beschleichen, daß er berufen sei, eine vollständige Umgestaltung der europäischen Verhältnisse herbeizuführen. Sully schreibt ihm einen ganz detaillirten Plan zu, nach welchem er die Besitzverhältnisse in Oesterreich und Italien von Grund aus neu und mit Entfernung des Hauses Habsburg ordnen wollte, daran sollte sich eine neue Regelung der belgischen, deutschen und anderer Territorial- oder staatsrechtlichen Verhältnisse knüpfen. Wir wollen nicht bestreiten, daß so umfassende Pläne mitunter das Zwiegespräch zwischen Heinrich und Sully gebildet haben mögen, aber zwischen den vertraulichen und konsequenzlosen Unterhaltungen am Kaminfeuer und bei Spaziergängen und dem eigentlichen Ziel und Zweck der Bestrebungen eines Staatsmannes ist eine gewaltige Differenz. Das, was Heinrich im nächsten Augenblick für erreichbar hielt und demgemäß auch wollte, das konnte, wenn es mehr

---

*) Berger de Xivery, Recueil de lettres missives de Henri IV, tome VII Seite 865. Henri IV à Mr. de la Boderie ddo. 20 Mars und S. 889 Henri IV à Mr. de la Boderie ddo. 28 April.

als eine müßige Plauderei sein sollte, nicht einem befreundeten Diener im tiefsten Geheimnisse anvertraut werden, das mußte Fleisch und Bein bekommen in seinen kriegerischen Maßregeln, in den Instruktionen an seine politischen Agenten und überhaupt in seinem ganzen Auftreten, dessen einzelne uns bekannte Details aber nichts davon enthalten. Kein phantastischer Plan begegnet uns in den Weisungen an seine Diener, nur ein ganz simpler, erreichbarer aber deshalb nicht minder erfolgreicher. Er schließt mit den deutschen Fürsten ein Bündniß ab und verlangt nur, daß diese ihr Schicksal nicht früher von dem seinigen trennen, bevor nicht auch er den Lohn für seine Anstrengung, seinen Theil an der Beute davon getragen habe. Es kann dies zunächst nur Belgien, die Franche-Comté oder der Elsaß sein. Die gleichzeitige Unternehmung in Italien, deren Ausführung Karl Emmanuel übernommen hatte, war nur eine subsidiäre, gelang sie, führte sie die Vertreibung der Spanier herbei, gut, wo nicht, so gab sich Heinrich auch zufrieden. Seine letzten Zwecke, die er jetzt erreichen wollte, lagen durchaus in der Nähe von Frankreich, seine zahlreichen Briefe an Boissise beweisen es. Nachher kam die Ausschließung der Habsburger vom deutschen Thron, später vielleicht, wenn die Umstände günstig blieben, ein neuer Schlag gegen diese rivalisirende Dynastie. Aber mit solchen Aussichten köderte sich der nüchterne Heinrich nicht allzuviel, was er jetzt wollte, war das nächstgelegene, eine Grenzberichtigung auf Kosten der Habsburger und Deutschlands.

Gegen Ende des Monats Mai sollten sowohl die französischen Truppen als die der Verbündeten am Niederrhein in der Nähe von Jülich zusammentreffen. Um nach dem gemeinschaftlichen Sammelplatz bequem zu gelangen, mußte Heinrich seinen Weg durch Belgien einschlagen. Am 8.
1610 Mai zeigte er dem Erzherzog Albrecht an, daß er, um seine Hilfe „den wahren Erben der Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg" seinen alten Alliirten zu leisten,*) genöthigt sei den Marsch durch Belgien zu nehmen. Es hänge vom Erzherzog allein ab, ob dieser Durchmarsch ohne Feindseligkeit ablaufe, er für seine Person wolle nichts anderes, als seinen Freunden zu Hilfe ziehen. Etwas derartiges konnte sich der Erzherzog unmöglich gefallen lassen, er selbst und Spanien mit ihm mußten sich mit Gewalt den Zumuthungen Heinrichs widersetzen und damit nahm der Krieg jene Dimensionen an, die letzterer wünschte. Wenige Tage nach der Anzeige an Albrecht gedachte sich Heinrich an der Spitze eines Heeres in Bewegung zu setzen, dessen Zahl er nicht auf den in Schwäbisch-Hall versprochenen Beistand beschränkt hatte, sondern das die Blüthe und Kraft seines ganzen

*) Berger de Xivery a. a. O. S. 895.

Reiches, über die er verfügen konnte, enthielt. Gleichzeitig hatten die Union und die possedirenden Fürsten ihre Rüstungen beendet und auch England und die Generalstaaten waren bereit sich anzuschließen. So sollte der Feldzug beginnen.

Gegen alle diese Vorbereitungen waren keine Gegenrüstungen getroffen worden. Bei dem Herannahen des Ungewitters traf Leopold seine Maßregeln, Jülich zu verlassen, um da nicht eingeschlossen zu werden, der Kaiser konnte nicht rüsten, Spanien that es nicht und die Liga hielt sich von dem Jülicher Streite fern. Daß Heinrich IV nicht leer ausging bei der kommenden Vertheilung der Beute, dafür war also durch die Sachlage gesorgt. Der Elsaß, die Franche Comté und das schwach besetzte Belgien lagen vor ihm, wie ein herrenloses Gut. Nachdem das Haus Habsburg nicht rasch die Jülicher Frage gelöst hatte, sondern sein Schicksal mit derselben verband und doch nichts that, um sich zu vertheidigen, was konnte man anders vermuthen, als daß seine Macht ihrem Falle sich zuneige? Da machte der Dolch eines Mörders den drohenden Gefahren mit einemmale ein Ende. Heinrich endete am 14. Mai plötzlich durch Meuchelmord und mit ihm waren alle seine Pläne, die nächsten, wie die weitgehenden begraben.

Handelte Ravaillac in der That getrieben von religiösem Fanatismus, wollte er durch die Verbindung Heinrichs mit den deutschen Protestanten der katholischen Kirche keinen Schaden zufügen lassen, so muß man sagen, daß er eine bessere Kenntniß der Sachlage an den Tag legte, als jene, welche durch Heinrich zunächst bedroht wurden und trotz der Gefahr keineswegs sehend geworden waren. Die Macht Frankreichs, so eben ohne Gleichen in Europa, sank plötzlich zur Unbedeutenheit herab. Die Ursachen hievon schildert Rohan im Eingange seiner Memoiren über diese Zeit in kurzer aber völlig zutreffender Weise.*) „Nach dem Tode Heinrichs des Großen," sagt er, „dachte Jeder an seine eigenen Angelegenheiten, die Königin an die Begründung ihrer Auktorität, die ersten Minister des Reiches an die Behauptung der ihrigen, indem sie die Königin unter-

*) Mémoires du duc de Rohan: Après la mort de Henry le Grand chacun pensa à ses affaires, la Reyne à establir son autorité, les principaux ministres de l'Estat à maintenir la leur en appuiant la sienne, comme la plus facile à estre autorisée (à cause de l'absence du premier prince du sang, de l' imbecillité du second et de la mauvaise intelligence du troisiesme avec eux) et les autres Grands à se relever de l' abbaissement, auquel le regne precedent les avoit sousmis. Parmy tout cela les haines s'exercoient et les plus habiles se servoient de la passion des autres, pour ruiner l'autorité de ceux qui diminuoient la leur.

stützten (weil derselben wegen der Abwesenheit des ersten Prinzen von Geblüt, der Einfältigkeit des zweiten und des schlechten Einvernehmens des dritten mit ihnen, am leichtesten Anerkennung zu verschaffen war), und die übrigen Großen, wie sie sich aus dem Zustande der Erniedrigung erheben sollten, in den die vorhergehende Regierung sie versetzt hatte. Bei alledem wuchs der gegenseitige Haß der Parteien und die Schlauesten benützten die Leidenschaften Anderer, um das Ansehen derjenigen zu untergraben, welche das ihrige schmälerten." Jeder dachte sonach an sich und Niemand — Sully vielleicht allein ausgenommen — kümmerte sich um Frankreichs auswärtige Größe und die Durchführung von Heinrichs Plänen.

So sah sich also das Haus Habsburg plötzlich nur einigen deutschen Fürsten gegenüber, welchen die unerwartete Katastrophe in Frankreich nicht geringe Sorge einflößte. Wenn sie nichtsdestoweniger, zumeist auf sich allein angewiesen, wie weiter erzählt werden wird, ihr Ziel erreichten und die Jülicher Erbschaft behaupteten, was wäre wohl geschehen, wenn Heinrich an ihrer Seite gestanden wäre? Dreierlei scheint uns gewiß: die Macht der deutschen Habsburger wäre bis in die tiefsten Fundamente erschüttert und vielleicht auch vernichtet worden, in den österreichischen Ländern wäre der Protestantismus zur alleinigen Herrschaft gelangt und Deutschland selbst wäre in eine Abhängigkeit von Frankreich gerathen, aus der es sich nur schwer und nicht ohne die größten Verluste herausgewunden hätte.

Zweites Kapitel.

I. Des Kaisers Hoffnungen auf den Wiedergewinn der verlorenen Länder. Seine Verhandlungen mit Starhemberg und Liechtenstein. Mathias' Stellung zu seinen Unterthanen. Seine finanziellen Verlegenheiten. Kurfürst Ernst von Köln in Prag. Verhandlungen wegen Berufung des Fürstenkonventes. Vielfache Zögerungen des Kaisers. Schließliche Berufung des Konvents auf den 21. April. Mathias' Stellung zur Zeit dieser Berufung. — II. Zusammentritt des Prager Konventes. Kaiserliche Proposition. Uebergang der Berathungen auf Jülich. Klägliche Bedeutungslosigkeit derselben. Belehnung Sachsens. Frankreichs Haltung. Die Unionsgesandten in Paris. Jülich's Fall. Vertrag zwischen Union und Liga. — III. Verhalten des Konvents gegenüber den Wünschen des Kaisers auf völlige Restitution. Mathias' Gesandte in Prag. Gesandschaft des Konvents an Mathias. Verhandlungen in Wien. Mannigfache Ausgleichsentwürfe proponirt von Mathias und Rudolf. Vertragsentwurf vom 10. September. Allgemeine Annahme desselben. — IV. Berathungen des Konvents über die Restitution Donauwörths, die Gerichtsbarkeit des Reichshofraths und die Reform des kaiserlichen Regiments. Verhandlungen über die Successionsfrage. Spaniens Pläne. Leopolds Aussichten auf den deutschen Thron. Haltung der geistlichen Kurfürsten, Kursachsens und des Kaisers in dieser Angelegenheit.

I

Alles, was wir bisher über die Ereignisse in Böhmen, wie sie sich seit Ertheilung des Majestätsbriefes entwickelten, und über die Vorgänge in Deutschland, so weit sie die Liga und Union betrafen, erzählt haben, ist nur eine Reihe ununterbrochener Niederlagen des Kaisers und ein Beweis für seine gänzlich geschwundene Auktorität. Mit Ausnahme der Besetzung von Jülich, welche Leopold mit kaiserlicher Zustimmung ausführte, und welche auf den Entschluß aktiv in die Ereignisse einzugreifen hindeutet, trat kein Ereigniß derart in den Vordergrund, daß man aus demselben auf etwas anderes hätte schließen können, als daß Rudolf seinem Schicksal grolle aber sich apathisch in dasselbe füge. Diese Unthätigkeit war jedoch nur eine zufällige. Wir wissen, welche Hoffnungen er mit Leopold auf die Erwerbung von Jülich gründete und wie sich in seiner Phantasie an dieselbe der Wiedergewinn aller verlorenen Länder anknüpfte. Nun war Rudolfs Betheiligung an dem beabsichtigten Erfolge keine positive, sondern nur darin bestehend, daß er den Maßregeln, welche der Erzherzog traf und künftig zu treffen für gut fand, seine Sanktion ertheilte. Da Leopold in

Jülich jedoch nicht so rasch vorwärts kam, wie er sich eingebildet hatte und in langwierigen Verhandlungen erst nach den Mitteln für die Ausrüstung eines Heeres suchte, war auch Rudolf minder beschäftigt und wartete auf einen neuen Anstoß zur Thätigkeit, woher er auch kommen mochte. Ein solcher Anstoß ließ nicht lange auf sich warten, sondern kam von zwei Seiten her. Der Kaiser beobachtete nämlich mit dem durch Haß geschärften Auge die Zustände in den seinem Bruder unterworfenen Ländern und fand sie derart, daß ihm eine Vertreibung Mathias' ausführbar vorkam, wenn er sich mit den unzufriedenen Elementen in Verbindung setzte. Dazu kam noch, daß mehrere seinem Hause befreundete Fürsten sich emsig bemühten, zwischen ihm und seinem Bruder eine Vermittlung herbeizuführen, von welcher sich Rudolf einbildete, daß sie ihm auf friedliche Weise in den Besitz der verlorenen Herrschaft verhelfen könnte. Während also Leopold den etwas weiten Weg über Jülich ging, um dem Kaiser zu dienen, hatte dieser selbst zwei kürzere Wege ausfindig gemacht, ans Ziel seiner Wünsche zu gelangen, sie bestanden in einer Verständigung mit den unzufriedenen Unterthanen seines Bruders und in der Berufung eines Fürstenkonventes nach Prag.

Von diesen zwei Wegen, die Rudolf in feindlicher Absicht gegen seinen Bruder einschlagen wollte, war der erstere nicht neu. Schon zur Zeit als Mathias mit den Horner Ständen wegen der religiösen Frage im Hader lag, hatte Anhalt dem Kaiser die Wiedergewinnung Oesterreichs vorgespiegelt. So sehr das Ganze nur auf Trug berechnet war, so war es doch eine bedeutende Partei — Tschernembl mit seinen nächsten Anhängern — welche ihrem frühern Herrscher Hoffnung auf Wiedereinsetzung machte. Jetzt war dies nicht mehr der Fall, dennoch hoffte der Kaiser, daß die Unzufriedenheit, die sichtlich in Oesterreich selbst nach der „Reso-
1609 lution“ vom 19. März herrschte und die, bevor noch der Herbst verstrichen, zu bedeutenden Mißhelligkeiten zwischen Mathias und seinem protestantischen Adel führte, ihm gute Früchte bringen würde. Er sprach es wiederholt aus, daß sich der unzufriedene Adel wieder an ihn wenden und ihn als seinen Herrscher anerkennen würde. In der That blieben diese Hoffnungen nicht ganz eitel, im Beginn des J. 1610 gelangten an ihn einzelne Versicherungen von Anhänglichkeit aus dem Erzherzogthum, schriftliche und mündliche, die ihn der Sympathien der Protestanten versicherten. An der Spitze dieser Intrigue stand diesmal nicht Tschernembl, sondern Gotthard von Starhemberg. Aus dem weitern Verlaufe ist so viel ersichtlich, daß diese von Gotthard von Starhemberg eingefädelte Intrigue, wenn ja ernstlich gemeint, auf das Verderben von Rudolf und Mathias, keineswegs aber auf die Erhebung des erstern berechnet war.

Erfüllte diese vereinzelte Stimme aus Oesterreich den Kaiser bereits mit frohen Hoffnungen, so war dies noch mehr der Fall, als er von dem Zerwürfniß Nachricht bekam, welches mittlerweile auch zwischen den katholischen Rathgebern seines Bruders eingetreten war. Ein Theil der Katholiken, die sich Mathias angeschlossen hatten, thaten dies aus mehr oder weniger ehrgeizigen Absichten und in der sichern Erwartung, daß sie im Rath des neuen Königs einen hervorragenden Einfluß ausüben würden. Dahin gehörten vor allem Karl von Liechtenstein, Breuner und Harrach. Allein schon nach kurzer Zeit gewannen sie die Ueberzeugung, daß der Bischof Khlesl sich ganz des Vertrauens seines Herrn bemächtigt hatte und daß sie neben ihm nur eine untergeordnete Rolle spielen könnten. Die Folge war, daß sich die genannten drei Personen voll Groll vom Hofe entfernten und in eine erklärte Gegnerschaft zur Regierung des Königs Mathias traten. Breuners und Harrachs Opposition verursachte kein übermäßiges Aufsehen, ein desto größeres dagegen die des Herrn von Liechtenstein. Der Einfluß, den dieser Kavalier bei Katholiken und Protestanten besaß, sein großer Reichthum und Grundbesitz machten ihn zu einem gefährlichen Feinde. Liechtenstein selbst war so erbittert, daß er schon im Mai 1609
die Erwartung aussprach, Mähren werde unter die Herrschaft des Kaisers zurückkehren. Diese Worte in dem Munde eines Mannes, der das meiste zur Herbeiführung eines solchen Ereignisses beitragen konnte, waren keinesfalls als die Aeußerung einer bloßen Ansicht anzusehen, sondern einem bereits gefaßten Entschlusse gleich zu achten, diese Aenderung herbeizuführen. Der Kaiser, dem diese Aeußerung bald zur Kenntniß gekommen, klammerte sich mit seinen Hoffnungen rasch an dieselbe, ohne jedoch eine Verbindung mit Liechtenstein ernstlich zu betreiben. Nachdem ihn jedoch wiederholte Nachrichten über den wachsenden Groll des letztern gegen Khlesl belehrten, entschloß er sich zu positiven Schritten, um ihn zu gewinnen. Er sandte seinen geheimen Rath Herrn von Mollart nach Mähren, um sich insgeheim mit Liechtenstein und Breuner über den Preis ihres Abfalles von Mathias zu besprechen.*) Diese Botschaft übte nicht die erwartete Wirkung aus. Es zeigte sich, daß Liechtenstein die erwähnten Aeußerungen nicht gethan hatte, um sich mit dem Prager Hofe zu versöhnen, sondern um Mathias mit Besorgniß zu erfüllen und zur Gewährung seiner Wünsche, die vor allem Khlesls Entfernung betrafen, zu nöthigen. Jetzt beim Worte gefaßt, zog er es vor, ohne seine Opposition gegen Mathias aufzugeben, sich ruhig zu verhalten, statt sich dem Kaiser anzu-

*) Brüssel. Secret. d' Etat d' Allem. Carton 163. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. Wien 7. Okt. 1609.

schließen, über dessen Unfähigkeit zur fernern Regierung er als ehemaliger Präsident des geheimen Rathes keine Zweifel hegen konnte. Sein Beispiel hielt auch die Herren von Harrach und Breuner von einer Verbindung mit dem Prager Hofe ab.

Solchergestalt war Rudolfs Versuch, selbst etwas für den großen Plan zu wirken, dessen Durchführung Leopold bisher allein übernommen hatte, ohne Erfolg geblieben. Die Katholiken, welche Hoffnung gemacht hatten, sich ihm anzuschließen, besannen sich zuletzt eines andern und die Versprechungen einiger oder vielleicht gar nur eines Protestanten waren keine vielverheißende Errungenschaft. Es war jedoch hinreichend viel von diesen Machinationen bekannt geworden, um bei den Freunden des Hauses Habsburg, die das Zerwürfniß der Brüder im hohen Grade beklagten und von der ferneren Dauer desselben das ärgste befürchteten, den Wunsch mit neuer Heftigkeit rege zu machen, daß eine Aussöhnung zwischen Rudolf und Mathias zuwege gebracht würde. Mit solchen Wünschen konnten sich allerdings nur jene tragen, welche von den Besprechungen zwischen dem Kaiser und Leopold keine Ahnung hatten und noch immer nicht begreifen konnten, daß Rudolfs Sinnen und Streben vollständig in dem Haß gegen seinen Bruder und in der Sehnsucht nach der verlorenen Herrschaft aufgegangen war. Nach der Ueberzeugung dieser wohlmeinenden Leute konnte eine Versöhnung zwischen den beiden Brüdern durch einen Fürstenkonvent vermittelt werden, der ein hinreichendes Ansehen besaß, um den ältern zu bewegen, die gebrachten Opfer sich gefallen zu lassen und den jüngeren zu veranlassen, eine ergebene und dankbare Haltung gegen den ersteren einzunehmen.

Auch in Wien bei Mathias machte sich das Bedürfniß nach dem Zustandekommen eines solchen Fürstenkonvents geltend. Er hatte gehofft, den protestantischen Adel Oesterreichs durch die „Resolution" zu befriedigen, machte aber bald die Erfahrung, daß dies nicht der Fall sei, und daß der Adel sich nicht mit der ihm ertheilten Religionsfreiheit begnügte, sondern unablässig bemüht war, unter dem Vorwande den Städten eine ähnliche unbeschränkte Freiheit zu verschaffen, diese an sich zu ziehen, die Regierung im Lande an sich zu reißen und ihn (Mathias) völlig zu isoliren. Die Folge war, daß auch Mathias und manche katholischen Edelleute die Bestimmungen der Resolution vergaßen und den Protestanten gegen das verbriefte Recht nahetraten.*) Der Zustand in Oesterreich im Herbst 1609 war nichts weniger als ein geordneter und ruhiger, im Gegentheil die Protestanten sprachen wiederholt die ernstliche Absicht aus, daß sie bei ihren Nachbarn und Freunden über die erfahrenen Unbilden

---

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 21. Nov. 1609.

Klage führen würden. In der That beschränkten sie sich nicht auf die bloße Drohung, sondern schickten zuerst nach Preßburg, wo Ende 1609 der ungarische Reichstag tagte, und darauf im Beginn des Jahres 1610 nach Olmütz, 9. Jan. als daselbst der mährische Landtag versammelt war, eine eigene Deputation. Ueberall klagte Tschernembl, ihr Wortführer, in den bittersten Worten, daß Mathias seine Versprechungen nicht halte, und die Städte von dem Adel zu trennen suche.*) Die Klagen der Oesterreicher blieben nicht ohne Wirkung auf Ungarn und Mähren. In Ungarn wurden während des Reichstags das Preßburger und Eibenschützer Bündniß in die Gesetzsammlung des Reiches aufgenommen, gewissermaßen als Warnung für Mathias,**) in Mähren sprach sich Žerotin mit einer bei ihm sonst ungewöhnlichen Schärfe gegen die Beibehaltung Khlesls im Amte aus, weil er ihn allein als die Ursache aller noch bestehenden Zerwürfnisse ansah. Ja Žerotin ging noch weiter: aufgeregt durch Tschernembls Schilderungen schlug er diesem und dem Palatin von Ungarn den Zusammentritt eines Centralausschusses vor, in welchem Vertreter von Ungarn, Mähren und Oesterreich die gemeinschaftliche Lage der Länder berathen sollten. Trat dieser Ausschuß zusammen, so war nicht zu erwarten, daß er gegen Mathias eine durchwegs freundliche Haltung einnehmen würde.***) Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß dieser Vorschlag nicht weiter zur Berathung kam und die Zusammenkunft, welche Žerotin bereits mit Tschernembl und Thurzo verabredet hatte, unterblieb. Gerade in dieser Zeit waren die Briefschaften des P. Sarkander, welcher als Agent des Herzogs von Teschen in Prag zur Zeit der Ertheilung des Majestätsbriefes geweilt und hier an den von Leopolds Partei ausgehenden Plänen zur Unterdrückung des Protestantismus lebhaften Antheil genommen hatte, in den Besitz der mährischen Stände gelangt. Die Ueberzeugung, daß ihnen von Prag Gefahr drohe, verursachte, daß die Stände gegen Mathias eine minder schroffe Haltung annahmen. Mathias ward aber durch die Vorgänge in Preßburg und Olmütz nicht wenig aufgeregt und zu der Besorgniß veranlaßt, es könnte ihm am Ende gerade so mitgespielt werden, wie dies seinem Bruder von ihm selbst geschehen war. Wie groß wäre sein Schrecken gewesen, wenn er gewußt hätte, daß der allezeit unermüdliche Verschwörer

*) Bamberger Archiv. Instruktion für die österr. Abgeordneten zum Landtage nach Olmütz ddo. 9. Jan. 1610. — Ebendaselbst: Relation der österr. Gesandten an die mährischen Stände ddo. 19. Jan. 1610.

**) Bamberger Archiv. Tschernembl an den pfälzischen Rath Richius ddo. Preßburg den 31. Dez. 1609.

***) Chlumecky: Žerotin S. 641. 648.

Tschernembl mit dem Kurfürsten von der Pfalz in Unterhandlung stehe, um ihn zur Absendung von Waffen nach Oesterreich zu vermögen.*)

Diese Besorgniß vor Bewegungen, welche von den Protestanten ausgehen konnten, vermehrte noch das Mißbehagen, das Mathias über die Zerwürfnisse in seinem eigenen Kabinet empfand und deren Vorhandensein er dem Umstand zuschrieb, daß sie von Prag genährt würden. Wie wir mitgetheilt haben, hielt sich Liechtenstein von Mathias fern, nachdem es ihm nicht gelungen war den allmächtigen Einfluß Khlesls zu brechen. Es mochte ihn, den ehemaligen Präsidenten des kaiserlichen Geheimrathes, nicht wenig verdrießen, daß er neben einem Bäckersohn, der sich vielleicht früher einen gnädigen Gruß von seiner Seite zur Ehre angerechnet hatte, nur eine untergeordnete, einflußlose Rolle spielen sollte. Er suchte auf alle mögliche Weise aus dieser Situation herauszukommen, zuerst gab er sich die Miene, als ob er sich mit dem Kaiser wieder aussöhnen wolle, wich aber, als er beim Worte gefaßt wurde, dieser Verbindung wieder aus. Darauf suchte er durch den belgischen Gesandten in Prag, Vischer, in nahe Beziehung zu Erzherzog Albrecht und Philipp III von Spanien zu gelangen, indem er hiebei die Zukunft der österreichischen Prinzen im schwärzesten Lichte ausmalte, die Unmöglichkeit, daß die „verhaßte Grazer Linie" zur Succession gelangen könne, nachzuweisen suchte und den König von Spanien als denjenigen hinstellte, der auf die Succession in Oesterreich große Anrechte besitze und dessen Regierung allein wieder Ordnung schaffen könnte.**) Vischer ging auf diese Eröffnung nicht in der Weise ein, wie dies Liechtenstein wohl gewünscht haben mochte, sondern mahnte den letzteren, ja nicht von Mathias abzulassen und sich mit ihm zu versöhnen. Dasselbe war auch die Meinung Zuñiga's. Um Liechtensteins Versöhnung mit Mathias herbeizuführen, reiste Vischer nach Wien und suchte den König und Khlesl zu bereden, daß sie seiner Empfindlichkeit Rechnung tragen und ihn unter anständigen Bedingungen wieder zum Eintritt in den geheimen Rath vermögen möchten. Dann reiste er in gleicher Absicht zu Liechtenstein und suchte auch bei diesem zu vermitteln, was ihm um so besser gelang, als dieser merkte, daß weder Philipp III nach Erzherzog Albrecht etwas gegen Mathias vorzunehmen gedachten. Er stellte als Bedingung seiner Rückkehr nach Wien, daß Mathias ihn
7. Okt. 1609 durch ein Handschreiben hiezu einlade, wozu sich der König gern verstand.***)

---

*) Bamberger Archiv. Tschernembl an den pfälzischen Rath Richius ddo. 31. Dez. 1609 dankt ihm, daß die Arma bereits auf dem Wege sind.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Wien den 12. August.

***) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 7. Okt. 1609 Wien.

Liechtenstein kam darauf nach Wien und hier ward zwischen ihm und Khlesl äußerlich eine Versöhnung zu Stande gebracht.*) Wenn er sich eingebildet hatte, daß seine Stimme jetzt mehr Gehör finden werde als früher, so sah er sich bereits nach wenigen Tagen enttäuscht und er sprach abermals seinen festen Entschluß aus, sich nach Mähren zurückzuziehen. **) Nur Mathias' Ansehen, der beide Rivalen vor sich kommen ließ und ihnen befahl ihre gegenseitigen Beschwerden fallen zu lassen und sich in seinem Dienste zu einigen, vermochte Liechtenstein zum Bleiben zu bewegen.

Einige Wochen lang war darauf das Verhältniß im geheimen Rathe ein leidliches, aber schon im Dezember schickte Liechtenstein seinen Sekretär 1609
nach Prag, um sich wieder über Khlesls Ehrgeiz und die mangelhafte Regierung in Wien zu beklagen. ***) Kurze Zeit darnach verlangte er eine Zusammenkunft mit Zuñiga und war zu diesem Ende erbötig selbst bis in die Nähe Prags zu kommen. Er hatte zu dieser Reise die Billigung Mathias' erhalten, der ihm einen Brief für den spanischen Gesandten mitgab, wahrscheinlich mit Bitten um Spaniens moralische und pekuniäre Unterstützung. Bei der Zusammenkunft mit Zuñiga, die in der That bei Prag 18. Feb.
stattfand, waren auch zwei kaiserliche Geheimräthe Herr von Mollart und 1610
Hannewaldt zugegen. Hiebei vertrat Liechtenstein keineswegs Mathias' Interessen; gegen die kaiserlichen Räthe sprach er die Ansicht aus, daß ihr Herr wahrscheinlich wieder in den Besitz von Mähren und Oesterreich kommen dürfte, Zuñiga gegenüber erbot er sich zu allen Diensten gegen Philipp III namentlich in dem Falle, wenn Rudolf und Mathias ohne Nachkommenschaft sterben würden; er gab also wieder zu verstehen, daß er der spanischen Linie der Habsburger gegen die der Grazer zur Herrschaft verhelfen wolle. †) Zuñiga ging auf diese Anerbietungen nicht näher ein, sondern verlangte von ihm nur Treue für Mathias und gute Dienste zur Versöhnung desselben mit dem Kaiser.

---

*) Brüssler Archiv. Vischer an Fleckhammer ddo. 11. Nov. Wien.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 21. Nov. 1609.

***) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 5. Dez. 1609. Ebendaselbst. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. Prag den 19. Dez. 1609.

†) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. Prag den 20. Feber 1610. — Archiv von Simancas 2496/83. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 20. Feber 1610. Liechtenstein habe gebeten, que le tenga V. M. (Philipp III) por muy su criado asomando a hazelle grandes servicios en las occasiones que se pueden offrecer en caso, que el Emperador y su hermano tengan succession. Yo le respondi con palabras generales, estimando su voluntad y persuadiendole a que de su parte ayude a la concordia de los hermanos y al servicio de toda la casa.

Dieses faktiöse Auftreten Liechtensteins, welches dem König Mathias nicht verborgen blieb, machte, daß letzterer auch über seine Stellung zu den Katholiken immer besorgter wurde und so eigentlich sich beiden Parteien seiner Unterthanen entfremdet fühlte. Ward er dadurch täglich dringender gemahnt eine Aussöhnung mit seinem Bruder um jeden Preis herbeizuführen, so nöthigten ihn auch hiezu die wachsenden finanziellen Verlegenheiten. Die ungarischen Grenzen gegen die Türken konnten, wie das allgemein bekannt ist, nur mit Hilfe der nichtungarischen Besitzungen der Habsburger und der zeitweiligen Bewilligungen deutscher Reichstage im Vertheidigungszustand erhalten werden. Jetzt versiegte mit einemmale die doppelte Quelle, Mathias bekam nichts von Deutschland und nichts von den Besitzungen, die Rudolf übrig geblieben waren. Seine Noth in dieser Beziehung war schon im Jahre 1609 so groß geworden, daß er sich zur Absendung einer Gesandtschaft an den böhmischen Landtag entschloß, um von diesem die Leistung der früher üblichen Subsidien zu erbitten. Bekannt mit den Einflüssen, von denen die böhmischen Stände sich beherrschen ließen, hatte er sich an den Grafen Thurn, an Herrn von Rosenberg, ja selbst an den Fürsten von Anhalt gewendet, um sie für sich zu gewinnen und insbesondere durch den ersten sein Ziel am Landtage zu erreichen. Da er sich hiebei eines geschickten Unterhändlers, des Grafen von Fürstenberg, bediente, erhielt er die besten Zusagen und namentlich versprach ihm Thurn die sichere Erwirkung der Subsidien, wenn Mathias ihm dafür die Herrschaft Neuhäusel in Ungarn einräumen wollte.*) Ob sich der König zu dieser Zusage entschlossen hatte, ist uns nicht bekannt; wir wissen nur, daß er von Böhmen nichts erhielt, da der Kaiser streng verbot, daß den ungarischen Gesandten, die Mathias nach Prag zur Unterstützung seiner Bitte abgeordnet hatte, Gehör im böhmischen Landtage gegeben und daß von letzterem überhaupt ein Beschluß zur Unterstützung Ungarns gefaßt werde. So halsstarrig waren die Böhmen im Punkte der Geldausgabe nicht, daß sie trotz Thurns Ansehen sich dem Wunsche des Kaisers nicht gefügt hätten und so sah sich Mathias durch die dauernde Feindschaft seines Bruders in eine Verlegenheit versetzt, die mit jedem Tage wuchs und seinem Ansehen in Ungarn gewaltigen Abbruch thun mußte. Khlesl, die Verlegenheiten seines Herrn noch bitterer empfindend als dieser —

---

*) Bernburger Archiv. Reg. I F. 1. 33/7. Graf Fürstenberg an Mathias ddo. 7. Okt. 1609. „Darunter ein Capo (Thurn) sich zu E. Mt. Diensten unnd devotion gehorsambst offerirt unnd vermeint, da E. Mt. Ine gnädigst mit Neuheuslein bedenkhen wöllen, er alls ein Böhme und Mährer die Järliche Bezahlung unnd Underhaltung darauff von den Böhmen unnd Mährischen Stenden erlangen wollte.“

denn es handelte sich auch für ihn um die lieb gewonnene Herrschaft — schrieb in einem Tone wahrhafter Verzweiflung an Zuñiga und bat ihn Hilfe zu schaffen. Das Streben aller Länder, die Mathias und Rudolf unterworfen seien, gehe offenbar nach Entfernung der Habsburger und nach Errichtung von Republiken; die einzige Rettung sei ein Konvent aller österreichischen Erzherzoge, durch welchen der Friede im Hause hergestellt und den Gegnern desselben ein energischer Widerstand entgegengestellt werden könnte.*)

Da alle Schwierigkeiten in der feindseligen Haltung des Kaisers ihren Grund hatten, so konnte dieser Konvent selbst im Falle seines Zusammentrittes erst dann einen Nutzen stiften, wenn auch der Kaiser an demselben Theil nahm und geneigt war den Rathschlägen oder Entscheidungen desselben Gehör zu geben. Dazu war aber nicht die leiseste Aussicht vorhanden, daß Rudolf zu einer von Wien aus angebahnten Versöhnung die Hand bieten werde, und zwar in einem Momente, wo er sich nicht nur an den Verlegenheiten seines Bruders weidete, sondern sie zu vergrößern suchte und wo er in nicht langer Zeit Rache an demselben zu nehmen hoffte. Gleichwohl kam ein Konvent zu Stande, zwar nicht so, wie ihn Mathias zusammensetzen wollte und auch nicht in Folge seines Wunsches, sondern in Folge eines selbstständigen Entschlusses des Kaisers, der seinen Grund in früheren Vorgängen hatte.

Man wird sich erinnern, daß Rudolf, als er wegen Ertheilung des Majestätsbriefes von den Böhmen gedrängt wurde, gegen den Vertreter des Kurfürsten von Köln die Bitte aussprach, sein Herr möchte um jeden Preis nach Prag kommen und ihm in seiner Noth helfen.**) Diese Bitte wurde seither mehrmals wiederholt und derart erweitert, daß daraus der Wunsch des Kaisers ersichtlich wurde, die ihm zunächst befreundeten Kurfürsten und Fürsten möchten nach Prag kommen und ihm in seiner Verlegenheit beistehen. Kam die Versammlung, wie er wünschte, zu Stande, so dachte er sich ihrer gegen seinen Bruder zu bedienen und wie er sich vorspiegelte einen derartigen Druck auf ihn auszuüben, daß auf diesem Wege friedlich erreicht werden konnte, was im Bunde mit Leopold nur auf gewaltsame Weise zu erreichen war. Die Idee des Konventes, wie sie auf diese Weise ihm vorschwebte, war nun allerdings nicht die, wie sie Mathias gefaßt hatte und wie sie von den aufrichtigen Freunden der Habsburger befürwortet wurde. Die letzteren schöpften aber die Hoffnung, daß, in welcher Absicht auch immerhin der Konvent berufen würde, der-

*) Simancas 2495/2. Khlesl an Zuñiga ddo. 7. Okt. 1609.
**) Band I S. 318.

selbe, sobald er aus den passenden Elementen zusammengesetzt wäre, nicht ohne die ersprießlichsten Folgen bleiben könnte. Als demnach der Kaiser auch nach der Absendung Leopolds nach Jülich den Kölner Kurfürsten wiederholt nach Prag einlud, suchten die katholischen Gesandten am kaiserlichen Hofe und die dem Frieden geneigten Geheimräthe, namentlich Barvitius, die Ankunft des Kurfürsten nicht nur zu beschleunigen, sondern den Kaiser in seiner Absicht einen Fürstenkonvent zu berufen, direkt oder indirekt zu bestärken. Rudolf schien völlig gewonnen und als an Ernst von Köln die schließliche Einladung zur Reise nach Prag abging, geschah dies in solcher Weise, daß der Kurfürst überzeugt war, sein Erscheinen in Prag werde hinreichen, um die letzten Vorbereitungen für den Konvent zu treffen und darauf dessen unmittelbare Berufung zu veranlassen.

Bei Rudolf war aber mittlerweile, wie dies häufig geschah, ein völliger Umschwung der Gesinnung eingetreten. Die vielfachen Rathschläge zu Gunsten des Konventes hatten ihn wieder mißtrauisch gemacht und er mochte herausgefunden haben, daß das Ziel, nach dem er strebte, nur durch Gewalt und nicht durch friedliche Verhandlungen zu erreichen sei. Als der
Dez. 1609 Kurfürst in Prag anlangte, vermißte er bei dem Kaiser jede Lust zur Berufung der verheißenen Fürstenversammlung und überhaupt zum Frieden, deren Vorhandensein er sich sehr mit Unrecht eingebildet hatte. Mit schmerzlichem Bedauern vernahm er, in welch' herausfordernder Weise Rudolf den Gesandten der Liga empfangen habe. Endlich hatte nämlich die letztere es für zeitgemäß gehalten, dem Kaiser von ihrer Begründung Nachricht zu geben und hatte mit dieser Botschaft den Kanonikus Seuttern betraut. Rudolf ergoß sich bei der Audienz in Worte voll des tiefsten Hasses gegen seinen Bruder Mathias und gegen sein ganzes Haus. Er äußerte unverholen seine Freude darüber, daß Maximilian das Haupt der Liga sein solle, er gönne, sagte er, dem Herzog diese Auszeichnung mehr als jedem Prinzen seines eigenen Hauses, ja er würde es vorziehen unter der Erde zu sein, als Mathias an der Spitze der Liga zu sehen.*) Beherrscht von dieser Gesinnung und immer von neuem aufgeregt durch falsche Nachrichten und trügerische Hoffnungen erklärte er jetzt, daß er die Berufung eines Konventes für unnöthig halte, auch habe er gewisse Nachricht, daß Oesterreich, Mähren und wahrscheinlich auch Ungarn im Begriffe seien, seine Herrschaft anzuerkennen und Mathias bald genöthigt sein werde, nachzugeben. Ernst von Köln, von dem aufrichtigen Wunsche geleitet Frieden zu stiften, legte es bei seiner ersten Audienz vor allem darauf

---

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol 13. Wensins Diurnal.

an,*) dem Kaiser jede Hoffnung auf den Wiedererwerb der verlorenen Länder zu benehmen und zur schleunigen Berufung des Konventes zu bereden, da dieser allein in die bestehenden traurigen Verhältnisse einen Ausgleich zu bringen vermöge. Er traf aber, wie er sich selbst später ausdrückte, auf einen Ambos; statt nachzugeben wollte der Kaiser jetzt um so weniger etwas vom Konvente wissen, weil er sich einbildete, die Kurfürsten würden ihn, einmal versammelt, auch zur Bestimmung der Nachfolge zwingen wollen. Die Einladungsschreiben, welche der Kaiser an die nach Prag zu berufenden Fürsten hatte anfertigen lassen und die nur der Expedition harrten, wurden auf Rudolfs ausdrücklichen Befehl zurückgehalten.**) Nichts half es, daß der Kurfürst nach der Audienz seinen Mißgriff einsah und durch Hegenmüller den Kaiser versichern ließ, die Kurfürsten würden nie etwas gegen seinen Willen in der Succession bestimmen; das mißtrauische Gemüth des Kaisers gelangte viele Tage lang nicht einmal zu einer momentanen Beruhigung, trotzdem ihm selbst Männer, deren feindliche Gesinnung gegen Mathias nicht bezweifelt werden konnte, wie Sulz, Althan und Ramée, die Berufung des Konventes empfahlen. Ende Dez. 1609

Nach der zweiten Audienz konnte sich Ernst keinem Zweifel mehr hingeben, daß das, was der Kaiser vom Konvent erwartete, nicht Friede und Versöhnung sei, sondern Rache an seinem Bruder. Rudolf empfing den Kurfürsten mit den bittersten Klagen über Mathias und über die Böhmen und äußerte sich dabei, im offenbaren Widerspruche mit der ihn unablässig folternden Gier nach Herrschaft, er habe die Regierung über die Böhmen satt und wolle sich lieber in einen Winkel zur Ruhe setzen. Ernst bat ihn, sein „heroisches Gemüth nicht derart fallen zu lassen" und den Kurfürsten zu trauen. Es war wahrlich die Besorgniß unbegründet, der Kaiser werde „sein heroisches Gemüth so weit fallen lassen," um sich freiwillig der Herrschaft über die Böhmen zu entäußern. Denn schon Tags darauf schickte er den Landgrafen von Fürstenberg und Herrn von Mollart an den Kurfürsten, um ihm eine Erklärung der Ereignisse der letzten zwei Jahre geben zu lassen. Der langen Exposition kurzer Sinn war der, daß es die erste Pflicht des Fürstenkonventes wäre, Mathias mit einer Strafe zu belegen, die natürlich nur der Verlust seiner Herrschaft sein sollte.***) 2. Jan. 1610

So viel sah der Kurfürst endlich ein, daß der Kaiser zu keinen Vergleichsverhandlungen die Hand bieten werde, wenn man ihm von vornher-

*) Münchner Staatsarchiv 39/7, 207. Kurköln an Max von Baiern ddo. 28. Dez. 1609. Prag. — Ebendaselbst Ernst von Köln an Max ddo. 14. Dez. 1609.

**) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol. 1. Kurköln an Max von Baiern ddo. 2 Jänner 1620.

***) Münchner Staatsarchiv 39/8, Fol. 13. Wensins Diurnal.

ein jede Hoffnung auf eine Genugthuung abschneide. Aufrichtig beseel von dem Wunsche Frieden im Kaiserhause zu schaffen, um die Lage der deutschen Katholiken zu sichern, trat er deshalb vorsichtiger in seinen Bestrebungen für die Berufung des Konvents auf. Nachdem er abermals um
5. Jan. eine Audienz beim Kaiser angesucht und sie erlangt hatte und dieser wieder
1610 ein langes Klagelied über Mathias und die Böhmen angestimmt und dann mit der gewöhnlichen Bitte um Hilfe geschlossen hatte, erwiederte Ernst: „Solle er dem Kaiser gleichwie einem Patienten rathen, so sei vonnöthen die Wurzel seiner Leiden zu kennen," um die letztern mit der erstern zu entfernen. Die Wurzel alles Uebels, nämlich der Insolenz der Stände von Ungarn, Oesterreich und Böhmen sei allein die Zwietracht in dem kaiserlichen Hause selbst. Es gebe aber kein anderes Mittel dieses Uebel zu entfernen und dem Kaiser zum vorigen Wohlstand zu verhelfen — und hiebei stellte er es der Phantasie Rudolfs frei, diesen Wohlstand als eine völlige Restauration aufzufassen — als wenn die Einigkeit im österreichischen Hause wiederhergestellt würde, was allein durch einen Konvent zu erreichen sei. Er empfahl dem Kaiser hiezu die Berufung seiner Brüder, der Prinzen der Grazer Linie, des Kurfürsten von Mainz, des Herzogs von Baiern und zur Verhütung jedes Verdachts, des Kurfürsten von Sachsen und des Landgrafen von Hessen-Darmstadt. Die Rede des Kurfürsten, welche vorsichtig des Kaisers empfindliche Seiten berührte und seinen Wünschen, wie wir aus den spätern Verhandlungen ersehen, noch mehr schmeicheln mochte, als es die uns zugänglichen Berichte vermuthen lassen, befriedigte den letztern sichtlich und er befreundete sich mit der Idee des Konventes, aber sein Haß fing wieder an seinen Willen zu beherrschen, sobald er daran dachte, daß seine Brüder und Vettern auch berufen werden sollten. Von seinem Bruder Maximilian behauptete er, daß er mit Mathias das ganze Spiel abgekartet habe, über Albrecht klagte er, daß er gar nichts für ihn gethan und Ferdinand beschuldigte er einer zweideutigen Haltung, „man wisse nicht, ob er Fisch oder Fleisch sei." Dann auf die Successionsfrage übergehend, sagte er, Seuttern habe ihn als Bote der geistlichen Kurfürsten in ihrem Namen um Bestimmung der Nachfolge ersucht und die Versicherung abgegeben, daß ihnen jede vom Kaiser empfohlene Person genehm sei. Es sei ihm ein solches Vertrauen der Kurfürsten äußerst angenehm, aber er wisse nicht, weshalb er sich in der Sache übereilen solle, er denke noch nicht daran zu sterben und übrigens sei es ja am Todbette Zeit genug, schriftlich die Person seiner Wahl zu bezeichnen, um ihre Nachfolge zu sichern. Ernst, der die Empfindlichkeit des Kaisers auch in dieser Beziehung nicht verletzen mochte, begnügte sich darauf hinzuweisen, daß der Kaiser, wenn er nicht jetzt bezüglich der

Nachfolge Bestimmungen treffe, dieselbe später nicht in seiner Hand haben werde. Kurbrandenburg und Kursachsen, früher ganz und gar dem kaiserlichen Interesse zugethan, seien seit dem Ableben der alten Kurfürsten ungewiß, mit Sicherheit sei nur auf die drei geistlichen Kurfürsten zu bauen, doch nur so lange, als der Tod nicht unter ihnen aufgeräumt habe. Endlich wisse er, daß Schweikhart von Mainz nur unter der Bedingung an einem Konvente Antheil nehmen wolle, wenn auch über die Nachfolge verhandelt würde.

Schon zwei Tage darauf hatte Ernst abermals bei dem Kaiser eine 7. Jan. 1610
Audienz, bei der er ihm ein Memoire überreichte, welches die Bedingungen für die Berufung des Konventes präzisirte. Das vornehmste Geschäft desselben sollte die Schlichtung des Streites zwischen dem Kaiser und Mathias sein und letzterer durch vorhergehende Verhandlungen verpflichtet werden, sich dem Spruche des Konventes zu fügen. *) Indem dies den Hoffnungen des Kaisers auf Wiederherstellung einigen Raum gönnte, wurde er der Berufung des Konventes geneigter und gab seine Befriedigung dadurch zu erkennen, daß er den Kurfürsten in sein Laboratorium führte und in sehr gnädiger Weise an seinen dortigen Beschäftigungen Antheil nehmen ließ. Schon glaubte Ernst die meisten Schwierigkeiten überwunden zu haben und sich der Hoffnung hingeben zu können, der Konvent werde noch zu Ende Januar zusammenkommen. Die Einladungsschreiben wurden neuerdings ausgefertigt, auf des Kaisers Zimmer gebracht und von diesem unterzeichnet, aber hiemit hatte seine Willfährigkeit auch ihr Ende erreicht. „Der Kaiser wird nicht eher schwimmen als bis ihm das Wasser in den Mund läuft und alles zu spät ist“, sagte Ernst voll Verzweiflung, als er 9. Jan. 1610
diese neue Zögerung erfuhr. Er nannte die Prager Regierung eine babylonische Konfusion und zweifelte selbst nicht länger an dem „finis fatalis domus Austriacae“, welchen Anhalt prophezeit hatte, der aber dem Kurfürsten auf's Herz fiel, weil er damit den Untergang der deutschen Katholiken verknüpft wähnte. Vollends mußte die letzte Hoffnung auf eine glückliche Lösung ihn verlassen, als er einige Tage später vernahm, der Kaiser habe die Absendung der Einladungsschreiben nicht nur definitiv zurückgenommen, sondern dieselben sogar vernichten lassen. Während man nämlich nach der Unterzeichnung der Berufungsschreiben stündlich einen Befehl Rudolfs zu ihrer Versendung erwartete, vereitelte einer seiner wahnsinnigen Anfälle von Melancholie die letzte Hoffnung. Am 11. Januar ließ er Barvitius zu sich kommen, um ihn zum letztenmale zu fragen, ob die Berufung des Konventes ersprießlich sei und als dieser es hoch und theuer

*) Münchner Staatsarchiv 39/8, Fol. 23. Beilage Litera A.

versicherte und sich auf die gleiche Meinung aller jener berief, die es redlich mit ihm meinten, erwiederte er: Nun so geht hin und fertigt die Couriere ab. Statt alsogleich von der Erlaubniß des Kaisers Gebrauch zu machen, wie Barvitius bei seiner langjährigen Kenntniß von dessen Beschaffenheit wohl hätte thun sollen, schob er die Versendung bis zum folgenden Morgen auf. Damit war aber der günstige Zeitpunkt versäumt, mittlerweile bereute Rudolf den gefaßten Entschluß und als die Nacht heranrückte, ward er eine Beute der beängstigendsten Vorstellungen. Um zwei Uhr Nachts ertheilte er plötzlich den Befehl, Barvitius holen zu lassen, um die Versendung der Einladungsschreiben zu widerrufen. „Jetzt sehe ich ein, wo das alles hinaus will," rief er aus, „Ihr (Barvitius) und die Räthe mit einander stellet meiner Ehre, meinem Leib und Leben nach, ihr wollt mich und meinen Bruder Mathias hinrichten und den Ferdinand zum Kaiser machen." Vergebens waren alle Protestationen, die Einladungsschreiben durften nicht versendet werden und wurden entweder gleich oder einige Tage später vernichtet. *)

Dieser rasche Wechsel in den Entschließungen hatte seinen Grund nicht bloß in der krankhaften Gemüthsbeschaffenheit des Kaisers und in seinen rapid sich ändernden Anschauungen über die Nützlichkeit und Gefährlichkeit eines Konventes, sondern in dem mittlerweile reif gewordenen Entschluße es auf die Waffen ankommen zu lassen. Die zwei Wege, welche Rudolf selbst aufgesucht hatte, um Mathias zu vernichten, die Verbindung mit dem malkontenten Adel Oesterreichs und der Fürstenkonvent, beide schienen ihm wieder ungangbar und er kehrte in seinem Sinne zu dem ursprünglichen, mit Leopold verabredeten, dem der Gewalt zurück. Das vierfache Heer, welches der Erzherzog nach Tennagels Versicherungen in Spanien bis zum Frühjahr 1610 ausrüsten wollte, um es gegen Böhmen zu führen, blieb wohl eine Chimäre, die Rüstungen mußten geringere Dimensionen annehmen, da der gehoffte Beistand nicht erlangt worden war Leopolds abenteuerliche Freunde am Prager Hof: Ramée, Sulz, Althan, Hegenmüller, die zu dem Kaiser Zutritt hatten, suchten ihm die Meinung beizubringen, daß er keines Konventes bedürfe, fast ohne Schwertschlag sich der verlorenen Länder bemächtigen könnte und deshalb nur zu Rüstungen seine Zuflucht nehmen solle. **) Diese Rathschläge, des Kaisers ver-

---

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol. 30. Wensins zweites Diurnal. — Ebendaselbst 39/8, 11. Ernst von Köln an Max von Baiern ddo. 9. Januar 1610. — Ebendaselbst 39/8, 37. Ernst von Köln an Max von Baiern ddo. 16. Jan. 1610.

**) Brüssel Secret. d'Etat Allem. Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 16. Januar 1610. — Ebendaselbst Carton 163. Vischer an Fleckhammer ddo. 16. Jan.

blendeten Wünschen schmeichelnd, fanden bei ihm das willigste Gehör und
er entschloß sich endlich die Erlaubniß zu den verhängnißvollen Rüstungen 16 Jan.
zu geben, die zur Vermeidung des Aufsehens in dem, Leopold gehörigen 1610
Bisthum Passau in Angriff genommen werden sollten. Die Stellen der Befehlshaber, Oberste, Oberstlieutenante und Hauptleute wurden von den obengenannten Personen rasch unter sich und ihre Freunde vertheilt und ehe noch wenige Wochen vergingen, war es in Böhmen und Deutschland allgemein bekannt, daß im Namen des Kaisers in Passau Werbeplätze aufgeschlagen worden seien. Sie erregten deshalb nicht das Aufsehen, das sie verdienten, weil man ziemlich allgemein glaubte, sie seien für Jülich bestimmt. Dieser Meinung gaben sich auch die böhmischen Stände hin, nimmer würden sie sonst im Februar 1610 ruhig die Auflösung des Landtags hingenommen und ihr eigenes Kriegsvolk entlassen haben.

Nicht also geistige Kränklichkeit allein war die Ursache der raschen Sprünge in den Entschließungen des Kaisers, sondern die Einflüsterungen jener Partei, die sich mit dem tollen Gedanken trug, mit Hilfe einiger Regimenter ganz Oesterreich dem Kaiser zu Füßen zu legen. Ernst von Köln ohne Ahnung von diesem Intriguenstück, das während seiner Anwesenheit in Prag abgespielt wurde, verlor selbst nach der Vernichtung der Einladungsschreiben nicht die Geduld, weil er in Prag die katholische Sache zu verfechten glaubte; er wurde nicht müde auch jetzt noch beim Kaiser um Audienzen anzusuchen. Zuletzt glaubte er jedoch einzusehen, daß er weniger durch seine Anwesenheit als durch seine Abwesenheit sein Ziel erreichen würde. Nachdem er abermals den Kaiser um die Berufung des Konventes ersucht und von diesem eine vertröstende Antwort erhalten hatte,
kündigte er demselben seine Abreise an, um nicht eher wieder in Prag zu 18 Jan.
erscheinen, als bis er mit den andern einzuladenden Fürsten zur gemein- 1610
schaftlichen Berathung nöthig sei. **) Dies Mittel hatte in der That den erwünschten Erfolg, offenbar geriet der Kaiser wieder in eine solche Gemüthsstimmung, die ihn mit Mißtrauen gegen den Erfolg der Waffen erfüllte und von der Wirksamkeit des Konventes das beste erwarten ließ. Das Merkwürdige an diesem so gewöhnlichen Umschwunge der Stimmung war nur das, daß er lange genug anhielt, um zu einem Resultate zu führen. Entweder noch vor des Kurfürsten Abreise oder nur wenige Tage nachher ließ der Kaiser neue Einladungsschreiben ausfertigen und solche an jene Fürsten absenden, über welche er sich mit demselben geeinigt

---

1610. — Ebendaselbst Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 23. Jan. 1610. — Ebendaselbst Carton 157. Bodenius an Fleckhammer ddo. 17. April 1610.

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 42. Wensins drittes Diurnal.

hatte, nämlich an Mainz, Sachsen, die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, den Herzog Maximilian von Baiern und den Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt. Es versteht sich, daß außer den Genannten auch Ernst von Köln geladen war. Mathias wurde nicht berufen und zwar mit Zustimmung von Kurköln. Denn Ernst sah selbst ein, daß dessen persönliches Erscheinen einen Ausgleich eher erschweren als erleichtern würde, er sollte sich nur durch Gesandte vertreten lassen.*)

Die Berufungsschreiben enthielten vier Punkte, über die der Kaiser von dem Konvente sich Raths erholen wollte. Der erste betraf die Vereinbarung mit dem Könige von Ungarn, der zweite die Wahl eines römischen Königs, der dritte die Restitution von Donauwörth, der vierte endlich die Schlichtung der Jülicher Angelegenheiten. Man könnte sich billig darüber verwundern, daß der Kaiser dem Konvente mit einemmale so viele und so wichtige Fragen zur Entscheidung oder wenigstens zur Berathung vorlegen wollte, nachdem in den mit Ernst gepflogenen Verhandlungen nur stets des Streites mit Mathias gedacht wurde. Allein wir dürfen nicht vergessen, daß der Kurfürst erklärt hatte, Schweikhart von Mainz werde nie an einem Konvente theilnehmen, wenn nicht darin auch über die Nachfolge im Reich berathen würde. Um nun diesen zur Reise nach Prag zu vermögen, mußte sich Rudolf zur Einschaltung des zweiten Punktes in dem Berufungsschreiben verstehen, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß er keineswegs ernstlich geneigt war, die Berathungen auf diesen Gegenstand sich ausdehnen zu lassen. In der Einschaltung des dritten und vierten Punktes macht sich der Einfluß der geheimen Räthe geltend, die klar genug sahen, daß die Donauwörther und Jülicher Angelegenheit einer Katastrophe sich zuneige, und die deshalb die Fürstenversammlung in Prag benützen wollten, um durch sie eine Lösung herbeizuführen, zu welcher sie selbst nicht fähig waren. Der Kaiser, den diese letzteren Fragen um so weniger nahe berührten, als er Leopolds Hoffnungen auf Jülich nie recht getheilt hatte, gab seinen Räthen nach. So eröffneten die Berufungsschreiben den eingeladenen Fürsten die Aussicht auf wichtige und entscheidende Berathungen. — Als Zeitpunkt für den Zusammentritt des Konventes wurde der letzte Februar bestimmt. Es dauerte nicht lange, so wußte der Kaiser bereits, wer seinem Rufe nachkommen werde und wer nicht. Die Kurfürsten von Köln und Sachsen versprachen unverweilt zu erscheinen, ebenso die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand. Erzherzog

*) In diesem Sinne äußerte sich Ernst gegen den Landgrafen von Leuchtenberg, mit dem er am 12. Januar über die Modalitäten des Konventes konferirt hatte.

Albrecht entschuldigte sich, daß er nicht erscheinen könne, versprach aber einen Vertreter abzuschicken, und sandte als solchen den Grafen von Gamelerio. Der Kurfürst von Mainz war erbötig zu kommen, aber nicht früher als am 21. März, weil eine Krankheit ihn geschwächt habe und ihm im Augenblick eine Reise unmöglich mache.

Was den Herzog von Baiern betrifft, so lehnte er die Einladung nach Prag zu kommen ab und zwar, wie er auf eine wiederholte Bitte des Kaisers erklärte, hauptsächlich aus Rücksicht wegen des in Passau sich ansammelnden Kriegsvolkes. Der Entschluß des Herzogs nicht nach Prag zu kommen, stand jedoch lange schon fest, zu einer Zeit, wo von Rüstungen in Passau noch nichts zu merken war. Das, was er aus den Berichten seines Oheims Ernst, der ihm umständlich seine Verhandlungen mit dem Kaiser mitzutheilen pflegte, sowie aus den Relationen seines in Prag weilenden Jägermeisters Wensin vernahm, verleidete ihm mehr als je die Lust den geringsten Antheil an den Händeln des österreichischen Hauses zu nehmen. Da es seinem politischen Programm nicht entsprach, irgendwie in die verworrenen Angelegenheiten des Kaisers mitverwickelt zu werden, am allerwenigsten in dem Augenblicke, wo er mit der Begründung der Liga zu Ende kommen wollte, da er überdies besser als irgend jemand die ganze Misere der Prager Politik beurtheilen konnte und eine Besserung von nichts anderem als von einem Personenwechsel hoffte, so hatte er schon im Januar beschlossen eine Einladung zu dem Fürstenkonvente, wenn solche an ihn gelangen sollte, mit aller Entschiedenheit abzulehnen. In diesem Sinne schrieb er schon damals an seinen Oheim, indem er ihm offen die Gründe darlegte, weshalb er die Zurückgezogenheit vorziehe. Denn für den Fall, daß der Konvent in der That zusammenkäme, hielt er dafür, daß derselbe in kürzester Zeit unverrichteter Dinge sich auflösen werde, weil des Kaisers Wankelmuth aus der geringsten Meinungsdifferenz Anlaß schöpfen würde, die Fürsten heimzuschicken. Zudem meinte Maximilian, daß für den Konvent ganz und gar nicht die vorbereitenden Verhandlungen gepflogen worden seien und hierin hatte er Recht. Denn hatte Mathias eine verpflichtende Erklärung abgegeben, daß er sich in eine Verhandlung einlassen wolle? Mit nichten. Und war nur im entferntesten anzunehmen, daß er den Wünschen des Kaisers oder einem Spruche des Konventes, der seine Herrschaft verkürzen würde, nachzugeben bereit sei? Nichts von allem dem. Worüber sollte also der Konvent verhandeln? Es wäre, meinte Maximilian, wohl noch die Nachfolge im Reiche zu bestimmen, aber davon wolle der Kaiser nichts hören. Der Herzog hatte Recht, wenn er kein anderes Resultat von dem Konvent erwartete, als die Aufrechthaltung des Statusquo mit allen jenen Schwierigkeiten, wie sie jetzt bestanden und

von denen keine durch den Konvent gehoben werden sollte. Aus diesem Grunde bat Maximilian seinen Oheim ihn bei dem Prager Konvente außer dem Spiele zu lassen, sollte dies aber nicht möglich sein, weil etwa die Einladungsschreiben ausgefertigt und verschickt worden seien, geradezu bei dem Kaiser ihre Zurücknahme zu veranlassen. Es sei ja hiezu nichts weiter nöthig, als daß der Kurfürst dem Kaiser andeute, man werde bei dem Konvente doch über die Succession verhandeln müssen, diese Worte würden hinreichen, um dem Kaiser radikal alle Lust an demselben zu benehmen und die Zurücknahme der Einladungen zu bewirken. Sollte diese Hoffnung wider alles Erwarten fehlschlagen, so werde der Herzog für seine Person trotzdem nicht erscheinen, sondern zuerst die Frage wegen der Präcedenz der österreichischen Fürsten vor den bairischen geordnet wissen wollen. Stellte Maximilian diese Forderung auf, dann konnte er gewiß sein, daß seine Berufung unterbleiben oder die geschehene rückgängig gemacht würde.*) Als die Einladung dennoch erfolgte, hatte Maximilian seinen Entschluß nicht geändert, er bediente sich jedoch nicht des eben angedeuteten Auskunftsmittels, um sie rückgängig zu machen. Die Passauer Werbungen wurden von ihm für einen genügenden Entschuldigungsgrund zur Ablehnung der kaiserlichen Einladung angesehen.

In Folge der eingelangten Antworten hätte der Kaiser die Verhandlungen des Konventes am 28. Februar eröffnen können, da von den Eingeladenen nur Baiern ablehnte und Schweikhart von Mainz für seine Person bloß einen längern Termin ansprach. Dieser Umstand reichte für den Kaiser nach der richtigen Voraussicht des Herzogs Max hin, um den Zusammentritt des Konventes zu verzögern. Ohne Säumniß wurden die eingeladenen Fürsten von dem Hinderniß benachrichtigt, welches das rechtzeitige Eintreffen Schweikharts darbiete und der Termin der Zusammenkunft wegen der dazwischen fallenden Ostern auf den 21. April verschoben. Bei dieser Bestimmung blieb es endlich und als der Termin herangekommen war, fanden die Geladenen sich ziemlich rechtzeitig ein. Die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian, welche die Einladung zum 28. Februar allzuernst genommen und sich frühzeitig auf die Reise begeben hatten, wurden während

---

*) Münchner Staatsarchiv 39/8 Fol. 5. Instruktion des Herzogs Max für seinen nach Prag abzuordnenden Jägermeister. — Der Streit zwischen den Prinzen des österr. und bairischen Hauses über die Präcedenz war ein bereits vieljähriger. Maximilian war erbötig zuzugestehen, daß der Senior des österr. Hauses stets den Vorrang vor dem Senior des bairischen Hauses habe, verlangte aber, daß der letztere die Präcedenz vor den übrigen österr. Prinzen habe, was diese nicht zugestehen wollten. Speziell am Prager Konvent verlangte Max den Vorrang vor dem Erzherzog Ferdinand.

derselben vom Kaiser von der durch Kurmainz veranlaßten Verzögerung benachrichtigt und ihnen geradezu bedeutet, daß ihr früheres Erscheinen als an dem zum Beginn der Verhandlungen festgesetzten Tage nicht erwünscht wäre.*) Beide beherzigten die Weisung und so erfreute sich Rudolf während einiger Wochen der ersehnten Ruhe. Der böhmische Landtag war bereits aufgelöst, er war demnach weder von diesem noch von den unerwünschten Friedenspolitikern belästigt. Desto ungestörter konnte er sich jetzt dem Traume hingeben, daß ihm mit Hilfe der Passauer Rüstungen, die allmälig an Ausdehnung und Vollständigkeit gewannen, und des Fürstenkonventes, den er bald verabscheute bald wieder als Retter in der Noth begrüßte, die Erwerbung der verlorenen Länder gelingen könnte.

Was Mathias betrifft, so erkaltete er mittlerweile in dem Eifer, welchen er früher für die Berufung des Konvents an den Tag gelegt hatte. Er hatte ursprünglich nur eine Versammlung der Erzherzoge im Sinne, bei denen das Interesse des Hauses die richtigste Würdigung finden mußte. Deshalb hatte er in den letzten Monaten des Jahres 1609 angelegentlich gesucht in ein vertrauliches Verhältniß zu Erzherzog Ferdinand zu gelangen. Seit er aber in Erfahrung gebracht, daß der Kaiser die Idee eines Familienkonventes nicht adoptirt habe, sondern auch einige Kurfürsten nach Prag berufen wolle, von denen er sich kein freundliches Entgegenkommen versprach, seit dem scheint er auf den Konvent geringe Hoffnungen gesetzt zu haben. Unzweifelhaft blieb es ihm auch nicht verborgen, daß der Kaiser von demselben die völlige Restitution erwartete. Unter solchen Umständen finden wir begreiflich, wenn Mathias sich mit seinen eigenen Unterthanen auf einen bessern Fuß zu setzen trachtete. Zunächst befriedigte er die Forderungen der Oesterreicher, indem er den Städten gleiche religiöse Freiheit, wie dem Adel bewilligte.**) In einer Audienz, die Mathias darauf den ständischen Ausschüssen ertheilte, sprach der Kanzler in seinem 3. März
Namen die Hoffnung aus, „die Stände würden fortan fremder Herrn 1610
müßig gehen und treu zu Ihrer Majestät halten.“ Tschernembl, der seit Jahr und Tag an der Spitze aller Machinationen gegen Mathias gestanden war, der wahrscheinlich auch den neuesten Verhandlungen Starhembergs mit dem Kaiser nicht fremd war und der erst vor wenig Wochen durch pfälzische Hilfe den Transport von Waffen nach Oesterreich vermittelte, hatte die eiserne Stirn sich gegen des Kanzlers Mahnung zu verwahren. Nie, sagte er, hätten die Stände ihre Gedanken auf etwas anderes gerichtet, als treu zu Seiner Majestät zu halten, gebe es solche unter

*) Archiv von Simancas 2496/37. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag, 6 März 1610.
**) Hurter Bd. VI. S. 216.

ihnen, die an fremde Herren sich hingen, so wolle der König sie nennen. Mathias gab seinem Unwillen, der ihn bei dieser Antwort erfüllt haben mochte, keinen Ausdruck, sondern erwiederte nur: „Damit mag ich Niemand verhaßt machen, nur deswegen habe ich solches euch vorgehalten, damit die Betreffenden sich fortan mäßigen und nicht wider mich handeln." — Mit der so wichtigen Nachgiebigkeit in der religiösen Frage, an die sich manche andere Koncession in politischen Angelegenheiten schloß, besserte sich für den Augenblick das Verhältniß des Königs zu den Oesterreichern und damit auch zu den Ungarn und Mährern. Dasselbe gestaltete sich für ihn noch günstiger, als mittlerweile auch in weiteren Kreisen bekannt geworden war, daß der Kaiser durch den Konvent wieder in den Besitz der verlorenen Länder gelangen wollte. Die in Passau vorwärts schreitenden Rüstungen brachte der Instinkt des Volkes in eine richtige Verbindung mit diesen Bestrebungen Rudolfs und da thatsächlich außer solchen, die sich wie Tschernembl und Starhemberg mit Umsturzplänen trugen, niemand eine Rückkehr der kaiserlichen Herrschaft wollte, so blickte alles auf Mathias als den natürlichen Vertheidiger. Ja selbst in Bezug auf Tschernembl bietet seit dem Monate März 1610 die pfälzische Korrespondenz unzweifelhafte Beweise, daß er unter dem Eindruck des von Passau drohenden Einfalls sich entschieden auf des Königs Seite stellte. So konnte Mathias ruhig der Eröffnung des Konventes entgegensehen und warten, ob er einen Ausgleich mit seinem Bruder herbeiführen werde. Er konnte hoffen, daß die Macht der Thatsachen auf die nach Prag eingeladenen Fürsten einen solchen Eindruck ausüben werde, daß sie ihn selbst gegen Rudolf vertheidigen würden.

II

1610 In den letzten Tagen des Monats April deutete das regere Leben in Prag auf eine außerordentliche Begebenheit; in der That stand eine solche zu erwarten, da der vielbesprochene Konvent seinen Anfang nehmen sollte. Vom Norden, Westen und Süden nahten sich die geladenen Fürsten, jeder mit einem so stattlichen Gefolge, daß man von Seite der kaiserlichen Kammer um eine Beschränkung desselben ersuchen mußte. Mehr als 200 Pferde, so bat man den Kurfürsten von Sachsen, solle er nicht mitbringen, da sich im Gefolge eines jeden der andern Fürsten bereits an 100 Pferde vorfänden. Die zahlreiche Begleitung durfte der Hofkammer mit Recht nicht geringe Sorgen einflößen, da die sämmtlichen Fürsten mit ihrer Dienerschaft als Gäste des Kaisers betrachtet und darnach bewirthet werden sollten. Eine bedenkliche Aufgabe für den kaiserlichen Schatz, der erst vor

kurzem in solcher Ebbe sich befand, daß nicht einmal die Hartschiere und das gewöhnliche Hofgesinde den Gehalt ausgezahlt erhielten, was zu einer kleinen Meuterei in der Burg führte.*) — Den Ankommenden schickte der Kaiser einige Mitglieder seines Hofstaates vor die Thore der Stadt entgegen, um sie bei ihrer Ankunft zu begrüßen. Jeder einzelne wurde darauf ohne Zögern zur Audienz zugelassen, bei welcher der Kaiser eine ungewöhnliche Liebenswürdigkeit entwickelte und dieselbe sogar auf die angesehenern Personen des Gefolges ausdehnte, indem er diesen in dem Vorsaal, bis wohin er jedesmal die einzelnen Fürsten begleitete, die Hand zum Kusse bot. Auf die separaten Audienzen folgte später ein allgemeiner 1. Mai Empfang, bei dem alle Fürsten, die dem Konvent beiwohnen sollten, sich 1610 einfanden. Den Vorrang nahmen hiebei die drei Kurfürsten, von Mainz, Köln und Sachsen, in hergebrachter Weise ein, ihnen folgten die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand und der Graf von Gamelerio als Vertreter des Erzherzogs Albrecht, diesen der Herzog von Braunschweig und der Landgraf von Hessen-Darmstadt. Der Herzog von Braunschweig, der bei dieser Audienz erschien, ohne daß er zum Fürstenkonvent eingeladen worden, war um diese Zeit nach Prag gekommen, um die kaiserliche Hilfe in seinen Streitigkeiten mit der Stadt Braunschweig in Anspruch zu nehmen. Hier erlangte er in der kürzesten Frist derart das Vertrauen des Kaisers, daß ihn dieser zur Theilnahme an dem Konvente einlud, so daß der Herzog seinen Berathungen fortan beiwohnte.

In der Audienz, welche der Kaiser den genannten Fürsten ertheilte und die nur wenige Minuten dauerte, übergab er ihnen eine Proposition, welche den Inhalt ihrer unmittelbaren Berathungen bilden sollte. Entgegen dem Einladungsschreiben, in welchem mehrere Berathungsgegenstände aufgezählt worden waren, wurde die Aufmerksamkeit der Fürsten in der Proposition allein auf den Streit zwischen Rudolf und Mathias hingelenkt und hierin ihr Rath verlangt. Vor zwei Jahren, hieß es in der Schrift, sei gegen den Kaiser ein gewaltsamer Ueberfall aus Ungarn, Oesterreich und Mähren unternommen und ihm dabei Land und Leute abgerungen worden. Die Fürsten möchten nun berathen, wie diesem Unwesen geholfen, des Kaisers Ansehen hergestellt und ihm Genugthuung verschafft werden könnte. So die Proposition, die, wie aus dem mitgetheilten Inhalte ersichtlich ist, sehr allgemein gehalten war und es den Fürsten überließ, Sinn und Absicht zu errathen. So unklar wie die Proposition war jedoch die übrige Haltung des Kaisers nicht. Hatte er schon bei den frühern

*) Münchner Staatsarchiv 39/8, 21. Wensin an Max von Baiern ddo. 11. Januar 1610.

Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Köln zu verstehen gegeben, daß er wieder in den Besitz der verlorenen Länder gelangen wolle, so äußerte er sich jetzt unverholen gegen die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, daß er von Mathias die Rückgabe der entrissenen Länder erwarte. Also Restitution in die verlorene Herrschaft, das und nichts weniger war es, was der Kaiser von den Fürsten hoffte und weshalb er sie nach Prag geladen hatte; alles übrige war für ihn Nebensache.*) Kamen sie seiner Absicht nicht nach, so schwebte seinem Geiste bereits das gewaltsame Auskunftsmittel vor, das er sich mit den Passauer Werbungen bereit halten wollte.

Es verfloßen einige Tage, bevor die Fürsten auf Grund der Proposition ihre Verhandlungen begannen. Mittlerweile besprachen sich die vornehmsten Räthe, welche die Kurfürsten mit sich nach Prag genommen hatten, über die Art und Weise, wie die Berathungen gepflogen werden sollten, ob nämlich die Kurfürsten getrennt von den Erzherzogen sich berathen und mit diesen nur schriftlich verkehren sollten, ob die Räthe neben den Fürsten an den Berathungen theilnehmen sollten, oder nicht. Das Re-
1610 sultat dieser Vorverhandlungen war, daß, als die erste Sitzung am 5. Mai im Hause des ehemaligen böhmischen Obersthofmeisters Popel von Lobkowitz gehalten wurde, sich an derselben sämmtliche Fürsten sammt ihren Räthen betheiligten. Diese gleichmäßige Theilnahme aller schloß natürlich nicht aus, daß zwischen den einzelnen Mitgliedern separate Besprechungen vorkamen, wenn sie sich über den einen oder andern wichtigern Punkt einigen wollten, namentlich tritt unverkennbar unter den Kurfürsten eine vielfache Gemeinschaft der Ansichten hervor, die auf eine vorangegangene Verständigung deutet und die, wie wir aus den Aktenstücken ersehen, häufig genug versucht wurde.

Die erste Berathung bezog sich auf die kaiserliche Proposition. Alle Fürsten waren darin einig, daß sie zum Ausgangspunkt der Verhandlungen angenommen werden müsse, gerieten aber in nicht geringe Verlegenheit, wenn sie sich über das Wie befragten. In der kaiserlichen Propo-

---

*) Die Quellen, aus denen wir unsere Darstellung der Verhandlungen des Fürstenkonventes schöpfen, sind die mannigfachsten. Obenan stehen zwei Diarien, das eine von einem sächsischen Rath verfaßt, befindet sich im Dresdner Archiv, das andere, das einen kurmainzischen Rath zum Verfasser hat, ist im Wiener Staatsarchiv. Wir citiren diese Quellen als Mainzer und sächsisches Diarium. An diese schließen sich andere Akten des Wiener Staatsarchivs, der Archive von Simancas, von München, Dresden, Brüssel und namentlich von Wolfenbüttel. Auch Hammer und Hurter, die beide über den Konvent geschrieben, liefern zu seiner Beurtheilung eine Anzahl Aktenstücke, abgesehen von jenen, die sie in der Erzählung verarbeitet haben.

sition wurde Klage geführt und Abhilfe begehrt, aber mit keinem Worte angedeutet, worin letztere zu bestehen habe. Obwohl alle Mitglieder des Konvents genau wußten, welcher Art Abhilfe der Kaiser begehre, so sprach dennoch keiner seine Meinung offen aus, sondern alle Aeußerungen drehten sich nur um die Art und Weise, wie die weitern Verhandlungen zu führen: ob man, da die Proposition auf König Mathias als den Urheber alles Uebels deute, diesen nicht einladen solle nach Prag zu kommen, ob und wie der Kaiser deshalb um seine Zustimmung zu ersuchen sei, ob man von ihm nicht eine nähere Erklärung der Proposition erbitten solle und dergleichen mehr. Das viele Hin- und Hersprechen am ersten Tage der Berathung, wobei das, was den Anwesenden am Herzen lag, nicht ausgesprochen wurde, war kein gutes Zeichen für eine rasche und gedeihliche Lösung der Aufgabe, um derentwillen nach der allgemeinen Meinung der Konvent vor allem berufen worden. *)

Verzögerten sich gleich im Anfang die Berathungen des Konvents über die Beilegung des Bruderzwistes aus den eben angeführten Gründen, so war dies bald noch mehr der Fall, da mittlerweile ein anderer Gegenstand die Fürsten zu beschäftigen begann, der noch dringender einer raschen Lösung bedurfte, nämlich die Jülicher Angelegenheit. Da die letztere seit dem 6. Mai fast ununterbrochen in einer langen Reihe von Sitzungen 1610
berathen ward und den Streit zwischen Rudolf und Mathias theilweise in den Hintergrund drängte, wollen auch wir zuerst berichten, wie sich die Jülicher Frage, die mit einem europäischen Brande drohte, unter den Einwirkungen des Prager Konvents und unter den veränderten Verhältnissen, wie sie der Tod Heinrichs IV mit sich brachte, gestaltete.

Rudolf hatte in seinem Einladungsschreiben zum Konvent die Jülicher Angelegenheit als einen der Berathungsgegenstände bezeichnet. Es schien ihm aber diese Angelegenheit einer raschen Lösung nicht bedürftig, denn als die Fürsten in Prag versammelt waren, lenkte er ihre Aufmerksamkeit keineswegs zuerst auf dieselbe. Nicht so gleichgiltig verhielten sich die geladenen Fürsten namentlich die Kurfürsten, wenngleich auch sie mit einer unglaublichen Gemüthsruhe nach Jülich blickten, denn sie bildeten sich ein, daß es ihren Rathschlägen gelingen werde, die Succession daselbst auf ganz friedliche Weise zu regeln. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, wie auffallend der Mangel an Vertheidigungsanstalten auf Seite der Habsburger gegen das von Frankreich drohende Gewitter war; gleich auffallend sind die ruhige Haltung und die Rathschläge, die wir in Prag aus dem Munde der Kurfürsten zu hören bekommen. Noch lebte

*) Mainzer und sächsisches Diarium.

Heinrich IV, als der Konvent seinen Anfang nahm und auf diesem das Wort Jülich in allen möglichen Variationen ertönte. Aus keiner derselben ist aber ersichtlich, daß man eine Ahnung hatte, mit welchen Plänen sich Heinrich trug und welch' einen entschiedenen Angriff er im Sinne hatte. War sein Geheimniß so gut bewahrt, seine Rüstungen so geräuschlos betrieben worden oder fehlte allen Gegnern Heinrichs die Ueberlegung, wir wissen es nicht; die auffallende Thatsache steht aber fest, man ahnte nirgends, daß man auf einem Krater sich befinde, dessen Ausbruch unmittelbar bevorstand.

Die erste Veranlassung zur Besprechung der Jülicher Frage am Prager Konvente war eine zufällige und keine absichtlich herbeigeführte. Der Kaiser hatte ein Schreiben, welches der Pfalzgraf von Neuburg in der Jülicher Sache an ihn geschrieben, dem Konvent zugestellt und dessen Gutachten abgefordert. Einige Tage später war ihm ein zweites Schreiben aus Frankreich zugekommen und auch dieses ward den Fürsten auszugsweise mitgetheilt. In diesem letzteren Schreiben, dessen Verfasser nicht genannt wurde, ward nachstehende Lösung der Jülicher Frage empfohlen: An dem Statusquo im Besitze der Jülicher Erbschaft sei nichts zu ändern, bis der Kaiser mit Zustimmung Frankreichs und Spaniens seine Entscheidung getroffen haben würde. In Folge dieser doppelten
1610 Veranlassung beschlossen die Fürsten am 11. Mai sich ernstlich mit Jülich zu beschäftigen und ihre Berathungen auf die strittige Succession auszudehnen. Auf dies erklärte der Kurfürst Christian II von Sachsen, daß er sich an denselben nicht betheiligen werde, weil er selbst mitinteressirt sei und dem Kaiser bereits ein Memorial übergeben habe, welches seinen Standpunkt präcisire. In der That hatte der sächsische Rath Dr. Gerstenberger, den der Kurfürst nach Prag mitgenommen hatte, gleich nach seiner Ankunft mit dem Vicekanzler Strahlendorf sich wegen Jülichs besprochen und im Namen seines Herrn um die Belehnung mit der ganzen Erbschaft ersucht. Er verfocht dabei den Satz, daß die Belehnung Sachsens jede Kriegsgefahr entfernen würde, weil weder Heinrich noch irgend ein deutscher Fürst sich gegen Christian erheben würde, wenn das formale Recht auf seiner Seite stünde. Strahlendorf versicherte, daß er seinerseits das Recht Sachsens für das bestbegründete halte, denn von den brandenburgischen Prätensionen „habe er allezeit behauptet, daß sie kein Fundament hätten". Er vertröstete deshalb Gerstenberger auf eine baldige und günstige Entscheidung von Seite des Kaisers, wenn der Kurfürst eine Deduktion seiner Rechte in einem Memorial übergeben wollte.*) Diesem

*) Sächsisches Diarium.

Verlangen ward genügt und dasselbe befand sich binnen kurzem in den Händen der Geheimräthe.

Die Berathungen nahmen also ohne Sachsen, welches für sich allein mit dem Kaiser unterhandelte, ihren Anfang. Die Kurfürsten von Mainz und Köln, welche nebst dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt die nächsten Nachbarn der bestrittenen Erbschaft waren, leiteten die Verhandlungen ein. Ernst von Köln hatte mittlerweile in Erfahrung gebracht, daß der König von Frankreich Rüstungen anstelle, um sich an dem Streite zu betheiligen; „damit ihm nun kein Anlaß gegeben werde, um sich des Rheinstroms zu impatroniren und nach der römischen Krone zu trachten," solle der Kaiser wirksame Mittel zur allgemeinen Entwaffnung ergreifen.*) Es sei zwar traurig, daß der Kaiser nicht mit den Waffen in der Hand seiner Jurisdiktion Respekt verschaffen könne, man müsse aber aus der Noth eine Tugend machen und auf einen friedlichen Ausgleich sinnen. Mainz schloß sich der Meinung seines kurfürstlichen Kollegen an, bedauerte gleicherweise die wahrscheinliche Wirkungslosigkeit kaiserlicher Mandate und empfahl friedliche Wege. Nachdem auch die übrigen Mitglieder des Konvents ihr Bedauern über die geschmälerte Auktorität des Kaisers ausgesprochen hatten, wurden die Mittel eines friedlichen Ausgleichs in Vorschlag gebracht. Immer und immer geräth man in Erstaunen, wenn man die Haltung der in dieser gewitterschwangeren Zeit Heinrich entgegenstehenden Fürsten betrachtet. Tagelang ward jetzt mit einer Ruhe und Umständlichkeit über sogenannte Ausgleichsmittel berathen, von denen sicherlich keines im Stande war nur eine Muskete außer Gebrauch zu setzen und so methodisch ging man bei der Verhandlung zu Werke, als ob die Ereignisse zu ihrer Weiterentwicklung einer Erlaubniß vom Prager Konferenztische bedurft hätten.

Um den friedlichen Ausgleich zu ermöglichen, sollten allerseits die Waffen niedergelegt und die Rüstungen rückgängig gemacht werden. Die Frage war nun, wie dies zu erreichen, wie der König von Frankreich, über dessen Kriegsbereitschaft täglich neue Nachrichten nach Prag gelangten, zur Ruhe zu bringen sei. Allseitig einigte man sich in der Abschickung einer Gesandtschaft als dem wirksamsten Mittel, dieselbe sollte im Namen des Kaisers und der in Prag tagenden Fürsten sowohl an die possedirenden Fürsten wie an Heinrich abgeordnet werden. Nachdem mehrere Tage hin und her erwogen worden, ob die Gesandtschaft zuerst nach Frankreich oder nach Düsseldorf, wo das Hauptquartier der possedirenden Fürsten war, abgehen, dann ob nicht vorläufig von ihrer Absendung schriftlich Nachricht gegeben werden solle, nachdem eben so lange über die Mitglieder der Gesandtschaft

*) Mainzer Diarium.

debattirt worden, gelangte man zur Besprechung eines zweiten Punktes nämlich der Instruktion, welche den Gesandten zu ertheilen wäre. Am liebsten hätte man nur „per generalia" die Gegner zur Ruhe verwiesen, aber da dies eine geringe Wirkung versprach, so wollte man sich dazu verstehen ihnen gewisse Friedensbedingungen „in specie" aber nur „gradatim" etwa in homöopathischen Dosen anzubieten. Diese Friedensbedingungen bestanden darin, daß der Kaiser sich erbieten sollte den gegenwärtigen Besitzstand in Jülich unter der Bedingung nicht anzutasten, wenn die possedirenden Fürsten und Heinrich ohne Zögern die Waffen niederlegen und seine Jurisdiktion bei der schließlichen Entscheidung nicht in Zweifel ziehen würden. Genügte dies nicht, so wollte man versprechen, daß der Prozeß in ordentlicher Weise beim Reichshofrath anhängig gemacht werden und den Parteien erlaubt sein solle, eines oder das andere seiner Mitglieder nicht aber den ganzen Hofrath abzulehnen. Die Entscheidung, welche etwa noch mit Zuziehung einiger Kurfürsten und Fürsten getroffen werden könnte, sollte nachher noch dem Gutachten einiger Universitäten unterbreitet werden. Das letzte war das äußerste der anzubietenden „Friedensmedia."

Diese Vorschläge waren das Resultat einer 13-tägigen Berathung. Schon der einzige Punkt, daß der Kaiser und der Reichshofrath die letzte Entscheidung in den Händen haben sollten, mußte nach dem, was wir über Heinrichs Absichten wissen, jeden Ausgleich mit diesem Herrscher vereiteln. Auch Brandenburg und Neuburg waren gewiß nicht geneigt ihr Schicksal in die Hände des Kaisers zu legen; die schließliche Berufung auf das Gutachten einer Universität konnte sie keineswegs mit mehr Zutrauen erfüllen, denn sie wußten aus eigener Erfahrung zu gut, wie es mit der Unabhängigkeit eines solchen akademischen Areopags beschaffen sei. Mit Ausnahme der zwei Erzherzoge, aus deren Aeußerungen mitunter eine instinktmäßige Ahnung der wahren Sachlage hervorging, waren die übrigen Mitglieder des Fürstenkonvents überzeugt, daß die angeführten Friedensbedingungen das äußerste seien, was der Kaiser bieten könne und daß sie ihren Zweck erreichen dürften. Während sie in dieser Weise ihre Rathsversammlungen abhielten, kam nach Prag die Nachricht, daß die Truppen des Markgrafen von Brandenburg-Anspach sich gewaltsam in dem Bisthume Würzburg eingelagert hatten. Anstatt in dieser offenbaren Verletzung der Reichskonstitutionen die Wirkung einer engen Allianz zwischen Heinrich IV und der Union zu sehen und den ersten Schritt zur Durchführung großer Pläne zu suchen, bemerkten die Fürsten in Prag mit einer wahrhaft beispiellosen Naivität hierin nur einen einzelnen Uebergriff und glaubten gegen denselben darin eine Abhilfe zu finden, wenn sie den Kaiser zur Anwendung

einer alten verrosteten Waffe zur Publikation der sogenannten Avokatorial-mandate veranlassen würden.

Das Schicksal ersparte den Fürsten ein furchtbares Erwachen, da es Heinrich IV nicht vorbehalten war, seine Absichten durchzuführen. Die Nachricht von seiner Ermordung gelangte nicht mit der Raschheit, die einem so außerordentlichen Ereigniß wohl entsprochen hätte, nach Prag; aus den Konferenzprotokollen sehen wir, daß erst am 25. Mai also eilf Tage später die Fürsten von den Vorgängen in Paris unterrichtet waren.*) Die Wirkung auf die in Prag versammelten Fürsten war eine solche, wie sie zu erwarten stand; der Eifer, den sie bis dahin zur Beilegung der Jülicher Streitigkeiten an den Tag gelegt hatten, wurde merklich kühler, denn sie gaben sich der gewissen Hoffnung hin, daß Frankreich an den deutschen Händeln keinen Antheil nehmen und damit auch die Union zu einer zuwartenden Rolle verurtheilen werde. Die Absendung einer Gesandtschaft nach Paris und Düsseldorf wurde zwar auch jetzt nicht verworfen aber keineswegs beschleunigt, von der Einholung eines Gutachtens bei einer Universität, womit man früher Wunder zu wirken hoffte, wurde wieder abgegangen und sonach dem Kaiser und seinem Reichshofrath allein die Entscheidung über die Jülicher Succession eingeräumt. Noch bevor die Nachricht von Heinrichs Tode angelangt war, hatte der Kurfürst von Sachsen dem Konvent eine Auseinandersetzung seiner Ansprüche vorgelegt und denselben um seine Fürsprache bei dem Kaiser ersucht, damit ihm die Belehnung mit der gesammten Jülicher Succession ertheilt werde. Obwohl eine solche voreilige Belehnung jede Aussicht auf die Erhaltung des Friedens mit Heinrich vernichtet und die Absendung einer Gesandtschaft an ihn ganz zwecklos gemacht hätte, ließen sich die Mitglieder des Konvents doch in eine für Christian höchst günstige Erörterung seiner Ansprüche ein und fanden es ganz billig, daß ihm als gehorsamen Reichsfürsten, vorbehaltlich der später nachzuweisenden Rechte Dritter, die angesuchte Belehnung ertheilt werde. Daß die darauf folgenden Nachrichten aus Frankreich dieser günstigen Gesinnung keinen Abbruch thaten, versteht sich von selbst. Auch die Mitglieder des kaiserlichen Kabinets selbst glaubten einen klugen Schritt zu thun, wenn sie ihrem Herrn die Befriedigung des sächsischen Kurfürsten empfahlen. Zwar durchkreuzte ein solcher

---

*) Aus dem Mainzischen Diarium ist ersichtlich, daß erst in der Sitzung vom 26. Mai des Todes Heinrichs IV erwähnt und dies Ereigniß als einflußreich auf die den Gesandten nach Paris und Düsseldorf mitzugebende Instruktion aufgefaßt wurde. Kam die Nachricht von Heinrichs Ermordung schon um einen oder mehrere Tage früher nach Prag und wir sind geneigt dies anzunehmen, so muß man sich billig darüber verwundern, daß sich der Eindruck über die Wichtigkeit dieses Ereignisses erst so spät in den Fürstenverhandlungen kundgibt.

Schritt definitiv alle Pläne, die Leopold auf die Erwerbung von Jülich gebaut hatte, allein der Kaiser kümmerte sich darum nicht besonders, weil seine Bestrebungen einzig und allein gegen seinen Bruder Mathias gerichtet waren und Leopolds abenteuerlicher Plan zwar seine Zustimmung aber nie seine rechte Billigung erlangt hatte. Auch sah Leopold selbst, der um diese
Ende Juni 1610 Zeit bereits nach Prag zurückgekommen war, die Erwerbung von Jülich für eine verlorene Sache an und war der Befriedigung der sächsischen Ansprüche nicht entgegen. So sah sich Rudolf von allen Seiten gleichmäßig gedrängt, Sachsens Wünschen Gehör zu geben und da er selbst von Christian II Gegendienste erwartete, zeigte er sich erbötig die ersehnte Belehnung zu ertheilen.

1610 Nach mancherlei Vorbereitungen wurde hiezu der 7. Juli ausersehen. Am frühen Morgen fanden sich in der kaiserlichen Burg Schweikhart von Mainz, die Erzherzoge Maximilian und Leopold und der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt in dem zur Vornahme der Ceremonie bezeichneten Saale ein. Alles, was Prag an hervorragenden Personen beherbergte, erschien ebenfalls zur bestimmten Zeit. Ernst von Köln, Ferdinand und der Herzog von Braunschweig, die nicht zugegen waren, befanden sich um diese Zeit wegen der Verhandlungen mit Mathias in Wien. Nachdem auch der Kaiser erschienen war und Platz genommen hatte, trat der Landgraf Ludwig vor und bat den Kaiser, er möge dem Herzog Christian II von Sachsen und seinem ganzen Hause, wie er dies zugesagt, die Belehnung mit der gesammten Jülicher Erbschaft ertheilen. Der Kurfürst von Mainz ergriff das Wort für den Kaiser und gab die Erlaubniß, daß der Herzog von Sachsen eintrete und die Belehnung empfange. Christian näherte sich darauf dem Kaiser mit dreifacher Kniebeugung, wiederholte die Bitte, die eben der Landgraf von Hessen-Darmstadt in seinem Namen gestellt hatte, leistete darauf den vorgeschriebenen Lehenseid, den der Kurfürst von Mainz vorlas, und ward für sich und das ganze sächsische Haus unter den üblichen Förmlichkeiten vom Kaiser mit der gesammten Jülicher Erbschaft belehnt, wofür zum Schlusse der Landgraf von Hessen-Darmstadt den Dank abstattete.*) In den bessern Tagen des deutschen Kaiserreichs hat diese Ceremonie nicht immer hingereicht, dem Belehnten unumstößliche Rechte auf seinen Besitz zu ertheilen, um wie viel weniger jetzt, wo andere Titel über Besitz und Herrschaft in Deutschland entschieden, als eine vom Kaiser ertheilte Belehnung.

Lange sollten sich die Mitglieder des Prager Konvents nicht in der Täuschung wiegen, daß die mit ihrer Zustimmung vorgenommene Belehnung mehr als eine eitle Ceremonie gewesen. Die Pläne, welche Hein-

---

*) Sächsisches Diarium.

rich gefaßt hatte, war seine Wittwe zwar nicht im Stande zu realisiren, aber soweit nahm sie dieselben doch auf, daß sie den Markgrafen von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg im Besitz der Jülicher Erbschaft zu schützen entschlossen war. Mochte die Belehnung Sachsens noch so sehr im deutschen Rechte begründet sein, sie war nichts als eine Fastnachtskomödie, wenn sie nicht mit den entsprechenden Mitteln aufrecht erhalten werden konnte. Trotz beabsichtigter Gesandtschaften, wohlberathener Instruktionen und zuletzt ertheilter Belehnung sollten die Kurfürsten die Erfahrung machen, daß die von ihnen befürworteten Mittel nicht zum Ziele geführt hatten. Frankreich und die Union traten endlich handelnd auf.

Nachdem zwischen der Union, Frankreich, England und Holland die
früher erzählten Verabredungen getroffen worden, sollte Ende Mai das 1610
Kriegsvolk aller Verbündeten bei Jülich am Niederrhein zusammentreffen. Die Union, mit Recht siegessicher, zögerte nicht mit den Feindseligkeiten zu beginnen. Wir haben erzählt, daß der Markgraf von Anspach sein Kriegsvolk im Würzburgischen lagern ließ, bald sich nicht mehr damit begnügend, belegte er auch das Bisthum Bamberg mit Einquartierung. An die Ausschreitungen auf dieser östlichen Seite schloß sich ähnliches im Bisthum Straßburg, welches dem Erzherzog Leopold gehörte, an. Man konnte diesem Vorgehen mit Recht den Sinn unterlegen, daß es der Union um die Schwächung ihrer Gegner zu thun sei, auf deren Kosten sie ihre Truppen leben ließ. Die Einquartierung in Bamberg wurde übrigens so aufgefaßt, daß dies der erste Schritt sei, um sich Donauwörth zu nähern und diese Stadt zu befreien. Alle diese Truppenbewegungen waren theils vor sich gegangen, theils im Begriffe ausgeführt zu werden, als die Nachricht von Heinrichs Ermordung sich in Deutschland verbreitete. So sehr dadurch die französische Hilfe in Frage gestellt war, so verloren doch weder die Union noch Brandenburg und Neuburg einen Augenblick den Muth zu weiterem Vorgehen. Mochten des Königs Pläne mit seinem Tode begraben sein, ihr Ziel, die vollständige Occupation der Jülicher Erbschaft, wollten sie um keinen Preis aufgeben. Stark durch sich selbst konnten sie es wagen mit eigenen Kräften den etwaigen Kampf zu bestehen.

Ohne also von ihrer kriegerischen Stellung abzulassen und einen Augenblick ihre Absicht auf die Eroberung von Jülich zu verläugnen, trat doch ein gewisser Stillstand in ihren Operationen ein, weil sie durch ihre diplomatischen Agenten sich versichern mußten, ob ihre Stellung zu ihren Verbündeten nicht eine Aenderung erlitten habe. Von England und den Generalstaaten liefen die besten Versicherungen ein, namentlich zeigten sich die letztern besonders freundschaftlich gesinnt; ihre Gesandten in Frankreich

und England vertraten die Sache der deutschen Fürsten nicht anders, als wäre es ihre eigene, insbesondere zeichnete sich in dieser Beziehung Van Aerssens, Olden Barneveldts bekannter Schwiegersohn, in Paris aus. Die Nachrichten aus Frankreich lauteten nicht so günstig. Nicht nur hatte der Tod des Königs die Kraft des Reiches gelähmt, weil die durch sein Ansehen niedergehaltenen Faktionen plötzlich wieder auflebten und sich gegenseitig bekämpften, bei der Königin-Regentin selbst, Marie von Medici, machten sich Rücksichten geltend, die schwer in die Wagschale fielen. Heinrich IV konnte ungescheut in Verbindung mit den Protestanten treten, in Rom ward dies als ein Gebot der „Staatsraison" betrachtet und der König deshalb nicht weiter zur Rede gestellt. *) Die natürliche Tendenz der päpstlichen Politik, die Verbindung zwischen Katholiken und Protestanten zu lösen, machte sich jetzt mit doppelter Wucht geltend, die einschüchternde Wirkung, welche Heinrich auf Paul V ausgeübt, hatte ihr Ende erreicht und der Nuncius in Paris sprach und agitirte mit der größten Ausdauer gegen die Verbindung Frankreichs mit den deutschen Protestanten. Das katholische Bewußtsein in den Herzen der Rom zugekehrten Staatsmänner, welches unter der gewaltigen Persönlichkeit des verstorbenen Königs verstummt war, lebte mit aller Heftigkeit wieder auf und Männer wie Villeroy, die allen Plänen Heinrichs eifrig gedient hatten, machten jetzt mit einemmale die Religion zur Richtschnur ihrer Handlungsweise oder gaben sich wenigstens den Schein davon. Um Marie von Medici vollends schwankend zu machen, gesellte sich zu den Vorstellungen aus Rom, zu den Rathschlägen ihrer eigenen Räthe noch der Prinz von Condé, der eben aus der Verbannung zurückgekehrt war. Es ist bekannt, daß er sich mit seiner Frau in das Exil flüchten mußte, um seine häusliche Ehre durch Heinrichs Nachstellungen nicht beflecken zu lassen. Er hatte sich des ausgezeichneten Schutzes Spaniens in der Fremde zu erfreuen gehabt und damit auch die spanischen Interessen, wenigstens im Augenblick seiner Rückkehr, zu den seinigen gemacht. Da er der erste Prinz von Geblüt neben der minorennen Nachkommenschaft des Königs war, konnte die Regentin sein gewichtiges Wort im Rathe nicht überhören.

Anhalt, die Seele der Union, überblickte die Sachlage mit der ihm eigenen Schärfe und machte sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten, mit denen die Einhaltung des Haller Vertrags von Frankreich bedroht war. Noch war aber nichts verloren. Die Streitkräfte, mit denen Heinrich der Union zu Hilfe eilen wollte, waren zum Theil auf dem Marsche begriffen, es handelte sich also darum, rasch durch eine Botschaft nach Paris

*) Archiv von Simancas. Castro's Korrespondenz vom J. 1610.

die etwaigen Hindernisse zu überwinden, die sich ihrem Vorrücken entgegenstellen konnten. Einmal am Kampfe betheiligt war nicht zu fürchten, daß Frankreich sich von demselben zurückziehen würde.

Diese Botschaft war nothwendig, denn die ersten diplomatischen Lebensäußerungen der neuen französischen Regierung lauteten für die Protestanten nicht sehr ermuthigend. Wenn Marie von Medici nicht von ihrem Gatten über seine weitgehenden Pläne belehrt worden war, so erhielt sie gewiß nach seinem Tode die nöthigen Mittheilungen durch seine vertrauten Räthe. Sie war keinen Augenblick im Zweifel, daß sie sich der Aufgabe, die ihr Gatte über sich genommen hatte, nicht unterziehen könne. Den Schutz, den derselbe den possedirenden Fürsten verheißen hatte, wollte sie ihnen zwar nicht entziehen und in soweit an den von ihrem Gemahl eingegangenen Verpflichtungen festhalten, aber nur so lange, als kein annehmbarer Friede zu erreichen war. Alles kam darauf an, was man in Frankreich unter einem annehmbaren Frieden verstand. Boissise, der in Düsseldorf weilte, bekam von der Königin die Weisung, die Union aufzufordern dem Jülicher Streit durch einen Ausgleich ein Ende zu machen, denn sie werde bald genöthigt sein, einen Theil der Truppen wegen der Kostspieligkeit ihrer Unterhaltung zu entlassen. In gleichem Sinne schrieb auch Villeroy an Boissise, auch er mahnte zum Frieden, denn „unsere Flügel sind jetzt verbrannt und wir können weder fliegen noch ausführen, was wir uns vorgenommen.“ *) Bald wurden neue Anzeichen sichtbar, die es überhaupt zweifelhaft machten, ob Frankreich auch nur die vertragsmäßige Hilfe leisten und sich nicht ganz von der Betheiligung am Kampfe zurückziehen werde. An die Stelle des Herzogs von Bouillon, der ursprünglich für das Kommando des französischen Hilfsheeres bestimmt war und von dem bei seiner innigen Verbindung mit den deutschen Protestanten ein wirksames Auftreten erwartet werden konnte, wurde der Marschall de la Chastre zum Kommandanten ernannt, ein entschiedener Katholik, dem dieser Posten mehr zur Verzögerung protestantischer Erfolge als zu ihrer Unterstützung anvertraut schien. Die Anhänger Spaniens jubelten laut in Paris und versicherten jedem, der es hören wollte, daß es mit der Unterstützung der Union nichts sei und daß Frankreich sich bei dem Kampfe neutral verhalten werde.**)

---

*) Kais. Bibl. in Paris. Collection Dupuy 765. Marie von Medici an Boissise ddo. 20. Mai 1610. — Ebendaselbst Villeroy an Boissise ddo. 19. Mai 1610. — Ebendaselbst Boissise an Marie von Medici ddo. Düsseldorf, 4. Juni 1610.

**) Münchner Staatsarchiv 117/2, 98. Relation des Unionsgesandten ddo. 5/15. Juni 1610.

Unter diesen für die Union sich verdüsternden Aussichten wurde im Namen des Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Würtemberg der Pfalzgraf Johann von Zweibrücken nach Paris geschickt. Er erhielt den Auftrag von der Königin, zufolge des Schwäbisch-Haller Bündnisses, entweder das stipulirte Hilfsheer oder eine entsprechende Geldunterstützung zu verlangen.*) In seinem Gefolge befand sich der pfälzische Sekretär Karl Paul, der bis dahin in diplomatischen Missionen vielfach mit Erfolg verwendet worden war. Beide suchten nach ihrer Ankunft durch private Verhandlungen mit den hervorragendsten Staatsmännern diese für die Sache der Union günstig zu stimmen und namentlich unterzog sich Paul diesem Geschäfte bei Villeroy. Er machte bald die unliebsame Erfahrung, daß Frankreich unter dem Scheine, als ob es seiner Vertragsverpflichtung nachkommen wolle, doch thatsächlich sich derselben zu entziehen gedenke, wenigstens war dies die Absicht Villeroy's. Derselbe erklärte wiederholt, die Union müsse zum Frieden die Hand bieten und betrachtete es als eine annehmbare Friedensbasis, wenn Brandenburg und Neuburg im Besitz der occupirten Gebiete belassen, Jülich aber von dem Kaiser, bis zur künftigen Entscheidung des Streites durch den Reichstag, den Händen eines neutralen Fürsten überantwortet würde. Schon war die Nachricht nach Paris gelangt, daß der Kaiser den Kurfürsten von Sachsen mit Jülich belehnt habe. Villeroy sah darin einen entscheidenden Schritt zur Verstärkung der kaiserlichen Partei, die im Bunde mit Spanien und Belgien den Protestanten die Jülicher Erbschaft nicht so leichten Kaufes preisgeben werde. Auf Frankreichs Hilfe sei kein Verlaß, die Königin könne sich alle Tage zur Zurückberufung des Hilfsheeres gezwungen sehen, um sich desselben in den eigenen Nöthen zu bedienen. So wenig tröstlich solche Reden im Munde des französischen Staatssekretärs lauteten, so ließ sich Paul nicht von einer Antwort abhalten, die kühn klang und ihre Wirkung nicht verfehlen konnte, weil sie eine genaue Sachkenntniß verriet. Die Union, meinte Paul, sei entschlossen auch ohne Frankreich vorzugehen. Was von der Möglichkeit behauptet werde, daß der Kaiser durch Sachsens Belehnung seine Lage verbessert habe und ein drohender Gegner werden könne, so beruhe diese Ansicht auf gänzlicher Verkennung der Verhältnisse. Der Kaiser könne gar nichts thun; in einem Kampfe würden sich seine Unterthanen an die Seite der Union stellen und ihn vollends preisgeben. Was Philipp III und Erzherzog Albrecht anlange, so habe man sich vor diesen ebensowenig zu fürchten; wären sie im Stande etwas zu thun, so würden sie nicht

*) Münchner Staatsarchiv 547/12, 71. Instruktion für den Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken ddo. 29. Mai/8. Juni 1610.

eben erst einen schimpflichen Frieden mit den Niederlanden abgeschlossen haben. Paul drang deshalb darauf, daß Frankreich zur Eroberung der Festung Jülich behilflich sei, dann erst könne von einem Frieden die Rede sein. In der That hatte er Recht, ließ sich die Union jetzt die Gelegenheit zur Eroberung der Festung entschlüpfen und begnügte sie sich mit dem, was Brandenburg und Neuburg besaßen, so legte sie eine unglaubliche Muthlosigkeit an den Tag, sie entwaffnete vor einem Gegner, dessen einzige Vertheidigung in ohnmächtigen Reden und Schriften lag.

In Folge des Erscheinens der Unionsgesandten wurde im Louvre ein Staatsrath gehalten, an dem sich außer der Regentin der Prinz von 18. Jul. 1610
Condé, der Graf von Soissons, die Herzoge von Bouillon, Sully und Epernon und der Staatssekretär Villeroy betheiligten. Condé ergriff gleich anfangs das Wort und sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstützung der Protestanten aus. Bouillon und Sully widersprachen und hatten für sich die Königin, die es mit der französischen Ehre nicht verträglich fand, wenn ein Vertrag gebrochen werde. Der Marsch des Hilfsheeres von 8000 Mann zu Fuß und 2000 zu Roß sollte nicht weiter aufgehalten werden, aber dieser nicht, wie Heinrich gewollt, durch Belgien, sondern durch Lothringen längs der Mosel gegen den Rhein gerichtet werden. *) Villeroy trat dagegen mit dem Vorschlag einer Sequestration Jülichs durch einen neutralen Fürsten auf und suchte dessen Annahme dem Staatsrath zu empfehlen. Allein so wie Paul ihn außerhalb desselben bekämpft hatte, so bekämpfte ihn hier der Herzog von Bouillon nicht bloß gegen Villeroy sondern auch gegen Condé, Soissons und Epernon, die sich auf des letztern Seite gestellt hatten. Bouillon machte darauf aufmerksam, daß man sich mit einem unmöglichen Vermittlungsvorschlag quäle, weil die Fürsten der Union durch ihre sonstigen Verbindungen stark genug seien, sich Jülichs zu bemächtigen und ihren Vorsatz um keinen Preis aufgeben würden. Es bleibt indessen fraglich, ob Bouillons Auseinandersetzung den Sieg in einer Versammlung davon getragen hätte, die nicht zu Gunsten der protestantischen Fürsten gestimmt war, wenn nicht ein anderer Grund ihm hilfreich zur Seite gestanden wäre. Villeroy's Antrag, obwohl zum Vortheile des Kaisers berechnet, war von letzterem selbst stillschweigend zurückgewiesen worden. Schon hatte nämlich das französische Kabinet direkt dem Kaiser die Uebergabe Jülichs in neutrale Hände vorgeschlagen. Statt

*) Münchner Staatsarchiv 547/21, 111. Pfalzgraf Johann von Zweibrücken an Kurpfalz ddo. 9/19. Juli 1610. — Ebendaselbst Fol. 11. Gueretins, eines Unionsagenten, Bericht ddo. 5. Juni 1610. — Ebendaselbst Fol. 11. Karl Pauls Bericht ddo. 9/19. Juli. — Ebendaselbst Fol. 112. Karl Paul an den Kanzler Christoph von der Grün ddo. 12/22. Juli 1610.

schnell nach diesem Vorschlag zu greifen, hatte der Kaiser in unnützen Erwägungen eine kostbare Zeit verstreichen lassen. Der Staatsrath mußte sich selbst zugestehen, daß ihm kein anderer Weg übrig bleibe, als entweder den Protestanten zu helfen oder neutral zu bleiben, weil der Kaiser keine Vorliebe für eine französische Vermittlung an den Tag legte. So drang Bouillons Meinung durch und de la Chastre erhielt den Befehl den Weg nach Jülich einzuschlagen. *)

Die Anstalten, welche der Fürst von Anhalt als Kommandant der deutschen Streitkräfte traf, um die Belagerung von Jülich in Angriff zu nehmen, die bald sicher gestellte Thatsache, daß Frankreich trotz alles Zögerns seiner Verpflichtung nachkomme und de la Chastre an der Belagerung sich betheiligen würde, zeigte endlich dem Prager Konvente, daß die Jülicher Frage eine andere Lösung nehmen werde, als man daselbst in den lahmen Berathungen vermuthet. Solche handgreifliche Thatsachen mußten kommen, um den tonangebenden Kurfürsten begreiflich zu machen, was Reden ohne Handeln bedeute und ihre verblendete Meinung über die Wirksamkeit ihrer Vorschläge herabzustimmen. Denn als der Kaiser ihnen die Nachricht mittheilte, daß Frankreich bereit sei, sich in Friedensverhandlungen einzulassen, wenn Jülich einem neutralen Fürsten überantwortet würde, verwarfen sie allesammt das Auskunftsmittel als präjudicirlich der Würde des deutschen Reiches. Da Erzherzog Leopold die Fürsten darüber belehrte, daß Jülich nicht lange im Stande sein werde, sich gegen die Gegner zu halten, die von allen Seiten ihre Truppen zusammenzögen, glaubten die Fürsten in unglaublicher Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse am Prager Hofe dem Kaiser ernste Maßregeln, Rüstungen, (!) vorschlagen zu müssen. Rudolf, der sich selbst vor zwei Jahren nicht zu vertheidigen gewußt, sollte gegen die ungehorsamen Reichsfürsten eine Exekution anordnen und die nöthigen Mittel einer freiwilligen Steuer entnehmen, die sie sich selbst auflegen wollten. Vierzig Römermonate waren sie in ihrem Opfermuth erbötig zu erlegen, 15 zur Vertheidigung Jülichs, 25 zu weitern Kriegsoperationen, aber nicht gleich zahlbar, sondern ein Viertel zu Michaeli, die übrigen je 10 Monate später. Vielleicht war ihnen ein Mittel bekannt, den Marsch der Feinde gegen Jülich aufzuhalten, bis das Heer, welches sie bekämpfen sollte, nach der Einzahlung der ersten Quote ausgerüstet werden konnte. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß von dieser ganzen projektirten Steuer nicht

---

*) Relation des Herzogs von Zweibrücken über seine Gesandtschaft nach Paris. Münchner Staatsarchiv 547/12, 131. — Ebendaselbst 547/12, 115 Karl Paul an den kurpfälzischen Sekretär Dathenius. ddo. 21/31. Juli 1610. — Mainzer Diarium.

ein Heller eingezahlt wurde. Zu Kommandanten des Exekutionsheeres sollten der Kurfürst von Sachsen und der Herzog von Baiern ernannt werden. Als der erstere sich für diese Ehre bedankte, obwohl er wegen der erlangten Belehnung doch die gewichtigsten Gründe hatte thätig einzugreifen, wurde der Landgraf von Hessen-Darmstadt für diesen Posten ausersehen. *) Man fühlt sich immer wieder versucht, die Berathungen des Konvents für ein Possenspiel zu halten, denn so kindische Beschlußfassungen bei absoluter Unwillfährigkeit etwas zu thun, sollte man fürwahr in einer Versammlung ernster und erfahrener Leute nicht suchen.

Was den Herzog von Baiern betrifft, so waren es nicht allein die Konventsmitglieder, die ihn zu jenem heiklichen Amte eines Exekutors befördern wollten, sondern auch der Kaiser selbst. Noch bevor dieser Gegenstand von den in Prag anwesenden Fürsten verhandelt wurde, hatte der Kaiser sich entschlossen, Maximilian der Union entgegenzustellen. Er hatte deshalb den Grafen Johann Georg von Zollern nach München geschickt und durch diesen dem Herzog die Durchführung der Exekution gegen die Union angetragen. Zum erstenmale trat der letztere aus seiner Reserve heraus und wies den Vorschlag, wie er es sonst mit allen andern von Prag ausgehenden zu thun pflegte, nicht einfach zurück. Die Bedrückung, welche sich die Union gegen die Stifter Würzburg, Bamberg und Straßburg erlaubte und mit denen sie konsequenterweise andere bedrohte, war ein Angriff gegen die deutschen Katholiken, den das bisherige Verhalten der letztern in der Jülicher Angelegenheit nicht rechtfertigte und der die Liga zur Ergreifung einer thätigen Rolle hindrängen mußte. Jetzt gab es kein partikuläres Interesse die Habsburger zu schützen, sondern den eigenen Herd zu vertheidigen. Wenn aber Maximilian nicht bloß als Haupt der Liga in gerechter Vertheidigung ihrer Mitglieder die Waffen ergreifen, sondern über dies hinaus als Exekutor des Kaisers zur Offensive gegen die Angreifer von Jülich übergehen sollte, so wollte er wissen, auf wen er sich verlassen könne und er verlangte deshalb von dem Kaiser, daß dieser die Mitglieder des Prager Konvents zur Theilnahme am Kampfe auffordere. In den Beschlüssen desselben, die wir eben mitgetheilt, in den bloß in Aussicht gestellten Zahlungen sah aber Max keine Garantie des Erfolges; aus seiner darauffolgenden Theilnahmlosigkeit ersehen wir, daß er die Uebernahme der Exekution wieder ablehnte und bei diesem Entschlusse auch gegenüber dem Prager Konvente verharrte. **)

---

*) Mainzer Diarium.

**) Archives du Minist. des aff. étrang. de France. Bavière 1/1. Joh. Georg. Graf von Zollern an Rudolf ddo. 5. Juli 1610.

Es versteht sich von selbst, daß auch die weitern Berathungen des Prager Konvents das Schicksal Jülichs nicht änderten. Immer und immer wieder ward die Frage verhandelt, ob man die längst beschlossene Gesandtschaft an Frankreich abgehen lassen solle oder nicht, ohne Unterlaß wurde an der dieser zu ertheilenden Instruktion korrigirt und doch kam man mit nichts zu Ende. Daneben wurde ernstlich berathen, ob der Kurfürst von Sachsen bereits Titel und Wappen eines Herzogs von Jülich annehmen solle und unter welchen Modalitäten. Kurköln brachte auf die Bahn, daß seiner Zeit von der Jülicher Erbschaft einige Dörfer abzutrennen seien, weil sie einst widerrechtlich dem Kurstifte entrissen worden waren. Alle Tage wurde von den Rebellen gegen das kaiserliche Ansehen und wie sie zum Gehorsam zu bringen seien gesprochen, zuletzt auch erwogen, ob die Festung Jülich nicht alsogleich an Sachsen abgetreten werden solle. Endlich wollte man Brandenburg und Neuburg den Antrag machen, sie für momentanei possessores der von ihnen occupirten Gebiete und nicht für Rebellen zu halten, wofern sie die Jurisdiktion des Kaisers anerkennen wollten. Solche Vorschläge, die alle hier aufzuzählen ebenso ermüdend wäre wie die deshalb geführten Debatten langweilig, machten den Inhalt der Prager Berathungen aus, nirgends tritt die leiseste Absicht eines ernsten Widerstandes auf.*) Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, wenn der Marsch der feindlichen Heere nicht aufgehalten, sondern die Belagerung Jülichs ernstlich in Angriff genommen wurde. Während noch die Fürsten in Prag über die Aufrechthaltung der Reputation des Kaisers und des Reichs berieten,
12.Sep fiel Jülich in die Hände der Union.
1610 Kurz bevor dies Ereigniß, das im Stande war eine faktische Lösung des Jülicher Streites herbeizuführen, eingetreten war, versammelte sich in München die Liga zu einem Bundestage. Maximilian, der in Folge der Sendung Zollerns einige Augenblicke geneigt war, offensiv mit Hilfe des Kaisers und des Prager Fürstenkonvents gegen die Union aufzutreten, hatte diesen Gedanken vollständig wieder aufgegeben und seine Thätigkeit auf die alleinige Förderung der Liga und ihrer Zwecke beschränkt. Aber die Bedrückungen, die einzelne ihrer Mitglieder erfahren hatten, erheischten die Ergreifung einer kräftigen Defensive um so mehr, als man nicht wissen konnte, ob die Ausschreitungen der Union nicht die ersten Anzeichen eines kombinirten Angriffs gegen die Katholiken seien. Er legte deshalb der Versammlung die Frage vor, ob sie zum Schutz der Liga zu den Waffen greifen wolle, was allgemein bejaht wurde. Es wurde demgemäß die Auf-
4.Sept. 1610 stellung eines Heeres von 15000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern be-

*) Mainzer Diarium.

schlossen und zugleich das Bündniß mit Spanien ratificirt.*) Es bedurfte jedoch nicht, daß diese Beschlüsse auch wirklich ins Leben traten. Die Absichten der Union waren in der That keine andern als die Erwerbung der Festung Jülich für die possedirenden Fürsten; den Bedrückungen, die sie sich gegen katholische Stifter bei Durchmärschen und Einlagerungen erlaubte, wollte sie keine weitere Konsequenz geben. Der Ernst, mit dem die Liga in München an ihre Selbstvertheidigung ging, mahnte die Union, daß es für sie an der Zeit sei zu beweisen, daß sie nichts anderes als Jülich wolle. Sie schickte deshalb eine Gesandtschaft nach München, an deren Spitze sich der Graf Johann von Nassau befand, der zwischen ihr und der Liga Frieden vermitteln sollte. Da Maximilian wegen Jülichs sich in keinen Streit einlassen und die Bedrückung der Stifter nur für die Zukunft verhüten wollte, die Union dagegen, da sie ihr Ziel erreicht, die Waffen ruhen lassen wollte, so einigten sich beide Parteien am 24. 1610
Oktober über einer Friedensbasis, in welcher die Union jedem weitern Angriff feierlich entsagte und beide Parteien bis zum 15. November die Entlassung des geworbenen Kriegsvolks versprachen. So ward im innern von Deutschland die Ruhe wieder hergestellt.**) Zuträglich für die raschere Sept.
Herbeiführung des Friedens mag wohl auch der Tod des Kurfürsten von 1610
der Pfalz, Friedrichs IV, der in diese Zeit fiel, gewesen sein, da die vormundschaftliche Regierung, welche in der Kurpfalz jetzt errichtet wurde, in der auswärtigen Politik füglich eine zuwartende Stellung einnehmen mußte.

III

Wir haben gesehen, welche Lösung die Jülicher Angelegenheit in Folge des redseligen aber nicht thatendurstigen Auftretens des Prager Konvents gefunden hatte. Gewiß das Resultat so vieler Berathungen und Vorschläge konnte nicht armseliger und beschämender sein, als es in der That war. Brandenburg und Neuburg erreichten unterstützt von der Union ohne Hinderniß ihr Ziel fast so, als ob das ganze Reich auf ihrer Seite gestanden wäre, und nicht als ob der Kaiser mit drei der angesehensten Kurfürsten in den Reihen ihrer Gegner gewesen wären. Dies traurige Resultat der Prager Berathungen blieb nicht vereinzelt, ein gleiches Los traf alles, was daselbst verhandelt wurde. Wir haben nun über die eigentliche Aufgabe des Konvents, um derentwillen er berufen war, über den Ausgleich zwischen Rudolf und Mathias zu berichten.

---

*) Münchner Reichsarchiv 45/1, 1. Bundesabschied der Liga ddo. 4 Sept. 1610.

**) Archiv von Simancas 2496/51. — Wolf: Maximilian Bd. II S. 361 und flg.

Es ist erzählt worden, daß der Kaiser die Berathungen des Fürstenkonventes damit eröffnete, daß er in einer Proposition für den im Jahre 1608 ihm durch einen feindlichen Einfall angethanen Schimpf und Schaden Genugthuung verlangte. Welcher Art dieselbe sein sollte, hatte er in einzelnen Unterredungen offen angedeutet, er verlangte nichts mehr und nichts weniger, als daß Mathias die gewonnenen Länder wieder zurückgebe und auf die ihm von den Böhmen ertheilte Anwartschaft auf die böhmische Krone resignire; *) mit einem Worte Mathias sollte auf alle durch seinen Kriegszug erlangten Vortheile Verzicht leisten. In der Proposition hatte Rudolf nichts von alledem erwähnt, sondern nur im allgemeinen Genugthuung verlangt und es so den Fürsten überlassen, seinen Wünschen Ausdruck zu geben und damit auch die Verantwortung für die etwaigen Verwicklungen zu übernehmen.

Zeigten schon die Verhandlungen über Jülich, daß es im Konvente zum guten Theil an staatsmännischer Einsicht und an der zur Ergreifung einer Initiative nöthigen Charakterstärke gebrach, so trat dies jetzt um so greller hervor. Die Kurfürsten, die auch diesmal die eigentlichen Leiter der Unterhandlungen waren, begriffen nicht, daß freundliche Nachgiebigkeit und unsicheres Auftreten in Prag nicht am Platze sei und sie dadurch nicht an das Ziel ihrer Wünsche, einen dauernden Frieden in Oesterreich herzustellen, gelangen würden. Die Klagen des Kaisers machten auf die Kurfürsten von Mainz und Sachsen und zuletzt auch auf den von Köln einen solchen Eindruck, daß sie sich entschlossen, dessen Forderungen zu unterstützen; das unzweifelhafte Wohlwollen, welches sie alle für das Haus Oesterreich beseelte, machte sie blind, statt sie zu erleuchten. Konnte sich ein vernünftiger Mensch einbilden, daß sich die Herrschaft über Länder und Völker wie ein Kleidungsstück in Folge bloßer Erwägungen und freundlicher Rathschläge wechseln lasse, konnte Jemand glauben, daß Ungarn und Mähren, um von dem durch Tschernembls und Anhalts Intriguen geleiteten Oesterreich zu schweigen, je wieder die Herrschaft des Kaisers, deren Früchte sie so bitter empfunden, würden dulden wollen, selbst wenn Mathias seine Zustimmung dazu gegeben hätte? Und doch traten die Kurfürsten so auf, als ob der Wechsel der Herrschaft etwas leicht durchführbares sei. Das Verlangen nach der Restitution mag bei dem geisteskranken Kaiser als ein wahnsinniger Einfall entschuldigt werden, den Kurfürsten gereicht es nimmer zur Ehre, daß sie in Folge der allgemein gehaltenen Proposition des Kaisers nicht gleich einen Standpunkt eingenommen haben, der von vernünftiger Auffassung der Sachlage zeigte. Und was soll man erst zu

---

*) Simancas 2496/10. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. Mai 1610.

der letzten Forderung des Kaisers, Mathias solle auf die böhmische Nachfolge resigniren, sagen? Durch eine etwaige Verzichtleistung auf die Herrschaft in Ungarn, Mähren und Oesterreich begab sich Mathias wenigstens nicht des Nachfolgerechts und präjudizirte weder seinen Rechten noch denen seines Hauses, durch die Verzichtleistung auf die ihm zustehende Nachfolge in Böhmen begab er sich aber daselbst der begründetsten Ansprüche und versetzte damit dem Erbrechte seines Hauses den Todesstoß. Indem der Kaiser seinem Bruder nicht bloß die gegenwärtige Herrschaft sondern auch die Anwartschaft auf die künftige entziehen wollte, gab er dadurch nur seinem Hasse Ausdruck und lieferte den schlagendsten Beweis, daß er tausendmal lieber den Ruin der Monarchie sehe, ehe er die Einbildung fahren lassen wollte, daß er sie mit seiner gebrechlichen Hand leite.

Da die in Prag versammelten Fürsten über die Wünsche des Kaisers im klaren waren, so war von seiner Seite die allgemein gehaltene Proposition darauf berechnet, ihnen Gelegenheit zu geben, diese Wünsche als die ihrigen kundzugeben. Sie selbst sollten die „Media", wie es seitdem ohne Unterlaß wiederholt wurde, angeben, durch welche dem Kaiser für den erlittenen Schimpf Genüge geschehen sollte. Allein so wenig der letztere mit seinen eigenen Absichten vor der Welt offen auftreten wollte, so wenig wollten die Kurfürsten, trotz ihrer Hinneigung auf des Kaisers Seite, die Initiative mit einem weitgehenden Vorschlag ergreifen. Wie Rudolf die Last der Verantwortlichkeit von seinen eigenen Schultern abwälzen wollte, so die Kurfürsten von den ihrigen. In den Sitzungen des Konvents wiederholte einer über den andern, daß er von den Vorgängen des Jahres 1608 keine rechte Kenntniß habe und folglich nicht wisse, in wie weit Gewalt gegen den Kaiser geübt worden und welche Genugthuung ihm deshalb zu leisten sei. Alle drei Kurfürsten erklärten wie aus einem Munde, daß den beiden Erzherzogen Maximilian und Ferdinand der wahre Sachverhalt besser bekannt sein müsse und sie demgemäß am besten im Stande wären, die „Media der Versöhnung und Genugthuung" anzugeben. Es ward zuletzt ein förmlicher Beschluß von Seite der übrigen Theilnehmer des Konvents gefaßt, die beiden Erzherzoge aufzufordern ihre Meinung abzugeben.

Durch diese Frage ward die Stellung der Erzherzoge eine sehr schwierige; welcher Art auch immer ihre Erklärung sein mochte, sie mußten entweder den Kaiser oder Mathias tödtlich beleidigen. Glücklicherweise ward ihre Lage nicht durch eine schwankende Ueberzeugung erschwert, beide Prinzen waren vielmehr vollständig überzeugt, daß Mathias in eine Verzichtleistung auf die erworbenen Rechte sich nicht einlassen könne. Maximilian hatte dies wiederholt erklärt und in diesem Sinne auch auf Erzher-

zog Albrecht einzuwirken gesucht, damit sein Gesandte am Prager Kongreß, Graf Gamalerio, sich ihnen anschließe.*) Erzherzog Ferdinand beobachtete eine vorsichtigere Haltung als Maximilian und vermied es beim Kaiser anzustoßen, aber auch er kannte die Verhältnisse in Ungarn und Mähren zu gut, um ernstlich etwas anderes anzustreben, als eine Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias auf Grund des gegenwärtigen Besitzstandes. Beide Erzherzoge sahen also bald ein, daß die Frage, welche der Konvent an sie richtete, eine Falle für sie werden dürfte und verlangten einen Tag Bedenkzeit, bevor sie die gewünschte Antwort ertheilen könnten. In der Zwischenzeit bestärkten sie sich in der Ueberzeugung, daß sie in dem Bruderstreite keine maßgebende Stellung einnehmen dürften. Erzherzog Ferdinand bat den Kurfürsten von Köln um eine Privatunterredung und eröffnete ihm, daß er es ablehnen müsse mit einem Ausgleichsvorschlag hervorzutreten, da ihm die Absichten des Kaisers nicht bekannt seien.**) Ebensowenig wollte Maximilian seine Meinung offen aussprechen und als
8. Mai 1610 am andern Tage der Konvent sich wieder zur Sitzung versammelte, theilte der kölnische Kanzler mit, daß die Erzherzoge die Abgabe einer Meinung abgelehnt hätten. Die beiden Erzherzoge motivirten ihr Schweigen damit, daß, da der Kaiser vom ganzen Konvent die Angabe der „Media" zu seiner Genugthuung verlangt hätte, es für sie sich nicht ziemen würde, ihre Meinung allein auszusprechen. Man mußte die Entschuldigung gelten lassen und kam nach mancherlei Hin- und Herreden zu dem Beschlusse, den Kaiser um weitere Mittheilungen sowohl über seinen Streit mit Mathias als auch über die Art der Genugthuung, die er verlange, zu ersuchen. Ein oder zwei Kurfürsten sollten sich zu Rudolf verfügen, um ohne eine weitere schriftliche Prozedur, seine Absichten kennen zu lernen. Wiewohl man wußte, daß dieselben auf eine völlige Restauration gerichtet seien, so wollte man doch vom Kaiser eine Art solenner Bestätigung seiner in einzelnen Gesprächen ausgesprochenen Andeutungen erlangen. Unzweifelhaft gab der Kaiser an einem der folgenden Tage die gewünschte mündliche Erklärung ab, doch sind uns die nähern Umstände der betreffenden Audienz nicht bekannt.

In derselben Sitzung des Konventes ward zugleich darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen kein rechtes Gedeihen haben könnten, so lange sich Mathias nicht an denselben betheilige, weil er ja die Kosten der Genugthuung zu tragen habe. Sämmtliche Mitglieder des Konvents

*) Brüssel. Korrespondenz mit Erzherzog Max. Erzherzog Max an Erzherzog Albert ddo. 5. April 1610 Insprack.

**) Mainzer und sächsisches Diarium.

ersuchten deshalb den König — ob mit ausdrücklicher oder stillschweigender Zustimmung des Kaisers, wissen wir nicht – um seine Theilnahme an ihren Berathungen. Mathias, der zum erstenmale in geziemender Weise aufgefordert wurde, erwiederte, daß er persönlich zwar nicht erscheinen könne, sich aber durch Gesandte vertreten lassen wolle, wenn diesen eine genügende Sicherheit geboten würde. Um seine Position zu sichern, hatte er schon vorher Ausschüsse der ungarischen, mährischen und österreichischen Stände nach Wien berufen, ihnen mitgetheilt, welche Art Verhandlungen in Prag gepflogen würden und sie versichert, daß er sich ohne ihren Rath in keine Verhandlungen einlassen werde. Die Antwort der Berufenen lautete für Mathias sehr befriedigend und konnte ihn überzeugen, daß trotz aller Streitigkeiten, die er mittlerweile namentlich mit den Oesterreichern gehabt, Niemand ernstlich daran denke, unter Rudolfs Herrschaft zurückzukehren.

Man sollte wohl meinen, daß die Ausstellung von Geleitscheinen für die Gesandten des Königs keinen Schwierigkeiten unterliegen konnte, nichtsdestoweniger wurden solche von Rudolf erhoben und nur durch die Dazwischenkunft der Fürsten entfernt, so daß Mathias' Gesandte endlich am 31. Mai in Prag eintreffen konnten. Ein Akt entschiedener Feindse- 1610
ligkeit von Seite des Kaisers hätte mittlerweile den Verhandlungen ein schnelles Ende bereitet. Rudolf forderte nämlich in einem Schreiben vom 20. Mai geradezu die österreichischen Stände auf, wieder unter seine Herrschaft zurückzukehren*) und ertheilte überdies dem Obersten Buchheim, der in Oesterreich begütert war, den Auftrag ein Regiment zu werben. Mathias begnügte sich diesen Vorgängen gegenüber Buchheims festes Schloß Raabs zu besetzen, um so jedem seiner Unterthanen die Lust zu einer Verbindung mit dem Kaiser auf gut Glück zu benehmen. Rudolf klagte beim Konvente über diesen Vorgang und der letztere machte deshalb dem Könige ernste Vorwürfe. Kindisches Gebahren von Männern, die als Fürsten etwas vom Regieren verstanden; als ob die Unterlassung feindseliger Handlungen nicht eine selbstverständliche Bedingung bei Friedensverhandlungen wäre und als ob Mathias nicht im vollen Recht gewesen wäre, einem Unterthan das Freibeuterhandwerk zu legen.

Die Gesandten, welche Mathias trotz dieser Zwischenfälle nach Prag abordnete, waren der mittlerweile in den Fürstenstand erhobene Karl von Liechtenstein, der ungarische Vicekanzler Ulrich von Krenberg und die Herren Helffrich von Meggau und Richard von Stahremberg. Sie hatten den

*) Münchner Staatsarchiv 116/2, 23. Johann Georg Markgraf von Brandenburg an Kurpfalz ddo. Jägerndorf den 13/23. Juni 1610.

Auftrag an einer Versöhnung zwischen dem Kaiser und dem Könige zu arbeiten, den letztern wegen seines Vorgehens im Jahre 1608 zu rechtfertigen, die neuerlichen Beschwerden des Königs gegen seinen Bruder, namentlich was die türkische Grenzhilfe betraf, zu erörtern und schließlich von dem Konvent die Angabe der Mittel zu verlangen, durch die ein befriedigender Zustand wiederhergestellt werden könnte. Uebrigens sollten sie keine Verpflichtung eingehen, bevor sie nicht die Zustimmung ihres Herrn eingeholt hätten. Man sieht deutlich aus dieser Instruktion, was Mathias bezweckte. Er wollte nicht bloß im Besitz des Erworbenen bleiben, sondern auch durch den Konvent auf seinen Bruder einen Druck ausüben, daß dieser sich fortan zu einer friedlichen Haltung und einer geduldigen Anerkennung des Geschehenen verstehe. Der Empfang, der seinen Gesandten in Prag zu Theil wurde, gab jedoch nur wenig Hoffnung, daß der Konvent seinen Wünschen nach-
2. Juni 1610 kommen werde. Im Auftrage desselben hielt der Mainzische Kanzler eine Ansprache an sie, in der er die Hoffnung äußerte, sie seien mit genugsamer Vollmacht ausgerüstet, damit des Kaisers Auktorität durch eine ordentliche Genugthuung wieder hergestellt werde. Im Laufe der weiteren Verhandlungen präcisirten die Fürsten diese Genugthuung dahin, daß des Kaisers geschwächte Auktorität wieder hergestellt und *ihm die entrissenen Länder zurückgegeben werden müßten*.

So direkt aufgefordert anzugeben, welche Opfer ihr Herr dem Frieden bringen wolle, entgegneten die Gesandten, daß es demselben nicht möglich sei, dem Kaiser eine reale Genugthuung zu geben, alles, was er thun könne, sei die Leistung einer „persönlichen Satisfaktion". Sie legten allen Nachdruck darauf, daß die Liebner Verträge des Jahres 1608 endgiltig seien und vom Kaiser nicht angegriffen werden könnten, daß Mathias übrigens nicht allein stehe, sondern die Stände seiner Länder hinter ihm; ohne deren Zustimmung könne er sich in keine Unterhandlung einlassen, welche die Liebner Verträge in Frage stellen würde. Nochmals die Versicherung abgebend, daß Mathias zu einer persönlichen Genugthuung erbötig sei, baten sie, man solle die Mittel einer solchen angeben, sie würden hierüber an ihren Herrn berichten. Obwohl zwischen den Gesandten des Königs und den Mitgliedern des Konvents noch längere Zeit, im ganzen an drei Wochen verhandelt wurde, so kam es doch zu keinem Resultat; den Beschwerden der Fürsten über die Schwächung der kaiserlichen Auktorität entgegneten die Gesandten mit mehr und weniger künstlichen Schilderungen der bisherigen Vorgänge. Auch die Werbungen in Passau kamen zur Sprache, die Gesandten verlangten deren Abbestellung, wurden aber vom Konvente abgewiesen, da der Kaiser zu seinem Schutze und nicht zum Angriffe rüste.

Da sich das Erscheinen der Gesandten als fruchtlos erwies, weil sie nichts anzubieten hatten, und Mathias eine wiederholte Aufforderung seinen Aufenthalt in einem näher an Prag gelegenen Orte zu nehmen, ablehnte, beschloß der Fürstenkonvent selbst die Verhandlungen mit ihm in die Hand zu nehmen. Der Kurfürst von Köln, Erzherzog Ferdinand und der Herzog von Braunschweig wurden zur Reise nach Wien ausersehen und ihnen außerdem von den übrigen Fürsten Räthe beigeordnet. Der Kaiser, um seine Erlaubniß zur Anknüpfung dieser direkten Verhandlungen ersucht, ertheilte dieselbe mit der Bemerkung: Glaubten die Fürsten, daß sein Bruder durch persönliche Besprechung sich zur Restitution werde bewegen lassen, so lasse er sich diese gefallen.*) Die Instruktion, welche der Konvent seinen Gesandten nach Wien mitgab, entsprach in ihrem ersten Theil voll- 10 Juni
ständig den Wünschen des Kaisers, sie verlangte nämlich völlige Rück- 1610
gabe der entrissenen Länder, in ihrem zweiten Theile aber gestattete sie die Eröffnung von Unterhandlungen über eine andere Art der Genugthuung, wenn sich Mathias nicht zu dieser weitgehenden verstehen wollte.**) Dieser zweite Theil der Instruktion zeigt, daß endlich die Majorität des Fürstenkonvents zu derselben Einsicht, wie die Erzherzoge gelangt war, und die Lage des Königs würdigte. Den Wünschen Rudolfs entsprach dieser Umschwung in ihren Anschauungen nicht und von nun an betrachtete er die Berathungen des Konvents mit Mißtrauen, das bald genug einem ausgesprochenen Widerwillen Platz machte.

Am 28. Juni reisten die Konventsgesandten nach Wien ab und langten daselbst am 3. Juli an, von Mathias auf das festlichste empfangen. 1610
Schon auf der Reise drängte sich den Fürsten und ihren Begleitern überall die Erfahrung auf, daß Niemand von einer Herrschaft des Kaisers etwas wissen wolle, während sich für die des Königs eine entschiedene Neigung aussprach. Gleiches beobachteten sie auch in Wien, in Privatgesprächen hörten sie von aller Welt, daß selbst wenn der König in eine Abtretung der Länder willigen sollte, die Stände dies nie dulden würden. Mit einem Worte, die Abneigung gegen das kaiserliche Regiment, welche mittlerweile in den Hintergrund getreten war, machte sich mit einer Heftigkeit geltend, die an den Frühling von 1608 erinnerte und den Tieferblickenden die Ueberzeugung beibringen konnte, daß Mathias sich eher des Restes von Rudolfs Besitzungen bemächtigen würde als umgekehrt, wenn es zu einem ernsten Streite kam. Die Passauer Rüstungen machten auf die Oesterreicher

*) Hurter: Ferdinand II, Bd. VI 286.

**) Sächs. Staatsarchiv. Oesterr. Akten. 9935. Instruktion des Fürstenkonvents für die nach Wien reisenden Fürsten. ddo. 20. Juni 1610.

einen besonders erbitternden Eindruck; überzeugt, daß es mit denselben auf einen Handstreich abgesehen sei, suchten sie sich trotz allen Friedensverhandlungen zur Gegenwehr bereit zu machen und bei den Ungarn die nöthige Unterstützung zu erlangen. Erbitterung also und das entschiedenste Mißtrauen gegen den Kaiser fanden die Konventsgesandten vor, als sie von dem Könige die Rückgabe der Länder begehren sollten.

Die erste Konferenz zwischen Mathias und seinen Räthen und den Fürsten nebst ihren Begleitern fand am 5. Juli statt. Auf Mathias Seite waren bei den Berathungen zugegen: Khlesl, Karl von Liechtenstein, Trautson, Meggau und Krenberg. *) Im Namen der Prager Gesandten ergriff der Vicedom des Kurfürsten von Mainz, Brömser, das Wort und indem er auf eine Schilderung der Ereignisse des Jahres 1608 überging, hielt er dem König Mathias ein langes Sündenregister vor, wie vielfach er sich vergangen und wie sehr des Kaisers Ansehen herabgewürdigt worden. Der langen Rede Schluß war der, man erwarte von Mathias, daß er in Anbetracht der schweren Beleidigungen, die er dem Kaiser zugefügt, die Aussöhnung durch Wiederabtretung der Länder anbahnen werde. Diesen Angriff ließ Mathias zwei Tage später durch seinen Vicekanzler auf eine nicht minder scharfe Weise beantworten. Die Entgegnung hielt vor allem an der Unverbrüchlichkeit der Verträge fest, die nicht gestatte, etwas an dem, was vor zwei Jahren in Lieben beschlossen, zu ändern. Auf diese Erwiderung blieben die Fürsten ihrerseits auch nicht eine Antwort schuldig, welche sich theils in Beschuldigungen, theils in Drohungen ergoß, worauf wieder Mathias in geharnischter Weise entgegnete. Acht Tage verstrichen so unter Angriffen und Entgegnungen und noch zeigte sich nicht die mindeste Aussicht auf eine gedeihliche Verhandlung; die Fürsten traten nur dem ersten Theil ihrer Instruktion gemäß auf, verlangten nur die Rückgabe der Länder und ließen nicht durchblicken, daß sie von Seite ihrer Kollegen weitere Vollmachten erhalten hätten. Am 10. Juli waren sie entschlossen die weitern Verhandlungen mit Mathias vorläufig abzubrechen und über die Resultatlosigkeit der bisherigen an den Kaiser zu berichten. **)

Es ist uns nicht weiter bekannt, durch wen in dieser Situation zuerst eingelenkt wurde, wir wissen nur so viel, daß die Gesandten sich endlich des zweiten Theiles ihrer Instruktion erinnerten und daß der Herzog von Braunschweig nach mancherlei Besprechungen mit den königlichen Rä-
15 Juli 1610 then einen Ausgleichsentwurf vorlegte, der von der Rückgabe der Länder ganz absah. Die wichtigsten Punkte dieses Vertrags waren: der erste, ver-

*) Wiener Staatsarchiv. Mainzer Akten. Bömsers Relation über die Wiener Reise.
**) Brömsers Relation im Wiener Staatsarchiv.

möge dem der König seinem Bruder nach einer vorgeschriebenen Formel für die angethane Beleidigung Abbitte leisten sollte und der dritte, vermöge dem der erstere jährlich 50.000 Gulden und 2000 Eimer Wein als Ersatz für die abgetretenen Länder zu verabfolgen hatte, wofür der Kaiser sich verpflichten sollte nicht gegen eine Türkenhilfe für Mathias, wenn sich die ihm unterthanen Länder oder das deutsche Reich zu einer solchen entschließen wollten, aufzutreten, ja bei einem Reichstag sogar dafür zu wirken. In den übrigen neun Punkten *) des Entwurfs wird ein völliger und aufrichtiger Friede zwischen Kaiser und König stipulirt und insbesondere noch bestimmt, daß Mathias sich in keine auswärtigen Verhandlungen namentlich mit den Türken ohne Vorwissen seines Bruders einlassen solle. Der Vertragsentwurf fand nicht bloß die Billigung des Königs und seiner Räthe, sondern auch die des Kurfüsten von Köln und des Erzherzogs Ferdinand. Mit diesem Vergleichsentwurf wurde der Herzog von Braunschweig an Rudolf abgeschickt.

Um den Kaiser zur Annahme des Vertrags zu bewegen, schrieben zu gleicher Zeit der Kurfürst von Köln und Erzherzog Ferdinand an ihn. Das gemeinschaftliche Schreiben beider ist ein offenes und ehrliches Aktenstück, wie selten eines, indem es dem Kaiser ohne alle Umschweife und unmännliche Schonung mittheilt, daß eine Rückgabe der Länder unmöglich sei und der Ausgleichsentwurf das Höchste, was Mathias bewilligen könne. Nachdem sie im Eingange ausführlich berichtet hatten, daß sie auf ihrer Reise überall nur einer feindseligen Stimmung gegen den Kaiser begegnet seien und hieraus keine Möglichkeit ersähen, wie derselbe wieder in den friedlichen Besitz der verlorenen Länder gelangen könne, warnen sie ihn — offenbar mit Rücksicht auf seine Passauer Rüstungen, deren Geheimniß sie zwar nicht kannten, aber doch vermuthen mochten — vor je-

---

*) Nach dem 2. Punkt des Vergleichs sollte der Kaiser es nicht als Trotz deuten, daß Mathias die Länder nicht zurückgebe, sondern dies der Unmöglichkeit zuschreiben. Punkt 4 stipulirt stete Freundschaft zwischen Kaiser und König. Nach Punkt 5 solle Mathias ohne des Kaisers Vorwissen keine Verhandlungen mit auswärtigen Mächten beginnen. Punkt 6 bestimmt, daß künftige Irrungen durch befreundete Fürsten beigelegt werden sollen; Punkt 7, daß der Kaiser Abgesandten des Königs ohne Zögern Audienz geben werde; Punkt 8, daß die Akten der an Mathias übergebenen Länder ihm überliefert werden sollen; Punkt 9, daß der König sich in keine dem Kaiser feindlichen Verbindungen einlassen werde; Punkt 10 ertheilt völlige Amnestie allen an den bisherigen Streitigkeiten betheiligten; Punkt 11 verbietet den Anhängern des Königs vom Kaiser schlecht zu reden und umgekehrt; Punkt 12 bestimmt, daß die Mitglieder des Prager Konvents Bürgen des Vertrags seien. Nehme ihn der Kaiser nicht an, so sei auch der König nicht an denselben gebunden. — Hammer: Khlesl, Bd. II. Urkundensammlung S. 236.

der Gewalt. Die Anwendung der Waffen sei der sichere Ruin des habsburgischen Hauses; ehe Oesterreich, Mähren oder Ungarn sich eine gewaltsame Herrschaft des Kaisers gefallen lassen würden, würden sie sich dem Türken unterwerfen. Die Illusionen, die sich der Kaiser gemacht habe, als ob ein Theil der Oesterreicher geneigt wäre, unter seine Herrschaft zurückzukehren, beruhten auf nichts, als Lug und Trug. Einige der grimmigsten Gegner seines Hauses, denen jeder Ausgleich zwischen den Brüdern verhaßt sei, weil sie ihren Ruin herbeizuführen wünschen, seien die Verfasser solcher den Kaiser irreführender und mit gefälschten Unterschriften versehener Schreiben. Alles, was dem Kaiser gesagt werden konnte, um ihn zu der Ueberzeugung zu bringen, daß nicht mehr erreicht werden könne, als der Ausgleichsentwurf ihm bot, daß er aller Welt verhaßt sei, daß er durch seine Angriffe vielleicht den Untergang seines ganzen Hauses, unter allen Umständen aber den seinigen herbeiführen werde, alles das enthielt der Brief in der respektvollsten aber schonungslosesten Form. So die feste Meinung zweier Fürsten, die gewiß nicht des Kaisers Nachtheil wollten. *)

Eine solche Sprache war es aber nicht, die der Kaiser erwartete, nachdem er durch die bis an's lächerliche grenzende Nachgiebigkeit des Konvents in dem Wahne bestärkt worden war, daß sich seine Restitution durch einige Schriftstücke und Wechselreden verwirklichen lasse. Schon die vom Konvent den Gesandten nach Wien mitgegebene Instruktion mußte ihn überzeugen, daß seine fürstlichen Gäste zuletzt den Ausgleich in etwas anderem suchen könnten, als in seiner vollständigen Befriedigung. Seine üble Laune erreichte von da an wieder jene Höhe, zu der sie in den schlimmsten Tagen von 1608 und 1609 gelangt war; den Kurfürsten gab er unzweideutig zu erkennen, daß ihre Anwesenheit ihm eine Last geworden sei und gegen einzelne Mitglieder seines Rathes, namentlich Hegenmüller, ergoß er sich in den schmähendsten Vorwürfen. Beim Essen stieß er die Tafel sammt den darauf befindlichen Speisen um und bedrohte sogar eines Abends seinen Kämmerer am Leben, indem er ihm den Degen auf die Brust setzte. **) Solche Zustände waren nicht glückverheißend für den Aus-

*) Wiener Staatsarchiv. Kurköln und Ferdinand an den Kaiser ddo. 14. Juli 1610.

**) Hurter: Ferdinand II, Band VI, S. 306. — Münchner Reichsarchiv 44/3, 396. Donnersperg an Max von Baiern ddo. 10. Juli 1610. Donnersperg erzählt: Diser Tag sein Khay. Mt. her übl zu Paß gewesen, über ein Mittag essen tafl und speisen unfürsehens alles uber einander gestossen, in das Zimmer gangen, den Hegenmüller begert, als er khommen und ain Cammerdiener den Hegenmüller angemelt hat Khays. Mt. dem Cammerdiener bevolchen, sag dem Hegenmüller, er sei ein Lekher, hab Khays. Mt. lang genug betrogen, er soll vorthin nit mehr betriegen . . .

gang einer Verhandlung, in welcher es besonders auf seiner Seite einer philosophischen Resignation bedurfte. Als demnach der Herzog von Braunschweig in Prag erschien und den Entwurf überreichte, übergab ihn Rudolf solchen Personen zur Begutachtung, von denen keine ersprießliche Wirksamkeit für die Herstellung des Friedens erwartet werden konnte: Sulz und Hegenmüller, welche beide in das Passauer Unternehmen verwickelt waren. Dennoch ward ein wichtiger Punkt des Vergleichs auch von ihnen acceptirt; sie empfahlen dem Kaiser, nicht auf die Restitution der Länder, sondern nur auf eine allerdings wesentliche Modifikation der einzelnen Vergleichsartikel zu dringen. *) Ihre Vorschläge ließ sich der Kaiser gefallen und verlangte darnach neben der Abbitte, welche der König durch die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand und den Herzog von Braunschweig leisten sollte, 1. daß der Vertrag vom Jahre 1606 ausgeliefert werde, 2. daß Mathias die Länder, da er sie nicht zurückgeben wolle, unter seiner (des Kaisers) Oberhoheit als sein Lehensmann verwalte, 3. daß die Befehlshaber in den gegen die Türken errichteten Grenzfestungen in des Kaisers Eid und Pflicht genommen werden, 4. daß Mathias seinen Einfluß bei der Grazer Linie verwende, auf daß diese zu Gunsten des Kaisers auf ihren Antheil auf Tirol Verzicht leiste und 5. endlich, daß die jährliche Pension an Geld und Wein über den von Mathias zugestandenen Betrag erhöht werde. **) Andere Forderungen waren geringerer Art und konnten den Abschluß des Vertrags kaum verhindern.

Unter diesen vom Kaiser verlangten Aenderungen ist die erste unwesentlich, wenngleich Rudolf ihr eine große Bedeutung beilegte, desto wichtiger sind die folgenden. Das Verlangen, Mathias solle den Kaiser als Lehensherrn ansehen, war schon an und für sich undurchführbar, weil die Ungarn unter keiner Bedingung zugegeben hätten, daß ihre Krone in ein, wenn auch nur vorübergehendes Lehensverhältniß, zwar nicht zum deutschen Reich, wohl aber zum deutschen Kaiser trete. Zugleich konnte Rudolf in kurzer Zeit aus diesem Lehensverhältniß eine Masse Rechte ableiten, bei denen kein Friede von Dauer sein konnte. Eben so würde die Forderung, daß die ungarischen Grenzfestungen von dem Kaiser abhängen sollten, in Ungarn eine doppelte Regierung, zwei Souverainitäten, zur Folge gehabt haben, ein Unsinn, der auf der Hand liegt. Das Verlangen, Mathias solle seinen Einfluß bei der Grazer Linie verwenden, damit diese ihrem Antheil auf Tirol entsage, hatte zwar für den König nichts lästiges,

*) Hurter IV, 306.

**) Archiv von Wolfenbüttel. Hier befindet sich eine Abschrift des vom Kaiser modificirten Vertragsentwurfs, verfertigt von dem Herzog von Braunschweig selbst.

ist aber insofern von Wichtigkeit, als es den Plan des Kaisers über Tirol zu Gunsten Leopolds zu verfügen deutlicher hervortreten läßt. Die Forderung einer höhern Jahrespension war an und für sich nicht von Bedeutung, konnte es aber dadurch werden, wenn die Mathias unterworfenen Länder sich weigerten, eine Last zu übernehmen, der sie ihre Zustimmung nicht gegeben hatten. Und diese Weigerung war mit Gewißheit zu erwarten.

Bevor der Kaiser den Herzog von Braunschweig mit diesen Zusätzen nach Wien schickte, um deren Annahme bei Mathias zu bewirken, legte er dieselben den in Prag anwesenden Fürsten: Kurmainz, Kursachsen, Maximilian, Leopold und Ludwig von Hessen-Darmstadt zur Begutachtung vor. Es ist sonderbar, daß keiner der Fürsten, selbst nicht Maximilian, der stets des Königs Mathias Partei in allem Billigen hielt, Anstoß an jenen Punkten nahm, welche Ungarn betrafen und wirklich bedenklich waren, sondern nur an dem wegen Erhöhung der Pension.
26 Juli 1610 Sie machten den Kaiser darauf aufmerksam, daß Mathias und die in Wien versammelten Ausschüsse sich ohne Bewilligung der Landtage zu keiner höheren Geldleistung würden verpflichten wollen und daß es eine sehr gefährliche Sache sei, abermals die Länder in diesen Streit hineinzuziehen.*) Der Kaiser nahm jedoch auf diese Bemerkung ebensowenig Rücksicht wie auf eine andere, in der ihn dieselben Fürsten aufforderten, er solle eine bindende Erklärung abgeben, daß das zu Passau versammelte Kriegsvolk zu keinem Angriffe bestimmt sei. So reiste der Herzog von Braunschweig ab, ohne daß der Kaiser an seinen Vorschlägen etwas geändert hätte.

Nach seiner Ankunft in Wien wurde der kaiserliche Vertragsentwurf unverweilt zum Gegenstand einer eingehenden Kritik von Seite Mathias' und seiner Räthe gemacht. Zugezogen wurden zu den Verhandlungen dieselben Personen, wie in dem verflossenen Monate. Die erste Forderung des Kaisers, die Auslieferung des Vertrags von 1606 betreffend, stieß auf keinen besondern Widerstand: Khlesl erklärte dem Kurfürsten von Köln, Mathias wolle den Vertrag in die Hände der in Wien anwesenden Fürsten mit der Vollmacht, ihn zu kassiren, übergeben, sobald der Ausgleich vom Kaiser ratificirt sei.**) Dies war gewiß ein billiges Anerbieten, es

---

*) Archiv von Wolfenbüttel. Ahn die Röm. Kay. May. der zu Prage anwesenden Chur- und Fürsten Ertzherzogen und Fürsten undertheniges Bedencken.

**) Bei dieser Gelegenheit gelangen wir zur Kenntniß einer interessanten historischen Nachricht. Hammer Purgstall hat die Meinung ausgesprochen, daß Khlesl höchst wahrscheinlich der Verfasser des Vertrags von 1610 sei und seiner Meinung pflichteten wohl alle bei, welche über diese Periode Studien angestellt haben. Aus einem Wolfenbüttler Aktenstücke, das von des Herzogs von Braunschweig eigener Hand

wollte aber den Konventsgesandten deshalb nicht genügend scheinen, weil sie wußten, wie eigensinnig der Kaiser auf seinen Forderungen zu verharren pflegte und daß er wahrscheinlich darauf erpicht sei, ein Aktenstück zu besitzen, in dem er den Grund seiner Niederlage im Jahre 1608 suchte. Unnachgiebiger waren Mathias und seine Räthe in jenen Punkten, die wir bereits herausgehoben haben. Auch sie übersahen nicht das Gefährliche des Artikels, in welchem der Kaiser verlangte, daß sich sein Bruder zu seinem Vasallen erkläre. Um jedoch demselben in allem gerecht zu werden, was den bestehenden Reichsverhältnissen entsprach, erbot sich Mathias in Bezug auf die abgetretenen „österreichischen Lande" seinen Bruder als Lehnsherrn anzuerkennen. Da nach dem staatsrechtlichen und gewöhnlichen Sprachgebrauche jener Zeit weder Ungarn noch die böhmischen Kronländer mit dem Namen „österreichische Lande" belegt wurden, wie das allgemein bekannt ist, so erbot sich Mathias nur zur Leistung der Lehenspflicht in Bezug auf Ober- und Niederösterreich. In gleicher Weise lehnte es Mathias ab, seinem Bruder das Kommando über die ungarischen Grenzfestungen zu überlassen, doch that er dies nicht in schroffer Weise, sondern vertröstete ihn sogar damit, daß er bei einem künftigen ungarischen Reichstag seinen Wunsch befürworten werde. Die Erhöhung der jährlichen Pension über die Summe von 50.000 fl. und die Lieferung von 2000 Eimer Wein lehnte der König einfach ab.*)

Während Mathias und seine Räthe an dem Rudolfinischen Gegenentwurf die hier mitgetheilten Korrekturen vornahmen, waren die in Wien anwesenden Fürsten nicht müßig, das Interesse des Kaisers zu vertreten und zu verlangen, daß nichts in seinen Anträgen geändert werde. Der Streit drehte sich vielfach nicht bloß um die ihrer Bedeutung und Folgen wegen wichtigen Artikel, sondern selbst um den Wortlaut einiger andern. So hatte z. B. Rudolf im Artikel 3 seines Entwurfs sich der Worte be-

herrührt, erfahren wir, daß dem nicht so sei. Khlesl unterhielt sich mit dem Kurfürsten von Köln eines Tages über diesen Vertrag und erklärte dabei ausdrücklich, daß nicht er sondern Dr. Kopf, der mittlerweile verstorben war, dessen Verfasser gewesen. Eine bedeutende Einflußnahme auf Inhalt und Wortlaut des Aktenstückes von Seite Khlesls wird natürlich dadurch nicht ausgeschlossen. Es ist nicht anzunehmen, daß Khlesl die Unwahrheit gesprochen, denn gewiß ward über den Vertrag von 1606 um diese Zeit in Wien sehr viel gesprochen und der Kurfürst konnte sich leicht überzeugen, ob Khlesls Angabe richtig sei.

*) Archiv von Wolfenbüttel. Puncta so der Vertragsnotul zwischen J. K. Mt. und deroselben Brudern auffgerichtet, inserirt werden sollen. — Ebendaselbst. Bedencken der zu Prage anwesenden Chur- und Fürsten an die Röm. Kay. Mt. ddo. 26. Juli 1610.

dient, daß Mathias wegen der Liebe, die er zum Kaiser „aus Grund seines Herzens trägt, demselben wegen der gefaßten Ungnade gebührliche ja alle mögliche Satisfaktion in effectu beweisen und in die begehrte Restitution einwilligen wollte," wenn er dies nicht aus verschiedenen Ursachen unterlassen müßte. Mathias verwarf diese Stilisirung und wollte statt der Worte: „aus Grund seines Herzens" nur „von Herzen" setzen und statt der Worte: „gebührliche ja alle mögliche Satisfaktion" die Worte „alle mögliche und gebührliche Satisfaktion" gebrauchen. Da er bei dieser Aenderung trotz der Einsprache der Fürsten, die des Kaisers Reizbarkeit in Kleinigkeiten wohl kannten und fürchteten, verblieb, so erscheint sein Benehmen in diesem Augenblick in keinem günstigen Lichte, denn des Kaisers stilistische Fassung vergriff sich wahrlich an keinem Souverainitätsrechte seines Bruders. Noch verlangten auch die Fürsten, Mathias solle wenigstens dem Kaiser dadurch zu Willen sein, daß er seine jährliche Leistung auf 60.000 Gulden und 3000 Eimer Wein erhöhe, allein derselbe schlug auch diese Forderung ab. Alles was nach einer Verhandlung von neun Tagen über die ursprünglichen Anträge zu Gunsten des Kaisers bestimmt wurde, betraf allein die Vernichtung des Vertrags der Erzherzoge vom Jahre 1606.*)

Nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, stellte Mathias am Schlusse noch einige Bedingungen für die Giltigkeit des Ausgleichs. Mißtrauisch gegen den Kaiser, daß dieser sich nicht an dem abgeschlossenen Vertrag werde halten wollen, verlangte er, daß die Mitglieder des Konvents die Garantie für dessen Einhaltung übernehmen und gegen den, der ihn brechen würde, faktisch dem andern Hilfe leisten sollten. Ferner stellte er die Forderung auf, um nicht durch des Kaisers unberechenbare Zögerungen aufgehalten zu werden und wegen des Passauer Volks gesichert zu sein, daß der Vertrag die Ratifikation des Kaisers längstens bis Ende August erhalte und dann nach Monatsfrist alles Kriegsvolk beiderseits abgedankt werde, widrigenfalls er sich aller eingegangenen Verpflichtungen für entbunden erachte. Da endlich bestimmt worden, daß Mathias den

---

*) Archiv von Wolfenbüttel. Protocollum Viennense von 8—15. August. — Ebendaselbst. Der anwesenden Chur- und Fürsten Erinnerung bei der übergebenen Nottel ddo. 3/13. Aug. 1610. — Ebendaselbst. Chur- und Fürsten fernere Erinnerung den königlichen Räthen beschehen ddo. 1/11. Aug. — Ebendaselbst die königliche Erinnerung (vor dem 11. Aug. verfaßt). — Ebendaselbst der deputirten Chur- und Fürsten Erinnerung ddo. 5/15. Aug. — Wir bemerken hier, daß das Archiv von Wolfenbüttel reich ist an Schriftstücken meistens von des Herzogs von Braunschweig eigener Hand geschrieben, die sich auf den Bruderzwist beziehen und die wir hier zum erstenmal benützen.

Kaiser durch die drei oben genannten Fürsten um Verzeihung bitten sollte, verlangte er, daß hiebei keiner der Fürsten sein Knie beuge, weil er sonst gegen eine solche Erniedrigung seines Ansehens protestiren müßte. Die Konventsgesandten erhoben Schwierigkeiten wegen der Gewährung dieser 15 Aug.
Punkte, weniger wegen des ersten die Bürgschaft betreffenden, als wegen der 1610
zwei andern. Sie beschwerten sich darüber, daß Mathias dem Kaiser Tag und Stunde der Ratifikation bestimme und verlangten, daß er demselben den Termin bis in die erste Hälfte des Monats September verlängere und daß von da an erst der Monat, binnen welchem das Kriegsvolk beiderseitig abzudanken sei, beginne. Auch solle Mathias als der Beleidiger mit der Entwaffnung den Anfang machen. Bezüglich der Kniebeugung sprachen sie die Erwartung aus, daß der Kaiser sie nicht fordern werde, doch solle Mathias dieselbe nicht in vorhinein verweigern, um nicht des Kaisers verletztes Gemüth neuerdings zu reizen.*) Diesen Einwendungen gab Mathias im ganzen Gehör, und bestand nur auf dem Punkte, in welchem er die kaiserliche Ratifikation längstens bis zum 31. August verlangte, widrigenfalls er sich von allen eingegangenen Verpflichtungen für losgebunden erklärte. Man darf ihn in dieser Beziehung keineswegs des Eigensinns oder des Mangels an Nachgiebigkeit beschuldigen, er selbst wurde von den in Wien versammelten ständischen Ausschüssen zum raschen Abschluß oder Abbruch der Friedensverhandlungen gedrängt, denn die Länder waren im höchsten Grade unwillig, daß sie bereits so lange die Kosten abermaliger Rüstungen tragen mußten. Am 17. August ward endlich die Schlußredaktion 1610
des Vertrages zu Stande gebracht und von Mathias, dem Kurfürsten von Köln, dem Erzherzog Ferdinand und dem Herzog von Braunschweig unterzeichnet.**)

Mit dem Vertragsentwurf reiste unmittelbar darauf der Herzog von Braunschweig ab, ihm folgten wenige Tage später die übrigen Gesandten. Angelangt in Prag beeilte sich der Herzog den Kaiser von dem Erfolg seiner Thätigkeit in Wien in Kenntniß zu setzen. Als Rudolf erfuhr, daß die Verhandlungen das von ihm gewünschte Resultat nicht erlangt hätten, war er im höchsten Grade darüber erbittert und sein Unwille mochte noch

*) Wolfenbüttler Archiv. Der deputirten Chur- und Fürsten beschehene fernere Erinnerung ddo. 5/15. Aug.

**) Wolfenbüttler Archiv. Notula des Vertrags zwischen der Röm. Kay. Mt. und Kon. Würden, wie dieselbe zu Wien abgeredet und geschlossen. ddo. 7/17. Aug. 1610. — Hurter ist über das Datum der schließlichen Redaktion des zweiten Wiener Vertrags im Zweifel. Eine Kopie des zweiten Vertragsentwurfs, vollständig von dem Herzog von Braunschweig niedergeschrieben und im Archiv von Wolfenbüttel befindlich, trägt das Datum 7/17. August.

mehr gereizt werden, als er bemerkte, daß Korrekturen an dem von ihm vorgeschlagenen Text selbst bei unwesentlichen Worten vorgenommen wurden. Da nach seiner Meinung Khlesl der Urheber und Verfasser aller dieser Aenderungen war, so trug auch dies nicht wenig zur Steigerung seiner Aufregung bei. *) Die in Prag anwesenden Fürsten erfuhren bald zu ihrem nicht geringen Schrecken, daß vom Kaiser eine Ratifikation des Wiener Entwurfs nicht zu erwarten sei; sie sahen nicht nur, wie der Termin für ihre Abreise in immer weitere Ferne rückte, sondern auch wie die Friedensverhandlungen zwischen Rudolf und Mathias geradezu zu einem feindlichen Zusammenstoß führen konnten. Die bedeutendsten Einwürfe, welche der Kaiser gegen den neuen Ausgleich erhob, bestanden darin, daß der Artikel, in welchem er die Auslieferung des Vertrags vom Jahre 1606 forderte, nicht in demselben vorhanden sei und Mathias sich nur zur Kassirung aber nicht zur Auslieferung dieser Urkunde verstehen wolle, dann aber, daß stilistische Aenderungen in einzelnen Sätzen vorgenommen worden seien, an denen er nichts gemodelt wissen wollte. Von denjenigen Fürsten, welche schon bei der Eröffnung des Konvents zugegen waren, war der Kurfürst von Sachsen mittlerweile nach Dresden gereist, die übrigen, alle wieder in Prag vereint, bemühten sich emsig den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ihre Bestrebungen waren aber schon deshalb vergeblich, weil der Kaiser sie nicht vor sich ließ und überdies in seiner Unnachgiebigkeit durch den Erzherzog Leopold unterstützt wurde. Was die Ursache hievon gewesen, ist theils bekannt, theils wird bald umständlich hierüber berichtet werden, hier nur so viel, daß letzterer vor allem bedacht war die Entlassung des Passauer Volkes zu hindern und deshalb dem Friedenswerk, welches dieselbe forderte, nicht hold sein konnte. Neben dem Erzherzog besaßen noch andere Leute einen nicht minder üblen Einfluß auf die kaiserlichen Entschließungen, wie Dr. Armanstetter, Rudolfs protestantischer Leibarzt, der demselben wiederholt abriet so demüthigenden Bedingungen sich zu unterwerfen, außerdem aber der bereits genannte Gotthard von Starhemberg, welcher ab und zu als angeblicher Vertrauensmann des österreichischen Adels nach Prag kam und mit wahren oder gefälschten Adressen des Kaisers Sinn berückte und durch das Phantom einer baldigen Restitution bezaubert hielt. *) Unter diesen Einflüsterungen verhärtete sich sein Gemüth derart gegen jede Nach-

*) Archiv von Wolfenbüttel. Protokoll der Kurfürstensitzung vom 27. Aug. 1610 in Prag. In diesem heißt es ausdrücklich, daß der Herzog von Braunschweig und nicht Khlesl den Wiener Vertrag vom 17. August koncipirt habe und des Kaisers Verdacht ohne Grund sei.

**) Münchner Staatsarchiv 342/37, 7. Peter von Rosenberg an den Pfalzgrafen Philipp Ludwig ddo. 7. Sept. 1610. — Hurter Bd. VI, S. 326.

giebigkeit, daß es mehr als zweifelhaft war, ob er überhaupt einen Frieden schließen wolle, selbst wenn sein Bruder in die von ihm verlangten Modifikationen eingehen würde.

So verstrich ein Tag um den andern und es näherte sich der 31. August, bis zu welchem Mathias verhandeln zu wollen erklärt hatte. In diesen trüben Tagen verdient das Benehmen des Herzogs von Braunschweig alles Lob. Wiewohl er nur zufällig zur Theilnahme an den Konventsberathungen zugezogen worden war — er war nach Prag nur wegen seines Streites mit den Braunschweigern gekommen, — so ließ er sich dieselben doch emsig angelegen sein, und als er zur Gesandtschaft in Wien verwendet wurde, entwickelte er daselbst eine solche Thätigkeit, daß ihm fast allein das Verdienst zugeschrieben werden muß, wenn die Verhandlungen einen beschleunigten Gang nahmen. Als nun nach seiner Rückkunft nach Prag des Kaisers Widerwille gegen einen Ausgleich so sichtlich hervortrat und die übrigen Fürsten mehr oder weniger die Hände in den Schooß legten, ward er nicht müde beim Kaiser und den Geheimräthen schriftlich und mündlich, wie es anging, zu petitioniren, damit die Verhandlungen über die abermals vorzuschlagenden Aenderungen des zweiten Wiener Vertragsentwurfs doch endlich aufgenommen würden. Es war dieses beständige Sturmlaufen keine angenehme Beschäftigung, er war zeitweise so ermüdet und trostlos über „die Zustände in Prag, daß er seines Theils den Tag und die Stunde verfluchen wollte,“ an dem er sich an diesen Händeln zu betheiligen begonnen.*)

Das Drängen des Herzogs und seine Bitten um Audienz hatten endlich den Erfolg, daß der Kaiser zwar nicht die Audienz gewährte, aber doch die Erlaubniß zum Beginne neuer Verhandlungen zwischen dem Geheimrath und dem Herzog ertheilte. Dieselben nahmen am 27. August ihren 1610
Anfang, und es betheiligten sich daran der Erzherzog Leopold, der Landgraf von Leuchtenberg, der Graf Sulz, Hannewaldt, Hegenmüller und Barvitius. Der Herzog von Braunschweig, der hiebei den Standpunkt des Wiener Vertrags vertrat, schrieb über die Konferenz dem Kurfürsten von Sachsen, daß man sich in derselben vier Stunden herumgestritten habe, theils ob die Kassirung des Vertrags von 1606 eingeschaltet werden solle, oder nicht, theils wie die Fassung einzelner Artikel dem Wunsche des Kaisers gemäß zu ändern sei. „So viel ich nun,“ erzählt er weiter, „merken konnte, daß der Kaiser durch irgend einen Punkt besonders gewonnen werden könnte, habe ich mich demselben nach Möglichkeit bequemt und

*) Sächsisches Staatsarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen ddo. Prag den 26. Aug./5. Sept. 1610.

abermals eine neue Notel (Vergleichsentwurf) entworfen und rein geschrieben und ehe ich solches verrichtet, keinen Bissen in den Mund genommen." *) So war also ein neuer Vergleichsentwurf zu Stande gekommen. Von dem Wiener unterschied er sich neben einigen unwesentlichen stilistischen Aenderungen dadurch, daß im Artikel 2 eingeschaltet wurde, der Vertrag von 1606 sei an den Kaiser auszuliefern. Das Konzept des auf diese Weise modifizirten Entwurfs theilte der Herzog den Mitgliedern des Fürstenkonventes mit, die es billigten, weil sie um jeden Preis den Kaiser zufrieden stellen wollten. Gleichzeitig schickte der Herzog eine Abschrift nach Wien an König Mathias mit einem Begleitschreiben, in welchem er den Beweis zu liefern suchte, daß die Aenderungen nur unwesentlicher Natur seien. Man muß dieser Behauptung beistimmen, denn wir vermögen, um von den läppischen Wortänderungen abzusehen, nicht zu begreifen, was für ein wichtiger Unterschied für Mathias darin liegen konnte, ob er den Vertrag von 1606 dem Kaiser auslieferte oder den Kurfürsten zur Vernichtung übergab. Der Vertrag war seinem vollen Inhalte nach aller Welt seit zwei Jahren bekannt, kein Geheimniß wurde also darin preisgegeben. Bevor aber noch eine Nachricht aus Wien einlief, wie man dort über die angebrachten Korrekturen dachte, wurde das ganze Friedenswerk in Prag selbst wieder in Frage gestellt. Der Herzog von Braunschweig hatte dem Kaiser auch eine Reinschrift des neuen Entwurfes zugeschickt und mehrmals um eine Audienz angesucht, um von ihm die definitive Zusage zu erhalten, daß er vollständig mit Inhalt und Form desselben einverstanden sei. Nach einigen Tagen vergeblichen Wartens und Bittens erhielt er vom Kaiser die Weisung den ganzen Vertrag sowohl Eingang und Schluß wie die einzelnen Artikel in eine kürzere Form zu bringen. Eine wahrhaft bestürzende Nachricht für den armen Unterhändler, denn wer bürgte ihm dafür, daß er sich dieser Arbeit zur Zufriedenheit des Kaisers entledigen und daß Mathias diese abermalige Aenderung billigen werde.**)

Die Ursache eines solchen Benehmens von Seite des Kaisers war tiefer gelegen, als in seinen gewöhnlichen launischen Anfällen. Wir haben bereits erwähnt, daß seine Umgebung auf seine Entschlüsse nachtheilig einwirkte und daß namentlich sein Leibarzt ihn gegen eine Versöhnung mit dem Bruder aufhetzte. Diese Einflüsterungen, seine unglückseligen Verhandlungen mit Gotthard von Starhemberg und die Ueberzeugung, daß der

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Wir haben in dieser citirten Briefstelle nur hie und da ein veraltetes Wort durch ein neues ersetzt.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen ddo. 26. Aug./5. Sept. 1610.

Fürstenkonvent ihm nicht zu dem Verlorenen geholfen habe, sondern ihn nur noch fester an die Verträge von 1608 kettete, brachte ihn zur äußersten Verzweiflung. Wie er schon einmal durch Anhalts Vermittlung die Herrschaft in Oesterreich an sich hatte bringen wollen, so bildete er sich jetzt ein, daß ein Bund mit der Union ihm dazu helfen könne, wozu der Fürstenkonvent sich als unzureichend erwiesen hatte. Es ist das ein monströser Gedanke, die Verbindung des Kaisers mit der Union gegen König Mathias und dennoch faßte er feste Wurzel in den Entschließungen des erstern. Gotthard von Starhemberg bekam von Rudolf den Auftrag nach Mähren und Oesterreich zu reisen und den letzten Versuch zur Gewinnung dieser Länder anzustellen. Auf dem Wege dahin sprach er bei Peter von Rosenberg ein, benachrichtigte ihn im Namen des Kaisers von dessen Entschluß, Hilfe bei der Union zu suchen, und bat ihn zugleich — gleichfalls im Namen Rudolfs — um seinen Beistand, sowohl was die Gewinnung von Mähren und Oesterreich als auch was die Erzielung eines Verständnisses mit der Union betreffe. Die Zögerungen des Kaisers bezüglich der Ratifikation des vorgeschlagenen Ausgleichs mit seinem Bruder hatten nach Starhembergs Erzählung ihren Grund darin, daß er zuerst diese neu angeknüpften Verhandlungen zu Ende führen wollte. Es versteht sich, daß Rosenberg im höchsten Grade über diese Mittheilungen erstaunt war. Gleich wie er im Jahre 1608, von Anhalt am Gängelbande geführt, beigetragen hatte, Mathias' vollständigen Sieg zu vereiteln, so war er auch jetzt bereit auf des Kaisers Wünsche einzugehen, um die Union zur thatsächlichen Beherrscherin der Situation in Oesterreich zu machen und was damit gleichbedeutend war, das Haus Habsburg zu verderben.*) Der Kurfürst von der Pfalz wurde unverweilt von des Kaisers Wünschen in Kenntniß gesetzt und ersucht auf dieselben einzugehen. Das Interessanteste bei dieser Verwicklung ist jedoch, daß zu gleicher Zeit auch Mathias mit der Union auf einen guten Fuß sich zu stellen suchte, während Tschernembl den Kurfürsten von der Pfalz für einen plötzlichen Angriff auf das Passauer Volk zu gewinnen trachtete, um dem Kaiser die letzte Waffe aus der Hand zu nehmen.**) Aber der Kurfürst von der Pfalz lag im Sterben († 9. Sept. 1610) und konnte auf alle diese Anträge weder ablehnend noch eingehend antworten. So blieb auch Rudolfs Antrag ohne Folge.

Anf. Sept.

Von diesen abseitigen Verhandlungen des Kaisers hatte natürlich der Herzog von Braunschweig keine Kenntniß und kam deshalb seinem Auftrage, dem Vergleichsentwurf eine kürzere Form zu geben, ohne Arg mit aller

*) Münchner Staatsarchiv 312/7, 7. Peter von Rosenberg an Kurpfalz ddo. 7. Sept. 1610.
**) Münchner Staatsarchiv 116/2. Tschernembl an Kurpfalz ddo. Linz den 7. Aug. 1610.

Gewissenhaftigkeit nach. Um selbst ja nichts zu versäumen, fing er die Umarbeitung am Abend desselben Tages, an dem ihm der Auftrag geworden war, an, schrieb die Nacht über und brachte schließlich das Konzept zu Ende. Mit seinem neuen Entwurf eilte der Herzog am folgenden Morgen früh um
5 Sept. 1610 6 Uhr in den Geheimrath, um die Arbeit von den Mitgliedern desselben billigen zu lassen. Hier hatte er abermals seine bittere Noth, jeder der Geheimräthe glaubte den Kaiser nachahmen zu müssen, tadelte an den einzelnen Artikeln und Worten, was bisher nie getadelt worden, bis zuletzt alle Zweifel und Schwierigkeiten beseitigt waren. Jetzt ward der Entwurf dem Kaiser eingeschickt, damit er sich über seine Annahme entscheide.

Inzwischen hatte Mathias den im Sinne der Konferenzbeschlüsse vom 27. August revidirten Vertrag zugeschickt erhalten. Erzherzog Ferdinand selbst hatte seinen erprobten Diener Casal mit demselben nach Wien abgeschickt und die Bitte beigefügt, Mathias möge sich die vorgeschlagenen Aenderungen gefallen lassen. Hätte Mathias diesem Wunsche entsprochen, so würde dies, wie ersichtlich ist, nichts geholfen haben, da in Prag abermals eine neue Redaktion zu Stande gekommen war; allein es trat nicht die tragikomische Situation ein, daß Mathias einen Vorschlag annahm, den mittlerweile die eigenen Urheber aufgegeben hatten. Der König war entrüstet, daß von Prag neue Zögerungen ausgegangen waren und statt die unwesentlichen Aenderungen sich gefallen zu lassen, verwarf er dieselben
2 Sept. 1610 vollständig und verlangte von den Mitgliedern des Fürstenkonvents, daß der Kaiser längstens bis zum 10. September den Wiener Vergleich unterzeichne, widrigenfalls er von allen weiteren Verhandlungen zurücktreten werde. Casal schöpfte in Wien die Ueberzeugung, daß der König nicht willkürlich einen so kurzen Zeitraum bestimme, sondern daß er hiezu von den ständischen Ausschüssen gedrängt werde, welche die endlose Verschleppung der Verhandlungen nicht mehr dulden wollten. Waren die Ausschüsse früher, meinte der Herzog von Braunschweig in Folge dieses Berichtes, von einem Teufel besessen, so seien sie es jetzt von sieben.*)

Da Mathias also jede Aenderung ablehnte, traten die Fürsten in eine Konferenz zusammen, um zu berathen, was zu thun sei. Sie entschlossen sich, beim Kaiser auf die unveränderte Ratifikation des zweiten Wiener Entwurfs anzutragen. Die Kurfürsten von Mainz und Köln verfügten sich ins Schloß, ließen den Kaiser um eine Audienz ersuchen und ihm zugleich

---

*) Wiener Staatsarchiv. Mainzer Korrespondenz Bd. VI. Mathias an die Kurfürsten in Prag ddo. 2. Sept. 1610. — Ebendaselbst. Khlesl an die Kurfürsten und Fürsten ddo. 3. Sept. 1610. — Sächs. Staatsarchiv. Braunschweig an Kursachsen ddo. 21. August bis 10. Sept. 1610.

melden, daß, wenn er nicht Zeit habe sie zu empfangen, sie bereit seien, einige Stunden zu warten. Aber der Kaiser hatte sich seit Jahren zu sehr abgehärtet, um einem moralischen Druck so leicht nachzugeben, mochte er von welcher Seite immer kommen; er ließ dem Kurfürsten von Mainz zur Antwort geben, daß er ihn empfangen werde, wenn er etwa seinen Abschied nehmen wolle, nicht aber, wenn es sich um Geschäfte handle. Um sicher vor jedem Ueberfall zu sein, verriegelte sich Rudolf überdies in seinem Zimmer.*)

So zurückgewiesen verfaßten darauf die Kurfürsten mit ihren Kollegen ein Memoire, welches sie dem Kaiser durch Erzherzog Leopold zuschickten**) und in dem sie Artikel für Artikel des Wiener Entwurfs durchgingen und deren Annehmbarkeit zeigten. Allein was konnten logische Beweise bei einem Fürsten fruchten, der sich auf die eben erzählte Weise die ersten Reichsfürsten vom Halse hielt, weil er ihren Forderungen keine stichhältigen Gründe entgegensetzen konnte und diejenigen, durch die er sich bestimmen ließ, nicht mittheilbar waren. Nichtsdestoweniger würdigte er das Memoire einer nähern Einsicht, machte zu den einzelnen Punkten seine Bemerkungen und gab endlich den Auftrag zur Abfassung eines neuen und kürzern Entwurfes, dessen Grundlage die Anerkennung der Liebner Verträge bilden sollte. Solchergestalt ward auch der Entwurf, welchen der Herzog von Braunschweig in der Nacht vom 4. auf den 5. September verfaßt hatte, einfach bei Seite geschoben. Wiewohl die beiden in Prag anwesenden Kurfürsten abermals Einwendungen gegen die definitive Beiseitesetzung des Wiener Vertrags erhoben, so nahmen sie doch an den Berathungen Antheil, in denen der neue Text festgesetzt werden sollte, wobei der Erzherzog Leopold 6. Sept.
die Interessen des Kaisers vertrat.***) Rasch kam ein neuer Entwurf 1610
zu Stande, der nach dem Wunsche Rudolfs nur aus einer geringen Anzahl von Artikeln, nämlich aus sieben, bestand. In dem ersten wurde die Abbitte nach der bereits verfaßten Formel festgesetzt, im zweiten sollte Mathias versprechen, daß er die geschehene Abtretung der Länder als eine besondere Wohlthat und Gnade des Kaisers anerkennen und für die cedirten österreichischen Länder ihm als seinen Lehensherrn die schuldige Pflicht leisten wolle. Im dritten, vierten, fünften und sechsten Artikel sollte Mathias versprechen, daß er nichts feindseliges gegen den Kaiser

*) Hurter Bd. VI S. 327.

**) Wolfenbüttler Archiv. Memorial pro Ertzherzog Leopolden, so er bei der Kaiserlichen Audienz in acht nehmen soll.

***) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll so den 27 Aug./6 Sept. gehalten in consilio Electorum.

unternehmen, etwaige gegen ihn eingegangene Bündnisse hiemit kassiren und sich mit barbarischen Völkern und ausländischen Herrschern, namentlich den Türken, ohne Vorwissen des Kaisers in keine Verhandlungen einlassen wolle. Im siebenten Artikel wurde bestimmt, daß binnen Monatsfrist nach Ratifikation dieses Vertrags der Kaiser und der König ihr Kriegsvolk entlassen sollten, wofern es aber bis dahin aus wichtigen Gründen nicht geschehen könnte, sollte keiner sein Kriegsvolk gegen den andern gebrauchen.*)

Dieser neue Entwurf war bis auf einen Punkt sehr günstig für Mathias gehalten, es wurde von ihm weder die Auslieferung des Vertrags von 1606 verlangt noch auch die Zahlung einer jährlichen Pension von 50.000 Gulden nebst dem Deputat von 2000 Eimern Wein, deren Erhöhung der Kaiser früher so heftig verlangt hatte und jetzt aus freien Stücken fallen ließ. Dagegen war der Artikel, in welchem dem Könige die Leistung der Grenzhilfe gegen die Türkei versprochen worden, ausgelassen, ein Artikel, den Mathias für sehr nöthig hielt, weil er nicht anders die Truppen in den Grenzfestungen besolden konnte. Es war sonach vorauszusehen, daß diese Auslassung dem Könige neuen Anlaß zur Unzufriedenheit geben werde. Am 10. September Abends unterzeichnete der Kaiser den neuen Entwurf und mit ihm die Kurfürsten von Mainz und Köln, die Erzherzoge Maximilian Ferdinand und Leopold, der Herzog von Braunschweig und der Graf von Gamalerio.*) Den so unterzeichneten Vertrag nahm der Herzog in seine Wohnung, um am andern Tag mit demselben nach Dresden zu Christian II zu reisen, damit auch dieser seine Unterschrift beisetzen könnte. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der auch bereits Prag verlassen hatte, wurde, weil er mittlerweile nach Köln gereist war, wegen zu großer Entfernung nicht aufgesucht. Kaum war der Herzog von Prag weggereist, so bereute der Kaiser den Entwurf unterzeichnet zu haben und verlangte von Hannewaldt die Zurückstellung desselben. Diese Laune, welche wegen der Abreise des Herzogs nicht befriedigt werden konnte, war nur eine vorübergehende, denn als derselbe wieder nach Prag zurückkam, um sich nach Wien zu begeben, wurde er nicht weiter aufgehalten. So langte er bei Mathias glücklich am 18.
1610 September an.

In Wien wurden von Mathias die leicht vorauszusehenden Einwendungen erhoben. Er beschwerte sich zuerst darüber, daß der neue Vertrag nichts von einer Grenzhilfe enthalte und daß der Kaiser auch sein früheres Versprechen, sich bei dem Reiche um die Erwirkung einer solchen zu verwenden, mit Stillschweigen übergangen habe. Dann äußerte er un-

*) Archiv von Wolfenbüttel.

verholen sein Mißfallen über die unbestimmte Fassung des Artikels, welcher die Entlassung des Passauer Volkes stipulirte. Ungeachtet aller Versicherungen des Kaisers, daß dasselbe zu keinem Angriff gegen Mathias verwendet werden solle, mußte Jederman einsehen, daß seine Entlassung aus gewissen geheimen Absichten unablässig verzögert werde. Mathias bemerkte mit richtigem Blick in die Zukunft, daß trotz aller Friedensversicherungen das Volk zuletzt wegen Nichtbezahlung meutern und ihn angreifen dürfte. Der Herzog von Braunschweig suchte dagegen in einem eigenen Memoire den Kaiser zu rechtfertigen, daß er von dem Wiener Entwurf abgegangen sei und einen neuen verfaßt habe. Dem Kaiser zieme es, das letzte Wort zu haben und sich nicht von anderen Zahl und Wortlaut der Artikel vorschreiben zu lassen. Dann auf den neuen Entwurf übergehend begann er nachzuweisen, daß derselbe in allem wesentlichen mit dem Wiener Entwurfe übereinstimme. Er mußte jedoch selbst zugeben, daß dieser Nachweis hinke und daß die Einwürfe des Königs wegen der Grenzhilfe und des Passauer Volkes nur zu wohl begründet seien. Von aufrichtigem Wunsche beseelt, das Friedenswerk zu fördern, schrieb er an die in Prag anwesenden Fürsten, deren Zahl sich mittlerweile durch die Abreise des Kurfürsten von Mainz wieder um einen vermindert hatte, und bat sie, sich beim Kaiser zu verwenden, auf daß des Königs Anstände behoben würden. In der That erlangten dieselben von Rudolf das allerdings nur mündliche Versprechen, daß er das Passauer Volk binnen Monatsfrist entlassen und beim deutschen Reichstag sich für die Gewährung von Reichshilfen für Mathias verwenden wolle. Von diesen Versprechungen benachrichtigten die Fürsten den Herzog und dieser zeigte es dem Könige an, der sich jedoch damit nicht begnügte, sondern verlangte, daß letzterer ihm das Original des Schreibens, welches die Zusagen enthielt, überlasse und sich mit einer beglaubigten Abschrift begnüge, übrigens aber noch für seine Person die Abdankung der Passauer verbürge. Beiden Forderungen genügte der Herzog und auf dieses hin unterzeichnete Mathias den Prager Vertrag, wie er 30 Sep. 1610
am 10. September redigirt worden war. Da derselbe bereits des Kaisers Unterschrift hatte, so war endlich die langwierige Verhandlung zu Ende, der Streit zwischen den Brüdern ausgeglichen und der Friede dem Anscheine nach sichergestellt.

Vermöge des ersten Artikels des abgeschlossenen Vertrags sollte Mathias den Kaiser durch die Erzherzoge Maximilian, Ferdinand und den Herzog von Braunschweig nach einer im voraus entworfenen Formel um Verzeihung bitten. Es wurde hiezu ursprünglich der 8. Oktober bestimmt, weil bis zu diesem Tage die Rückkunft des Herzogs in Prag erwartet wurde. Da er jedoch nicht ankam, wurde von seiner Betheiligung mit Zu- 9. Okt. 1610
stimmung des Kaisers Umgang genommen und der folgende Tag zur Lei-

stung der Abbitte festgesetzt. Die beiden Erzherzoge erschienen begleitet von dem Grafen Gamalerio in der Burg, wo ihrer der Kaiser umgeben von den Mitgliedern des Geheimraths und den obersten böhmischen Landesbeamten harrte. Bevor noch die Erzherzoge der Abrede gemäß die vorgeschriebene Abbitte leisten konnten, erklärte der Kaiser, der an einem Tische gelehnt da stand, daß er die Abbitte als geschehen betrachte. Maximilian dankte für diese freundliche Zuvorkommenheit im Namen seines Bruders Mathias und zerriß den Vertrag von 1606 vor den Augen des Kaisers in mehrere Stücke, welche er dem Erzherzog Ferdinand überreichte, damit sie dieser dem Könige zustelle. Nach diesem Vorgange verließen alle Anwesenden den Audienzsaal bis auf den Kaiser und die beiden Erzherzoge, die sich in vertraulicher Weise etwa eine Viertelstunde lang unterhielten. Bei dieser Gelegenheit bat Erzherzog Maximilian für seine Person um Verzeihung, wenn er den Kaiser irgendwie beleidigt habe, worauf letzterer entgegnete, er wisse sich keiner Beleidigung zu erinnern, danke aber dem Bruder für seine freundlichen Anerbietungen. Bei dem Abschiede begleitete Rudolf die Prinzen bis zur Thür des Vorgemachs mit entblößtem Haupte und benahm sich ebenso höflich als freundlich. Nachmittags reisten dieselben ab und hiemit endeten die Verhandlungen des Konvents.*)

IV

Es ist erzählt worden, daß das Einladungsschreiben, mittelst dessen der Kaiser die Fürsten nach Prag geladen hatte, vier Punkte enthielt. Die zwei ersten betrafen Jülich und die Aussöhnung mit Mathias. Wir können die Geschichte des Fürstenkonventes nicht schließen ohne auch zu berichten, welche Erledigung die zwei letzten gefunden haben, welche die Restitution von Donauwörth und die Bestimmung der Nachfolge im Reiche betrafen. — Da der Konvent in Bezug auf letztere der Initiative des Kaisers nicht vorgreifen wollte, dieser aber hierüber keine Eröffnungen machte, lenkte sich die Aufmerk-
19. Mai samkeit vorerst auf Donauwörth. Die eigentliche Berathung hierüber brachte
1610 der Kurfürst von Mainz auf die Bahn, indem er auf ein Aktenstück aufmerksam machte, welches die Union erst kürzlich aus Schwäbisch-Hall an den Kaiser abgeschickt hatte. In diesem Schreiben, das an die vergebliche Gesandtschaftsreise Anhalts nach Prag erinnerte, begehrten die Fürsten der Union nicht nur die völlige Restitution Donauwörths, sondern wiederholten auch einige andere Forderungen, welche von ihnen bereits mehrmals, zuletzt aber durch

---

*) Wolfenbüttler Archiv. Maximilian und Ferdinand an den Herzog von Braunschweig ddo. 9. Okt. — Hurter Bd. VI. S. 677.

Anhalt bei seiner Anwesenheit in Prag erhoben worden waren, nämlich die Abschaffung der Jurisdiktion des Reichshofraths und das Gesuch um Verbesserung des kaiserlichen Regiments durch Entfernung aller den Protestanten feindlicher Räthe. Außer diesen Forderungen enthielt das Schreiben noch vielerlei Klagen und beispielsweise Anführungen erlittener Verkürzungen, worunter einige der schreiendsten in der uns sattsam bekannten trübseligen Regierungsweise des Kaisers ihren Grund hatten. *)

In Folge der Zuschrift der Union beschränkten sich die Berathungen des Konvents nicht allein auf Donauwörth, sondern dehnten sich auch auf alle übrigen von derselben erhobenen Beschwerden und Wünsche aus. Theils wollten die Fürsten den Kaiser durch ihre Gesammterklärung gegen einzelne nach ihrer Meinung unbillige Angriffe der Union schützen, theils aber auch zur Abstellung oder Reformirung dessen, was sie selbst für fehlerhaft ansahen, veranlassen. So kam es, daß die Verhandlungen, die ursprünglich nur Donauwörth betreffen sollten, allmälig sich über den gesammten Zustand des deutschen Reiches erstreckten. Selbst wenn man an die Konventsfürsten keine übertriebenen Anforderungen stellt und nicht von ihnen verlangt, daß sie sich mit einer kühnen Reichsreform beschäftigen, sondern nur daß sie auf der Basis des bestehenden Rechtszustandes mögliche Verbesserungen anstreben sollten, muß man gestehen, daß dieselben hiezu nicht tauglich waren. Sie waren wohl von einem Gefühle der Gerechtigkeit beseelt und gern bereit den Wünschen der protestantischen Reichsstände Rechnung zu tragen, alles dies aber mit einer solchen Schläfrigkeit und Unsicherheit, wie sie auch ihre übrigen Verhandlungen charakterisirt. Die ganze Versammlung war eines Sinnes, daß die Restitution von Donauwörth nicht länger hintangehalten werden dürfe und setzte nur zur Bedingung, daß Maximilian von Baiern für die aufgewandten Exekutionskosten entschädigt werde. Somit ward der Streit wegen Donauwörth in gerechter Weise entschieden und es hatte den Anschein, daß der Beschluß des Konvents um so schneller zur Durchführung kommen würde, als der Kaiser demselben nicht im mindesten entgegen war. Allein wir wissen, daß das Schicksal der Reichsstadt weder durch die unparteiische Anschauung des Prager Kongresses noch durch des Kaisers zustimmende Haltung verändert ward und daß ihre Reichsunmittelbarkeit für immer verloren ging. Was war die Ursache ihres Falles? Mag es auch der bisherigen geschichtlichen Auffassung nicht entsprechen, so ist es deshalb nicht minder wahr: die bleibende Occupation Donauwörths ist mehr die Folge eines Zufalls als die eines beharrlich festgehaltenen Planes. Der Kaiser hatte kein persönliches Interesse, die Reichs-

---

*) Mainzer Diarium.

stadt dem Herzog von Baiern zu überlassen; wenn die Restitution von Donauwörth von selbst hätte erfolgen können, würde er die Thatsache ohne Widerspruch anerkannt haben. Aber daß er dem Herzog gegenüber befehlend aufgetreten wäre, daß er dessen billige Forderung nach Kostenersatz etwa aus eigenen Mitteln befriedigt hätte, dazu war er nicht der Mann. Das gänzliche Auseinanderfallen des deutschen Staatsorganismus in dieser Zeit und wohl auch die berechnende Schlauheit Maximilians sind die wahre Ursache des Falles von Donauwörth, nicht des Kaisers oder der katholischen Fürsten unduldsamer Sinn gegen die Protestanten. Die katholischen Kurfürsten waren, so weit wir sie kennen, schwache und aller Energie bare Leute, der Kaiser selbst aber, der nach einem Bündniß mit der Union strebte, gewiß kein grundsätzlicher Gegner der Protestanten.

Weniger günstig urtheilte der Konvent über jenen Punkt des Schwäbisch-Haller Schreibens, welcher die Abschaffung der Gerichtsbarkeit des Reichshofraths betraf. Es läßt sich nicht läugnen, daß die Existenz zweier Gerichte mit konkurrirender Gerichtsbarkeit wie das Reichskammergericht und der Reichshofrath eine eigenthümliche Anomalie war, aber es ist zugleich bekannt, daß die Union diese Anomalie nicht zum Zwecke einer einheitlichen Justiz sondern zur Vernichtung jeder andern Auktorität als der landesherrlichen abschaffen wollte. Diesen Sinn hatten die Angriffe der pfälzischen Partei auf den letzten Reichstagen des 16. Jahrhunderts und denselben Sinn hatten die neuen Angriffe der Union. Die Partei im Reiche, welche die vorzugsweise kaiserliche war, nämlich die geistlichen Fürsten, zu der sich im Augenblicke auch Kursachsen gesellte, verwarf deshalb ohne Umschweife die Angriffe gegen den Reichshofrath und seine Gerichtsbarkeit aus dem einzigen Grunde, weil sie den Rest kaiserlicher Auktorität nicht antasten wollte. Gleichwohl waren auch die Mitglieder des Prager Konvents nicht blind für die Uebelstände, welche bei dem in vieler Beziehung gleichartigen Wirkungskreis des Reichshofraths und Reichskammergerichts eintreten mußten. Der Kurfürst von Köln lenkte zunächst die Aufmerksamkeit darauf und erklärte es als eine Nothdurft, daß derselbe gehörig geschieden und genau bestimmt werde, was fortan dem einen oder dem andern Gerichte zu gehören habe. Die übrigen stimmten bei und damit war dieser Punkt erledigt.

13 Aug. 1610 Eine günstigere Aufnahme erfuhren beim Konvente die Beschwerden der Union über die Mängel des kaiserlichen Regiments und über die Personen, welche an der Spitze desselben standen. Zwar ihre Klage gegen einzelne Mitglieder des Reichshofsraths, daß dieselben den Protestanten feindlich seien und deshalb zu entfernen wären, wurden nicht weiter gewürdigt, sonst aber verurtheilte der Konvent eben so wie die

Union die Art und Weise, wie das Reichsregiment in Prag geführt wurde. Man klagte, daß die Expedition maßlos lang auf sich warten lasse, daß im Reichshofrath Unordnungen aller Art eingerissen seien, die eine Visitation desselben dringend nöthig machten, man gab zu, daß es unter den Räthen keine Einigkeit gebe, obwohl diese für die Besorgung der Geschäfte nöthig sei. Der Konvent machte den Kaiser auf diese und andere Uebelstände aufmerksam, erhielt aber von ihm keine Antwort. Der Kurfürst von Mainz ließ sich durch dies bezeichnende Stillschweigen nicht abschrecken, sondern ergriff bei Audienzen mehrmals die Gelegenheit dem Kaiser eine Reform seiner Regierungsweise zu empfehlen, allein stets mit gleich mißlichem Erfolge. Die Folge war, daß bei den Debatten des Konvents eine sichtliche Gereiztheit hervortrat, Schweikhart von Mainz sprach davon, daß die Kurfürsten von Amtswegen einschreiten müßten und daß die Berufung eines Kurfürstentages wohl das beste Mittel sein dürfte, um die Reform in Angriff zu nehmen. Unmerklich gerieten die Mitglieder des Konvents in den Ton heftiger Klage, ja sie verstiegen sich selbst bis zu Drohungen. Bei diesem Versuch sich zu emancipiren verblieb es aber, wie es von ihrer Charakterschwäche nicht anders zu erwarten war, wie hätten sie sonst die Anomalie begehen können, den Ungarn und Oesterreichern eine Regierung zu empfehlen, wenn sie dieselbe anders als mit Worten hätten verdammen können. Zuñiga spottete der Versuche des Konvents eine Reform der Reichsregierung herbeizuführen, das Uebel liege, meinte er, nicht in den Werkzeugen sondern im Haupte selbst. *)

Länger als drei Monate hatte bereits der Konvent in Prag getagt und noch hatte der Kaiser denselben nicht aufgefordert, sein Gutachten über die Bestimmung der Succession im deutschen Reiche abzugeben. Die Folge war, daß die Fürsten die Verhandlungen über diesen Gegenstand selbst aufschoben, bis sie endlich des Wartens müde in der Sitzung vom 13. Au- 1610
gust deshalb eine schriftliche Vorstellung an den Kaiser zu richten beschlossen.**) Nachdem das zu diesem Ende ausgearbeitete Memoire an den Kaiser abgeschickt worden, kam diese Angelegenheit in dem Konvente nicht mehr zur Berathung. Nichtsdestoweniger ruhte dieselbe nicht, sondern die Kurfürsten begaben sich ohne Mitwissen der übrigen Konventsmitglieder in abseitige Verhandlungen mit dem Kaiser, die zu einem eigenthümlichen Resultate führten, nämlich zu dem Beschlusse dem Erzherzog Leopold die Nachfolge im deutschen Reiche zuzusichern. Bevor wir die Vorgänge, die diesen ebenso merkwürdigen wie verderblichen Beschluß herbeiführten, erzählen können, müssen

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. August 1610.

**) Mainzer Diarium.

wir hier noch berichten, was über die Bestimmung der Nachfolge vor der Eröffnung des Konventes verhandelt worden war.

Die Bestimmung der Nachfolge hatte die geistlichen Kurfürsten viele Jahre beschäftigt und es ist erzählt worden, daß sich dieselben durch Anhalts Intriguen bestimmen ließen dem Erzherzog Maximilian die Erhebung auf den Kaiserthron geradezu zu versprechen. Die Ereignisse des Jahres 1608, die Begründung der Union und die dadurch herbeigeführte Störung des bis dahin anscheinend freundlichen Verhältnisses zwischen Kurpfalz und den rheinischen Kollegen machten, daß die Kandidatur Maximilians fallen gelassen wurde. Nichtsdestoweniger beschäftigten sich die geistlichen Kurfürsten unablässig mit dieser Angelegenheit und ihr Eifer bekam neue Nahrung, als der Kaiser auch in Böhmen während der Wirren, die zur Ertheilung des Majestätsbriefes führten, um den letzten Rest von Ansehen gekommen war. Es wurde von einem und dem andern die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, den Kaiser abzusetzen oder ihm einen Koadjutor selbst gegen seinen Willen zu geben. Dies war der Stand der Successionsfrage im Juli 1609.

Es versteht sich von selbst, daß Spanien ein außerordentliches Interesse an diesen Vorgängen nahm. Zuñiga war durch seine Späher mit den Absichten der geistlichen Kurfürsten bekannt geworden und hatte hierüber
15 Aug. 1609 umständlich nach Hause berichtet. Die Folge war, daß im spanischen Staatsrath ernstlich die Frage erörtert wurde, ob es in diesem Fall nicht am besten sei, wenn Mathias sich auch Böhmens bemächtige, um als Kurfürst die Wahl auf seine Person lenken zu können.*) Da jedoch dieser Weg zu gefährlich schien, wurde er nicht weiter berücksichtigt, ebensowenig wollte man in Spanien von einer Absetzung des Kaisers etwas wissen, weil dies ein folgenschwerer Angriff gegen ein gekröntes Haupt sei und so einigte sich der Staatsrath dem Könige zu empfehlen, nochmals Versuche bei Rudolf zu machen, die Wahl eines römischen Königs, der sein Koadjutor sein sollte, zuzugeben, *gleichgiltig ob er dem Hause Oesterreich angehöre oder nicht*, wenn er nur katholisch und kein französischer Prinz sei. So sehr verzweifelte man bereits in Spanien an den Aussichten des eigenen Hauses.

Kaum hatte der Staatsrath in dieser Weise sich über die Nachfolge im Reiche entschieden, als neue Nachrichten dieser Angelegenheit eine ganz veränderte Richtung gaben. Der bei Erzherzog Albrecht in Brüssel weilende Nuncius hatte sich mit diesem über den Zustand in Deutschland besprochen und als einzige Rettung vor dem Verderben die Wahl Philipps III zum

---

*) Simancas 709/68. Der Staatsrath an Philipp III ddo. 3 Okt. 1609.

römischen Könige empfohlen. Erzherzog Albrecht stimmte bei und forderte den Nuncius auf, den Papst zu bitten, daß dieser selbst dem Könige von Spanien die Annahme der römischen Königskrone empfehle. Ueber alles dies erstattete der Marquis von Spinola nach Hause Bericht.*) 27 Sep. 1609.

In dem Staatsrath, welcher über die dem Könige von Spanien sich darbietende Gelegenheit zur Besteigung des deutschen Thrones sich berathen sollte, saßen die Herzoge von Lerma und Infantado, der Großkommandeur von Leon und der Konnetable von Kastilien. Der geringe Nutzen, den Spanien von der Verbindung hatte, in welcher es bisher zu Deutschland stand, war zu augenfällig, als daß nicht selbst in einem spanischen Staatsrath einzelne Stimmen sich gegen eine noch engere Knüpfung des bereits bestehenden Verhältnisses ausgesprochen hätten. In der That mißbilligte der Großkommandeur von Leon den Versuch, Philipp III die deutsche Krone zu verschaffen und machte auf die unausweichlichen großen Ausgaben aufmerksam. In ähnlicher Weise sprach sich auch der Kannetable von Kastilien aus, meinte jedoch, daß zur Vermeidung größerer Uebel, etwa einer Wahl Heinrichs IV auf den deutschen Thron, der König die angebotene Krone nicht werde abweisen können. Anders urtheilte jedoch der eitle Herzog von Lerma, indem er angelegentlich für die Bewerbung um die deutsche Krone stimmte. Seine Gründe waren bis zu einem gewissen Grade stichhältig, lieferten aber zu gleicher Zeit einen vollgiltigen Beweis für die falsche Richtung, welche die spanische Politik vermöge der unnatürlichen Ausdehnung der Monarchie eingeschlagen hatte. Lerma sprach sich für die Erhebung Philipps III auf den deutschen Thron aus, weil auf jeden Fall Spanien allein die Kosten für die Erhaltung eines dem Hause Habsburg angehörigen deutschen Kaisers zu tragen haben werde. Die Geschichte der jüngsten Zeit biete ein lehrreiches Beispiel. Philipp II habe die Niederlande von seiner Monarchie abgetrennt und sie an Isabella abgetreten, um dem spanischen Staatsschatz eine Erleichterung zu verschaffen. Diese Berechnung habe sich als eitel gezeigt, Spanien trage nach wie vor die niederländische Last. Sei Philipp III deutscher Kaiser, so erlitten seine Ausgaben keinen Zuwachs und er könne seiner Zeit die deutsche Krone auf das Haupt eines seiner Söhne übertragen. Lerma stimmte also dafür, daß Zuñiga alle Chancen, die für des Königs Erhebung günstig seien, studiere und dieselben zu vermehren trachte. Der Herzog von Infantado, der letzte von den Staatsräthen, der seine Meinung abgab, überbot in echter Höflingsart den Herzog von Lerma. Er dankte Gott, daß der König sich der deutschen Angelegenheiten annehmen wolle; da nicht zu zweifeln sei, daß alle

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 29. Okt. 1609.

Umstände zu seiner Erhebung günstig einwirken werden, so sei zu hoffen, daß in Deutschland alles wieder in Ordnung kommen, für Italien aber von dort aus eine günstige Einwirkung nicht ausbleiben werde. Vielleicht sah der staatskluge Infantado bereits im Geiste die deutschen Fürsten demüthig im spanischen Staatsrath Platz nehmen und das Spanien beglückende Institut der Inquisition, welches in seiner Anwendung auf die Niederlande so treffliche Resultate zu Wege gebracht, in Deutschland seine Wirksamkeit ausüben.*) So berathen von seinem Kabinet ertheilte Philipp III seinem
11 Nov. 1609 Gesandten Zuñiga den Befehl Nachforschungen anzustellen, welche Aussichten seine Kandidatur um die römische Königskrone haben dürfte. Dieser
Ende Nov. o. Anfg. Dez. Auftrag, der sich vorläufig nur auf Nachforschungen bezog, wurde jedoch schon einige Tage später, wahrscheinlich in Folge eingegangener Nachrichten, dahin verändert, daß Zuñiga geradezu aufgefordert wurde, für die Wahl Philipps III, oder wenn dies nicht ginge, für die des Erzherzogs Ferdinand zu wirken. Weshalb mit einemmale in Spanien dieser Prinz begünstigt wurde, wissen wir nicht anzugeben.

Auf den am 11. November an ihn abgeschickten Befehl nachzuforschen, welche Aussichten die Kandidatur seines Monarchen habe, erwiederte Zuñiga, dieselbe würde vielleicht vom Kaiser selbst unterstützt werden, aber nur unter der Bedingung, wenn der König nie nach Deutschland käme.**) Was die katholischen Fürsten betreffe, so würden diese Philipp III dagegen nur dann wählen, wenn er nach Deutschland käme, um den gegenwärtigen Mißverhältnissen ein Ende zu machen; in diesem Falle wäre auf die Kurfürsten von Mainz und Trier mit ziemlicher Sicherheit zu rechnen, selbst auf das protestantische Sachsen wäre zu hoffen und eine freudige Zustimmung des Erzbischofs von Salzburg, der Bischöfe von Würzburg und Bamberg sei so ziemlich gewiß. Dagegen sei auf Kurköln um Baierns willen nicht zu rechnen und Mathias selbst würde die Vereitelung seiner Hoffnungen ebenso schwer ertragen, als die Grazer Linie eine so weitgehende Einmischung des Königs in die deutschen Angelegenheiten bitter empfinden; bei alledem sei nicht zu vergessen, daß Heinrich IV nicht müßig bleiben werde. Dieser Bericht Zuñiga's statt in Spanien ernüchternd zu wirken, fachte im Gegentheil die Hoffnungen noch mehr
12 Jan. 1610. an. Der Großkommandeur von Leon suchte seine frühere unkluge Vorsicht gut zu machen und sah in der Erhebung des Königs allerlei Vortheile, die ihm früher entgangen waren. Er verlangte deshalb, Zuñiga solle zu den einzelnen Kurfürsten reisen, um die Wahlangelegenheit zu fördern;

---

*) Simancas 709. Der Staatsrath an den König ddo. 30. Okt. 1609.
**) Simancas 709/106.

vorläufig empfahl er die Ansammlung eines bedeutenden Schatzes, da man seiner nöthig haben würde. Auch der Konnetable von Kastilien machte seinen frühern Fehler in ähnlicher Weise gut, das ganze Kabinet war eine Stimme, um Philipp die Bewerbung um die deutsche Krone zu empfehlen. *) Allen wogen die finanziellen Schwierigkeiten gering, wiewohl der königliche Schatz leer war und eine so tiefgreifende Einmischung in die deutschen Angelegenheiten für Spanien eine Wiederauflage des holländischen Drama's, wenn auch nur von seiner die Finanzkräfte erschöpfenden Seite, zur Folge haben konnte.

Der spanische Kaisereifer wurde indessen etwas abgekühlt, als Zuñiga auf die, Ende November oder Anfangs Dezember 1609, an ihn ergangene Aufforderung ohne Säumniß für die Kandidatur Philipps oder Ferdinands zu wirken, mit einer Darlegung aller Schwierigkeiten bei einem solchen Unternehmen antwortete. Sich um den deutschen Thron bewerben, 30 Jan. 1610
bedeutete nach Zuñiga so viel, als sich „in ein Meer von Schwierigkeiten stürzen mit der Verpflichtung allen die Stirne zu bieten." Zuñiga wiederriet definitiv jede Kandidatur von Seite seines Herrn; um jedoch nicht allzusehr bei ihm anzustoßen, suchte er sich mit der Auktorität des kurz vordem verstorbenen San Clemente zu decken, dessen Urtheile in deutschen Angelegenheiten in Spanien ein großes Gewicht beigelegt wurde, da er 27 Jahre als Gesandte am Kaiserhofe geweilt hatte. Zuñiga machte darauf aufmerksam, daß San Clemente stets mit aller Entschiedenheit jede Maßregel verworfen habe, durch welche die Succession im Reiche von den im Hause Oesterreich zunächst berechtigten Prinzen abgelenkt würde. Daran müsse man nach San Clemente mit unverbrüchlicher Treue festhalten, daß niemand anderer Rudolfs Nachfolger werde, als Mathias und in dessen Ermanglung Maximilian oder Albrecht. Dann bleibe noch immer Raum für die Erhebung eines der Infanten. Denn keiner von den vier Brüdern werde voraussichtlich Kinder haben, Philipp dürfte für einen seiner Söhne Böhmen erwerben und durch diesen Besitz ihm auch die Kaiserkrone verschaffen. Die Bemerkung Zuñiga's, daß Philipp nach dem Aussterben der männlichen Nachkommenschaft Maximilians II für seinen Sohn Ansprüche auf Böhmen erheben könnte, hing mit einem Rechtsanspruch zusammen, den San Clemente zuerst herausgefunden. Nach der Ansicht des letztern hatte die spanische Linie der Habsburger, weil abstammend von einer Tochter Maximilians II, nähere Anrechte auf den Besitz von Böhmen, Ungarn und Oesterreich als die Grazer Seitenlinie. **) Eignete sich Philipp III die

*) Simancas 709/106. Der Staatsrath an den König ddo. 12. Jannar 1610.

**) Die Ansprüche der spanischen Linie auf die Besitzungen Maximilians II nach dem

Anschauung San Clemente's an, so war er allerdings nach dem kinderlosen Tode Rudolfs und seiner Brüder auch der nächstberechtigte Prätendent für die deutsche Kaiserwürde, da diese nach der allgemein im Reiche giltigen Annahme auf dem Besitze der böhmischen Krone beruhte. Indem Zuñiga mit aller Schärfe gegen eine unmittelbare Kandidatur Philipps sich aussprach, zeigte er doch perspektivisch die Möglichkeit einer solchen ohne den Grundprinzipien der legitimen Erbfolge nahezutreten. Aus demselben Grunde trat er der Kandidatur Ferdinands entgegen. Er wies darauf hin, daß sie zu dem heftigsten Zerwürfniß zwischen diesem Prinzen und Mathias führen und daß sie die Realisirung der Pläne Philipps auf die Erwerbung der österreichischen Besitzungen für sich oder seine Söhne vereiteln würde.

Aus der spätern Haltung Zuñiga's ist ersichtlich, daß er es nicht so ernst mit der Geltendmachung der Ansprüche der spanischen Linie auf das österreichische Erbe nahm, es ist vielmehr die Vermuthung gerechtfertigt, daß er seinen Souverain mit Hoffnungen auf die Zukunft zu befriedigen suchte, um ihn für die Gegenwart von dem verderblichen Schritte einer Bewerbung um den deutschen Thron abzuhalten. Seine Vorstellungen fanden soviel Beachtung, daß sowohl der König wie sein Staatsrath die Bewerbung um den deutschen Thron aufgaben und Zuñiga's Rathschlägen, daß man für die erfolgreiche Kandidatur des Königs Mathias wirken müsse, zustimmten. Dies war die Stellung, welche Spanien zur Successionsfrage einnahm, als sich der Konvent in Prag versammelte.

Die ärgerliche Stimmung der geistlichen Kurfürsten, welche sich ein Jahr zuvor in der Drohung Rudolf abzusetzen Luft gemacht hatte, war noch nicht ganz geschwunden, als sie sich zum Konvent in Prag einfanden. Als sie daselbst die Ueberzeugung gewannen, daß eine Versöhnung zwischen Rudolf und Mathias nicht so leicht herzustellen sein werde und andererseits die Verbindung zwischen der Union und Heinrich sie doch auch mit einiger Besorgniß erfüllte, machten sie ihrem Unmuth durch eigenthümliche Aeußerungen Luft. Zuñiga schrieb nach Hause, die Kurfürsten hätten die Absicht, wenn es mit der Liga schlecht ginge, den König von Frankreich auf den
8. Mai 1610 deutschen Thron zu erheben, um sich vor ihm sicherzustellen.*) Es ist keineswegs anzunehmen, daß der spanische Gesandte seine Mittheilung aus

unbeerbten Tod der Söhne desselben wurden später (1613—1617) ernstlich erhoben und bildeten den Gegenstand langer Verhandlungen, wie wir in einem andern Werke erzählen werden. Man sehe übrigens hierüber die zweite Anmerkung auf S. 39 des ersten Bandes dieses Werkes.

*) Simancas 709/104. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Briefe vom 8. und 21. Mai.

einer trüben Quelle geschöpft und daß er seinen Herrn mit unverbürgten Gerüchten allarmirt habe. War seine Angabe aber richtig, so macht sie uns einigermaßen die ruhige Haltung der geistlichen Kurfürsten, als die Jülicher Frage im Konvente zur Sprache kam, erklärlich. Möglicherweise hat sich in ihrem Geiste der Entschluß festgesetzt, im Falle die Dinge am Rhein schlimm gehen sollten, das Protektorat Frankreichs anzurufen und Heinrich die deutsche Krone anzubieten. Solche verzweifelte Hilfsmittel sind allemal die letzte Zuflucht energieloser Leute, wenn die Gefahr über sie hereinbricht. Selbst nach dem Tode Heinrichs, der doch die von Frankreich drohenden Gefahren verminderte, warnte Zuñiga vor den geistlichen Kurfürsten; er versicherte abermals seinen König, daß dieselben gegebenen Falls im Stande wären, wenn Frankreich es wünschte, alle Habsburger vom deutschen Throne auszuschließen. Der Gesandte suchte deshalb auf diese während ihrer Anwesenheit in Prag ununterbrochen einzuwirken, um sie von derlei Gedanken abzubringen, was ihm auch vollkommen gelang.*)

Die Folge dieser schwankenden Gesinnung der Kurfürsten war, daß sie die Successionsfrage lange Zeit in Prag nicht zur Sprache brachten. Als jedoch der Termin ihrer Abreise näher rückte und der jammervolle Verlauf der Verhandlungen zwischen Rudolf und Mathias ihnen die Nothwendigkeit wieder vor die Augen rückte, dem Kaiser einen Koadjutor zu geben, brachte Schweikhart von Mainz als der angesehenste unter den versammelten Fürsten die Succession selbst in Anregung. Nach einigen Verhandlungen einigten sich die drei Kurfürsten in einer schriftlichen Eingabe, in der sie den Kaiser dringend mahnten einen ihm genehmen Nachfolger zu bestimmen. **) Keineswegs also drängten sie Rudolf zu einer bestimmten Wahl, sondern überließen die Bezeichnung der Person ganz und gar seiner Einsicht.***) Der Kurfürst von Mainz erbat in einer besondern Zusammenkunft, welche ihm der Kaiser gewährte, eine baldige Entscheidung und dieser nahm die Bitte mit sichtlicher Zufriedenheit auf, nachdem er sich überzeugt hatte, daß man ihm völlig freie Hand lassen wolle.

Die Successionsfrage trat jetzt in ein Stadium, das ihre baldige Lösung versprach. Der Kaiser war entschlossen sich zu entscheiden, alles

*) Simancas 709/124. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Schreiben vom 17. und 24. Juli und 2. und 4. August 1610.

**) Mainzer Diarium.

***) Wiener Staatsarchiv. Reichstagsakten Miscellanea 352. Mainz, Köln und Sachsen an den Kaiser ddo. Prag den 16. August 1610. — Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. August 1610.

kam nur darauf an, ob die Kurfürsten seinem Vorschlag eben so unbedingt beistimmen würden, wie sie ihm, wenigstens vorläufig, unbedingt die Entscheidung anheimstellten. Für Rudolf hatte der Gedanke etwas allzuverlockendes, daß er sich bei der Bezeichnung seines Nachfolgers auf dem deutschen Thron an seinem Bruder Mathias rächen könne, denn daß er diesen nicht empfehlen werde, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Eben so wenig mochte er auch mit den übrigen Prinzen seines Hauses etwas zu schaffen haben, die trotz ihres rücksichtsvollen Betragens von ihm für falsch angesehen wurden. Seine Aufmerksamkeit wandte sich einzig und allein dem Erzherzog Leopold zu, der seit Jahr und Tag eifrig seine Interessen verfochten, bei den eben zu Ende gehenden Vergleichsverhandlungen mit Mathias sich völlig seinen Wünschen anbequemt hatte und auf den er bei einem verzweifelten Streich, um die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen, mit Sicherheit zählen konnte. Es ist uns jedoch nicht mit Sicherheit bekannt, ob er positiv den Kurfürsten den Erzherzog als diejenige Person bezeichnete, welcher er die Nachfolge zusichern wollte oder ob er sich bei den gestellten Anfragen mit allgemein empfehlenden Hinweisungen auf denselben begnügte. So viel ist gewiß, daß diese letztern derart beschaffen waren, daß sie einer direkten Bezeichnung gleichkamen. Zu gleicher Zeit warb Rudolf bei dem alten Herzog Wilhelm von Baiern um die Hand seiner Tochter Magdalena für Leopold und gab dabei das Versprechen, daß er den letztern reichlich mit Besitzungen auszustatten gedenke.*) Die Folge war, daß sowohl der Erzherzog selbst seine Wahl für gesichert hielt und die geistlichen Kurfürsten zu seinen Gunsten bindende Versprechungen eingingen. Beides ergibt sich mit Sicherheit aus der gleichzeitigen Haltung des Erzherzogs und der ihm geneigten Kurfürsten.

Kaum war nämlich die Successionsfrage in den Vordergrund getreten, so bemühte sich Leopold aus allen Kräften den König von Spanien für sich günstig zu stimmen. Er ging zu Zuñiga und frug ihn geradezu, welche Haltung der König bei der Bestimmung von Rudolfs Nachfolge einzunehmen gedenke. Der Gesandte, welcher, stets Abenteuern abhold, mit anerkennenswerther Festigkeit für Mathias eingetreten war, verläugnete seinen Standpunkt auch dem Erzherzog gegenüber nicht, sondern erwiederte, es sei

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp ddo. 21. August 1610. Zuñiga erzählt: Y un personaje por cuya mano a passado el negocio me ha dicho que a pedido (der Kaiser) al Duque de Baviera el viejo que en caso, que ponga a Leopoldo en gran estado, que le de su hija en casamiento y que a sacado buena respuesta. — Ebendaselbst 2324/45. Der Staatsrath an den König. Zuñiga schreibe ddo. 13. und 27. Nov. 1610, daß der Kaiser sich abermals um die Hand Magdalena's für Leopold bewerbe.

Maxime bei dem König von Spanien sich in dieser Beziehung stets für den ältesten Prinzen des Hauses zu entscheiden. Wenn jedoch, setzte Zuñiga mehr ironisch als ernst hinzu, Leopold die Möglichkeit vor sich sehe, großes zu erlangen, möge er selbst hierüber dem Könige berichten, doch nicht direkt sondern durch Vermittlung seines Bruders Ferdinand.*) Diese Antwort schloß begreiflicherweise dem jungen Prinzen vollends den Mund, er unterließ es jedoch nicht einen direkten Versuch in Spanien anzustellen. Einer seiner vertrauten Räthe schrieb an den Beichtvater der Königin P. Haller und suchte den Erzherzog wegen seiner Bewerbung um die deutsche Krone zu rechtfertigen. Seine Argumente bestanden darin, daß der Kaiser unbedingt eines Koadjutors bedürfe, nie aber einen anderen Prinzen als Leopold sich gefallen lassen werde. Im Interesse der katholischen Religion und des Hauses Oesterreich läge es also, wenn letzteres sich nicht der Erhebung des Erzherzogs widersetzen würde.**) Allein in Spanien ging man auf diese Empfehlungen nicht ein, sondern der Staatsrath riet dem König die Aufbietung aller Mittel, um Leopold entgegenzuarbeiten. Zuñiga erhielt in dieser Beziehung die strengsten Weisungen und er für seine Person ließ es fürwahr nicht ermangeln ihnen nachzukommen.***)

Sind nun diese obwohl resultatlosen Bemühungen Leopolds, Spanien für sich zu gewinnen, ein Beweis, daß er sich auf positive Versicherungen Rudolfs stützen und seine Erhebung für sicher ansehen mußte, so spricht andererseits auch die Haltung der Kurfürsten für die Richtigkeit unserer Annahme. Obwohl sie nicht Haß gegen Mathias beseelte, so hatte sich nachgerade doch ein entschiedenes Uebelwollen gegen denselben bei ihnen festgesetzt, dessen Ursachen wir in nichts anderem zu finden wissen, als darin, daß sie durch ihn seit zwei Jahren in der theuren Bequemlichkeit gestört worden. Mainz und Köln waren, als die Successionsfrage zur Verhandlung kam, entschlossen dem Kaiser den Erzherzog Ferdinand zu empfehlen, ließen aber davon ab, als derselbe für Leopold eine entschiedene Vorliebe an den Tag legte. †) Diese Bevorzugung wurde auch durch die Haltung Christians von Sachsen unterstützt. Derselbe erklärte, daß er seine Stimme dem Erzherzog Ferdinand wegen dessen feindlicher Haltung gegen die Protestanten in Steiermark nicht geben könne, dagegen zur Erhebung Leo-

---

*) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. Aug. 1610.

**) Simancas 2324/61. Una Carta de Praga para el P. Ricardo Haller ddo. 13. Dez. 1610.

***) Simancas 709/204. Der Staatsrath an den König ddo. 3. Jäner 1611. — Ebendaselbst 2496/116. Zuñiga an den König ddo. 11. Dez. 1610.

†) Simancas 2496/73. Zuñiga an Philipp III ddo. 21. Aug. 1610.

polds gern bereit sei. Daß zu dieser Vorliebe für letzteren die Hoffnung beigetragen haben mag, Jülich durch denselben zu gewinnen, scheint uns mehr als wahrscheinlich. Die Angelegenheit wegen der Succession stand also im September 1610 ungefähr so, daß wenn eine römische Königswahl mit Zustimmung Rudolfs vorgenommen werden sollte, die meisten Aussichten für Leopold vorhanden waren. Verstehen wir recht eine auf diesen Gegenstand bezügliche Stelle eines spanischen Staatsrathsbeschlusses, so bekam Schweikhart von Mainz vor seiner Abreise von Prag vom Kaiser die Erlaubniß zur Berufung eines Kurfürstenkonvents auf den 10. April des folgenden Jahres (1611) zur Festsetzung der Nachfolge.*)

24 Sept. 1610 Schweikhart begab sich von Prag nach Dresden in der dem Kaiser bekannten Absicht, sich mit dem Kurfürsten definitiv über das Wahlgeschäft zu einigen.**) Was da zwischen beiden besprochen wurde, darüber haben sich keine Nachrichten erhalten, aus dem nachfolgenden Benehmen des Erzbischofs läßt sich jedoch vermuthen, daß sich beide für die Erhebung Leopolds entschieden. Kaum war er nämlich nach Hause zurückgekehrt, so lud er die Kurfürsten von Köln und Trier zu einer Zusammenkunft in Koblenz ein und unterzeichnete mit ihnen eine Akte, in der sich alle drei zur Wahl Leopolds verbanden.***) Einen so entschiedenen Schritt würden sie nicht gewagt haben, wenn sie sich der Zustimmung Sachsens nicht für gewiß gehalten hätten.

Dez. 1610 Bald nach diesem Vorgang erschien in Prag ein Kanonikus aus Kurköln †) im Namen der drei geistlichen Kurfürsten und Sachsens. Nach den Mittheilungen desselben an Zuñiga war er von den vier Kurfürsten beauftragt dem Kaiser zu eröffnen, sie seien zur Wahl Leopolds bereit, wenn er ihm einen entsprechenden Länderbesitz zuweisen wolle. Im Laufe von wenigen Tagen empfing der Kaiser den Gesandten dreimal und besprach mit ihm diesen Gegenstand. Was der Wortlaut seiner Antwort gewesen, ist uns leider nicht bekannt, wir wissen nur, daß die vertrautesten Freunde des Erzherzogs behaupteten, der Kaiser werde denselben zum Könige von Böhmen, Grafen von Tirol und Herzog von Jülich machen.

---

*) Simancas. Bericht des Staatsrathes an den König ddo. 13. Nov. 1610.

**) Sächs. Archiv. 8284/105.

***) Hurter VI S. 405. die betreffende Akte befindet sich im Wiener Staatsarchiv. Zuñiga kam zur Kenntniß dieses wichtigen Vorganges erst viel später und berichtete darüber nach Hause, als der verunglückte Passauer Einfall alle diese Pläne offen darlegte, aber auch für immer vereitelte.

†) Zuñiga, der dies erzählt (Simancas 2496/116 ddo. 11. Dez. 1610) sagt nur un canonico, wahrscheinlich dürfte es Hennot gewesen sein, der schon einmal zu einer wichtigen Sendung an den Kaiser gebraucht worden war.

Der Kölner Kanonikus frug ausdrücklich den spanischen Gesandten, wie sein Herr die Erhebung des Erzherzogs aufnehmen würde. Gegen ein so entschiedenes Vorgehen der Kurfürsten glaubte Zuñiga eine zurückhaltende Haltung einnehmen zu müssen und er erwiederte deshalb, daß ihm die Absichten seines Herrn noch nicht hinreichend bekannt seien.

So weit waren die Verhandlungen über die deutsche Succession im Dezember 1610 gediehen. Aus dem Mitgetheilten geht mit Sicherheit hervor, daß die Majorität des kurfürstlichen Kollegiums sich für Leopold entschieden hatte und zwar in Folge solcher Versicherungen von Seite Rudolfs, die sie zur Erhebung des Erzherzogs aufmunterten. Nichtsdestoweniger glaubten Personen, die genau mit dem Gange der Prager Politik bekannt waren, daß es der Kaiser dennoch nicht ernst meine. So oft Zuñiga nach Haus berichtete, was zur Erhebung Leopolds geschehe, fügte er hinzu, daß er das Ganze für eine Komödie halte, gespielt vom Kaiser, um sich Ruhe zu schaffen. Mit der Vorschiebung Leopolds beabsichtige er die Eifersucht der übrigen Prinzen seines Hauses wachzurufen und eine Wahl zu vereiteln nicht aber zu begünstigen. Die Gründe, welche Zuñiga vorbrachte, um seine Meinung zu stützen, sind allerdings mitunter der Art, daß sie geeignet sind, uns wirre zu machen. Noch am 25. Dezember 1610 erzählt er, daß der Kaiser den längst vergessenen Plan einer Heirat wieder aufgenommen und die Kurfürsten ersucht habe, den ersten Sohn dieser Ehe auf den deutschen Thron zu erheben.*) „Es scheint dies unglaublich," fügte Zuñiga bei, „aber die außerordentlichsten Dinge sind an diesem Hofe die gewöhnlichsten." — Auch am römischen Hofe hielt man die Vorschiebung Leopolds für eine Finte, der Papst selbst äußerte sich in diesem Sinne gegen den Grafen Castro.**) Alles dies beweist nur, wie gründlich der Kaiser jedes Vertrauen auf seine Aufrichtigkeit zerstört hatte. Nichtsdestoweniger hatte das Mißtrauen diesmal nicht seine volle Berechtigung. Schon hatte sich Rudolf mit Leopold zu weit eingelassen und schon war er im Begriffe die Passauer ihrer ursprünglichen Bestimmung entgegenführen zu lassen, als daß er in des letzteren Erhöhung nicht seine eigene Sicherheit hätte suchen müssen. Der Passauer Einfall in Böhmen, der eben vor sich gehen sollte, ist die beste wenn auch traurige Rechtfertigung für Rudolfs Wahrhaftigkeit.

*) Simancas 709/192. Zuñiga an Philipp III ddo. 25. Dez. 1610.

**) Simancas 995. Castro an Philipp ddo. Rom. 3. Feb. 1611.

Drittes Kapitel.

I. Beginn der Passauer Rüstungen. Rudolf und Leopold halten an denselben fest. Leopold's Verhandlungen in Spanien und Baiern. Rudolfs Absicht die Passauer nach Krumau zu verlegen. Bestürzung der Böhmen. Des Herzogs von Braunschweig Bemühungen, die Abdankung des Kriegsvolks herbeizuführen. Seine Reise nach Passau. Resultatlosigkeit derselben. — II. Einbruch der Passauer in Oberösterreich. Leopolds Verhandlungen mit Sachsen und Baiern. Mathias und die böhmischen Stände. Leopolds Unterredung mit Zuñiga. Einfall der Passauer in Böhmen. Budweis und Tabor fallen in ihre Hände. — III. Leopold und der Kaiser vor dem Passauer Einfall. Leopold in Beraun. Die Passauer am 13. Februar vor Prag. Einnahme der Kleinseite durch dieselben am 15. Morgens. Gräuelscenen auf der Alt- und Neustadt. — IV. Leopolds Maßregeln zur Bezwingung von ganz Prag. Mißlingen derselben. Lage der Dinge auf der Alt- und Neustadt. Wenzel von Kinsky. Vergebliche Verhandlungen der Stände mit dem Kaiser zur Herstellung des Friedens. — V. Abzug der Passauer aus Prag. Endliche Abdankung derselben. Leopolds trotzige Haltung. Versuche denselben mit Mathias zu versöhnen.

I

Es ist ein merkwürdiger Umstand, daß über die Bestimmung des Passauer Kriegsvolks von Anfang her viele und maßgebende Personen keineswegs im Zweifel waren und daß dennoch die von ihm drohende Gefahr nicht abgewendet wurde. Der Plan in Passau Werbungen anzustellen war sehr frühzeitig, schon im Jahre 1609, von Rudolf und Leopold gefaßt worden und Tennagel hatte unverhüllt den Zweck dieser Rüstungen in Spanien auseinandergesetzt. Den wirklichen Anfang machte Rudolf im
16 Jan. 1610 Januar 1610, gerade als sich in Prag der Kurfürst Ernst von Köln aufhielt, um ihn zur Berufung des Konvents zu vermögen. Der Kaiser, der sich mit Recht von friedlichen Unterhandlungen keinen Erfolg versprach, bevollmächtigte die Grafen von Althan und Sulz, Herrn von Trautmansdorf, Ramée und andere durchwegs intime Anhänger des Erzherzogs zur Vornahme von Werbungen,*) die so rasch vor sich gingen, daß bereits

*) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. 16. Jän. 1610. — Ebendaselbst. Vischer an Fleckhammer ddo. 16. Jän. 1610.

im Monat März der größere Theil des Heeres, das später 8000 Mann zu Fuß und 4000 zu Roß zählte, im Bisthum Passau gerüstet stand. Als sich der Kaiser zur Berufung des Konvents entschloß, war die Mehrzahl der Mitglieder des Geheimrathes für die Einstellung der Rüstungen, aber sie vermochten nichts gegen den Einfluß des Hofkriegsraths, in welchem 17 April
gerade jene Männer die entscheidende Stimme besaßen, die an den Rü- 1610
stungen betheiligt waren, und ebenso wenig etwas gegen Rudolfs eigenen Entschluß, der von der Anwendung der Waffen sein Heil erwartete.

Während die Rüstungen ungehindert ihren Fortgang nahmen, äußerte Niemand über sie in Böhmen Besorgniß, als der alte Peter von Rosenberg. Wegen seines Aufenthalts in Wittingau befand er sich in größerer Nähe von Passau als die in Prag lebenden tonangebenden Mitglieder des Adels und sehr bald kamen ihm Nachrichten zu, daß das Kriegsvolk früher oder später seinen Einzug in Böhmen halten werde.*) Er warnte vor einem solchen wahrscheinlich bevorstehenden Ereigniß die obersten böhmischen Beamten und Räthe, allein seine Warnung fand keine besondere Beachtung. Mehr Aufmerksamkeit widmeten die Oesterreicher und Mährer diesen Werbungen und sie beantworteten dieselben, indem sie Gegenwerbungen anstellten, auf Grund derer Mathias mit sichtlich größerem Vertrauen den Verhandlungen des Prager Konventes entgegen sah. Als selbst nach dem Beginn derselben den Passauer Rüstungen nicht Einhalt gethan wurde und der Kaiser trotz mehrfacher Mahnung von Mathias' Seite keine Miene machte zu entwaffnen, entschlossen sich die Ausschüsse der mährischen, österreichischen und ungarischen Stände, welche um diese Zeit in Wien weilten und denen der zwischen Krieg und Frieden schwebende Zustand unerträglich wurde, zu einem Ansuchen an die Böhmen, sie möchten ihren Einfluß aufbieten und den Kaiser zur Niederlegung der Waffen vermögen.**) Die böhmischen Kronbeamten und die Beisitzer der böhmischen Gerichtshöfe kamen diesem Wunsche nach, aber anstatt sich selbst an Rudolf zu wenden ersuchten sie darum die Mitglieder des Fürstenkonventes.***) Alle Bitten 24. Juli
der Fürsten blieben jedoch, wie bekannt, vergeblich, der Kaiser hielt trotz 1610
der Ausgleichsverhandlungen mit Mathias an seinem Kriegsvolke fest, wenngleich er mehrmals dasselbe abzudanken versprach. Dieses Versprechen gab auch der Herzog von Braunschweig in Wien ab und auf Grund des-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Wok von Rosenberg an die obersten Beamten ddo. 21. April 1610.

**) Die Orginale der Schreiben im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Zuschrift an die Mitglieder des Fürstenkonvents ddo. 24. Juli 1610.

selben hatte sich Mathias zur Unterzeichnung des Friedensvertrags am
1610 30. September entschlossen. In dem Vertrage war die Frist eines Monats stipulirt worden, innerhalb welcher Rudolf und Mathias ihre Rüstungen rückgängig machen sollten. Letzterer zögerte nicht dies zu thun, da die seinigen ohnedies nur durch die seines Bruders hervorgerufen waren, es mußte sich nun zeigen, ob der Kaiser folgen werde oder was er eigentlich beabsichtige.

Rudolf hätte nicht der kranke Mann sein müssen, der er war, wenn er in der That die Bedingungen des Friedensvertrags eingehalten hätte. Er, der vor vier Jahren, als der ungarische Aufstand ausbrach, durch einfache Nichtratificirung abgeschlossener Verträge im Vollgenuß seiner Macht bleiben wollte, der seit zwei Jahren durch eben so kindische wie bemitleidenswerthe Mittel die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen trachtete, der zuletzt auf den monströsen Gedanken einer Verbindung mit der Union verfiel, war nicht der Mann, um sich ins Unvermeidliche zu fügen und seine Schwäche geduldig zu tragen. Während der Ausgleichsverhandlungen hatte er in einer Nacht fünfmal seinen Kämmerer zu sich beschieden, und durch diesen dem Erzherzog Leopold auftragen lassen, er möchte die Mitglieder des Konvents zur Abreise von Prag auffordern.*) Am Morgen besann er sich wohl eines andern und er verstand sich zuletzt zu einem Ausgleich, aber, wie die Folge lehrte, nur aus dem Grunde, weil er dadurch seiner unerwünschten Gäste los wurde und freie Hand zur Durchführung seiner Pläne bekam. Würde es ihm nur einigermaßen um Frieden zu thun gewesen sein, so würde er mit beiden Händen nach der Gelegenheit gegriffen haben, die sich gerade bot, auf billige Weise seines Heeres los zu werden. Maximilian von Baiern, welcher im Auftrage der Liga ein Heer warb, um gegen die bei Jülich siegreiche Union gerüstet zu sein, ersuchte den Kaiser durch eigene Gesandte um die Ueberlassung des Passauer Volkes. Er bekam von Leopold im Namen Rudolfs eine abschlägige Antwort und zwar in dem Augenblick, wo Mathias den Friedensvertrag ratificirte und sonach kein Angriff von ihm zu befürchten stand, noch gegen ihn erlaubt war.**)

Ebenso wie der Kaiser allen Anforderungen bezüglich der Entlassung des Passauer Volkes einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte und dadurch die Klarblickenden nicht im Zweifel ließ, daß er sich mit geheimen

*) Münchner Staatsarchiv. Mathäus Welser an Max von Baiern ddo. 30. Juli 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 45/1, 72. Instruktion für Herrn von Herliberg und Dr. Plauk zu ihrer Reise zum Kaiser ddo. 1. Sept. 1610. — Ebendaselbst Fol. 304. Hannibal von Herliberg an Max von Baiern ddo. 18. Sept. 1610.

Absichten trage, ebenso deutete auf irgend einen bestimmten Plan und auf eine enge Verbindung mit dem Kaiser Leopolds eigenthümliches Benehmen in Prag. Der junge Mann war nicht im Stande, die in seiner Brust gährende Leidenschaft, die Sehnsucht nach Herrschaft so zu bändigen, daß nicht von Zeit zu Zeit ein heftiger Ausbruch an den Tag gebracht hätte, was in ihm tobe. Sein Benehmen in Prag, als er daselbst nach der Preisgebung Jülichs erschien, war im höchsten Grade auffallend und gegen die anwesenden Erzherzoge Maximilian und Ferdinand rücksichtslos. Er schlug sich in den Berathungen auf des Kaisers Seite, war gegen die Einstellung der Werbungen und sprach von der Verlegung anderer in dem Stifte Straßburg geworbener Truppen in die österreichischen Vorlande, ob dies dem Erzherzog Maximilian, dem Verwalter derselben, genehm sei oder nicht. Letzterer geriet darüber in nicht geringe Entrüstung und entgegnete, er werde für einen solchen Empfang der Truppen sorgen, der ihnen den Hals brechen würde. Ferdinand stritt sich zwar mit seinem Bruder nicht herum, allein er beobachtete sorgsam sein Benehmen und war entschlossen ihm im entscheidenden Moment entgegenzutreten. So viel war den andern Prinzen des österreichischen Hauses klar, daß Leopold sein Interesse an das des Kaisers zu knüpfen trachte, um seinen eigenen Vortheil dabei zu wahren und daß er mit dem Passauer Volke einen Streich beabsichtige, zu welchem des Letzteren Zustimmung gewiß schien.

Es entsteht nun die Frage, was war Leopolds Plan nach seiner Rückkehr nach Prag, da er von dieser Zeit an als der eigentliche Lenker Juni der Ereignisse zu betrachten ist. Hatte er einen Angriff gegen Mathias 1610 im Sinne, wie Rudolf es wollte, gedachte er bloß über Böhmen herzufallen oder dachte er noch immer an die Behauptung von Jülich, so lange es sich nicht in den Händen der Union befand?

Wir haben keine Beweise in den Händen, daß Leopold in irgend einem Augenblicke einen Angriff gegen Mathias vorhatte, so sehr auch der Kaiser einen solchen wünschen mochte, alles stimmt im Gegentheil damit überein, daß er an dem Programm, welches Tennagel in Spanien entwickelt hatte, festhielt. Dieses Programm umfaßte die Erwerbung von Böhmen, Tirol und Jülich. Trotz der mangelnden Unterstützung, welche ihn genöthigt hatte, Jülich zu verlassen, wollte er noch immer nicht letzteres aus dem Kreise seiner Kombinationen streichen. Bevor er also sein Unternehmen auf die dem Kaiser verbliebenen Länder beschränkte, entschloß er sich nochmals in Spanien einen Versuch zu machen, ob dieses nicht in letzter Stunde eine Allianz mit ihm eingehen wolle.

In der Erwartung, daß die Königin seine Schwester aus geschwisterlicher Neigung weniger das Wohl des Gesammthauses als die Erhebung

24. Jul. 1610 ihres Bruders ins Auge fassen werde, schrieb er an sie einen höchst beweglichen Brief, dessen Wortlaut charakteristisch für die Denkweise des jungen Mannes ist. „Aus dem beiliegenden Memoire," so schrieb er, „werden Eure Majestät den beschwerlichen und gefährlichen Zustand, in dem sich nicht bloß meine Person sondern unser ganzes Haus, unser Besitz und die Religion befindet, erkennen und ich ersuche deshalb Eure Majestät bei dem Erbarmen Gottes und um seines heiligen und bittern Leidens willen den König Ihren theuren Herrn und Gatten zu bitten, er möge die gegenwärtige Gelegenheit nicht außer Acht lassen und nicht mit dem Heilmittel warten, bis das Uebel unheilbar ist. Schon haben wir Jülich verloren und in wenigen Jahren werden wir die bösen Früchte davon ernten . . . Theuerste Herrin und Schwester, würden der Papst und Seine katholische Majestät mich nicht verlassen sondern zu der Zeit unterstützt haben, als ich darum bat, gewiß wären alle jene Länder unserem Hause bereits unterthan, während sie jetzt verloren sind und ich mit ihnen ganz und gar, weil belastet mit Schulden und verjagt aus meinen Stiftern. Das schlimmste aber ist: wir müssen mit unsern Augen zur unglaublichen Schmach unseres Hauses sehen und ertragen, daß die Holländer und Franzosen ihre Heere mitten nach Deutschland verlegen. Um mit Euer Majestät offen zu reden, so erfahre ich alle Tage hier, daß diese Lässigkeit Spaniens, Hilfe bei so dringenden Nöthen und in Sachen, welche die Ehre und die Erhaltung unseres Hauses betreffen, zu schaffen, bei den in Prag anwesenden Kurfürsten und Fürsten ein solches Mißtrauen gegen Spanien rege gemacht hat, daß einige der Angesehensten von ihnen mir in den Bart gesagt haben, sie seien entschlossen sich mit Frankreich zu verbinden, da von Spanien keine Hilfe zu erwarten sei . . . . Abermals bitte ich also Eure Majestät um der fünf heiligen Wunden Christi willen, daß bald Rath geschafft werde, einestheils um die gegenwärtigen Uebel zu heilen anderntheils um die in der Zukunft drohenden hintanzuhalten." *)

4. Aug. 1610 Wenige Tage nach Absendung dieses Briefes schrieb Leopold abermals in gleich leidenschaflichem Tone an seine Schwester und bat wiederholt, ihr Gemahl möchte doch „um Gottes willen einen heroischen Entschluß fassen" und seine Truppen, so weit sie in Flandern und Italien gerüstet stehen, mit denen in Passau vereinen und eine Wendung in die öffentlichen Angelegenheiten bringen. **) In gleicher Weise schrieb er an seinen Agenten in Madrid, einen gewissen Miraballo, den er an Tennagels Stelle nach

---

*) Simancas 2496/72. Leopold an die Königin von Spanien ddo. 24. Juli 1610. Dabei ein Memoriale über die Lage der Dinge in Europa.

**) Simancas 2496/72. Leopold an die Königin von Spanien ddo. 4. Aug. 1610.

Spanien geschickt hatte.*) Alle Briefe des Erzherzogs tragen den Stempel einer gleichen Erregtheit des Gemüthes, in allen bittet er dringend um Hilfe, ohne doch genau zu präcisiren, was er eigentlich mit der Hilfe zu beginnen gedenke, ob er Jülich vertheidigen wolle, ob er die Protestanten Deutschlands anzugreifen beabsichtige oder was er eigentlich im Sinne habe. Diese Unklarheit in seiner Sprache ist aber offenbar eine Folge des Umstandes, daß er selbst nicht recht wußte, wo und wie er den Angriff beginnen sollte. Nahm sich Spanien seiner an, so würde der Erzherzog schwankend geworden sein, ob er in Jülich oder in Böhmen das Ziel seines Ehrgeizes zu suchen habe. Wir haben wohl nicht nöthig hinzuzufügen, daß das Kabinet Philipps III die Briefe und Botschaften Leopolds entschieden ungünstig beurtheilte und Zuñiga den Befehl erhielt in allem und jedem dem Erzherzog entgegenzuarbeiten.

Tritt aus dem abermaligen Versuche, Spanien für sich zu gewinnen, Leopolds Absicht nach gewaltsamen Aenderungen und nach einer großen Rolle klar genug hervor, so wird diese noch deutlicher aus einem beinahe gleichzeitigen Versuche, den Herzog von Baiern an sein Schicksal zu ketten. Er benützte den Grafen Eitel Friedrich von Zollern, der in andern Angelegenheiten nach München reiste, auch zur Verrichtung „einer hochwichtigen 13 Aug.
Commission" bei dem Herzog.**) Wir finden in dem Empfehlungsschreiben 1610
die Kommission nicht speziell angegeben, allein da der Erzherzog darin flehend um eine solche Entscheidung bittet, wie es des „hochwichtigen Werkes äußerste Nothdurft erfordert," so ist nicht zweifelhaft, um was es sich dabei handelte. Aus der weitern Haltung des Herzogs ist ersichtlich, daß er seine bisherige abwartende Rolle nicht aufgab und Leopold auch von dieser Seite im Stiche gelassen wurde.

Es ist vielleicht möglich, daß diese doppelte Niederlage dem jungen Prinzen den Kopf zurechtgesetzt und er selbst, trotz des Kaisers kriegslustiger Stimmung, sich in das Unvermeidliche gefügt hätte, wenn nicht die eben erzählten und gleichzeitigen Verhandlungen wegen Bestimmung der Nachfolge im deutschen Reiche seinen gesunkenen Muth aufgerichtet hätten. Als er sah, daß Mainz, Köln und Sachsen sich zu seiner Erhebung geneigt erklärten, und als er später die Nachricht erhielt, daß die drei geistlichen Kurfürsten zur Unterzeichnung einer darauf bezüglichen Akte bereit seien, da muß man es begreiflich finden, wenn er die Partie nicht verloren gab, sondern mindestens auf den Gewinn von Böhmen rechnete. Die Erbrechte, welche Mathias auf dies Land besaß, und die Anwartschaft, welche

*) Simancas 2496/40. Leopold an Anton Miraballo ddo. 5. Aug. 1610.

**) Münchner Reichsarchiv 44/3, 796. Leopold an Max von Baiern.

er außerdem im Jahre 1608 durch den Liebner Vertrag auf dasselbe erlangt hatte, mochten dem Erzherzog als kein unübersteigliches Hinderniß erscheinen; denn da die Kurfürsten als Bedingung seiner Erhebung vom Kaiser die Ausstattung mit Ländern verlangten, so konnte füglich kein anderes Land als Böhmen gemeint werden. Wenn aber die Kurfürsten selbst, die Hüter der gesetzlichen Ordnung, den Liebner Vertrag so gering achteten, wie kann man es dem jungen Prinzen verübeln, wenn auch er für denselben keine Achtung an den Tag legte? Es würde zu weit gegangen sein, wollte man die Kurfürsten für die folgende Haltung Leopolds verantwortlich machen und genau abwägen, für wie viel die von ihnen angebotene deutsche Krone in seinen Entschließungen gegolten habe; allein so viel scheint die Billigkeit zu erheischen, daß man ihrem lächerlichen Benehmen gleichfalls eine Schuld an den nachfolgenden Uebeln beimesse. Wenn Anhalt den Erzherzog mit der deutschen Krone geködert hätte, so würden wir hierin von seinem Standpunkte aus eine Maßregel von hoher Klugheit sehen, weil sie geeignet war zwischen den österreichischen Prinzen einen erbitterten Kampf heraufzubeschwören. Wenn aber Fürsten, welche dem Hause Habsburg freundlich gesinnt zu sein nicht bloß vorgaben, sondern es auch waren, zu einem so leichtfertigen Entschlusse sich hinreißen ließen, wie dies die beabsichtigte Wahl Leopolds war, so muß ihr Betragen als ein solches bezeichnet werden, welches aller Einsicht und Ueberlegung bar war.

Mochte also der Erzherzog in Folge seiner mißglückten diplomatischen Sendungen an der Erreichung seines Zieles einen Augenblick verzweifeln, das Benehmen der Kurfürsten belebte sicherlich wieder seinen Muth. So wenig als der Kaiser je ernstlich an die Entlassung der Passauer dachte, so wenig durfte auch Leopold dieselbe beabsichtigen. Da jedoch in dem Vertrage mit Mathias die Entlassung binnen Monatsfrist bedungen war, so fehlte es in Prag nicht an Stimmen, welche den Kaiser an seine Pflicht erinnerten. Es galt vor allem Zeit zu gewinnen und unter mancherlei Vorwänden dieselbe zu verzögern. Beeilte sich Mathias inzwischen seine Truppen zu entlassen, so war Rudolf Herr der Situation und konnte um so leichter in Böhmen eine feste Position fassen. Der Vorwand zur Nichtabdankung der Passauer wurde in einer kaiserlichen Zuschrift an die böhmischen Kronbeamten daher genommen, daß die nöthigen Geldmittel nicht vorhanden seien, um den seit mehrerern Monaten schuldigen Sold auszuzahlen. So schlimm stand es jedoch nicht mit den Mitteln des Kaisers. Aus den betreffenden Rechnungen und aus spätern Vorgängen wissen wir, daß im Monat September die Truppen an rückständigen Sold kaum 400.000 Gulden zu fordern hatten, daß Rudolf um diese Zeit mindestens über eine Geldsumme von 300.000 Gulden verfügte und der Rest

leicht durch ein Anlehen hätte gedeckt werden können. Allein der Kaiser gab vor, daß er ganz und gar von Mitteln entblößt sei und sonach die Abdankung nicht vornehmen könne. Ob dieselbe leichter zu bewerkstelligen sein würde, wenn man die Hände in den Schoß legte und die Rechnung ohne Ende anwachsen ließ, das mußte jedermann zweifelhaft erscheinen.

Indessen drängte die Zeit ein Mittel zu ergreifen. Das Kriegsvolk hatte in Folge seines mehrmonatlichen Aufenthalts im Passauer Stifte derart alle daselbst befindlichen Vorräthe an Lebensmitteln aufgezehrt, daß, wenn es nicht abgedankt wurde, eine Verlegung desselben dringend geboten war. Dieser Umstand wurde von den Mitwissern über dessen eigent- 17 Sep.
liche Bestimmung benützt, um eine Verlegung der Quartiere nach Böhmen 1610
dem Kaiser anzurathen.*) Hatte man das Kriegsvolk einmal im Lande, so war es leichter zu gebrauchen als in Passau, von wo aus ihm der Weg nach Böhmen, sei es durch die Baiern sei es durch die Oesterreicher, verlegt werden konnte. In dem bezüglichen Gutachten, welches der Hofkriegsrath dem Kaiser vorlegte, wurde der südliche Theil von Böhmen zu solchen Quartieren vorgeschlagen und zwar die ausgedehnte kaiserliche Herrschaft Krumau und die Stadt und Umgebung von Budweis. Althan und Ramée reisten heimlich nach Krumau, um die dortige Gelegenheit kennen zu lernen, wahrscheinlich aber auch, um das Terrain für den Fall eines gewaltsamen Einmarsches zu rekognosciren.**)

Rudolf kam dem Gutachten seiner Räthe und unzweifelhaft auch Leopolds rasch nach. Er zeigte in einem Schreiben, welches seine alleinige 19 Sep.
Unterschrift trug, den böhmischen Kronbeamten die Verlegenheit an, in 1610
welcher er sich wegen des Passauer Kriegsvolks befinde. Er sei nicht im Stande dasselbe abzudanken, könne es auch nicht länger in den bisherigen Quartieren belassen und müsse auf dessen Verlegung nach Krumau und Budweis dringen. Demgemäß ersuchte er die Kronbeamten, sie möchten im Vereine mit einem ständischen Ausschuß, der vermöge Landtagsbeschluß mit den militärischen Angelegenheiten des Landes betraut war, die Sache erwägen und für die Unterbringung Sorge tragen.***) Einige Tage darauf erweiterte der Kaiser seine Bitte dahin, daß er von den Kronbeamten auch einen Geldbeitrag zur Unterhaltung der Truppen verlangte. †)

---

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Gutachten des Hofkriegsrathes ddo. 17. Sept. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Des Hauptmann von Krumau Turnowský Bericht hierüber ddo. 18. Sept. 1610.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Rudolf an die böhm. Landoffiziere ddo. 19. Sept. 1610.

†) Ebendaselbst. Mündliche Proposition für die böhm. Landoffiziere ddo. 24. Sept. 1610.

Diese nicht im allergeringsten erwartete Anzeige verursachte unter den obersten Beamten — zwei bis drei ausgenommen — Bestürzung und Unwillen, den auch der ständische Ausschuß für Landesvertheidigung (oder der Defensionsausschuß) im vollen Maße theilte. Alle sahen die Verfassung verletzt, denn man muß wissen, daß es nach derselben keinem Könige von Böhmen gestattet war, Truppen ins Land zu führen oder zu werben, wenn nicht der Landtag seine Zustimmung dazu gegeben hatte. Da von der Einhaltung dieser Bedingung keine Rede war, konnten die Böhmen sich nicht nur über Verfassungsbruch beklagen, wenn die Passauer ins Land gebracht wurden, sondern sie waren noch überdies und mit Recht empört, daß ihnen ein Beitrag für deren Unterhaltung zugemuthet wurde. Ihre Antwort zeigte jedoch, daß sie nicht allein den Buchstaben der Verfassung vor Augen hatten, sondern daß sie den Verhältnissen eine billige
25Sep 1610 Rechnung tragen wollten. Nachdem sie dem Kaiser ihr „Befremden" ausgedrückt hatten, daß er im Gegensatz zur Landesordnung und zu den Landtagsbeschlüssen einem fremden Kriegsvolk den Eingang nach Böhmen eröffnen wolle, und ihn gemahnt hatten, er möchte dasselbe ungesäumt abdanken, erboten sie im letztern Falle ihm mit einem Geldbeitrag auszuhelfen. *)

Die Antwort der Böhmen schien eine Wirkung auf den Kaiser auszuüben, denn sowohl die Hofkammer wie die böhmische Kammer erhielten den Auftrag über die zur Abdankung verfügbaren Geldmittel Auskunft zu
29Sep. 1610 geben. Der Bericht beider Kammern lautete trostlos, beide erklärten übereinstimmend, daß ihre Mittel durch ihre sonstigen Obliegenheiten völlig erschöpft seien. **) Die Böhmen durch diese Nachricht nicht besonders erheitert fügten sich in das Unvermeidliche und boten dem Kaiser an, daß sie nichtsdestoweniger eine Geldsumme zur theilweisen Deckung seiner Bedürfnisse aufbringen wollten und gedachten zu dem Ende, sie im Wege des Anlehens zu Stande zu bringen. Wer unter den Ständen über größere Kapitalien verfügte, wurde von ihnen um ein Darlehen angesucht und man muß sagen mit recht günstigem Erfolg. Auch an Peter von Rosenberg wandte man sich um eine Summe, Budowec und Smiřický wurden zu ihm deshalb abgeschickt. Sie trafen bei ihm zwei Abgesandte des Passauer Volkes, Ramée und Haugwitz, welche dem alten Herrn die Anzeige machten, daß das Kriegsvolk mit nächstem in Krumau einrücken und daß es von dem

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die obersten Landoffiziere und Defensoren an den Kaiser ddo. 25. Sept. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Bericht der Hofkammer und böhmischen Kammer ddo. 29. Sept. 1610.

Verhalten des benachbarten Adels abhängen werde, ob das Benehmen der Soldaten ein freundliches oder feindliches sein werde. *) Als Budowec hierüber in Prag berichtete, konnte man leicht einsehen, daß ein frevles Spiel im Werke sei. Nichtsdestoweniger erlahmte der Eifer der Böhmen nicht und nach einigen Verhandlungen waren sie schließlich erbötig dem Kaiser die Summe von 200.000 Gulden theils im baren Gelde theils in sichern Anweisungen, welche in kurzer Zeit fällig sein sollten, vorzustrecken. **) Hiezu trugen nicht bloß die Nachrichten bei, welche Budowec von Wittingau gebracht, sondern auch andere Berichte, welche von allen Seiten über die Unthaten des Passauer Volkes und über seine Lust in Böhmen einzubrechen einliefen.

Die Anerbietungen der Böhmen und deren energisches Drängen auf die Abdankung der Passauer verursachten, daß der Kaiser von der Verlegung der Quartiere einige Zeit schwieg und es sich gefallen ließ, daß der Herzog von Braunschweig, dem allgemein das Vertrauen der Friedfertigen entgegenkam, als derjenige bezeichnet wurde, der nach Passau gehen und die Abdankung bewerkstelligen sollte. Derselbe war nach Beendigung der Ausgleichsverhandlungen mit Mathias von Wien nach Prag zurückgekommen und statt wie die andern Mitglieder des Fürstenkonvents seinen Abschied zu nehmen, daselbst zurückgeblieben. Er hatte dem König Mathias sein Wort gegeben, daß die Abdankung der Passauer wirklich zu Stande kommen werde und in seinem gewissenhaften Eifer fühlte er sich verpflichtet, dazu mit allen Mitteln zu wirken. Der Kaiser dem Drängen der Böhmen nachgebend ließ ihn bereits am 16. Oktober fragen, ob er 1610
nicht nach Passau reisen und die Abdankung des Kriegsvolks bewerkstelligen wolle. Der Herzog erklärte sich nicht nur zur Reise bereit, sondern er erbot sich auch dem Kaiser mit einer Verschreibung im Betrage von 100.000 Thalern auszuhelfen, um ja nichts an sich ermangeln zu lassen. Zu gleicher Zeit suchte er einen ähnlichen Eifer auch bei andern zu wecken, auf daß jeder nach Kräften sich zu einem entsprechenden Opfer entschließe. Da seine eigenen so wie die ständischen Verschreibungen, so reelle Werthe sie auch repräsentirten, erst binnen mehreren Monaten fällig wurden, bemühte er sich überdies auch bares Geld aufzubringen. Nach seiner Meinung ließ sich die Abdankung der Passauer bewerkstelligen, wenn man ihnen etwa den vierten Theil des rückständigen Soldes bar, das übrige aber in Anweisungen, fällig im Laufe des Jahres 1611, ausbezahlen

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Relation des Budowec ddo. 12. Okt. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Landoffiziere an den Kaiser ddo. 3. Nov. 1610.

würde. Der spanische Gesandte, von ihm um einen Beitrag ersucht, war, getreu den Weisungen seines Herrn, erbötig alsogleich 20.000 Gulden zu erlegen und eine gleiche Summe in Wechseln zu übergeben. Bevor noch der Monat Oktober verflossen war, hatte es der Herzog von Braunschweig mit seiner unermüdlichen Sorgfalt dahin gebracht, daß er an 148.000 Gulden im baren und über 312.000 Gulden in Anweisungen verfügen zu können glaubte.*) Wir bemerken, daß diese Summen hingereicht hätten, alle Forderungen der Passauer zu befriedigen und daß also Rudolf vollständig über die Mittel zu ihrer Abdankung gebot.**)

Nachdem die Anstrengungen des Herzogs von solchem Erfolge gekrönt waren, beeilte er sich dem Kaiser hierüber Bericht zu erstatten und definitiv die Uebertragung der Kommission zu verlangen. Er erhielt behufs des letztern vom Grafen von Sulz ein so mangelhaftes Dekret zugestellt, daß er darüber bittere Beschwerde führte. Zu Rudolf zu gelangen und durch ihn dem Mangel abzuhelfen, wollte ihm lange nicht gelingen, bis er endlich auf die Drohung, von Prag nach Hause reisen zu wollen, auf eine Viertelstunde vor den Kaiser gelassen ward.***) Alles kam jetzt scheinbar in Ordnung, er erhielt die gewünschte Vollmacht oder wenigstens das Versprechen, daß sie ihm nachgeschickt werde. Mit dem Zahlmeister Kleinsträtel traf er die Verabredung, daß er ihm nach Empfang der allseitig versprochenen Gelder und Anweisungen augenblicklich nachreisen werde. Auf diese Weise war der Herzog mit allen Vorbereitungen fertig, so daß er am 10. November von Prag abreisen konnte. Am 13. traf er in Passau an.

Hier angelagt traf er neben den Befehlshabern des Kriegsvolks: Althan, Trautmannsdorf, Schwendi, Ramée, Alwin Sulz auch mit Erzherzog Leopold zusammen. Derselbe hatte sich bis zu Ende September in Prag aufgehalten und war darauf nach Passau gereist. Seit seiner Anwe-

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Oberstburggrafen ddo. 12/22. Okt. 1610. — Wolfenbüttler Archiv. Relation, was bei der Commission so die Röm. Kay. May. J. F. G. dem Hertzogen zu Braunschweig ihn der Passawischen Abdanckung auffgetragen allerseits vom 16 Oktobris bis auff den 8 Decembris anno 1610 vorgelauffen.

**) Die Forderungen der Passauer betrugen für ihre ganze Dienstzeit nach einer amtlichen Berechnung bis zum 16. Dez. 1610 die Summe von ungefähr 1.100.000 Gulden. Zu Ende Oktober konnte sich demnach diese Summe kaum höher als auf 900.000 Gulden belaufen. Durch theilweise Zahlungen hatten die Passauer bereits über 400.000 Gulden erhalten, die schuldige Summe belief sich Ende Oktob. gewiß auf nicht mehr als 500.000 Gulden. Wenn der Kaiser also nur entfernt die Abdankung wünschte, so hatte er die Möglichkeit vor sich, ohne sich selbst anstrengen zu müssen.

***) Brüssler Archiv. Bodenius an Fleckhammer ddo. 30. Okt. 1610.

senheit suchte er durch freundliche Haltung das Kriegsvolk sich geneigt zu machen, wiederholt lud er die Anführer zu Tisch, inspizirte die einzelnen Regimenter, lobte sie für ihre ausgezeichnete Haltung und versprach ihnen baldige Befriedigung ihrer Forderungen. Seine übrige Thätigkeit in diesen Tagen seines Passauer Aufenthalts entzieht sich der historischen Forschung; wenn wir aber aus den folgenden Ereignissen einen Schluß auf dieselbe ziehen, so traf er mit den Obersten die letzten Verabredungen über den zu bewerkstelligenden Einbruch in Oesterreich und Böhmen. Unter dem Scheine von Meuterei, zu der die Soldaten nicht erst aufgereizt werden mußten, da sie durch vielfache Entbehrungen übel gestimmt waren, sollte der Einbruch geschehen. Man könnte indessen in Zweifel darüber gerathen, ob wirklich ein solcher Einbruch planmäßig betrieben wurde, wenn man die Mission des Herzogs von Braunschweig betrachtet. Der Kaiser hatte dieselbe zwar auf alle Weise verzögert, aber zuletzt doch die Erlaubniß zu derselben gegeben und so in der That die Abdankung bewerkstelligen wollen. Ohne weiter darauf hinzuweisen, daß der Kaiser g a r n i c h t s zur Herbeischaffung der Mittel für die Bezahlung der Passauer beigetragen und das ganze Geschäft dem Herzog überlassen hatte, als ob es ihn so wenig anginge, wie die Befriedigung einer asiatischen Horde, dient uns als weiterer Fingerzeig die Meinung Maximilians von Baiern. Auch an ihn hatte sich der Herzog von Braunschweig in seinem bewundernswerthen Eifer gewendet und ihn um ein Anlehen ersucht. Maximilian erwiederte, daß er sein Geld zu seiner eigenen Vertheidigung brauche, denn unter dem Scheine die Passauer abzudanken, suche der Kaiser und die ihn beherrschende Partei Geld aufzubringen und dann erst recht ihre Pläne durchzuführen. *) Damit hatte Maximilian den Nagel auf den Kopf getroffen, wie die folgenden Ereignisse zeigen. Die Erfolglosigkeit der Bemühungen des Herzogs von Braunschweig lieferte bald den ersten Beweis.

Da nach Prag ununterbrochen im Laufe des Monats Oktober Nachrichten gelangten, daß die Soldaten trotz des Zuredens ihrer Offiziere ihre Quartiere gewaltsam verändern wollten, hatte der Herzog von Braunschweig, um nicht seine Kommission vergeblich in Angriff zu nehmen, schon am 3. November ein Schreiben an das Kriegsvolk abgeschickt, worin er seine Ankunft mit Gewißheit versprach und volle Befriedigung aller Soldrückstände verhieß. Als er anlangte, theilte er den Offizieren mit, daß er binnen wenigen Tagen im Stande sein werde einen Theil des rückständigen Soldes im baren, einen andern in Anweisungen zu berichtigen. Ohne

*) Wolfenbüttler Archiv. Max von Baiern an den Herzog von Braunschweig ddo. 16. Nov. 1610.

den weitern Fortgang dieser Angelegenheit abzuwarten reiste Leopold dar-
15 Nov. 1610 auf nach Prag ab, wie er erklärte, auf Verlangen des Kaisers; mit ihm gingen auch der Oberst Trautmannsdorf und mehrere andere Offiziere, während der Feldmarschall Althan nach Salzburg sich begab, angeblich mit einem Auftrage an den Erzbischof. So entfernten sich von dem Heere alle jene, welche auf dasselbe einen entscheidenden Einfluß besaßen und es blieb dasselbe unter dem Kommando der minder hoch gestellten Offiziere zurück, unter denen jetzt Oberst Ramée den ersten Platz einnahm. Dieser war es, der wahrscheinlich schon jetzt ausersehen war, das folgende Drama in Scene zu setzen.

Nach der Entfernung der genannten Anführer theilte der Herzog den zurückgebliebenen Offizieren die Bedingungen mit, unter denen die Berichti-
16 Nov. gung der Soldrückstände erfolgen sollte.*) Sie schienen damit zufrieden, weigerten sich aber die Mittheilung an die Soldaten zu machen und verlangten, der Herzog solle es thun. In Folge dessen gab derselbe den Befehl die sämmtlichen Regimenter sollten bei Griesbach, in der Nähe von Passau,
17 Nov. ihre Aufstellung nehmen. Die Soldaten kamen dem Befehle nach, nahmen aber dabei eine meuterische Haltung an und drohten mit ihrem unmittelbaren Abmarsch nach Böhmen, so daß der Herzog Mühe hatte, sie zur Ruhe zu bringen. Am folgenden Tage zeigte er ihnen schriftlich an, daß sie am 20. November gemustert, ihnen dabei ein Monatsold ausbezahlt und sie binnen 14 Tagen, vom 22. November an gerechnet, abgedankt werden sollten, nachdem vordem mit ihnen ordentliche Abrechnung gepflogen worden.**)

Dies Versprechen hatte der Herzog gegeben, weil er mit Sicherheit die Ankunft des Zahlmeisters erwartete. Er sollte an Barschaft, Silber- und Goldgeräthen die obenerwähnte Summe von 148.000 Gulden mitbringen, dazu Anweisungen im Betrage von 312.000 Gulden. Vor seiner Abreise hat der Herzog vom Kaiser noch das Versprechen erhalten, daß er 100.000 Thaler (so viel als 116.666 Gulden) beisteuern wolle und der gute Mann hatte sich in der Hoffnung entfernt, daß die Barsumme sich auf 264.000 Gulden belaufen könnte. Der Zahlmeister sollte mit Geld und Anweisungen, die wegen einzelner noch nicht erfüllter Formalitäten ihrer Ausfertigung harrten, aber längstens dieselbe in zwei bis drei Tagen erhalten mußten, wenn in Prag nicht absichtlich gezögert wurde, dem Herzog auf dem Fuße folgen. Mit Gewißheit erwartete ihn der letztere Tag für

---

*) Wolfenbüttler Archiv. Reverendissimi Proposition, so den Offiziren geschen 16. Nov. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an die Passauer Truppen ddo. 18. Nov. 1610.

Tag in Passau, als aber der 20. November herankam, an dem die Musterung vorgenommen werden sollte, und noch kein Geld vorhanden war, da riß dem Herzog die Geduld. Er erinnerte sich jetzt aller Zögerungen, durch die man seine Mission vereiteln wollte, er berücksichtigte jetzt die Warnungen Maximilians von Baiern und machte seinem Zorne Luft, indem er in einer heftigen Schrift gegen das Gebahren des Hofkriegsraths (in dem der ältere Sulz, Althan und Trautmannsdorf obenan saßen) protestirte. Sie hätten, schrieb er ihnen, den Kaiser betrügerischer Weise zu den Passauer Werbungen verleitet, die an eine Million Gulden verschlingen würden und zwar mit demselben Nutzen, als wenn man sie in die Donau geworfen hätte. Vermöge des Vertrags mit Mathias sei das Kriegsvolk abzudanken, sie hätten es aber „durch allerhand läppische und nichtswürdige Ausflüchte stets zu hemmen und ganz und gar zu verhindern gesucht." Nun habe er behufs der Abdankung ein Dekret zugestellt erhalten, welches mehr einer „Scharteke" als einem amtlichen Schriftstück ähnlich sehe, denn es mangle daran Unterschrift und Siegel des Hofkriegsraths. Solche Nachlässigkeit müsse man „ihrer Unbesonnenheit, ihrem groben Bauernstolz und ihrem Unverstande" zuschreiben und ihnen allein die Folgen, wenn die Abdankung mißlingen sollte, zur Last legen. Sein Unwille steigerte sich schließlich zu einem Befehle, der als der Ausfluß sittlicher Entrüstung anzusehen ist. Er, der fremde Fürst, forderte den Hofkriegsrath auf, ihm bis zum 28. November ein Dekret in der nothwendigen Form auszufertigen, das mit Weglassung aller Zweideutigkeiten die Abdankung des ganzen Heeres, Offiziere und Soldaten einbegriffen, einfach anordne. *) Nicht zufrieden mit diesem Proteste verfaßte der Herzog am folgenden Tage eine andere Schrift, bestimmt für weitere Kreise, worin er seine Bemühungen um Aufbringung der nöthigen Geldsummen schilderte und den Kaiser wie seine Räthe an den Pranger stellte, indem er ihnen die Schuld zumaß, daß Kleinsträtel noch immer nicht eingetroffen sei. **)

Wiewohl der Herzog also weder am 20. noch 22. November über 1610
Geld gebot, nahm er doch die Musterung an dem bestimmten Tage vor. Die Soldaten benahmen sich dabei willig, nur bezüglich der Soldrückstände erhoben sie überspannte Ansprüche, welche der Herzog sich gefallen lassen mußte, da er sie bei guter Laune zu erhalten suchte. Sie erinnerten auch nicht daran, daß ihnen bei der Vornahme der Musterung ein Monatssold versprochen worden und jetzt nicht ausbezahlt wurde, sondern waren

*) Wolfenbüttler Archiv. Protestationsschrift des Herzogs ddo. 20. Nov. 1610.
**) Wolfenbüttler Archiv. Urkunde vom 21. Nov. 1610 ohne Aufschrift.

damit zufrieden, daß bei der schließlichen Entlassung am 6. Dezember jedenfalls ihre Forderungen befriedigt werden würden. Damit hatte der Herzog eine schwere Arbeit beendet und er erwartete nun täglich das Erscheinen des Zahlmeisters, mit Sicherheit sich der Hoffnung hingebend, daß derselbe seine Ankunft nicht über den Verlauf des Monats November verzögern könne.

Es verging jedoch ein Tag um den andern, der Monat November war vorüber und der 6. Dezember vor der Thür. Wohl liefen von Kleinsträtel beinahe täglich Briefe ein, worin er über die Schwierigkeiten, das nöthige Geld zusammenzubringen, berichtete, aber kein Tag brachte ihn selbst. Vom Kaiser empfing der Herzog ein Schreiben, worin er ihn für seinen Eifer belobte und aufforderte in dem begonnenen Werke der Abdankung fortzufahren und sich durch keine böswilligen Leute stören zu lassen. Auch ein Dekret, welches ihn zur Vornahme der Abdankung ermächtigte und das Leopold im Namen des Kaisers unterzeichnete, erhielt er, aber von Geld war bei allen diesen Kundgebungen keine Spur.*) Und doch bedurfte es nur eines Winkes von Seite des Kaisers, um solches nach Passau zu schaffen. Bis zum 25. November hatte Kleinsträtel 123.642 Thaler an baarem Gelde und 228.714 Thaler an Verschreibungen erhalten.**) Reiste er damit sogleich nach Passau, so war nicht zu bezweifeln, daß der Herzog seine Kommission vollbracht hätte. Allein dem Zahlmeister waren die Hände gebunden, er reiste nicht nach Passau ab, da der Kaiser zur Beibehaltung des Kriegsvolks entschlossen war.

Als Leopold in Prag angelangt war, wurden natürlich Angesichts des verwegenen Schrittes, den man thun wollte, häufig Berathungen gehalten, bei denen einer oder der andere von den Räthen der Abdankung das Wort geredet haben mag. Solche Stimmen fanden aber weder bei dem Erzherzog noch bei dem Kaiser Gehör. Nach dem Berichte Wenzels von Kinsky, der noch immer seine Verbindung mit dem ersteren aufrecht hielt um desto besser dem König Mathias dienen zu können, hatten sich Leopold und seine Partei über folgenden Plan geeinigt. Das Passauer Volk sollte trotz allen Widerspruches nach Krumau gebracht, alsdann ein Landtag berufen werden, an dem die Kassirung des Majestätsbriefes vorgenommen werden sollte. Um den Wortführern der protestantischen Partei die Möglichkeit abzuschneiden, den Landtag zu einer oppositionellen Haltung

*) Wolfenbüttler Archiv. Rudolf an den Herzog von Braunschweig ddo. 20. Nov. 1610. — Ebendaselbst. Kais. Dekret den Offizieren und Befehlshabern wegen der Abdankung zugeschickt, in simili an alle ddo. 23. Nov. 1610.

**) Wolfenbüttler Archiv. Bericht über die am 25. November vorhandenen Geldmittel.

zu veranlassen, sollte denselben gleichzeitig der Prozeß als Majestätsverbrechern gemacht werden. Aus späteren Angaben ersehen wir, daß man namentlich gegen den Grafen Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz in dieser Weise vorgehen wollte. Es versteht sich, daß der Landtag auch Leopold zum Nachfolger des Kaisers ernennen sollte.*) — Die Regierungsgeschäfte waren um diese Zeit bereits ganz und gar in den Händen des Erzherzogs. Dem Präsidenten des geheimen Rathes, dem Grafen von Leuchtenberg, der seit seiner Ernennung stets nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, jetzt aber zu den Gegnern der Kriegspolitik gehörte, wurde bedeutet, daß er seine Entlassung nehmen solle, vorläufig wurde er gar nicht beachtet. So geschah es, daß der Erzherzog nicht nur im Hofkriegsrath, sondern auch im Geheimrath eine unbestrittene Herrschaft ausübte. Die Abdankung der Passauer ward also förmlich verworfen.**) Um jedoch bei dem Wagstück nicht allein zu stehen und die Täuschung so lange als möglich zu erhalten, als ob die Passauer gegen Jülich bestimmt seien, begab sich Leopold nach Dresden dem Kurfürsten ein Bündniß antragend. Christian II sollte in seinen Bestrebungen, Jülich zu erwerben, unterstützt werden, dagegen dem Kaiser für die Erhaltung des Passauer Volkes mit einer Geldsumme behilflich sein. Der Kurfürst war diesem Plane früher nicht abgeneigt, als er aber jetzt von dem Erzherzog in eigener Person zur Entscheidung gedrängt wurde, lehnte er das angebotene Bündniß ab. Er erwiederte demselben, daß er sich zu schwach fühle, um im Verein mit dem kaiserlichen Kriegsvolk die Eroberung von Jülich zu versuchen.

Ende Nov. 1610

5. Dez. 1810

---

*) Korrespondenz zwischen Kaiser Rudolf ꝛc. von Hanka. Die Intention des Kaisers wegen des Passauischen Volkes. S. 42. Dieses wichtige Schriftstück, eine Art von Memoire, das Resultat von Kinsky's Nachspürungen enthaltend, hat auch Hurter gekannt, demselben aber deshalb nicht allen Glauben geschenkt, weil er nicht wußte, ob es von Kinsky herrühre. Es rührt in der That von letzterem her, wie wir uns durch eine Untersuchung der Originalbriefe, die im böhm. Museum erliegen, überzeugen konnten. Wir mußten schon deshalb zu den Originalien uns wenden, und von der durch Hanka veranstalteten Publikation absehen, weil derselbe, nicht bekannt mit der Detailgeschichte der Zeit, die Briefe nicht in der richtigen Ordnung publizirte. Es handelte sich also für uns, in den Originalien selbst bessere Anhaltspunkte zu finden. — Auf Seite 192 wird berichtet werden, welchen Anhang Leopold unter den böhmischen Kronbeamten und unter den Katholiken fand. Kinsky behauptet, daß sich unter den Freunden Leopolds auch der Kanzler Lobkowitz befunden, ist dies richtig, so hat sich derselbe in den Tagen der Entscheidung von Leopold ferngehalten.

**) Brüssler Archiv. Bodenius an Pisport ddo. 27. Nov. 1610.

Zuñiga ließ es in diesen verhängnißvollen Tagen an nichts fehlen, um den Erzherzog zur Besinnung zurückzubringen. Auf welche Seite er sich neige, darüber konnte Niemand im Zweifel bleiben, da er zur Abdankung des Kriegsvolks im Namen seines Herrn 20.000 Gulden in baarem Gelde hergab. Er riet dem Erzherzog wiederholt aber vergeblich von allen unüberlegten Schritten ab, der junge Prinz verwarf diese Rathschläge und sagte, er wolle einmal ein Kriegsjahr verleben und dann sich zurückziehen. Als Zuñiga nichtsdestoweniger ihm empfahl sich von allen Geschäften fern zu halten, erwiederte er: „Wenn ich mich plötzlich von dem Kaiser entferne, so bemächtigen sich seiner die Kalvinisten," eine Behauptung, die allerdings richtig war.*) Ebensowenig wie Leopold Zuñiga's vorsichtige Mahnungen beachtete, ebensowenig that dies der Kaiser. Die im Dienste Rudolfs befindlichen Astrologen hatten ausgerechnet, daß er diesmal im Kriege glücklich sein und Mathias gefangen nehmen werde; Geldgeschenke waren ihr Lohn für diese günstige Prophezeiung. Darf es uns Wunder nehmen, wenn auf dies hin ein Memoire, in welchem Zuñiga seine warnende Stimme ertönen ließ, vom Kaiser keines Blickes gewürdigt wurde.**) — Die Schritte zur Abdankung der Passauer waren und sind nichts wie Blendwerk, so berichtete der spanische Gesandte an seinen König.

In Anbetracht dieser Angaben ist es nur zu begreiflich, warum der sehnlich erwartete Kleinsträtel in Passau nicht erschien und als er doch ankam, dies so ziemlich mit leeren Händen der Fall war. Schon am 1. Dezember wußte der Herzog von Braunschweig, er werde sein Versprechen nicht
1610 einhalten und die versprochenen Zahlungen am 6. nicht leisten können. Er berief deshalb einen Kriegsrath, an dem von den Anführern Althan, der mittlerweile wieder beim Heere erschien, und Ramée theilnahmen. Der Herzog erörtete die Unmöglichkeit, baares Geld in kurzer Zeit aufzutreiben und schlug als Auskunftsmittel vor, die Soldaten für ihre Soldrückstände durchwegs mit Anweisungen, die bald fällig sein sollten, zu bezahlen. Althan und Ramée entgegneten, daß sich die Soldaten unter dieser Bedingung keine Abdankung würden gefallen lassen, sondern eher zur Wahl eines Eletto,***) wie dies bei den geworbenen Truppen des 16. Jahrhunderts oft der Fall war, schreiten und auf eigene Gefahr hin ihre Befriedigung

*) Simancas. 709/189. Bericht des Staatsrathes an den König über Zuñiga's Schreiben vom 17. und 25. Dezember 1610 und vom 14. und 15. Januar 1611.

**) Simancas 709/191. Der Staatsrath an den König über Zuñiga's Brief vom 15. Januar.

***) Im 16. Jahrhundert kam es öfters vor, daß Truppen, denen der Sold nicht ausbezahlt wurde, aus ihrer Mitte einen Anführer (den Eletto) wählten und unter dessen Kommando sich mit Gewalt bezahlt machten.

suchen würden. Sie schlugen deshalb die Veränderung der Quartiere vor, so lange die Geldmittel zur Abdankung nicht bereit seien.*) Am 5. Dezember berief der Herzog abermals Althan und Ramée vor sich und suchte sie zu überzeugen, daß die Soldaten sich mit den bloßen Anweisungen begnügen müßten, weil sich die benachbarten Fürsten und Länder jeder Veränderung ihrer Quartiere widersetzen würden.**) Zwei Tage später gab er eine gleichlautende Erklärung einem aus Offizieren bestehenden Ausschusse mit dem Ersuchen ab, sie sollten ihren Einfluß bei den Soldaten anwenden, um diese zur Annahme der vorgeschlagenen Bedingungen zu vermögen. Alles dies hatte keine Wirkung, in einer darauf folgenden Konferenz erklärten Althan und Ramée, daß man nicht einmal wagen dürfe, den Soldaten von diesen Bedingungen zu sprechen, Geld oder Veränderung der Quartiere sei allein, was man ihnen bieten könne. Sie verlangten deshalb von dem Herzog, daß er, um des Kaisers Ansehen aufrecht zu erhalten, und eine Meuterei zu verhindern, selbst den Befehl zur Veränderung der Quartiere geben solle. Es war dies eine unredliche Falle, um den guten Vermittler mitverantwortlich für die folgenden Ereignisse zu machen. In seinem aufrichtigen Eifer scheute er sich nicht einmal vor der Gefahr seinen Namen verunglimpft zu sehen. Ueberzeugt daß die Soldaten nicht anders einige Tage länger in Zaum gehalten werden könnten und noch immer von der trügerischen Hoffnung beseelt, daß der Kaiser im letzten Augenblicke Hilfe leisten werde, ertheilte er den verlangten Befehl unter der Bedingung, daß die Truppen noch zehn Tage in ihren bisherigen Quartieren verbleiben sollten. Mittlerweile wollte er nach Prag reisen und die nöthigen Geldmittel vor Ablauf der Frist auftreiben. Statt zehn Tage wurden ihm nur acht bewilligt; am 9. Dezember beginnend sollte diese letzte Frist am 17. ablaufen. Der Herzog, der nichts mehr erlangen konnte, gab sich damit zufrieden und reiste am 9. Dezember nach 1610
Prag ab.***)

In Prag langte der Herzog am 11. Dezember an und erstattete am Abend desselben Tages dem Kaiser über seine bisherigen Bemühungen schriftlichen Bericht. Er erklärte, daß, wofern man die Soldaten nicht augenblicklich auszahle, von ihnen ein ferneres Verbleiben im Passauer Stifte nicht verlangt werden könne, weil es dort absolut an den nöthigen Lebensmitteln fehle. Es gebe in der gegenwärtigen Lage nur zwei Wege: augen-

---

*) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll vom 1. Dez. 1610.

**) Wolfenbüttler Archiv. Protokoll vom 5. Dez. 1610.

***) Wolfenbüttler Archiv. Reverendissimi et Illustrissimi Anzeige vom 7. Dez. 1610. — Ebendaselbst: Protokoll vom 8. Dez. 1610.

blickliche Zahlung oder die Erlaubniß zum Abmarsch der Truppen nach Krumau, wenn anders eine Meuterei verhütet werden solle.*) Eben so benachrichtigte der Herzog die böhmischen Kronbeamten über den Stand der Dinge. Dieselben beriefen alsbald sämmtliche in Prag anwesenden Mit-
13. Dez. glieder der einzelnen Gerichtshöfe zur gemeinschaftlichen Berathung. Die
1610 Entrüstung, welche sich in dieser Versammlung gegen den Kaiser Luft machte, schonte nicht einmal des Herzogs. In der That kann man von den Versammelten billigerweise keinen Gleichmuth erwarten. Sie hatten beträchtliche Summen im baaren und in Anweisungen hergegeben und nun sollte trotz ihrer Opfer eine verhungerte und der Disziplin entwöhnte Soldatenschaar in ihrem Lande gegen den klaren Wortlaut der Verfassung hausen! Sie verlangten deshalb vom Kaiser, er möchte die Abdankung unverweilt vornehmen lassen, überdies aber ein allgemeines Aufgebot des Landes gestatten, damit man einem etwaigen Einbruch begegnen könnte.**) Von dem Herzog von Braunschweig forderten sie die Rückgabe des Geldes und der Anweisungen, die sie ihm im Vertrauen auf seine Person gegeben hätten und um die sie jetzt so schnöde betrogen werden sollten. Der unglückliche Unterhändler war gutmüthig genug, durch eine solche Zumuthung sich nicht beleidigen zu lassen, sondern sein Verhalten zu rechtfertigen.***) Es bedarf wohl nicht der weitern Mittheilung, daß der Kaiser weder auf des Herzogs Eingabe noch auf die Vorwürfe der Stände die Abdankung der Passauer beschleunigte. Er begehrte nach Krieg.

II

Ueber das Benehmen des Passauer Volkes während seines Aufenthaltes in dem gleichbenannten Bisthum lauten die gleichzeitigen Berichte ungünstig. Unordnungen, Räubereien und Todschläge waren an der Tagesordnung; doch muß die Schuld dieses Benehmens auch auf jene gewälzt werden, welche es versäumten für den gehörigen Unterhalt der Soldaten zu sorgen und seit Monaten es vergaßen den Sold auszuzahlen. Bereits
1610 im November waren alle Vorräthe an Lebensmitteln in dem Stifte derart aufgezehrt, daß es selbst nach dem unparteiischen Urtheile des Herzogs von Braunschweig nicht möglich war, länger eine so bedeutende Truppenmacht

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Herzog von Braunschweig an den Kaiser ddo. 11. Dez. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Kronbeamten und Räthe an den Kaiser ddo. 13. Dez. 1610.

***) Wolfenbüttler Archiv. Antwort des Herzogs von Braunschweig an die böhm. Kronbeamten ddo. 4/14. Dez. 1610.

in demselben zu erhalten. Jeder Tag war seitdem durch Entbehrungen der härtesten Art ausgezeichnet und man kann im Vergleich mit anderen Vorgängen ähnlicher Natur mit Sicherheit behaupten, daß die Passauer Truppen nicht mehr zur Meuterei aufgelegt waren, als die geworbenen Schaaren in dieser Zeit überhaupt. Seit dem 26. Oktober waren sie Woche 1610
für Woche auf volle Auszahlung vertröstet worden, nun kam die Härte des Winters und keines der hoch und theuer gegebenen Versprechen war erfüllt worden. Man muß es deshalb als einen Beweis von soldatischem Gehorsam ansehen, wenn sie selbst nach der Abreise des Herzogs nicht bloß die bedungenen acht Tage, sondern außerdem noch drei Tage in ihren Quartieren verharrten. Indem sie endlich am 21. Dezember befehligt von ihren Offizieren ihre bisherigen Quartiere verließen, begingen sie keinen Akt der Meuterei, sondern bedienten sich nur der Erlaubniß, die ihnen der Herzog bedingungsweise ertheilt hatte. Würden sie gewußt haben, daß alle bisherigen Versuche, sie abzudanken, nur zum Scheine angestellt waren, keine Gewalt würde sie vermocht haben, so lange die erduldeten Entbehrungen zu tragen.

Das gefürchtete und seitdem so verschriene Passauer Volk zählte nach den übereinstimmenden Angaben unterrichteter Zeitgenossen, bei seinem Aufbruche an 12.000 Mann, außerdem befanden sich in seinem Gefolge an 2000 Personen, theils liederliche Frauen theils Vagabunden.*) Ramée, der sich an der Spitze der ganzen Schaar befand — denn Althan hatte dieselbe unter dem Scheine von Verhandlungen mit Salzburg wieder verlassen — richtete seinen Marsch nach Oberösterreich. Damit geschah der entscheidende Schritt, der das Schicksal des Kaisers besiegelte. Würden die Truppen auf dem kürzesten Wege ihren Marsch nach Böhmen genommen haben, so wäre dem Kaiser noch immer die Möglichkeit offen geblieben, sie ohne Nachtheil für den Rest seiner Herrschaft abzudanken und die Böhmen auf irgend eine Weise zu beschwichtigen. Der Einbruch in Oesterreich war aber eine flagrante Verletzung des erst kürzlich mit Mathias geschlossenen und von dem Prager Fürstenkonvente garantirten Friedens, er gab dem Könige Mathias die Waffe in die Hand, gegen seinen Bruder schonungslos aufzutreten und seine krankhaften Einfälle für immer unschädlich zu machen. Man glaube nicht, daß Ramée seinen Weg nach Oesterreich auf eigene Faust und nicht mit Billigung und ohne Befehl des Kaisers eingeschlagen habe. Die Berichte Zuñiga's, welche die eigentliche Bestimmung der Passauer Truppen außer allen Zweifel stellen und den Einmarsch in Oesterreich als

*) Paul Skala S. 265 in der Ausgabe der Monumenta historiae bohemica. Die Angabe über die Zahl der Soldaten stimmt auch mit den offiziellen Berichten überein.

eine wohlvorbedachte Maßregel erscheinen lassen, werden vervollständigt durch die Mittheilungen, welche der Rath des Erzherzogs, Heinrich Ubeßko, im Auftrage seines Herrn und des Kaisers dem Herzog Maximilian zu machen hatte. In dem Momente, in welchem Ramée über die österreichische Grenze zu ziehen gedachte, erschien Ubeßko in München und erklärte, daß der Kaiser einen Angriff gegen seinen Bruder und zwar „jure praeventionis," um nicht wieder von ihm angegriffen und beraubt zu werden, beabsichtige. Er verlangte vom Herzog zweierlei, seinen Rath und die Erlaubniß, daß das in Elsaß befindliche Kriegsvolk durch Baiern seinen Weg nehmen dürfe, um sich in Oesterreich mit den Passauern zu vereinen. Wie nicht anders zu erwarten war, mißbilligte Maximilian auf das nachdrücklichste jedes kriegerische Vorgehen, lehnte die Gestattung des Durchzuges ab und warnte den Kaiser vor einem Unternehmen, das ihn leicht noch die Krone von Böhmen kosten könnte. Diese nur allzusehr durch die Ereignisse bestätigte Prophezeiung kam zu spät nach Prag. Als Maximilians Gesandte Viehpöck mit der Antwort anlangte, befanden sich die Passauer bereits auf dem Wege nach dieser Stadt. *) — Ist durch diese Botschaft an Maximilian und durch dessen Antwort das Vorbedachte des Zuges nach Oesterreich vollkommen sichergestellt, so drängt sich doch noch die Frage auf, welche Hoffnungen Rudolf auf einen so verzweifelten Schritt, wie der Angriff gegen Mathias war, setzte. Hierauf antworten wir mit Zuñiga: Der Kaiser hatte sich von seinen Astrologen überzeugen lassen, daß jetzt der Moment zum Sturze seines Bruders gekommen sei. Er hoffte, daß, sobald sein Heer in Oberösterreich erscheinen würde, Gottfrieds von Starhemberg Versprechungen sich bewahrheiten würden, der Adel sich für ihn erheben und seine Herrschaft wieder proklamiren werde. Diesen Sinn hatte Ramée's Marsch nach Oberösterreich.

Statt des gehofften Anschlusses verursachte das Erscheinen der Passauer die größte Bestürzung und Entrüstung im Lande. Alles wandte seinen Blick nach Wien, um von da Hilfe zu erlangen; diese konnte nicht gleich kommen, denn Mathias, wie sehr er auch von den Passauer Rüstungen schlimmes erwartet hatte, war doch nicht auf den Einfall vorbereitet. Mittlerweile stellten sich die Einwohner, so gut sie konnten, zur Wehr; da sie jedoch einem so starken und wohlgeschulten Heere, wie die Passauer waren, keinen nennenswerthen Widerstand im freien Feld leisten konnten, war Ramée in der Lage seinem Marsche eine beliebige Richtung zu geben. Nachdem er acht Tage lang im Lande gehaust hatte, machte er eine

*) Münchner Staatsarchiv 329/38. Instruktion Maximilians von Baiern für seinen Rath Viehpöck ddo. 5. Februar 1611.

Schwenkung nach Südwest, als ob er die Absicht hätte seinen Weg nach Tirol einzuschlagen. Allein nach einigen Tagen zog er nach Lambach, setzte seine Plünderungen fort, wobei er wiederholt erklärte, daß er seinen Weg gegen Böhmen einschlagen wolle. Statt dies jedoch auszuführen nahte er sich der Stadt Linz und machte Miene sich derselben zu bemächtigen. 11 Jan. 1611
Von der Schwierigkeit der Belagerung zurückschreckend forderte er darauf nur Lebensmittel und Unterstützung, um seine Soldaten über die Donau zu setzen. Beides wurde ihm zu Theil, allein auch jetzt traf er keine Anstalten das Land zu verlassen. Dennoch mußte er sich bald überzeugen, daß die Behauptung von Oberösterreich bei der entschiedenen Feindseligkeit der Einwohner und bei Mathias eilig vorschreitenden Rüstungen nicht von Dauer sein werde. Der Plan des Kaisers, seinem Bruder Oesterreich zu entreißen, konnte als gescheitert angesehen werden. Ramée, der bei längerem Verweilen die meiste Gefahr lief, dachte deshalb schon in der Mitte Januars an seinen Rückzug, der bei den obwaltenden Verhältnissen nur nach Böhmen angetreten werden konnte. Am 26. Januar kündigte er Herrn von 1611
Rosenberg seine Absicht an und verlangte von ihm eine freundliche Haltung, um nicht genöthigt zu sein in Böhmen als Feind aufzutreten. *) Am 30. Januar gedachte er die Grenze zu überschreiten.

Kaum mehr als fünf Wochen hatte das Kriegsvolk in dem wohlhabenden Oesterreich zugebracht. Es genügte demselben nicht, daß es sich für die früher erlittene Noth an den hinreichend vorhandenen Lebensmitteln entschädigen konnte, überall benahm es sich in einer so erschreckenden Weise raub- und zerstörungslustig, daß man sich bei den Berichten hierüber in die schlimmsten Zeiten des 30jährigen Krieges versetzt glaubt. Nicht genug, daß die Soldaten überall, wohin sie kamen, alles ausraubten und mit sich fortführten und die Eigenthümer mißhandelten, wenn ihre Hoffnung auf Beute unter ihrer Erwartung blieb, nicht genug, daß sie namentlich gegen Frauen die schändlichsten Gewaltthaten begingen, diese trotz der strengen Winterkälte nackt auszogen und in die Wälder trieben, sie suchten noch überdies in bestialischer Wuth das, was sie nicht mit sich fortschleppen konnten, zu Grunde zu richten. Wein wurde auf die Erde gegossen, Asche in das Mehl geworfen, um letzteres ungenießbar zu machen, Bettfedern unter die Pferde gestreut. **) Der Werth dessen, was sie in Oberösterreich geraubt und verdorben hatten, wird von Khevenhiller, einem Zeitgenossen, auf mehr als zwei Millionen Gulden angegeben. Als sie die böhmische

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Ramée an Rosenberg ddo. 26. Jan. 1611.
**) Der Herzog von Braunschweig an den Kaiser ddo. 29. Jan. 1611.

Grenze überschritten, führten sie die gemachte Beute auf 269 Wägen nach sich.*)

Gleichzeitig mit dem Einmarsch Ramée's in Oberösterreich hatte Leopold bei dem Kurfürsten von Sachsen einen zweiten Versuch gemacht, um ihn für ein Bündniß zu gewinnen. Der letztere muß Aeußerungen gethan haben, welche den Erzherzog jetzt einen bessern Erfolg hoffen ließen.**) Graf
24 Dez. Zollern wurde nach Dresden geschickt, um Christian II nochmals ein Bündniß mit Rücksicht auf Jülich anzutragen. Der Herzog von Braunschweig, der hievon Kenntniß erhalten hatte, beeilte sich in einem eindringlichen Gutachten dem Kurfürsten jede Lust dazu zu benehmen. Die Folge war, daß der letztere eine unentschiedene Haltung einnahm. Weder wies er die Anträge auf ein Bündniß definitiv ab, noch riet er zur Entlassung der Passauer; was er verlangte war, daß dieselben aus Oesterreich abgeführt werden sollten, um Mathias den Grund zu gerechten Beschwerden zu nehmen. Er wollte sich also noch immer die Möglichkeit offen lassen, im Bunde mit dem Kaiser Jülich anzugreifen.

Eine solche egoistische Haltung, welche von den Umständen Vortheil ziehen wollte, ohne selbst etwas zu wagen, war für den Erzherzog von keiner Hilfe. Er mußte sich nachgerade gestehen, daß er einen Kampf unternommen habe, in dem er und der Kaiser keinen Bundesgenossen finden würden. Denn auch der polnische Zuzug des Herzogs von Teschen, von dem Tennagel in Spanien so viel Rühmens gemacht, blieb aus, die Passauer Truppen waren die einzigen Hilfskräfte. Dennoch verlor er noch nicht den Muth, wenn gleich sich seiner die Besorgniß bemächtigte, daß König Mathias kommen und Rache für den Einfall in Oesterreich nehmen werde. In Leopolds Kombinationen war nicht der Angriff gegen Mathias gelegen, da er aber auf den Wunsch des Kaisers unternommen worden, mußte er sich auch auf die Folgen gefaßt machen.

Die Besorgniß vor diesen Folgen hatte in den seitherigen Vorgängen in Wien und Prag ihren guten Grund. Kaum hatte Mathias Nachricht von dem Einfalle der Passauer in Oberösterreich erhalten, so schrieb er an den Kaiser und machte ihm Vorwürfe, daß er auf solche Weise den kaum abgeschlossenen Frieden gebrochen habe. Er müsse sich nun in Ver-

*) Skala am angeführten Orte.

**) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall I, 28. Graf von Zollern an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 8. Januar 1611. — Ebendaselbst Fol. 27. Leopold an Kursachsen ddo. 7. Jan. 1611. — Ebendaselbst Fol. 12. Kursachsen an den Kaiser ddo. 29. Dez. 1610/8. Jan. 1611. — Ebendaselbst Fol. 38. Kursachsen an Leopold ddo. 7/17. Jan. 1611.

theidigungszustand setzen und Gewalt mit Gewalt vertreiben. Die Folgen möge der Kaiser sich selbst zuschreiben, denn er habe es nicht anders haben wollen.*) Auf dieses Schreiben, welches am 29. Dezember von Wien abgeschickt wurde und wohl längstens am 1. Januar in Prag eintraf, beeilte 1611
sich der Kaiser nicht zu antworten, denn noch wiegte er sich in der Hoffnung, daß Ramée's Einfall von Erfolg sein und Oesterreich unter seine Herrschaft zurückkehren werde. Als er jedoch durch den Gang der Operationen eines andern belehrt und von Ramée unzweifelhaft benachrichtigt wurde, daß sich die Truppen in Oesterreich nicht halten könnten, sondern nach Böhmen zurückziehen müßten, als er solchergestalt den Plan gegen seinen Bruder gescheitert sah, erst da entschloß er sich zu einer Antwort. Der allezeit 17. Jan.
bereite und gutmüthige Herzog von Braunschweig gab sich im Verein mit 1611
dem Grafen von Zollern her, nach Wien zu reisen und Mathias zu beschwichtigen. In der ihnen ertheilten Instruktion wies der Kaiser jede Absicht von sich, als habe er seinen Bruder bekriegen wollen, betheuerte, daß er nie etwas anderes als die Abdankung der Passauer vorgehabt habe und noch vorhabe, berief sich aber zugleich auf sein Recht als Kaiser, das ihm gestatte, seine Truppen durch alle deutschen Lande ihren Durchzug nehmen zu lassen.**) Wiewohl der Herzog von Braunschweig in Wien den Kaiser mit aufrichtiger Ergebenheit vertrat, so ließ sich Mathias weder durch Rudolfs Botschaft noch durch die Reden seiner Gesandten von der richtigen Auffassung des Passauer Einfalls ableiten und dies um so weniger, als das Kriegsvolk noch immer in seinem Lande hauste und sich keineswegs beeilte den angeblich allein beabsichtigten Durchzug zu beschleunigen. Er verharrte auf der Bahn, die er gleich nach dem Einbruch in Oesterreich betreten. Nicht nur rüstete er so rasch als möglich und forderte hiezu seine Unterthanen auf, sondern er schrieb auch an die Böhmen, daß sie nicht säumen 23. Jan.
sollten ihm zu Hilfe zu eilen, um eine Verletzung der Liebner und der erst 1611
jüngst geschlossenen Verträge zu verhindern.***) Ohne noch entschieden mit der Absicht umzugehen, den Kaiser anzugreifen, war er doch entschlossen, gegen das Passauer Volk aufzutreten.†) Verbanden sich die Böhmen mit ihm, dann war es um Rudolf und Leopold geschehen.

Während dieser Vorgänge in Oesterreich war die Haltung der Böhmen eine mehr zuwartende als energisch eingreifende. Als sie durch den Herzog

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an Rudolf ddo. 29. Dez. 1610.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Instruktion für den Herzog von Braunschweig und Graf Zollern ddo. 17. Jan. 1611.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhmischen Defensoren ddo. 23. Jan. 1611.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhm. Defensoren ddo. 31. Dez. 1610.

von Braunschweig erfahren hatten, daß die Verhandlungen zur Abdankung der Passauer gescheitert seien, verlangten sie, wie wir erzählt, vom Kaiser die Erlaubniß zu einem allgemeinen Aufgebot des Landes. Wir wissen nicht, wann derselbe seine Zustimmung zu einem solchen gegeben, nur so viel ist uns bekannt, daß seit Neujahr in allen Theilen Böhmens gerüstet wurde. Doch geschah dies nicht mit jener Eile, welche durch die spätern Ereignisse sich als nothwendig erwies, es scheint, daß die Böhmen sich der Meinung hingaben, die Passauer würden Oesterreich nicht verlassen und ihre Kraft dort erschöpfen. Dieser Ansicht entsprachen auch die Verhältnisse. Mathias, der Palatin von Ungarn, die Stände von Oesterreich und Mähren baten hintereinander die Böhmen um ihre Hilfe;*) die Meinung war also allgemein, daß die letzteren zunächst von keiner Gefahr bedroht seien. Um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatten die in Prag anwesenden Kronbeamten und Defensoren den Kaiser um die Berufung eines Landtags ersucht und dieser hatte, wiewohl mit Widerwillen, der Bitte nachgegeben. Als
1611 sich die Stände am 28. Januar versammelten, war bereits die Gefahr nahe gerückt, denn das Passauer Volk konnte sich nicht länger in Oesterreich halten, sondern mußte seinen Marsch gegen Böhmen richten. War dies der Fall, so drohte dem Lande großer Jammer, denn das allgemeine Aufgebot, welches noch zu sehr auf mittelalterlichen Principien beruhte, konnte einem geschulten Heere keinen Widerstand leisten. Dies war auch die Ansicht des Herrn von Rosenberg, der in Folge vieljähriger Kriegsdienste die geringe Leistungsfähigkeit rasch zusammengeraffter Haufen gründlich zu beurtheilen wußte und der überdies noch befürchtete, daß in Böhmen unter dem auf diese Art bewaffneten Volke viel Unzufriedenheit herrsche, die sie leicht dem Feinde in die Arme treiben könnte.**) Seine Ansicht fand allgemeine Billigung und als der Landtag zusammentrat, wußte er nichts eiligeres zu thun, als vom Kaiser die Erlaubniß zur Anstellung von Werbungen zu erbitten. Man glaubte, ein Infanterieregiment und 1000 Reiter dürften für alle Fälle neben dem Aufgebot genügen. Kaum hatte der Kaiser zu ihrer Bitte seine Zustimmung gegeben, als Boten anlangten, welche über den Einbruch der Passauer in Böhmen berichteten und ihnen auf dem Fuße andere mit der Nachricht folgten, daß Budweis gefallen sei und Tabor angegriffen werde. Auf dies hin erklärten die Stände die Zahl der geworbenen Truppen verdoppeln zu wollen und auch hiezu mußte der Kaiser die Erlaubniß ertheilen.***)

*) Die Schreiben im böhmischen Statthaltereiarchiv.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Rosenberg an die Kronbeamten und Gerichtsbeisitzer ddo. 24. Dez. 1610.

***) Archiv von Simancas 2497/8. Zuñiga an Philipp III ddo. 31. Januar. — Böhm.

Es versteht sich von selbst, daß der Kaiser weder die Berufung des Landtags noch die ständischen Werbungen aus freien Stücken guthieß und daß er in beides nur gezwungen einwilligte.*) Erzherzog Leopold mag unzweifelhaft dem Kaiser jede Nachgiebigkeit abgerathen haben, allein da sich im Schloß keine nennenswerthe Besatzung befand, so mußte auch er einsehen, daß Widerstand nicht am Platze sei. Dadurch aber nahm die Situation eine für des Erzherzogs ehrgeizige Pläne gefährliche Gestaltung an. Wenn die Böhmen dem in das Land einbrechenden Kriegsvolk ein vielleicht noch stärkeres Heer entgegenstellen konnten, mußte es zwischen ihnen und den Passauern zu einem Kampfe kommen, in dem von einem raschen und vollständigen Sieg der letztern keine Rede sein konnte. Jeder Tag aber, der den Kampf verlängerte, verringerte die Aussichten des Erzherzogs, da er eine Intervention des Königs Mathias in Böhmen befürchten mußte. Denn es war nicht zu erwarten, daß letzterer ruhig dem Bürgerkriege in einem Lande zusehen würde, von dem er bereits den Titel eines designirten Königs führte. Kam er aber, dann war für Leopold nicht bloß die böhmische, sondern auch die deutsche Krone dahin. Die Schwierigkeiten, die sich solchergestalt Schritt für Schritt mehrten, mußten zuletzt auf den jungen Prinzen, der bisher mit beispielloser Hast und Leichtigkeit sich über alle Warnungen hinausgesetzt hatte, einen niederdrückenden Eindruck ausüben. Jetzt erst, nachdem der böhmische Landtag zusammengetreten war und die Böhmen ihre Gegenrüstungen begannen, fühlte der Erzherzog, daß er ein verzweifeltes Spiel gewagt. Er beschloß einen Versuch zu machen, sich aus der Klemme zu ziehen.

Seit Leopold bemerkt hatte, wie wenig der spanische Gesandte in Prag seinen Jülicher Plänen hold war, mied er ihn sichtlich und schlug alle Rathschläge, welche ihm dieser wiederholt ertheilt hatte, als von einem Gegner kommend, in den Wind. Als er mit ihm zusammentraf, nachdem bereits die Passauer in Oesterreich eingefallen waren, wollte er keinen Tadel dieses Vorganges dulden und sprach noch überdies seine Verwunderung über Mathias aus, daß derselbe sich „über den Durchzug des Heeres, das nach Jülich bestimmt sei," beklage. Er behauptete, der Kurfürst von Sachsen sei für diesen Zug gewonnen und werde mit einem Heere von 8000 Mann dem des Kaisers sich anschließen.**) Da sich jedoch diese

---

Statthaltereiarchiv. Bericht des Landtags an den Kaiser über die Angelegenheit der Vertheidigung des Landes gegen den Passauer Einfall.

*) Dies bedarf natürlich keines Beweises, wird aber ausdrücklich von Zuñiga im obigen Briefe vom 31. Jan. 1611 berichtet.

**) Simancas 709/191. Zuñiga an den König Philipp III ddo. 15. Jan. 1611.

Täuschung nicht länger aufrecht erhalten ließ und die Entscheidung in Böhmen mit einem ungünstigen Ausgange drohte, entschloß sich Leopold zu einem ersten Schritt von Nachgiebigkeit. Er bat den spanischen Gesandten zu ihm zu kommen und als dieser erschien, ersuchte er ihn geradezu die Vermittlung zwischen Rudolf und Mathias zu übernehmen, auf daß letzterer den Einfall in Oesterreich nicht für einen Kriegsfall ansehe, da derselbe gegen den Willen des Kaisers geschehen sei und dieser den durch den Fürstenkonvent vermittelten Vertrag nicht gebrochen habe. Zuñiga erwiederte darauf mit feiner Ironie, er sei zwar gern bereit dem Kaiser zu dienen, wäre es aber diesmal nicht im Stande, da er über den Verlauf der Dinge, das Zufällige des Einbruchs in Oesterreich und die Beobachtung des Vertrags eine andere Meinung habe. Nichtsdestoweniger drang Leopold noch weiter in den Gesandten und bat ihn in der beweglichsten Weise nach Wien zu Mathias zu reisen, was derselbe abermals mit dem Bemerken ablehnte: Nach Wien könne er nur mit einem speziellen Auftrage des Kaisers gehen und mit dem Versprechen, daß sowohl das Passauer Volk augenblicklich entlassen, als künftighin die Verträge genau beobachtet würden. Wenn nun Mathias eine Bürgschaft für Einhaltung dieser Versprechen verlangen würde, so könnte er dieselbe in Rücksicht auf den Bruch eines erst vor kurzem so feierlich und unter Mithilfe so vieler Fürsten abgeschlossenen Vertrags nicht geben und dann wäre seine Reise mehr vom Schaden wie vom Nutzen. Als der Erzherzog sah, daß er auf diesem Wege nichts ausrichte, und eine Versöhnung mit Mathias, die er als seine eigene Rettung ansah, nicht erreichen konnte, nahm er zu einem letzten Mittel Zuflucht. Nachdem er zuerst weitschweifig erklärt hatte, daß er dem Gesandten ein großes Geheimniß mittheilen wolle, enthüllte er dasselbe mit folgender Forderung: Zuñiga und der Nuncius sollten zwischen dem Kaiser und Mathias ein Bündniß vermitteln, beide Fürsten sollten ihr Kriegsvolk mit einander verbinden und die nach Gewalt strebenden Stände in allen ihnen untergebenen Provinzen zu Paaren treiben, damit sowohl die königliche Macht wie die Herrschaft der katholischen Religion in ihrer ursprünglichen Größe wieder hergestellt würde. Zuñiga lächelte zu dieser Proposition und meinte, wenn Mathias und Rudolf jeder für sich so viel werth wären wie Karl V, wenn sie beide durch gleiche Wünsche und gegenseitige Zuneigung geeint wären, so würde nichtsdestoweniger das Unternehmen unausführbar sein, denn man dürfe nicht übersehen, aus welchen Elementen das Heer des Königs Mathias zusammengesetzt sei. Die Mehrzahl der Offiziere und der Mannschaft seien Protestanten und diese so wie der kleine Rest von Katholiken seien auf Rechnung der Stände geworben; wie könnte also Mathias sich seines Heeres zur

Unterdrückung der Stände bedienen? Mit dem Kaiser aber und seinem Heere ließen sich keine Thaten verrichten, das beste sei, denselben in Ruhe den Rest seiner Tage genießen zu lassen. Der Erzherzog, der von seinem unreifen Vorschlag die Rettung aus der gefährdeten Lage erwartet hatte, war durch Zuñiga's kalte Ablehnung nicht wenig bestürzt und machte nochmals den Versuch ihn zu gewinnen doch vergeblich.*) „Er that mir leid," mit diesen Worten schloß der Gesandte die Beschreibung dieser Scene, „er schien mir von Angst und Reue erfaßt, weil er in diesen Tanz sich bereits so sehr eingelassen."

Die Bekümmerniß war indessen weder so tief noch so nachhaltig, um den Erzherzog auf der abschüssigen Bahn, die er betreten, aufzuhalten, wiewohl vielleicht noch Rettung möglich war. Zwar hatte Ramée bereits die böhmische Grenze überschritten und die Nachricht hievon unter den Ständen eine große Erbitterung wachgerufen, dennoch war diese nicht so tief, um des Kaisers Sturz herbeiführen zu können. Nach dem Berichte der in Prag residirenden Gesandten würde sich der Groll der Böhmen gelegt haben, wenn die Passauer sich auf die Besetzung der ausgedehnten Herrschaft Krumau beschränkt hätten und sie würden eine mäßige Ueberschreitung dieser Grenze auch nicht geahndet haben. Man verlangte nur zweierlei; erstens, daß ernstliche Anstalten zu ihrer Abdankung getroffen würden und zweitens, daß Erzherzog Leopold, den man als den Urheber alles Uebels betrachtete, Böhmen verlasse. Den besten Beweis einer auf Frieden und nicht auf den Sturz des Kaisers bedachten Gesinnung lieferten die Böhmen damit, daß sie in derselben Landtagssitzung, in welcher sie ihren Werbungen eine größere Ausdehnung zu geben beschlossen, zugleich auch Gesandte an Mathias mit der Bitte abschickten, er möchte um der Passauer willen die böhmische Grenze nicht überschreiten.**) Sie selbst getrauten sich also den Kampf zu bestehen und waren geneigt ihren Einbruch

---

*) Zuñiga an Philipp III ddo. 31. Jan. 1611. Die geheimnißvolle Mittheilung erzählt Zuñiga in folgender Weise: Entró (der Erzherzog) despues con un gran preambulo a rebelarme un gran secreto, que contiene, que el Nuncio y yo fuesemos medianeros para que el Emperador y el Rey su hermano se concertasen y juntasen sus exercitos y diesen contra sus vasallos para romper estas confederaciones, que tienen entre si estas provincias y reynos, que posee la casa de Austria hechas de nuevo, quando se hizo la ultima paz con el Turco, que es pensamiento, que quando cada uno de estos Principes fuera Carlos V y estuvieran conformes en amor y voluntad tuviera gran dificultad esta empresa.

**) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Schreiben der böhm. Kronbeamten an Mathias ddo. 4. Feb. 1611. — Ebendaselbst: Instruktion für die zu Mathias reisenden Gesandten ddo. 4. Feb. 1611.

mehr für die Folge einer Soldatenrevolte als die eines beabsichtigten Staatsstreichs anzusehen. Noch hatte demnach Leopold Zeit, nach der Unterre-
1611 dung mit Zuñiga, die am 30. Januar statt fand, an Ramée einen Befehl abzusenden, der ihn in Krumau festhielt. Es ist sehr zu bezweifeln, ob der Kaiser, wenn ihn sein Vetter verlassen hätte, einen Befehl zum Vorrücken gegeben haben würde. Allein der Erzherzog war noch nicht von seiner Gier nach einer Krone geheilt, die Unterredung mit dem Gesandten mag ihn momentan erschüttert haben, aber er blieb entschlossen, den äußersten Versuch zu machen, um sein Ziel zu erreichen. Ramée wurde nicht aufgehalten.

Es entsteht nun die Frage, ob die katholische Partei in Böhmen die Sache Leopolds nicht unterstützte. In dem Memoire, welches Tennagel in Spanien übergeben hatte, wurde behauptet, daß sich sämmtliche Katholiken im Lande dem Erzherzog angeschlossen hätten und bereit seien, zur Vernichtung des Protestantismus in Böhmen aufzutreten. War die Bereitwilligkeit der Katholiken zu einem kriegerischen Auftreten auch keine so feurige, wie sie Tennagel schilderte, so ist doch aus den Verhandlungen bei Ertheilung des Majestätsbriefes soviel ersichtlich, daß namentlich jener Theil derselben, der in dem Kanzler sein Haupt hatte, für die Anwendung der Waffen war. Bestand diese Partei jetzt noch ungetrennt und begünstigte sie das Unternehmen Leopolds? Dies war nicht der Fall. Der Gang der Dinge mußte jeden nicht aller Ueberlegung beraubten Mann überzeugen, daß auf dem von dem Erzherzog betretenen Wege kein Katholikenstaat in Böhmen zu errichten sei. Da der Kanzler der allgemeinen Ueberzeugung nach ein Mann von hervorragenden geistigen Fähigkeiten war, so ist es begreiflich, daß er sich rechtzeitig von dem Unternehmen Leopolds lossagte, wenn er je demselben nähergestanden war. Nicht so aber einige seiner Anhänger, die während des Landtags von 1609/10 ihn an katholischem Eifer und Unnachgiebigkeit gegen ihre Gegner übertrafen, Slawata und Martinitz. Während der Verhandlungen, die im Landtage gepflogen wurden, um den Kaiser zu Ertheilung einer Amnestie zu bewegen, damit die Protestanten für ihr Verhalten später nicht gerichtlich verfolgt werden könnten, waren sie die einzigen, die dagegen sprachen und die solchergestalt der Majorität des Landtags mit gerichtlicher Verfolgung früher oder später drohten. Diese zwei Männer nebst dem ehemaligen Landeshauptmanne von Mähren, Berka, der im Jahre 1608 gestürzt jetzt in Böhmen lebte, weil die mährischen Stände ununterbrochen nach seiner Bestrafung verlangten, waren es, welche Tennagel später im gerichtlichen Verhör als diejenigen bezeichnete, die Leopolds Pläne unterstützten. *) Slawata und Mar-

*) Tennagel wurde später, wie noch erzählt werden wird, von den böhmischen Stän-

tinitz, welche deshalb vor Gericht gestellt wurden, längneten zwar jede derartige Unterstützung, allein es ist nicht zu bezweifeln, daß sie gegen die Wahrheit verstießen, da der spanische Gesandte selbst in seinen Berichten an Philipp „einige böhmische Kronbeamte" -- ohne die Namen zu nennen — der Theilnahme an dem Passauer Einfall beschuldigt und selbst bei Mathias Fürsprache einlegte, daß er um des Wohles der Dynastie willen sie nicht zur Strafe ziehe. *) So viel ist gewiß, daß Leopold nur über einen ganz geringen Anhang unter den böhmischen Katholiken gebot. Zu der Partei Sternbergs, die stets für einen Ausgleich mit den Protestanten gestimmt war, gesellte sich auch der Kanzler, geleitet von seiner eigenen Einsicht und wohl auch von Zuñiga und dem Nuncius, die laut und ununterbrochen jeden Schritt Leopolds verdammten, und so blieben dem letztern nur einige heißblütige Männer treu, deren konsequente Haltung zwar Muth aber keinen Ueberfluß an geistiger Begabung oder christlicher Verträglichkeit zeigt.

Da kein Befehl aus Prag Ramée an den Grenzen Böhmens festhielt, sondern derselbe, wie aus den nachfolgenden Ereignissen sichtlich, vielmehr zur nachdrücklichsten Eile aufgefordert wurde, ergoßen sich die zügellosen Kriegsschaaren rasch über den Süden von Böhmen. Am 30. 1611
Januar überschritten sie die Grenze und am selben Tage hatten sie sich bereits Krumau's bemächtigt. **) Um den Marsch gegen Prag mit Sicherheit anzustellen war der Besitz zweier Städte, die auf dem Wege lagen, Budweis und Tabor, nothwendig; beide waren für jene Zeiten hinreichend befestigt, um eine Belagerung von mehreren Tagen und selbst Wochen auszuhalten, wenn sie über eine kriegstüchtige Besatzung geboten hätten. In beiden war aber die Vertheidigung nur Bürgern anvertraut, die seit Wladislaws II Regierung, also seit mehr als 100 Jahren der Waffen entwöhnt waren. Ramée, obwohl entschlossen sich beider Städte zu bemächtigen, wollte es nicht auf einen Kampf ankommen lassen und beschloß die Anwendung von List. Kaum in Krumau angelangt schickte er nach Budweis auf zwei Wagen einige Personen, welche daselbst spät Abends am 31. Januar anlangten und sich für kaiserliche Kommissäre ausgaben, welche von Prag abgeschickt seien um die Abdankung der Passauer zu bewerk-

---

den in Haft genommen und durch die Folter zu Mittheilungen über die eigentliche Ursache des Passauer Einfalls gezwungen. Seine freiwilligen und seine durch die Folter abgepreßten Geständnisse stimmen genau mit dem überein, was wir durch das Studium der Archive in Erfahrung brachten.

*) Simancas. Korrespondenz vom Jahre 1611.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Der Hauptmann von Krumau an die böhm. Kammer ddo. 31. Jan. 1611.

stelligen. Ihnen auf dem Fuße marschirte Ramée die ganze Nacht über und langte gegen 6 Uhr Morgens in unmittelbarer Nähe von Budweis an. Einige Schüsse von der Ferne waren das verabredete Zeichen für die in der Stadt befindlichen Boten, daß der Marsch glücklich beendet sei. Jetzt verlangten dieselben, daß man ihnen die Thore öffne, um ihre Weiterfahrt nach Krumau anzustellen. Anfangs lehnte es der Rath ab, der schon am frühen Morgen wieder versammelt war, endlich aber entschied er sich, ihnen als kaiserlichen Kommissären zu willfahren. In Begleitung des Bürgermeisters und Stadtschreibers fuhren sie in ihren Kutschen zum Thore, kaum befanden sie sich jedoch im innern Raume desselben, so weigerten sie sich weiter zu fahren. Der Stadtschreiber drohte ihnen, falls sie sich nicht entfernen würden, daß die Wache Feuer geben würde, er vermochte aber nicht weiter zu reden, denn schon wurde er von einem der angeblichen Kommissäre niedergestochen. Schnelle Entschlossenheit, die einzige Rettung in diesem Augenblicke, fehlte den zahlreich genug bei dieser Scene anwesenden Budweisern; ehe sie sich ermannten, waren bereits eine Anzahl Passauer, welche sich in den an den Stadtmauern befindlichen Gärten verborgen hielten, begünstigt durch die Dunkelheit, ungesehen ans Thor gelangt, bemächtigten sich desselben und drangen nun in die Stadt. In
1. Feb. 1611 einigen Minuten war Ramée ohne Widerrede Herr von Budweis.*) Sein Auftreten daselbst und das der Soldaten entsprach vollständig dem in Oberösterreich.

Um seinen Marsch mit mehr Sicherheit weiter anstellen zu können, ward darauf absichtlich von Ramée das Gerücht verbreitet, daß er sich sämmtlicher benachbarten königlichen Städte bemächtigen wolle. Wodňan, Schüttenhofen, Prachatitz, Pisek und Tabor setzten sich in Vertheidigungsstand, jede glaubte, daß der nächste Schlag sie treffen würde. Thatsächlich waren Ramées Absichten nur gegen Tabor gerichtet. Nachdem er in Budweis eine Garnison zurückgelassen, um des Platzes auf alle Fälle sicher zu sein, rückte er am 2. oder 3. Februar mit dem Gros seiner Armee gegen Tabor vor, das beiläufig auf dem halben Wege zwischen Budweis und Prag liegt. In dieser berühmten Husitenstadt, welche mannhaft mehre Belagerungen überstanden hatte, lebte der alte Geist nicht mehr. Ramée suchte Tabor auf ähnliche Weise zu überlisten wie Budweis. Er hatte diesmal eine Anzahl Reiter begleitet von einigem Fußvolk gegen die Stadt voraus geschickt und diese Schaar war am 2. Februar Abends vor derselben angelangt. Da die Thore gesperrt waren, verlangten sie Einlaß im Namen des Kaisers, allein derselbe wurde ihnen trotz aller Drohungen von

*) Bodenius an Max von Baiern ddo. 6. Feb. 1611.

den durch das Schicksal der Budweiser bereits gewitzigten Einwohnern verweigert. Ohne Vertrauen in die eigene Stärke schickten sie am selben Tage Boten mit flehentlichen Bitten um Hilfe nach Prag ab.*) Ehe aber diese mit einer Antwort von Prag zurückkommen konnten, war bereits Ramée herangerückt. Am 4. Februar bemächtigte er sich durch Drohungen der Stadt, die keinen Widerstand wagte, und hauste darin in gewohnter Weise. Speisen und Getränke und andere Bedürfnisse mußten in reichstem Maße für die Soldaten bereit gehalten so wie die Schlüssel der Stadt übergeben werden. Der Bürgermeister, der letzteres verweigerte, wurde durch einen Schlag auf den Kopf zur raschen Nachgiebigkeit bewogen.**)

Hier in Tabor hielt sich Ramée fünf Tage lang auf, die Stadt wurde gleich Budweis in bessern Vertheidigungszustand gesetzt und die Behauptung derselben durch Zurücklassung einer Garnison gesichert. Nach Tennagels freiwilliger Aussage vor Gericht wurde in Tabor Kriegsrath gehalten, wie der weitere Zug anzustellen sei und in demselben beschlossen, daß man bei dem Einzuge in Prag sich einiger der wichtigsten Gegner bemächtigen müsse, namentlich des Grafen von Thurn. Am 10. Februar wurde darauf der Marsch nach Prag fortgesetzt aber nicht direkt gegen diese Stadt, sondern auf dem Umwege über Karlstein. Bekanntlich wurden in diesem Schloß die böhmischen Reichskleinodien namentlich die Krone aufbewahrt, der Marsch der Passauer deutete sonach auf die Absicht, sich ihrer zu bemächtigen, allein sie kamen zu spät. Die böhmischen Stände, welche die Möglichkeit eines solchen Angriffs voraussahen, hatten die Krone und die übrigen Kleinode nach Prag übertragen lassen und mittlerweile in der Wenzelskapelle des Doms aufbewahrt. So getäuscht in ihren Hoffnungen ließen die Passauer Karlstein bei Seite und bemächtigten sich der Stadt Beraun. Nach kurzer Rast marschirten sie bereits am folgenden Tag vorwärts und befanden sich am 13. Februar vor Prag. Ihre Absicht 1611
die Hauptstadt des Landes anzugreifen lag unverkennbar vor.

III

Als die Nachricht von Tabors Besetzung durch die Passauer nach Prag gelangte, beschloß der Nuncius, der in der Beurtheilung der böhmischen Angelegenheiten mit Zuñiga eines Sinnes war, aber keine Gele-

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die Taborer an die obersten Landesoffiziere ddo. 2. Feb. 1611.

**) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die Taborer an die obersten Landesoffiziere ddo. 7. Feber 1611.

genheit bis dahin aufgesucht hatte, um dem Erzherzog seine Mißbilligung auszudrücken, denselben persönlich vor weitern Schritten zu warnen. Er war zu dieser Kundgebung seiner Meinung durch einen direkten Befehl aus Rom veranlaßt, der Kardinal Borghese hatte ihm im Namen des Papstes aufgetragen, dem Erzherzog Mäßigung „in seinen Prätensionen" anzurathen.
7. Feb. 1611 Leopold, der dem Nuncius auf seine Bitte eine Audienz ertheilte, nahm die Rathschläge mit sichtlichem Mißbehagen auf, und entließ den unerwünschten Rathgeber ohne zu verhehlen, daß er auf dem betretenen Wege weiter gehen und nicht eher ruhen werde, bis eine Krone sein Haupt schmücke.*)

Nicht so entschlossen wie Leopold war der Kaiser. Der resultatlose Einfall der Passauer in Oesterreich hatte ihn um die leidenschaftlich gehegte Hoffnung, Mathias zu stürzen, ärmer gemacht und der Marsch des Kriegsvolks nach Böhmen war für ihn zwecklos geworden. Die gewohnte Unschlüssigkeit bemächtigte sich seiner jetzt in höherem Grade als sonst, bald wollte er Ruhe haben und dem Marsche der Passauer Halt gebieten, bald wieder hatte ihn der Wahnwitz derart überwältigt, daß er doch noch eine Besiegung des Bruders für möglich hielt, wenn er in Böhmen absolut gebiete.**) Seine Lage in den ersten Tagen des Februars glich jener im Jahre 1608 bei Mathias' Einfall. Tag für Tag mußte er damals sein Ohr Rathgebern leihen, die einander widersprachen und ihn in ein Meer von Zweifeln stürzten, während die Umstände eine rasche Entscheidung von ihm verlangten. So auch jetzt, auf der einen Seite Leopold, der auf dem betretenen Wege auszuharren empfahl und mit ihm der Hofkriegsrath und von den Geheimräthen Hegenmüller und Hannewaldt; auf der andern Seite die Stände Böhmens, die in Prag versammelt waren und ihn drängten, die Passauer für seine Feinde zu erklären und die deshalb ihre Rüstungen eifrig fortsetzten. Hier eine Wahl zu treffen überstieg Rudolfs Kräfte. Die Passauer fernhalten und abdanken, hieß ihm seine letzte Hoffnung nehmen, dazu mochte er nimmer die Einwilligung geben; wenn er sie aber nicht von Prag fernhielt, so mußte er eine Schlacht unter den Schloßmauern gewärtigen, eine nicht minder schreckliche Aussicht.

In dieser für den kranken Kaiser qualvollen Lage führte der Erzherzog die Entscheidung herbei. Am 11. Februar reiste er nach Beraun zu den Passauern angeblich mit dem Auftrage, die Abdankung und den Rückzug derselben zu bewerkstelligen.***) Am folgenden Tage kehrte er wieder

---

*) Simancas 2497/285. Zuñiga an Philipp III ddo. Prag den 9. Feb. 1611.
**) Simancas 2497. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. Feb. 1611.
***) Tauser Archiv. In einem Manuskripte daselbst sind bedeutend wichtige Ori-

nach Prag zurück und gab auf die Frage, welche der Oberstburggraf, begleitet von einigen Personen aus der Mitte der Stände, über den Erfolg seiner Mission an ihn richtete, die Antwort, daß er eine schriftliche Relation erstatten wolle. Am Abend wurden die Stände im Namen des Kaisers benachrichtigt, Leopold habe von den Passauern die Zusage erhalten, sie wollten sich nach Krumau unter der Bedingung zurückziehen, wenn die Stände das Versprechen gäben, sie auf dem Rückmarsche und in dem künftigen Standquartier nicht zu belästigen. Noch am selben Tage verfaßten die Stände, zufriedengestellt 12. Feb.
durch diese Antwort, die verlangte Assekuration und übergaben sie dem Erzherzog, der darauf wieder nach Beraun abreiste. Welcher Art jedoch seine Vermittlung daselbst war, zeigte sich schon am folgenden Tage. Ungefähr um 10 Uhr Morgens — es war an einem Sonntage und „zur Zeit, als in allen Kirchen gepredigt wurde" — langte der Erzherzog vor den 13. Feb.
Mauern Prags an und in seinem Gefolge eine starke Abtheilung des Passauer 1611
Kriegsvolks. Kaum hatte man in der Stadt durch Boten von seiner Annäherung Nachricht erhalten, so ward Sturm geläutet, alles Volk stürzte aus den Kirchen und Häusern auf die Straßen, und bereitete sich zur Vertheidigung des zunächst bedrohten Hradschins. Als der Erzherzog diese Vorbereitungen in Erfahrung brachte und namentlich das Sturmläuten hörte, wendete er der Stadt den Rücken und quartirte sich in dem eine halbe Stunde vor den Thoren derselben gelegenen Kloster St. Margareth ein; an seiner Seite befand sich Ramée.

Mittlerweile langte das ganze Passauer Heer im Laufe des Vormittags auf der Anhöhe, welche sich im Westen der Stadt von dem sogenannten Reichsthor gegen den wenige Jahre später so berühmt gewordenen weißen Berg ausdehnt. Nach kurzer Rast versuchte es die Stadt durch Ueberrumpelung zu gewinnen, mußte aber dies Vorhaben, obwohl es dasselbe im Laufe des Tages wiederholte, aufgeben, da die Mauern zu hoch und zu gut besetzt waren, als daß sie im Anlauf genommen werden konnten. In Prag selbst war, wiewohl der Feind glücklich abgewiesen worden, die Bestürzung größer, als man bei der starken Besatzung von einem ehedem so kriegstüchtigen Volke erwarten sollte. Denn abgesehen von dem Schutze, welchen die Mauern gewährten, gebot in diesem Augenblicke die Stadt an geworbenem Volke und an dem Landsturme über eine größere Zahl Bewaffneter, als die Passauer betrugen, die in Folge von Besatzungen und Detachements kaum 10.000 Mann zählen konnten.

ginalkorrespondenzen eingebunden, welche über die Vorgänge dieser Zeit Aufschluß geben. Wir citiren diese Korrespondenzen fortan unter dem Titel: „Korrespondenzen des Tauser Archivs."

Alles drängte gegen das Schloß, das Volk wie die Stände, als ob dort noch Hilfe zu erlangen wäre.*) Thurn an der Spitze seiner Standesgenossen erschien in der königlichen Kanzlei und beklagte sich, daß trotz aller Bitten der Stände dennoch die Gefahr vor dem Feinde nicht beseitigt worden.**) Der Oberstburggraf, der unseres Wissens nicht im entferntesten in die Passauer Intrigue verwickelt war, glaubte mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Passauer dem Kaiser eidlich Treue geschworen, im Interesse des letzteren antworten zu müssen: „er wisse von keinem Feinde.“ Entrüstet über diese blöde Entgegnung erwiederte Thurn, indem er mit dem Finger auf den Oberstburggrafen hinwies: „Ich könnte den Feind mit der Hand fassen.“ — Dies Erscheinen der Stände in der Burg, wo sich der Kaiser ihnen gegenüber schutzlos befand, hatte die Folge, daß um die Mittagszeit an Ramée und das ihm untergebene Kriegsvolk ein kaiserlicher Herold abgesendet wurde, welcher ihnen öffentlich den Rückzug nach Krumau anbefahl. Es versteht sich, daß diesem Befehl ebensowenig Folge geleistet wurde, als er ernst gemeint war. Die Stände aber bemühten sich den Hradschin und namentlich den an das Reichsthor unmittelbar grenzenden Platz Pohořelec stark zu besetzen, weil von dieser Seite der weitere Angriff der Passauer zu erwarten war. In der That versuchten es diese noch zweimal am selben Tage von der Schloßseite her in die Stadt einzudringen, beidemal mißlang aber der Angriff. So verging der 13. Februar.

Am folgenden Tage, einem Montage, erschienen die Stände wieder in der Burg und verlangten die Veröffentlichung von Patenten, in denen die Passauer als Feinde des Kaisers erklärt werden sollten. Dies Verlangen war nichts mehr als billig, zum wiederholtenmale hatte Rudolf dem Kriegsvolk den Rückmarsch nach Krumau anbefehlen lassen, war dieser Befehl ernst gemeint, so waren die Soldaten, wenn sie ihn nicht befolgten, nichts als eine meuternde Truppe. Die obersten Kronbeamten, welche der großen Mehrzahl nach keineswegs für den Passauer Staatsstreich waren, benahmen sich aber in diesem kritischen Augenblicke nicht ihrer bessern Ueberzeugung gemäß, sondern wie im Einverständniß mit den vor den Thoren der Stadt lauernden Feinden. Als der Oberstburggraf Sternberg die Forderung der Stände vernahm, stand er auf und entfernte sich ohne ein Wort zu entgegnen. „Das ist also unser Schutz,“ rief man allgemein, „diese Leute lügen allesammt wie Schufte.“ Wenzel von Kinsky, der jetzt

---

*) Die Anzahl der Bewaffneten, welche am 19. Febr. in Prag waren, wird in böhmischen Quellen bis auf 30.000 Mann angegeben. Am 13. Februar mag Prag wohl bereits die Hälfte beherbergt haben, worunter nur ein kleiner Theil geworbenes Volk.

**) Korrespondenzen des Tauser Archivs.

aus seiner zweideutigen Rolle heraustrat und von dieser Stunde an unablässig an dem Sturze des Kaisers und der Erhebung des Königs Mathias arbeitete, rief mit Herrn von Říčan laut aus: „Wo sind die Schufte und Verräther, die uns beschützen sollten; nimm Bruder einen auf dich, ich den andern, so werden wir unsern guten Namen erhalten und den Lügnern keine Gelegenheit zur Täuschung übrig lassen.“ *) Diese Aufforderung zu einer raschen Exekution fand indessen keinen entsprechenden Beifall. Gewiß ist aus diesem Vorgange, daß die Kronbeamten nicht das thaten, was sie zum Schutz ihres Landes zu thun verpflichtet waren, vielleicht daß in diesen Stunden, welche die Entscheidung herbeibrachten, die katholischen Antipathien bei ihnen die Oberhand erlangten. Wir wollen keineswegs behaupten, da ja auch keine Beweise dafür vorliegen, daß sie allesammt zuletzt den Einfall der Passauer gebilligt hätten, aber die passive Haltung von Männern, die vor allem berufen waren handelnd aufzutreten, die Zutritt zum Kaiser hatten und hinreichendes Ansehen, um ihn in letzter Stunde vor einem Angriff auf Prag abzuschrecken, diese passive Haltung war nach unserm Ermessen fast ebenso verbrecherisch, wie die direkte Theilnahme eines Slawata, Martinitz oder Berka.

Inzwischen verbreitete sich das Gerücht, daß die Passauer in Folge des verfehlten Angriffes am Sonntag ihre Absicht auf Prag aufgegeben hätten; zu einer regelmäßigen Belagerung waren sie jedenfalls zu schwach. Das Gerücht fand darin eine weitere Bestätigung, daß Ramée sein Hauptquartier von St. Margareth nach Košiř verlegte, und so den Beweis zu liefern schien, als ob er über Königsaal den Rückzug nach Krumau antreten wollte. Ueber den Aufenthalt des Erzherzogs am 14. Februar besitzen wir keine nähern Nachrichten, es ist aber nicht zu bezweifeln, daß er sich ununterbrochen unter den Passauern befand, da ihm der Eintritt in die Stadt verschlossen war und er in der Nacht vom 14. auf den 15. den Angriff der Passauer auf Prag kommandirte, denn die Bewegung nach Košiř war nicht um des Rückzuges willen geschehen, sondern hatte zum Zweck, die Erstürmung der Stadt vom Aujezd d. i. vom Süden zu versuchen. Noch in der Nacht setzte sich das Kriegsvolk gegen die Stadt in Bewegung, mitten unter demselben der Erzherzog in voller Kriegsrüstung als General en chef.**) Gegen sechs Uhr Morgens gelangte dasselbe theils vor das jetzige Aujezder Thor, theils auf den Laurenzberg, von dessen 15 Feb.
Höhe der Zugang in die Stadt die geringsten Schwierigkeiten bot. Da 1611
man sich keines Einfalls von dieser Seite versehen hatte, traf der Feind

*) Korrespondenzen des Tauser Archivs.

**) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611.

kaum einen andern Widerstand als den ihm eine gewöhnliche Friedenswache entgegensetzen konnte. Das Fußvolk war das erste, welches in die Stadt von der Höhe des Laurenzberges *) in die wälsche Gasse eindrang, während die Reiter sich des sogenannten Karthäuserthores bemächtigten und von da auf den Aujezd gelangten; das wenige, was sich ihnen von der ständischen Besatzung entgegenstellte, wurde niedergemacht. Das rasche Eindringen der Passauer wurde auch dadurch begünstigt, daß diejenigen, welche voran waren, über ihre Kleidung einen Mantel von derselben Farbe, wie solche bei den ständischen Truppen üblich war, trugen. **) Ehe irgend ein geregelter Widerstand ihnen entgegengestellt wurde, waren die Feinde bereits in das innere der Kleinseite gedrungen und Fußvolk und Reiterei marschirte gegen den Hauptplatz vor, um in Gemeinschaft weiter zu operiren. Hier kam es in einem engen Gäßchen, welches vom Aujezd aus auf den Ring führte, zu dem ersten bedeutendern Zusammenstoß mit den ständischen Truppen, welche mittlerweile von der Gefahr benachrichtigt Zeit gefunden hatten, herbeizueilen. An ihrer Spitze befand sich der Graf Thurn. Nachdem das enge Gäßchen von den Passauern genommen war, wurde der Kampf am gegenwärtigen Radeckyplatze weiter fortgesetzt. Am heißesten ging es da in der Nachbarschaft eines Hauses zu, welches damals wie heute den Namen des Petrzilkischen führte. Hier nahmen am Kampfe nicht nur die Soldaten, sondern auch die Einwohner Theil; die Fenster der umliegenden Häuser füllten sich mit Bewaffneten, die je nach ihrer Gesinnung die Passauer oder die ständischen Truppen unterstützten, indem sie auf die Gegner feuerten, Steine herabwarfen oder siedendes Wasser herabgoßen. Unter den Bürgern, die auf solche Art für die Passauer Partei ergriffen, werden neben einzelnen Katholiken vor allem die Italiener genannt, die damals auf der Kleinseite eine zahlreiche Gemeinde bildeten und mit denen wahrscheinlich in vorhinein ein Einverständniß getroffen worden war. Die Zahl derer, welche bei diesem Kampf auf Seite der Böhmen fielen, wird auf 250 angegeben, auf Seite der Passauer sollen 500 gefallen sein und zwar heißt es, seien auf beiden Seiten die meisten von Bürger- und nicht von Soldatenhand durch den von den Fenstern aus eröffneten Kampf gefallen. ***) Bei dieser Gelegen-

*) Bei dem gegenwärtigen fürstlich Georg Lobkowitzischen Palais und dem wälschen Waisenhause vorüber.

**) Den Einfall schildern wir zumeist nach einer Handschrift der Prager philosophischen Fakultät, die einen gleichzeitigen Bericht enthält.

***) Die Nachrichten über die Zahl der Gefallenen sind natürlich verschieden. Nach andern Berichten sind 400 auf ständischer Seite, 1000 auf jener der Passauer gefallen.

heit wurden auch der Graf Thurn und Ulrich von Kinsky verwundet. Die Vertheidigung von Seite der Stände nahm einen so glücklichen Verlauf, daß die Passauer zweimal zurückweichen mußten und nur ihr entschiedenes Uebergewicht an Reiterei brachte die Böhmen in Nachtheil und entschied zuletzt den Sieg der Passauer am Ring. Ein neuer Kampf entspann sich darauf am Kleinseitner Rathhaus, wohin sich ein Theil der ständischen Musketiere flüchtete, und von wo sie sich wie von einer Festung nachdrücklich gegen die heranstürmenden Passauer vertheidigten. Da die letzteren nach längerer Anstrengung des Gebäudes nicht Herr werden konnten, so häuften sie vor dasselbe eine große Masse brennbarer Stoffe an, die zumeist aus den daselbst aufgestellten hölzernen Verkaufsläden bestanden, und machten Anstalt dieselben anzuzünden. Die Besatzung des Rathhauses sah sich dadurch zur Flucht gezwungen und nun drangen die Passauer in das innere des Gebäudes ein, plünderten die Kassen, kehrten sich dann gegen die benachbarten Verkaufsläden und raubten die Waarenniederlagen aus. Darauf wandten sich die Angreifer gegen die Brücke, wohin sich die ständische Truppenschaar zurückgezogen hatte und hier entbrannte abermals ein heißer Kampf beim Sachsenhaus. Wieder entschied er sich zum Vortheile der Angreifer, da einige Italiener, welche im Sachsenhaus ihre Verkaufsläden und Wohnungen hatten, von den Fenstern aus energisch für die Passauer Partei ergriffen und die Böhmen zur Flucht über die Brücke in die Altstadt nöthigten. So war kaum mehr als eine Stunde verflossen, seit der Kampf am Eingange zum Radeckyplatz begonnen hatte und schon war die am linken Ufer der Moldau gelegene Stadthälfte größtentheils im Besitz der Angreifer.

Ramée und der Erzherzog mögen sich der Hoffnung hingegeben haben, daß derselbe Handstreich, welcher ihnen die Kleinseite in die Hände gegeben hatte, auch die Alt- und Neustadt überliefern werde. Denn kaum hatten die Böhmen vom Sachsenhaus über die Brücke nach der Altstadt zu die Flucht ergriffen, so setzten ihnen die Passauer in Masse nach. Schon waren zwei ihrer Fähnchen über die Brücke auf die Altstadt gedrungen, als die Vertheidiger des Altstädter Brückenthurms erst gewahr wurden, daß die Eingedrungenen Feinde seien. Einige wohlgezielte Schüsse aus Kanonen, welche entweder auf dem Brückenthurme oder in der Nähe aufgestellt waren und die Brücke bestreichen konnten, schreckten die Passauer von der weitern Verfolgung ab und veranlaßten sie zur Umkehr. Dadurch waren die zwei Fähnlein, welche zu weit vorgerückt waren, und vielleicht

---

Darin stimmen jedoch alle Berichterstatter überein, daß sie die Verluste der Passauer auf das doppelte und dreifache angeben.

den Rückzug für zu gefährlich hielten, abgeschnitten. Sie setzten den Angriff muthig fort, statt jedoch nach einer Richtung vorzudringen theilten sie sich in zwei Abtheilungen, die eine drang beim Königsbad weiter vor, die andere schlug dagegen die Richtung unterhalb des Kreuzherrnklosters ein. Von allen Seiten sahen sie sich nun angegriffen, von den Soldaten wie von den Bürgern, und wiewohl eine nicht geringe Menge ihre Waghalsigkeit mit dem Leben büßte, gelang es doch der Mehrzahl natürlich unter steten Verlusten bis auf den Platz vor dem Neustädter Rathhaus, dem Karlsplatz, vorzudringen. Hier wurde ihnen ihre gefährliche Lage vollkommen klar und sie machten deshalb den Versuch das Emauser Kloster zu gewinnen, um sich von da aus mit einiger Aussicht auf Erfolg vertheidigen zu können. Allein die von allen Seiten gegen sie anstürmende mannigfach bewaffnete Menge vereitelte diesen Versuch, bevor er noch eigentlich angestellt war und nöthigte sie zur weitern Flucht gegen den Wyschehrad. Es waren ihrer nur noch fünf, die daselbst anlangten, darunter ein Fahnenträger. Da ihnen das Schicksal klar war, welches sie von Seite ihrer Verfolger bedrohte, zogen es alle vor um jeden Preis sich denselben zu entziehen. Sie lenkten deshalb ihre Pferde gegen das Wasser und obwohl das Ufer an der Stelle, wo sie dasselbe gewannen, steil sich erhob, also am Abhange des Wyschehrads selbst, wagten sie es doch, gerüstet wie sie waren und zu Roß in das Wasser zu springen, um das jenseitige Ufer zu erreichen. Die einen gingen gleich zu Grunde, andern schien das Rettungswerk gelingen zu wollen, allein sie wurden von ihren Verfolgern, welche sie auf Kähnen zu erreichen suchten, erfaßt und im Wasser selbst getödtet. So entkam Niemand von den zwei Reiterfähnchen, welche in die Altstadt sich gewagt hatten.

Das durch diese Vorgänge aufgeregte Volk, welches selbst die Verfolgung und Niedermetzelung der Passauer Reiter auf sich genommen hatte, beruhigte sich natürlich nicht mit dem Bewußtsein dieses Sieges und mit der sorgfältigen Bewachung der Altstadt gegen eine zu befürchtende Wiederholung des Angriffs. Der mittlerweile herangekommene Tag, es war der Fastnachtsdienstag, führte Niemanden weder seiner gewohnten Beschäftigung noch den herkömmlichen Vergnügungen zu, sondern vermehrte nur die auf den Straßen versammelte Menschenmenge. Die Berichte über den nächtlichen Einfall der Passauer auf die Kleinseite, über das blutige Gemetzel daselbst, über die von denselben verübten Plünderungen und endlich über den Antheil, welchen zu ihren Gunsten ein Theil der Katholiken am Kampfe genommen, gelangten zu Jedermanns Kunde und zwar unter Vergrößerungen und Ausschmückungen, wie sie dem Haß der Erzähler und der erregbaren Phantasie der Zuhörer zusagten. In dem Ueberfall der Passauer

sah man einen wohl angelegten Plan der Katholiken zur Herrschaft zu gelangen und nach damaliger Anschauungsweise waren die Mönche diejenigen, welche um einen solchen Plan wissen mußten und welche ihn auch unzweifelhaft befördern halfen. Kaum war also der letzte Passauer in die Fluthen der Moldau getrieben worden, so machte sich unter der racheschnaubenden Menge der Vorsatz geltend, Vergeltung an den muthmaßlichen Mitwissern und Förderern der räuberischen Gegner zu nehmen. Die Volksmenge ergoß sich gegen die Klöster, welche damals auf der Alt- und Neustadt lagen und sich ihrem Angriffe darboten. *) Der erste Angriff begann jedoch dort, bis wohin man die letzten Passauer verfolgt hatte, am Wyschehrad auf die St. Peterskirche. Ein Geistlicher, der daselbst der tobenden Menge entgegenkam und aus ihrem Geschrei die feindliche Absicht hinreichend vermuthen konnte, bat auf den Knieen um sein Leben. Er erlangte Gnade, aber die Kirche wurde erbrochen und ausgeraubt. Von da wandte sich der Pöbel gegen das Benediktinerkloster Emaus, zwei Mönche, welche in den weiten Klosterräumen aufgefunden wurden, fanden diesmal keine Schonung, sondern wurden elend ermordet; der Abt, von dem es hieß, daß er um den Einfall der Passauer gewußt habe, wurde vergebens gesucht, er hatte sich in einem Kamine wohl verborgen. Dem Doppelmorde folgte eine allgemeine Plünderung des Klosters und der Kirche. Beladen mit der Beute zog die Menge weiter nach der innern Stadt. Ein Theil nahm seine Richtung nach dem Karlshof, ein anderer nach dem St. Agneskloster, ein Dritter nach dem Minoritenkloster bei St. Jakob. Was von Geistlichen ihnen auf dem Wege begegnete, wurde niedergeworfen, mißhandelt und ermordet. Ein Jesuit wurde ohne alle Umstände an die Moldau geschleppt und in dieselbe geworfen. Als die mordsüchtige Menge bei dem Jakobskloster anlangte, stellten sich ihr die Fleischer, welche daselbst ihren Standplatz hatten, zur Wehr. Welchen Grund dieses muthige Benehmen hatte, ist uns nicht weiter bekannt, es erreichte jedoch seinen Zweck und die Mönche blieben ungefährdet. Der Karlshof, den Niemand beschützte, wurde ausgeplündert und der Abt und zwei Mönche getödtet. Das Agneskloster wurde ausgeplündert, von den

*) Die Schilderung der gräuelvollen Angriffe gegen die Klöster entnehmen wir theils einer Handschrift, die im Prager Franziskanerkloster bei Maria Schnee aufbewahrt wird, theils den Tauser Korrespondenzen, theils einem Berichte Zuñiga's (ddo. 19. Feb. 1611), ferner einem Berichte des Reichspfennigmeisters und Augenzeugen Welser im Brüssler Archiv ddo. 19. Feb.; ferner dem Berichte eines protestantischen Predigers und Augenzeugen, befindlich im Wiener Archiv (Unterschiedliche Akten MS 491/EFG.); endlich Manuskripten der Prager philosophischen Fakultät und den handschriftlichen Werken Slawata's und Skala's.

Bewohnern aber Niemand ermordet, da diese sich bei Zeiten geflüchtet hatten. — Während dieser Vorgänge hatte sich ein Volkshaufe und zwar der zahlreichste vor dem Franziskanerkloster bei Maria Schnee angesammelt. Dieses Kloster, ursprünglich den Karmelitern gehörig, war in den Husitentagen beinahe vollständig zerstört und von da an nicht weiter von Mönchen bewohnt worden. Seit jedoch mit dem Auftreten der Jesuiten der Eifer der Katholiken frische Nahrung bekam und in der Begründung neuer Klöster sich zeigte, dachte man auch daran, das wüste Kloster bei Maria Schnee wieder herzustellen und es war vornehmlich das Verdienst des Kanzlers Zdenko von Lobkowitz, daß eine Kolonie von Franziskanermönchen sich im Jahre 1603 daselbst niederließ. Nach Berichten, welche aus der Feder entgegengesetzter Parteimänner stammen, haben die Bewohner Prags mit dem äußersten Unwillen dieser Klosterrestauration zugesehen und namentlich beklagten sich jene am bittersten, welche sich auf dem ehemaligen Klostergrund angebaut hatten und denen bei der Restauration mit und gegen ihren Willen ihre Gebäude abgelöst wurden. Auch vermochten sich die Mönche während ihrer bereits siebenjährigen Anwesenheit nicht in ein besseres Einvernehmen mit der Bevölkerung zu setzen, da sie durchgehends Fremdlinge waren, aus Spanien, Italien, Frankreich, Belgien und Deutschland, k e i n e r aus Böhmen selbst. Gegen sie wandte sich nun die Volksmenge, als bereits die Mittagszeit ziemlich herangerückt war. Das Kloster, welches sonst 17 Brüder zählte, beherbergte in diesem Augenblicke nur 15, zwei, der Quardian und ein Laienbruder, waren vor kurzem nach Wien gereist. Kaum war die wilde Menge vor dem Kloster angelangt, so umstellte ein Theil schnell alle Ausgänge, während ein anderer in das innere desselben drang. Jetzt erfolgte eine Scene, welche nur den wildesten Vorgängen in den Husitentagen und in der französischen Revolution zur Seite gestellt werden kann. In dem Augenblick, wo der Mörderhaufe in das Gebäude eindrang, gingen einzelne Brüder nichts ahnend ihren gewohnten Beschäftigungen nach, einer, der Holz zur Küche trug, ward auf dem Wege niedergeschlagen, ein zweiter, der aus dem Refektorium durch den Lärm hervorgelockt, heraustrat, gleicherweise mit Stöcken todtgeschlagen. Einem Dritten wurden in der Kirche am Altar, wo er mit beiden Händen eine mit geweihten Hostien angefüllte Tasche hielt, dieselben abgehauen, er darauf getödtet und die Hostien selbst von den Mördern mit Füßen getreten. Ein gleiches Schicksal traf vier andere Brüder, die in verschiedenen Räumen des Klosters aufgefunden ohne alles Erbarmen trotz alles Flehens niedergemacht wurden. Einzelne aus dem Volke, die sich ob dieser Scenen entsetzten und für das Leben der Bedrohten baten, wurden bald zum Schweigen gebracht, denn die aufgeregte Mordlust be-

drohte sie für ihr unzeitiges Mitleiden mit einem gleichen Schicksale. Noch waren acht Brüder am Leben, die indessen hinreichend über die ihnen drohende Gefahr belehrt Zeit gefunden hatten sich zu verbergen. Einem derselben gelang es, wiewohl er bereits verwundet war, auf das Dach eines an das Kloster anstoßenden Gebäudes zu gelangen. Hier blieb er zwei Tage lang verborgen und rettete sich dann glücklich in das Jakobskloster. Er war der einzige, der dem Blutbade entrann. Die sieben andern waren in den Thurm gekrochen, wurden aber daselbst aufgefunden und vier von ihnen alsbald niedergehauen. Die übrigen drei fanden noch Zeit durch das Thurmfenster auf das Dach der Kirche zu kriechen, wurden jedoch da entdeckt und erlitten das kläglichste Ende. Zwei nämlich wurden durch Schüsse getroffen und stürzten von der Höhe des Daches auf den Boden, der dritte wurde ergriffen und buchstäblich in Stücke gehauen. Die Leichname erfuhren die schändlichste Behandlung, vier von den Gemordeten wurden nackt ausgezogen und auf die Gasse geworfen, wo sie durch drei Tage unbestattet liegen blieben. Darauf erfolgte eine allgemeine Plünderung des Klosters, die Kleider der Gemordeten und die kirchlichen Gewänder wurden von den Mordgesellen zur Erhöhung der Fastnachtsfreuden angezogen und ein tolles Treiben erhob sich in den vor kurzem noch so stillen Gängen. In einer Kapelle lag der Leichnam des Oberstthofmeisters Herrn von Dohna, der in einem Grabmal, das man für ihn hergerichtet, bestattet werden sollte. Von ihm ging das Gerücht, daß er bei Lebzeiten gesagt habe, er wolle seinen Rock vom Leibe verkaufen, um die Lutheraner aus dem Lande vertreiben zu helfen. Sein Sarg wurde erbrochen und wie zur Vergeltung der Leichnam seiner ganzen Hülle beraubt und entblößt hingeworfen.

Es blieb noch das Jesuitenkollegium, welches die Aufmerksamkeit des Pöbels wachrief und dessen Bewohner mehr als jeder andere in Prag befindliche Orden dem Haß und Verdacht der protestantischen Bevölkerung preisgegeben waren. Die Pöbelmasse wälzte sich, aufgestachelt noch überdies durch das Gerücht, daß große Waffen- und Pulvervorräthe in den weiten Räumen des Gebäudes verborgen seien, zu demselben. Zum Glück für die Jesuiten waren in ihrer unmittelbaren Nähe die ständischen Truppen, welche sich von der Kleinseite auf die Altstadt zurückgezogen hatten, aufgestellt und bei denselben die Mehrzahl der böhmischen Stände, welche die weitere Entwicklung der Ereignisse in der Nähe der Brücke abwarteten. Vielleicht würden sie, selbst den Gefühlen der Rache und des Hasses nachgebend, vor ihren eigenen Augen einen schmählichen Angriff geduldet haben, wenn nicht bei Einigen mehr Besonnenheit geherrscht und diese rechtzeitig ihr Ansehen geltend gemacht hätten, namentlich trat Wenzel von Kinsky,

der sich seit zwei Tagen in der öffentlichen Meinung rehabilitirt hatte, energisch für die Jesuiten ein. Die Väter verstanden sich dazu in ihr Gebäude und in ihre Kirche eine ständische Besatzung aufzunehmen, gegen die der Pöbel keinen Angriff wagte. So entgingen sie glücklich Mißhandlungen, die unter andern Verhältnissen gewiß nicht hinter jenen geblieben wären, welchen so eben die Franziskaner erlegen waren.

IV

Leopold hatte sich in der Mitte des Kriegsvolkes befunden, als dieses von Košiř aus seinen Einfall gegen die Stadt versuchte. Es wird uns in den gleichzeitigen Berichten nicht mitgetheilt, daß er irgendwo in den vordern Reihen der Kämpfenden erblickt worden sei. Seine Stellung als General en chef, wie er dies in der That und nach dem Berichte des spanischen Gesandten an diesem Tage war, brachte es von selbst mit sich, daß er in einer gedeckten Position den Ausgang des Straßenkampfes abwarten mußte. Als dieser mit der Eroberung der Kleinseite geendet hatte, erblickte man ihn in Begleitung Ramées, wie er durch die Straßen reitend im Hause eines gewissen Lazarus Henkel abstieg.*) Kurze Zeit darauf begab er sich, abermals in Ramée's Begleitung, in die Burg und ward vom Kaiser zur Audienz empfangen. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde.**) Kein Berichterstatter gibt uns Aufschluß über den Inhalt des geführten und jedenfalls denkwürdigen Gespräches, wir ersehen jedoch aus den Maßregeln der nächsten Tage, daß der Kaiser zufrieden mit dem Erfolge war und auf dem betretenen Weg auszuharren beschloß. Das Passauer Kriegsvolk sollte sich auch der übrigen Stadttheile bemächtigen und das darin befindliche geworbene Volk zum Eintritt in den Dienst des Kaisers nöthigen. Gelang dies, dann war die Zahl der Passauer durch die neu Hinzugetretenen fast verdoppelt, der Kaiser vorläufig unangreifbar und Mathias mochte einen Angriff keineswegs so leicht versuchen wie im Jahre 1608.

Es handelte sich jetzt für Leopold darum, rasch Zutrauen zu seiner Person und dem Gelingen seines Unternehmens zu wecken. Um die Katholiken ganz und gar für sich zu gewinnen, suchte er vor allem den Nuncius sich geneigt zu machen. Zur selben Stunde, in der er seinen Einzug in Prag hielt, schickte er seinen Agenten Miraballo zu demselben,

---

*) Dieses Haus lag auf der Kleinseite in der wälschen Gasse.

**) Brüssler Archiv. Der Reichspfennigmeister Welser an Piesport ddo. Prag 19. Febr. 1611.

um sich wegen der Ueberrumpelung Prags zu rechtfertigen. In welcher Weise dies Miraballo that und wie der Nuncius die Mittheilung annahm, zeigt am besten ein Brief, in welchem der letztere seinen Gesinnungsgenossen Zuñiga von dieser Rechtfertigung benachrichtigt: „So ist der erste Akt der Komödie abgeschlossen, gebe Gott, daß sie bereits ein Ende habe. Erzherzog Leopold hat in diesem Augenblicke Miraballo zu mir geschickt, um mir über die Ereignisse Bericht zu erstatten mit dem Beifügen, daß er sich um der Ehre Gottes, um der ganzen Christenheit und um des Kaisers willen in dies Unternehmen gestürzt und nicht anders habe handeln können. Solchergestalt hat sich also der Erzherzog selbst für den Urheber desselben erklärt. Ich entgegnete, daß das, was geschehen sei, nicht ungeschehen gemacht werden könne, ich bäte jedoch Seine Hoheit alle Folgen zu bedenken, denn es sei gewiß, daß er ein Feuer angezündet habe, das nur sehr schwer zu löschen sein werde." *) So wenig diese Antwort eine Billigung der Handlungsweise Leopolds enthielt, so wurde doch von den Anhängern desselben in Prag sowohl am Fastnachtsdienstag selbst wie an den folgenden Tagen mit Ostentation die Nachricht verbreitet, daß, da das ganze Unternehmen zur Ehre Gottes berechnet sei, der Papst und der König von Spanien mit allen Mitteln dasselbe zu unterstützen bereit seien. Zuñiga von diesen Gerüchten in Kenntniß gesetzt theilte am selben wie an dem folgenden Tage mit nicht minderer Ostentation jedem, der es hören wollte, mit, daß er die vorgefallene „Gewaltthat für gleich verderblich halte, sowohl was das Wohl der Religion wie des Kaisers und des ganzen Hauses Oesterreich betreffe." Er war sogar gesonnen sich von Prag in auffallender Weise zu entfernen, um damit erkennen zu geben, wie sehr dem Könige von Spanien diese „tumultuarischen Vorgänge mißfielen." **)

Auf diese Weise gelang es dem Erzherzog und seinem Anhang nicht den Nuncius und Zuñiga in ähnlicher Weise zu überrumpeln, wie es ihnen mit der Kleinseite gelungen war. Der Passauer Einfall stellte sich als ein abenteuerliches Unternehmen dar, ersonnen und durchgeführt von dem blinden Hasse eines kranken und somit zu entschuldigenden Fürsten,

---

*) Simancas 2497/12. Der Nuncius an Balthasar von Zuñiga ddo. 15. Feb. 1611 Prag.

**) Simancas 2497/11. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611 . . . Y siendo en el estado presente de las cosas tan temerario assumpto este y tan dañoso para la republica y para el poco numero de catolicos y religiosos, que ay en Bohemia, ha sido muy forcoso el dar a entender en mis platicas y en todas ocasiones como tenia toda esta violencia por muy contraria al servicio de Dios y del Emperador y de toda la casa de Austria y aun he estado en mucha duda si convendra o no apartarme algo de Praga para con esta action publica mostrar, que a V. M. le desplazen estos tumultos.

dem unreifen Ehrgeize eines unerfahrenen Prinzen und der verbrecherischen Augendienerei einer Clique habsüchtiger und nichtswürdiger Personen. Es vermochte sich auf kein Interesse und keine Partei im Lande zu stützen, es war und blieb nichts anderes, als eine Art von Soldatenverschwörung, für deren Gelingen das 17. Jahrhundert noch nicht angethan war.

Prag liegt bekanntlich an den beiden Ufern der Moldau, welche die Stadt in zwei Hälften theilt; auf dem rechten Ufer liegt die Alt- und Neustadt, auf dem linken die Kleinseite, der Hradschin und die Burg. Durch den Einfall am Dienstag Morgens war den Passauern nur die Kleinseite in die Hände gefallen, Leopolds Bestreben mußte es nun sein sich der übrigen Stadttheile zu bemächtigen. Er beschloß dies zuerst mit der Burg zu versuchen, denn diese Position war vorläufig die wichtigste, da er von dort aus im Rücken gefaßt werden konnte, und mit der Burg von selbst der Hradschin in seine Hände fiel. Auf einen Sturm wollte es der Erzherzog jedoch nicht wieder ankommen lassen, er wollte vielmehr die ständischen Truppen, welche nicht bloß die Burg sondern auch den Hradschin besetzt hielten, zu einer Kapitulation nöthigen und mit seiner eigenen Truppenmacht vereinigen. Sein Vorhaben wurde durch die Bestürzung, welche unter den Einwohnern am linken Moldauufer herrschte, bedeutend gefördert, Niemand sprach von einem Widerstande.
16 Feb. 1611 Als er deshalb am folgenden Tage gegen Mittag sein Volk in Schlachtordnung brachte und mit diesem gegen die Burg vorrückte, wollte die Besatzung ebenso wenig etwas von einer Vertheidigung wissen wie ihre Anführer und es wurde darauf mit letzteren ein Vertrag abgeschlossen, in dem sich dieselben verpflichteten mit den Passauern Freund zu sein und neben ihnen die Interessen des Kaisers zu vertheidigen. Zur Bekräftigung des Vertrages sollten die ständischen Truppen vereint mit den Passauern dem Kaiser Treue schwören.*) Diese Kapitulation wurde natürlich abgeschlossen, ohne daß die Stände um ihre Zustimmung befragt worden wären. Die Mehrzahl von ihnen befand sich übrigens bereits auf der Altstadt, während auf der Kleinseite und am Hradschin nur jene zurückgeblieben waren, welche die günstige Zeit zur Flucht versäumt hatten. Der Zufall fügte es, daß gerade drei ihrer bedeutendsten Häupter Graf Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz auf dem linken Moldauufer zurückgeblieben und nun in der Burg abgeschnitten waren, der erstere hauptsächlich wegen der erlittenen Verwundung, die ihn in der Eile genöthigt hatte, Schutz und Pflege im Hause des Kanzlers

*) Wiener Staatsarchiv. Diarium dieser Ereignisse. MS. 491.

Zdenko von Lobkowitz zu suchen.*) Auch von ihnen wollte keiner den Widerstand gegen die Passauer fortsetzen, Thurn wohl deshalb nicht, weil er verwundet war, Wilhelm von Lobkowitz, weil er keinen Erfolg voraussah und Fels fügte sich derart der Macht der Ereignisse, daß er erbötig war mit den ständischen Truppen den verlangten Eid zu leisten. Die obersten Kronbeamten, welche die Tragweite dieser Maßregel nicht unterschätzen konnten, bewahrten ihr gegenüber eine passive Haltung. Keine Nachricht hat sich erhalten, aus der ersichtlich wäre, daß sie gegen das Eindringen der Passauer protestirt hätten, sie nahmen dasselbe als eine vollendete Thatsache hin und leisteten keinen Widerstand gegen die von Leopold beabsichtigte Verschmelzung der Passauer mit den ständischen Truppen.

Während Leopold durch das bloße Erscheinen der ihm untergebenen Kriegsmacht vor der Burg ein so günstiges Resultat erzielte, suchte er die Altstädter ebenfalls zur Unterwerfung zu bewegen. Noch am selben Tage sandte er einen Herold an dieselben ab und ließ sie sammt den Neustädtern auffordern, eine Besatzung, bestehend in zwei Fähnlein des Passauer Volkes, aufzunehmen und ihre Truppen ebenso wie die ständische Burgbesatzung vereidigen zu lassen. Der Erzherzog versprach hiefür die Aufrechthaltung der Ordnung.**) Die Verhältnisse auf der Altstadt waren aber nicht darnach angethan, daß eine einfache Botschaft, ob im Namen des Kaisers oder des Erzherzogs abgeschickt, eine rasche Unterwerfung herbeigeführt hätte. Nicht nur fühlte sich das Rechtsbewußtsein des Volkes durch den schmählichen Einbruch der Passauer verletzt, auch die handgreiflichen Beweise über das räuberische Auftreten derselben und die Plünderungen, von denen noch am Faschingsdienstag die wohlhabenden Bewohner der Kleinseite betroffen wurden, und die gewiß am rechten Moldauufer nicht unbekannt blieben, waren eine Aufforderung für die Altstädter ihr Eigenthum zu schützen und Versicherungen nicht zu trauen, nachdem andere weit gewichtigere und feierlich ertheilte Versprechungen so eben gebrochen worden. Auch war die Stimmung des niedern Volkes nicht derart, daß sie den Bürgern, selbst wenn sie gewollt hätten, die Zulassung einer Passauer Garnison gestattet hätte. Noch lagen die Leichen der ermordeten Mönche auf den Straßen zerfetzt und unbestattet, die Menge suchte nach einem Gegenstande des Angriffs und keineswegs nach rascher Rückkehr zur gewohnten Beschäftigung. So wenig aber die Bürger daran dachten sich den Antipathien des Pöbels entgegenzusetzen, so würde dennoch Zerfahrenheit in die zur Ver-

---

*) Brüssler Archiv. Relation des Reichspfennigmeisters Welser über den Passauer Einfall ddo. 19. Feb. 1611.

**) Tauser Korrespondenzen.

theidigung nothwendigen Maßregeln eingetreten sein, wäre die Stadt sich allein überlassen gewesen. Dem war nicht so. Die Mitglieder des Landtags aus allen drei Ständen, welche sich zur rechten Zeit auf die Alt- und Neustadt geflüchtet hatten, versammelten sich auf dem Altstädter Rathhause und konstituirten daselbst ein Rumpfparlament. Es war sonach das Schicksal von Prag und damit wohl auch das des Königreichs nicht den Händen einiger Gemeindeältesten, die schließlich leicht eingeschüchtert werden konnten, anvertraut, im Gegentheile die Vertreter des Landes selbst nahmen in diesem Augenblicke die oberste Regierung und damit die Verantwortlichkeit in die Hand. Was sich an Bewaffneten in der Alt- und Neustadt befand, erkannte willig die Auktorität der daselbst versammelten Stände an und war bereit zur weitern Gegenwehr. Zur Erhöhung ihres Muthes trug nicht wenig der Umstand bei, daß ununterbrochen Zuzüge aus den einzelnen Kreisen Böhmens am rechten Moldauufer anlangten, welche, wenn auch nicht besonders für den Kampf im offenen Felde tauglich, doch trefflich für die Vertheidigung der Stadtmauern paßten.

Was die Männer betrifft, welche unter den Ständen auf dem Altstädter Rathhause jetzt das entscheidende Wort führten, so waren es nicht jene, die seit zwei Jahren an der Spitze der böhmischen Bewegung zu sein pflegten. Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz waren von der Altstadt abgeschnitten, auch von Schlick wissen wir nicht anzugeben, wo er sich in diesen Tagen befand. Budowec weilte in Mähren, wohin er von den Ständen noch vor dem Passauer Einfall abgeschickt wurde, um die Hilfe des Nachbarlandes zu erbitten. Aus gleichen Ursachen waren andere hervorragende Mitglieder des Landtags nach Oesterreich, Schlesien, Sachsen und der Lausitz abgeschickt worden.*) So geschah es, daß, wiewohl die Majorität des Gesammtlandtags auf dem Altstädter Rathhause ihren Sitz aufgeschlagen hatte, sie doch die eigentlichen Parteiführer nicht in ihrer Mitte zählte. Sie fand jedoch einen vollkommenen Ersatzmann in Wenzel von Kinsky, in welchem wir in diesen Tagen den eigentlichen Lenker der böhmischen Geschicke erkennen müssen. So überraschend diese Behauptung sein mag, ist sie doch völlig richtig.

Was wir bisher über Wenzel von Kinsky zu berichten hatten, zeigt ihn als einen Achselträger und Intriguanten. Es ist erzählt worden, welche hervorragende Rolle er unter den Protestanten gespielt hatte, als sie die Bestätigung des Majestätsbriefes verlangten, wie er dann plötzlich umsattelte und sich mit den Katholiken am kaiserlichen Hofe in ein gutes Einvernehmen zu stellen trachtete. Es gelang ihm in der That, das Vertrauen

---

*) Wiener Staatsarchiv. MS. 491. Diarium über die Ereignisse dieser Tage.

jener Katholikenpartei zu gewinnen, welche die Pläne Leopolds förderte. Dadurch kam er zur Kenntniß dessen, was man mit den Passauer Werbungen beabsichtigte, und da er zu gleicher Zeit im Solde des Königs Mathias stand, benachrichtigte er diesen stets genau und umständlich von der ihn bedrohenden Gefahr. Es ist zugleich ein bemerkenswerther Umstand, daß einer der Brüder Wenzels von Kinsky, Ulrich, als Rittmeister in das Passauer Heer eingetreten war. Die Vermuthung liegt fürwahr nahe, daß er dies im Einverständniß mit seinem Bruder gethan, um die Größe und das Ziel der Rüstungen, so weit sich solches an Ort und Stelle thun ließ, überwachen zu können. Auch an dem Zuge nach Prag nahm Ulrich Antheil, nicht aber an dem Einbruche in die Stadt; ein oder zwei Tage vordem ging er zu den ständischen Truppen über und focht an deren Seite gegen die Passauer. Noch vor Ausbruch dieses Kampfes hatte Wenzel die Schiffe hinter sich verbrannt und sich gegen Leopold erklärt. Während er bis in die letzten Tage nichts that, was den Erzherzog gegen ihn hätte mißtrauisch machen können, trat er, als die Passauer bereits in Beraun waren, mit der größten Heftigkeit gegen die Kronbeamten auf, weil diese den Zug nicht gehindert hatten. Sein Benehmen bei dieser Gelegenheit war so entschieden, daß er das längst verlorene Vertrauen der Protestanten derart gewann, daß sie in den folgenden Wochen vornehmlich auf seinen Rath hörten.

Als der Einfall durch die Eroberung der Kleinseite einen so unglücklichen Verlauf für die böhmischen Stände genommen hatte, entstand für Wenzel die Frage, wohin er seinen Rückzug antreten solle. Anfangs wollte er nach dem Schloß, das mit dem Hradschin sich im Besitze der ständischen Truppen befand, bald jedoch besann er sich eines besseren und versuchte nach der Altstadt zu entkommen, offenbar um sich den Rückzug nach Mähren zu sichern. Da die Moldaubrücke für die Flucht gesperrt war, so mußte er über den Fluß auf irgend einer passenden Uferstelle zu entkommen trachten. Während er dahin in Begleitung mehrerer Personen sich begab, traf es sich, daß er bei der Wohnung des spanischen Gesandten seinen Weg nehmen mußte. Zuñiga stand am Fenster, begrüßte den Vorbeieilenden und sprach sein Bedauern über die Vorfälle in Prag aus. Er that dies, wie wir erzählt, mit absichtlicher Ostentation, damit Niemand im Zweifel sei, welche Stellung Spanien in dieser traurigen Fastnachtskomödie einnehme. Kinsky, dadurch zutraulich gemacht, bat den Gesandten um ein Pferd zur Erleichterung der Flucht und dieser stand nicht an, seinem Gesuche zu willfahren. So gelangte der erstere glücklich auf die Altstadt, und zwar noch rechtzeitig, um für die bedrohten Jesuiten ein gewichtiges Fürwort einzu-

legen.*) Darauf begab er sich auf das Rathhaus unter die Stände, wo er mit seinen übrigen Brüdern zusammentraf und hier that er, was er konnte, um die Gemüther gegen den Kaiser aufzureizen und den Sturz desselben herbeizuführen. So weit unsere Nachrichten reichen, war er der erste, welcher mit dieser Absicht offen hervortrat, um mit Beseitigung Rudolfs seinem Bruder Mathias zur Regierung zu verhelfen. Er that dies zwar geleitet von eigenem Interesse, denn er erwartete von Mathias für seine Dienstleistungen eine Belohnung in böhmischen Krongütern, allein so viel muß zugestanden werden, daß er mit seinem persönlichen Interesse auch das der Dynastie vertrat. Denn als er mit seinem auf Mathias hinweisenden Vorschlägen den Ständen die Zunge löste, gab es bereits Einzelne, die gar nichts mehr von der Herrschaft des Hauses Habsburg wissen wollten, und seinem entschiedenen Auftreten muß das Verdienst zuerkannt werden, daß diese abweichenden Stimmen zu keiner Geltung gelangten. Wenn wir Kinsky mit einer andern historischen Persönlichkeit vergleichen sollten, so wüßten wir Niemanden andern als Fouché ihm an die Seite zu stellen. Beide waren von Haus aus Intriguanten, beide haben aber in einem kritischen Augenblick mit ungewöhnlicher Kühnheit und Verachtung jeglicher Gefahr ihr Vaterland vor Zerrüttung bewahrt, Fouché, indem er die zweite Rückkehr der Bourbonen rasch ermöglichte, Kinsky, indem er einem drohenden Bürgerkriege in Böhmen durch des Königs Mathias Herbeirufung vorbeugte. Um seine Aufgabe zu lösen, schlug Kinsky den Weg ein, daß er den Geist des Widerstandes auf der Altstadt anfachte und rege zu halten suchte, damit Mathias Zeit gewinne, den Böhmen zu Hilfe zu

---

*) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 19. Feb. 1611. So viel und nicht mehr, als was wir im Texte angegeben, erzählt Zuñiga in seinem Schreiben an Philipp III über die mit Kinsky gehabte Unterredung. Nach der Angabe des belgischen Gesandten Vischer wäre aber diese Unterredung nicht so einfach gewesen, sondern der Gesandte hätte geradezu Herrn von Kinsky aufgefordert auf die Altstadt zu gehen und dort für Mathias zu wirken. Vischer schreibt nämlich dem Erzherzog Albrecht (Brüssler Archiv. Secret. d. Etat Allem. Carton 164), es sei „auff des Don Balthasar Zuñiga Rath geschehen, daß Kinsky in der alten Stadt Prag hinüber gefallen und dieselbe erhalten biß zur des Königs ankunfft, sonst hatten die Böhmen einen andern frembden außer dem Hause zu Ihrem König wehlen und auffwerfen dürffen." Darnach würde Zuñiga's Antheil an diesen Ereignissen ein weit einflußreicherer und unserer Ueberzeugung nach ein noch weit verdienstlicherer für das Haus Habsburg gewesen sein. Kinsky, der im Laufe der folgenden Momente häufig auf seine eigene Rolle zu sprechen kam, schrieb sich jedoch allein das Verdienst zu und nannte sich den Urheber der Absetzung des Kaisers und Erhebung des Mathias. (Brömsers, des Mainzischen Gesandten Bericht im Münchner Staatsarchiv 542/20, 20 über die Prager Traktation.)

kommen. Den Geist des Widerstandes wachzuhalten war nicht schwer; Adel, Bürgerschaft und Volk hatten, wenn gleich verschiedene, so doch die wichtigsten Gründe zur Ausdauer. — Als demnach am 16. Februar ein kaiserlicher Herold auf der Altstadt erschien, die Aufnahme einer Besatzung und die Vereidigung der ständischen Truppen für den Kaiser forderte, wurde er mit einer abschlägigen Antwort beschieden. Die bewaffneten Zuzüge, welche vom Lande täglich zur Unterstützung der Prager einlangten, wurden am Pořič und auf der Hetzinsel unterbracht, wo der Feind eine Furth suchte und Miene machte einen Sturm zu wagen; überhaupt wurden die Ufer überall befestigt, um einen dauernden Widerstand zu ermöglichen.

Während die Entschlossenheit der Alt- und Neustädter einen harten Kampf voraussehen ließ, erntete der Erzherzog auf dem linken Moldauufer die Früchte der abgeschlossenen Kapitulation. Am 17. Februar versam- 1611
melten sich die ständischen Truppen gemeinschaftlich mit den Passauern auf freiem Felde vor dem Sandthor, die ersteren unter dem Kommando Colonna's von Fels, die letzteren befehligt von Leopold selbst und leisteten der Uebereinkunft gemäß einen Eid, daß sie einander unterstützen und den Kaiser vertheidigen wollten.*) Einer ähnlichen Eidleistung mußten sich auch die Kleinseitner Bürger unterziehen, so daß also Leopold die halbe Stadt für völlig unterworfen halten konnte. — Ein Herold, den Leopold gleichzeitig auf die Altstadt abschickte, um den Bürgern ein Schreiben zu überreichen, wurde von diesen gar nicht eingelassen, das Schreiben wurde ihm gleich am Brückenthurme abgenommen. Dasselbe war vom Kaiser an die „Bewohner Prags und an die auf dem Altstädter Rathhause versammelten Stände" gerichtet und befahl ihnen unverweilt dem Beispiele der Kleinseitner Bürger und der im Schloß befindlichen Truppen zu folgen. Sie sollten demgemäß die Stadt öffnen und am folgenden Morgen mit den Passauern dem Kaiser einen Eid leisten, daß sie ihn vereint mit den letzteren gegen Jedermann vertheidigen wollten. Diese Forderung schlugen die im Altstädter Rathhause versammelten Stände rundweg ab, indem sie die kaiserliche Zuschrift mit einer ausführlichen Deduktion beantworteten, worin sie theils auf die Gräuelthaten der Passauer theils auf den Bruch des vielfach bezüglich ihrer Abdankung gegebenen Versprechens hinwiesen. Um die Alt- und Neustädter mürbe zu machen, ließ darauf Leopold Kanonen, welche der Kaiser aus seinem Zeughause zu nehmen erlaubte, auf den Anhöhen des linken Moldauufers aufführen und bedrohte

*) Skala, MS. im böhmischen Museum. — Wiener Staatsarchiv. MS. 491. Diarium der Ereignisse in diesen Tagen.

auf diese Weise die jenseitigen Bewohner mit einem Bombardement. Man sah ihn hiebei in voller Rüstung eifrig auf seinem Rosse sich herumtummeln und den Funktionen nachkommen, die auf ihm als dem politischen und militärischen Leiter der Bewegung lasteten. Allein selbst die Aussicht auf eine Beschießung machte den Sinn seiner Gegner nicht geschmeidiger, im Gegentheil sie arbeiteten nur um so eifriger an der Befestigung der ungedeckten Ufer. Der allgemeine Eifer und wohl noch mehr die Angst vor den Plünderungen der Passauer brachte selbst die Juden derart ins Feuer, daß sie nach Waffen verlangten und an der Vertheidigung der Stadt theilzunehmen sich entschlossen. Eine Schaar von 500 jüngern Männern bekam solche zugestellt und reihte sich den übrigen Vertheidigern an, der erste und einzige Fall dieser Art in der böhmischen Geschichte.*) So kam es, daß man am 19. Februar an 30.000 Bewaffnete auf böhmischer Seite zählte, die größere Hälfte hievon Zuzüge vom Lande, die kleinere Eingeborene Prags und geworbene Truppen.

Leopold und seine Anhänger mußten sich nun fragen, welchen Weg sie einschlagen sollten, falls die Altstädter in ihrem Widerstande verharrten. Die Antwort, welche sie sich gaben, lautete einfach: möglichste Schwächung des Gegners und eigene Kräftigung. Um die erstere herbeizuführen war es vor allem wichtig, daß das allgemeine Aufgebot des Landes, von dem nur eine dem Kaiser feindliche Haltung erwartet werden konnte, rückgängig gemacht werde. Rudolf unterzeichnete deshalb ein Patent, durch welches der betreffende Landtagsbeschluß, welcher die allgemeine Bewaffnung anordnete, rückgängig gemacht und die Bewohner des Landes aufgefordert wurden, ihre Wohnsitze nicht zu verlassen. Die alleinige Unterschrift des Kaisers machte indessen das Patent nicht rechtskräftig, es gehörte dazu noch die des Kanzlers. Es heißt, daß letzterer sich geweigert habe, dem deshalb an ihn gestellten Begehren zu willfahren und daß Leopold nur durch große Drohungen ihn zur Nachgiebigkeit vermocht habe. In der That hatte der erstere alle Ursache sich zu bedenken, denn durch seine Nachgiebigkeit vereitelte er einen Landtagsbeschluß und beging eine grobe Verletzung der Verfassung, zu deren Schutz er doch vor allen berufen war. Trotz dieser gewichtigen Gründe gab Lobkowitz nach und die vom Erzherzog verlangten Patente wurden in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form am 19. Februar in alle Theile des Landes verschickt.**) — Da jedoch nurmehr auf eine theilweise

---

*) Skala's böhmische Geschichte. MS.

*) Wir entnehmen die Geschichte dieses Patentes einem Gegenpatente, welches die Stände am 25. Februar veröffentlichten und worin sie das Land auffordern mit den bewaffneten Zuzügen nach Prag nicht zu säumen und auf ein anderes vor

Vereitelung des allgemeinen Aufgebots zu rechnen war, so hielt Leopold zur Sicherstellung des Erfolges auch eine Vermehrung des Passauer Heeres für nothwendig. Am selben Tage, an welchem die Patente in die Kreise verschickt wurden, um das Aufgebot rückgängig zu machen, unterzeichnete deshalb Rudolf noch ein Patent, welches den Oberstlieutenant Balderon zur Anwerbung von 1800 Mann frischer Truppen ermächtigte; der Werbeplatz sollte in Budweis aufgeschlagen werden. Ob an diesem Tage noch andere Offiziere, wie dies bald darauf der Fall war, zur Vornahme von Werbungen ermächtigt wurden, ist uns nicht bekannt; diese Angabe reicht jedoch hin, um über des Kaisers Bestrebungen das nöthige Licht zu verbreiten und den leisesten Zweifel zu bannen, als ob er mit den Passauern etwas anderes als einen Krieg bezweckt hätte.

Indem man auf diese Weise weitere Rüstungen im Rathe des Erzherzogs beschloß, den Kaiser zu ihrer Gutheißung bewog und das allgemeine Aufgebot zu vereiteln suchte, beriet man auch unablässig, wie man dem Widerstande der Altstadt rasch ein Ende machen könnte. Die Zeit war zu kostbar, als daß nicht alle Mittel dies Ziel zu erreichen versucht werden sollten. Tennagel erzählt, in einer der Sitzungen, an der er mit Sulz, Althan, Ramée und dem Erzherzog theilgenommen, sei von einer Seite der Vorschlag gemacht worden, Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz durch eine schnelle Justiz bei Seite zu schaffen und auf diese Weise durch Schrecken den weitern Widerstand der Stände zu lähmen. Die Durchführung eines solchen Beschlusses wäre leicht gewesen, da sich die genannten Männer im Machtkreis des Passauer Volkes befanden, doch konnte billig bezweifelt werden, ob die Maßregel ersprießliche Folgen haben würde. Die Gefahr, welche den Erzherzog bedrohte, ging von dem auf der Altstadt befindlichen eilig konstituirten Rumpflandtag und von den dort befindlichen Truppen aus. Ein Gewaltstreich gegen einen der drei genannten Kavaliere brachte die Stadt am rechten Moldauufer nicht in

---

wenigen Tagen erst publizirtes Patent, welches das Aufgebot abstelle, nicht Rücksicht zu nehmen. Denn der Erzherzog Leopold habe, „durch gewaltige Drohung den obersten Kanzler zur Unterschrift des (unrechtmäßigen) Patentes genöthigt.“ — Eine Abschrift des ständischen Patents befindet sich im Tauser Archiv. — Das kaiserliche Patent, welches das allgemeine Aufgebot rückgängig machte, findet sich im böhmischen Statthaltereiarchiv. — Die Abschrift des Patentes, welches den Oberstlieutenant Balderon zu neuen Werbungen ermächtigte, findet sich im Wiener Staatsarchiv MS. 491. — Wir bemerken zu allen diesen Angaben, daß in den uns zugänglichen Berichten in der Chronologie eine große Verwirrung herrsche. Unsere Zeitangaben, in deren Rechtfertigung wir uns hier nicht einlassen wollen, stützen sich vor allem auf authentische Urkunden und dann auf sorgfältige Vergleichung der verschiedenen Diarien und Relationen.

den Besitz der Passauer, sondern mahnte die Einwohner zu der energischesten Vertheidigung. Auch waren ja die drei Bedrohten für den Augenblick unschädlich, da man sich ihrer Personen nach Belieben bemächtigen konnte. Gegen Fels hatte man übrigens keinen stichhältigen Grund mit solcher Strenge aufzutreten, hatte er sich doch zur Eidleistung verstanden. Ob Leopold alle diese Erwägungen angestellt, wissen wir nicht, es ist uns nur bekannt, daß Tennagel die vorgeschlagene rasche Justiz mit der Bemerkung ablehnte, daß man sich in Böhmen und nicht in Italien befinde und Leopold ihm beistimmte. Diese gefährliche Berathung entzog sich nicht ganz der Kenntnißnahme der Prager. Mehrfach wurde von Anschlägen gegen das Leben einiger hervorragenden Mitglieder des böhmischen Adels in Prag gesprochen, doch hatten die Untersuchungen, die später gegen die Verbreiter solcher Gerüchte angestellt wurden, kein Resultat, da sie jede verdächtige Angabe in Abrede stellten, nur Tennagels freiwillige Aussage blieb ihrem ganzen Inhalt nach aufrecht stehen.*) Indem aber im Rathe des Erzherzogs der Versuch aufgegeben wurde, durch Schrecken zu wirken, fand ein entgegengesetzter Vorschlag die Zustimmung aller oder wenigstens der Mehrzahl der Berathenden. Man beschloß, da man sich der genannten Kavaliere nicht entledigen wollte, sie durch Versprechungen zu gewinnen, um sie aus Gegnern zu gefügigen Werkzeugen zu machen.

Mit Fels, der durch die Eidleistung schon einen Anspruch auf Vertrauen sich erworben hatte, wurde der Anfang gemacht, er wurde ersucht, als kaiserlicher Kommissär auf die Altstadt zu gehen und die Bürger und Stände durch passende Vorstellungen zum Aufgeben des Widerstandes zu bewegen. Fels wies diesen Antrag nicht von sich und begab sich in der
18 Feb. That auf die Altstadt. Er kam dahin Freitags um die Mittagszeit und
1611 verhandelte mit den Ständen durch sieben Stunden. Da der Inhalt seines Begehrens genau mit dem Tags vorher abgegebenen kaiserlichen Schreiben übereinstimmte und die Gesinnung der Stände sich seit der Zeit nicht geändert hatte, so war ihre Antwort dieselbe. Sie verlangten als Bedingung für die Oeffnung der Stadtthore, die Herstellung der Kommunikation

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Dr. Martin Rebman verantwortet sich bei der Hofkanzlei bezüglich der Meldung des von Kracau, als ob er ihm etwas wegen Ermordung einiger böhmischen Herren mitgetheilt hätte. — Uebrigens war auch Wenzel von Kinsky auf einen Handstreich vorbereitet, denn er warnte die im Schloß befindlichen Stände in einem Briefe vor „dem jungen hitzigen Herren," dem Erzherzog, daß er sie bei dem Kopfe nehmen könnte. Das Original des Briefes im böhm. Museum. Hanka in der von ihm edirten Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias u. s. w. versetzt den Brief unrichtig auf das Ende des Jahres 1609.

mit der Kleinseite und die Rückkehr zum Gehorsam den unverweilten Abzug der Passauer mindestens auf 15 Meilen von Prag. Zum Beweise, daß sie geneigt seien, dem Kaiser aus seiner schwierigen Lage zu helfen, boten sie ihm auf die Abdankung eine Geldhilfe von 200.000 Gulden an. Mag man dieses Anerbieten auch als ein egoistisches d. h. im Interesse ihrer eigenen Sicherheit geschehenes betrachten, so war es jedenfalls ein Ausdruck von einer so bedeutenden Rücksichtsnahme auf den Kaiser, als der letztere nach den vorangegangenen Ereignissen nicht erwarten durfte. Zugleich machten sie den Unterhändler auf die Folgen eines Bombardements der Altstadt aufmerksam. Sämmtliche Arbeiter der verschiedenen Gewerbe, ungefähr 7000 an Zahl, hatten geschworen, bei dem ersten Schuß über alle katholischen Gebäude der Alt- und Neustadt herzufallen, keinen Stein auf dem andern zu lassen und alle Bewohner zu ermorden. Der kaiserliche Kommissär wurde ersucht, bei seiner Rückkehr auf das Schloß dies mitzutheilen. *) Als derselbe unverrichteter Dinge zurückkam und die Nachricht von der Erfolglosigkeit seiner Sendung bekannt wurde, verlangten Ramée und Sulz vom Kaiser die Erlaubniß, die Altstadt in Brand schießen zu dürfen. Rudolf verweigerte dieselbe; es heißt, daß er in der folgenden Nacht von einem Fenster der Burg längere Zeit auf die Stadt hinuntergeblickt und in Worte des Bedauerns über sie ausgebrochen sei.**) Solche Ausbrüche von Wehmuth und Gutherzigkeit überraschen uns nicht an einem Fürsten, der während der ersten 24 Jahre seiner Regierung sich keiner Härte schuldig gemacht und dessen trauriges Benehmen am Schlusse seines Lebens durch seine Gesundheitsverhältnisse, wenn auch nur zum Theil, entschuldigt werden kann.

Während Fels durch die Uebernahme der Kommission wenigstens dem Anscheine nach zur Partei des Erzherzogs übertrat, machte dieser selbst den Versuch Thurn zu gewinnen. Er besuchte ihn in seiner Zufluchtsstätte im Hause des Kanzlers, allein alle Anforderungen an Thurn, die Partei zu wechseln, wurden von diesem abgewiesen. Der letztere vermied es hiebei, den Erzherzog zu reizen und zu beleidigen, da ihn Kinsky vor einem Gewaltstreich gewarnt hatte, er entschuldigte sich sogar, daß er sich dem Einfalle der Passauer widersetzt hatte, fügte hinzu, daß er dies nur auf Geheiß des Kaisers gethan und benahm sich überhaupt wie ein Mann,

---

*) Korrespondenzen des Tauser Archivs. Ein Schreiben vom 28. Feb. 1611. — Ebendaselbst. Erklärung der Stände auf die kais. Botschaft abgegeben am 19. Februar. In Hankas Korrespondenz zwischen Rudolf, Mathias u. s. w. abgedruckt S. 61. — Skala's Manuskript. — Wiener Staatsarchiv. MS. 491. Diarium über die Ereignisse in Prag.

**) Skala's Manuskript.

der des öffentlichen Lebens überdrüßig geworden, sich nur nach Ruhe sehne. Uebrigens bat er, Leopold möge es nicht auf ein Bombardement der Altstadt ankommen lassen, da diese sicherlich allem nachkommen werde, was die Billigkeit erheische.*) Wenn man es auch dem Grafen Thurn zu gute halten mag, daß er sich in seiner kritischen Lage so unscheinbar als möglich machte, so paßt doch diese allzufriedsame und unmännliche Haltung zu seinem nichts weniger als reinen und vorwurfsfreien Charakter. Der Mann, welcher auf seine Popularität bauend sich heimlich erbot, den böhmischen Landtag zur Zahlung von Subsidien an Mathias zu vermögen, wenn ihm letzterer die Einkünfte einer Herrschaft anweisen würde, dieser Mann war nichts anderes als ein Egoist, der seinen persönlichen Vortheil wohl im Auge hielt. Man darf ihm nicht die Ehre anthun, ihn Männern wie Žerotin, Budowec oder Duplessis Mornay an die Seite zu stellen. Es gehörte übrigens für Thurn keine allzuscharfe Urtheilsgabe dazu, um einzusehen, daß Leopolds Unternehmen ein verfehltes sei und daß er selbst um den Preis momentaner Sicherheit seine ganze Zukunft in die Schanze schlage.

Leopold, durch Thurns abschlägige Antwort auf sich selbst angewiesen, wiederholte an den folgenden Tagen den Versuch durch Colonna's von Fels Vermittlung die Stände auf der Altstadt zu gewinnen. So wie letzterer am 18. Februar sich zu den Verhandlungen hergegeben hatte, so ging er auch am 19., 20. und 21. auf die Altstadt und debattirte stets durch mehrere Stunden, um die Stände zu einer Kapitulation zu bewegen. Allein die Antwort lautete mit jedem Tage entschiedener verneinend, die Stände wollten von einer Unterwerfung unter die Auktorität des Kaisers nichts wissen, so lange die Passauer von Prag nicht entfernt waren. Der Muth der Stände hatte in den Verhältnissen seine volle Begründung. Täglich kamen neue Schaaren des Aufgebots vom Lande, die Besatzung Prags wurde kriegsmuthiger und gewann an Vertrautheit mit dem Waffenhandwerk, so daß man gewiß sein konnte, den Passauern einen hinreichenden Widerstand zu leisten, bis Mathias, auf dessen Erscheinen mit Sicherheit gerechnet werden durfte, zu Hilfe kam. Die Erfolglosigkeit der Missionen des Herrn von Fels brachte den Erzherzog derart in Aufregung, daß er, nicht zufrieden mit den durch Balderon anzustellenden Werbungen, den Kaiser zur Ausstellung von neuen Werbepatenten für 32 Fähnlein Fußvolk das ist für etwa 9600 Mann bewog.**) Allein die Offiziere, welche mit der Durchführung der Werbungen betraut wurden, wagten es

*) Wiener Staatsarchiv. MS. 491. Diarium über die Ereignisse in Prag.

**) Diarium der Prager Ereignisse. MS. im Wiener Staatsarchiv 401.

nicht von Prag wegzureisen, weil die Bauern der Umgebung jeden, den sie im Verdacht der Verbindung mit den Passauern hatten, wobei die einfache Nichtkenntniß der böhmischen Sprache einen hinreichenden Beweis abgab, ohne Erbarmen erschlugen. Damit war aber dem Passauer Angriffsheere die Aussicht auf eine Verstärkung abgeschnitten.

Sechs Tage nach dem Einfalle der Passauer stellte sich die Lage der Dinge bereits in einer für Rudolf und Leopold sehr ungünstigen Weise heraus. Bei einem wohlkombinirten Angriff am Dienstag hätte die ganze Stadt in die Hände der Passauer fallen und ihre Hilfsmittel hätten von dem Erzherzog benützt werden können. Jetzt war der Schrecken, den der Erfolg der Passauer zuerst verbreitet hatte, allgemach der Kriegslust gewichen, seitdem man sich auf der Altstadt numerisch weit überlegen wußte und der Unterstützung des ganzen Landes gewiß war. Die Ueberzeugung, daß sein Unternehmen total gescheitert sei und daß jetzt der Niederlage zugleich die Schande auf dem Fuße folgen werde, drängte sich allgemach dem Erzherzog auf. Am Faschingsdienstag und den folgenden Tagen war er voll froher Hoffnung, weil er sich einbildete, seinem Ziele nahe zu sein, allein schon nach dieser Spanne Zeit folgten dem kurzen Traum von Herrlichkeit Angst und Rathlosigkeit. Nach den erfolglosen Missionen des Herrn von Fels und nach den Schwierigkeiten, welche den Werbungen entgegentraten, konnte selbst seine heißblütige Natur auf keinen Sieg mehr hoffen. Er sah bereits, wie König Mathias heranzog, sich mit den Böhmen verband und ihn aus dem Lande vertrieb und der Gedanke an die Schande, welche sich an seinen Mißerfolg knüpfen, an die Verwünschungen, die ihm von allen Seiten nachtönen würden, und an den finanziellen Ruin, mit dem er bedroht war, setzten ihn so in Verzweiflung, daß er davon sprach, sich — Frankreich in die Arme zu werfen oder — Kapuziner zu werden. Ein schlechter Ersatz, eine Kapuze für eine Krone. Vorläufig verfiel er auf seinen gewöhnlichen Ausweg, er entschloß sich jetzt Rath und Hilfe bei Personen zu suchen, die er sonst hartnäckig mied, weil sie seinen Leidenschaften nicht schmeichelten. Er ging also zu Zuñiga und theilte ihm mit, daß er zu König Mathias reisen und sich ihm in die Arme werfen wolle, hiezu verlangte er des Gesandten und des Nuncius Begleitung und Vermittlung. Zuñiga schlug jedoch sein Gesuch ab und erklärte, zu Mathias wohl allein aber nicht in seiner Gesellschaft reisen zu wollen.*)

Derselbe Wechsel der Stimmung, wie solcher bei Leopold beobachtet werden konnte, zeigte sich auch bei dem Kaiser. Sein Gesicht strahlte von ungewöhnlicher Heiterkeit, als er Herr der Stadt und des Lan-

*) Simancas 2497/270. Zuñiga an Philipp III ddo. 7. März 1611 Prag.

des zu sein glaubte; es heißt sogar, daß er in diesen Tagen gelacht habe, etwas dessen man seine Gesichtsmuskeln nicht mehr für fähig hielt, aber auch für ihn dauerte die Täuschung nur kurze Zeit.*) Er mußte trachten, um jeden Preis dem faktischen Kriegszustande ein Ende zu machen. Zwei Heere, bereit über einander herzufallen, befanden sich innerhalb der Mauern Prags, dasjenige, dem er seine Sympathien zuwandte, hatte keine Aussicht auf einen Sieg; sein Bestreben mußte also darauf gerichtet sein, jeden Zusammenstoß zu vermeiden, um den Frieden und seine kompromittirte Auktorität wieder herzustellen. Zu diesem Ende war die Anknüpfung ernstlicher Unterhandlungen mit der Altstadt nöthig, der Einfall der Passauer mußte wieder als ein Werk der Meuterei hingestellt und alles Vorbedachte an demselben in Abrede gestellt werden. Der Kaiser mußte zugleich die Kosten der Versöhnung auf sich nehmen, nicht von den Böhmen Einlaß für die Passauer fordern, sondern ihnen die Entlassung derselben anbieten. Ob sich die Böhmen mit einer solchen Anerbietung in so später Stunde zufrieden geben würden, war allerdings sehr fraglich, aber es blieb kein anderer Ausweg, wenn eine Versöhnung angebahnt werden sollte.

Rudolf war jedoch nicht der Mann, der einer gefährlichen Situation durch rasche Entschlüsse ein Ende zu machen wußte. Wir dürfen es sonach seiner Initiative nicht zuschreiben, wenn in der Burg ernstlich auf Mittel und Wege zur Versöhnung der Böhmen gedacht wurde. Die obersten Kronbeamten, welche in den Tagen, die dem Passauer Einfall unmittelbar vorangingen und nachfolgten, eine unwürdige Passivität an den Tag gelegt hatten, mußten sich schließlich erinnern, welche Verantwortlichkeit auf ihnen laste. Wir glauben demnach einem entschlossenen Auftreten von ihrer Seite es zuschreiben zu müssen, wenn das Wort „Unterhandlung" in der Burg nicht bloß ausgesprochen wurde, sondern wenn Unterhandlungen in der That in Angriff genommen wurden. Leopold konnte sich ihnen nicht entgegensetzen, denn die Lage der Dinge durfte nicht so bleiben, wie sie war.

Unsere Vermuthung bezüglich der Kronbeamten wird zunächst durch den Umstand bestätigt, daß zu der am 22. Februar mit den Ständen auf dem Altstädter Rathhause angeknüpften Verhandlung im Namen des Kaisers der Oberstburggraf Sternberg und der Präsident der böhmischen Hofkammer Dohna, auf welchem letzteren übrigens der Verdacht ruht, daß er dem Passauer Einfall nicht fremd gestanden sei,**) abgeschickt wurden. Der Oberstburggraf eröffnete die Verhandlungen damit, daß er den Ständen

*) Aus den Korrespondenzen von Simancas. Man sehe auch Hurter Bd. VI, S. 408 und flg.

**) Nach Tennagels Aussagen.

die Versicherung gab, „er meine es mit ihnen von Herzen gut.“ Diese gemüthlichen Worte waren nicht mehr am Platze, sie fanden weder in den letzten Ereignissen noch in der Haltung der Kronbeamten eine besondere Bestätigung. Seine Ansprache fand deshalb üble Aufnahme und es tönte ihm aus dem Munde Vieler die Antwort entgegen: „Ja du meinst es herzlich schlecht.“ Wenzel von Kinsky, der das Wort ergriff, rechtfertigte das Mißtrauen der Stände, da man sie stets mit glatten Worten im Munde betrogen habe.*) Herr von Dohna setzte hierauf die Forderungen aus einander, welche der Kaiser jetzt an die Stände stelle. Er verlangte, daß das geworbene Volk auf der Altstadt mit den Passauern Frieden schließe, das allgemeine Aufgebot entlassen werde und die Thore allerseits geöffnet werden möchten. Dafür erbot sich der Kaiser die Thore mit seinem (!) Volk zu besetzen und die Passauer binnen vier Tagen aus Prag zu entfernen. Nachdem so vielfach das Versprechen, die letztern abzudanken, gebrochen worden, konnte dieses Anerbieten bei den Ständen keinen Anklang finden. Sie sollten die Sicherheit, die ihre gegenwärtige Bewaffnung und Absperrung ihnen bot, gegen ein Versprechen eintauschen, das der Kaiser vielleicht aufrichtig meinte, dessen Einhaltung aber von ihm allein nicht abhing. Die Stände waren also eines Sinnes, die kaiserlichen Gesandten abschlägig zu bescheiden. Zu Kinsky, der in dieser Richtung wirkte, gesellte sich mit gleicher Meinung auch Budowec, der von seiner Reise nach Mähren glücklich zurückgekommen war. Als sich darauf Herr Wilhelm von Wřesowic im Namen Rudolfs um eine Antwort auf seine Vorschläge einfand, wurde ihm dieselbe dahin ertheilt, daß die Stände wohl bereit seien, ihre geworbenen Truppen für den Dienst des Kaisers zu vereidigen, aber nur unter der Bedingung, daß der Abzug der Passauer binnen vier Tagen stattfinde. Erst nach demselben und nachdem ihre Entfernung auf drei Meilen von Prag konstatirt sei, wollten sie auch die Thore der Stadt öffnen, mit ihrer Bewachung aber nicht den Kaiser belästigen, sondern dieselbe selbst besorgen. Die Entlassung des Aufgebots lehnten sie ab und verlangten noch überdies, daß die Kanonen, welche gegen das rechte Moldauufer aufgeführt worden, entfernt werden möchten.**) Diese Forderungen überschritten gewiß nicht das Maß der Billigkeit und wurden dem Kaiser noch überdies durch Versicherungen von Loyalität und Ergebenheit annehmbarer gemacht. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß um diese Zeit bereits

*) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I Fol. 198. Pfretzschner an Kaspar von Schönberg. Bericht über die Ereignisse vom 22.—26. Februar.

**) Korrespondenzen des Tauser Archivs. — Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I Fol. 198. Pfretzschner an Kaspar von Schönberg ddo. 16. Feb. 1611.

bei den Ständen der Entschluß feststand, der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen. Kinsky, welcher in ihrem Namen dem Wresowic die gewünschte Antwort gab, war es allein, welcher derselben den loyalen Aufputz ertheilte; es mochte ihm dies um so weniger schwer fallen, als er den Gegner zu entwaffnen trachtete, um für Mathias einen unschweren Triumph bereit zu halten.

Die Unnachgiebigkeit der Stände hatte eine um so raschere Nach-
24 Feb. 1611 giebigkeit bei Rudolf zur Folge. Abermals erschien Herr von Dohna auf dem Altstädter Rathhause und nachdem er zuerst um Schutz vor ähnlichen insultirenden Reden, wie sie zwei Tage vorher der Oberstburggraf erfahren, ersucht hatte, erklärte er, die Bedingungen, welche er jetzt den Ständen biete, habe er unmittelbar aus des Kaisers Munde vernommen. Sie bestanden in folgendem: die Passauer sollten ohne Zögern entfernt und abgedankt werden, der von ihnen verursachte Schaden aus ihren Soldrückständen ersetzt, den von ihnen occupirten Städten die entrissenen Waffen und Privilegien zurückgestellt und endlich die gegen die Altstadt aufgestellten Geschütze zurückgezogen werden. Dafür verlangte der Kaiser, daß die ständischen Truppen auf seinen Dienst vereidigt und die sämmtlichen Thore unverweilt geöffnet werden möchten. Kinsky, der stete Wortführer der Stände, erklärte diese Anerbietungen für ungenügend. Er verlangte eine vollständige Restitution des durch die Passauer verursachten Schadens und wollte von einer Oeffnung der Thore nichts wissen, so lange dieselben nicht mindestens drei Meilen von Prag entfernt seien und Geißel für den schleunigen Rückzug aus Böhmen gestellt hätten. Herr von Dohna, geängstigt durch das entschlossene Auftreten der Stände, sagte die Erfüllung dieser Bedingungen zu und entfernte sich. *)

25 Feb. 1611 Am andern Tage schickten die Stände den Herrn von Ruppa auf die Kleinseite, um zu erfahren, ob die Versprechungen des Herrn von Dohna erfüllt worden wären. Er brachte die Nachricht zurück, es sei nichts von allem dem geschehen, was versprochen worden. Tags darauf ward er wieder abgeschickt, bevor er aber noch zurückkehrte, trafen auf der Altstadt zwei Komissäre ein, Dohna und Černin, welche die Beeidigung der ständischen Truppen für den Kaiser vorzunehmen verlangten. Kinsky erinnerte sie daran, daß die Beeidigung nur bedingungsweise zugesagt worden und führte jetzt sechs Punkte als in voraus zu erfüllende Bedingungen an. Die erste sei, daß binnen vier Tage nach geschehener Beeidigung die Passauer Truppen aus Prag wegziehen müßten, seien sie drei Meilen entfernt,

---

*) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall. I Fol. 198. Pfretzschner an Schönberg. — Manuskript der Prager philosophischen Fakultät B. 21.

so würden die Alt- und Neustädter ihre Thore 24 Stunden später öffnen; die zweite, daß den Kleinseitnern ihre Waffen und anderes geraubte Gut zurückgegeben werde, die dritte, daß die Kanonen in die Zeughäuser entfernt, die vierte, daß die von den Passauern besetzten Städte alsbald verlassen würden, die fünfte, daß der von ihnen verursachte Schaden völlig ersetzt und die sechste, daß das Land binnen sechs Tagen von ihnen geräumt werde. Dohna sagte förmlich die Erfüllung der vier ersten Bedingungen zu, nur die fünfte und sechste verwarf er mit Černin als unausführbar, denn zur völligen Ersetzung des Schadens seien keine Mittel vorhanden, und eine so kurze Frist, wie sechs Tage sei unzureichend für den Abmarsch eines Heeres. Die Stände wollten aber nichts von einer Unmöglichkeit wissen, sie bestanden auf vollem Schadenersatz oder Bestrafung der Passauer wegen Raub. Diebe und Räuber, hieß es, die den angerichteten Schaden nicht gutmachen können, werden am Leben gestraft, so muß es auch mit den Passauern geschehen. Sie zählten darauf eine lange Reihe wohlhabender und reicher Personen auf, denen die Passauer seit ihrem Einbruch alles Vermögen weggenommen hatten, sie behaupteten, Ramée allein habe im Laufe einiger Wochen Geld und kostbare Gegenstände im Werthe von anderthalb Millionen Gulden an sich gebracht.*) Der Streit erhitzte die Gemüther derart, daß die Versöhnung mit dem Kaiser, die unmittelbar bevorstehend schien, sich wieder zerschlug. Die Beeidigung der ständischen Truppen wurde nicht vorgenommen und die kaiserlichen Kommissäre kehrten unverrichteter Dinge in das Schloß zurück. Wir bezweifeln nicht, daß Kinsky vornehmlich und absichtlich die Ursache dieses Umschwungs war. Indem er die Stände durch die Debatte aufregte und ihnen die Aufstellung einer unmöglich zu erfüllenden Forderung, wie die wegen völligen Schadenersatzes empfahl, hinderte er einen Ausgleich mit dem Kaiser und gab dem König Mathias, der sein Kriegsheer in Bereitschaft setzte, Zeit und Veranlassung zur Einmischung in die böhmischen Angelegenheiten.

Es hätte auf Seite des Kaisers mehr kaltblütiger Ueberlegung und vor allem eines geringern Grades von Herrschsucht bedurft, um die Gefahr einzusehen, welche eine Verschleppung der Unterhandlungen mit sich bringen mußte. Am folgenden Tage gestattete er, daß die Kanonen, welche 27 Feb. 1611
aus den Weingärten bereits entfernt worden waren, wieder aufgestellt und gegen die Judenstadt gerichtet wurden. Es schien also, als ob der Kampf doch beginnen sollte. Noch am selben Tage besann er sich eines andern

---

*) Korrespondenzen des Tauser Archivs. — Manuskript der Prager philosophischen Fakultät B. 21.

und ließ die Stände auffordern, zu weitern Verhandlungen eine Deputation aufs Schloß zu schicken. Da jedoch kaum einer sein Leben für sicher gehalten hätte, wenn er dem Rufe gefolgt wäre, so wurde das Begehren des Kaisers rundweg mit dem Bedeuten abgelehnt, daß man nur auf dem Altstädter Rathhause zu Verhandlungen erbötig sei. Zugleich beschlossen die Stände zur Wahl einer provisorischen Regierung bestehend aus 30 Direktoren zu schreiten um das Regiment in ihre Hände zu legen. An diesem Entschluß hatte unzweifelhaft Thurn einen bedeutenden Antheil. Es war ihm nämlich mit Fels und Wilhelm von Lobkowitz und allen dreien mit ihren Frauen und Kindern gelungen auf einer Plätte über die Moldau auf die Altstadt zu entfliehen (27. Feber). *) Die Entschlossenheit der Stände wuchs dadurch nicht wenig, da sie sich von jeder Sorge für ihre bisher schwer vermißten Freunde enthoben fühlten. Das Beispiel der genannten Flüchtlinge ahmten gleichzeitig, wahrscheinlich in Folge vorangegangener Verabredung, die meisten der höhern Offiziere nach, welche die ständischen Truppen in dem Schlosse befehligten. Auf die letztern blieb natürlich ein solcher Vorgang nicht ohne Eindruck, rottenweise brachen sie seitdem täglich aus und flüchteten auf die Altstadt, wo sie freudig als Mitkämpfer aufgenommen wurden. — Zwischen den ständischen Truppen und den Passauern wurde in diesen Tagen ununterbrochen und zwar meistens von Bubna und der Hetzinsel aus scharmuzirt, täglich fielen 15 bis 20 Mann. Der Vortheil pflegte auf Seite der Passauer zu sein, ihre größere Kriegstüchtigkeit gab ihnen eine solche Ueberlegenheit, daß ihre Gegner, obwohl drei bis viermal zahlreicher, die Vertheidigung dem Angriffe vorzogen.

Während aller dieser Verhandlungen litt die Kleinseite unsäglich unter dem Drucke der Passauer Einquartirung. In jedem Hause waren 15 bis 20 Soldaten unterbracht, welche reichlich mit Nahrung versehen werden mußten, und trotzdem es die Bürger in dieser Beziehung an nichts ermangeln ließen, waren sie doch weder mit ihrem Leben noch mit ihrem Eigenthum vor den Soldaten gesichert. Man schätzte den Schaden, den dieselben durch Raub und sinnloses Wüthen während eines Aufenthalts von etwas über drei Wochen den Bürgern zugefügt hatten, auf die ungeheure Summe von 700.000 Gulden. Die täglich sich wiederholenden Miß-

*) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall I, 290. Pfretzschners Bericht über die Ereignisse in Prag vom 26. Feber bis 5. März 1611. Nach diesem Bericht wären Thurn und seine Freunde erst am 2. März auf die Altstadt entflohen, während das Diarium über die Ereignisse in Prag (MS. 491 im Wiener Staatsarchiv) den 27. Feb. angibt. Wir halten uns an das letztere Datum, weil der Verfasser des Diariums augenscheinlich unterrichteter ist.

handlungen brachten zuletzt die Frauen auf den Gedanken einer Sturmpetition. In großer Anzahl versammelten sie sich mit ihren Kindern am Arm und an der Hand und zogen unter Jammern und Wehklagen in die Burg. Es gelang diesem sonderbaren Zuge bis in Nähe der kaiserlichen Gemächer zu dringen; hier baten alle, der Kaiser möge doch einmal ihrem Elende abhelfen. Sie erhielten an diesem Tage, wie an den zwei folgenden, wo sie das gleiche Schauspiel aufführten, die wie Spott lautende Vertröstung, daß der erlittene Schaden ihnen ersetzt werden würde. Ihre Leiden erreichten eine haarsträubende Höhe. *)

Es ist bekannt, daß die geworbenen Truppen des 16. und 17. Jahrhunderts durchwegs etwas von der Natur zügelloser Räuber an sich hatten, gewiß ist jedoch, daß die Passauer an Nichtswürdigkeiten aller Art von keiner andern bewaffneten Schaar übertroffen wurden. Gleichzeitigen Nachrichten entnehmen wir, daß sie bewaffneten Bauern, die sie auf einzelnen Streifzügen in der Umgebung von Prag festnahmen, zuerst Nasen und Ohren abschnitten, bevor sie ihnen vollends den Garaus machten. Was schon in Oesterreich ihnen vorgeworfen wurde, daß sie neben ihrer maßlosen Raubgier auch eine unbezähmbare Zerstörungssucht an den Tag legten, bestätigte sich wieder in Böhmen. Selbst der Aberglaube des Volkes fand an dem Treiben der Passauer etwas so monströses, daß man sich in Prag allgemein erzählte, sie hätten einen Bund mit dem Teufel abgeschlossen, durch den sie gegen alle Gefahr gefeit seien. Man behauptete, jeder trage in einem vernarbten Einschnitte seiner Hand eine geweihte Hostie, täglich entsage er in einem Gebete Gott und seiner Gnade und sei dadurch auf 24 Stunden vor dem Tode sicher. **) Die Gerechtigkeit erheischt es jedoch, die Schuld der Verwilderung, in welche die Passauer gerathen waren, den Soldaten nicht allein aufzubürden. Sie fühlten, daß sie sich in einem Zustand von Proskription befanden, den sie selbst nicht verschuldet hatten. Sie wußten eigentlich nicht, ob sie Meuterer seien, oder treue Soldaten des Kaisers. Wiewohl sie nach der Einnahme der Kleinseite Prags das letztere vermuthen mußten, entging ihnen doch nicht, daß sie trotzdem von der Bevölkerung nicht für Soldaten, sondern für Räuber und Meuterer gehalten und als solche, wo sie einzeln überfallen werden konnten, behandelt wurden. So sich außerhalb der Gesetze sehend traten sie auch alle göttlichen und menschlichen Schranken mit Füßen.

Indessen war die Zeit herangekommen, daß die Verhältnisse in Prag einer Entscheidung entgegenreiften. Die Passauer fühlten nachgerade, daß

---

*) Skala's Manuskript.
**) Skala's Manuskript.

ihres Bleibens in Prag nicht sei. Sie wußten, daß Mathias den Böhmen Truppen zu Hilfe schicken wolle, und daß das Land überall herum sich rüste um ihnen den Rückzug abzuschneiden; sie selbst dachten also denselben anzutreten, um ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Ueberzeugung, daß nichts anderes zu thun sei, als ihren Rückzug und ihre Abdankung zu beschleunigen, drängte sich endlich auch dem Kaiser und dem Erz-
1611 herzog auf und beide machten die hiezu nöthigen Schritte. Am 2. März unterzeichnete Rudolf ein Patent, durch welches Leopold zur Vornahme der Abdankung bevollmächtigt wurde. *) Es begannen darauf Unterhandlungen mit den Truppen über die Größe der Soldrückstände und die Art ihrer Bezahlung. Die Forderungen der Passauer, die auch für ihre Dienstleistungen seit dem Einbruche in Oesterreich bis zur Einnahme von Prag bezahlt sein wollten, waren nahezu doppelt so groß als zur Zeit der Verhandlungen des Herzogs von Braunschweig. Rudolf glaubte in dem Augenblicke, wo er ernstlich die Abdankung im Sinne hatte, die Stände abermals um ihre Unterstützung angehen zu können. **) Man muß sich verwundert fragen, woher er den Muth zu einer solchen Forderung noch jetzt nahm. Auch die Stände waren nicht wenig erstaunt und entrüstet und erwiederten, daß sie ihr Geld zur Vertreibung und Niedermetzlung der Passauer, nicht aber zu ihrer Bezahlung verwenden würden. Die Lage wurde dadurch für Rudolf eine sehr kritische, er stand hilflos seinen Truppen gegenüber, die laut und drohend die Befriedigung sämmtlicher Rückstände verlangten. Jetzt trat in der That der Zustand der Meuterei, deren sie früher mit Unrecht beschuldigt wurden, unter diesen ein. Leopold selbst und die einzelnen Obersten wurden von den Soldaten bedroht, sobald sie von einer nur theilweisen Zahlung sprachen, so daß man während der ersten Märztage nicht wissen konnte, welchen Ausgang schließlich die Verhandlungen nehmen würden. Der Kaiser wollte für den Augenblick nicht mehr als einen dreimonatlichen Sold hergeben und den Rest auf Krumau und Budweis bis zum 20. März anweisen. ***)

Ein Ereigniß in diesen Tagen belehrte jedoch die Passauer und ihre Offiziere, daß eine übermäßige Anspannung ihrer Forderungen nicht am Platze sei. Ramée, dem es vor allem um die Sicherung der gemachten Beute zu thun war, hatte mehrere Wagen, bepackt mit werthvollen Gegen-

---

*) Diarium der Prager Ereignisse. — MS. B. 21. der Prager philosophischen Fakultät.

**) Diarium der Prager Ereignisse.

***) Münchner Reichsarchiv XV/1, 112 Bodenius an Max von Baiern ddo. 12. März 1611.

ständen, am 3. März von Prag nach Dresden mit einer kleinen Bedeckung unter Tennagels Aufsicht abgeschickt. Unglücklicherweise für letztern war gerade diese Vorsicht von übeln Folgen begleitet. Ständische Truppen, welche aus der Burg auf die Altstadt flohen, brachten dahin die Nachricht von diesem Vorhaben. *) Ulrich Kinsky wurde mit einem Reiterfähnchen dem kostbaren Convoi nachgeschickt, bemächtigte sich desselben und nahm die Begleitung gefangen. **) Tennagel wurde nach Prag zurückgebracht und in festen Gewahrsam genommen. Da es den Ständen bekannt war, daß er einer der Vertrauenspersonen Leopolds sei und in letzterer Zeit vielfach zu diplomatischen Missionen verwendet worden war, so beschlossen sie alsbald, ihn über die Ursachen des Passauer Einfalls und über die Pläne des Erzherzogs zu verhören. Schon am 5. März ward das Verhör begonnen und am 7. fortgesetzt, das Resultat desselben war, daß Tennagel freiwillig ohne Anwendung der Folter alles das bekannte, was er um die Ursache und das Ziel der letzten Ereignisse wußte. ***) Er gestand ein, daß der Passauer Einfall kein Werk des Zufalls, sondern das Resultat eines vorbedachten Planes gewesen, daß Leopold mit demselben seine Erhebung auf den böhmischen Thron beabsichtigt habe, und verhehlte auch nicht, in welcher Gefahr einige Häupter der böhmischen Stände geschwebt hätten. Seine Aussagen, welche durch die uns zugängliche diplomatische Korrespondenz erhärtet und beleuchtet werden, erzeugten unter den Ständen, wie sich leicht denken läßt, nicht geringe Erbitterung und vernichteten vollends jede Anhänglichkeit an den Kaiser und seine Regierung, wenn es deren noch gab.

Die Gefangennehmung Tennagels versetzte Ramée in solchen Schrecken, daß er vor allem seine Rettung ins Auge faßte. Anstatt zu warten, bis zwischen den Forderungen der Passauer und den Anerbietungen Rudolfs ein Ausgleich eintreten würde, machte er sich plötzlich mit der Mehrzahl der Ka- 8. März 1611
vallerie und mit dem Gelde, welches der Kaiser inzwischen zur Bezahlung der Soldrückstände hergegeben hatte, heimlich auf den Rückweg und zahlte, um seine Begleiter bei gutem Muthe zu erhalten, nachdem er ungefähr auf zwei Meilen von Prag sich entfernt hatte, den ihnen gebührenden dreimonatlichen Sold aus. Als dies die zurückgebliebenen Soldaten im Laufe des Tages erfuhren, glaubten sie sich verrathen und erhoben die größten Drohungen

*) Skala's Manuskript.

**) Brüssler Archiv. Bodenius an Diesport ddo. 5. März 1611. — Münchner Reichsarchiv XV/1, 158. Bodenius an Max von Baiern ddo. 5. März. Sächs. Staatsarchiv. Pfretzschners Bericht über die Ereignisse vom 26. Feb. bis 5. März.

***) Böhmisches Statthalteriarchiv. In einem Originalschreiben der böhm. Stände vom 8. März finden sich Abschriften dieser Verhöre als Beilage.

gegen den noch in Prag anwesenden Erzherzog und die an seiner Seite befindlichen Grafen Althan und Sulz. Von der Forderung einer völligen Bezahlung ihrer Rückstände ablassend verlangten sie, daß auch ihnen binnen 24 Stunden ein dreimonatlicher Sold gegeben werde, widrigenfalls sie sich ihrer Offiziere bemächtigen, dieselben an die Böhmen ausliefern, und in die Dienste der letztern treten würden. Die Drohung war zu ernst gemeint, als daß nicht alles versucht worden wäre, die Soldaten zu beschwichtigen, es verschlug jedoch kein anderes Mittel, als bis der Kaiser abermals Geld hergab. Dies befriedigte die Soldaten und sie trafen darauf noch am selben Tage die umfassendsten Maßregel zu einem Rückzug, der im geheimen in der Nacht auf den 11. März durchgeführt werden sollte, namentlich wurde die Brücke verrammelt, um den Uebergang auf das linke Moldauufer zu erschweren. *)

An dem Rückzuge der Passauer beschlossen auch jene Personen theilzunehmen, welche sich durch die Ereignisse kompromittirt fühlten, neben Leopold also auch Sulz, Althan und des Erzherzogs Beichtvater der Jesuit Aquentius, dem Wenzel Kinsky, nie seine politische Geschmeidigkeit verläugnend, zur Flucht aus der Altstadt verhalf. Von allen den Genannten mag wohl keiner mit tröstlichen Gedanken Prag, dem Grabe ihres Ehrgeizes, den Rücken gekehrt haben, am allerwenigsten aber der Erzherzog selbst. Er, der vor wenigen Tagen sich in Königsträumen gewiegt hatte, sollte jetzt Schutz in der Begleitung eines Kriegerhaufens suchen, den die öffentliche Meinung gleich einer Verbrecherrotte verfolgte, er sollte Prag und Böhmen meiden, weil Gesetz und Ordnung wieder daselbst zur Herrschaft gelangten und der Fluch der mißhandelten Bevölkerung auf ihm lastete. Bis zum letzten Augenblicke wehrte er sich gleich einem Verzweifelnden gegen die Schande des Abzuges und die Zertrümmerung seiner Hoffnungen und suchte nach Auswegen, die einander völlig entgegengesetzt waren und ihm wenig Ehre machen. Er vergaß sich so weit, Thurn und Wenzel Kinsky (!) um ihre Vermittlung bei Mathias zu bitten, und als er auf sein Ansuchen eine abschlägige Antwort

---

*) Münchner Reichsarchiv. XV/I, 112. Bodenius an Max von Baiern ddo. 12. März 1611. — Ueber den Abzug Ramée's berichtet in der von uns erzählten Weise Bodenius, der als Agent des Herzogs von Baiern in Prag weilte. Skala und die böhmischen Quellen berichten, Ramée sei deshalb mit der Kavallerie vorausgezogen, um die Pässe zu besetzen. Allein bis Beraun, wohin der Rückzug gerichtet war, gibt es keine Pässe zu besetzen. Bodenius' Angabe, daß Ramée vor allem sich in Sicherheit zu bringen trachtete, scheint uns die eines wohlunterrichteten Augenzeugen zu sein. Mit seinen Angaben stimmt auch das mehrfach citirte Diarium überein. — Im Ganzen mußte der Kaiser 300.000 Gulden jetzt hergeben.

erhielt,*) wandte er sich wieder an Zuñiga und suchte bei diesem Rettung. Zuerst bat er ihn um Rath, was er thun solle, und als der Gesandte entgegnete, daß zum Rathgeben die Zeit vorüber sei, wiederholte er in anderer Weise einen schon einmal gemachten Vorschlag. Zuñiga sollte zu Mathias reisen und ihn mit demselben versöhnen; dafür erbot sich Leopold, wenn man ihm einige Subsidien von Seite des Papstes und Spaniens zu Gebote stelle, dem Protestantismus und der ständischen Freiheit in Böhmen und den benachbarten Provinzen ein Ende zu machen. Dieser Vorschlag, der Hallucination eines Fieberkranken nicht unähnlich, weckte nur Zuñiga's Mitleid über die „Eitelkeit, welche derartige Vorschläge verrieten." So zog der Erzherzog unberathen und ungetröstet von Prag. **)

V

In der Nacht vom 10. auf den 11. März verließ Leopold mit dem Reste des Passauer Volkes Prag und stellte in aller Eile seinen Rückzug gegen Beraun an. Erst mehrere Stunden später, am Morgen, erhielten hievon die Stände auf der Altstadt Nachricht, trotzdem beschlossen sie die Verfolgung in Angriff zu nehmen. Die Hindernisse, welche bei dem Kleinseitner Brückenthurm von den Passauern aufgehäuft worden waren, wurden rasch weggeräumt und darauf Kavallerie den Fliehenden nachgeschickt. Als die Bewohner der Kleinseite sich endlich von ihren Quälern befreit sahen, machte sich ihre Wuth gegen die Zurückgebliebenen in der fürchterlichsten Weise geltend. Die Kranken und Verwundeten, welche sich dem Rückzug nicht hatten anschließen können, wurden aufgesucht und alle, deren man habhaft werden konnte, auf scheußliche Weise ermordet und auf die Straßen geworfen. Hie und da traf es sich, daß einer derselben nicht zum Tode getroffen, sich in Schmerzen auf der Gasse wand und die Umstehenden flehentlich bat, man möge ein Ende mit ihm machen. Keiner blieb unerhört. In dem zähen Leben mancher Verwundeten sah man eine Bestätigung des Teufelspakts, den man ihnen angedichtet hatte, es gab Leute, die herbeiliefen, um die geweihte Hostie dem Getroffenen herauszuschneiden, weil sie wähnten, er könne nicht früher sterben.***) Während dieser Gräuelscenen beschleunigten die Passauer ihren Marsch gegen Beraun und trafen daselbst zeitlich genug ein, um die über den gleichnamigen Fluß führende Brücke abzubrechen und dadurch die weitere Verfolgung durch die

*) Kinsky an Mathias den 10. März bei Hurter Bd. VI, 396.
**) Simancas 2497/274. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. März 1611.
***) Skala's Manuskript.

ständischen Truppen abzuschneiden. Da man in Prag voraussetzte, die Passauer würden von Beraun den Rückweg nach Tabor einschlagen, beschloß Herberstein, der auf Mathias' Befehl mit mährischen und österreichischen Truppen am 11. März in Prag angelangt war, ihnen den Rückzug zu verlegen, indem er auf geradem und kürzerem Wege nach Tabor marschirte. Allein Ramée und wohl auch der Erzherzog sahen diesen auf ihr Verderben berechneten Schritt voraus und schlugen den Rückweg direkt nach Budweis ein, indem sie sich in möglichst weiter Entfernung vom linken Moldauufer hielten. Ritter Trnawský wagte mit etwa 800 Bauern einen Angriff gegen einen Theil der dahin ziehenden Flüchtlinge, ward aber nach anfänglichem Erfolge mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. Die Passauer schleppten an 1000 Bauern, die sie nach und nach in einzelnen Dörfern auffingen, gewaltsam nach Budweis mit, um sie an der Befestigung dieses Ortes, wo einige Zeit gerastet werden sollte, arbeiten zu lassen. Sie trafen am 14. März in Budweis ein, legten also einen Weg von mehr als 20 Meilen in der ungemein kurzen Zeit von 4 Tagen zurück.*) Die Oesterreicher, die vergeblich bei Tabor die Passauer erwartet und sich mit der Hoffnung getragen hatten, ihnen die in Böhmen und Oesterreich gemachte Beute abzujagen, sahen sich in ihrer Erwartung getäuscht. Die Verfolgung bis Budweis auszudehnen wagten sie nicht.

In Budweis, das in Eile stark befestigt ward, wurde vorläufig gerastet. Ramée, der auf dem Rathhause sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, lud am Abend des 17. März eine Anzahl Offiziere zu einem Gastmahl ein. Nachdem gehörig gegessen und getrunken worden, wurden neun der anwesenden Offiziere ersucht in ein abseitiges Gemach zu treten. Jeder einzelne, wie er daselbst eintrat, wurde alsogleich festgebunden und dem nichts arges ahnenden ein Urtheil vorgelesen, vermöge dessen er wegen Verbindungen mit den Böhmen namentlich dem Grafen von Thurn zum Tode verurtheilt ward; darauf wurde ohne alles Zögern das Urtheil durch den bereitstehenden Henker mit dem Schwerte vollzogen. Der neunte der Gerufenen, der sich zur Wehre setzte, mußte eher erwürgt werden, bevor er enthauptet werden konnte. Ob die Ursache, mit welcher Ramée diese Gewaltthat beschönigte, wirklich in einem Einverständnisse der Ermordeten mit den Böhmen lag, können wir aus Mangel an positiven Nachrichten nicht angeben, es ist jedoch immerhin möglich, daß ein Theil der Offiziere

---

*) Alles dies nach Skala's Manuskript im böhmischen Museum. Skala nennt den Ritter: Tarnowský, dagegen der jedenfalls besser informirte und gleichzeitige Erzähler der Ereignisse des Jahres 1611 im Gedenkbuch der Prager philosophchen Fakultät B. 21: Trnawský.

nachdem sie sahen, daß es mit ihnen kein gutes Ende nehmen könne, mit Mathias und den Böhmen sich in Unterhandlungen begeben habe oder zu begeben Willens war. Sicher ist es, daß Ramée der Mann war, der schon bei dem Schatten eines Verdachtes zu einer Gewaltthat entschlossen war. In wie weit Leopold zu derselben seine Zustimmung gegeben, ist nicht bekannt, gewiß ist nur soviel, daß er an diesem und dem folgenden Tage sich noch in Budweis befand.*) Es ist nicht anzunehmen, daß Ramée einen solchen Schritt während Leopolds Anwesenheit in der Stadt gewagt habe, ohne des letzteren Zustimmung einzuholen.

Am 18. März setzten sich Leopold und Ramée nach Zurücklassung einer Besatzung in Budweis mit einem Theil der Passauer über Krumau gegen Oesterreich in Bewegung. Der freie Durchzug, den sie verlangten, um ihren Marsch nach dem Passauer Stift zu richten, wurde ihnen verweigert. Ihn zu erzwingen konnten sie nicht mehr wagen, sie hatten dies übrigens nicht nöthig, da der sogenannte goldene Steg, der durch den Böhmerwald führte, unbesetzt war und ihnen einen direkten Eingang in das Passauer Stift verschaffte. Daselbst traf Ramée nach einer Abwesenheit von drei Monaten mit ungeheurer Beute aber nur einem geringen Theil des ehemaligen Passauer Heeres ein. Es waren das keine Mitstreiter in Christo, in deren Begleitung der Bischof von Passau wieder in seiner Diöcese anlangte.

Der weit größere Theil des Passauer Heeres, welcher in Böhmen zurückgeblieben war, hatte sich in die Städte Tabor, Budweis und Krumau eingeschlossen. Die Besatzung von Tabor verließ zuerst ihren Standort und zog sich nach Budweis zurück. Leicht wäre es nun den Truppen des Königs Mathias und den Böhmen gewesen, die genannten Städte einzunehmen und den Rest der Passauer zu vernichten. Es war jedoch ersprießlicher, den Süden Böhmens vor weiteren Verwüstungen zu bewahren und die Auflösung der genannten Truppenreste in Güte zu versuchen. Zunächst wurde Rudolf aufgefordert, ihre Abdankung anzuordnen. Der Kaiser kam diesem Verlangen nach und befahl dem Erzherzog Leopold die 26.
Auflösung der noch in Böhmen befindlichen Truppen binnen acht Tagen März
vorzunehmen; sollten sie die Abdankung nicht über sich ergehen lassen wollen, 1611
so seien sie mit der Acht zu belegen.**) Allein die Soldaten ließen sich

*) Hurter Bd. VI Beilage 249. In dem daselbst mitgetheilten Schreiben Rudolfs an Leopold berichtet ersterer, daß er von letzterem ein Schreiben aus Budweis ddo. 18. März erhalten habe. Also befand sich Leopold noch ununterbrochen in Begleitung der Passauer.

**) Rudolf an Erzherzog Leopold ddo. 26. März 1611.

durch Drohungen nicht erschrecken und verlangten vor allem Befriedigung des noch rückständigen Soldes und auch der Erzherzog war nicht der Mann, der bei einem solchen Geschäfte mit Erfolg verwendet werden konnte, im Gegentheil, er schürte noch den Widerstand der Soldaten unverholen an. *) Es blieb nichts anderes übrig, als auf ihr Begehren einzugehen, wenn man nicht einen weit kostspieligeren Krieg beginnen wollte. Der Kaiser mußte die Summe von 175.000 Gulden aus seiner Schatzkammer hergeben und mit dieser so wie mit einigen kleineren Zuschüssen begab sich der Kriegszahlmeister Kleinsträtel nach dem Süden von Böhmen, um die Ansprüche der Soldaten zu befriedigen. Als Bevollmächtigter derselben trat bei den Verhandlungen Graf Althan auf, der diesmal so wenig Schwierigkeiten als möglich erhob, weil er sich um Mathias ein Verdienst erwerben und dessen Nachsicht und Gunst erlangen wollte. Neben Althan bemühte sich auch Wok von Rosenberg durch den ihm verbündeten Obersten Lucan aufrichtig um die Befriedigung der Passauer Reste. Die Kommissäre, welche der König zur endlichen Vornahme der Abdankung abgeschickt hatte, Feldmarschall Herberstein und Oberst Hofkirchen, konnten um so leichter ihrer Aufgabe nachkommen, als aus denjenigen Soldaten, die noch weiter dienen wollten, ein neues Regiment in königlichen Diensten unter dem Obersten Lucan gebildet wurde. Am 20. Mai wurde der Vertrag, welcher die Abdankung und Auszahlung regelte, unterzeichnet. In einem eigenen Amnestiedekret **) wurde den sämmtlichen Mitgliedern des Passaner Heeres Verzeihung für ihre Thaten zugesagt, ausgeschlossen blieben nur einige uns dem Namen nach nicht bekannte Personen, wahrscheinlich waren es außer Ramée noch jene, welche sich dauernd dem Erzherzog angeschlossen hatten und in ihren frühern Bestrebungen verharrten. Ramée gab der Erbitterung, welche in diesem Kreise gegen Althan als einen Abgefallenen herrschte, in einem Absagebrief Ausdruck, in welchem er denselben „wegen schändlichen Verraths gegen den Kaiser, den Erzherzog und das Passauer Volk" zum Zweikampf herausforderte. ***)

Stellt man die Frage, was mittlerweile Leopold that, wie er sich in die gezwungene Zurückgezogenheit fügte, so lautet die Antwort, daß er an nichts weniger als an eine passive Haltung dachte. Wiewohl er sich mit Ramée und einer kleinen Abtheilung der Passauer nach seinem Stifte zurückgezogen hatte, so hielt er sich noch immer für den Herrn und

---

*) Kurz: Schicksale des Passauischen Kriegsvolks.

**) Die Amnestie von Krumau genannt.

***) Wiener Staatsarchiv MS. 491. E. F. G. Ramée an den Grafen Althan ddo. 20. Juli 1611.

Anführer des in Böhmen zurückgebliebenen Volkes, das er in seinem eigenen Interesse verwenden zu können glaubte. Diesen Fall hielt er für gekommen, als er die Nachricht erhielt, daß Mathias die Güter des Passauer Stiftes, welche in Oesterreich lagen, und die den größten Theil seines Einkommens bildeten, mit Beschlag belegen ließ. Nicht durch Bitten, sondern mit Gewalt wollte er den König nöthigen, ihm seine Besitzungen freizugeben. Er suchte deshalb nach einem Rückhalt an Baiern*) und bat den alten Herzog Wilhelm, Maximilians Vater, daß er mit ihm an einem dritten Ort zu einer Berathung zusammentreffe.**) Wilhelm, der stets Leopolds Partei gehalten und dessen Bewerbungen um seine Tochter Magdalena unterstützt hatte, war zu der Zusammenkunft erbötig, wurde aber daran durch die Vorstellungen seines Sohnes gehindert. Als er zum zweitenmale noch dringender darum von Leopold ersucht wurde, traf er mit ihm in Altötting zusammen, konnte ihm aber keine Hilfe bieten, wie sie dieser erwartete. Der Erzherzog versuchte nun die eben erzählten Verhandlungen zur Abdankung der in Böhmen befindlichen Passauer dadurch zu vereiteln, daß er den Grafen Althan, der sie so eifrig und aufrichtig betrieb, zu sich berief. Als dies jedoch vergeblich war, da Althan dem Rufe nicht folgte, verstieg sich Leopold so weit, daß er nach Budweis reiste und persönlich die Soldaten gegen die Abdankung zu stimmen suchte. Auch diese Bemühungen hatten keinen Erfolg und er mußte unverrichteter Dinge zurückkehren.***) Schon hatte er davon gesprochen, daß er in Passau Werbungen anstellen und dieselben mit den in Böhmen befindlichen Ueberresten des Kriegsvolks vereinigen wolle, jetzt sah er ein, daß nichts mehr zu thun sei. Seine Finanzen waren vollständig ruinirt und er war nicht im Stande, auch nur eine Truppe von 300 Mann zu erhalten. Ramée, den er zu Maximilian geschickt hatte, um den Herzog nach dieser zwölften Stunde für sich zu gewinnen, kehrte mit einer so entschieden abschlägigen Antwort zurück, wie sie von letzterem nicht anders erwartet werden konnte.†)

---

*) Münchner Staatsarchiv 39/9, 35. Maximilian von Baiern an Kurköln ddo. 16. April 1611.

**) Wir erinnern hier daran, daß der Vater Maximilians von Baiern, Wilhelm, noch lebte, er hatte nur frühzeitig auf die Regierung zu Gunsten seines Sohnes verzichtet. Magdalena war Wilhelms Tochter.

***) Kurz. Schicksale des Passauischen Kriegsvolks. — Diarium über die Ereignisse in Prag. MS. des Wiener Staatsarchivs 491.

†) Münchner Staatsarchiv 39/8, 33. Wilhelm von Baiern an Kurköln ddo. 5. April 1611. — Ebendaselbst Fol. 32. Kurköln an Max von Baiern ddo. 15. April 1611. — Ebendaselbst Fol. 35. Max von Baiern an Kurköln ddo. 17. April 1611.

Nachdem Leopold definitiv nicht bloß den Hoffnungen auf eine Krone sondern auch der Aussicht, die Herstellung des Friedens zu vereiteln, entsagen mußte, machten sich bei ihm Schwierigkeiten geltend, welche es ihm nicht gestatteten, sich einfach ins Privatleben zurückzuziehen. Diese Schwierigkeiten kamen von seinen zerrütteten Geldverhältnissen. Einestheils war er mit Schulden überhäuft, *) anderstheils versiegte für ihn die eigentliche Quelle seiner Einkünfte. Mathias, durch des Erzherzogs Treiben ununterbrochen gereizt, hatte die in Oesterreich gelegenen Güter des Passauer Stiftes mit Beschlag belegt und dadurch seinem Vetter die größere Hälfte seiner Einkünfte abgeschnitten. Der König hatte damit keinen Racheakt im Sinne, er würde von der Beschlagnahme der Güter abgelassen haben, wenn Leopold sich in einem entschuldigenden Schreiben an ihn gewandt hätte, das mehr und weniger deutlich das Bekenntniß seiner Schuld enthalten hätte. Denn daß letzterer gegen Mathias, dem er die Krone Böhmens entreißen wollte, eine große Schuld auf sich geladen, lag auf der Hand. Allein dieses Bekenntniß wollte Leopold um keinen Preis ablegen, nicht etwa aus Stolz, was verzeihlich wäre, sondern aus Unaufrichtigkeit, weil er jetzt die Behauptung aufrecht erhalten wollte, nichts verbrochen zu haben. Für dieses sein Benehmen ist es schwer eine Entschuldigung ausfindig zu machen. Seine Jugend darf mit Recht als ein Milderungsumstand angesehen werden, insofern es sich um die Beurtheilung des Passauer Einfalls handelt, um so mehr als er den Lockungen anderer folgte. Allein die krummen Wege, mit denen er sich jetzt in der öffentlichen Meinung zu rehabilitiren suchte und durch die er Mathias zum Vergessen des Geschehenen nöthigen wollte und die in nichts anderem als in Trotz und einer verwerflichen Verdrehung der Thatsachen bestanden, diese müssen ihm allein zur Last gelegt werden und lassen keine für ihn günstige Auffassung zu. Er ging in der verwerflichen Verdrehung der Thatsachen so weit, daß er sogar Personen gegenüber, die über sein Thun und Treiben nicht im mindesten in Unkenntniß waren und denen er selbst die gravirendsten Geständnisse gemacht, den Mantel der Schuldlosigkeit umhängen wollte. Mit einem Worte, sein Antheil am Passauer Zuge kann durch Mangel an Erfahrung, glühenden Ehrgeiz und die verlockende Gelegenheit entschuldigt werden, aber wenn wir geneigt sind, ihm um seiner Jugend willen gewisse Charakterschwächen nachzusehen, so haben wir auch

---

*) Wiener Reichsarchiv. Miscellanea 444. Aus einer Orginalrechnung daselbst ist ersichtlich, daß Leopold allein für das Jülicher Unternehmen aus eigenem 184.187 Gulden zu zahlen hatte. Mit einem bedeutenden Theile davon war er gewiß im Rückstande.

ein Recht dazu, bei ihm gewisse Tugenden der Jugend zu suchen, darunter vor allem die Aufrichtigkeit. Wir vermissen diese in seiner Haltung nach erlittener Niederlage vollständig. Die folgenden Mittheilungen werden hierüber das nöthige Licht verbreiten.

Kaum waren nämlich die Vorgänge, die den Passauer Einfall begleiteten, in Deutschland bekannt, so erhob sich da allgemein die Stimme der Verurtheilung. Es gab keine Partei, die nicht laut die Handlungsweise Leopolds und seiner Anhänger getadelt hätte, voran standen jene Kurfürsten, die erst vor kurzem beflissen waren, ihn auf den deutschen Thron zu erheben. Sie mißbilligten um so lauter sein Beginnen, je mehr sie sich gestehen mußten, moralisch an demselben mitschuldig zu sein.*) An diese Tadler schloß sich auch der Papst an, der in einem Breve „seinen ehrwürdigen Bruder in Christo" den Bischof von Passau und Straßburg rügte, daß er, „der gleich einem Samuel von Kindheit an von seiner erlauchten Mutter Gott geweiht worden" und deshalb in früher Jugend mit der Leitung zweier Kirchen betraut worden, sich so weit vergessen und so tief in Dinge, die seines Amtes nicht seien, eingelassen habe.**) Den Reigen von Leopolds unaufrichtiger Verdrehung der Thatsachen eröffnete seine Antwort an den Papst.***) Alle Schuld an den vergangenen Ereignissen von sich ablehnend erklärte er den Ueberfall von Prag in folgender Weise: Die Passauer sind bis Prag gedrungen, um die Bezahlung des rückständigen Soldes zu verlangen. Nach einer Verhandlung von drei Tagen (9—12. Februar) habe ich schließlich von ihnen das Versprechen erhalten, daß sie sich zurückziehen wollten, doch unter der Bedingung, daß die Böhmen sich in einem feierlichen Eide zum Gehorsam gegen den Kaiser verpflichten und mit ihnen gemeinsam das Land gegen Jedermann vertheidigen sollten. Als die letzteren diese Forderung stolz und unverschämt verwarfen und überdies die Truppen mit Drohungen und Beschimpfungen überhäuften, da erst vollbrachten diese, auf das äußerste gereizt, ihren Einbruch in Prag. Ohne Zweifel würden sie einen völligen Sieg erlangt haben, wenn der Kaiser ihnen auf Bitten der Böhmen nicht Halt geboten hätte. — Solchergestalt habe Leopold nichts Unrechtes gethan und habe eher Ursache über andere namentlich über Mathias sich zu beschweren, als dieser über ihn. Die Thatsachen erscheinen in dieser Erwiederung völlig ver-

---

*) Münchner Staatsarchiv 36/9, 26. Kurmainz an Erzh. Leopold ddo. 26. März 1611. — Ebendaselbst 39/9, 19. Kurköln an Max von Baiern ddo. 5. April 1611. Ebendaselbst 39/9, 28. Kursachsen an Kurmainz ddo. 6/16. März 1611.

**) Simancas 996/253. Breve Pauls V an Leopold ddo. V Idus Aprilis.

***) Simancas 2498/166, Leopold an Paul V ddo. 4. Mai.

dreht. Denn abgesehen davon, daß die Passauer Truppen nicht den Schein eines Rechtes besaßen, um von den Böhmen einen Eid für den Kaiser zu verlangen, ward dies Verlangen an die ständischen Truppen nicht vor sondern nach der Einnahme der Kleinseite und nicht von den Passauern sondern von Leopold aus hinreichend bekannten Ursachen gestellt worden.

Da die übrige Haltung des Erzherzogs mit der dem Papste ertheilten Antwort im Einklange stand, so ist es begreiflich, wenn Mathias an eine Herausgabe der sequestrirten Güter nicht dachte. Die Noth wurde darüber in Passau täglich größer. Ramée und andere Personen von Leopolds Vertrauen, die vornehmlich zum Passauer Einfall gerathen, suchten den Erzherzog zu bereden, er solle bei — Frankreich (!) Hilfe suchen. Dahin kam es also mit dem Prinzen, der angeblich für sein Haus und die Religion das Schwert ziehen wollte. Zuñiga, der von diesen Rathschlägen Kenntniß erlangte und in der That auf die tollsten Sprünge Leopolds gefaßt war, glaubte jetzt den Moment gekommen, demselben wieder Muth einflößen und einen Weg zur Rettung zeigen zu müssen.*) Er riet ihm, die Hilfe des Königs von Spanien anzusuchen, damit dieser sowohl seine Aussöhnung mit Mathias in die Hand nehme, als auch ihm mit Geld unter die Arme greife. Leopold ließ sich den Vorschlag gefallen und wollte geradezu nach Spanien reisen, um dort vielleicht ein Glück zu suchen, das ihn in Deutschland geflohen.**) Der spanische Staatsrath und in demselben namentlich der Erzbischof von Toledo widerrieten jedoch dem König die Berufung eines Prinzen, der im besten Falle den Staatssäckel über Gebühr in Anspruch nehmen würde.***) Zuñiga bekam also die Weisung, den Erzherzog von der Reise nach Spanien abzuhalten. Letzterer, der sich glänzende Hoffnungen auf die Unterstützung Philipps gemacht hatte, erfuhr nachgerade, daß dieselbe sich nicht weiter als auf die Anweisung einer Kirchenpräbende erstrecken werde. In der That wurden ihm im Laufe des Jahres 1612 die Einkünfte des Bisthums Monreale angewiesen,†) mit denen er seinen zerrütteten Verhältnissen wieder aufhalf.

Wiewohl also Spanien in der angedeuteten Weise dem Erzherzog unter die Arme griff, so zog sich die Verhandlung darüber viel zu sehr in die Länge, als daß der letztere bei der dauernden Sequestration seiner in Oesterreich gelegenen Güter nicht immer wieder sich zu einer Aussöhnung mit Mathias gemahnt gesehen hätte. Seine eigene Einsicht mußte

---

*) Simancas 2497/56, Zuñiga an Philipp III ddo. 25. Mai.

**) Simancas 2324/86. Der Staatsrath an den König Philipp III ddo. 9. Juni.

***) Simancas 609/177. Der Staatsrath an Philipp III ddo. 21. Juni 1611.

†) Archiv von Simancas.

ihm sagen, daß er von nirgends Hilfe zu hoffen habe, weder von Frankreich, wie ihm ehrlose Rathgeber einbliesen, noch von dem Kaiser, der selbst während dieser Vorgänge die böhmische Krone verlor und sichtlich dem Grabe zuwankte. Er entschloß sich deshalb, was er bis dahin um jeden Preis vermieden hatte, sich an Mathias zu wenden, in der Hoffnung, daß ein einfaches Höflichkeitsschreiben denselben alsogleich versöhnen werde. Von einer Aeußerung, die als ein Geständniß aufgefaßt oder als Reue gedeutet werden konnte, wollte er noch nichts wissen. Der Eingang seines Briefes an Mathias begann in folgender bezeichnenden Weise: Bezüglich der jüngsten Vorgänge in Oesterreich und Böhmen habe ich erfahren, daß Eure Königliche Majestät beleidigt sei, was mir sehr leid thut, da ich nie (!) die Absicht hatte, Eure Majestät zu beleidigen oder Deren Rechten einen Nachtheil oder Schaden zuzufügen. Ich bitte demnach Eure Majestät mich als deren unterthänigsten und gehorsamsten Verwandten betrachten zu wollen." *) Diesen Brief schickte Leopold an Zuñiga mit der Weisung, denselben dem Könige Mathias erst dann zu übergeben, wenn derselbe die Beschlagnahme der Passauer Güter in Oesterreich zurückgenommen habe. Zuñiga kam dieser Bedingung nicht nach. Er hielt es, wie er sich hierüber gegen Philipp III ausdrückte, nicht für passend, daß der Erzherzog mit dem Haupte seiner Familie in der Weise unterhandle, wie dies etwa bei den Verhandlungen mit Venedig oder Frankreich am Platze sei **) und übergab deshalb den Brief ohne Zögern an Mathias, der in Folge dessen die Beschlagnahme der Güter vorläufig aufhob, aber sich nicht mit dem Briefe befriedigt erklärte. Der König trieb seine Gutmüthigkeit nicht so weit, um sich anzustellen, als glaube er, daß der Einfall in Oesterreich und Böhmen seinen Rechten nicht den mindesten Eintrag habe thun sollen. Er verlangte, daß Leopold ein Aktenstück, in dem er sich schuldig bekennen und um Verzeihung ansuchen sollte, unterzeichne. Den Bemühungen Zuñiga's, des Kardinals Dietrichstein und des Grafen von Croy — damals Gesandten des Erzherzogs Albrecht bei Mathias — gelang es im Vereine mit Erzherzog Ferdinand, die Milderung einiger allzuharten Stellen in der von dem König proponirten Aussöhnungsformel durchzusetzen. ***) In dieser korrigirten Fassung lautete dieselbe also: „In

---

*) Simancas 2408/177. Leopold an Mathias ddo. 21. November 1611. Ratione illorum. quae nuper in Austria et Bohemia contigerunt, intellexi R. M. V. mihi offensam esse, quod mihi vehementer displicet, numquam enim animus aut cogitatio mihi fuit M. V. offendendi nec praejudicium aliquod aut damnum rebus suis inferendi.

**) Simancas 2498/211. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

***) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

Folge der Ereignisse, welche durch das unter dem Generalate des Erzherzogs Leopold befindliche Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen herbeigeführt wurden, sind mancherlei Beleidigungen vorgefallen, deren gütliche Beilegung sowohl der Papst Paul V, der König von Spanien, die Kurfürsten, die Erzherzoge und einige andere christlichen Fürsten als auch der Erzherzog Leopold selbst durch ein besonderes Schreiben vom
1611 21. November versucht haben. Der König von Ungarn und Böhmen hat mit Rücksicht auf solche für den Erzherzog eingetretenen Vermittler und nach reiflicher Berathung mit der Mehrzahl seiner Räthe dem letztern seine Handlungsweise nicht nur verziehen, sondern ihm auch die bischöflichen Güter thatsächlich zurückgestellt doch unter der Bedingung, daß er jene Personen, welche an der betreffenden Handlung Antheil gehabt und in der Krumauer Amnestie nicht enthalten sind, von sich entferne und sie nicht weiter in seinem Dienste behalte." *)

Läßt man den Umstand nicht aus den Augen, daß Leopold nach der böhmischen Krone trachtete, auf welche Mathias nicht nur nähere Erbrechte sondern in Folge der Liebner Verträge positive Ansprüche hatte — führte er ja doch bereits seit 1608 den Titel eines designirten Königs von Böhmen — so wird man es wohl für keine allzuharte Bedingung ansehen, wenn letzterer neben der Unterzeichnung dieses maßvollen Aktenstückes auch noch die Entfernung einiger kompromittirten Persönlichkeiten aus der Umgebung des Erzherzogs verlangte. Als Leopold jedoch von diesen zwei Bedingungen vernahm, war er nicht wenig über dieselben entrüstet und reiste zu seinem Bruder Ferdinand nach Graz, um sich bei ihm zu beklagen, daß ihm eine Buße für eine Schuld zugemuthet werde, die er nicht begangen habe! Wiewohl Ferdinand recht gut wußte, welche hoch-

---

*) Simancas 2498/212. Die Urkunde datirt vom 27. Dez. 1611 lautet im lateinischen Original also: Quoniam ex iis, quae per milites sub Generalatu Ser. Dom. Leopoldi . . . tam in Archiducatu Austriae superiori quam in Regno Bohemiae cotigerunt nonnullae offensiones exortae sunt, ad quas abolendas S. D. N. Paulus V.., Potentissimus Hispaniarum Rex Catholicus, S. R. Imp. Electores, Sermi Archiduces Austriae at alii christiani Principes se interposuerunt, sicut etiam Ser. Arch. Leopoldus de his quoque 21. Novembris Patavii peculiares literas ad S. R. M. exaravit, ideo S. Hungariae et Bohemiae R. M. ad tales intercessiones pro S. Serte factas habito maturo consilio plurimorum suorum consiliariorum non solum factum hujusmodi Suae Serti condonavit sed etiam bona Episcopatus de facto remittenda decrevit ut tamen illos, qui hujusmodi facti participes fuerunt et in amnistia Crumloviensi non continentur S. Sertas quantocius a se removeat neque ullis in rebus eorum opera amplius utatur.

fliegenden Pläne Leopold im Sinne gehabt hatte*), wiewohl er selbst in Spanien gegen die Unterstützung desselben gearbeitet hatte und wiewohl er selbst in Wien die Redaktion der Aussöhnungsformel gutgeheißen **) und damit Leopolds Schuld anerkannt hatte, glaubte er sich doch seines Bruders annehmen zu müssen. Er schrieb deshalb an Zuñiga als denjenigen, der Mathias' Interessen am eifrigsten vertrat und den Leopold als seinen persönlichen Gegner ansehen zu müssen glaubte, um durch ihn eine bedingungslose Aussöhnung mit Mathias zu bewirken.***) „Mein Bruder," so ungefähr lautet Ferdinands Brief an Zuñiga, „kann das betreffende Aktenstück nicht unterzeichnen, denn er ist sich keiner Schuld bewußt und bedarf sonach nicht der Vermittlung dritter Personen, um Verzeihung zu erlangen. Wenn das Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen einbrach, so geschah dies keineswegs mit seiner Zustimmung, im Gegentheile er hat sich mit allem Fleiß bemüht, dies zu hindern.... Eine Schuld zu bekennen, die er nicht begangen, könnte ihm nur zur Schande gereichen." Nachdem konsequenterweise Ferdinand für seinen Bruder auch die Entlassung der kompromittirten Räthe abgelehnt hatte, verlangte er von Zuñiga, er solle die Aussöhnung Leopolds mit Mathias in der Weise zu Stande bringen, daß es von der Unterzeichnung irgend eines Schriftstückes

---

*) Simancas 2324/62. Aus mehreren unter dieser Signatur befindlichen Aktenstücken ist ersichtlich, daß Erzh. Ferdinand im J. 1610 vor Leopolds Plänen gewarnt wurde, daß er (Ferdinand) darauf an Philipp III schrieb und ihn bat Leopolds Pläne zu durchkreuzen, daß er auch den spanischen Gesandten in Prag über Leopold informirte u. s. w. Kurz Ferdinand wußte ganz gut, was es mit der Schuldlosigkeit Leopolds für ein Bewandtniß habe.

**) Simancas 2498/211. Zuñiga an Philipp III ddo. 6. Juli 1612.

***) Simancas 2498/67. Ferdinand an Zuñiga ddo. 6. Feber 1612 Gratz. Los dias passados vinó aqui a verme mi hermano el Ser. A. Leopoldo, el qual me dió quenta de las causas porque estava sentido del tratado postrero de reconciliacion hecho en Viena entre el Ser. Rey de Ungria y Bohemia y el, por las quales ponia dificultad en confirmarla. Porque en aquella escritura, que se hizó sobre el dicho tratado, se hizó espresa mencion de que a intercesion de algunos Principes S. M. Regia le condonava y remitia las ofensas pasadas, las quales palabras contienen en si ofensa y delicto cometido, y como el en su conciencia este satisfecho de que no ha cometido cosa porque deva pedir perdon y poner terceros para alcancarle, no puede dar su conseutimiento ni confirmar la dicha transaction, porque el nunca ha offendido al Rey y si la soldatesca de Passau entró en Austria y Bohemia no fue con su sonsentimiento sino procurando estorvarlo con gran instancia, y como aya afirmado siempre este mismo al Rey y a todo el Imperio, estaria le muy mal confesar la culpa, que no tiene y de que le resultaria mucho deshonor.

sein Abkommen finde, beide (Leopold und Mathias) sollten persönlich zusammentreffen und hiebei ersterer dem letztern „mündlich jene Genugthuung leisten, welche beiden passend scheinen würde.“

Aus der ganzen bisherigen Erzählung ist ersichtlich, wie aufmerksam Zuñiga Schritt für Schritt die ehrgeizigen Pläne Leopolds beobachtete und wie er sie ununterbrochen bekämpfte, nicht weil er Leopolds persönlicher Gegner war, sondern weil er sein Streben für ein dem Hause Oesterreich verderbliches betrachtete. Ihm, der die Ursachen der letzten Ereignisse klar durchblickte, dem Leopold selbst vor dem Passauer Einfall eingestanden hatte, daß er ein Jahr des Krieges haben müsse, suchte nun Ferdinand den Glauben an die Unschuld seines Bruders beizubringen. In der That gibt es nicht leicht eine Entschuldigung für den Ton, in welchem Ferdinands Brief gehalten war. Eine solche Außerachtlassung oder Beschönigung des wahren Sachverhalts ist etwa im diplomatischen Verkehr gestattet, weil herkömmlich, aber gegenüber dem Gesandten eines so nahe befreundeten Monarchen, wie Philipp III war, der nicht als Gegner oder Richter sondern als Freund und Vermittler auftrat, ist sie nicht zu rechtfertigen. Der vorsichtige Gesandte, trotzdem er alle Ursache hatte, die verwandtschaftlichen Verhältnisse seines Souverains zu respektiren, ließ sich deshalb Angesichts der Zuschrift Ferdinands zu einer Antwort hinreißen, aus der nicht überall der kalte Diplomat, sondern der erzürnte Privatmann hervorleuchtet.

„Ich habe,“ so antwortete Zuñiga dem Erzherzog, „das Schreiben Eurer Hoheit erhalten. Eure Hoheit weiß, wie sehr ich gewünscht habe, dem Erzherzog Leopold in der Verhandlung, welche jetzt in Wien gepflogen wurde, zu dienen, doch konnte ich nicht mehr (zu seinen Gunsten) erlangen als das Gebotene, wiewohl große Anstrengungen hiefür gemacht wurden. Indem ich diese Angelegenheit neuerdings in Anregung brachte, habe ich kein besseres Entgegenkommen gefunden, als früher, im Gegentheil, im Falle Erzherzog Leopold den Wiener Vergleich umgeändert wissen will, so ist man hier entschlossen sich zu rechtfertigen und die Ursachen, welche zu Klagen gegen ihn berechtigen, auseinanderzusetzen. Um die Wahrheit zu sagen, ich habe den aufrichtigsten Willen dem Erzherzog zu dienen, aber mein Verstand ist nicht fähig die Gründe zu fassen, welche Eure Hoheit in Ihrem Briefe bezüglich (der Schuldlosigkeit) des Erzherzogs angibt. Ein Satz lautet in demselben wörtlich, daß der letztere den König ganz und gar nicht beleidigt habe und daß das Passauer Volk in Oesterreich und Böhmen nicht nur nicht auf seinen Befehl und mit seiner Zustimmung, sondern vielmehr gegen seinen Willen und trotzdem er sich auf alle mögliche Weise widersetzt habe, eingebrochen sei. Gibt man das zu, was dieser Satz

behauptet, wie läßt sich damit in Einklang bringen, daß die ärgste Frevelthat der Passauer, nämlich der gewaltsame Ueberfall der Hauptstadt von Böhmen und die Erstürmung der Kleinseite unter Mord und Brand in Gegenwart des Erzherzogs, der dabei als General in voller Rüstung die Truppen kommandirte, vor sich ging? Läßt sich dann noch weiter behaupten, daß dies ohne seinen Befehl und sein Mitwissen geschah? Und wenn man dabei noch erwägt, daß der Erzherzog die Urheber und Werkzeuge jenes Einfalls in Oesterreich, Böhmen und Prag als seine begünstigtesten Diener behandelt, wie kann man dann noch behaupten wollen, daß die von diesen Dienern herbeigeführten Ereignisse demselben mißfallen haben? Gewiß, durchlauchtigster Prinz, ich bekenne, daß mein Wille, wie ich oben gesagt, der beste sei, aber mein Verstand ist nicht fähig, die Gründe, mit denen der Erzherzog vertheidigt werden soll, zu fassen. Ich bin der Meinung, daß man sich in keinen Disput über die Ursachen der vorangegangenen Ereignisse einlassen, sondern lieber alles dem eifrigen Bestreben zuschreiben solle, mit dem der Erzherzog dem Kaiser, als sein Sohn, habe dienen wollen. Da der Kaiser, den Gott selig haben möge, bereits gestorben ist, so mag der Erzherzog seine kindliche Neigung der Person des Königs Mathias als dem Aeltesten des Hauses zuwenden, . . . das ist, was ich Eurer Hoheit auf Ihren Brief zu antworten für nöthig hielt."*)

In Folge dieser Antwort Zuñiga's, welche als der Wiederhall von Mathias' eigener Gesinnung anzusehen war, zerschlugen sich die Ver-

*) Simancas 2498/67. Zuñiga an Erzh. Ferdinand. . . . Para decir la verdad yo tengo promptissima voluntad de servir al Ser. Arch. Leopoldo, pero mi entendimiento no percibe la razon, que de S. A. se alega en la carta de V. A. donde ay una clausula del tenor siguiente, que no ha offendido en nada al Rey y que los soldados de Passau no han entrado en Bohemia y en los confines de Austria por su mandado y parecer, antes contra su voluntad y oponiendose a ello todo lo possible. Porque quando se concediese lo que contiene esta clausula, como se puede dezir, que el caso mas aspero que cometió la gente de Passau, que fue el forçar la ciudad de Praga, cabeza de este reyno, entrando per fuerça de armas en el Kleinseite con muertes y incendios y entrando S. A. como capitan general, armado de todas armas y governando el exercito, se hiziese sin su orden y sabiduria? Y si juntamente con esto a algunos autores y instrumentos de esta leva de la entrada de Austria de la entrada de Bohemia de la entrada de Praga los tiene S. A. por sus muy faverecidos criados como podemos fundar, que le han desplazido tanto a S. A. las acciones hechas por ellos mismos? Yo cierto Ser. Principe, como digo arriba, confieso que mi voluntad es bonissima, pero que mi entendimiento no es capaz de estos razones de defensa.

handlungen wegen Leopolds Aussöhnung, und ruhten durch einige Zeit. Mathias wiederholte nicht die Beschlagnahme der Passauer Stiftsgüter, sondern ließ den Erzherzog in seinem Trotze unbelästigt. Als jedoch der letztere, wir wissen nicht mit welchem Rechte, einige Schiffe, die nach Linz bestimmt waren, auf ihrer Fahrt bei Passau anhalten ließ, erneuerte Mathias die Beschlagnahme. Dies so wie der Umstand, daß Mathias den deutschen Kaiserthron bestieg, was Leopold wahrscheinlich für unmöglich gehalten hatte, brachen endlich den Trotz des letztern. Er reiste nach Nürnberg, wo er mit seinem Vetter auf der Durchreise zusammentraf und hier vermittelte der Kurfürst Ferdinand von Köln eine Aussöhnung. Die Unterzeichnung eines Aktenstückes wurde dem Erzherzog nachgesehen, doch mußte er, nachdem er mündlich in einer entsprechenden Weise dem neuen Kaiser seine Unterwerfung angezeigt, sich dazu verstehen, alle jene Personen aus seinem Rathe zu entfernen, welche von kaiserlicher Seite als verdächtig bezeichnet wurden.*) Zuñiga wollte nun seinerseits auch mit dem Erzherzog ein freundlicheres Verhältniß anknüpfen, allein letzterer lehnte selbst die Aeußerlichkeit einer solchen Versöhnung ab, obwohl sich der Kurfürst von Köln hiefür verwendete. Leopold wiegte sich in der Hoffnung, daß er wenigstens über Zuñiga einen Triumph feiern werde, denn er hatte bei Philipp III direkt gegen den Gesandten Beschwerde geführt und sein Auftreten als den Ausfluß eines persönlichen Hasses bezeichnet.**) Er lehnte deshalb die Vermittlung des Kurfürsten mit dem Bemerken ab, daß er in Spanien Genugthuung gesucht habe. Es versteht sich, daß Zuñiga keine Rüge zu Theil ward und daß der König mit der Handlungsweise seines Gesandten vollkommen zufrieden war.

Nicht in den ursprünglichen Vorbereitungen, wohl aber in der Ausführung trat Ramée unter allen Befehlshabern der Passauer zumeist in den Vordergrund, Leopold diente ihm zuletzt eben so als Werkzeug, wie er ihm. Jener wollte einen Thron, dieser hatte einen unauslöschlichen Durst nach Beute. Die Nemesis ereilte zuletzt Ramée von einer Seite, von der er sich dessen am wenigsten versehen. Der Erzherzog ließ ihn im J. 1613 aus uns unbekannten Ursachen hinrichten, möglich, daß dieselben mit dem Passauer Einfalle zusammenhängen.

---

*) Simancas 2498/220. Zuñiga an Philipp III ddo. 26. Juli 1612.

**) Simancas 2498/158. Erzherzog Leopold an Philipp III ddo. 18. Mai 1612.

Viertes Kapitel.

I. Besetzung der Burg von den Böhmen und Mährern. Mathias' Zug nach Böhmen. Zusammenfluß von Gesandten in Iglau. Zuñiga. Mathias' Ankunft in Prag. Berufung eines Generallandtags. Haltung der Kronbeamten. Tennagel, Hegenmüller und Hannewaldt. Verhaftung zweier Zauberer. Des Kaisers letzte Anhänger. — II. Proposition des Kaisers am Generallandtag. Bedingungsweise Resignation des Kaisers. Haltung der Schlesier und Lausitzer. Streit derselben mit den Böhmen über das Recht zur Königswahl. Beschwerden der Mährer, Schlesier und Lausitzer über ihr bisheriges Verhältniß zu Böhmen. Versuch eines Ausgleichs dieser Streitigkeiten durch Verträge. Schlesiens besondere Tendenzen. — III. Rudolfs vergebliches Bestreben sich auf dem böhmischen Throne zu erhalten. Zuñiga's Verhandlung mit Rudolf und Mathias. Schließliche Nachgiebigkeit des Kaisers. — IV. Forderung der Böhmen nach erweiterten Freiheiten. Bedeutung dieser Forderungen. Die Krönung. Versuche des Kaisers einem Vertrage mit Mathias auszuweichen. Langwierige Verhandlungen über den Vertrag. Abschluß desselben. Ernennung der obersten Landbeamten.

I

Während am Morgen des 11. März ein Theil der ständischen Truppen die Verfolgung der Passauer gegen Beraun versuchte, stellte sich der andere vorläufig auf der Kleinseite auf. Die Zahl derselben wurde noch am selben Vormittage durch das Kriegsvolk, welches Mathias endlich den Böhmen zu Hilfe geschickt hatte, vergrößert, es bestand aus Oesterreichern und Mährern unter dem Kommando des Feldmarschalls Herberstein und der Obersten Buchheim und Dampierre, im ganzen 1000 Reiter und 1500 Mann zu Fuß mit 6 Kanonen. Herberstein hielt sich nicht auf der Altstadt auf, sondern marschirte ohne Aufenthalt über die Brücke auf das linke Moldauufer. Die Mährer zogen darauf unmittelbar vor die Burg, während die Oesterreicher im hohlen Weg und auf der Kleinseite ihre Stellung nahmen. Den erstern auf dem Fuße folgte Thurn mit einer kleinen Abtheilung böhmischer Truppen, an die sich zahlreiche Mitglieder der Stände, namentlich Fels und Kinsky, anschlossen. In der Burg befand sich der Rest jener ständischen Söldner, welche mit den Passauern am 17.

16*

Februar für den Kaiser vereidigt worden waren, seitdem aber in Folge von Desertionen, wie wir erzählt, auf eine geringe Anzahl zusammengeschmolzen waren. Von ihnen war kein Widerstand zu erwarten, da sie durch die letzten Ereignisse zu sehr demoralisirt waren; die bloße Drohung mit einem Angriffe konnte sie zu einer Kapitulation bewegen. Zuñiga, der einen übereilten Angriff fürchtete, schickte in aller Eile seinen Sekretär Montañana zu Herberstein, um ihn im Interesse des Königs selbst von einem Schritte zurückzuhalten, durch welchen dem Kaiser der äußerste Schimpf angethan werden mußte. Herberstein erwiederte auf diese Botschaft, daß er von Mathias den Auftrag erhalten habe, sich in allem nach den Wünschen der böhmischen Stände zu richten. *) Die letztern aber waren entschlossen, sich zu Herren der Burg zu machen und selbst Gewalt anzuwenden, wenn Unterhandlungen nichts fruchten würden. Während Zuñiga die obige Antwort erhielt, forderte bereits Thurn den Oberstburggrafen, der mit den andern Kronbeamten bei dem Kaiser sich befand, auf, die Burg zu öffnen und eine Besatzung in dieselbe aufzunehmen. Der Oberstburggraf schlug dies ab, berichtete aber hierüber an den Kaiser.

Als Rudolf die Annäherung fremder Truppen an seine Burg gewahrte und die Absicht derselben in Erfahrung brachte, geriet er in große Aufregung. Er berief die Kronbeamten vor sich und warf ihnen vor, daß sie ihn getäuscht, indem sie ihm mit der Entfernung der Passauer die Wiederkehr der Ruhe versprochen hätten und bedauerte bitter, daß er sich mit denselben nicht zugleich geflüchtet habe. Nichtsdestoweniger gestattete er, nachdem er sich durch diese Klagen Luft gemacht hatte, daß eine Deputation ihm die Wünsche der Stände vortragen dürfe. Thurn, Fels und Ruppa erschienen und wiederholten vor dem Kaiser, der sie umgeben von den böhmischen Kronbeamten empfing, das Begehren wegen Uebergabe der Burg. Es sei dies deshalb nöthig, erklärten sie, weil die Stände die Nachricht empfangen hätten, Erzherzog Leopold habe die böhmische Krone und viele Privilegien des Landes mit sich genommen, man müsse sich deshalb von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Angabe überzeugen. Mit sichtlichem Unwillen vernahm der Kaiser diese Rede, er wollte eine Untersuchung, ob die angegebenen Gegenstände entfremdet worden, zugeben, nichts aber von einer Besetzung des Schlosses wissen. Es erfolgte jetzt ein peinlicher Auftritt, der eine bittere aber wohlverdiente Strafe für die zehnjährige Mißregierung Rudolfs war. Thurn, der da meinte, daß nicht mehr die Zeit des Bittens sondern des Forderns sei, bestand unerbittlich auf der Uebergabe der Burg, er warf dem Kaiser vor, daß er allein die Schuld seiner

*) Simancas 2497/274. Zuñiga an Philipp III ddo. 12. März 1611.

jetzigen traurigen Lage trage, erörterte die Ursachen derselben und fand sie darin, daß Rudolf sein Vertrauen an niedrige Personen verschleudert habe, statt sich Raths bei jenen zu erholen, die dazu berufen seien. Es kam zu einem Wortwechsel, der natürlich nicht beitragen konnte, eine freundliche Stimmung im Audienzsaale herzustellen, bis der Kaiser zuletzt voll Zorn die Aufnahme fremder Soldaten rundweg abschlug und sich in seine innern Gemächer entfernte. Hier berief er zu sich seine Geheimräthe, von denen er jedoch so wenig zum fernern Widerstande aufgemuntert wurde, daß er bald darauf die Erlaubniß ertheilte, daß den Mährern eines der drei Burgthore zur Bewachung übergeben werden dürfte. Darnach bekam die Burg eine Besatzung von 450 Mann und zwar 300 Böhmen und 150 Mährer. Der Rest der Mährer wurde auf dem Hradschin einquartirt, während sich Herberstein mit den Oesterreichern auf die Altstadt begab, um von hier aus durch einen schnellen Marsch nach Tabor die Passauer abzuschneiden. Sein Versuch mißlang, da, wie erzählt worden, die letzteren direkt nach Budweis zogen. *)

Die Ankunft mährischer und österreichischer Hilfstruppen zeigte von dem Entschlusse des Königs Mathias, die Ordnung der böhmischen Angelegenheiten in seine Hand zu nehmen. Welche Folgen eine solche Einmischung haben würde, darüber konnte man sich bei der Stimmung in Böhmen keinem Zweifel hingeben: die böhmische Krone, welche Rudolf vor zwei Jahren glücklich, wenn auch nicht unversehrt, gerettet hatte, war im Begriffe von seinem Haupte zu fallen. Die Verhältnisse selbst waren für Mathias so günstig, daß er von keiner Seite den leisesten Widerstand zu befürchten hatte, während er auf eine Unterstützung von jenen hoffen konnte, die ihm vor zwei Jahren entgegengearbeitet hatten. Noch bevor er sich einen feindlichen Schritt gegen seinen Bruder erlaubt hatte, begriffen selbst die bisherigen Anhänger des Kaisers, daß es um letzteren geschehen sei. Der Kurfürst von Sachsen war der erste, der für Rudolf die Stimme erhob und Mathias vor einem feindlichen Vorgehen gegen denselben warnte, weil die Kurfürsten sonst zu seiner Vertheidigung die Waffen ergreifen müßten. **) In ähnlicher Weise sprachen sich auch die geistlichen Kurfürsten aus, allein Mathias hatte vor dem Schwertrasseln auf dieser Seite keine Besorgniß; er wußte, daß diese Gegner es nicht weiter als bis zu Worten bringen würden. Während also die ungefährlichen Drohungen einiger

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 112. Bodenius an Max von Baiern ddo. 12. März. — Ebenso das citirte Schreiben Zuñiga's an Philipp III.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall I. 323. Kursachsen an Mathias ddo. 5/15. März 1611.

Prager Konventsfürsten für ihn kein Gegenstand der Besorgniß sein konnten, sah er sich um so eifriger von frühern Freunden und ehemaligen Gegnern unterstützt. Philipp III und sein Staatsrath beschlossen auf die Nachricht von dem Einfalle der Passauer in Oesterreich den König mit der für jene Zeit höchst bedeutenden Summe von 200.000 Dukaten zu unter-
3. März 1611 stützen. *) Nach spanischem Urtheil konnte „selbst der Teufel" keinen besseren Weg als den Passauer Einfall ausfindig machen, um dem Hause Oesterreich und der katholischen Religion einen unheilbaren Schaden zuzufügen. Wohl hatte Mathias das Geld noch nicht zu seiner Disposition, als er sich bereits auf dem Marsche gegen seinen Bruder befand, aber die Haltung Zuñiga's und auch des Nuncius in Prag war schon um diese Zeit mehr als 200.000 Dukaten werth, denn sie schnitt jeden Tadel der Katholiken ab und machte alle Proteste der geistlichen Kurfürsten vom Anbeginn wirkungslos. An die Unterstützung Spaniens schloß sich auch die nicht minder wichtige der Union.

Man erinnert sich aus der Darstellung der Ereignisse von 1608, daß Anhalt damals keineswegs auf Mathias' Seite stand und daß er alles mögliche that, um dessen vollständigen Sieg über den Kaiser zu vereiteln. Anhalts Gesinnung und Haltung bestimmte auch die im Entstehen begriffene Union. Jetzt war es anders geworden, Anhalt und mit ihm die Fürsten der Union hatten lange mit Unlust die Passauer Werbungen betrachtet und stets von ihnen ein Durchkreuzen ihrer Pläne auf Jülich befürchtet. Der Einfall der Passauer in Oesterreich und Böhmen hatte vorläufig die Gefahr von dem Westen Deutschlands abgewendet, allein die Union nicht völlig beruhigt. Anhalt fürchtete, daß die Ueberwältigung Böhmens die Macht Rudolfs und Leopolds erhöhen, ein inniges Bündniß mit Sachsen herbeiführen und daß dann der Angriff sich gegen Jülich kehren würde. Was er fürchtete, das besorgte auch der Mitbesitzer von Jülich, der Kurfürst von Brandenburg; beide suchten deshalb jeden etwaigen Erfolg Leopolds zu durchkreuzen. Uebersieht man auch nicht, daß Anhalts Freunde in Böhmen und Oesterreich: Thurn, Budowec, Rosenberg und Tschernembl im entschiedensten Gegensatze gegen den Passauer Einfall sich befanden, so ist nur zu begreiflich, daß derselbe diesmal sich nicht auf die Seite Rudolfs stellen konnte, sondern dessen Besiegung durch Mathias wünschen mußte oder wenigstens nicht hindern durfte. So geschah es also, daß, als letzterer auf dem Marsche nach Böhmen in Iglau eintraf, sich bei demselben der Oberst Schönberg sowohl im Namen Kurbrandenburgs als auch Anhalts

---

*) Simancas 709/189. Der Staatsrath an den König ddo. 3. März 1611. — Ebendaselbst 709/199. Der Staatsrath an den König ddo. 20. März 1611.

und der Union einfand. Der Gesandte hatte den König des aufrichtigsten Wohlwollens von Seite seiner Auftraggeber zu versichern, ja Anhalt, der nie auf halbem Wege stehen blieb, ließ dem Könige geradezu den Rath geben, er solle sich so schnell wie möglich Prags und Pilsens bemächtigen, die Urheber des Passauer Unternehmens zur Verantwortung ziehen und auf die Hilfe der Union mit Gewißheit bauen. Diese Entbietungen waren ernst und aufrichtig gemeint, denn Schönberg bekam noch überdies den Auftrag, alle Freunde, welche Anhalt unter dem Adel Böhmens, Oesterreichs und Ungarns gewonnen habe, zum engen Anschluß an Mathias aufzufordern. *) Der Gesandte kam seiner Mission vollkommen nach, er munterte den König zu einem entschiedenen Vorgehen auf und bearbeitete den Adel an dessen Seite zur Ausdauer in dem bevorstehenden Kampfe.**)

Da Mathias noch überdies von Seite Erzherzog Ferdinands einer freundlichen Neutralität gewiß war, so unternahm er seine zweite Expedition gegen seinen Bruder ohne alle Gefahr, mit der Aussicht auf völligen Sieg. Von Seite der Böhmen war er bald nach dem Einfall der Passauer in Prag um Hilfe ersucht worden, ***) seine Antwort darauf war die Absendung Herbersteins und Buchheims, deren bevorstehende Ankunft den Abmarsch der Passauer nicht wenig beschleunigt hatte. Zugleich versprach er selbst in kürzester Zeit nach Böhmen kommen zu wollen. Die Stände, welche durch die Wahl einer provisorischen Regierung gezeigt hatten, daß ihr Entschluß, der Herrschaft des Kaisers ein Ende zu machen, zur Reife gediehen war, dankten nicht nur dem Könige für sein Versprechen, sondern beschlossen die Absendung einer abermaligen Gesandtschaft an ihn, welche ihn zur Beschleunigung der Reise nach Böhmen auffordern und zugleich um die Ausstellung eines Reverses, daß er die Freiheiten des Landes achten wolle, ersuchen sollte. Das Haupt der aus drei Personen bestehenden Gesandtschaft war Wenzel Kinsky, †) der sich wahrscheinlich hiezu erboten hatte und dem König nicht nur die besten Aufschlüsse über die allgemeine Lage der Dinge geben, sondern auch Muth zum Kriege gegen

---

*) Bernburger Archiv. Reg. VI. B. IV. Vol. VI, 12. Instruktion Anhalts für den Obersten Schönberg im Febr. 1611. — Ebendaselbst. Instruktion Kurbrandenburgs für den Obersten Schönberg ddo. $\frac{\text{21. Feb.}}{\text{4. März}}$ 1611.

**) Bernburger Archiv. Relation des Obersten Schönberg über seine Reise zu Mathias.

***) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Stände an Mathias ddo. 10. März 1611. In diesem Schreiben berichteten die Stände, daß ihre an Mathias abgeschickten Gesandten am 9. März wieder in Prag angelangt seien.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Kredenzschreiben für die böhm. Gesandten ddo. 10. März 1611.

den Bruder — wenn es dessen ja bedurfte — einflößen konnte. Die Gesandten trafen mit dem Könige in Iglau zusammen.

Mathias brach am 8. März von Wien auf, nahm seinen Weg nach Znaim und traf hier mit den mährischen Ständen, die er dahin beschieden hatte, zusammen. Zu dem Zuge nach Böhmen hatten ihm die Oester-
11März reicher und Ungarn Hilfe geleistet, er verlangte jetzt ein Gleiches von den
1611 Mährern und erlangte so viel, daß sie ihn nicht bloß mit Mannschaft sondern auch mit Geld unterstützten.*) Von Znaim begab er sich nach Iglau, wo er am 15. eintraf. In seinem Gefolge befanden sich Khlesl und Liechtenstein, Karl von Žerotin und sonst eine Anzahl ständischer Häupter, mehr Protestanten als Katholiken. In Iglau harrten seiner mehrfache Botschaften. Zuerst kamen an die Reihe die Abgesandten der böhmischen Stände, welche ihn wiederholt zu dem Zuge nach Prag aufforderten. Er stellte ihnen den von den Ständen gewünschten Revers aus, des Inhalts, daß die Art, wie er jetzt seinen Einzug in das Königreich halten wolle, ihren Rechten keinen Eintrag thun solle, wofür er von ihnen einen ähnlich lautenden Gegenrevers erhielt.**) Dann empfing er den Obersten Schönberg und erwiederte auf dessen freundliche Botschaft, daß die Aufrechthaltung des Religionsfriedens in Deutschland stets seine ernstliche Sorge sein werde. Khlesl, zu dem sich die Gesandten auch begaben, überfloß von freundlichen Reden; dem Obersten Schönberg gegenüber schwärmte er für eine gerechte und gleichmäßige Behandlung der beiden Glaubensparteien.***) Der Gesandte, den diese Sprache etwas stutzig machte, zog nähere Erkundigungen bei Žerotin und andern protestantischen Parteihäuptern über den Bischof ein. Alle gaben ihm diesmal das beste Zeugniß und sprachen zugleich die Hoffnung aus, daß ihr Sieg ein entscheidender sein werde: die Herrschaft des protestantischen Elements in Oesterreich sei eine sicher bevorstehende Thatsache.

Bevor Mathias von Iglau weiter zog, traf daselbst auch Zuñiga ein und zwar auf den Wunsch des Kaisers. Als Vertreter des letztern fungirten bei Mathias seit mehreren Wochen der Herzog von Braunschweig und der Graf von Zollern, beide hatten den Auftrag, den König von einer Intervention in Böhmen zurückzuhalten.†) Als das Vergebliche dieser

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias bittet die Mährer um Hilfe ddo. 11. März 1611. — Ebendaselbst. Antwort der mährischen Stände ddo. 12. März 1611.

**) Revers und Gegenrevers befinden sich im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Schönbergs Relation.

†) Böhm. Statthaltereiarchiv. Rudolf an den Herzog von Braunschweig ddo. 20. Feb. 1611.

Bemühung klar wurde, stellte Rudolf an den Nuncius und an Zuñiga das Ansuchen, sie möchten seinem Bruder entgegenreisen und ihn zur Aufrechthaltung des Friedens veranlassen. Der spanische Gesandte hätte nicht der entschiedene und charakterfeste Mann sein dürfen, der er war, wenn er sich zu dieser Reise ohne weiteres hergegeben hätte. Nach seiner Anschauung waren die Tage der Rudolfinischen Herrschaft gezählt, und ein Versuch sie zu verlängern konnte kein gedeihliches Resultat mehr haben. Treu dieser Anschauung lehnte er die Aufforderung des Kaisers ab und der Nuncius folgte seinem Beispiele. Als jedoch die Nachricht von Mathias' Abreise von Znaim und seiner bevorstehenden Ankunft in Iglau nach Prag kam, ersuchte der Kaiser, dem die Gefahr kein Zaudern gestattete, abermals den Gesandten, daß er zu Mathias reise. Zuñiga erklärte sich auf diesen wiederholten Wunsch zur Abreise bereit, doch unter der Bedingung, daß er nicht als Gesandte Rudolfs, sondern in seiner Eigenschaft als Vertreter Philipps III sie antrete. Der Kaiser ging auf diese Forderung ein und ersuchte nur, Zuñiga solle Mathias bewegen, daß er von dem Weitermarsche nach Böhmen ablasse und zu erforschen trachten, ob derselbe in guter oder schlimmer Absicht nach Prag kommen wolle. Als der Gesandte die Reise antrat, traf er auf dem Wege den Herzog von Braunschweig, der von Iglau kam, um dem Kaiser zu berichten, daß sein Bruder sich von dem Zuge nach Prag nicht zurückhalten lassen wolle.
Zuñiga langte am 19. März in Iglau an und ward am folgenden Tage 1611
von Mathias empfangen. Anscheinend bemühte er sich denselben von der Fortsetzung seines Marsches abzuhalten und weitere Entschließungen des Kaisers abzuwarten, er legte jedoch auf die Erfüllung seines Wunsches kein solches Gewicht, wie er dies als Vertreter Philipps III wohl hätte thun können, wenn ihm die Interessen des Kaisers vertretenswerth geschienen hätten. Seiner Ansicht nach war Rudolfs Herrschaft nicht zu retten, das Interesse der Dynastie erheischte nur, daß seine Absetzung möglichst glimpflich vor sich gehe und in dieser Beziehung wollte er seinen Einfluß bei Mathias geltend machen. Obwohl er sich nicht so bestimmt in Iglau ausdrückte, so sprach sich doch seine vorangegangene wie gleichzeitige Haltung zu deutlich in diesem Sinne aus, als daß Mathias ihn mißverstanden und seinen Marsch verzögert hätte. Die Vorbereitungen zu demselben waren bereits getroffen und so ging die Reise noch am selben Tage vor sich. Am 20. März Abends traf Mathias in Deutschbrod ein; hiemit war die böhmische Grenze überschritten. Zuñiga, der seine Mission für beendigt hielt, reiste am folgenden Morgen ab, um dem Kaiser Bericht zu erstatten. Auf dem Wege begegnete er dem kaiserlichen Oberststallmeister Herrn von Waldstein, mit einem Schreiben Rudolfs, in dem dieser seinen Bruder

zur Reise nach Prag einlud. Plötzlich gewann nämlich der Kaiser die Ueberzeugung, daß von einer Fernhaltung seines Bruders nicht mehr die Rede sein konnte und so suchte er mit diesem sinnreich genug gewählten Auskunftsmittel den Anstand zu wahren und die Welt und vielleicht auch sich selbst noch durch einige Tage über seine Lage zu täuschen. Der Oberststallmeister bat Zuñiga im Auftrage Rudolfs um seine Begleitung und so kehrte der Gesandte wieder zu Mathias zurück, ihm das kaiserliche Einladungsschreiben überreichend. *)

Mathias zog jetzt ohne Unterbrechung nach Prag und traf daselbst
1611 am 24. März ein. Aller Pomp, der solche Einzüge zu begleiten pflegte, wurde von den Bürgern und Ständen entfaltet und man kann wohl sagen, diesmal mit freudiger Bereitwilligkeit, denn des Mathias Ankunft befreite sie schließlich von jeder Wiederauflage der Passauer Vorfälle. Als sich der König der Hauptstadt des Landes bis auf eine Meile genähert hatte, stieß er auf eine glänzende Reiterschaar, die ihm entgegengeritten kam, es waren dies die böhmischen Stände, die ihn bewillkommneten. Nachdem die offiziellen Anreden gewechselt worden waren, stieg der König zu Pferde, gekleidet in reiche ungarische Tracht von Scharlachfarbe und ritt nach der Stadt, gefolgt von dem größern Theil seiner Kavallerie und seines Fußvolks, seinen angesehensten Offizieren, Dampiere, Gilbert von Sainthilier, Buchheim, Dorn, von einigen hervorragenden Mitgliedern der ungarischen, österreichischen und mährischen Aristokratie und geleitet von den Böhmen, die dem Zuge theils voranritten theils nachfolgten. Es war spät Abends geworden, als die letzten Abtheilungen des langen und glänzenden Zuges die Thore der Stadt passirten. Der König nahm sein Absteigquartier auf der Altstadt. Zwei Tage darauf schickte er seinen Oberstkämmerer zum Kaiser, um diesen zu begrüßen, eine Audienz bei ihm anzusuchen und ein Geschenk zu überreichen. Von der Audienz kam es ab, wie nicht anders zu erwarten stand, dagegen bestimmte Rudolf den folgenden Tag zur Uebernahme des angebotenen Geschenkes. Er selbst blieb nicht hinter diesen Höflichkeitsbezeigungen zurück, sondern schickte gleichfalls am 26. März den Landgrafen von Leuchtenberg und Herrn von Mollard zur Begrüßung an seinen Bruder ab. Gleichzeitig mit diesen oder einige Tage später sandte er ihm auch Bewillkommnungsgeschenke zu, einige Tapeten, die er selbst aus seinem reichen Vorrath an solchen ausgewählt. Augenzeugen, die ihn bei der Wahl begleiteten, erzählten dem

*) Die Schilderung dieser Vorgänge entnehmen wir aus Zuñigas Schreiben an Philipp III ddo. 28. März 1611 (Simancas 2497/220).

spanischen Gesandten, daß er hiebei die schlechtesten und ältesten Stücke für seinen Bruder ausgesucht habe. *)

Da der Kaiser durch die Einladung des Königs zur Reise nach Prag jeden Widerstand, wenigstens dem äußern nach, aufgegeben hatte, so setzte er seine Gegner in einige Verlegenheit. Wiewohl seine Absetzung eine beschlossene Sache und die Passauer Vorgänge einen passenden Grund boten, so erheischte doch sein Kaisertitel und sein verwandtschaftliches Verhältniß zu Mathias, dem Prätendenten seiner letzten Krone, gebieterisch ein rücksichtsvolleres Auftreten. Manchen der Wortführer mag wohl der Plan vorgeschwebt haben, unmittelbar zu Rudolfs Absetzung zu schreiten, sobald der König in Prag eingerückt war, allein dieses rasche Vorgehen wurde verworfen. Mathias, der mit den böhmischen Ständen diese heikle Frage nach seinem Einzuge auf das eingehendste verhandelte, einigte sich mit diesen über folgenden Ausweg: Der Kaiser sollte um die Berufung eines Generallandtages der böhmischen Krone ersucht werden und durch diesen auf ihn ein legaler Druck ausgeübt werden, damit er auf den Rest seiner Herrschaft verzichte. Dieser Ausweg war jedenfalls der zweckmäßigste, er vermied die weitere Anwendung von Gewaltmitteln und sicherte diejenigen, welche die Absetzung des Kaisers betrieben, vor dem Vorwurfe, daß sie durch Hinterlist und Ueberrumpelung ihr Ziel erreicht hätten. Denn wie die Dinge standen, war es nicht zweifelhaft, daß der Generallandtag in seinen sämmtlichen Mitgliedern sich gegen Rudolf erklären werde.

Die Ausschreibung des Generallandtages wurde dadurch eingeleitet, daß Mathias nach seiner Ankunft in Prag an die Stände die Anfrage stellte, 26 Mrz. 1611
welche Gründe sie zu seiner Berufung nach Böhmen veranlaßt hatten. Die Stände erwiederten, es seien dies hauptsächlich zwei Gründe gewesen, erstens um Schutz vor den Passauern zu finden und zweitens um dem „bösen und schädlichen Regiment", durch welches das Land in solche Gefahr gekommen, ein Ende zu machen. Bezüglich des ersten Grundes sei nichts weiter nöthig, als daß sich des Königs bewaffnetes Volk mit dem böhmischen vereine und die Verfolgung der Passauer übernehme, bezüglich des zweiten sei aber die Berufung eines Generallandtages dringend geboten. Sobald derselbe zusammengetreten sei, wollten die Stände die Ursachen angeben, weshalb es ihnen nicht möglich sei, unter einem so bösen Regiment zu bleiben und den König bitten, daß er mit ihnen sich bei dem Kaiser verwende, „damit letzterer in Ansehung seines hohen Alters und der Abwege, auf welche dies friedsame Königreich durch böse Räthe

---

* Archiv von Simancas.

und Regierer gerathen sei und auf welche es noch kommen könnte, sich lieber nach anderer Vorfahren Beispiel ein ruhiges Leben gönne" und die Regierung seinem Bruder abtrete. *) Hiemit war das ständische Programm auseinandergesetzt. Die Böhmen wollten vor dem Generallandtage ordnungsmäßig Klage gegen den Kaiser führen, und das Verdikt, welches derselbe fällte, sollte über die Parteien entscheiden. So wollte man in dieser revolutionären Zeit wenigstens den Schein eines gesetzlichen Vorganges wahren. Es handelte sich nun darum, den Kaiser zur Berufung des Generallandtages zu vermögen.

Rudolf befand sich seit dem Abzuge der Passauer dem Lande gegenüber in einer völlig isolirten Lage, ja er war im gegenwärtigen Augenblicke faktisch nichts anderes als ein Gefangener. Nachdem er in die Aufnahme einer Besatzung in das Schloß eingewilligt hatte, wurden die Ausgänge desselben streng bewacht, um einen etwaigen Fluchtversuch von seinem Seite zu verhindern und diese Strenge in der Bewachung nahm seit Mathias' Ankunft in Prag zu und nicht ab. Sogar in den Gängen des kaiserlichen Schlosses und auf den Wegen, auf denen Rudolf in seiner Garten dann und wann sich zu ergehen pflegte, wurden Schildwachen aufgestellt. Es geschah einmal, daß ein Soldat seine Muskete gegen den Kaiser richtete, als dieser zu einem Fenster herausblickte. Offenbar war dies nichts anderes als ein willkürliches Benehmen des Soldaten selbst, wenn nicht etwa des Kaisers aufgeregte Phantasie eine nichtssagende und zufällige Bewegung mit dem Gewehre in bedrohlicher Weise auslegte. **) Seine Gefangenschaft theilten anfangs die obersten Kronbeamten insofern, als sie auf dem Schlosse die Amtsgeschäfte, so weit es solche noch gab, im Namen des Kaisers und nach seinen Befehlen weiterführten. Die Stände, welche durch die Wahl einer provisorischen Regierung von 30 Direktoren sich gänzlich von der des Kaisers losgesagt hatten, hatten keine Ursache, sich um die nur dem Namen nach bestehende der obersten Kronbeamten zu kümmern. Es scheint jedoch, daß Mathias, um die Isolirung des Kaisers zu vervollständigen und die Verwaltung von Böhmen im legalen Geleise zu erhalten, die Verbindung der Kronbeamten mit den Ständen gewünscht habe. Dieser Vermuthung entspricht der Umstand,
23 Mrz. 1611 daß Kinsky nach seiner Rückkehr von Iglau im Namen der Stände die

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Die böhm. Stände an Mathias ddo. 28. März 1611. Die citirte Stelle haben wir von einigen stilistischen Weitschweifigkeiten des Originals befreit.

**) Brüssler Archiv. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen ddo. Prag den 7/17. April 1611.

Kronbeamten aufforderte, sich mit ihnen zu vereinigen. Der Einladung wurde nur der beschränkende Zusatz beigefügt, daß, wofern gegen einen von ihnen eine Schuld am Passauer Einfall sich erweisen werde, gegen diesen nach dem Gesetze vorgegangen werden würde. *) — Die obersten Beamten waren einsichtsvoll genug, die Sache des Kaisers für eine verlorene anzusehen, nichtsdestoweniger folgten sie nicht dem an sie ergangenen Rufe, weil sie mit Grund fürchten mußten, daß ihre gegenwärtige Nachgiebigkeit sie nicht vor heftigen Anklagen über ihr Verhalten während der letzten Wochen schützen werde. Ihrer Rathlosigkeit half Zuñiga ab, der hiemit seiner klugen Politik die Krone aufsetzte. Er suchte diejenigen, die sich bei dem Passauer Einfall kompromittirt hatten, bei Mathias nicht zu rechtfertigen, er gab zu, daß „viele Katholiken aus unüberlegtem Religionseifer in beklagenswerthe Fehler" verfallen seien, er war überzeugt, daß der „Teufel selbst den Katholiken keinen schlimmeren Streich hätte spielen können, als dies die Anwerbung und die Erfolge der Passauer gethan hätten, denn durch dieselben seien die Katholiken in den schlimmsten Ruf gekommen und für die Protestanten ein wahrer Abscheu geworden." **) Indem Zuñiga also so streng als möglich die Schuld da verdammte, wo sie sich fand, suchte er andererseits wieder durch alle Mittel die Lage jener zu verbessern, für die er als Gesandte des katholischen Königs vorzugsweise einzutreten hatte. Er warnte Mathias dem Gefühle der Rache nachzugeben und gegen die Kronbeamten wegen ihrer vorangegangenen Haltung feindlich aufzutreten; er bat ihn in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse denselben nicht bloß zu verzeihen, sondern sie geradezu zu beschützen. Andererseits suchte er wieder die Kronbeamten auf und verlangte von ihnen, daß sie der Lage Rechnung tragen, den ihnen angebotenen Weg der Rettung betreten und sich mit den Ständen verbinden sollten. ***) Ein solcher Rath aus dem Munde des spanischen Gesandten

---

*) MS. der philosophischen Fakultät in Prag. B. 21. Dies Manuskript enthält ein getreues Diarium dieser Ereignisse.

**) Simancas 2497/220. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. März 1611.

***) Zuñiga erzählt in dem eben citirten Schreiben: Todavia los officiales principales de la corona, que son catolicos, y algunos dellos indiciados de haver conspirado con el S. Archiduque Leopoldo para hazerle Rey, tienen la parte de S. Magestad Cesarea, aunque sin esperanza ninguna de podelle remediar. Yo voy procurando, que se junten con los demas a tratar de los negocios y que los, que tienen culpa, sean recividos piadosamente y he ponderado al Rey, quanto conviene el sarvarlos, si bien a sido cosa lastimosa los hierros, en que han caydo muchos catolicos con zelo yndiscreto de religion, pues el demo-

konnte seine Wirkung bei den Kronbeamten um so weniger verfehlen, als sie zu einem längeren Festhalten an dem Kaiser nicht durch eigene Entschlossenheit und Ueberzeugung sondern durch Furcht und Verlegenheit veranlaßt wurden.

Die Wirkung von Zuñiga's Rathschlägen zeigte sich bald genug.
1611 Nachdem am 28. März die Stände dem König Mathias angezeigt hatten, daß sie die Berufung eines Generallandtages für nöthig erachteten, fand sich am folgenden Tage ein Ausschuß aus ihrer Mitte in der Burg ein, um von dem Kaiser diese Berufung zu verlangen. Statt bei letzterem gegen die Befriedigung dieses Begehrens, das nur mit der Absetzung des Kaisers enden konnte, aufzutreten, verbanden sich die Kronbeamten der Mehrzahl oder der Gesammtheit nach mit dem ständischen Ausschusse und der Oberstburggraf führte das Wort in der Audienz, welche ihnen Rudolf ertheilte. Anfangs wollte dieser von einer Nachgiebigkeit nichts wissen, aber da er sich über seine Verlassenheit keiner Täuschung hingeben konnte, als er die Kronbeamten an der Spitze der Supplikanten sah und da er von mehreren der Anwesenden zu hören bekam, daß man auch ohne seine Erlaubniß den Generallandtag berufen werde, gab er schließlich nach.*) Ein Patent unterzeichnet vom Kaiser und vom Kanzler berief die Stände von Böhmen und den einverleibten Ländern zu einem Generallandtage nach Prag. Der Zusammentritt wurde auf den 11. April bestimmt.
1611

In der Zwischenzeit, die der Eröffnung der Session voranging, wurde in Prag eine Untersuchung über die Ursachen des Passauer Einfalls angestellt. Zunächst wurde die Befragung Tennagels weiter fortgesetzt und da seine Mittheilungen von so großer Bedeutung waren, indem sie die Pläne Leopolds und seiner Anhänger offen bloßlegten, so fand man es später angezeigt, ihn peinlich zu befragen. Es geschah dies zweimal, jedesmal, wie ein Berichterstatter meldet, ungefähr ein „Vaterunser lang.“ Da durch Tennagels freiwillige Aussagen Slawata nnd Martinitz beschuldigt wurden, daß sie den Erzherzog Leopold von allen Verhandlungen, die unter den böhmischen Kronbeamten gepflogen worden, in Kenntniß gesetzt hätten, so wurden sie ebenfalls in Anklagestand versetzt. Bei der Folter widerrief jedoch Tennagel die frühere Angabe und erklärte, er habe bloß die Vermuthung aber keine Gewißheit, daß Slawata und Martinitz dem Erzherzoge die betreffenden Mittheilungen gemacht hätten, eine

---

nio no pudiera inventar cosa mas perniciosa para ella, que la leva y progresos de esta gente de Pasau, que ha puesto a los catolicos en terrible aborrecimiento y opinion de sediciosos.

*) Simancas 2497/219. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. März 1611.

Vermuthung, die auf nichts anderem beruhe, als daß die genannten Herrn sehr häufig bei Leopold zu Besuch gewesen wären. In Folge dieser auf bloßer Vermuthung beruhenden Beschuldigung wurde die Untersuchung gegen Slawata und Martinitz niedergeschlagen und ihnen ein freisprechendes Erkenntniß zugestellt. — Mathias, dem gleich ursprünglich die Gefangennahme Tennagels und dessen freiwillige Geständnisse mitgetheilt worden, hatte den böhmischen Ständen in seiner Antwort eine schärfere Befragung desselben empfohlen.*) Die Anwendung der Folter geschah also keineswegs ohne des Königs Beistimmung.

Da die Untersuchung im Gange war, begnügten sich weder Mathias noch die Stände mit der Gefangennehmung einer in Leopolds unmittelbarem Vertrauen stehenden Person, sondern griffen nach jenen Mitgliedern des geheimen Rathes, von denen sie wußten, daß sie den Passauer Plänen geneigt waren. Es waren dies vor allem Hannewaldt und Hegenmüller, von denen der erstere insbesondere dem Könige verhaßt war, weil er ein Jahr zuvor auf einer gesandtschaftlichen Reise die deutschen Fürsten von Mathias ab- und dem Kaiser zuwenden wollte.**) Thurn selbst übernahm die Verhaftung Hegenmüllers. Er fuhr auf das Schloß hinauf, ließ denselben unter dem Vorwande einer Besprechung herausrufen und als dieser ohne Mantel und Hut erschien, nöthigte er ihn in die bereitstehende Kutsche einzusteigen, ohne ihn seinen Anzug vervollständigen zu lassen. Zu gleicher Zeit wurde auch der gewesene Reichspfennigmeister Welser, eine sonst ganz unbekannte Persönlichkeit, verhaftet und mit Hegenmüller auf das Altstädter Rathhaus transportirt, wo beide gefangen gesetzt wurden. Nachmittags wurde Hannewaldt abgeholt und in einem Hause auf der Altstadt gefänglich bewacht. Die Untersuchung erstreckte sich auch auf die Frauen. Gleich nach dem Abzuge der Passauer waren die Gräfinen Sulz und Althan festgenommen worden; in Folge mangelhafter Bewachung gelang es jedoch der letzteren in Bauernkleidern zu entrinnen. Jetzt ward die Frau Hegenmüller in Verhaft genommen, doch gestattet, daß ihre Wohnung ihr zum Gefängnisse dienen dürfe. Mathias gab sich den Anschein, als ob diese Verhaftungen ohne seine Zustimmung geschehen seien, allein Zuñiga vermuthete nicht mit Unrecht, daß er dieselben insgeheim angeordnet und die böhmischen Stände, in deren Namen die Verhaftungen geschahen, nur vorgeschoben habe.***)

Hannewaldts und Hegenmüllers Aussagen bestätigten im allgemeinen,

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Mathias an die böhmischen Stände.

**) Die Relationen Hannewaldts über diese Reise im böhm. Statthaltereiarchiv.

***) Simancas 2497/260. Zuñiga an Philipp III ddo. 2. April 1611.

was Tennagel bereits freiwillig über die mit dem Passauer Einfall in Verbindung stehenden Pläne ausgesagt hatte. Beide bekannten, daß sie die Erhöhung des Erzherzogs gewünscht und dabei mitgeholfen aber in gutem Glauben gehandelt hätten. Die Folter wurde bei ihnen nicht angewendet, insoweit achtete man in ihnen die Mitglieder des kaiserlichen Geheimrathes.

Nachdem man einmal so weit in der Mißachtung der Persönlichkeit des Kaisers gegangen war, daß man ihm eine Besatzung in sein Schloß als seine Gefängnißwache gegeben, darauf zwei seiner Geheimräthe gefangen genommen hatte, bekam die Untersuchung eine Richtung, welche Mathias zur Ehre seines Hauses nicht hätte einschlagen sollen. Sie wurzelte indeß zu sehr in dem Aberglauben jener Zeit, als daß sie füglich zu umgehen war. Es ist bekannt, daß in Frankreich und England im Laufe des 17. Jahrhunderts mehrfach Personen zum Tode verurtheilt wurden, weil ihnen zur Last gelegt wurde, sie hätten mittelst Zauber dem Leben ihrer Souveraine nachgestellt. Die Verurtheilten wurden gewöhnlich beschuldigt, eine Statue desjenigen Fürsten, deren Leben sie abkürzen wollten, angefertigt und an derselben Zauberkünste zum Nachtheil des Originals geübt zu haben. Eines ähnlichen Treibens wurden jetzt auch zwei im kaiserlichen Dienste befindliche Personen beschuldigt. Ein kaiserlicher Kaplan ward angeklagt, daß er einen Hund gehalten und Mathias genannt habe zu dem Ende, damit der Tod, der dem Hunde bestimmt war, auch den König treffe. Ein gewisser Hauser, Arzt oder Chemiker, der dem Kaiser bei seinen nekromantischen Studien behilflich war, wurde angeschuldigt, mittelst eines Schnupftuches, das er sich aus der Wäsche des Königs verschafft habe, zum Nachtheile des letztern Zauberei getrieben zu haben. Die Untersuchung wurde mit Strenge durch mehre Monate geführt und bei Hauser auch die Folter angewendet, endete aber resultatlos, sei es, daß es den Angeklagten gelang, ihre Unschuld nachzuweisen, sei es, daß Mathias schließlich den Glauben an dergleichen Thorheiten verlor. Beide Angeklagten wurden freigelassen, Hauser jedoch strafweise aus Böhmen nach seiner deutschen Heimat verbannt. *)

---

*) Sächsisches Staatsarchiv. Passauer Einfall II. 567. Dr. Gerstenberger und Wolf von Lüttichau an Kursachsen ddo. Prag den 3/13. Mai 1611. — Ebendaselbst. Nürnberger Kurfürstentag 7387/2, 257. Zeidler an einen kurfürstlichen Rath ddo. 1/11. September 1611. — Ebendaselbst. Bittschrift des gefangenen Hauser an König Mathias. — Münchner Reichsarchiv XV/1, 116. Bodenius an Max von Baiern ddo. 9. April 1611. — Wiener Staatsarchiv. Diarium der Prager Ereignisse 19. April 1611.

Unter diesen Verhältnissen und bei dem unvermeidlichen Sturze des Kaisers kann es billig Wunder nehmen, wenn derselbe nicht von aller Welt verlassen wurde. Aber gerade jene Männer, welche nicht an der Thorheit des Passauer Zuges Antheil gehabt, vertraten jetzt seine Interessen, soweit dies möglich war, mit Ausdauer. Der Graf von Leuchtenberg, Mollard, Barvitius, sämmtlich Personen, die während der ephemeren Allmacht des Erzherzogs Leopold übel angesehen waren, verharrten beim Kaiser und suchten von ihm wenigstens persönliche Demüthigungen fernzuhalten. Zu ihnen gesellte sich der Herzog von Braunschweig, der seit seiner Rückkehr nach Prag von seiner erfolglosen Wiener Gesandtschaftsreise Rudolfs Muth aufrecht zu erhalten und selbst jetzt noch den Rest der kaiserlichen Herrschaft zu retten sich bestrebte. Sein Auftreten wurde von Mathias mit Unlust vermerkt, denn wiewohl letzterer nicht fürchtete, daß der Sturz des Kaisers mißlingen könnte, so besorgte er doch allerlei Verzögerungen. Da sich der Herzog die Mißbilligung des Königs nicht sehr zu Herzen nahm, so übernahmen es die böhmischen Stände, wahrscheinlich von letzterem aufgefordert, ihn vor einem allzuheftigen Eifer für den Kaiser zu warnen. Sie ordneten deshalb aus ihrer Mitte eine Deputation ab, an deren Spitze Wenzel Kinsky stand; er sollte den Herzog fragen, wie er sich „unterstehen dürfe," den Kaiser zu „turbiren" und ihm mit „falschen Vorspiegelungen vergebliche Hoffnungen" zu machen. Da es den Ständen bekannt war, daß der Herzog über ihre Loyalität nicht allezeit die besten Reden führe, setzte ihn Kinsky auch darüber zur Rede und bemerkte, daß die Stände nicht gemeint seien, ihm in seinem Lande „eine Ordnung zu setzen" und deshalb verlangten, auch von ihm in Ruhe gelassen zu werden. Er bedrohte ihn mit zwangsweiser Abführung aus Böhmen, wenn er nicht aufhören würde, den Kaiser noch ferner „zu turbiren." Zuletzt verlangte er von dem Herzog die Rückzahlung der Geldsumme, welche die Stände für die vergeblich von ihm versuchte Abdankung der Passauer hergegeben hatten.*) Der Herzog entgegnete auf diese Anschuldigungen und Bedrohungen, wie es sich für seine Stellung ziemte, namentlich lehnte er einfach jede Zahlung ab, da es notorisch sei, daß er das Geld nicht für sich verwendet habe. — Die Zeitgenossen waren nicht verlegen, allerlei egoistische Gründe ausfindig zu machen, die ihn vermocht hätten, sich derart des Kaisers anzunehmen, keiner derselben erweist sich jedoch als richtig und man darf in der That nur in der Gutmüthigkeit und

*) Brüssler Archiv. Secret. d' Etat Allem. Carton 117. Protokoll vom 11. April 1611. — Ebendaselbst. Der Herzog von Braunschweig an Kursachsen ddo. 7/17. April.

Redlichkeit des Herzogs die alleinige Ursache suchen, weshalb er sich in Dinge mischte, die ihn eigentlich nichts angingen.

Wenige Personen waren es also, auf deren Rath der Kaiser in dem Augenblicke zählen konnte, als der Generallandtag seiner Eröffnung entgegen ging und er mit demselben um die letzte der ihm gebliebenen Kronen — der deutschen nicht zu gedenken — zu kämpfen hatte. Noch erhoben sich zwar unter den Katholiken Böhmens einige Stimmen für ihn, aber nicht aus Sympathie für seine Regierungsweise, sondern aus Angst vor der Protestantenherrschaft, mit der sie durch seinen Sturz bedroht waren. Zuñiga bemühte sich unverdrossen, sie vor der Unklugheit zu warnen, sich für den Kaiser irgendwie zu kompromittiren, da ihnen dies nichts helfen könne. Seine Rathschläge hatten wenigstens die Wirkung, eine vollständige Passivität bei ihnen zu erzielen, die es später Mathias möglich machte, ihnen die Hand zu reichen.*) Der Kaiser selbst, dem der auf die Katholiken geübte Druck nicht verborgen bleiben konnte, gab sich keinen Erwartungen nach dieser Seite mehr hin. Seine letzte Hoffnung beruhte nur auf diplomatischer Vermittlung, um die er die Kurfürsten von Sachsen und von Mainz ersucht hatte. Beide kamen seinem Wunsche insofern nach, als sie Gesandte nach Prag abordneten, welche den König Mathias und die Böhmen ersuchen sollten, den Kaiser im Besitze seiner Herrschaft zu lassen.**) Christian II von Sachsen wandte sich überdies an die Stände Böhmens, Schlesiens und der Lausitz, ja sogar an einzelne hervorragende Mitglieder unter ihnen, mit denen er näher bekannt war, und ersuchte sie um Schonung ihres kaiserlichen Herrn. Dies war außer jenem Drohbrief an Mathias, daß die Deutschen ihr Oberhaupt mit den Waffen vertheidigen würden, alles, was er that. Hätten gute Worte dem Kaiser zu helfen vermocht, so wäre demselben geholfen worden, allein nach den Ereignissen der letzten Monate waren dies zu schlechte Hilfstruppen.

II

Der 11. April, an dem der Generallandtag eröffnet werden sollte, war unmittelbar vor der Thür und noch hatte der Kaiser sich über die Proposition, mit welcher er demselben entgegentreten wollte, nicht ausge-

*) Simancas 2497/261. Zuñiga an Philipp III. ddo. 7. April 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 225. Rudolf an Kursachsen ddo. 8. April 1611. — Ebendaselbst. Kursachsen an den Kaiser ddo. 9/19. April 1611. — Ebendaselbst. Kursachsen an Mathias ddo. 11/21. April 1611. — Ebendaselbst. Instruktion für die sächsischen Gesandten Dr. Gerstenberger und Lütichau nach Prag 15/25. April 1611.

sprochen. Faßte er rechtzeitig keinen Entschluß, so war zu erwarten, daß die Stände selbst den Verhandlungen eine beliebige Richtung geben und wahrscheinlich unmittelbar den Vorschlag zu seiner Absetzung machen würden. Wenn er dagegen mit einer Proposition auftrat, so mußten die Stände zuerst diese in Berathung ziehen und damit war wenigstens Zeit gewonnen. Leuchtenberg, Mollard und Barvitius rieten ihm, er solle dem Landtage die Krönung seines Bruders vorschlagen. In Folge der Liebner Verträge war Mathias bloß designirter König Böhmens, jetzt sollte zur Designation auch die Krönung kommen, mit derselben aber nicht die Regierung von Böhmen verbunden sein, sondern diese auch fernerhin dem Kaiser verbleiben. Auf diese Weise würde Rudolf seinen Bruder und die böhmischen Stände für den Passauer Einfall mit einer Ceremonie entschädigt haben; ob die letzteren sich damit befriedigt erklären würden, war eine andere Frage, der Versuch konnte wenigstens gemacht werden. Nichtsdestoweniger wollte Rudolf noch am Tage vor der Eröffnung des Landtags nicht einmal von der Bewilligung der Krönung etwas wissen, allem Zureden seiner Räthe setzte er einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Leuchtenberg, Mollard und Barvitus ließen sich dadurch nicht abschrecken, das Ersuchen um eine Audienz für eine vergebliche Mühe ansehend, drangen sie in des Kaisers Speisezimmer und hier schob ihm Barvitius die vorgeschlagene Proposition in die Hand, damit er sie unterzeichne. Um Ruhe zu haben, gab Rudolf nach.*)

Statt am 11., wie ursprünglich bestimmt worden, wurde der Generallandtag am 12. April eröffnet, und zwar zunächst nur in Gegenwart 1611
der böhmischen Vertreter. Die königliche Proposition schlug den Ständen des Mathias Krönung vor, nachdem der Tag, an dem diese Handlung vorgenommen werden sollte, früher mit dem Kaiser vereinbart worden. Uebrigens entschuldigte sich der letztere, daß er wegen Eile der Zeit in die Proposition nicht auch andere Punkte aufgenommen habe, er behalte sich aber vor, dieselben noch bei diesem Landtage in Vorschlag zu bringen.**)

Die Stände merkten alsbald, wo hinaus es mit der Krönung gemeint sei. Ihrer Ansicht nach war Rudolf bereits abgesetzt und folglich sollte zwischen ihm und ihnen nur über die Bedingungen verhandelt werden, unter denen er auf friedliche Weise ohne längeres Zögern auf seine Herr-

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 129. Bodenius an Max von Baiern, ddo. 11. April 1611. — Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 457. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 29. April/9. Mai 1611. Der Kaiser erzählte vor den sächsischen Gesandten selbst den auf ihn ausgeübten Zwang.

**) Kaiserliche Proposition im Diarium über die Prager Ereignisse.

schaft verzichten würde. Sie erwiederten deshalb am folgenden Tage, daß sie mit der geschehenen Proposition unzufrieden seien: weder sie noch Mathias hätten den Kaiser um die Bewilligung der Krönung ersucht und man verlange von ihm, er möge die übrigen Punkte, auf die er in der Proposition hinweise, bald möglichst zur Kenntniß der Stände bringen. *) Diese Erklärung wurde von den kaiserlichen Räthen ihrem wahren Sinne nach aufgefaßt, daß nämlich für ihren Herrn keine Rettung mehr möglich sei und daß nur noch über die Bedingungen der Abdankung unterhandelt werden könne. Welche Auftritte es jetzt wieder in der Burg gegeben haben mag, als dem Kaiser die Endabsicht der Stände mitgetheilt, ihm seine hilflose Lage vor Augen gestellt und das schwere Opfer völliger Abdankung zugemuthet wurde, läßt sich leicht denken. Zwei Tage lang ließ Rudolf die Stände ohne Antwort, endlich am dritten Tage erschien der Oberstburggraf in ihrer Mitte
16 Apr. und theilte ihnen mit, daß der Kaiser unter gewissen Bedingungen erbötig sei, die Regierung von Böhmen niederzulegen. Die wesentlichsten derselben waren: 1. dem Kaiser verbleibt der Titel eines Königs von Böhmen; 2. es ist ihm eine jährliche Pension sammt einem Deputat an Wein und Getreide zu verabfolgen; 3. die Prager Burg bleibt des Kaisers Residenz; 4. die Bezahlung der kaiserlichen Schulden übernehmen die böhmischen Stände; 5. die Güter, welche der Kaiser in Böhmen während seiner Regierung gekauft, sollen in seinem Besitze verbleiben; 6. die Rückstände an Steuern der vergangenen Jahre soll der Kaiser einzumahnen das Recht haben; 7. die gefangenen Diener des Kaisers sollen freigegeben werden und überhaupt eine Amnestie jede Untersuchung über die vorangegangenen Ereignisse niederschlagen; 8. es soll nichts geschrieben oder gedruckt werden, was als Schimpf gegen den Kaiser ausgelegt werden könnte.

Es war leicht vorauszusehen, daß die Mehrzahl dieser Forderungen nicht nach dem Geschmacke der Stände sein würden. In der That erhoben sie in ihrer Antwort, die sie schon zwei Tage später ertheilten, mannigfache Schwierigkeiten, welche zunächst die finanzielle Seite betrafen. Die in Böhmen hypothecirten Schulden des Kaisers betrugen 2,100.000 Gulden, und hafteten vermöge der damaligen noch primitiven Finanzgebahrung meistens auf den königlichen Gütern, Städten und Privatpersonen und
19 Apr. nicht auf dem Lande. Sie verlangten, daß unter den Schulden des Kaisers ein Unterschied gemacht werde; was die Billigkeit erheische, wollten sie gern auf sich nehmen, was aber dem Kaiser persönlich zur Last falle, solle aus dem Verkaufe der ihm gehörigen Güter bezahlt werden und nur

*) MS. B. 21 der Prager philos. Fakultät. Bericht über die Ereignisse am 12. und 13. April 1611.

der etwaige Rest des Verkaufsschillings ihm verbleiben. Auch die Verabreichung eines Deputats mißfiel den Ständen, sie wollten dem Kaiser im Verein mit den übrigen Kronländern nur eine bestimmte Geldsumme jährlich zugestehen. Daß die Prager Burg noch fernerhin Rudolfs Residenz sein solle, davon wollten die Stände nichts wissen, sie wollten demselben nur außerhalb der Hauptstadt ein oder das andere der königlichen Schlösser zum Aufenthalt einräumen. Ebenso wenig wollten die Stände eine allgemeine Amnestie wegen der letzten Ereignisse zugeben. Gegen andere Punkte und namentlich dagegen, daß dem Kaiser der Titel eines Königs von Böhmen verbleibe, erhoben sie keinen Einwand, nur bezüglich der letzten Forderung fügten sie die Erklärung bei, daß, falls Mathias vor Rudolf versterben sollte, letzterer sich alsdann die Regierung nicht wieder „anmaßen" dürfe. *)

Diese den Wünschen des Kaisers nicht zusagende Antwort machte, daß sich die Verhandlungen in die Länge zogen. Die Böhmen beeilten sich nicht besonders, einen Vergleich herbeizuführen, da Rudolf in das, was ihnen vor allem am Herzen lag, nämlich in die Abtretung der böhmischen Krone eingewilligt hatte. Allerdings hatte er das nur unter der Bedingung gethan, daß seine Forderungen erfüllt würden, allein die Böhmen nahmen seine Resignation als eine unwiderrufliche an, bestimmten, daß Mathias binnen 14 Tagen zum Könige gekrönt werden solle und sahen es von ihrem Standpunkte für eine gleichgiltige Sache an, ob der Ausgleich mit dem Kaiser vor oder nach der Krönung erfolge.

Als sich die Verhandlungen mit dem Kaiser in diesem Stadium befanden, trafen die Deputationen der Land- und Fürstentage von Mähren, Schlesien und den beiden Lausitzen in Prag ein.**) Alle waren

---

*) Diarium der Prager Ereignisse. MS. 491 E. F. G. des Wiener Staatsarchivs. Nach diesem Diarium haben die Stände des Kaisers Forderungen schon am 19. April beantwortet. Damit steht im Widerspruch, daß von Seite des Kaisers später mehrmals geklagt wurde, die Böhmen hätten ihn fast vier Wochen ohne Antwort gelassen. Wir wissen diese widersprechenden Angaben, von denen die erste uns ebenso gewiß scheint wie die zweite, nur so zusammenzureimen, daß der Kaiser die ungenügende Antwort der Stände, welche vieles noch weiterer Verhandlung überließ, als eine unvollständige und folglich keine Antwort ansah.

**) Die Stände von Glaz, Eger und Elbogen erschienen nicht beim Generallandtag. Zum Verständnisse der folgenden Verhandlungen bemerken wir, daß die Deputirten von Mähren und Schlesien nicht im böhmischen Landtage ihren Sitz nahmen und sich daselbst nicht an den Debatten betheiligten, sondern daß sie stets nur mit einem Ausschusse des böhmischen Landtags konferirten. Die mährischen Deputirten bei dem Prager Generallandtage waren: der Bischof von Olmütz Kardinal Dietrichstein, Karl von Žerotin, Ladislaw von Lobkowitz, Georg von Hodic, Jetřich von

gegen die Regierung des Kaisers eingenommen und bereit ihr ein Ende zu machen, allein auch gegen die Böhmen waren sie nicht von der freundlichsten Gesinnung erfüllt. Seit einem Jahrhundert bestanden zwischen den Ländern der böhmischen Krone mancherlei Differenzen, die namentlich in der letzten Zeit zu vielfachen Klagen und gegenseitiger Erbitterung geführt hatten, und es ließ sich mit Sicherheit erwarten, daß alle diese Differenzen und unentschiedenen Streitfragen diesmal zur Sprache kommen würden, weil die Gelegenheit für die sich verkürzt wähnenden Theile zu günstig schien. War dies aber der Fall, kam es zu Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Generallandtages selbst, dann durfte Rudolf sich der Hoffnung hingeben, wenn nicht mehr so doch wenigstens einen Aufschub seiner Entthronung und eine Verzögerung der Krönung seines Bruders durchzusetzen. Gewiß ist, daß er trotz der angebotenen Resignation wieder im Besitze der Regierung bleiben wollte und dies, wie bald erzählt werden wird, auf allerlei Weise anstrebte.

Kaum war den Schlesiern und Lausitzern mitgetheilt worden, was die Böhmen bisher verhandelt hatten, so mißbilligten sie deren einseitige Beschlußfassungen, namentlich waren es die Schlesier, welche laut und entschieden erklärten, die Eröffnung des Generallandtages hätte nicht vor sich gehen sollen, so lange nicht alle Berechtigten in Prag anwesend waren. Nach diesem Vorwurfe, welchen die Böhmen mehr oder weniger selbst be-

---

Kunowic, Johann Čejka von Olbramowic, Wilhelm Dubský, Heinrich Zahradecky, Wenzel Wanecky, Sigmund Wolf, Jankowský von Wlašim. Die schlesischen Deputirten waren: Johann Christian Herzog von Liegnitz, Joachim Malzan Freiherr von Wartenberg, Weikhart von Promniz, Herman von Zedwiz, Hans von Loß, Dr. Christoph Henscher, Dr. Andreas Geißler, Georg Rößner, Georg Wirt. Die Deputirten der Oberlausitz waren: Kaspar Mezeradt, Hans Fabian von Punnika, Hans von Warnßdorf, Hiob von Salza, Abraham von Mezeradt, M. Peter Heinrich, Dr. Ambros Hadamar, Michael Bütner, Sigismund Kindler. Die Deputirten der Niederlausitz waren: Isak von Kracht, Heinrich Otto von Gersdorf, Reinhard von Gickbusch, Josias Leander, Johann Müller, Dr. Andreas Mayen, Johann Hutter, Johann Kuhn. — Von Seite des böhmischen Landtags waren zu den Verhandlungen folgende Personen deputirt worden: Adam von Sternberg, Adam d. j. von Waldstein, Georg von Talmberg, Theobald Šwihowský von Risenberg, Karl von Wartenberg, Georg Friedrich Graf von Hohenzollern, Heinrich Mathias Graf von Thurn, Leonhart Colonna von Fels, Graf Joachim Andreas Schlick, Johann von Klenowý, Burghard Točnik von Křimic, Johann Lukawský von Lukawic, Christoph d. ä. Wratislaw von Mitrowic, Kaspar Kaplíř von Sulewic, Tiburtius Žďarský von Žďar, Georg von Gersdorf, Dionys Černín von Chudenic, Simeon Humburg von Humburg, Georg Šwik von Lukaneß und Valentin Kohout. Es muß jedoch bemerkt werden, daß nicht alle böhmischen Deputirten stets an allen Verhandlungen Theil nahmen.

gründet fanden, kritisirten die Schlesier Form und Inhalt der mittlerweile gefaßten Entschlüsse. Die Böhmen hatten, wie das bis dahin stets rechtlicher Brauch war, von sich als dem „Haupte" der Krone d. i. der Kronländer gesprochen. Von einer solchen Bezeichnung wollten die Schlesier nichts wissen, wofern unter dem Worte „Haupt" ein anderer Vorzug verstanden würde, als etwa der, daß Böhmen unter den zu einer Krone vereinten Ländern den ersten Rang einnehme. Dann tadelten die Gegner, daß die Böhmen den Tag der Krönung einseitig anberaumt hätten, da sie doch wissen müßten, daß die Königswahl kein ihnen allein zustehendes Recht sei, sondern daß hiezu die Vertreter der gesammten böhmischen Krone berechtigt seien. Die Schlesier führten zum Beweise ihrer Behauptung zahlreiche Beispiele aus der Geschichte an. So behaupteten sie, ihre Verbindung mit Böhmen sei eine freiwillige, folglich befänden sie sich zu diesem Lande in einem koordinirten Verhältnisse, ihr Haupt sei der gemeinschaftliche König und nicht das Land oder die Stände Böhmens. Weil sie zur Zeit des Königs Georg von Poděbrad von der Königswahl ausgeschlossen worden, hätten sie Mathias Corvinus zu ihrem Könige gewählt, um so einer Mißachtung ihrer Rechte zu begegnen. Sie schlossen ihre Erklärung mit der Forderung, Rudolf solle sie ihres Eides entbinden und Mathias noch vor der Krönung ihnen einen Revers ausstellen, der sie bei dem Fortgenuß aller ihrer Privilegien sichere: dann seien sie erbötig den letzteren zu ihrem Könige zu wählen, dem Votum der Böhmen beizutreten und sich mit ihnen über den Tag der Krönung zu vergleichen. So suchten die Schlesier faktisch an der Königswahl theilzunehmen und die Behauptung von der koordinirten Stellung aufrecht zu erhalten. Allen diesen Argumentationen schlossen sich die Lausitzer mit gewissen ihren Verhältnissen entsprechenden Aenderungen an.*) Die Mährer hielten sich von den Protesten neben anderen auch aus dem Grunde fern, weil sie schon vor drei Jahren Rudolf abgesetzt und Mathias zu ihrem Herrn angenommen hatten. Sie konnten also gegen die von den Böhmen beabsichtigte Erhebung des letztern nichts einwenden, sondern mußten eine andere Gelegenheit abwarten, wenn sie gleichfalls gewisse Forderungen zu stellen hatten.

Was die Schlesier und Lausitzer von einem koordinirten Verhältnisse zu Böhmen und von ihrem Rechte zur Königswahl behaupteten, besteht nicht die historische Kritik. In welcher Weise auch immer dieser oder jener Theil von Schlesien oder der Lausitz an Böhmen gekommen sein

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort der Niederlausitzer ddo. 30. April 1611. — Ebendaselbst. Antwort der Schlesier ddo. 3. Mai 1611. — Ebendaselbst. Verhandlungen der böhm. Stände mit den Abgesandten der Nebenländer ddo. 28. April bis 23. Mai 1611.

mag, so viel steht sicher, daß die Böhmen zu allen Zeiten diese Erwerbungen als ihnen gehörig betrachtet und daß sie vor allem stets an dem Rechte festgehalten haben, allein den gemeinschaftlichen Herrn für sämmtliche Kronländer zu wählen. Namentlich bietet hiefür die Geschichte seit den Husitentagen vielfache Beweise. Die Böhmen waren es, welche Georg von Poděbrad, Wladislaw, Ludwig, Ferdinand I, Maximilian II und Rudolf II auf den Thron erhoben hatten, ohne eines der benachbarten Länder zu fragen; die Böhmen waren es, welche zeitweise Bestimmungen trafen, die den König als Beherrscher der ganzen Monarchie banden, die gewisse Aemter in den korporirten Ländern sich ausschließlich vorbehielten, während sie nicht duldeten, daß ein Schlesier oder Mährer — eine oder zwei Ausnahmen abgerechnet — eines der böhmischen Landesämter bekleide. Sie nahmen mit einem Wort eine privilegirte Stellung in dem Verbande der böhmischen Kronländer ein, und betrachteten sich als das mit höheren Rechten ausgestattete und zur Vorherrschaft berufene Haupt. Ein solches Verhältniß entsprach genau analogen Zuständen in beinahe allen Ländern Europa's und darf uns in dem Zeitalter der Privilegien und Immunitäten nicht Wunder nehmen. Denn so gut gewisse Volksklassen wie der Adel und die königlichen Städte auf Grund alten Herkommens oder königlicher Privilegien sich einer tiefgreifenden Bevorzugung vor der Masse des Volkes erfreuten, so gut nahmen ganze Länder und Völker gewisse Vorrechte vor jenen in Anspruch, die sie für ihre Unterthanen ansahen. Haben sich doch selbst in einer Republik wie die Schweiz ähnliche Verhältnisse in einzelnen Kantonen bis auf die neueste Zeit erhalten.

Die Opposition der Schlesier und Lausitzer hatte vorläufig das Resultat, daß die Krönung nicht ohne weiteres vorgenommen werden konnte. Zunächst mußten die Böhmen, die bis dahin den Kaiser um die Entbindung von dem Eide des Gehorsams keineswegs angegangen hatten, solches zu erlangen suchen, weil die Schlesier und Lausitzer darauf bestanden; andererseits fühlten sie sich in ihrer privilegirten Stellung zu sehr angegriffen, um nicht eine abweisende Antwort zu verfassen, die jedenfalls Zeit in
6. Mai 1611 Anspruch nahm. Dieselbe klang scharf und ohne Schonung, sie wies alle Ansprüche der Schlesier auf die Theilnahme an der Königswahl zurück und behauptete, daß die schlesischen Herzogthümer nicht bloß dem Könige sondern dem Lande Böhmen, dem sie für immer inkorporirt seien, unterworfen und zur Treue und Leistung des Unterthanseides verpflichtet seien. Sie verlangte, daß es bei der von den Böhmen beschlossenen Krönung verbleiben solle und stellte es den Schlesiern und Lausitzern frei, nach derselben bei dem Könige ihre vermeinten Rechte zu reklamiren.*) Uebrigens

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort an die Schlesier ddo. 6. Mai. Es heißt in

wiederholten die Böhmen ihren bereits während des Landtags von 1609—1610 gefaßten Beschluß, daß sie bereit seien vor einem Gericht ihre Sache zu verfechten, und erbötig seien den Schlesiern einen Antheil an der Königswahl zu gestatten, wofern diese ihr Recht zu derselben genugsam mit Privilegien nachweisen könnten.

Die Mährer, welchen diese Schrift zuerst zur Einsicht gegeben wurde, fanden den Ton zu scharf und fürchteten, daß sie statt Einigung nur noch einen tiefern Zwiespalt zur Folge haben werde. Die Böhmen forderten deshalb die Mährer auf, aus der Antwort jene Worte zu entfernen, die etwa als beleidigend aufgefaßt werden könnten, ohne jedoch an dem Inhalte derselben etwas zu ändern. Die letztern schlugen darauf vor, die Antwort, so wie sie war, den Schlesiern mitzutheilen mit dem Bemerken, daß sie als nicht geschehen zu betrachten sei, wenn die Schlesier ihrerseits ihre Protestation zurücknehmen und es einfach bei den früher getroffenen Bestimmungen wegen der Erhebung des Königs Mathias lassen würden. Karl von Žerotin unternahm es mit seinen Kollegen die Schlesier und Lausitzer zur Annahme dieses Vorschlags zu bewegen, allein wiewohl er durch zwei Stunden lang sie hiezu zu überreden suchte, vermochte er nichts zu bewirken. Die Schlesier nahmen die Antwort der Böhmen an und protestirten unmittelbar darauf gegen die Behauptung der letztern, sie seien ihnen unterworfen und zum Gehorsam eidlich verpflichtet; ihrem Proteste schloßen sich die Lausitzer an.

Diesem vorerst mündlichen Proteste folgten schriftliche Erklärungen, 11. Mai 1611
in denen die Schlesier und Lausitzer ihre frühern Behauptungen abermals mit historischen Beweisen, wiewohl im Widerspruche mit den thatsächlichen Verhältnissen seit 150 Jahren, zu erhärten suchten. Hieran knüpften sie einige andere Forderungen, welche gegen die Prärogative der Böhmen in der Besetzung der obersten Kronämter sowie der Rathsstellen beim Kammer- und Lehngericht gerichtet waren. Die Böhmen blieben ihrerseits die Antwort nicht schuldig, sondern schlugen einzelne Begehren rundweg ab, 13. Mai
überwiesen andere künftigen Verhandlungen und erwiederten in der Hauptsache, daß sie sich für den Augenblick mit den Gesandten „in keinen Di-

---

derselben, daß aus den Privilegien, welche die Böhmen produciren könnten, ersichtlich sei, „daß die in bemelter Incorporation benennte Schlesische Fürstenthumber unnd herrschaften sowohl der Cron unnd dem Khunigreich alß dem Regierenden Khunig und deßelben Erben inseparabiliter incorporiret und tam obedientiae et subjectionis quam fidelitatis juramentis et homagiis zuugethan unnd einverleibt worden sein." — Ebendaselbst. Antwort an die Oberlausitzer.

sput" bezüglich der Präeminenz ihres Landes einlassen und nicht zugeben könnten, daß sich die inkorporirten Länder für bloße „accessoria" ansähen. Abermals wiederholten sie, es der Entscheidung eines Gerichtes anheimstellen zu wollen, wie auf Grund der bestehenden Privilegien das Verhältniß Böhmens und seiner Nebenländer aufzufassen sei.*) Es hing nun von den Schlesiern und Lausitzern ab, ob sie den Streit so weit treiben wollten, ihre Zustimmung zu des Mathias Krönung zu verweigern, so lange die Böhmen ihren Forderungen nicht nachgaben. Würden sie dies gethan haben, so war kein Ende des Streites abzusehen. So weit ging jedoch ihre Absicht nicht, sie begnügten sich mit dem abgegebenen Proteste und mit der Wahrung ihrer vermeinten Rechte und waren erbötig zur Krönung ihre Zustimmung zu geben. Die Böhmen aber gaben insofern nach, als sie nicht die Zurücknahme des Protestes verlangten.

Auf diese Weise wurde die Frage wegen der Berechtigung zur Königswahl nicht entschieden, sondern die Entscheidung vertagt. Damit war jedoch die Harmonie zwischen den Böhmen und den Nebenländern nicht hergestellt. Es ist so eben angedeutet worden, daß die Schlesier und Lausitzer in ihren Streitschriften auch andere Prärogative der Böhmen angriffen; indem sie nun von der Königswahl abstrahirten, kehrten sie ihre Aufmerksamkeit und damit auch ihre Angriffe allein gegen diese Prärogative. Bei dem jetzt sich entspinnenden Streite fanden sie an den Mährern nicht nur Bundesgenossen, sondern geradezu Vorkämpfer. Um diesen Streit recht zu verstehen, muß man etwas näher auf den Organismus der damaligen Verwaltung eingehen. Von den zahlreichen böhmischen Aemtern beschränkte sich die Jurisdiktion der meisten auf Böhmen allein. Drei von ihnen dagegen hatten eine Wirksamkeit, welche sich auch auf die Nebenländer erstreckte, es waren dies die Kanzlei, die Kammer und das Appellationsgericht.**)

Die Kanzlei war jenes Amt, durch welches der König den Ländern der böhmischen Krone seinen Willen kundgab. Die meisten seiner Befehle, Entscheidungen und Gnaden kamen nur durch die Kanzlei zur Kenntniß der Länder und Parteien und durch die Kanzlei wiederum gelangten die meisten für den König bestimmten Eingaben an denselben. Der Einfluß

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. Antwort der Böhmen an die Schlesier ddo. 13. Mai 1611.

**) Auch das Obersthoflehngericht hatte eine über Böhmen hinausreichende Jurisdiction. Anfangs richteten die Schlesier ihre Angriffe auch auf dasselbe, später ließen sie dieselben jedoch ganz fallen, weshalb auch wir im Texte nicht weiter dieses Amtes erwähnen.

des Kanzlers auf des Königs Entschließungen war natürlich ein entscheidender, denn er war sein vorzüglichster Rathgeber in allen Angelegenheiten der böhmischen Krone. Verfassungsmäßig mußte der Kanzler ein Böhme sein, ernannt wurde er vom Könige im Einverständnisse mit den übrigen obersten Beamten und den Beisitzern des Landrechtes, die gewissermaßen hiebei als Vertreter des Landtags fungirten. Dieser gleichsam doppelten Ernennung des Kanzlers entsprach seine Eidleistung, sie bezog sich nicht bloß auf den König, sondern auch auf die Stände. Die Besetzung der Kanzlei mit dem nöthigen Hilfspersonale war seine Sache, er konnte frei wählen und war hiebei durch keinerlei Rücksicht als die, welche die Geschäfte verlangten, gebunden. Wie der König durch den Kanzler regierte, so bewahrten auch die Böhmen durch denselben ihre Superiorität in den Ländern der Krone, insofern als der ihnen durch einen Eid verpflichtete Kanzler nicht gegen die Interessen des Stammlandes verstoßen durfte, sondern sie immer im Auge behalten mußte. Daß die Böhmen selbst die Stellung des Kanzlers und der Kanzlei in ihrer wichtigen Bedeutung richtig auffaßten und daß sie in dieser Einrichtung ein Mittel zur Aufrechthaltung ihrer höhern Rechte in dem böhmischen Staate sahen, wird sich noch aus der weitern Erzählung näher ergeben.

Die böhmische Kammer war die Finanzbehörde des Landes. Vor dem Jahre 1608 also noch vor der Trennung Mährens von der böhmischen Krone besaß auch die Kammer die Stellung eines Amtes, dessen Wirksamkeit sich auf Mähren, Schlesien und die Lausitze erstreckte, es ward dadurch, allerdings im beschränkten Sinne, eine Art Finanzministerium der böhmischen Krone geworden. — Was das Appellationsgericht betrifft, so war dasselbe bekanntlich im Jahre 1548 von Ferdinand I nach der Besiegung des ersten böhmischen Aufstandes (1547) errichtet, seine Wirksamkeit bestand vor allem darin, daß es die höhere Instanz für die Stadtgerichte sämmtlicher böhmischer Länder abgab. Der Präsident war seit der ersten Ernennung im Jahre 1548 bis zum Jahre 1611 stets ein Böhme gewesen; was die Räthe betrifft, so waren sie wahrscheinlich der übergroßen Mehrzahl nach ebenfalls Böhmen, doch gab es unter ihnen auch Mährer, Schlesier und Lausitzer; letztere der deutschen Sprache mächtig mußten schon deshalb berufen werden, weil bei vielen Prozessen die Parteien sich der deutschen Sprache bedienten. — Die Kanzlei, die Kammer und das Appellationsgericht waren die drei centralen Behörden der böhmischen Krone. Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß der Einfluß der Kanzlei der bedeutendste war, sie stand im täglichen Verkehr mit den einzelnen Kronländern, die wichtigsten Interessen einzelner Privatpersonen hingen von ihr ab, konnten verschleppt und gefördert werden, so daß man überall und ununterbrochen an die

Existenz dieser Behörde gemahnt wurde. Von geringerer Bedeutung war das Appellationsgericht. Sobald dasselbe den Parteien ohne Säumniß Recht sprach und neben den Böhmen auch die Deutschen bei demselben ohne Hinderniß ihre Sache führen konnten, so konnte sich weder Jemand durch seine Existenz bedrückt fühlen, noch hatten die Nebenländer einen Grund, Böhmen um den Besitz eines Gerichtes zu beneiden, das weniger ein böhmisches als ein königliches war. Wichtiger war schon die Stellung der böhmischen Kammer; die Verwendung der durch Steuern, Zölle, Bußen, Taxen und auf andere Weise einlaufenden Gelder lag zwar den Kammern der einzelnen Länder ob, allgemach hatte aber die böhmische Kammer hierin einen weitgehenden Einfluß erlangt, so daß sie, wie wir oben bemerkten, gewissermaßen das Finanzministerium der böhmischen Krone repräsentirte.

Stellt man die Frage, seit wann die Kanzlei und die Kammer zu einer so bedeutenden Stellung gelangt sind, so lautet die Antwort, daß dies erst seit der Herrschaft der Habsburger der Fall war. Vor derselben war Böhmen das Stammland der böhmischen Monarchie, seine Prärogative bestand darin, daß mit diesem Stammlande unzertrennlich andere Länder, die mit dem Namen inkorporirter Länder bezeichnet wurden, verbunden waren, und daß es allein den gemeinsamen Herrscher wählte. Außer diesem Rechte nahm es keinen Einfluß auf die Administration der Nebenländer.*) Erst seit den Habsburgern erhob sich die Kanzlei und die Kammer zu ihrer hohen Bedeutung. Man fing in Mähren und Schlesien an, um der letztern willen, diese Aemter: Hofämter, also Hofkanzlei und Hofkammer zu nennen, eine Benennung, welche die Böhmen im eigenen Interesse hartnäckig ablehnten, indem sie streng an der Bezeichnung: böhmische Kanzlei und böhmische Kammer hielten.

Zum Verständniß der folgenden Streitigkeiten muß man noch wissen, daß in der Wirksamkeit der Kanzlei eine doppelte Seite unterschieden wurde, eine berechtigte und eine unberechtigte auf Mißbräuchen begründete. Für die berechtigte Wirksamkeit der Kanzlei sah man jene an, die unter allen Umständen ihr gebührte, mochte es nur eine einzige Centralkanzlei in Böhmen geben oder mochte Mähren und Schlesien unabhängig für sich eine Kanzlei besitzen. Die unberechtigte auf Mißbrauch und Anmaßung begründete Wirksamkeit der Kanzlei hatte sich namentlich in den letzten Jahren

---

*) Die Bedeutung des Kanzlers und der Kanzlei, von denen bis auf die Jagellonen in der böhmischen Geschichte kaum etwas bemerkenswerthes erzählt wird, fing an unter den Jagellonen emporzublühen, nahm aber den eigentlichen Aufschwung, wie wir oben erwähnen, erst unter den Habsburgern. In Palacky's neuestem Band seiner böhmischen Geschichte (1471—1500) ist ersichtlich, wie das Amt des Kanzlers bedeutend hervorzutreten anfing.

der Rudolfinischen Regierung herangebildet. Man lernt diese Mißbräuche am besten aus den Streitschriften, die jetzt zwischen Böhmen und den Nebenländern gewechselt wurden, kennen. Nach denselben hat die Kanzlei den natürlichen Lauf der Justiz gehemmt, indem sie Klagen der Parteien mit Umgehung der Gerichte entgegennahm und entschied, sie mischte sich in die Jurisdiktion der Stadtgerichte, sie hemmte die Exekution rechtskräftig ausgesprochener Urtheile durch sogenannte literae inhibitoriales, sie bewilligte säumigen Schuldnern trotz der Erkenntnisse der Gerichte Zahlungsmoratorien, sie berief Bewohner aller Theile der böhmischen Krone zur Verantwortung nach Prag, ohne dazu durch die Verfassung berechtigt zu sein, und hielt sie mitunter Monate lang fest. Sie ertheilte verurtheilten Verbrechern auf die Bitte derselben oder ihrer Freunde Amnestie, ohne sich von dem betreffenden Gerichte irgend ein Gutachten geben zu lassen, so daß die Urtheile der letztern der Geringschätzung preisgegeben wurden. Zu einer solchen Höhe hatten sich in der Kanzlei Mißbräuche eingeschlichen.

Als nun die Schlesier mit den Böhmen den Streit wegen der Königswahl bis zu der gegenseitigen Präcisirung ihres Standpunktes geführt hatten, schickten sie sich zu einem neuen diplomatischen Feldzuge gegen die Prärogative der Böhmen an. Sie beabsichtigten jetzt ihre Angriffe gegen die drei Centralämter: die Kanzlei, die Kammer und die Appellation zu richten. In diesem Streite fanden sie an den Lausitzern um so entschiedenere Bundesgenossen, als diese sich nicht bloß durch die Errichtung der genannten Centralämter sondern auch dadurch bedrückt fühlten, daß der königliche Statthalterposten in der obern und niedern Lausitz, nämlich die Vogtei, nur mit Böhmen besetzt wurde, sie also von diesem Amte ausgeschlossen waren. Zu den Schlesiern und Lausitzern gesellten sich jetzt auch die Mährer.

Seit ihrer Ankunft in Prag schienen die Mährer die Partei der Böhmen verfechten zu wollen, als sie mit einemmale mit einer Staats- 14. Mai
schrift hervortraten, welche in 49 Artikeln Klagen über das frühere Ver- 1611
hältniß zwischen Böhmen und Mähren führte und die Umgestaltung desselben verlangte.*) Die Veranlassung zu dieser Staatsschrift lag noch in den Vorgängen des Jahres 1608. Als damals in Folge der Liebner Verträge Mähren aus dem Verbande der böhmischen Krone heraustrat, wurde zu gleicher Zeit bestimmt, daß von Seite der böhmischen Aemter und zwar namentlich von Seite der Kanzlei, des Appellationsgerichtes und der Kammer keinerlei Jurisdiktion in Mähren ausgeübt werden solle und daß, wenn das alte Verhältniß wieder hergestellt werden würde, ein Vertrag

---

*) Böhm. Statthaltereiarchiv. 49 Beschwerdepunkte der mährischen Stände gegen die böhmischen.

abgeschlossen werden müsse, der die Bedingungen der Wiedervereinigung festzusetzen hätte. Der Fall der Wiedervereinigung war jetzt unmittelbar bevorstehend. Insoweit es auf die Böhmen angekommen wäre, so hätten sie das alte Verhältniß einfach wieder hergestellt; nur zu einer Reform der Kanzlei von den eben angeführten Mißbräuchen würden sie ohne Zögern die Hand geboten haben. Dies war jedoch nicht nach dem Geschmacke der Mährer, die neben der Abschaffung der Kanzleimißbräuche wesentliche Aenderungen in die Art ihrer frühern Verbindung mit Böhmen einführen wollten. Nachdem sie im allgemeinen festgesetzt, daß Mähren in jeglicher Beziehung unabhängig von Böhmen sein solle und in dieser Hinsicht sich gegen gewisse Uebergriffe des böhmischen Landrechts verwahrt hatten, bestimmten sie, in welchem Verhältniß sie fortan zu den eben genannten drei Centralämtern stehen wollten. Bezüglich der Kammer erklärten sie, daß sie ihr keinen Einfluß auf ihre Finanzgebahrung gestatten und folglich ihre Finanzen völlig unabhängig verwalten wollten. Bezüglich der Kanzlei und des Appellationsgerichtes waren sie erbötig, ihre Kompetenz auch ferner anzuerkennen, aber unter wesentlich einschränkenden Bedingungen. Indem sie selbstverständlich die fernere Duldung der Kanzleimißbräuche ablehnten, verlangten sie, daß die Kanzlei ihres böhmischen Charakters entkleidet und zu einem rein königlichen Amte umgestaltet werde. Darnach sollte der Kanzler an die Person des Königs gebunden sein und ihm überall dahin folgen, wo sich dieser befinde. Bei der Eidleistung solle er dem Könige nicht bloß als Könige von Böhmen, sondern auch als Markgrafen von Mähren den Eid der Treue leisten. Diese Auffassung von der Stellung des Kanzlers, in der sich unzweifelhaft Žerotin's Ansicht kundgibt, zeigt keineswegs von einem so weitreichenden staatsmännischen Blicke, als es zunächst scheinen könnte. Richtig und im Interesse einer innigern Verschmelzung der böhmischen Kronländer scheint es gelegen, das Kanzleramt seines ihm noch anklebenden speziell böhmischen Charakters zu entkleiden und es zu einem Amte des Königs und sämmtlicher Kronländer umzugestalten. Aber das war nicht die Absicht Žerotin's und seiner Gesinnungsgenossen; in ihrem Eifer gegen die bisherige rein böhmische Stellung der Kanzlei wollten sie dieselbe zu einem exklusiv königlichen Amte umgestalten und hiebei fanden sie aus gleichen Gründen an den Schlesiern Bundesgenossen, die eine noch entschiedenere Sprache führten. Denn nach der Ansicht der letztern gehörten die Geschäfte der Kanzlei in den alleinigen Wirkungskreis des Königs, in welchem sich dieser absolut frei, ohne die Einsprache einer ständischen Versammlung berücksichtigen zu müssen, bewegen konnte. *)

*) Der Grund dieser Anschauung lag in den Separationsgelüsten der Schlesier, wie im Anhang ausführlich erörtert wird.

Hätten in Prag weiterblickende Staatsmänner getagt oder wäre ihr Blick nicht zu sehr durch provinzielle Eifersucht befangen gewesen, so würden sie nicht getrachtet haben, den Kanzler aus der Verbindung mit Böhmen loszulösen, um ihn zu einer Art von Privatsekretär des Königs zu machen, sondern sie würden den Kanzler in eine Verbindung mit den Generallandtagen gebracht haben, deren Berufung dann eine periodische hätte sein müssen. Allein das letztere wollten am allerwenigsten die Schlesier und Mährer; auf dem Programm ihrer Reformen war auch ein Artikel, der die Generallandtage betraf und dahin lautete, daß dieselben aufhören sollten. *)

Es war leicht vorauszusehen, daß eine so ganz neue Stellung des Kanzlers nicht die Zustimmung der Böhmen erlangen würde. Die Mährer mochten dies selbst einsehen und verlangten deshalb in der stillschweigenden Voraussetzung, daß in der Einrichtung und Stellung der Kanzlei keine wesentliche Aenderung eintreten würde, eine gesetzliche Vertretung in derselben. Wie wir erzählt, ging nach bisherigem Brauch die Anstellung sämmtlicher Beamten in der Kanzlei vom Kanzler aus. Diese Art der Ernennung wollten nun die Mährer dahin umgeändert wissen, daß fortan dem Kanzler ein Vicekanzler zur Seite stehen solle, der genau mit den mährischen Rechtsverhältnissen bekannt sein und dessen Anstellung gleichmäßig mit Zustimmung der böhmischen wie der mährischen Stände geschehen sollte. Mit dieser Forderung stand im Zusammenhang, was die Mährer bezüglich des Appellationsgerichtes verlangten. Da sie dasselbe um seines Ursprunges willen als ein königliches Gericht ansehen durften, so waren sie geneigt die Kompetenz desselben als höherer Instanz für die städtischen Gerichte anzuerkennen, verlangten aber, daß grundsätzlich auch einige Mährer bei demselben angestellt werden möchten. Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit war ferner die Forderung, daß auch die Mährer in Böhmen zu den höchsten Landesämtern zugelassen würden. Nach bisherigem Brauche konnten Böhmen, wenn sie in Mähren begütert waren, daselbst zu den höchsten Landesämtern gelangen, nicht aber umgekehrt die Mährer in Böhmen. Die letztern verlangten jetzt nach völliger Gleichberechtigung. Ward ihr Begehren erfüllt, so bestand thatsächlich vollständige Parität zwischen den beiden Nachbarländern, denn dann konnten auch Mährer zu dem Posten eines Kanzlers oder Appellationsgerichtspräsidenten gelangen. Schließlich verlangten die Mährer, daß man bei künftigen Anlehen die Städte und Prälaten mit drückenden Bürgschaften verschone.

*) Ueber diesen interessanten und wichtigen Umstand näheres im Anhang. Die Verfassung der böhmischen Monarchie würde auch ohne den Aufstand von 1618 eine merkwürdige Veränderung erfahren haben.

Um diese letzte Forderung zu verstehen, muß man die Eigenthümlichkeit des Staatsschuldenwesens jener Zeit berücksichtigen. Der König konnte Schulden nur dann kontrahiren, wenn für die Gesammtsumme oder für Theile derselben Bürgen auftraten. Wurden zur festgesetzten Zeit die Schulden vom Könige oder vom Lande nicht bezahlt, so hielten sich die Gläubiger an die Bürgen wie an gewöhnliche Privatschuldner und nöthigten sie zur Zahlung der übernommenen Bürgschaft. Bei diesem Stande des Schuldenwesens erging es den königlichen Städten und dem Prälatenstande am schlechtesten. Denn während einzelne Adelige, die um ihre Bürgschaft ersucht wurden, nach Maßgabe ihrer Vermögensverhältnisse sich frei entscheiden konnten, ob sie sich dem etwaigen Verluste von einigen Tausend Gulden aussetzen wollten und der König ihre allenfalls abschlägige Antwort sich gefallen lassen mußte, war es bei den Städten und Prälaten anders. Schon die einfache Zumuthung wegen Uebernahme einer Bürgschaft übte auf sie einen großen moralischen Zwang aus und wenn sie nichtsdestoweniger die Uebernahme der Bürgschaft ablehnten, wurden sie von der königlichen Kanzlei mit Drohungen überhäuft und mußten sich schließlich fügen. Das schlimmste war dann, daß gerade sie es waren, die ihrer Bürgschaft am spätesten oder gar nicht entledigt wurden, so daß sie mitunter in die bedrängteste Lage gerieten. Gegen diesen Mißbrauch, der nicht bloß die Mährer sondern auch die Böhmen und alle übrigen Kronländer drückte, erhoben nun die erstern Einsprache. Wie gerecht dieselbe immerhin sein mag, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Lage des Königs auch eine nicht minder entschiedene Berücksichtigung erforderte. Seine Einkünfte reichten zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse nicht hin, er mußte das fehlende durch Anlehen ersetzen, wie sollte er diese beschaffen, wenn ihm Bürgen fehlten? Ueber die Aufgabe des Staates und über die unbedingte Pflicht für die zur Lösung derselben nöthigen Mittel zu sorgen, hatten die Stände des 17. Jahrhunderts noch sehr primitive Begriffe und ihre Politik war vor allem darin konsequent, sich gegen die Anerkennung dieser Pflicht zu sträuben.

Ueberblickt man die Forderungen der Mährer, so ergibt sich, daß sie nach einer völligen Parität mit Böhmen verlangten, da die böhmischen Landesämter auch ihnen zugänglich sein und die Kanzlei jene angedeutete exemte Stellung erlangen sollte. Nur in einem Punkte rüttelten sie nicht an der Präponderanz der Böhmen, in der Frage bezüglich der Königswahl. Ungleich den Schlesiern, die seit fast hundert Jahren nach der Theilnahme an derselben begehrten, wollten sie die Böhmen ruhig im Genuß ihres Vorrechtes lassen. Man darf jedoch hierin nicht übersehen, daß die Zurückhaltung der Mährer thatsächlich kein so außerordentliches

Opfer war. Thatsächlich hatte das Haus Habsburg Erbrechte auf die böhmische Monarchie, die Wahl des betreffenden Erben auf den böhmischen Thron war nichts anderes, als eine feierlich gegebene Zustimmung zu dessen Erhebung, die nicht versagt werden konnte.*) Die Theilnahme an einer bloßen Formalität, mochte sie auch noch so bedeutungsvoll sein, hatte für die Mährer kein so hervorragendes Interesse. Mehr als eine bloße Formalität war natürlich das Wahlrecht beim Erlöschen des Königshauses, allein dieser Fall war im Jahre 1611 nicht zu erwarten. Und wenn er eintrat, dann konnten die Mährer eine Berücksichtigung ihrer Stimme erwarten, gleichgiltig ob ein Privileg hiefür sprach oder nicht, denn die Stimme eines zahlreichen und kriegstüchtigen Volkes verschafft sich immer Geltung. — So viel geht aus der Haltung der Mährer hervor, daß ihren Forderungen keine vor der Hand noch verdeckten und feindseligen Hintergedanken gegen die Böhmen zu Grunde lagen, sondern daß sie bereit waren, wenn ihre Wünsche nach voller Autonomie und Gleichberechtigung befriedigt wurden, treu mit ihnen zusammenzuhalten und ununterbrochen unter einem Herrscherhause zu leben.

Gleichzeitig mit den Mährern überreichten auch die Schlesier, die Ober- und Niederlausitzer ihre Beschwerden und verlangten eine Aenderung ihres bisherigen Verhältnisses zu Böhmen. Ihre Beschwerden und Vorschläge richteten sich naturgemäß gegen die drei mehrfach genannten Centralämter. Die Schlesier protestirten zunächst gegen die fernere Dauer der bereits angeführten Kanzleimißbräuche. Auch bei ihnen hatte die Kanzlei Schuldnern Moratorien eingeräumt, Verbrecher willkürlich begnadigt, den ordentlichen Rechtsgang durch Evokationen gestört und ähnliches mehr. Neben der Abschaffung dieser und anderer Mißbräuche verlangten die Schlesier, um für die Zukunft vor einer die Rechte ihres Landes verletzenden Wirksamkeit der Kanzlei bewahrt zu sein, daß die deutsche Expedition derselben (die auf Schlesien und die Lausitze bezügliche) von einem Vicekanzler und mehreren Sekretären besorgt werde, deren Ernennung ihnen (den Schlesiern) im Verein mit den Lausitzern zustehen sollte. Ein gleiches forderten sie bezüglich der Anstellung der Räthe bei der böhmischen Kammer, der sie also eine gewisse administrative Wirksamkeit auch ferner zugestehen wollten. Anders jedoch als die Mährer verhielten sie sich gegen das Appellationsgericht. Sie verlangten, daß die Jurisdiktion desselben

*) Ueber das Erbrecht des Hauses Habsburg auf den böhmischen Thron haben wir den Nachweis in den „Beiträgen zu der Geschichte des 30-jährigen Krieges" erschienen in den Sitzungsberichten der kais. Akademie der Wiss. gegeben.

für Schlesien suspendirt und in diesem Lande ein eigenes derartiges Gericht errichtet werde. *)

Die Ober- und Niederlausitzer schlossen sich den Forderungen der Schlesier mit einigen Unterschieden an. So verlangten sie für sich keine Uebertragung des Appellationsgerichtes, dagegen gesetzlich eine theilweise Besetzung desselben durch Lausitzer. Vor allem jedoch forderten sie, daß fortan die Landvogtei in der Ober- und Niederlausitz (d. i. der königliche Statthalterposten) nicht mit eingebornen Böhmen, sondern mit Lausitzern besetzt werde. Schließlich begehrten sie die Abstellung einer großen Anzahl umständlich angeführter Beschwerden. **) Geht man auf den Inhalt derselben näher ein, so zeigt sich, daß auch sie die Folge eines ungesetzmäßig erweiterten Einflusses der Kanzlei waren, gegen den die Mährer am eingehendsten protestirt hatten.

Untersucht man die Forderungen der Schlesier, so scheint es auf den ersten Blick, als ob sie nicht weiter gingen als die Mährer. Kämpften sie auch gegen den Fortbestand des gemeinschaftlichen Appellationsgerichtes an, so wollten sie doch der böhmischen Kammer eine centrale Bedeutung zugestehen, und bezüglich der Kanzlei scheinen ihre Forderungen vollständig mit denen der Mährer zusammenzufallen. Dennoch scheint dies nur so. Das eigentliche Ziel ihrer Bestrebung war nicht die Anstellung eines Vicekanzlers, der bekannt mit den Verhältnissen Schlesiens dem Kanzler mit Rath und That beistehen konnte, so daß die Entscheidungen mit Sachkenntniß und Gerechtigkeit erfolgen konnten, ohne die Einheit der Kanzlei zu zerreißen. Ihr Bestreben ging vielmehr darauf hinaus, daß der Vicekanzler und das ihm beizugebende von den Schlesiern und Lausitzern allein zu wählende Personale selbstständig die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten besorgen und der Kanzler auf die Entscheidungen derselben keinen Einfluß nehmen sollte. Die Einheit der Kanzlei sollte ein Ende nehmen und höchstens nur noch darin bestehen, daß Kanzler und Vicekanzler ihre Geschäfte unter einem Dache verrichteten. Nicht einmal seine Unterschrift sollte der Kanzler den auf Schlesien bezüglichen Akten beisetzen dürfen, damit auch der leiseste Schein schwinde, als ob Schlesien in irgend einer Abhängigkeit von Böhmen stehe. Als bei den Verhandlungen im Laufe der folgenden Jahre die Böhmen erklärten, daß die Sprache der Schlesier im Jahre 1611 nicht so klar gewesen sei, um aus derselben auf die Absicht einer vollständigen Tren-

*) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Schlesische Gravamina ddo. 14. Mai 1611.

**) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Gravamina der Oberlausitzer ddo. 14. Mai. — Gravamina der Niederlausitzer ddo. 14. Mai.

nung und auf die thatsächliche Errichtung einer neuen Kanzlei schließen zu können, entgegneten die Schlesier: „solches thäten sie zwar gestehen, daß von keiner absonderlichen Kanzlei damals (1611) Meldung geschehen, dies aber könnten sie wohl mit Gewissen reden, daß es ihre Intention gewesen wäre (nämlich die Errichtung einer eigenen Kanzlei) und (zwar) zu dem Ende, daß sie sich von den Herrn Böhmen ferner nicht regieren lassen, noch unter derselben Gubernament sein wollen."*) Thatsächlich waren die Schlesier bei dem Entschlusse angelangt, jede wie immer geartete Verbindung mit Böhmen zu lösen, die einzige ausgenommen, daß sie mit diesem Lande noch ferner unter einem und demselben Herrscher stehen wollten. Aber selbst dieses begrenzten sie dahin, daß sie nachgerade erklärten, für sie existire Mathias nur als Herzog von Schlesien und keineswegs als König von Böhmen, Schlesien sei ein deutsches Reichslehen, absolut unabhängig von Böhmen, mit demselben in gar keinem rechtlichen Nexus, jede derartige Behauptung der Böhmen nur Anmaßung und ihre (der Schlesier) feste Absicht sei es, derselben ein Ende zu machen. Diese Gesinnung verdeckten die Schlesier noch theilweise, als sie jetzt mit den Böhmen verhandelten und auf gütlichem Wege das Ziel ihrer Bestrebungen zu erreichen hofften; sie machte sich aber, wie noch berichtet werden wird, in den allerstärksten Ausdrücken Luft, als sie die Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen bemerkten.

Es war nun an den Böhmen, auf alle die verschiedenen Beschwerden und Forderungen eine Antwort zu geben, natürlich nicht auf die verdeckten Bestrebungen der Schlesier, sondern auf die offen vorliegenden. Die Kanzleifrage war die Hauptsache. Für die Böhmen gab es zwei Wege: sie konnten ihre Entscheidung treffen auf Grund des positiven Rechtes oder aber von demselben absehen und nach dem Grundsatze: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte," eine solche Einrichtung der Kanzlei vorschlagen, welche keinem der Länder der böhmischen Krone einen Vorrang einräumte. Daß sie letzteres nicht thaten, findet seine Erklärung in dem gleichen Vorgang aller Völker. Weder ein Volk noch ein Bruchtheil desselben steigt freiwillig von der Höhe herab, zu der es in Folge Jahrhunderte langer Anstrengung und glücklicher Zufälle gelangt ist. Auch mußten sie in der Haltung der Mährer und Schlesier gegen die zeitweise Berufung der Generallandtage mit Recht ein Streben erblicken, welches keineswegs auf eine billige Reform als vielmehr auf die Sprengung derjenigen Bande, welche die Länder der böhmischen Krone zu einem Ganzen innerlich verknüpften, hinzielten. Von dem Standpunkt ausgehend, daß sie im Besitze wohler-

*) Verhandlungen über die Kanzlei im J. 1616 — im böhm. Statthaltereiarchiv.

worbener und durch langen Gebrauch geheiligter Rechte sich befänden, be-
19. Mai 1611 antworteten die Böhmen die Beschwerden und Forderungen der sämmtlichen inkorporirten Länder abweisend.*) Die Aufregung, welche sich der letzteren bemächtigte, war keine geringe und äußerte sich zunächst darin, daß sie in neuen Schriften ihren Standpunkt mit um so größerer Energie verfochten und noch dringender die Abstellung der gerügten Beschwerden verlangten. Mittlerweile nahte der zur Krönung bestimmte Tag; schon hatte selbst Rudolf zu derselben seine Zustimmung gegeben und noch war zwischen den Böhmen und den übrigen Mitgliedern des Generallandtags weder ein Ausgleich getroffen worden, noch Aussicht zu einem solchen vorhanden. Indessen legten die Vertreter Schlesiens und der Lausitze um ihrer Angelegenheit willen kein Veto gegen die Vornahme der Krönung ein, sondern beschlossen die Verhandlungen nach derselben wieder aufzunehmen, nur die Mährer wollten mindestens die Kanzleifrage vor der Krönung entschieden wissen. Noch am Krönungstage selbst verlangten sie von den Böhmen die Gewährung ihrer darauf bezüglichen Forderung; die Verhandlung zog sich bis in die Mittagszeit hinein, bis schließlich die Beharrlichkeit der Mährer und unzweifelhaft auch Zerotins Ansehen den Sieg davon trug. Die Böhmen mußten sich, wiewohl „sehr ungern", dazu verstehen, im Einverständnisse mit den Mährern vier Personen zu bezeichnen, aus denen sich der Kanzler zur Besorgung der mährischen Angelegenheiten einen Vicekanzler wählen sollte.**) Dies war das Resultat aller Verhandlungen bis unmittelbar vor der Krönung.

Nach der Krönung wurden dieselben neuerdings aufgenommen und zunächst mit Mähren zu Ende geführt. Die Böhmen trugen jetzt den Wünschen ihrer nächsten und stammverwandten Nachbarn vollständig Rechnung und so ward am 26. Mai ein Vertrag bestehend aus 30 Artikeln abgeschlossen, der das künftige Verhältniß zwischen Böhmen und Mähren bestimmte.***) Die vollständige Autonomie Mährens in Bezug auf Administration, Finanzen und Justiz wurde darin festgesetzt und nur bezüglich des Appellationsgerichtes zugegeben, daß es auch ferner die höhere Instanz für die Stadtgerichte bilden solle. Bezüglich der Kanzlei, die von allen Mißbräuchen zu reinigen sei, ward bestimmt, daß dem Kanzler ein Vice-

---

*) Während dieses ganzen Streites wurden zwischen den Böhmen einerseits und den Mährern, Schlesiern und Lausitzern andererseits über 40 Streitschriften von mehr oder minder bedeutendem Umfang gewechselt. Diese Streitschriften, befindlich im böhmischen Statthaltereiarchiv, bilden das Substrat für unsere Darstellung.

**) Diarium über die Prager Traktation. MS. im Wiener Staatsarchiv 491.

***) Böhmisches Statthaltereiarchiv. Vertrag zwischen den Böhmen und Mährern ddo. 26. Mai 1611.

kanzler zur Seite zu stehen habe, zu dessen Anstellung die mährischen Stände ihre Gutheißung geben und in dessen Ressort die mährischen Angelegenheiten fallen sollten. Es verstand sich jedoch, daß der Kanzler das Haupt der Kanzlei bleiben sollte. Mit diesem Vertrage, der die Mährer mit freudiger Genugthuung erfüllte, waren auch die Böhmen nachgerade zufrieden. Wie bedeutend bei letztern die Stimmung zu Gunsten der Mährer mittlerweile umgeschlagen hatte, beweist namentlich der 27. Artikel des Vertrags, welcher bestimmte, daß in Bezug auf die Bekleidung der höchsten Landesämter volle Reciprocität zwischen Böhmen und Mähren zu herrschen habe, daß also die einen wie die andern, wenn sie nur im Nachbarlande begütert waren, zu den Landesämtern Zutritt haben sollten. Da dieser Vertrag offenbar auch für Mathias von höchster Wichtigkeit war, indem er in die Rechte, welche Rudolf durch die Kanzlei bisher ausgeübt hatte, eingriff, so bedurfte er zu seiner Giltigkeit auch des neuen Königs Sanktion. Jetzt zeigte sich, daß die bisher geübten Prärogative der Kanzlei für denselben eine noch größere Bedeutung hatten als für die Böhmen, denn trotzdem, daß die letzteren in ihre Schmälerung und in eine gesetzliche Bestimmung derselben sich gefügt hatten, wollte Mathias nichts davon wissen und verwarf die ihm zugemuthete Bestätigung des Vertrages. Beinahe zwei Jahre lang dauerte deshalb zwischen ihm und den mährischen Ständen, die unablässig diese Bestätigung betrieben, der Streit hierüber, bis Mathias endlich im Beginn des Jahres 1613 nachgab.*)

Den Verhandlungen mit Mähren folgten darauf die mit Schlesien. Gegen diese zeigten sich die Böhmen keineswegs so nachgiebig wie gegen die Mährer. Bezüglich der augenscheinlichen Mißbräuche, welche sich bei der Kanzlei auch in der Behandlung der schlesischen Angelegenheiten eingeschlichen hatten und auf die hier bereits hingewiesen worden, sprachen sich zwar die Böhmen mißbilligend aus und boten zu ihrer Beseitigung die Hand, dagegen wollten sie nichts von einer Bewilligung jener Forderungen der Schlesier wissen, welche das bisherige staatsrechtliche Verhältniß derselben zu dem Stammlande verrückt hätten. Nach mancherlei Verhandlungen kam endlich eine Art Ausgleich am 7. Juni zu Stande. 1611
Die Mehrzahl der von den Schlesiern erhobenen Beschwerden untergeordneter Bedeutung wurden durch denselben beseitigt, und jene Punkte, bezüglich deren keine Einigung erzielt werden konnte, genauer präcisirt. Diese Punkte sind aber gerade die wichtigsten, sie betrafen die Kanzlei, die Kammer, das Appellationsgericht und die Generallandtage. Bezüglich der Kanzlei wird in dem Ausgleiche erzählt, daß die Schlesier verlangt hätten, es solle ihnen

---

*) Brandl. Der mährische Landtag von 1612.

die Wahl eines Vicekanzlers und zweier Räthe, die sich mit den schlesischen und Lausitzer Angelegenheiten zu befassen hätten, überlassen werden. Die Entgegnung der Böhmen auf diese Forderung lautete dahin, daß diese Umgestaltung der Kanzlei in der Weise, wie sie die Schlesier verlangten, Sache des Königs sei, bei ihm müßten dieselben die Gewährung ihrer Forderung betreiben. — Diese Sprache wurde zum erstenmale von den Böhmen geführt und stimmte gar nicht mit früheren Reden überein, nach denen die Bestellung des Kanzleipersonals dem Kanzler überlassen wurde, sie stimmte auch keineswegs mit dem Ausgleiche überein, der mit den Mährern getroffen worden. Denn gedrängt von den letztern hatten die Böhmen, wie erzählt worden, dieselben nicht erst an den König gewiesen, sondern sich aus eigener Machtvollkommenheit mit ihnen über die Anstellung eines mährischen Vicekanzlers verglichen. Wie kam es nun, daß die Böhmen mit einemmale die Entscheidung über eine so wichtige Angelegenheit aus der Hand gaben? Die Ursache hievon ist in nichts anderem zu suchen, als weil sie annahmen, der König werde ohne die Zustimmung seiner böhmischen Räthe keine Entscheidung treffen und sie demnach noch immer in der Lage sein, den Schlesiern entgegenzutreten. Daß unsere Angabe keine bloße Vermuthung ist, bestätigen die folgenden Ereignisse.

In gleicher Weise wie die Kanzleifrage ward auch die Kammerfrage in dem Vergleiche nicht sowohl gelöst, als vielmehr präcisirt. Nachdem abermals erzählt worden, daß die Schlesier die Anstellung einiger Kammerräthe, denen die schlesischen Angelegenheiten übertragen werden sollten, in Anspruch nähmen, wurde von Seite der Böhmen entgegnet, daß die Gewährung dieses Wunsches in Seiner Majestät Hand liege. Die Forderung der Schlesier nach einem eigenen Appellationsgerichte lehnten die Böhmen ab, aber sie gaben zu, daß fortan fünf Räthe des Appellationsgerichtes von den Schlesiern und Lausitzern präsentirt werden dürften, denen dann die Besorgung der Prozesse ihrer Landsleute übertragen werden sollte. Endlich kam auch die Angelegenheit der Generallandtage in dem Vergleiche zur Sprache. Schon im Laufe der letzten Wochen hatten die Schlesier ihre Unzufriedenheit mit den Generallandtagen ausgesprochen, jetzt verlangten sie am Schlusse, daß grundsätzlich und durch ein von den Böhmen auszustellendes „Diploma" erklärt werde, daß die Beschlüsse des Generallandtags für Schlesien keinerlei Verbindlichkeit haben sollten, wofern nicht die Fürsten und Stände Schlesiens nachträglich ihre Zustimmung zu denselben gegeben hätten. Die Böhmen lehnten diese Forderung, die den Generallandtag zu einer bloßen Gesandtenkonferenz gemacht hätte, ab. Da der Ausgleich seinem hier erzählten Inhalte nach bloß das Resultat der Verhandlungen eines Ausschusses des böhmischen Landtags mit den schlesischen Deputirten war, so

ward noch am Ende bestimmt, daß zu dessen Giltigkeit die Ratifikation des Königs und der böhmischen Stände erforderlich sein solle. Wir bemerken gleich jetzt, daß diese Ratifikation weder von den böhmischen Ständen noch von Seite des Königs erfolgte.*) Die Schlesier, unzufrieden mit dem Gebotenen, bemühten sich nicht, dieselbe zu erlangen, sondern waren entschlossen ihre Angelegenheiten mit Uebergehung der Böhmen selbstständig mit dem Könige zu verhandeln. Wir werden später sehen, mit welchem Erfolge.

Am gleichen Tage wie mit den Schlesiern, ward auch mit den Ober- und Niederlausitzern ein Vergleich geschlossen. Da sich die letztern mit ihren Forderungen großentheils an die der Schlesier anschlossen, so ward ihnen meistens dieselbe Antwort zu Theil, so daß die Lausitzer nur bezüglich des minder wichtigen Theils ihrer Wünsche befriedigt wurden. In der wichtigsten Angelegenheit, der wegen der Landvogtei in der obern und niedern Lausitz, beharrten die Böhmen bei ihrer frühern Entscheidung, daß nämlich dieselbe auch fürderhin nur mit Böhmen besetzt werden dürfe. Den Lausitzern wurde es freigestellt, allfällige Ansprüche auf diese Aemter, wenn sie solche rechtlich erweisen könnten, bei einem Gericht anhängig zu machen.**)

III

Schon gleich im Beginne der Streitigkeiten, die sich zwischen den Böhmen und den übrigen Kronländern entspannen, hatte sich Rudolf der Hoffnung hingegeben, daß dieselben für ihn von Nutzen sein und seinen Sturz hintanhalten würden. Er beschloß sich deshalb an die Schlesier und Lausitzer zu wenden, um sie durch Versprechungen zu gewinnen. In einer Zuschrift an dieselben klagte er, daß er zur Landtagsproposition nur mit Gewalt und Drohungen gezwungen worden und gewiß dieselbe anders gefaßt haben würde, wenn er auf ihre Ankunft hätte warten können.***) Wäre seine Regierung nicht gänzlich diskreditirt gewesen, so würde es

*) Wir erfahren dies aus den folgenden im Jahre 1616 gepflogenen Verhandlungen, die sich im böhm. Statthaltereiarchiv befinden.

**) Wir können hier im Texte nicht die fernere Entwicklung des Streites zwischen Böhmen und Schlesien in der Kanzleifrage erzählen, denn derselbe spann sich bis in das Jahr 1616 fort und beweist unsern Satz, den wir Eingangs des zweiten Bandes dieses Werkes aufgestellt haben, daß die Schlesier es auf eine vollständige Trennung von Böhmen abgesehen hatten. Da der Gegenstand zu wichtig ist, als daß wir ihn hier übergehen könnten, so haben wir am Schlusse dieses Werkes in der Beilage die weitere Entwicklung des Streites bis zum Jahre 1616 erzählt.

***) Hurter VI 695. Beilage 254.

ihm ein leichtes gewesen sein, an den Schlesiern und Lausitzern durch Gewährung ihrer Forderungen eine Stütze zu finden. Was er aber in dieser Beziehung auch immer denselben noch weiter anbieten mochte, sie wollten nichts von einer Verkettung ihres Schicksals mit dem seinigen wissen. Seine einzige Stütze bildeten die Gesandten von Sachsen und Kurmainz, die mittlerweile in Prag angelangt waren und im Namen ihrer Herren für den Kaiser eintraten. Zuñiga, der sich keine überflüssige Mühe gab, um des letzteren Herrschaft aufrecht zu erhalten, suchte seinen Einfluß nur in soweit geltend zu machen, um eine glimpflichere Behandlung Rudolfs herbeizuführen. Er setzte deshalb den Bischof Khlesl scharf zur Rede, daß man den Kaiser als einen Gefangenen behandle und ihm nicht einmal die Prager Burg zur Residenz gönnen wolle, über dies hinaus suchte der Gesandte vorläufig auf die Verhandlungen nicht einzuwirken.*)

Die sächsischen Gesandten Dr. Gerstenberger und Wolf von Lüttichau waren von dem Kurfürsten Christian II nicht bloß an Rudolf und Mathias, sondern auch an die böhmischen Stände und die in Prag versammelten Ausschüsse der übrigen Kronländer abgeschickt. Sie begannen
1611 am 29. April ihre Verhandlungen mit einigen der wichtigsten Rathgeber des Königs Mathias, mit Khlesl, Meggau, Žerotin, Losenstein und Hofkirchen. Khlesl eröffnete die Konferenz mit einer Auseinandersetzung der gegenwärtigen Verhältnisse, in der er den Beweis zu liefern suchte, daß das, was in Böhmen vorgehe, eine Sache sei, die außer Rudolf, Mathias und die böhmischen Stände Niemanden angehe und daß der Kurfürst von Reichswegen sich in dieselbe nicht einzumischen habe. Die sächsischen Gesandten suchten das Gegentheil nachzuweisen und verlangten, daß Mathias sich mit der Krönung begnüge, Rudolf aber nach wie vor die Regierung im Lande führe. Khlesl wies mit wohlberechtigtem Spotte diese Zumuthung ab, indem er lachend sagte, „wenn die Deutschen von Rudolf so wohl regiert worden, daß sie noch Lust hätten, länger unter seiner Herrschaft zu leben, so wolle man ihnen denselben gönnen."**) In einer Besprechung,
30 Apr. die Tags darauf Gerstenberger und Lüttichau mit Losenstein, der im Auftrage des Königs bei ihnen erschien, hatten, hielten sie unverrückt an ihrem Standpunkte fest und brachten sogar einen detaillirten Vermittlungsvorschlag vor. Der Vertrag vom 30. September 1610 sollte in seiner Geltung bleiben, von Rudolf und Mathias eidlich bekräftigt und dabei die Bürgschaft einiger Monarchen, darunter des Königs von Spanien, angerufen werden. Unter dieser Bedingung sollte Mathias alsbald gekrönt und die ober-

*) Simancas 2497/226. Zuñiga an Philipp III ddo. 25. April 1611.
**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 278.

sten Kronbeamten nicht nur dem Kaiser, sondern auch ihm eidlich verpflichtet sein. Der Sinn von allem war der, daß Rudolf nach wie vor im Besitz der Regierung bleiben sollte. *)

Am 1. Mai hatten die Gesandten abermals eine Konferenz mit des Mathias Vertretern. Khlesl unterzog sich der undankbaren Mühe nachzuweisen, daß man eigentlich keinen Grund habe, sich des Kaisers anzunehmen, alles geschehe „moderate“ und „modo legitimo“, der Kaiser und der König hätten sich bereits verglichen und ersterer habe ja schon der Regierung entsagt. Worüber noch unterhandelt werden könne, das seien nur die Nebenbedingungen. Žerotin, der auch zugegen war, und das Wort ergriff, stützte sich nicht auf derartige gleißnerische Argumente, sondern gab offen zu, daß man dem Kaiser Gewalt anthue, aber er rechtfertigte dieses Vorgehen, indem er mit einigen scharfen Zügen dessen Regierungsweise charakterisirte. **)

Gleichzeitig mit diesen vergeblich zu Gunsten des Kaisers geführten Verhandlungen knüpften die sächsischen Gesandten ähnliche mit einigen Wortführern unter den böhmischen Ständen an. Christian II hatte sie deshalb an Schlick, Thurn, Colonna von Fels und Wilhelm von Lobkowitz gewiesen, diesen auch selbst in einem eigenen Schreiben eine bessere Behandlung des Kaisers empfohlen. ***) Allein weder vertraulich angeknüpfte Unterhandlungen mit den genannten Parteihäuptern, noch eine öffentliche Audienz, welche der böhmische Landtag den sächsischen Gesandten ertheilte, hatten das gewünschte Resultat. Thurn versicherte im Zwiegespräch, daß die Stände geneigt wären, der Vermittlung des sächsischen Kurfürsten, eines ihnen werthen Nachbars, Rechnung zu tragen, aber der Passauer Einfall habe jede Möglichkeit einer weitern Transaktion mit dem Kaiser abgeschnitten. †) Ob der Gesandte des Kurfürsten von Mainz, Brömser, welcher gleicherweise den Auftrag hatte, bei den Ständen die Interessen des Kaisers zu vertreten, in einer öffentlichen Sitzung dies that, ist uns nicht bekannt; es scheint jedoch nicht der Fall zu sein, da er durch das Schicksal der sächsischen Anträge und durch eigene Erfahrung die Erfolglosigkeit aller nach dieser Richtung hin abzielenden Bestrebungen kennen lernte. Am selben Tage, an welchem die Sachsen im Landtage auftraten,

*) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an den Kurfürsten ddo. 29. April — 1. Mai 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Gerstenberger und Lüttichau an Kursachsen ddo. 22. April — 2. Mai 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Christian II an Schlick, Thurn, Fels und Wilhelm von Lobkowitz ddo. 1/11. April.

†) Die sächs. Gesandten an Christian II ddo. 27. April/7. Mai 1611.

hatte Brömser eine Unterredung mit Wenzel Kinsky, der ihm in seiner derben Weise sagte, man wundere sich nicht wenig, daß sich die deutschen Fürsten „unterstünden", in die böhmischen Angelegenheiten sich einzumischen. Als der Gesandte nach der Gewohnheit jener Zeit ein langes und breites zusammenschwatzte, daß die Stände „vor Gott, der Posterität, dem heiligen römischen Reich und der ganzen Welt ihr Auftreten gegen den Kaiser nicht würden verantworten können", äußerte sich Kinsky in ähnlicher Weise wie Khlesl einige Tage vorher gegen die sächsischen Gesandten: „Wenn dem Reiche mit einem solchen Herrn und Regenten so wohl gedient sei, so solle man ihn nur hinnehmen und behalten, so lange man könne, sie, die Böhmen, begehrten seiner nicht mehr und könnten seiner wohl entrathen." Uebrigens wisse man, setzte Kinsky hinzu, in Böhmen gut, wie die Dinge im Reiche stünden, und mache sich also keine Sorgen. Darauf entgegnete der Gesandte mit lächerlicher Gespreiztheit: „dem heiligen römischen Reiche stünden Gottlob noch Mittel und Vermögen zu Gebote, ihr von Gott vorgesetztes und durch ordentliche Wahl berufenes Haupt mit dessen Perfectionibus und Imperfectionibus zu unterhalten und sich mit demselben zu gedulden." Mit dieser Androhung einer Reichsintervention zu Gunsten des Kaisers nahm das Zwiegespräch ein Ende. *)

Der Kaiser, der seine Hoffnungen auf jeden Strohhalm setzte und folglich von den Verhandlungen der Diplomaten ein Resultat erwartete, war nicht wenig bestürzt, als er die Nachricht von der Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen erhielt. Am 7. Mai lud er die Gesandten zu einer gemeinsamen Berathung ein, an der auch der Herzog von Braunschweig, der Landgraf von Leuchtenberg und Mollard theilnahmen. Als die Versammlung vollzählig war und der Kaiser in derselben erschien, ergoß er sich in bittere Klagen, so daß sich die Anwesenden kaum ihrer Thränen erwehren konnten. „Ich habe," sagte er dann, „ein besonders gutes Vertrauen zu den Kurfürsten von Mainz und von Sachsen und zu Euer Liebden (dem Herzog von Braunschweig), darum will ich euch mein Anliegen entdecken, denn die Noth lehrt mich reden. Ihr Landgraf habt gesagt: Wenn ihr jenesmal (1608) bei mir gewesen wäret, ich sollte die ungarische Krone wohl behalten haben; jetzt wollt ihr mir die böhmische Krone von meinem Haupte nehmen und dem Mathias aufsetzen." Der Landgraf erwiederte erschrocken: „Allergnädigster Kaiser, sollte ich das thun?" Rudolf entgegnete, indem er auf Mollard und Leuchtenberg hinwies: „Ihr beide." Der Landgraf bat auf dies um seinen Abschied und wollte wissen, wer ihn so ver-

*) Münchner Staatsarchiv 542/20, 25. Protokoll der Mainzer und sächs. Gesandten über die Prager Transaktion. —

leumdet habe; Mollard schwieg bei der Anschuldigung. Der Kaiser fuhr indessen weiter fort: „Ihr müßt mich recht verstehen, ihr habt mich mit der Landtagsproposition übereilt.“ Und nun erzählte er, daß „man ihm keinen Tag Zeit zum Nachdenken gegeben und wie er habe essen wollen, so habe Barwitius die Schrift in seine Hand gestoßen und er habe unterschreiben müssen.“*) Er verlangte zuletzt, die Anwesenden sollten ihren Einfluß aufbieten, daß des Mathias Krönung überhaupt nicht statthabe, oder wenigstens auf vier Monate verschoben werde und wenn dies nicht möglich sei, so solle man Anstalten zu seiner Abreise nach Regensburg treffen.

Der Herzog von Braunschweig war der einzige, der das Wort ergriff und dem Kaiser geradezu sagte, die Aufschiebung und Verhinderung der Krönung sei nicht möglich. Er theilte ihm mit, daß seit acht Tagen in der Domkirche Vorbereitungen und Bauten zu diesem Zwecke vorgenommen würden. Der Kaiser, der dies zu seiner nicht geringen Bestürzung erst jetzt erfuhr, führte nichtsdestoweniger eine Menge Gründe an, um derentwillen die Krönung dennoch nicht stattfinden dürfe: noch hätten die Böhmen die Bedingungen seiner Verzichtleistung nicht unterzeichnet, noch habe er sie nicht ihres Eides entbunden. „Erlauben es,“ fuhr er weiter fort, „die Landesgesetze, daß ein König in seiner Regierung turbirt werde? Was haben die Passauer so außerordentliches gethan? Sie haben geraubt, die Oesterreicher stehlen, jene haben die Kleinseite eingenommen, diese das Schloß und halten mich gefangen. Die Dinge müssen ein Ende nehmen, ich kann das ewige Trommeln, Trompeten und Schießen nicht hören, es ist für mich Gift und bringt mich um's Leben. Was soll ich allhier machen, soll ich etwa des Mathias Gubernator sein? Ich achte es nicht mehr werth, hier zu bleiben, das Leben ist mir lieber.“ So erhitzte er sich allmälig in seiner Rede, denn während er ursprünglich in Böhmen bleiben und die Regierung festhalten wollte, schien er zuletzt von Ueberdruß ergriffen und sprach nur von der Abreise. Der Herzog von Braunschweig widerriet auch die Abreise, da sie leicht dem Kaiser schimpfliche Mißhandlungen vom Volke zuziehen könnte. Als derselbe aber nichtsdestoweniger an ihr festhielt, frug ihn der Herzog, ob er die Krönung seines Bruders gestatten würde, wenn er auch weiterhin die Regierung in Böhmen führen dürfte und ob er unter dieser Bedingung seinen Bruder zur Nachfolge im Reiche den Kurfürsten empfehlen würde; die letztern könnten ja doch thun, was sie wollten. Die Antwort des Kaisers auf die-

*) Diese Scene erzählen die sächs. Gesandten ganz in obiger Weise in einem Schreiben vom $\frac{29.\ \text{Apr.}}{9.\ \text{Mai.}}$ 1611 an den Kurfürsten von Sachsen im sächsischen Staatsarchiv.

sen Vorschlag ist charakteristisch: „Es würde ihm," erwiederte er, „schwer ankommen, wenn man im Reiche diese Händel ungestraft lassen könnte, das würde ihm ein nagender Wurm am Herzen sein." Mit den Worten: „Ich will den Dingen weiter nachdenken" entließ er die Versammelten, nachdem er ungefähr anderthalb Stunden mit ihnen verhandelt.*) — Man sieht, des Kaisers Ueberdruß an der Regierung von Böhmen war nur ein vorgeschützter, seine Seele war nur von einem Wunsche und zwar dem nach Herrschaft erfüllt. Alles, was er im Widerspruche damit behauptete, war entweder Folge einer momentanen Aufregung oder Verstellung.

Den Tag nach dieser Berathung, die eigentlich keinen Beschluß zur Folge hatte, suchten die Böhmen eine Audienz zu erhalten, um dem Kaiser die Antwort auf die Bedingungen seiner Resignation zu überreichen. Der Wortlaut derselben ist uns nicht bekannt, sie wird jedoch dem Inhalt nach so ziemlich mit jener übereinstimmen, welche von den Böhmen schon am 18. April verfaßt worden und die wir eingehend skizzirt haben. Hinzugefügt war diesmal noch die Bitte, der Kaiser möge die Böhmen, Schlesier und Lausitzer ihres Eides entbinden. Der Betrag der jährlichen Pension wurde in dieser Eingabe auf die Summe von 100.000 Thaler festgesetzt.**) Der Kaiser empfing die ständische Deputation erst am 9. Mai und versprach ihr eine baldige Antwort. Er berief deshalb die ihm übriggebliebe-
11. Mai nen Geheimräthe und die Gesandten zu einer abermaligen Berathung;
1611 der Herzog von Braunschweig fehlte wegen Unwohlseins bei derselben. Diesmal ergriffen die sächsischen Gesandten das Wort, sie widerrieten dem Kaiser in die Wünsche der Böhmen einzugehen und empfahlen ihm einen Aufschub zu begehren. Sie stellten ihm vor, die Forderungen der Böhmen seien derart, daß er, ohne eine „schwere Verantwortung gegenüber den Ständen des heiligen römischen Reiches" auf sich zu laden, dieselben nicht ohne weiteres eingehen, sondern sich Raths bei mehreren Fürsten namentlich bei dem Könige von Spanien erholen müsse. Hätten die Böhmen bei vier Wochen Zeit gebraucht, bevor sie dem Kaiser auf seine Bedingungen eine Antwort gegeben, so dürfe er hinwiederum auch von ihnen eine Frist von „etwa 6 Monaten" begehren, um mittlerweile den Rath seiner Freunde und des kurfürstlichen Kollegiums zu vernehmen. Aus denselben Gründen rieten sie auch dem Kaiser ab, seine Unterthanen ihres

---

*) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Christian II ddo. $\frac{\text{27. Apr.}}{\text{7. Mai.}}$ 1611. — Münchner Staatsarchiv. 542/20, 25. Protokoll der Mainzer Gesandten über die Prager Transaktion.

**) Wir schließen auf diese Summe, weil später Verhandlungen stattfanden, um die Pension des Kaisers von 100.000 Thalern auf 120.000 zu erhöhen. Es müssen also jetzt 100.000 angeboten worden sein.

Eides zu entbinden. Die Geheimräthe stimmten der Meinung der sächsischen Gesandten bei und schlugen nur vor, den Böhmen eine vorläufige ausweichende Antwort zu geben. *)

Bevor noch die Abfassung dieser dilatorischen Antwort zu Stande kam, bedrohten die Böhmen, ungeduldig seit zwei Tagen keinen Bescheid erhalten zu haben, dem Kaiser, daß, wofern er sie nicht des Eides entbinden werde, sie auch ohne dies die Krönung vornehmen würden. Eine aufschiebende Antwort hatte demnach keine Aussicht auf Erfolg. Im Auftrage des Kaisers fand abermals eine Berathung der Geheimräthe und Gesandten statt, an der diesmal wieder der Herzog von Braunschweig sich betheiligte. Rudolf, der nicht zugegen war, ließ an die Versammelten die Frage richten, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Verhandlungen mit Mathias aufzunehmen, um so bessere Bedingungen zu erlangen. Mathias habe vor seiner Ankunft in Böhmen ausdrücklich erklärt, er komme nicht in feindseliger Absicht, er sei an diese Zusage zu erinnern und zu fragen, wie er sich ihr gemäß benehmen wolle. Die Versammlung beschloß auf diese Mittheilung, noch am selben Tag eine Deputation aus ihrer Mitte 12. Mai
an Mathias abzuordnen und ihn zu fragen, wie er sein Versprechen einzuhalten gedenke.**) Der Herzog von Braunschweig und die sächsischen Gesandten, die um ihren Anschluß an diese Deputation ersucht wurden, lehnten die Theilnahme ab und so ward bestimmt, daß sich nur die Räthe des Kaisers zu Mathias verfügen sollten. Hiebei sollten sie ihm eine Schrift überreichen, in der neben der obigen Frage auch der Wunsch ausgedrückt war, daß die Krönung auf sechs Monate verschoben werden möge.***)

Von der Uebergabe dieser Schrift und der Absendung der Deputation kam es indessen plötzlich ab, und zwar in Folge eines Druckes, den die böhmischen Stände auf die Geheimräthe ausübten. Die Stände bemerkten mit steigender Erbitterung, daß der Kaiser die bereits zugestandene Resignation in Frage stellen wolle. Indem sie in seinen Rathgebern die Ursache dieser veränderten Gesinnung suchten, beschlossen sie auch auf diese zunächst einzuwirken. So wie sie früher den Herzog von Braunschweig durch eine Deputation bedroht hatten, so fanden sich auch jetzt bei den Geheimräthen einige Personen aus ihrer Mitte ein, welche denselben zu verstehen gaben, daß es sich um ihre Sicherheit handle, wenn der Kaiser noch län-

*) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Christian II ddo. $\frac{30. \text{Apr.}}{15. \text{Mai.}}$ 1611 und 1/11 Mai.

**) Sächs. Staatsarchiv. Passauer Einfall 2, 560. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 2/12. Mai 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an Kursachsen ddo. 3/13. Mai 1611.

ger widerstrebe.*) Solche Argumente verfehlten natürlich nicht ihre Wirkung und die Geheimräthe mögen das ihrige gethan haben, um wiederum den Kaiser einzuschüchtern. Ob sich derselbe dadurch bestimmen ließ oder ob noch andere Einflüsse bei ihm sich geltend machten, ist nicht bekannt,
13. Mai gewiß ist nur, daß Rudolf am andern Morgen den Herrn von Leuchtenberg und Mollard den Auftrag gab, sich zu Mathias zu verfügen und ihm mitzutheilen, daß er die Krönung gestatten wolle, wenn ihm ein Aufschub bis zum Pfingstmontag d. i. bis zum 23. Mai zugestanden werde. Die dazwischenliegenden Tage sollten nur zur definitiven Festsetzung der ihm für seine Resignation einzuräumenden Bedingungen benützt werden. — Während Mathias diesem Begehren nachgab, forderten die böhmischen Stände, daß der Kaiser die ihrem Schlusse entgegeneilenden Verhandlungen mit den in Böhmen befindlichen Passauern dadurch unterstütze, daß er jeden mit der Acht bedrohe, der sich der Abdankung widersetzen würde. Die Geheimräthe empfahlen dem Kaiser die Erfüllung dieser Bitte und dieser gesellte sich ihrer Ansicht bei. Als die Gesandten am Abend desselben Tages erfuhren, welche wichtigen Beschlüsse inzwischen ohne ihre Zuziehung gefaßt worden, wunderten sie sich ebenso sehr über dieselben, wie sie sie tadelten.**) Namentlich mißbilligten sie die in Aussicht gestellte Achtserklärung gegen die Passauer mit der Bemerkung, der Kaiser werde am Ende den Ständen noch nachgeben, wenn dieselben die Achtserklärung eines Kurfürsten von ihm verlangen würden. Mit diesem so entschiedenen Tadel einer Maßregel, zu der sich Rudolf längst hätte entschließen sollen, setzten die Gesandten der Thorheit ihres Betragens vollends die Krone auf. Denn den König Mathias und die Böhmen mit dem Zorne des Reiches bedrohen, alles Ernstes einen Aufschub der Krönung auf sechs Monate verlangen und zuletzt noch von freien Stücken — nicht auf den Befehl ihrer Herren — die Abdankung der Passauer tadeln, das zeugte fürwahr von Blödsinn.

Da der Kaiser sich zur Resignation wieder entschlossen hatte, so nahmen die Verhandlungen wegen der ihm zu leistenden Entschädigung, so wie die wegen seiner künftigen Residenz einen lebhafteren Gang. Rudolf konnte sich indessen bald überzeugen, daß für diese Unterhandlungen weder seine Geheimräthe als Partei, noch die Mainzer und sächsischen Gesandten wegen ihrer bisherigen Opposition gegen des Mathias Erhe-

---

*) Münchner Staatsarchiv. 542/20, 20. Protokoll der Prager Transaktion.

**) Münchner Staatsarchiv. 542/20, 20. Protokoll über die Prager Transaktion. — Sächs. Staatsarchiv. Die sächs. Gesandten an ihren Herrn ddo. 5/15. Mai.

bung passende Werkzeuge seien und er erinnerte sich wieder der Anwesenheit Zuñiga's, der für diese Art der Unterhandlungen wie geschaffen war. Er berief ihn deshalb zu sich und forderte ihn auf, bei dem Könige seine 17. Mai
Interessen zu vertreten. Er sollte dem letztern vorstellen, wie es seine Pflicht sei, den Kaiser als den ältern Bruder zu achten, nachdem er ihm eine Krone nach der andern entrissen habe. „Ja eine Krone nach der andern entrissen", so wiederholte Rudolf selbst seine letzten Worte. Zuñiga entgegnete, daß er gern bereit sei, ihm aufrichtig zu dienen und berief sich dabei auf seine Haltung in der Passauer Angelegenheit, in der er nie jene Maßregeln empfohlen habe, die zuletzt des Kaisers Ruin herbeigeführt. Er verlangte jedoch als Bedingung für seine Theilnahme an den Verhandlungen, daß der letztere nicht mittlerweile seine Entschlüsse ändere und durch andere Maßregeln durchkreuze. Rudolf erwiederte, daß er sich bereits der Gesandten von Mainz und Sachsen bedient habe und daß er nicht umhin könne, sich auch ferner ihrer Dienste zu bedienen. Zuñiga erklärte darauf deutlicher, daß er nichts gegen die weitere Benützung der genannten Gesandten einzuwenden habe, wohl aber dagegen, daß Personen von niederer Beschäftigung und geringem Stande auf die Verhandlungen einen Einfluß nehmen dürften. Damit berührte Zuñiga ein Verhältniß, das in dieser Zeit zu sehr in den Vordergrund trat, als daß ein Vertreter Philipps III dasselbe mit Stillschweigen übergehen konnte. Mehr als je gestattete der Kaiser gewissen Personen seiner nächsten Umgebung, nämlich Aerzten, Chemikern, Malern, Astrologen und Kammerdienern einen immer weiter gehenden Einfluß, weihte sie in alle Staatsangelegenheiten ein und handelte nach ihrem Rath. Schon früher ist berichtet worden, daß die Behauptung der Astrologen, der Kaiser werde im Kriege siegen und Mathias gefangen nehmen, auf den Einfall der Passauer in Oesterreich maßgebend einwirkte, und daß bei Gelegenheit der Konventsverhandlungen (im Jahre 1610) Dr. Armanstetter erfolgreich gegen den raschen Abschluß eines Vergleichs zwischen Rudolf und Mathias agitirt habe. Aus den gegen den Dr. Hauser erhobenen Anklagen, als habe er Mathias im Auftrage Rudolfs verzaubern sollen, geht so viel hervor, daß der letztere sich mit Hauser öfters über Staatsangelegenheiten besprochen haben muß. Des Malers Hans von Aachen Einfluß auf Rudolf bestand auch noch jetzt, ward aber bereits durch den des kaiserlichen Kammerdieners, eines gewissen Ericius, überboten. Dieser Mann hatte sich durch seine Kenntnisse in der Mathematik und Astronomie bei seinem Herrn eingeschmeichelt und benützte dessen Vertrauen, um sich in Staatsgeschäfte einzumischen. Gegen das aus Armanstetter, Ericius und Hans von Aachen bestehende Trifolium war also

zunächst die Bemerkung Zuñiga's gerichtet, wiewohl er keinen von ihnen nannte. *)

Nachdem der Gesandte sich bis zu dieser Verwahrung verstiegen und dem Kaiser den Rath ertheilt hatte, derartigen Personen keinen Einfluß zu gestatten, sondern sie zu fliehen, mahnte er ihn, alle Hintergedanken aufzugeben und „offen und freundschaftlich“ mit seinem Bruder zu unterhandeln, sich gegen ihn „wie ein Vater“ zu benehmen und ihm gleich einem Sohne jeden Zuwachs an Macht zu gönnen. So könne die Unterhandlung ein rasches Ende nehmen und schlimmeres verhütet werden. Für diese väterlichen Gesinnungen, die ihm Zuñiga einreden wollte, fühlte sich jedoch der Kaiser nicht im mindesten begeistert und er wiederholte seine frühern Worte: es sei doch eine arge Sache, wenn man nach einander zweier Kronen beraubt werde. Als Zuñiga entgegnete, daß dieser Verlust nicht mehr ungeschehen gemacht werden könne, nachdem der Kaiser selbst seine Abdankung angeboten habe, erwiederte dieser, daß er gerade hiebei übereilt und getäuscht worden sei. Er ersuchte schließlich Zuñiga, seine Interessen bei Mathias zu vertreten und sich die Instruktion bei den Geheimräthen zu holen.

In der Instruktion wurde Zuñiga angewiesen, bei dem Könige die Gewährung von 12 Forderungen zu betreiben. Die wichtigsten von ihnen waren: die erste, vermöge welcher der Kaiser nicht bloß den Titel eines Königs von Böhmen für sich forderte, sondern auch verlangte, daß sein Bruder nicht im eigenen Namen, sondern als sein (des Kaisers) Statthalter, selbst nach der Krönung, die Regierung von Böhmen führe; die zweite, welche eine Erhöhung der von den böhmischen Ständen zugesagten Jahrespension von 100.000 Thalern verlangte und die dritte, vermöge der dem Kaiser gestattet sein sollte, überall in Böhmen also auch auf dem Prager Schlosse zu wohnen. Die anderen stimmten so ziemlich mit jenen überein, welche der Kaiser bereits am 16. April aufgestellt hatte.

Aus der ersten Forderung ersieht man, daß der Kaiser die sonderbarsten Kombinationen ausfindig machte, um irgendwie die seiner Hand entschlüpfende Herrschaft festzuhalten. Abgesehen von der Lächerlichkeit dieser Auskünfte war der abermalige Wechsel in seinen Entschlüssen für alle Betheiligten nicht bloß im höchsten Grade ärgerlich, sondern geradezu langweilig und widrig. Kaum vier Tage waren verflossen, daß Leuchtenberg und Mollard dem König die definitive Resignation des Kaisers angeboten

*) Wiener Reichsarchiv. Brömser an Kurmainz ddo. 15. Juli 1611.

hatten und nun war sie wieder in Frage gestellt. Zuñiga, der nach dem gehabten Zwiegespräch etwas ähnliches wie diesen Auftrag erwarten konnte, begab sich mit demselben zu Mathias und ersuchte ihn im allgemeinen die Wünsche des Kaisers zu erfüllen. Mathias wies diesen Gegenstand an seine Räthe, die darauf den böhmischen Ständen die Vorschläge des Kaisers mittheilten und deren Gutachten verlangten. Die Stände lehnten, wie nicht anders zu erwarten stand, absolut die erste Forderung ab, bezüglich der andern waren sie jedoch nachgiebiger. So waren sie für eine bedeutende Erhöhung der dem Kaiser zu verabreichenden Pension, damit sein Gesammteinkommen sich bis auf 300.000 Thaler jährlich belaufen könnte. Bezüglich der Residenzfrage enthielten sie sich des Votums und überließen dieselbe der Entscheidung des Königs, so daß es in des letzteren freiem Ermessen stand, ob er dem Kaiser die Prager Burg einräumen wollte oder nicht. In ähnlicher Weise überließen sie auch seiner Entscheidung die Gewährung anderer Forderungen. Als des Mathias Räthe von den Ständen diese Antwort erlangt hatten, theilten sie dieselbe dem spanischen Gesandten mit und fügten bei, daß ihr Herr erbötig sei, dem Kaiser die Burg zur fernern Bewohnung zu überlassen, wenn auch ihm eine Wohnung darin eingeräumt werden würde. Bezüglich der Pension stellten sie eine Erhöhung in Aussicht. *)

Mit diesem Bescheide verfügte sich Zuñiga zu den Geheimräthen, die sich mit demselben wenig zufrieden zeigten. Als er darauf zum Kaiser vorgelassen wurde und ihm die einzelnen Punkte auseinandersetzen wollte, hörte ihn dieser kaum an; er befand sich in einem derartigen Zustand von Aufregung, daß er dem Gesandten wie rasend vorkam. „Die Krönung muß verschoben werden," das waren endlich seine ersten Worte auf des letztern

---

*) Die vorangehende und nachfolgende Theilnahme Zuñiga's an den Verhandlungen erzählen wir genau nach einem Schreiben desselben ddo. 25. Mai 1611 an Philipp III (Archiv von Simancas 2497/60). In diesem Schreiben sagt Zuñiga: Dieronme los consejeros los puntos, que avia de tratar con el Rey, entre los quales los principales eran: Que no solo le quedase al Emperador el titulo de Rey de Bohemia juntamente con su hermano, pero que *el* huviese de governar en su nombre y con poder suyo. Unter dem el ist Mathias zu verstehen, wie wir klar aus den böhm. Landtagsverhandlungen ersehen. (Diarium über die Prager Verhandlungen MS. im Wiener Staatsarchiv 491.) Der Vorschlag, den seiner Zeit der Herzog von Braunschweig gemacht hatte und der dahin lautete, daß Rudolf auch nach Mathias' Krönung die Regierung weiter führen sollte, wurde definitiv fallen gelassen und durch einen andern ersetzt, nach welchem, wie oben erzählt, Mathias nur des Kaisers Statthalter in Böhmen sein sollte.

Auseinandersetzungen. Als Zuñiga entgegnete, daß dies nicht mehr möglich sei, da die Vorbereitungen zu weit vorgerückt seien, erwiederte Rudolf, man müsse den König dennoch um Aufschub ersuchen und er wolle in diesem Versuche lieber zu Grunde gehen als nachgeben. Diese Worte wiederholte er vier- bis fünfmal und sah dabei Zuñiga in einer solchen Weise an, daß dieser von Angst erfaßt sich entfernte und sich nochmals zu Mathias begab, um über diese Audienz und das Begehren des Kaisers zu berichten. Mathias' Antwort blieb dieselbe wie früher, er bat den Gesandten zu seinem Bruder zurückkehren, den Aufschub der Krönung als unmöglich zu schildern und diese abschlägige Antwort nach Möglichkeit zu versüßen. Der Erfolg war diesmal der gewünschte; der Kaiser entschloß sich die Erlaubniß zur Krönung zu geben und seine Unterthanen vom Eide der Treue zu entbin-
22. Mai den. Mit dieser Botschaft kehrte Zuñiga zu Mathias zurück, der nicht wenig über den endlichen Sieg erfreut war; es war auch die höchste Zeit geworden, da die Krönung auf den folgenden Tag angesagt war.*) Dennoch war noch nicht jede Schwierigkeit überwunden. Denn als unmittelbar darauf die böhmischen Stände dem Kaiser eine Formel zuschickten, nach der er unbedingt auf die Krone verzichten und sie von dem Eide der Treue entbinden sollte, weigerte er sich, dieselbe mit seiner Unterschrift zu versehen, und verlangte, daß sie sich mit einer von ihm empfohlenen Formel begnügen sollten. In dieser letztern war die Resignation nur bedingungsweise ausgesprochen und ihre Giltigkeit davon abhängig gemacht, daß der Kaiser bezüglich seiner Forderungen befriedigt werde. Da keine Zeit mehr übrig war, um neue Verhandlungen anzuknüpfen und von dem Kaiser keine weitere Nachgiebigkeit zu erwarten stand, außer wenn ihm geradezu Gewalt angethan worden wäre, so begnügten sich die Böhmen mit dieser bedingten Resignation.**)

Noch waren die Schlesier und Lausitzer ihres Eides nicht entlassen; wären die Böhmen skrupulös gewesen, so würde dieser Mangel die Krönung dennoch verhindert haben. Allein dieselben ließen sich dadurch nicht weiter stören, um so weniger, da sie an ihrem Rechte festhielten, allein zur Entscheidung über den rechtmäßigen Besitzer der Krone berufen zu sein. Es blieb also bei der Bestimmung, daß die Krönung am 23. Mai vorgenommen werden solle. Der Kaiser selbst kam mit seiner Nachgiebigkeit zwei Tage später nachgehinkt. Am 24. Mai entließ er auch die Schlesier und Lausitzer ihres Eides, gab jedoch dieser Urkunde das Datum vom

*) Die Nachrichten über diese Vorgänge schöpfen wir aus den bereits vielfach angeführten Quellen.

**) Diarium der Prager Ereignisse, MS. 491 des Wiener Staatsarchivs.

22. Mai. Diese Entlassung war von einer Protestation begleitet, in welcher Rudolf erklärte, daß sie keine freiwillige, sondern nur eine erzwungene sei. *)

IV

So weit es auf die Zustimmung des Kaisers und auf die Ausschmückung der Domkirche ankam, stand der Krönung des Königs Mathias 23. Mai 1611 am Pfingstmontag nichts entgegen, wenig fehlte jedoch, so würden die bis dahin in voller Uebereinstimmung handelnden Parteien eine Zögerung selbst verursacht haben. Die böhmischen Stände, welche alles zum Sturze des Kaisers gethan hatten, wollten nun auch ihrerseits ihren Lohn haben und waren nicht geneigt, Mathias früher die Krone aufzusetzen, bevor er ihren Wünschen, die sie ihm bereits seit mehreren Tagen mitgetheilt, nicht genüge gethan hätte. Diese Wünsche erstreckten sich nicht bloß auf die Bestätigung ihrer bisherigen Privilegien und Gerechtsame, sondern auch auf die Ertheilung neuer und höchst wichtiger. Sie beanspruchten 1. die Freiheit beliebig Kreisversammlungen berufen zu dürfen; 2. die Vollmacht zur Anstellung von Truppenwerbungen ohne vorhergehende Erlaubniß des Königs; 3. die Bestätigung des im Jahre 1609 mit den Schlesiern zu wechselseitiger Hilfe abgeschlossenen Bündnisses, welche Rudolf damals beharrlich verweigert hatte **) und 4. die vorläufige Zustimmung zu dem Bündnisse, welches sie mit den Ungarn und Oesterreichern abzuschließen geneigt waren.

Mathias, der bisher von einem Erfolge zum andern geeilt war und von Wien bis Prag einen förmlichen Triumphzug gefeiert hatte, kam jetzt auf einen bitteren Nachgeschmack. Bei den hergebrachten Gerechtsamen der Stände von Böhmen hatten die Könige nur über einen beschränkten Einfluß geboten. In diesen war durch den Majestätsbrief des Jahres 1609, der das ganze protestantische Kirchen- und Schulwesen in die Hände der Stände gab, eine gewaltige Bresche geschossen worden, in die sich Mathias ohne Widerrede fügte. Ueber dies hinaus stellten die Stände aber neue Forderungen an ihn, bei denen erfahrungsmäßig jedes monarchische Staatswesen den gefährlichsten Schwankungen preisgegeben ist. Nach der bisherigen Verfassung war das Recht Land- und Kreistage zu berufen

*) Hammer Khlesl II S. 288. — Hurter Bd. VI. 517. Nach Hurter scheint es, als ob der Kaiser den Schlesiern und Lausitzern erst am 29. Mai die Entlassung gegeben hätte.

**) Das Nähere hierüber S. 15 dieses zweiten Bandes.

eine Prärogative der Krone.*) Indem die Stände das Recht in Anspruch nahmen, beliebig Kreistage berufen zu dürfen, griffen sie zwar diese Prärogative nicht in ihrem ganzen Umfange an, schmälerten aber entschieden ihre Bedeutung. Eben so war es bisher gesetzlich bestimmt, daß der König Truppen im Lande ohne Zustimmung der Stände weder unterhalten noch werben durfte, aber auch die letzteren konnten solches nicht ohne seine Erlaubniß thun. Jetzt sollte dies Verhältniß ein Ende nehmen und die Stände zu Truppenwerbungen berechtigt sein. Ferner sollte das Bündniß, welches die Böhmen und Schlesier im J. 1609 zu wechselseitiger Hilfeleistung geschlossen hatten, im Falle sie in dem Genusse ihrer religiösen Freiheiten sich verkürzt sehen würden, vom Könige sanktionirt werden. Was konnte nicht alles als Religionsverkürzung von Leuten angesehen werden, die in ihrer eigenen Sache Richter waren! Ein einfacher ständischer Beschluß sollte fortan genügen, um eine Exekution gegen angebliche oder wirkliche Verletzer der protestantischen Glaubensfreiheiten ins Werk zu setzen und hiegegen dem Könige weder ein Veto noch irgend welche Hilfsmittel zu Gebote stehen, da er ohne Zustimmung der Stände nicht rüsten durfte. Und nicht genug an allen diesen Forderungen, es sollte Mathias schon jetzt seine Zustimmung zu einem Bündnisse der Böhmen mit den Ungarn und Oesterreichern geben, dessen einzelne Artikel noch nicht einmal festgesetzt waren und das er also mit verbundenen Augen und Händen annehmen sollte.

Die ständischen Bestrebungen in der gesammten österreichischen Monarchie treten bei dieser Gelegenheit ganz unverhüllt hervor. Die Forderungen der Böhmen fanden die vollständige Billigung aller ständischen Ausschüsse, die um diese Zeit in Prag weilten, sie stimmten vollständig mit den Errungenschaften und Wünschen der Ungarn überein und ebneten zugleich die Kluft aus, welche die abwehrende Haltung der Böhmen im Jahre 1608 zwischen diesem Lande und den übrigen Besitzungen der deutschen Habsburger gebildet hatte. Diese Bestrebungen lassen sich in folgendem Satze zusammenfassen: Die Stände sämmtlicher österreichischen Länder wollten die Exekutive in ihre Hand bekommen und zum wechselseitigen Schutz ein auf bewaffneter Hilfe basirtes Bündniß abschließen. Den Bestrebungen nach Erlangung der Exekutive gaben die Böhmen jetzt den prägnantesten Ausdruck, indem sie auch die Militärmacht von sich

---

*) Die Stände Böhmens vindicirten sich das Recht Land- und Kreistage zu berufen bis zu dem Jahre 1545. Seit diesem Jahre mußten sie auf Andringen Ferdinands I dies Recht aufgeben, ein Beschluß, der im Jahre 1547 abermals sanktionirt und dann in die Landesordnung eingetragen wurde.

abhängig machen wollten. Das Bündniß zwischen den Ständen sämmtlicher österreichischen Länder sollte zwar vorerst nur zum Schutze der erworbenen religiösen und der ererbten politischen Freiheiten bestimmt sein, ließ sich aber ohne Schwierigkeit auf alle Fälle ausdehnen, auf welche die Theilnehmer es auszudehnen beliebten. Die Bewegung, die dadurch in die alten ständischen Verfassungen kam, hätte nicht unbedingt jenen unheilvollen Ausgang nehmen müssen, der für so lange Zeit das geistige Leben in Oesterreich zerstörte. Obwohl sie einen entschieden aristokratischen Charakter hatte und gegen das Königthum namentlich wegen des katholischen Glaubensbekenntnisses seiner Träger gerichtet war, so zeigte sich doch wenigstens bei dem hervorragendsten Leiter derselben, bei Žerotin, ein offener Sinn für das Morsche und Verkommene mancher alten Zustände. Wäre Mathias der Mann gewesen, um mit einem genialen Blick die Sachlage zu umfassen, hätte er es namentlich verstanden, die tüchtigen Adelselemente zu gewinnen und den Städten jene Bedeutung zu geben, die ihnen zukam und in der sie durch den Adel die mannigfachsten Verkürzungen erlitten hatten, so würde er an ihnen eine sichere Stütze gegen die oligarchischen Bestrebungen der Adelshäupter und für eine starke Regierung gefunden haben, mit einem Worte, er hätte sich selbst an die Spitze einer Bewegungspartei stellen und in ihren Bestrebungen die Mittel zur Erhöhung seiner Macht finden können. Gerade das, was sich am gefährlichsten anließ, konnte für ihn und seine Macht am nutzbringendsten werden. Das Feldgeschrei des Tages war „Konföderation aller österreichischen Länder". Žerotin träumte damals von einer Konföderation, der ein weiterer Inhalt zu geben sei, als der einer bloßen Vertheidigung gegen Glaubens- und Privilegiums-Angriffe; die bloß negative Wirksamkeit der von dem Adel beabsichtigten Konföderation hätte vielleicht Mathias durch eine positive vervollständigen können, welche, statt zu trennen, verbunden und die Macht der Habsburger auf eine solide Basis erhoben hätte. Für diese Erfolge, so scheint es, wäre es jedoch unerläßliche Bedingung gewesen, daß Mathias nicht nur über eine hohe politische Begabung verfügt, sondern sich auch dem Glauben seiner Unterthanen beigesellt hätte. Nur in diesem Falle konnte er der ständischen Bewegung, die auf eine aristokratische Republik hinsteuerte, eine Richtung geben, die dieses Ziel verfehlte und ihm selbst dienen mußte. Man kann kaum annehmen, daß nicht auch Mathias selbst — entweder in Folge eigenen Nachdenkens oder durch die Bemerkungen Anderer — ähnliche Betrachtungen angestellt haben sollte. Die Anhänglichkeit an die katholische Kirche wurzelte aber so tief in seinem Hause, daß ihm der Gedanke fernblieb, den Glauben zum Gegenstande einer staatsmännischen Spekulation zu machen.

Von den Staatsmännern, welche Mathias begleiteten, sahen wohl alle die Tragweite der böhmischen Forderungen ein, keiner derselben riet aber seinem Herrn dieselben abzuweisen, Khlesl allein ausgenommen. Dieser flößte dem Könige den nöthigen Muth ein, um trotz aller Gefahr seiner Macht nicht selbst den Todesstoß zu versetzen. Mathias erwiederte deshalb
1611 den Ständen, daß er einen Revers von dem Inhalte, wie sie ihn wünschten, nicht unterzeichnen könne. Er sei wohl erbötig das Versprechen zu geben, daß er nach vollzogener Krönung alle Privilegien und Rechte Böhmens bestätigen wolle, aber zu den neuen Forderungen vermöge er seine Zustimmung nicht zu ertheilen. Im Landtage erhob sich darauf ein Geschrei „gegen Khlesl und andere Pfaffen", welche den König gegen die Stände einzunehmen suchten, Deputation auf Deputation bestürmten den letztern und verlangte eine vollständige Annahme des vorgelegten Revers-
22. Mai 1611 entwurfes. Nach vielen Verhandlungen und nach einem langen Disput mit den Grafen Thurn und Schlick, die sich bei Mathias im Namen der Stände einfanden, gab der letztere, offenbar unter dem Drucke der bereits für den folgenden Tag anberaumten also unmittelbar bevorstehenden Krönung, so weit nach, daß er sich zur Unterzeichnung eines Reverses entschloß.*) In diesem verpflichtete er sich, nach vollzogener Krönung alle Rechte und Privilegien, wovon mehrere der wichtigsten insbesondere angeführt wurden, zu bestätigen, überdies aber dem Bündnisse zwischen den Böhmen und Schlesiern vom J. 1609 seine Sanktion zu ertheilen. Von den drei anderen Forderungen der Böhmen bestätigte er keine in diesem Reverse, er versprach aber, über dieselben bei dem nächsten Landtage verhandeln zu lassen.**) Zuñiga erzählt, Mathias habe bei dieser Gelegenheit heimlich das Versprechen gegeben, wenigstens der Konföderation sämmtlicher Stände der ihm unterthanen Länder, wie solche bei einer allgemeinen Zusammenkunft derselben beschlossen werden würde, seine Zustimmung zu ertheilen. Ob das Versprechen so positiv war, wie der spanische Gesandte behauptet, wissen wir nicht anzugeben, wir zweifeln jedoch auf die Versicherung eines so wohl unterrichteten Berichterstatters wie Zuñiga nicht daran, denn schon die einfache Zusage des Königs, daß er die Wünsche der Böhmen dem nächsten Landtage zur Verhandlung vorlegen werde, schließt in sich eine Art Versprechen ein, ihnen zu genügen.***) Es war

---

*) Diarium über die Prager Ereignisse.

**) Der Revers findet sich im böhmischen Statthaltereiarchive. Es scheint, daß Mathias auch den Schlesiern und Lausitzern Reverse ausstellte, wenigstens findet sich das Konzept des Reverses für die Oberlausitzer im böhmischen Statthaltereiarchiv.

***) In der That wurde am Prager Generallandtage von 1615, nachdem der König

am Pfingstsonntag 10 Uhr Abends geworden, als diese Verhandlungen zu Ende gelangt waren und Mathias dem Reverse seine Unterschrift beifügte.*)

Am Pfingstmontag, den 23. Mai, versammelten sich die böhmischen 1611
Stände im Landtagssaal und hier frug sie der Oberstburggraf, ob sie Mathias zu ihrem Könige annehmen wollten oder nicht. Als diese Frage allgemein bejaht wurde, proklamirte derselbe „im Namen der heiligen Dreifaltigkeit Mathias als König von Böhmen“. Wenige Augenblicke darauf verfügten sich die Stände zu ihrem neuen Könige, um ihm von diesem Beschlusse Nachricht zu geben und ihn zu der Krönung, die alsbald vorgenommen werden sollte, zu geleiten. Es war zwei Uhr Nachmittags, als Mathias angethan in demselben ungarischen Kostüm, in welchem ihm die Stephanskrone auf das Haupt gesetzt worden war, bei seiner mittlerweile auf dem Hradschin genommenen Wohnung ein Roß bestieg und geleitet von seinem Gefolge und den böhmischen Ständen, die sämmtlich zu Fuß gingen, in die einige Hundert Schritt entfernte Domkirche sich verfügte. Zuerst betrat er die Wenzelskapelle, wo die Krone aufbewahrt wurde und von da begab er sich unter großem geistlichen Geleite zum Hochalter. Die Krönung selbst wurde mit Beobachtung des alten feierlichen Zeremoniels vorgenommen. Nachdem der Kardinal Dietrichstein**) die vorgeschriebenen Gebete und Salbungen verrichtet hatte — wobei, wie ein protestantischer Augenzeuge hämisch berichtet, Khlesl unter den Geistlichen wie ein Hofmeister gewesen und sich viel zu schaffen gemacht habe***) — trat der Oberstburggraf vor und frug dreimal die hinter dem Könige knieenden Stände, ob sie Mathias zu ihrem Könige haben und erwählen wollten. Als diese die dreifache Frage mit einem dreifachen „Ja“ beantworteten, ergriff der Oberstburggraf die Krone, überreichte sie dem Kardinal, der sie dem Könige aufs Haupt setzte, wobei während der Benediktion der Oberstburggraf und die anwesenden Bischöfe von Neutra und Wien (Khlesl) dieselbe mit ihren Fingern berührt hielten. Darauf schwuren auf Geheiß des Oberstburggrafen die böhmischen Stände dem neuen König den Eid der Treue und

---

fast durch 4 Jahre die Erfüllung seiner Zusage verzögert hatte, über die Forderungen der Böhmen verhandelt. Es kam, wie zu erwarten stand, zu keiner Einigung und dies bekräftigte den Grafen Thurn und seine Parteigenossen in ihrem Entschlusse mit dem Hause Habsburg zu brechen und einen Aufstand herbeizuführen. Wir verweisen in vorhinein auf die Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618, die wir nach diesem Werk zu schreiben gedenken.

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 148 Bodenius an Max von Baiern ddo. 23. Mai 1611.

**) Eigentlich stand die Krönung dem Erzbischof von Prag, dem Grafen Lamberg, zu, derselben war aber um die Zeit krank, er litt entweder an Irrsinn oder Blödsinn.

***) Diarium der Prager Ereignisse.

verneigten sich einzeln vor ihm, wobei jeder von ihnen die Krone mit den Fingern berührte, während dieser selbst jedesmal wie zum Gruße das Haupt neigte. Altem Herkommen gemäß schlug darauf Mathias zwei junge böhmische Edelleute zu „Wenzelsrittern", eine Würde, die ein böhmischer König nur am Tage seiner Krönung ertheilen kann. Schüsse aus Kanonen, die auf mehreren Punkten der Stadt aufgestellt waren, verkündigten der Bevölkerung das feierliche Ereigniß. Welchen Wiederhall mag wohl jeder dieser Schüsse bei dem in seinen Gemächern brütenden Kaiser gefunden haben? Eigens hatte er sich in den am meisten abseits gelegenen Theil des Schlosses zurückgezogen, damit kein Laut, welcher an die Vorgänge des Tages mahnte, an sein Ohr gelange. *) Bei der Rückkehr des festlichen Zuges aus der Kirche wurden altem Brauche gemäß Goldmünzen unter das Volk geworfen; auf der Vorderseite derselben sah man das Bild des neuen Königs, auf der Rückseite dagegen das Bild eines schlangenfressenden Storches mit der Umschrift: „Aus unsern Feinden Heil."

Nach der Krönung fand ein Bankett statt, an dem sich auch Mathias betheiligte. Er saß an einem eigenen Tisch, ihm zur Seite Erzherzog Karl, Bischof von Breslau, der zu dieser Feier nach Prag gekommen war, der Kardinal Dietrichstein, der päpstliche Nuncius, Zuñiga, der florentinische Gesandte und der Herzog von Brieg. Außer dieser Haupttafel waren noch mehrere Nebentafeln hergerichtet, und zwar so viele als es böhmische Kronbeamten gab. Jeder von ihnen machte die Honneurs bei einer derselben und bewirthete seine Gäste, die entweder den böhmischen Ständen und den Abgeordneten der übrigen des Mathias Herrschaft unterthanen Länder angehörten.**) — Die Gesandten von Sachsen und Mainz hatten keinen Antheil an den Krönungsfeierlichkeiten genommen, es war ihnen dies nicht bloß von ihren Herrn verboten worden, auch der Kaiser selbst hatte ihre Abwesenheit gewünscht.***) Von Mathias, der sich einer abschlägigen Antwort von ihrer Seite in vorhinein versah, war übrigens keine Einladung an sie ergangen. Daß auch der Herzog von Braunschweig sich fernhalten würde, wie dies der Fall war, stand zu erwarten. Ebensowenig fand sich einer von den Geheimräthen des Kaisers bei der Krönung ein, der Präsident des geheimen Rathes, der Graf von Leuchtenberg, erlustigte sich in seinen Gemächern an dem Primeraspiel. Am andern Tage schickte Mathias zu Rudolf seinen

*) Brömsers Bericht.

**) Diarium über die Prager Ereignisse.

***) Brömsers Diarium im Wiener Reichsarchiv N. 117. — Sächs. Staatsarchiv. Der Kurfürst von Sachsen an die in Prag weilenden Gesandten ddo. 11/21. Mai 1611. — Ebendaselbst. Die sächsischen Gesandten an Kursachsen ddo. 13/23. Mai 1611.

obersten Kämmerer Herrn von Meggau, um demselben für die Abtretung des Königreichs seinen Dank zu erstatten. Anfangs wollte der Kaiser nichts von der Vorlassung des Boten wissen, erst auf Zureden seines Kammerdieners, wahrscheinlich des Ericius, ließ er ihn auf einige Augenblicke vor und sprach die Hoffnung aus, der Bruder werde für das *liebevoll* Gewährte nicht undankbar sein.

Die Art und Weise, wie Rudolf zuletzt nur bedingungsweise die Böhmen ihres Eides entlassen hatte, und wie er darauf den Schlesiern unverholen erklärte, daß er die Eidesentlassung nur als eine erzwungene ansehe, ließen nach vollzogener Krönung endlos sich hinziehende Verhandlungen erwarten, selbst wenn eine derartige Verschleppung nicht ohnedies im Charakter des Kaisers gelegen wäre. Die „liebevolle" Gewährung konnte unmöglich lange ohne praktischen Kommentar bleiben. Die Verschleppung war um so gewisser, als es dem Kaiser mit seiner Drohung, die Abdankung nur als eine erzwungene ansehen zu wollen, völlig Ernst war; nahm er dieselbe aber zurück, so bedurfte es für ihn keines Vergleiches. In der That ging seine Absicht dahin, kein Mittel unversucht zu lassen, um die bereits entschwundene Herrschaft wieder an sich zu bringen.

30. Mai 1611

Von dieser seiner Absicht, die Resignation zurückzunehmen, benachrichtigte Rudolf zuerst den Kurfürsten von Sachsen. Er theilte demselben mit, daß er nicht länger in Prag bleiben, sondern von da abreisen und in einer Reichsstadt seine Residenz aufschlagen wolle; der Kurfürst solle als „Marschall des heiligen römischen Reiches" ihm hiebei das Geleite geben. Mittlerweile hatte der Kurfürst von Mainz einen Kurfürstentag nach Mühlhausen ausgeschrieben, wie dies bereits im Jahre 1610 bestimmt worden. Dahin wollte Rudolf Gesandte schicken, um in aller Form gegen die letzten Ereignisse in Böhmen zu protestiren. In der Instruktion, welche der Gesandte erhalten sollte, hieß es, daß der Kaiser nur gezwungen in seine Resignation eingewilligt habe und daß dieselbe ebenso „schimpflich wie dem Hause Oesterreich präjudicirlich und der kaiserlichen Dignität, der Hoheit des römischen Reiches und des kurfürstlichen Kollegiums nachtheilig sei." An diese verurtheilende Schilderung knüpfte der Kaiser die Bitte, die Kurfürsten möchten ihm mit Rath und That helfen, er selbst wolle sich an nichts gebunden halten, „was der kaiserlichen Hoheit und dem kurfürstlichen Kollegium zum Nachtheil, Präjudiz und Gefahr" gereichen könnte. *) Diese Erklärungen und das sonstige Betragen des Kaisers, der

*) Sächs. Staatsarchiv. Nürnberger Kurfürstentag 7387/1,120. Rudolf an Kursachsen ddo. 30. Mai 1611.

sich über die Abreise aus Böhmen nach Regensburg als eine unmittelbar bevorstehende Thatsache aussprach, erzeugten nachgerade in Prag allgemein den Glauben, daß es damit Ernst sei.*) Mathias geriet in nicht geringe Sorge, daß Rudolf seinen Vorsatz ausführen und sich gegen ihn kehren werde. Wiewohl er von Seite der Böhmen, die ihn mit aller Entschiedenheit gegen seinen Bruder auf den Thron erhoben hatten, nur feste Anhänglichkeit bei einem etwaigen Kampfe erwarten konnte, beängstigte ihn dennoch die Art und Weise, wie er zum Besitz des Landes gekommen war, und er fürchtete wieder zu verlieren, was er gewonnen.

Faßt man jedoch den Charakter Rudolfs ins Auge, so war die Besorgniß des Königs vor entscheidenden Schritten, die derselbe etwa unternehmen könnte, überflüssig. Thatsache war allerdings, daß Rudolf, wie seine eben angeführten Instruktionen und Schreiben beweisen, das Reich gern gegen Mathias in Bewegung gesetzt hätte. Allein sobald er hiebei mehr thun mußte, als eine passive Haltung anzunehmen und höchstens noch einem Schriftstücke seinen Namenszug beizufügen, so war mit Sicherheit auf seine Unthätigkeit zu bauen. Die Abreise, mit welcher der Kaiser drohte, war nicht zu fürchten: seit mehreren Jahren hatte er sich die augenscheinlichsten Nachtheile zugezogen, weil er es nicht über sich gewinnen konnte, in wichtigen Angelegenheiten seinen Willen kund zu thun, oder seine Zustimmung zu unvermeidlichen Schritten zu geben, und nun sollte er sich zu einer solchen Riesenthat entschließen, wie es eine Reise von Prag bis Regensburg war, sollte dahin einen Reichstag berufen und bei demselben Klage wider den Bruder führen, Tag für Tag Audienzen ertheilen und all' den Lärm und die Bewegung mit in den Kauf nehmen, die mit einem Reichstage unzertrennlich war? Wenn Rudolf hätte thätig sein wollen, so hätte er dies früher sein und dadurch den Verlust seiner Kronen vermeiden können. Er besaß jetzt nicht mehr die Kraft, um seinem Willen eine größere Energie zu verleihen und alle Drohungen mit entscheidenden Schritten, wobei er plötzlich ein bewegteres Leben hätte führen müssen, waren nichts wie eitle Worte.

Waren also des Kaisers Drohungen, soweit sie eine Anstrengung seinerseits erheischten, nicht weiter zu fürchten, so besaß er in seiner sicherlich zu erwartenden Passivität gegenwärtig eine Macht, die dem Könige Mathias große Verlegenheiten bereiten konnte. Dem letztern lag, schon um eines geordneten Regierungswesens willen, sehr viel daran, die Resignation seines Bruders zu einer unangreifbaren Thatsache zu machen,

*) Simancas 3497/54. Zuñiga an Philipp III ddo. 4. Juni 1611.

hiezu war es aber vor allem nöthig, daß der Ausgleich zu Stande komme, auf Grund dessen Rudolf definitiv allen seinen Rechten entsagen sollte. War dies der Fall, so durfte Mathias auch vom Kaiser die Belehnung mit der Krone Böhmen verlangen, er trat dann in die Reihe der deutschen Kurfürsten und konnte auch auf die Erlangung der Kaiserkrone hoffen. Unglücklicherweise sprachen alle Gründe, welche dem Mathias den Abschluß des Ausgleiches wünschenswerth machten, bei Rudolf dagegen. Wollte der erstere einen unwiderruflichen Titel auf den Besitz von Böhmen erlangen, so befand er sich im direktesten Gegensatz zu den Wünschen des letztern, wollte ersterer die Aussicht auf die Kaiserkrone erlangen, so war dies gerade das, was letzterer zu verhindern suchte. Waren Rudolfs Hoffnungen auf einen erfolgreichen Widerstand gegen Mathias auch nur eitle, was verschlug es ihm, wenn er sich ihnen hingab und deshalb von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts wissen wollte. Er hatte gar nichts zu verlieren, nicht einmal mit der Entziehung seines Einkommens konnte man ihn schrecken, denn trotz alles Jammerns und Klagens war Rudolf im Besitze bedeutender Geldsummen, wie sich bei seinem wenige Monate später erfolgten Tode herausstellte. Vor der Aushungerung war er jedenfalls geschützt.

Zum erstenmale hatte also Rudolf in seiner Passivität eine wirksame Waffe, die seinem Bruder einen größern Schrecken einjagte, als er zu gestehen wagte. Während sich vor vollzogener Krönung weder Mathias noch die Böhmen so eifrig, als der Gegenstand es verdiente, des Kaisers Befriedigung angelegen sein ließen, vergalt letzterer ihnen jetzt damit, daß er nach vollzogener Krönung sich durchaus nicht um die Wiederaufnahme der Verhandlungen kümmerte. Als nun eine geraume Zeit — beinahe drei Wochen — vergangen waren, ohne daß dieselben irgendwie einen Schritt vorwärts gekommen wären, berief Mathias einen Rath zusammen, 16 Jun. 1611
dem er die Frage vorlegte, was weiter zu thun sei. An demselben nahmen außer Khlesl und andern Oesterreichern von Seite der Böhmen: der Oberstburggraf, der Kanzler, Graf Thurn, Colonna von Fels, Wenzel Kinsky und der Landeshauptmann von Mähren, Karl von Žerotin, Theil. Es wurde beschlossen an den Kaiser eine Deputation, bestehend aus den Vertretern der verschiedenen Länder abzuschicken und durch diese ihn um rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen sowie um die Belehnung des Königs Mathias mit der Krone Böhmen zu ersuchen. Sollte dieser Schritt keinen Erfolg haben, so sei drei Tage später eine abermalige Audienz vom Kaiser zu begehren und an ihn dasselbe Verlangen zu stellen; außerdem seien alle bisherigen Lieferungen der königlichen Herrschaften an Viktualien einzustellen. Man sieht hieraus, daß die Mittel, durch welche Rudolf einem

Ausgleiche günstig gestimmt werden sollte, zunächst auf Einschüchterung berechnet waren. Denn dahin muß man nicht bloß die Drohung mit der Sperrung der Einkünfte, sondern auch die mit Audienzgesuchen rechnen.

Diese doppelte Drohung erzielte, wie nicht anders zu erwarten stand, kein rasches Resultat, blieb aber doch nicht ganz ohne dasselbe. Nachdem an 14 Tage verstrichen waren, sandte der Kaiser seinem Bruder einen Entwurf zu, auf dessen Grundlage der Vergleich versucht werden sollte. Verrieten schon die andauernden Zögerungen die Absicht Rudolfs die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, so trat dies noch deutlicher in dem Entwurfe hervor. Er bestand aus vier Punkten, von denen jeder einzelne gleich unannehmbar für Mathias war. Im ersten Punkte verlangte Rudolf, daß ihm allein der Gebrauch des Schlosses und die Ernennung eines Schloßhauptmanns freistehen solle. Im zweiten begehrte er, daß alle Personen, welche im engern und weitern Sinne zum kaiserlichen Hofe gehörten, der alleinigen Jurisdiktion des Hofmarschalls unterstehen und dieser in der Ausübung derselben durch Niemanden, namentlich nicht durch die Bürgermeister von Prag gehindert werden, vielmehr die letzteren ihm in der Ausübung seiner Funktionen behilflich und unterthan sein sollten. Nach dem dritten Punkte sollte es zwar bei der Abtretung der Länder an Mathias verbleiben, letzterer aber alle Regierungsakte in des Kaisers Namen erlassen und zwar mit der Eingangsformel: Wir Mathias der Andere zu Hungarn und Böheim König im Namen unseres gnädigsten und freundlichsten Herrn Bruders bekennen u. s. w. Auch sollte die Ernennung der obersten Landesbeamten und der Räthe der Bestätigung des Kaisers bedürfen. Im vierten verlangte Rudolf nicht nur den weitern Nutzgenuß seiner in Böhmen gelegenen Herrschaften, sondern auch deren volles Eigenthum behufs freier Disposition, außerdem aber eine Jahrespension von 600.000 Thaler, 6000 Eimer Wein, 2000 Ochsen und Holz nach Bedürfniß. Zugleich ernannte der Kaiser mehrere Kommissäre, welche mit Mathias oder dessen Bevollmächtigten über diese Ausgleichspunkte verhandeln sollten, dieselben waren: der spanische Gesandte Zuñiga, Mollard, Abraham von Dohna und Dr. Wackher.*) Die Verhandlungen begannen am 1. Juli und dauerten bis zum 6.; die kaiserlichen Kommissäre vertraten Punkt für Punkt die eben angeführten Forderungen Rudolfs. Die Vertreter des Königs (Khlesl, Meggau, Khuen und Krenberg) bestanden diesen gegenüber darauf, daß dem letztern, wenn er sich in Prag aufhalten sollte, ein Theil des Schlosses als

*) Kaiserliches Ernennungsdekret für diese vier Kommissäre. Hammer II S. 320.

Residenz eingeräumt werde. Was die Jurisdiktion des Hofmarschalls betraf, so waren sie erbötig, dieselbe bis zu einem gewissen Umfange anzuerkennen, wollten aber keineswegs zugeben, daß der Hofmarschall direkt den Bürgermeistern und Hauptleuten von Prag irgend welche Befehle ertheilen könnte. Bezüglich des Antheiles, den der Kaiser an der Regierung, wenn auch nur nominell, haben wollte, entgegneten die königlichen Kommissäre, daß, wofern hiefür die Zustimmung der böhmischen Stände erlangt werden könne, Mathias damit zufrieden sein würde, es sei jedoch von Seite der letztern keinerlei Nachgiebigkeit zu erwarten. Bezüglich des Deputats an Wein und Ochsen wollte sich Mathias zu keiner bestimmten Leistung verpflichten, seine Vertreter versprachen nur, daß es derselbe an nichts ermangeln lassen werde. Gleiches versprachen sie auch bezüglich des Holzes. Was die Ueberlassung der in Böhmen gelegenen Güter betraf, so wollte Mathias seinem Bruder nur den Nutzgenuß des allerdings sehr umfangreichen Gutes Pardubitz einräumen und außerdem noch zur Zahlung einer jährlichen Pension von 300.000 Gulden sich verpflichten. Dies war das Resultat einer sechstägigen Verhandlung. Wurde auch keine der Forderungen des Kaisers in ihrem ursprünglichen Umfange acceptirt, so ergibt sich doch aus den Erwiederungen der königlichen Kommissäre, daß Mathias — mürbe gemacht durch die vielen Zögerungen — gegen des Kaisers Wünsche nachgiebiger war, als vor der Krönung, und namentlich bezüglich der Pension in Geld und Naturallieferungen sich zu weit größern Opfern entschloß.

Auf die ihm zu Theil gewordene Antwort ließ Rudolf abermals eine geraume Zeit verstreichen, ohne sich über die Annehmbarkeit der Vorschläge seines Bruders zu äußern. Seine Absicht, es zu keinem Abschlusse kommen zu lassen, blieb dieselbe wie früher, er benachrichtigte hievon wiederholt den Kurfürsten von Sachsen mit dem Beisatze, daß er den Zusammentritt des Mühlhausner Kurfürstentages erwarte, um demselben die Entscheidung des Streites mit Mathias zu überlassen. Der Kurfürst der diesen Ausweg billigte, suchte den Kaiser dadurch zu unterstützen, daß er in einem Schreiben, sei es direkt an Mathias oder einen seiner Räthe, verlangte, man solle aufhören, den Kaiser unaufhörlich zu bedrücken. Dieses Schreiben hatte, wenn überhaupt einen, so gerade den entgegengesetzten Erfolg, denn da Mathias erkannte, daß Rudolf um jeden Preis den Ausgleich verschleppen wolle, beschloß er ihn um jeden Preis dazu zu zwingen. Er ließ deshalb dem Kaiser und seinen Räthen indirekt die Nachricht zukommen, daß, wofern sie sich nicht mit dem Abschluß der Verhandlungen beeilen würden, er seinerseits zu entschiedenen Schritten sich veranlaßt sehen würde. Worin diese bestehen sollten, wurde

deutlich gesagt. Alle Güter des Kaisers würden eingezogen und verkauft und demselben einzig und allein eine Pension von 1200 Gulden wöchentlich gezahlt werden. Zugleich sollte die frühere enge Bewachung, von der mittlerweile abgelassen worden war, nicht nur wiedererneuert, sondern noch verschärft und derselben alle Räthe des Kaisers unterworfen werden, so daß keinem gestattet sein sollte, die Schloßräume zu verlassen.*) Diese Drohung hatte ihre Wirkung und die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Den wichtigsten Stein des Anstoßes bildete diesmal die Geldfrage. Der Kaiser bestand mit Hartnäckigkeit darauf, daß ihm nicht nur der Nutzgenuß, sondern auch das freie Verfügungsrecht über eine bedeutendere Anzahl von Gütern eingeräumt werde. Diese Forderungen waren so unmäßig, daß Mathias nicht in dieselben einwilligen konnte, wofern er sich nicht großen finanziellen Verlegenheiten preisgeben wollte. 24. Juli 1611 Zu Herrn von Mollard äußerte er sich deshalb: „Ich habe, was mir möglich gewesen und mehr als ich weiß, wie ich es leisten werde, versprochen . . . was aber Ihre Kaiserliche Majestät jetzt begehren, ist ein Beweis, daß . . . dieselben diese Traktation zerschlagen wollen. Man hat mich bisher persuadirt, ich solle ein übriges thun, da alles nur ad dies vitæ sei. Das habe ich gethan . ., aber erblich zugeben, das kann ich nicht, denn ich will mir nach Ihrer Majestät (Tod) keine Feinde ziehen.“ Dennoch erweiterte Mathias sein bisheriges Anbot, indem er dem Kaiser vier große Güter darunter auch Pardubic zum Nutzgenuß überlassen und die auf letzterem Gute haftenden und sehr bedeutenden Schulden (über 300.000 Gulden) übernehmen wollte. Als der Kaiser ununterbrochen auf den vollen Besitz drang, gab Mathias noch weiter nach, indem er gestattete, daß sein Bruder über einen Werth von 200.000 Gulden frei verfügen konnte. Mit diesen Anerbietungen waren nachgerade die Geheimräthe des Kaisers vollständig zufrieden und sie rieten ihrem Herrn auch zur Annahme, dennoch verweigerte sie der letztere, indem er bald diesen bald jenen Punkt noch besonders betonte und von Mathias weitere Koncessionen verlangte. So wurden die Erwartungen jener, welche „stündlich“ den Abschluß des Vertrages entgegensahen, ununterbrochen getäuscht. Das vorzüglichste Hinderniß lag nicht in dem Kaiser, von dem eine momentane Nachgiebigkeit leichter erlangt werden konnte, wenn er sie auch später zurücknahm, es lag in dem kaiserlichen Kammerdiener Ericius. Die mannigfachen Nachrichten über diesen Mann lassen uns nicht daran zweifeln, daß ihn das Interesse seines protestantischen Glaubensbekenntnisses und Ver-

---

*) Sächs. Staatsarchiv. — Der Herzog von Braunschweig an den Kurfürsten von Sachsen ddo. 20. Juli 1611.

bindungen mit Kurpfalz zu einer solchen Haltung veranlaßt haben. Da es nicht verborgen blieb, daß Ericius das einzige Hinderniß eines zwar nicht dauernden aber doch momentanen Ausgleichs sei, beschloß Khlesl, ein Feind aller Zögerungen, gegen diesen selbst aufzutreten. Er ließ ihm sagen, daß, wofern er sich noch länger dem Ausgleiche widersetzen würde, Mathias ihn von des Kaisers Seite wegnehmen und an dem Fenster seiner Wohnung aufhängen lassen werde.*) Dies wirkte, Ericius, der nicht zweifelte, daß es mit dieser Drohung nicht zum Scherze gemeint sei, verfiel hierüber in eine tödtliche Krankheit, an der er binnen wenigen Tagen starb.**) Noch vom Krankenlager aus hatte er den Kaiser beherrscht und vom Ausgleiche ferngehalten,***) fast im selben Augenblicke, in dem er dem Todeskampfe sich näherte und der Zusammenhang zwischen ihm und Rudolf ein Ende nahm, ließ letzterer mit seiner Opposition gegen die Anerbietungen des Bruders nach und zeigte sich erbötig, den Vertrag zu unterzeichnen. Er that dies am 11. August und hiemit hatte der lange Streit der 1611
beiden Brüder insofern sein Ende gefunden, als Rudolf nichts mehr zu geben, Mathias nichts mehr zu nehmen hatte. Vermöge des Vertrages vom 11. August wurde festgesetzt: das Prager Schloß ist des Kaisers Residenz, doch bleibt dem Könige darin die Benützung der sogenannten erzherzoglichen Zimmer freigestellt. Der Schloßhauptmann und die gewöhnliche Thorwache soll für den Kaiser und den König in Eid und Pflicht genommen werden. Die Jurisdiktion des Hofmarschalls über alle zum kaiserlichen Hofe gehörenden Personen, zu denen auch die Gesandten fremder Mächte sammt ihrem Gefolge gehörten, solle keine Schmälerung erfahren und die Prager Gemeinde hiebei dem Hofmarschall hilfreiche Hand leisten. Die Regierung von Böhmen solle Mathias in eigenem Namen führen, doch vom künftigen Landtage fordern, daß die Regierungsakte in des Kaisers Namen erlassen würden. Für den Lebensunterhalt des Kaisers verpflichtete sich Mathias jährlich die Summe von 300.000 Gulden zu zahlen, demselben zugleich den vollen Nutzgenuß von vier Gütern, darunter Pardubitz, einzuräumen und das Testirungsrecht über 200.000 Gulden zuzugestehen. Hiefür versprach Rudolf seinen Bruder mit der Krone Böhmen zu belehnen, sobald er darum ansuchen würde und ihn übrigens den Kurfürsten bei dem bevorstehenden Kurfürstentag zu empfehlen. Wozu diese Empfehlung dienen sollte, sagte der Vertrag nicht, es verstand sich jedoch aus den vorangegangenen Verhandlungen, daß dies nur zur Erhebung auf den deutschen Thron sein sollte.

---

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 195.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 13. August 1611.

***) Simancas 2497/20. Zuñiga an Philipp ddo. 6. Aug. 1611.

Noch vor Abschluß dieser Verhandlungen wurden die in Folge des Passauer Einfalls verhafteten Räthe des Kaisers namentlich Hegenmüller und Hannewaldt auf freien Fuß gesetzt,*) wann Tennagel seiner Haft entlassen wurde, ist uns nicht genau bekannt, doch ward auch er wieder freigelassen. Es war natürlich, daß Mathias nicht Personen für den Passauer Einfall strafen konnte, die doch eigentlich nur Werkzeuge und Diener Rudolfs und Leopolds waren.

Während der Verhandlungen mit dem Kaiser sah sich Mathias genöthigt, seine ersten Regierungsakte als König von Böhmen vorzunehmen. Der wichtigste hierunter war der, welcher die Besetzung der obersten Aemter und Rathsstellen betraf. Bei den Umständen, unter welchen er zur Krone gelangt war, war die Erwartung über seine Wahlen eine äußerst gespannte, die Protestanten, welche ihm zur Herrschaft verholfen hatten, erwarteten um so mehr ihren Lohn, als Mathias persönlich weniger Ursache hatte, die Katholiken zu schonen, da sich diese allesammt mehr oder weniger durch den Passauer Einfall kompromittirt hatten.

Die Lage des Königs war um so schwieriger, da es sich nicht um die Besetzung eines oder einiger vakanter Posten handelte, sondern sämmtliche Aemter neu zu besetzen waren. Es wurde nämlich von den Freunden eines durchgreifenden Personenwechsels, also von den Protestanten, die Behauptung aufgestellt, daß bei jedem Thronwechsel die obersten Beamten und die Räthe der Gerichte auf ihre Stellen resigniren müßten, damit der neue König in ihrer Besetzung völlig freie Hand habe. Man bezog sich hiebei auf einen ähnlichen Vorgang bei dem Regierungsantritte Ferdinands I. Thatsächlich hatten damals alle obersten Beamten auf ihre Stellen resignirt, die Katholiken behaupteten aber, es sei dies nichts anderes als eine Intrigue gewesen, um den damaligen Oberstburggrafen Lew von Rožmital aus dem Amte zu bringen; in der Landesordnung finde sich kein Gesetz, welches die Resignation zur Pflicht mache. Die Protestanten vertheidigten jedoch ihre Behauptung und auch Mathias war mehr auf Seite der letztern, weil es jedenfalls eine Vermehrung der königlichen Prärogative war, wenn ein neuer König an die sonst unabsetzbaren Räthe und Beamten seines Vorgängers nicht gebunden war.

Die obersten Beamten, von denen die Mehrzahl katholisch waren, begriffen alsbald, daß es sich darum handle, unter einem scheinbaren Vorwande einige unter ihnen von ihren Aemtern zu entfernen und wollten des-

---

*) Brüssler Archiv. Bodenius gibt in einem Schreiben den 18. Juni 1611 als den Tag, an dem sie aus der Haft entlassen wurden, an.

halb, als man an sie das Ansinnen zu resigniren stellte, nichts davon wissen. Namentlich Slawata, als Burggraf von Karlstein, und Martinitz, als Hofmarschall und Beisitzer des Landrechtes, die am meisten bedroht waren, erklärten, freiwillig nicht abtreten sondern nur einem Befehle des Königs weichen zu wollen; in ähnlicher Weise sprachen sich auch der Kanzler Lobkowitz, der Oberstlandschreiber Herr von Janowitz und der Landesunterkämmerer Burghard Točnik aus. Die Bedeutung dieser katholischen Opposition erhielt aber dadurch einen starken Stoß, daß sich der Oberstburggraf Adam von Sternberg und der Oberstlandrichter Adam d. j. von Waldstein, die hiezu von den Protestanten überredet worden waren, zur Resignation bereit erklärten. Ihnen schloßen sich darauf sämmtliche Beisitzer des Lehn- und Kammergerichts und später die Beisitzer des Landrechts und alle übrigen Kronbeamten an, so daß nur die oben genannten fünf Personen Lobkowitz, Janowitz, Slawata, Martinitz und Točnik auf der Verweigerung ihrer Resignation verharrten, doch waren auch diese erbötig, einem bestimmten Befehl des Königs Folge zu leisten. In einer Audienz, welche sämmtliche obersten Beamten, Räthe und Beisitzer der Gerichte bei Mathias hatten, verzichtete Adam von Sternberg in seinem und derjenigen Katholiken Namen, die sich ihm angeschlossen hatten, auf die bisher inne gehabten Stellungen, ein gleiches that Stephan von Sternberg als Wortführer der protestantischen Beamten und Räthe. Lobkowitz erklärte, er habe bereits dem Könige seine Absicht kundgethan und finde sich nicht bewogen, etwas hinzuzufügen; auch seine vier Gesinnungsgenossen verwahrten sich vor dem Könige gegen die ihnen zugemuthete Resignation, erklärten sich jedoch bereit einem Befehle zu folgen. Mathias entließ sie mit dem Versprechen, daß er ihnen seinen Willen bald möglichst kund geben wolle.

Die geheimen Räthe des Königs erwogen ernstlich, was nun zu thun. Die Mehrzahl derselben erklärte in einem Gutachten, daß Mathias in Be- 4. Juli
tracht der Art und Weise, wie er zur böhmischen Krone gelangt sei, auf 1611
die Protestanten Rücksicht nehmen und namentlich Thurn belohnen, Slawata und Martinitz aber ihrer Aemter entsetzen müsse. Auch bezüglich des Wenzel Kinsky war es nicht zweifelhaft, daß ihm ein Lohn zu Theil werden müsse, da sich aber letzterer frühzeitig etwas solideres, nämlich eine Schenkung in Gütern, ausgebeten und von Mathias die gewünschte Zusicherung erhalten hatte, so hatte man auf ihn bei der Vertheilung der Aemter keine Rücksicht zu nehmen. Die Minorität des Geheimraths war mit der Entfernung der beiden Katholiken nicht einverstanden, sie hob hervor, daß dieselben getreue Unterthanen des Königs sein würden, was bezüglich der Protestanten zweifelhaft sei. Zu dieser Minorität scheint Khlesl gehört zu haben, wenigstens ver-

sicherte er den Herrn von Slawata, daß er „Gewissens halber" von seiner Absetzung widerrathen habe. Auch Zuñiga und der Nuncius blieben in diesem entscheidenden Augenblicke nicht müßig, sondern bestürmten den König, er möchte den Katholiken keinen solchen Schlag beibringen, wie die Absetzung zweier ihrer bewährten Häupter.*) In der Kapuzinerkirche wurden von Lorenz von Brindisi auf Bitten des Kanzlers Gebete angestellt, auf daß die drohende Gefahr die Herren Slawata und Martinitz verschone. Ersterer vertrat in einer Privataudienz, die er sich bei Mathias erbeten hatte, persönlich seine Sache, um seinen Sturz, den er wie den ärgsten Schimpf fürchtete, hintanzuhalten. Gleichwohl konnten alle diese Bitten und Vorstellungen, wenigstens so weit sie Slawata betrafen, kein Resultat haben, denn Mathias hatte bereits über sein Amt verfügt. Als Kinsky nach Znaim gereist war, um den König zur Beschleunigung der Reise nach Prag aufzufordern, vertrat er daselbst nicht bloß seine Interessen, sondern er erbat auch für Thurn eine Belohnung. Mathias versprach damals, demselben das Burggrafenamt von Karlstein, welches Slawata bekleidete, zu ertheilen.**) — Dieses Amt war unter den böhmischen Kronämtern dasjenige, welches die mindeste Anstrengung erheischte und trotzdem reicher dotirt war als mehrere andere im Range höher stehende; es trug jährlich an 8000 Thaler ein.

Nach mehrtägigen Verhandlungen entschloß sich Mathias die Besetzung der Aemter vorzunehmen, Slawata sollte abgesetzt, Martinitz aber in seiner Stellung belassen werden. Gegen die bisherige und durch die Landesordnung sanktionirte Uebung, welche dem Könige zur Pflicht machte, hiebei den Rath der obersten Beamten und Beisitzer des Landrechts einzuholen, hatte Mathias nicht nur deren Gutachten, sondern auch das einiger Kammer- und Lehngerichtsräthe ja sogar einiger hervorragenden Mitglieder des Landtags verlangt, offenbar in der Absicht, den Ständen damit zu schmeicheln. Er berief darauf die Herren Adam von Sternberg, Adam d. j. von Waldstein, Zdeněk von Lobkowitz und Johann von Janowitz zu sich, und theilte ihnen die Liste derjenigen mit, welche er zu den einzelnen Aemtern befördern wollte. Adam von Sternberg sollte Oberstburggraf, Waldstein (er war früher Oberstlandrichter) Obersthofmeister (diese Stelle war zur Zeit vakant), Georg von Schwamberg Oberstkämmerer, Johann Sezima Oberstlandkämmerer, Lobkowitz Kanzler, Georg von Talmberg Oberstlandrichter, Graf Thurn Burggraf von Karlstein aus dem Herrnstande, Johann

*) Wir entnehmen die Geschichte der Aemterbesetzung größtentheils aus Slawata's Memoiren, einer umfangreichen Handschrift, deren Ausgabe jetzt Joseph Jireček in den Monumentis historiae bohemicis besorgt.

**) Simancas 2497/100. Zuñiga an Philipp III ddo. 26. Juli 1611.

von Janowitz Oberstlandschreiber, Burghard Točnik Landesunterkämmerer, Wratislaw von Mitrowič Burggraf von Karlstein aus dem Ritterstande, und Hřan von Harasow Burggraf des Königgrätzer Kreises werden. Die vier zum Könige beschiedenen Herren hatten den Auftrag, die genannten Personen in die Kanzlei zu berufen und ihnen ihre Ernennungen mitzutheilen. Als Sternberg und Lobkowitz die Liste durchgesehen hatten und Slawata's Namen darin vermißten, beschlossen sie zu seinen Gunsten einen letzten Versuch zu machen. Von den Ernannten war Herr von Schwamberg nicht nur altersschwach, sondern auch krank; sie hofften, er würde auf ihr Zureden auf das ihm übertragene Amt verzichten, und so für Slawata eine Stelle vakant werden. Indem sie die Anzeige von den königlichen Ernennungen verschoben, verfügten sie sich zu Herrn von Schwamberg und theilten ihm ihr Anliegen mit. Letzterer war jedoch nicht damit zufrieden, daß man ihn ohne sein Befragen für invalid ansah, wollte von einer Resignation nichts wissen und erklärte, noch ein Jahr lang seinem Amte vorstehen zu wollen. Während er sich in dieser abschlägigen Weise äußerte, trat seine Frau in's Zimmer, flüsterte ihrem Gatten etwas in's Ohr und entfernte sich wieder. Schwamberg war nun plötzlich andern Sinnes geworden und bevollmächtigte die beiden Herren, dem Könige seine Resignation mitzutheilen. Die Ursache dieser raschen Sinnesänderung lag darin, daß Frau von Schwamberg, eine Schwester Colonna's von Fels, hoffte, ihr Bruder könnte durch die Resignation ihres Gemahls in den Besitz eines Landesamtes gelangen, eine Hoffnung, welche außer ihr auch andere Personen theilten. Die Sache nahm jedoch einen andern als den von diesen erwarteten Verlauf. Kaum war der König benachrichtigt worden, daß ein Amt vakant sei, so nahm er unter den Ernannten einige Beförderungen vor und ertheilte dem Slawata die Stelle eines Obersthoflehnrichters. Dadurch ward zwar letzterer von einem einträglichen Amte zu einer höchst magern Pfründe versetzt, allein diese Versetzung hatte wenigstens das mildernde, daß der Posten eines Obersthoflehnrichters im Range dem eines Burggrafen vorging. Martinitz blieb im Besitze seines frühern Amtes, er hatte es einer näheren Bekanntschaft mit Khlesl zu danken, daß die Gefahr an ihm vorübergegangen war. Nach des Mathias Ankunft in Prag ward nämlich der päpstliche Nuncius im Hause des Herrn von Martinitz einquartirt worden, wodurch letzterer Gelegenheit zu einem vertraulichen Verkehr nicht nur mit dem Nuncius, sondern auch mit dem diesen fast täglich besuchenden Khlesl erhielt.

So ward von Mathias die Regierung von Böhmen bestellt worden. Der Unterschied zwischen ihr und der unter Rudolf bestehenden war, was

die Persönlichkeiten betrifft, thatsächlich nicht nennenswerth, denn von den Häuptern der ständischen Bewegungspartei erhielt der einzige Thurn ein Landesamt und dies ein solches, bei dem als einer Sinecur von einem einflußreichen Wirkungskreise keine Rede sein konnte. Andere hervorragende Persönlichkeiten unter den Protestanten mußten sich mit einigen einfachen Posten als Beisitzer und Räthe der Gerichte und Landesämter begnügen. Die Sachlage war also die, daß die Protestanten auf dem Felde der Gesetzgebung, d. i. im Landtage zum Siege gelangt waren und auf jenem Gebiete der exekutiven Gewalt, das sie an sich gerissen hatten, nämlich in der Ordnung ihrer kirchlichen und Unterrichtsangelegenheiten sich selbstständig bewegten, daß sie aber von der eigentlichen Regierung des Landes größtentheils ausgeschlossen blieben. Hier zeigte sich zuerst, daß die Regierung des Königs Mathias doch nur eine Fortsetzung jener Rudolfs sei, mit alleiniger Ausnahme der unerträglichen Unordnungen, die eine Folge von des Kaisers geistiger Beschaffenheit waren. Indem Mathias die katholische Regierungsweise seines Bruders fortsetzte, ohne daran zu denken, eine große Partei im Lande an sein Interesse zu knüpfen, wie wir dies bereits oben gesagt, mußte in nicht allzu ferner Zeit zwischen ihm und seinen neuen Unterthanen abermals ein Kampf entbrennen, denn es war nicht zu erwarten, daß die Protestanten im Gefühle ihrer Macht und Zahl nicht die volle Herrschaft für sich beanspruchen würden.

Daß dies nicht anders sein konnte, dafür zeugt eine Entscheidung des Königs, welche dieser drei Tage vor seiner schließlichen Abreise von Prag fällte. Gegen die protestantischen Braunauer, welche mit ihrem berühmten Kirchenbau begonnen hatten, war der Abt von Braunau klagbar aufgetreten und verlangte die Sistirung des Baues. Mit Außerachtlassung der im Jahre 1609 getroffenen Bestimmung, daß auf geistlichen weil eigentlich dem Könige gehörenden Gütern — nach der staatsrechtlich in Böhmen giltigen Auffassung — die Unterthanen das Recht des Kirchenbaues besitzen sollten,
25 Aug. 1611 entschied Mathias gegen die Braunauer und befahl ihnen den weiteren Bau einzustellen. Hiemit hatte er den Kampf selbst begonnen und ihm den Schein eines religiösen gegeben. — Am 28. August reiste er von Prag nach der Lausitz ab, in Bautzen empfing er am 5. September die Huldigung der Oberlausitzer, in Sara am 12. die der Niederlausitzer, am 18. September langte er in Breslau an, um die Huldigung der Schlesier entgegenzunehmen. Jetzt machte sich der Groll und die Eifersucht der Schlesier Luft gegen die Böhmen und sie erklärten ausdrücklich, daß sie dem Könige nicht huldigen würden, wofern er ihnen nicht eine eigene Kanzlei zusage. Nach vieltägigem Zögern willigte Mathias in die Ernen-

nung eines Vicekanzlers für Schlesien in der Person des Herrn von Schönaich, der sein Amtslokale in Breslau aufschlug und nach dem Wunsche der Schlesier faktisch jede Verbindung mit der böhmischen Kanzlei aufhob. Der Kanzler von Böhmen Zdeněk von Lobkowitz, der sich im Gefolge des Königs in Breslau befand, säumte nicht, im Namen Böhmens gegen die Trennung Schlesiens zu protestiren, allein sein Protest wurde nicht weiter von den Schlesiern beachtet. *) Am 9. Oktober huldigten sie darauf ihrem neuen Herzoge.

---

*) Ueber die weitere Entwicklung der Kanzleiangelegenheit findet man das nähere im Anhange.

Fünftes Kapitel.

I. Neue Richtung der Rudolfinischen Politik. Des Kaisers Absicht sich mit der Union zu verbinden. Oberst Gunderode. Berufung des Markgrafen von Anspach nach Prag. Der Nürnberger Kurfürstentag. Feindliche Stimmung desselben gegen Rudolf und Mathias. Rudolfs Bestreben, die Wahl eines römischen Königs zu vereiteln. — II. Des Kaisers letzte Krankheit. Sein Tod. Behandlung seiner Diener, namentlich des Kammerdieners Rucky. Betrachtungen über den Streit zwischen Rudolf und Mathias. — III. Rudolfs natürliche Nachkommenschaft. Der Marchese Julius. Blick auf die Rechtsverhältnisse in Böhmen.

I

Durch den Vertrag vom 11. August hatte Rudolf nicht bloß der Krone Böhmens entsagt, sondern sich auch verpflichtet, seinen Bruder den Kurfürsten zur Wahl auf den deutschen Thron zu empfehlen. War schon die Entsagung eine erzwungene, wie dies der Kaiser nicht müde wurde, bei verschiedenen Gelegenheiten zu betonen, so war es mit der versprochenen Empfehlung nicht anders. Während er bezüglich der ersteren keineswegs die Hoffnung aufgab, sie rückgängig machen zu können, beeilte er sich auch nicht mit der letztern, denn er hatte nicht die geringste Neigung, sich auf dem deutschen Throne in der Person seines Bruders einen Nachfolger zu geben. Obwohl er also keineswegs das dem Bruder ertheilte Versprechen einhielt, so drohte dennoch die Frage wegen der Succession im Reiche trotz und gegen den Kaiser in den Vordergrund zu treten. Wie bereits erzählt worden, hatte der Kurfürst von Mainz seine Kollegen zu einer gemeinsamen Versammlung ursprünglich nach Mühlhausen, später aber nach Nürnberg eingeladen. Diese Versammlung stand jetzt unmittelbar bevor

und einer der ersten Punkte, die auf derselben erörtert werden sollten, war eben die Nachfolge im Reiche. Der Kurfürst von Mainz war es, der mit allem Ernste diese Zusammenkunft betrieb und am meisten die Nothwendigkeit, für die Bestimmung der Nachfolge Sorge zu tragen, betonte. Rudolf konnte voraussehen, daß er schon in den nächsten Tagen selbst um jene Krone zu kämpfen haben würde, die für ihn thatsächlich nichts als eitler Flitter war.

Um den Kampf glücklich zu bestehen, mußte der Kaiser trachten, einen doppelten Erfolg auf dem Kürfürstentage zu erringen. Erstens mußte er Mathias bei den Kurfürsten zu diskreditiren suchen und zweitens, dieselben von dem etwaigen Vorsatz, für die Nachfolge im Reiche Vorkehrungen zu treffen, abwendig machen. Gelang ihm beides, so hatte er damit vorerst nur negative Erfolge errungen, denn was er vor allem wünschte und wozu er in mehreren Schreiben die Kurfürsten geradezu aufgefordert hatte, die Bestrafung seines Bruders, das mußte dann erst besonders angestrebt werden. Freilich konnte nur Leidenschaft oder ein getrübter Verstand letzteres für möglich halten, aber für Rudolf gab es nie allzu kühne Hoffnungen. Es entstand nur für ihn die Frage, auf welchem Wege dies doppelte Ziel angestrebt werden sollte. Seine bisherigen diplomatischen Stützen hatten sich in allen seinen kritischen Lagen als unbrauchbar erwiesen: von den geistlichen Kurfürsten und von Kursachsen hatte er weder im Jahre 1608, noch bei dem Prager Konvente, noch nach dem Passauer Einfalle jene Hilfe erlangt, auf die er gehofft, und nun waren sie es gerade, die mit dem größten Eifer die Bestimmung der Nachfolge betrieben. In dem Grade, als die Niederlage, die er von seinem Bruder erlitten hatte, eine vollständigere ward, in dem Grade sah er sich von seinen frühern Bundesgenossen verlassen. Eine neue Politik mit neuen Bundesgenossen, das und nichts weniger war es, was der hinsiechende Kaiser in seiner größten Bedrängniß, als ihm selbst nach der deutschen Krone gegriffen ward, versuchen zu müssen glaubte.

Worin sollte nun die neue Politik bestehen? In nichts geringerem als in einem engen Anschluß an die kalvinische Partei in Deutschland und an deren Träger. Rudolf urtheilte ganz richtig, daß er in dieser Partei, welche seit Jahren nach einer gewaltsamen Umänderung der deutschen Verhältnisse trachtete, in der die waghalsigsten Politiker in Deutschland zu finden waren, das meiste Entgegenkommen finden würde, wenn er ihr ein Bündniß anböte. Er konnte dieser Partei als Preis für ihre Unterstützung die gesammte kaiserliche Macht — ein werthvoller Besitz in den Händen von Männern wie Anhalt — zur Disposition stellen, um als Gegenleistung Hilfe gegen seinen Bruder oder wenigstens Vereitelung einer römischen

Königswahl zu verlangen. Mit einer solchen Politik löste sich Rudolf vollständig von allen seinen bisherigen Beziehungen los, von den Katholiken Deutschlands, vom Papste, von dem Könige von Spanien und von allen Prinzen seines Hauses und begründete ein politisches System, dessen einzige Stütze die berechnende Schlauheit seiner frühern Gegner, der Unionsfürsten, und sein Kaisertitel war. So viel war gewiß, daß, wenn Rudolf entschlossen auf dem Wege dieser Allianz vorwärts ging und alle Konsequenzen derselben hinnahm, er eine grenzenlose Verwirrung in Deutschland herbeiführen konnte. Trotzdem und vielleicht eben deshalb war die Verbindung mit der Union der Hoffnungsanker, an den der Kaiser sich anklammerte und den er bis an sein Lebensende festhielt. Wenn es hiebei nicht zu mehr als zu vorbereitenden Handlungen, zu Gesprächen, Gesandtschaften und schriftlichen Erklärungen kam, so darf nicht übersehen werden, daß Rudolf überhaupt nicht rasch in der
1611 Durchführung seiner Entschlüsse war und daß er seit dem Monate September, in dem seine Allianzpläne klar hervortraten, nur mühsam den Faden der Unterhandlungen weiter führen konnte; seine körperlichen Kräfte waren erschöpft und er wankte dem Tode zu, der ihn im Januar 1612 ereilte.

Schon im Jahre 1610, als die Konventsverhandlungen eine für den Kaiser ungünstige Richtung nahmen, verfiel der Kaiser auf den Gedanken einer Verbindung mit der Union und es ist erzählt worden, daß er damals den Herrn Gotthard von Starhemberg mit einer Mission an den Kurfürsten von der Pfalz Friedrich IV betraute. Da letzterer aber gerade zu dieser Zeit starb, so ließ Rudolf den Plan dieser Verbindung fallen und setzte seine Hoffnung allein auf den bald darauf in Scene gesetzten Passauer Einfall. Jetzt richtete er seine Aufmerksamkeit neuerdings auf die Union und schon vor dem Abschlusse des Vertrages vom 11. August deutete er seiner Umgebung den Weg an, den seine Politik einschlagen dürfte. Er drückte sich hiebei so aus, daß er nicht bloß ein Bündniß mit der Union in Aussicht stellte, sondern daß er sogar den Uebertritt zum Protestantismus selbst erwarten ließ.*) Seine Stimmung erfuhr nach abgeschlossenem Vertrage keine Besserung, sondern eiferte ihn zu entschiedeneren Schritten an. In diesen seinen Bestrebungen fand er natürlich keine Unterstützung bei Männern wie Barvitius, aber selbst jene, die noch bei dem Passauer Einfall ihm mitgerathen und mitgeholfen hatten,

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 30. Juli 1611. „Der Barvitius hat mir selben Tag angezeigt, er habe allerhand wichtige Sachen mit mir zu reden, wolle darzu einen bequehmen tag und orth, umb allain und ungehindert zu seyn, aussehen und erdenken, metuit (quod jam aliquoties mihi dixit) ne Caesar ad apostasiam declinet.

wie Hannewaldt und Hegenmüller, hielten sich vom Kaiser fern, indem sie ihre Freilassung dazu benützten, um jede Verbindung mit demselben abzubrechen. Es versteht sich von selbst, daß nur verkommene Persönlichkeiten oder beutelustige Ausländer sich dazu hergeben konnten, Rudolf bei einer Politik behilflich zu sein, deren Resultat unter allen Umständen nur Verwirrung und Krieg sein konnte, ohne dem Urheber derselben zu helfen; eine einfache Aufzählung jener Personen, die dem Kaiser ihre hilfreiche Hand boten, bestätigt dies mehr als zur Genüge. Obenan stand der Oberst Gunderode, der bereits mehrmals im Laufe der Erzählung genannt wurde; er lebte als Gesandte Jakobs II oder besser gesagt als dessen diplomatischer Agent in Prag, stand in regem Zusammenhang mit dem Fürsten von Anhalt und war von Rudolf schon im Anfang des Jahres 1609 zu Missionen benützt worden, als letzterer sich der Hoffnung hingab, Oesterreich wieder gewinnen zu können. Man könnte glauben, daß Gunderode nur im Einklange mit seiner protestantischen Ueberzeugung thätig war, wenn er Rudolf die verlangten Dienste leistete. Allein die Akten liefern den Beweis, daß es sich für denselben zugleich um einen Gelderwerb handelte und daß er die Leidenschaft des Kaisers zu bedeutenden Erpressungen benützte. Er war derart an dem Intriguenspiel desselben betheiligt, daß er sogar in den Passauer Einfall verwickelt erscheint, da er vor Mathias durch die Flucht nach Sachsen Schutz suchen zu müssen glaubte. Seine Dienstleistungen in diesen letzten Monaten brachten ihm die Summe von 10.000 Dukaten ein, mit der er sich glücklich nach des Kaisers Tode vor den Nachstellungen des Mathias rettete. Neben Gunderode wird uns der kaiserliche Sekretär Härttel genannt, der im Sinne einer pfälzischen Einigung vorzugsweise thätig war. An ihn schlossen sich Personen von ganz untergeordneter Stellung an, die Kammerdiener Rucky und Hastal, der Antiquar Fröschel, ein holländischer Abenteurer und Verfertiger eines Perpetuum mobile, Cornelius Drebbel, und eine und die andere kaum dem Namen nach bekannte Persönlichkeit. Dies waren die Männer, die jetzt vorzugsweise des Kaisers Vertrauen besaßen, seine Politik bestimmten, die Depeschen verfaßten und korrigirten, mit einem Worte die leitende Hand im Kabinete des deutschen Kaisers waren. Neben ihnen wurden wohl noch Dr. Wackher und Ernfrid von Minkwitz benützt, doch kam ihr Ansehen nicht dem der vorgenannten Personen gleich. Der Herzog von Braunschweig, der gegenwärtig den Sitzungen des geheimen Rathes präsidirte, stand den abenteuerlichen Entschlüssen des Kaisers fern; theils ward er durch seinen Rang von einem allzu vertrauten Verkehr mit Kammerdienern und Alchimisten abgehalten, theils gehörte er für seine Person zu der durch Kursachsen repräsentirten politischen Partei und stand also den Wünschen und Absichten der Union entgegen.

Der Entschluß des Kaisers, eine Verbindung mit der Union einzugehen, war nicht das einzige auffallende Ereigniß dieser Tage, es gesellten sich zu demselben neue Heiratsprojekte, die am Hofe mit Eifer diskutirt wurden. Anfangs hieß es, der Kaiser wolle der verwitweten Königin von Frankreich Marie von Medici die Hand reichen, dann wurde die verwitwete Kurfürstin von der Pfalz als kaiserliche Braut genannt, zuletzt kam die Sprache auf eine Tochter des Herzogs von Braunschweig und dieses Projekt schien am meisten an Konsistenz gewinnen zu wollen, wenigstens wurde einige Tage vor dem Tode des Kaisers die Hochzeitsfeierlichkeit als sehr nahe bevorstehend betrachtet. So beschäftigte sich also Rudolf, beinahe möchte man sagen, noch in der Todesstunde mit dem Gedanken, wie er dem von der Natur ihm gesetzten Nachfolger einen Possen spielen könnte. Neben den Hochzeitsplänen wurde die Frage wegen der Abreise ununterbrochen besprochen und schien durch die bevorstehende Allianz Rudolfs mit der Union ihrer Lösung entgegenzugehen. Ein eigener Wagen wurde hergerichtet, in dessen Mitte auf Riemen eine Sänfte für den Kaiser befestigt war, um die Beschwerlichkeit des Transportes zu verringern. In mancher Woche mußten die Equipagen Tage lang bereit stehen, um auf den ersten Wink des Kaisers den Weg in's Reich einzuschlagen. *)

Die Verbindung mit der Union knüpfte Rudolf durch Gunderode an.
1611 Im Monate August wurde derselbe nach Deutschland mit dem Auftrage abgeschickt, den pfälzischen Hof und andere mit diesem befreundete Fürsten zu besuchen. So weit wir aus der nur theilweise erhaltenen Korrespondenz urtheilen können, hatte der Oberst vorerst den Auftrag die Stimmung der einzelnen Fürsten zu erforschen, in wie weit sie zu einer Allianz mit dem Kaiser geneigt wären. **) Nur an den Markgrafen von Anspach und an den Grafen von Hanau hatte er bestimmtere Aufträge. Bezüglich des letztern berichtete Zuñiga dem König von Spanien, daß der Kaiser von ihm ein Anlehen erlangen wolle, bezüglich des erstern stellte sich bald heraus, daß ihn Rudolf mit Uebergehung aller seiner Geheimräthe und aller Prinzen seines Hauses zum Kommissär bei dem Kurfürstentage in Nürnberg ernennen wolle. Der Markgraf wurde wegen Empfangnahme der Instruktion zur Reise nach Prag eingeladen. In der That konnte man sich keine entschiedenere Demonstration denken, als wenn der Kaiser bei einer so wichtigen Gelegenheit einen Unionsfürsten in dieser Weise mit seinem Vertrauen beehrte. Daß man im Lager des Fürsten von Anhalt mit Zufriedenheit diese Schwenkung Rudolfs begrüßte, kann nicht

*) Simancas 2497/23. Zuñiga an Philipp III ddo. 30. Sept. 1611.
**) Die Akten im böhmischen Statthaltereiarchive.

bezweifelt werden, doch sind wir nicht zur Kenntniß irgend eines Planes, den ersterer auf dieselbe begründete, gekommen. Die Instruktion, welche die pfälzischen Gesandten zu dem Kurfürstentage nach Nürnberg erhielten *), zeigt von keinem vollständigen Eingehen in die Wünsche des Kaisers, denn die Gesandten erhielten den Auftrag, auf die Vornahme einer römischen Königswahl zu dringen, was bekanntlich am allerwenigsten dem Kaiser angenehm war. Später als der Markgraf von Anspach bereits direkte Verhandlungen mit dem letztern angeknüpft hatte, hieß es, die Union sei erbötig, dem Kaiser zu seinem Unterhalt eine bedeutende Geldsumme zu bewilligen, natürlich unter der Bedingung, daß er ihre Interessen zu den seinigen mache. Wir glauben mit Grund vermuthen zu dürfen, daß das Entgegenkommen Anhalts und der Unionsfürsten, das durch Gunderode's Sendung provozirt werden sollte, nicht den weitgehenden Wünschen des Kaisers entsprach. Unzweifelhaft mag man in diesem Lager über den Gesundheitszustand des Kaisers hinreichend unterrichtet gewesen sein, um aus einer Verbindung mit ihm große Hoffnungen zu schöpfen und sich voreilig zu kompromittiren. Dagegen hegten Mollard und Barvitius, die, wiewohl im kaiserlichen Dienste stehend, sich völlig bei Seite gesetzt sahen, große Befürchtungen vor den Folgen dieser Verbindung; beide behaupteten, daß der Kaiser die früher unbeachteten Wünsche der Union jetzt erfüllen werde. **) Barvitius war stets der Meinung, daß Rudolf jeden Weg betreten werde, um an seinem Bruder Rache zu nehmen.

In Folge der Einladung des Kaisers langte der Markgraf von Anspach am 15. Oktober in Prag an, um dessen Mittheilungen und Wünsche 1611 entgegenzunehmen. Sein rascher Empfang — schon den zweiten Tag nach seiner Ankunft — zeigte, welch' hohen Werth der Kaiser auf die Verbindung mit jener Partei legte, welche der Markgraf repräsentirte; der Empfang war aber nicht nur rasch, er war in jeglicher Beziehung ausgezeichnet. Am 17. Oktober empfing der Kaiser den Markgrafen mit seinem ganzen Gefolge und unterhielt sich darauf mit ihm eine Viertelstunde lang allein; vier Tage später ertheilte er ihm abermals eine Audienz, die etwa eine Stunde währte und zuletzt ließ er ihn sogar in sein Kunstkabinet kommen und besprach sich da zwei Stunden lang mit ihm. Er ernannte den Markgrafen darauf zu seinem Bevollmächtigten bei dem Nürnberger Kurfürstentage und unterordnete ihm die mittlerweile dahin abgeschickten Gesandten. Da er ihn bei seiner Abreise mit kostbaren Gegenständen beschenkte

*) Münchner Staatsarchiv 547/14, 306. Pfälzische Instruktion für die Gesandten zum Kurfürstentag in Nürnberg.

**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 15. Okt. 1611.

und wie die Rede ging, sogar an Sohnesstatt annahm, so stand der Empfang des Markgrafen wohl einzig in der Geschichte Rudolfs da.

Es versteht sich, daß über den Inhalt der Unterredungen zwischen dem Kaiser und seinem neuen Adoptivsohne viel nachgeforscht wurde. Aus den Berichten von Personen, die ihre Nachrichten aus dem Munde des einen oder des andern der beiden Fürsten schöpften, geht so viel hervor,*) daß sich der Kaiser zuerst bitter über den Papst und Spanien so wie über seine ganze Familie ausgelassen habe, „er möge nicht einmal den Namen seines Hauses aussprechen hören" und darauf erklärte, daß er sich an den Vertrag vom 11. August nicht für gebunden halte, sondern dessen Vernichtung und seine eigene Restitution anstrebe. Der Markgraf von Anspach suchte dem Kaiser Muth einzuflößen, forderte ihn auf, seinen schon mehrmals ausgesprochenen Entschluß auszuführen und seine Residenz nach Deutschland zu verlegen. Sobald er den Beschwerden der Protestanten abhelfe, könne er gewiß sein, daß sie ihm einen Jahresgehalt aussetzen würden. Gunderode rühmte sich wenige Tage später,**) daß die Protestanten sich bereits zu einer Summe von 130.000 Gulden jährlich verstanden hätten. Am Schlusse der Unterhandlungen, die der Markgraf nicht nur mit dem Kaiser sondern auch mit einigen seiner Vertrauenspersonen zu führen hatte, erhielt er den Auftrag, bei dem Nürnberger Kurfürstentage dahin zu wirken, daß die Bestimmung der Nachfolge bis zur Berufung eines Reichstages vertagt, Mathias mit seinen etwaigen Forderungen abgewiesen und gegen die Böhmen wegen ihres Vorgehens ein Tadel ausgesprochen werde.***)

Der Kurfürstentag in Nürnberg, der endlich das Verhältniß zwischen dem Kaiser und Deutschland in's klare bringen mußte, versammelte sich in der zweiten Hälfte des Monats Oktober. Von den Kurfürsten waren daselbst anwesend die drei Erzbischöfe und der neue Herzog von Sachsen Johann Georg, des vor kurzem verstorbenen Christian II († 3. Juli 1611) Bruder und Nachfolger. Kurpfalz war wegen der Minderjährigkeit des Kurfürsten Friedrich V, bekannt unter dem Namen des Winterkönigs, durch den Herzog von Zweibrücken, Administrator der Kur, Brandenburg durch Gesandte vertreten. Die Kur Böhmen nahmen des Mathias Gesandte, an deren Spitze sich Khlesl befand, in Anspruch.

---

*) Wir schöpfen unsere Nachrichten aus einem Briefe Vischers an Erzh. Albrecht ddo. 22. Okt. 1611 im Brüssler Archiv und aus zwei Schreiben des sächs. Gesandten aus Prag an Kursachsen im sächs. Staatsarchiv.

**) Vischer an Erzherz. Albrecht ddo. 29. Okt. im Brüssler Archiv.

***) Sächs. Staatsarchiv. Zeidler an Kursachsen ddo. $\frac{21.}{31.}$ Okt. 1611. — Hammer: Khlesl II Urkundensammlung N. 352.

Sämmtliche Kurfürsten und ihre Vertreter waren vom ersten Augenblick ihrer Zusammenkunft in Nürnberg entschlossen, sich über die Vornahme einer römischen Königswahl zu einigen, dem Kaiser hievon die Anzeige zu machen, und dann die Wahl mit oder ohne seine Zustimmung vorzunehmen. Selbst der Administrator der Kurpfalz machte hievon keine Ausnahme, wiewohl des Markgrafen von Anspach Botschaft und ein eigenhändiger Brief des Kaisers, der ihm deren Berücksichtigung empfahl, darnach angethan sein konnten, seinen Entschluß zu erschüttern. *) So wenig aber ein Zweifel darüber obwaltete, ob eine Königswahl vorzunehmen sei oder nicht, so wenig Einigkeit herrschte über die Person des zu Wählenden. Zwar traten nicht mehrere Bewerber auf, nur der einzige König Mathias kandidirte offen für den Thron, allein gerade gegen ihn walteten die wichtigsten Bedenken bei der Mehrzahl der Wähler ob. Die geistlichen Kurfürsten, treu ihrem frühern Systeme, wollten nichts von seiner Erhebung wissen, der Kurfürst von Sachsen schien ihnen folgen zu wollen, denn obwohl er sich nicht zu Gunsten Albrechts äußerte, gab er auch nicht zu erkennen, daß er für Mathias eintreten wolle, und auf Brandenburg und Kurpfalz war kein sicherer Verlaß für Mathias, wiewohl sie seit dem Passauer Einfall sich sichtlich dem Könige genähert hatten. Khlesl, der mit einer Rührigkeit ohne Gleichen die Interessen seines Herrn vertrat, begegnete überall einer mehr oder weniger unfreundlichen Stimmung; der Kurfürst von Mainz verweigerte ihm sogar durch längere Zeit eine Audienz. Zuñiga, der nach Nürnberg gekommen war, trat im Einklange mit seinen frühern Bestrebungen mit solchem Eifer für Mathias auf, daß selbst Khlesl denselben nicht hoch genug anschlagen konnte und seinem Herrn schrieb, „die spanische Botschaft arbeite Tag und Nacht" im Interesse des Königs. Die geistlichen Kurfürsten, welche die Resultate ihrer beschränkten Politik im Passauer Einfalle sehen konnten, zogen es vor, statt offen die Verkommenheit des kaiserlichen Regiments zuzugeben, gegen Mathias die Erzürnten und Beleidigten zu spielen. Eine Aenderung in ihrer Haltung ward am Ende nur bei zweien, bei Köln und Trier, durch Zuñiga's Zuthun herbeigeführt, der als Augenzeuge der Verhältnisse am Prager Hofe und Vertreter Philipps III nicht als Parteimann angesehen und verworfen werden konnte. Nur Schweikhart von Mainz erwies sich unnahbar gegen alle Freunde des Königs Mathias; dem spanischen Gesandten erklärte er geradezu, daß er die Empfehlung des Mathias nicht für eine ernst gemeinte ansehe und nicht glauben könne, der König von Spanien würde je

---

*) Münchner Staatsarchiv 547/15, 124. Rudolf II an den Administrator der Kurpfalz ddo. 23. Okt. 1611.

vergessen, welche Rolle Mathias in den Niederlanden gespielt habe. *) Da der Kurfürst von Mainz auf die Entscheidung seiner geistlichen Kollegen einen anerkannten Einfluß besaß, so war zu fürchten, daß Mathias noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde. Die Neigung Schweikharts ging entschieden auf den Erzherzog Albrecht und Zuñiga war der Ansicht, daß derselbe schließlich die meisten Aussichten auf die Kaiserkrone besitze. Als der spanische Staatsrath von Zuñiga über den Stand der Angelegenheiten und zugleich über dessen energisches Eintreten für Mathias benachrichtigt wurde, war er nicht völlig damit zufrieden; wiederum tauchten nämlich die nebelhaften Kaiserphantasien im spanischen Kabinet auf. Man gönnte daselbst Mathias die Erhebung, aber Zuñiga bekam doch die Weisung, die Möglichkeit einer Wahl Philipps III im Auge zu behalten und die Stimmen der Kurfürsten auf denselben zu lenken, wenn Mathias oder einer seiner Brüder ihnen nicht genehm wäre. **)

Was Kursachsen betrifft, so würde Mathias von da aus eben so wenig zu hoffen gehabt haben wie von Mainz, wenn Christian II noch am Leben gewesen wäre. Aber Johann Georg, wiewohl zur kaiserlichen Partei gehörig, hatte doch keinen Groll gegen Mathias, ja er war sogar geneigt demselben seine Stimme zu geben, wenngleich er damit noch sorgfältig hinter dem Berge hielt. Denn bevor die Konferenzen in Nürnberg begannen, beriet er sich mit seinen Geheimräthen, wem er seine Wahlstimme geben solle. Es wurde die Meinung aufgestellt, daß ernstlich nur von zwei Bewerbern, von Mathias und Albrecht, die Rede sein könne und nach langer Erwägung zugestanden, daß eigentlich nur der erstere wählbar sei, mochten noch so viel Einwürfe gegen ihn vorgebracht werden. Johann Georg schloß sich dieser Meinung mit der Beschränkung an, daß er zu Gunsten des Mathias vorläufig keine Verpflichtung eingehen wolle.***)

Nach mancherlei Verhandlungen blieb der Nürnberger Kurfürstentag bei dem anfänglichen Entschlusse stehen, die Wahl eines römischen Königs vorzunehmen und dem Kaiser hievon die Anzeige zu machen. Gab der letztere hiezu seine Einwilligung, so nahm man sie dankbar an, wenn nicht, so wollte man sich auch ohne dieselbe behelfen. Die Wahl sollte am Montag nach Cantate (21. Mai 1612) in Frankfurt stattfinden und zu der-

*) Simancas 2497/171. Zuñiga an Philipp III ddo. 29. Okt. 1611. — Bekanntlich hatte eine Partei in den Niederlanden den Erzherzog an die Spitze des Gemeinwesens stellen wollen und Mathias hatte den Ruf angenommen, ohne Philipp II zu fragen.

**) Staatsrathsbeschluß vom 15. und 22. Dez. 1611. Simancas 709/161 und 162.

***) Sächs. Staatsarchiv. Berathung des Kurfürsten mit seinen Räthen ddo. $\frac{10.}{20.}$ Oktob. 1611.

selben auch Mathias als König von Böhmen eingeladen werden.*) Ueber die Person des zu Wählenden war keine vorläufige Einigung erfolgt. Schweikhart von Mainz hatte ebenso energisch sich gegen Mathias verwahrt, wie er für Albrecht eintrat; er war nach Nürnberg gekommen, entschlossen seine Kollegen zu einem schriftlichen Versprechen zu vermögen, daß sie letzterem ihre Stimme geben und sonach die Wahl, wenn auch nur vorläufig, vollziehen würden. Er würde vielleicht gesiegt haben, wenn nicht Zuñiga seinen ganzen Einfluß in des Mathias Wagschale gelegt hätte. Johann Georg ward in seiner günstigen Stimmung für Mathias bestärkt, Trier und Köln in ihrer Abneigung gegen denselben schwankend gemacht. Brandenburg, welches seit dem Passauer Einfall in einen freundlichen Verkehr mit Mathias getreten war, trat in Nürnberg ziemlich offen für denselben auf und auch der Vertreter der Kurpfalz mußte, wenn die Wahl nur zwischen Mathias und Albrecht schwankte, zweifelhaft sein, ob er den erstern verwerfen dürfe, trotzdem daß eine Allianz mit Rudolf und der Union im Werke war, denn es lag jetzt wie früher nicht im Interesse der pfälzischen Politik, die Kaisermacht am Niederrhein zu begründen. Die Dinge standen so, daß wenn ein dritter annehmbarer Bewerber auftrat, er die beiden andern Kandidaten aus dem Felde schlug. Es war damit für Maximilian von Baiern der Augenblick gekommen, wo es von ihm abhing, ob er den deutschen Thron besteigen wollte oder nicht. Daß er sich nicht um denselben bewarb, war der schlagendste Beweis, den er dem Hause Habsburg lieferte, daß er es nicht auf dessen Verkürzung abgesehen habe. — Der Tadel gegen die Böhmen, welchen der Kaiser bei dem Kurfürstenkollegium betrieb, wurde von demselben nicht ausgesprochen. Khlesl widersetzte sich dagegen energisch und bewies, daß ein Tadel gegen die Böhmen zugleich einen solchen gegen Mathias einschließe.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß es nicht ganz und gar an einem dritten Kandidaten für den deutschen Thron gebrach, derselbe war kein anderer als der Erzherzog Leopold. Da durch seine Ausflüchte die Aussöhnung mit Mathias, wie erzählt worden, um diese Zeit noch nicht erfolgt war, bemühte sich der Erzherzog mit Rudolf in eine neue Verbindung zum Nachtheil seines Vetters zu treten. Von Zeit zu Zeit langte von ihm in Prag ein Brief ein, in dem der Kaiser beschworen wurde, Böhmen zu verlassen und seinen Sitz in einer Reichsstadt aufzuschlagen. Als der Kurfürstentag in Nürnberg herannahte und es gewiß war, daß die

*) Münchner Staatsarchiv 847/15, 386. Beschluß des Nürnberger Kurfürstentages unterzeichnet von den anwesenden vier Kurfürsten und den Vertretern von Pfalz und Brandenburg.

Nachfolge im Reiche daselbst zur Entscheidung kommen würde, suchte Leopold die Aufmerksamkeit des Kaisers abermals auf sich zu lenken und fand in dem alten Herzog Wilhelm von Baiern einen ebenso rücksichtslosen als unvernünftigen Freund, der sich in einem Schreiben an Rudolf für ihn verwendete. Da des Erzherzogs früherer Anhang am Prager Hofe seit dem Rückzuge der Passauer zersprengt war, so war es schwer eine Person ausfindig zu machen, welche Wilhelms Brief an die Adresse befördert hätte; zuletzt gab sich ein Ofenheizer in der Burg dazu her und von diesem erhielt der Kaiser des Herzogs Brief. Er blieb jedoch ohne Wirkung, da Rudolf es vermied in Nürnberg einen Nachfolger zu empfehlen und überhaupt seine Hoffnungen nicht mehr auf seinem Vetter beruhten.*)

Bevor noch die Gesandten des Nürnberger Kurfürstentages in Prag eintrafen, um dem Kaiser von den dort gefaßten Beschlüssen Nachricht zu geben, schickte der Markgraf von Anspach über dieselben einen Bericht ein. Er ersuchte Rudolf, sich nicht durch den Beschluß wegen Vornahme der Königswahl allzusehr betrüben zu lassen, derselbe sei nicht zu vereiteln gewesen. Der Kaiser möge sich mit demselben einverstanden erklären, mittlerweile aber sich einen „starken Rücken machen,“ d. h. mit der Union eine innige Verständigung eingehen, um die Wahl zu seinen Gunsten zu lenken oder wenigstens keinen Nachtheil von ihr zu erfahren. **) Dem Briefe auf dem Fuße folgten die Gesandten des Kurfürstentages, an deren Spitze sich der Vicedom von Mainz Brömser befand; als Vertreter von Kurpfalz fungirte der rührige Camerarius. Wiewohl auf die Botschaft vorbereitet, war der Kaiser seiner Bewegung doch nicht mächtig, als sich die Gesandten in der ihnen ertheilten Audienz ihres Auftrages entledigten. Während Brömser die unvermeidliche Lüge breitschlug, daß die Kurfürsten bei der beabsichtigten Wahl eines Nachfolgers nur das Interesse des Kaisers im Auge hätten und fünf- bis sechsmal die ununterbrochene Berücksichtigung dieses Interesses betonte, wurde der Kaiser zusehends bleicher und gab deutlich zu erkennen, daß er davon nicht sonderlich erbaut sei. Er beantwortete die Ansprache einfach damit, daß er versprach, über das Mitgetheilte nachdenken zu wollen. Als er sich darauf in seine Gemächer zurückzog, sagte er zu seinem Kämmerer Proskowsky: Diejenigen, die mir in meinem Ungemach nicht mit einem Roß zu Hilfe gekommen sind, haben

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 24. Sept. 1611. — Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 30. Sept. 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Dr. Gerstenberger an Kursachsen ddo. $\frac{8.}{18.}$ Nov. 1611. Prag. Gerstenberger hatte durch seine Verbindungen den Brief des Markgrafen einsehen dürfen und hierüber in obiger Weise an seinen Herrn berichtet.

mir gleich einem Todten eine Leichenpredigt gehalten, gleichsam als ob sie mit dem Herrn zu Rathe säßen und wüßten, daß ich in diesem Jahre sterben werde." *)

Es versteht sich von selbst, daß der Kaiser nicht geneigt war, auf den Vorschlag des Kurfürstentags einzugehen. Da er es jedoch nicht wagen konnte, demselben geradezu eine abschlägige Antwort zu geben, suchte er nach einem Ausweg, um unter dem Scheine, als gewähre er die Bitte der Kurfürsten, dieselbe dennoch zu vereiteln. Von dem Wunsche beseelt, die Gesandten von Prag so schnell als möglich zu entfernen, antwortete er ihnen deshalb auf ihre Botschaft schon am 23. November: er wolle im Prinzip 1611
die Wahl eines Nachfolgers zugeben, knüpfe aber daran die Bedingung, daß der Nachfolger sich nicht in die Regierung mische, so lange er (Rudolf) lebe, und den Wunsch, daß die Wahl vorläufig auf einen weiteren Zeitpunkt (also später noch als am 21. Mai 1612) verschoben und ein Reichstag früher einberufen werde. **) Der Kaiser drückte sich bei dieser Gelegenheit nicht deutlich genug aus, ob er den Reichstag vor der Wahl versammelt haben wolle oder nach derselben. Er ließ jedoch hierüber keinen Zweifel aufkommen, denn schon am 26. November trug er dem Kurfürsten von Mainz auf, so bald als möglich einen Reichstag nach Regensburg auszuschreiben oder den von 1608, der zu keinem eigentlichen Schlusse gekommen war, zu „reassumiren." ***) Von jetzt an konzentrirte sich seine ganze Wirksamkeit darauf, einen Reichstag noch vor der Wahl zu Stande zu bringen. Gelang ihm dies, so hoffte er in demselben eine Stütze gegen seinen Bruder zu finden und es war in der That zweifelhaft, ob zwischen den Kurfürsten nicht ein tiefer Riß entstand, wenn sich der Kaiser am Reichstage auf die Seite der Protestanten warf, wie das mit Wahrscheinlichkeit in Aussicht stand.

Mit der erlangten Antwort reiste die Mehrzahl der Gesandten von Prag weg, nur Camerarius blieb daselbst zurück. Es geschah dies, um die zwischen dem Kaiser und der Unionspartei schwebenden Verhandlungen zu fördern und es scheint, daß Camerarius vom Kaiser in geheimer Audienz empfangen worden sei. Die Anzeichen, daß letzterer immer mehr sein Heil in dem extremen Schritte eines Anschlusses an die Union suche, mehrten sich derart, daß die Ernennung des Fürsten von Anhalt zum Mitgliede des ge-

---

*) Münchner Reichsarchiv XV/1, 201. Bodenius an Max von Baiern ddo. 19. Nov. 1611. — Münchner Staatsarchiv 547/15. 366. Camerarius an den Administrator der Kurpfalz ddo. $\frac{11.}{21.}$ Nov. 1611.

**) Sächs. Staatsarchiv. Kaiserliche Antwort ertheilt den Gesandten ddo. 23. Nov. 1611.

***) Münchner Staatsarchiv. Rudolf II an Kurmainz ddo. 26. Nov. 1611.

heimen Rathes als eine sicher bevorstehende Thatsache erzählt wurde.*) Gewiß ist, daß keine Woche verging, ohne daß ein kaiserliches „Handbriefel" an eines der Häupter der Union abging. In diese Zeit fällt es auch, daß von der Heirat des Kaisers mit der verwitweten Kurfürstin von der Pfalz gesprochen wurde, ein Gerücht, das ohne Zuthun des Kaisers nicht entstanden wäre. Härttel, Wacker und die oben genannten Kammerdiener und Antiquare hatten vollauf zu thun, um den Faden der Verbindung mit Anhalt und seinen Freunden fester zu drehen. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß diese die angebotene Hand des Kaisers nicht mit gewohnter Raschheit ergriffen, denn schon der Umstand, daß Anhalt nicht nach Prag kam, zeigt, daß er keine besondere Hoffnung von der Verbindung mit letzterem hegte.

Zu gleicher Zeit, in welcher Rudolf seine Stütze in der Unionspartei suchte, wollte er auch die andern protestantischen Kurfürsten fester an
26 Nov. 1611 sein Interesse knüpfen. Anfangs ließ er dem von Sachsen entbieten, er wolle ihn besuchen oder ihm wenigstens bis an die Grenze entgegenreisen, um sich mit ihm zu besprechen.**) Zur Durchführung eines solchen Entschlusses kam es nicht, aber Rudolf schickte seinen Hofrath Ernfried von Minkwitz nach Dresden, um von dem Kurfürsten zu verlangen, daß er den Zusammentritt eines Reichstages vor der Wahl befördern helfe. Ueber das Resultat des Nürnberger Kurfürstentages äußerte er sich in der zur Mittheilung an den Kurfürsten bestimmten Instruktion im höchsten Grade unzufrieden, „er habe von demselben gehofft, daß er ihm in seinen Nöthen beispringen werde," statt dessen habe man daselbst nichts anderes als die Bestimmung der Nachfolge im Auge gehabt und ihn genöthigt nach den Wünschen der Kurfürsten eine Wahl zu gestatten, was nur allzu sehr „dem Vorgange gleichkommt, den der König von Ungarn mit Uns beobachtet, der Uns auch zu allem gezwungen, wie der ganzen Welt bekannt ist." Indem er den Kurfürsten dringend bat, die Wahl bis nach dem Reichstage verlegen zu helfen, theilte er ihm noch „im Vertrauen mit, daß die Mehrzahl der Böhmen und Schlesier" zu seiner Wiedererhebung geneigt wären, wenn sie sich nur durch das Reich gestützt wüßten.***) Also nichts mehr und nichts weniger glaubte der Kaiser hoffen

---

*) Brüssler Archiv. Bodenius an den Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 26. Nov. 1611. — Münchner Staatsarchiv 547/15, 314. Camerarius an den Administrator der Kurpfalz ddo. $\frac{17.}{27.}$ Nov. 1611. — Brüssler Archiv. Bodenius an Pisport ddo. 3. Dez. 1611. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. Dez. 1611. Simancas 1497/91.

**) Gerstenberger an Johann Georg von Sachsen ddo. $\frac{16.}{27.}$ Nov. 1611.

***) Sächs. Staatsarchiv. Instruktion Rudolfs II für Ernfried von Minkwitz ddo. 15. Dez. 1611.

zu können, als einen Wiedergewinn der zuletzt verlorenen Länder. Wir können nur hinzufügen, daß die Angabe, als ob die Mehrzahl oder auch nur ein Theil des Adels von Böhmen oder Schlesien derartige Eröffnungen, wie eben angedeutet, an den Kaiser hätte gelangen lassen, auf bloßer Erdichtung beruhte. Der Kurfürst von Sachsen ging nicht auf das Begehren des Kaisers ein, sondern erwiederte, daß die Wahl nicht zu seinem Nachtheile, sondern vielmehr zu seinem Vortheile bezweckt werde.*)

Gleichzeitig mit Minkwitz wurde Gunderode abermals nach Deutschland geschickt und ihm neue Verhandlungen mit der pfälzischen Partei aufgetragen. Als ob Rudolf schon die Gewißheit hätte, daß es ihm gelingen werde, den Reichstag vor der Wahl zusammenzubringen, sprach er durch einige Tage von nichts anderem als von seiner bevorstehenden Abreise. Dreimal befahl er die nöthigen Reisevorbereitungen zu treffen, Pferde vor die Reisewägen anzuspannen, ja er selbst kleidete sich für die Reise an, so daß man schon den Peitschenknall zu hören glaubte, der seinen Wagen in Bewegung setzen werde,**) um ihn das Neujahrsfest in Regensburg feiern zu lassen. Diese Anstrengungen, seiner Lage eine gewünschte Wendung zu geben, waren aber die letzten. Seinem Leben war bereits ein nahes Ziel gesetzt.

Bevor wir die näheren Umstände erwähnen, die das Verscheiden Rudolfs begleiteten, müssen wir noch einer Versammlung gedenken, welche die deutsche Linie des Hauses Habsburg in diesen Tagen in Wien abhielt. Als Mathias die Huldigung der Lausitzer und Schlesier entgegen genommen hatte, kehrte er nach Wien zurück und hier kam im Monat Dezember eine 1611
Art Familienversammlung zu Stande. Anwesend waren in Wien außer Mathias die Erzherzoge Maximilian, Ferdinand und Karl,***) im Namen des Erzherzogs Albrecht der Graf von Croy und im Namen Philipps III Zuñiga. Die Ereignisse der letzten Zeit, welche nicht bloß zu einer dauernden Feindseligkeit zwischen Rudolf und Mathias geführt, sondern überhaupt die Einigkeit unter den Prinzen des Hauses Habsburg zerstört hatten, machten das Bedürfniß fühlbar, ein für allemal allen Zwistigkeiten ein Ende zu machen, und die Eintracht wieder herzustellen, damit das Haus Habsburg wie ein geschlossener Phalanx allen seinen Feinden entgegentrete und seine bisherige Größe behaupte. Zu dem Ende wurde am 27. Dezember nach mancherlei Verhandlungen ein Familienpakt, der für die Zukunft das Betragen der einzelnen Erzherzoge regeln sollte, abgeschlossen. Er bestand aus acht Artikeln, der 1. bestätigte alle bishe-

*) Wiener Staatsarchiv. Johann Georg an den Kaiser ddo. $\frac{24.\ \text{Dez.}\ 1611.}{3.\ \text{Jan.}\ 1612.}$

**) Simancas. Zuñiga an Philipp III ddo. 28. Dez. 1611.

***) Karl war ein Bruder Ferdinands und Bischof von Breslau.

rigen Hausordnungen und Testamentsverfügungen; der 2. übergab dauernder Vergessenheit alle vorangegangenen Zwistigkeiten und bestimmte den König von Spanien und Mathias zu Schiedsrichtern bei neu sich ergebenden Streitigkeiten; der 3. setzte fest, daß kein Erzherzog nach einem Besitz und einer Würde streben dürfe, wodurch einem Mitgliede seines Hauses ein Nachtheil zugefügt werden könnte; im 4. verpflichteten sich die Erzherzoge alles zu thun, damit die kaiserliche Würde nicht für das Haus Habsburg verloren gehe und zugleich keine Anstrengung zu scheuen, daß Mathias dieselbe erlange, „weder Gewalt noch Ueberredung" sollte einen der Erzherzoge in diesem Beschlusse wankend machen; im 5. ward bestimmt, daß kein Erzherzog ohne Mitwissen und Zustimmung der übrigen einen Krieg beginne, jeder solle dem andern in diesem Falle helfen; im 6. ward festgesetzt, daß am Hofe des Mathias ein Vertreter der ältesten Erzherzoge (Maximilian, Albrecht und Ferdinand) residiren und im Geheimrathe des Königs in allen Familiensachen Sitz und Stimme haben solle; im 7. wurde die Anlegung eines Familienschatzes beschlossen; im 8. bezüglich der Succession in den erblichen Ländern der Habsburger sowie der Führung der Vormundschaft über minderjährige Prinzen die Aufrechthaltung des bisherigen Herkommens festgesetzt.

Der Vertrag wurde von Mathias und den oben genannten Erzherzogen unterzeichnet; Ferdinand verpflichtete sich die Unterschrift seiner nicht anwesenden Brüder, des Maximilian Ernst und Leopolds beischaffen zu wollen. Für Albrecht unterzeichnete der Graf von Croy, nur Zuñiga weigerte sich seine Unterschrift beizufügen, weil er zum Abschluß dieses Vertrages nicht bevollmächtigt sei, fügte aber bei, daß er nach Hause berichten und sich vom Könige die Vollmacht erbitten wolle. Dieselbe wurde ihm jedoch nicht gegeben und überhaupt trat Spanien trotz wiederholten Drängens dem Vertrage nie bei.*) Die Ursachen der Weigerung liegen in mehr als einem Punkte. Zunächst ist es klar, daß Spanien das Recht Krieg zu führen nicht von der Zustimmung der deutschen Linie abhängig machen konnte. Hätte jedoch die spanische Linie bloß an diesem einen Punkte Anstoß genommen, so wäre ein Ausgleich rasch erfolgt, denn zu Gunsten derselben würden die deutschen Habsburger ohne Zögern eine Ausnahme stipulirt haben. Der Stein des Anstoßes lag aber in dem vierten und achten Punkte. Der vierte Punkt verpflichtete alle Erzherzoge dafür zu sorgen, daß Mathias die deutsche Kaiserkrone erlange und sich dagegen weder durch Gewalt noch Ueberredung einnehmen zu lassen. Nun konnte sich Philipp noch immer nicht der Hoffnung entschlagen, daß er für den

---

*) Simancas 2324/114. Der Staatsrath an den König Philipp III ddo. 21. Febr. 1612.

Kaiserthron bestimmt sei und Zuñiga hatte, wie oben erzählt worden, erst in der jüngsten Zeit die Weisung erhalten, diese Erhebung nicht aus den Augen zu verlieren. Noch wichtiger aber als der vierte Punkt war für Spanien der achte. San Clemente hatte vor seinem Verscheiden den spanischen Hof darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die männliche Linie Maximilians II erlöschen würde, das Erbrecht auf die Throne von Ungarn und Böhmen nicht der Gratzer männlichen Seitenlinie sondern den spanischen von einer Tochter Maximilians II (Anna, Mutter Philipps III) abstammenden Habsburgern zukommen würde. Diese Ansicht hatte für den spanischen Ehrgeiz zu viel verlockendes und deshalb wollte Philipp III nicht ohne weiters den achten Punkt, der die Succession in dem erblichen Besitz der Habsburger „nach dem Herkommen" regelte, bestätigen. Die deutschen Habsburger faßten mit Recht „das Herkommen" so auf, daß die Erben nach der Linie Maximilians II nur in den steirischen Prinzen zu suchen seien, Philipp III hätte also seine Interpretation des Herkommens hier auseinandersetzen müssen, dies wollte er noch nicht und deshalb unterließ er die Unterzeichnung des Familienpakts.

So vorsichtig Zuñiga auftrat, so blieb es in Wien nicht verborgen, was der eigentliche Grund sei, weshalb er den Vertrag nicht unterzeichne und weshalb ihn sein König auch nicht unterzeichnen würde. Ferdinand von Gratz, der im Falle die neugeschlossene Ehe des alternden Mathias ohne Erben blieb, was ziemlich wahrscheinlich war, den Gesammtbesitz der deutschen Habsburger wieder vereinen zu können gehofft hatte, sah sich mit einemmale einem gefährlichen Rivalen gegenübergestellt, was ihn auf das tiefste verstimmte. Nicht insofern war Philipp gefährlich, daß er etwa einer günstigeren Stimmung bei den Böhmen und Ungarn begegnet wäre als Ferdinand, sondern nur insofern, weil Ferdinands Untergang gewiß war, wenn er an Philipp III statt eines Freundes einen Gegner fand, denn das sah der Erzherzog schon jetzt ein, daß die Behauptung der Nachfolge für ihn schwer ja unmöglich sein werde, wenn Philipp ihn nicht ausreichend mit Geld unterstützen würde. So deckte der Familienvertrag, statt die Wunden, welche frühere Streitigkeiten geschlagen, zu heilen, den Samen neuen Zwistes auf und bedrohte das Haus Habsburg mit einem noch gefährlicheren Zerwürfnisse. Ferdinand dankte es zuletzt seiner ausdauernden Festigkeit und der für die Habsburger sich stets bedrohlicher gestaltenden Lage der Dinge in Böhmen und Ungarn, daß Philipp III im Jahre 1617 von seinen Prätensionen zurücktrat, allerdings nicht ohne hiefür große Gegenleistungen zu verlangen. *)

*) Die Auseinandersetzung dieser Verhältnisse und der darauf begründeten Verhandlungen gehört nicht diesem Werke an, sondern einer Geschichte des böhmischen Aufstandes von 1618.

II

Schon seit mehreren Jahren hatten die in Prag wohnenden Gesandten wiederholt nach Hause berichtet, daß das Leben des Kaisers rasch seinem Ende entgegengehe, ihre Prophezeiungen hatten sich jedoch nicht bewahrheitet. Jetzt stand aber in der That Rudolfs Ende in kürzester Zeit bevor. Das demüthigende Resultat des Passauer Einfalls, seine darauf folgende Absperrung, einer Haft nicht unähnlich, der Verlust der böhmischen Krone, der bevorstehende Verlust der deutschen, traurige Gemüthsbewegungen aller Art, vereint mit der unnatürlichen Lebensweise des Kaisers, der jede körperliche Bewegung in freier Luft mied, erschöpften vollends seine Lebenskraft. Seit Neujahr 1612 mußte er das Bett hüten, seine Füße schwollen an und nach dem Urtheile der Aerzte war die Wassersucht im vollen Anzuge. Er verachtete es den Rathschlägen derselben, die ihm eine sichere Besserung in Aussicht stellten, nachzukommen, so daß bald darauf die Geschwulst seiner Füße zu eitern anfing und dieselben fast nur eine Wunde bildeten. Auch in diesem Zustande wies er die nöthige Pflege von sich, der Verband mußte stets mit solcher Eile angelegt werden, daß von einer Reinhaltung der Wunden keine Rede war und bald die ersten Anzeichen des kalten Brandes hervortraten. Rudolf selbst soll seinen Tod für unvermeidlich angesehen haben, weil sein Lieblingslöwe vor kurzem verendet hatte. Tycho Brahe hatte einst behauptet, der Kaiser und der Löwe stünden unter demselben Einflusse und da der Tod des letztern gerade in diese Tage fiel, so hielt der erstere, der sein Leben lang an Sterne und Zauberei geglaubt hatte, auch sein Ende für bevorstehend. Tiefe Melan-
1612 cholie beherrschte ihn in den letzten Tagen seines Daseins.*) Am 18. Januar unterzeichnete er zum letztenmale einige Schriftstücke, Tags darauf war sein Zustand derart, daß seine baldige Auflösung mit Sicherheit erwartet werden konnte. Der oberste Kämmerer Proskowsky und Barvitius, der in diesen Stunden Zutritt zum Kaiser fand, baten denselben, er möchte in Anbetracht seines Zustandes einen Geistlichen kommen lassen, um sein Gewissen zu erleichtern. Ihren Bitten gab Rudolf nach und um 3 Uhr Morgens am 20. Januar ward der Domprediger Georg an das Lager des Kaisers beschieden. Er blieb bei demselben etwa 25 Minuten, was aber innerhalb dieser Zeit vor sich ging, läßt sich nicht mit Sicherheit berichten. Bodenius, der Agent des Herzogs von Baiern in Prag, der selbst den Domprediger gefragt hatte, ob der Kaiser gebeichtet habe,

*) Archiv von Simancas. Avisos de Praga.

erhielt von demselben eine abweisende Antwort, „er (Georg) dürfe nichts sagen, denn es sei ihm sub sigillo confessionis verboten.“ Bodenius und Vischer, welcher letztere über diesen Vorgang an Erzherzog Albrecht berichtete, faßten diese Antwort als eine negative auf und sprachen die Befürchtung aus, daß der Kaiser ohne Empfang der Sakramente verschieden sei.*) Diesem entgegen steht jedoch das Schweigen des spanischen Gesandten Zuñiga. Für den spanischen Hof konnte es gewiß keine wichtigere Nachricht geben, als die, ob Rudolf vor seinem Tode die Sakramente der Kirche empfangen habe oder nicht. Nun berichtet Zuñiga, der den Tag nach dem Tode des Kaisers nach Prag kam, nichts von dem, was Vischer an seinen Herrn schrieb. Das Schweigen Zuñiga's ist uns jedenfalls ein starker Beweis, daß des Kaisers Tod nicht von einem so außerordentlichen Umstande, wie der Nichtempfang der Sakramente war, begleitet gewesen, daß Rudolf also gebeichtet und P. Georg mittlerweile sein Schweigen gebrochen habe. Weniger Gewicht legen wir auf den Umstand, daß, als in Prag das Gerücht, der Kaiser sei ohne Empfang des Abendmahles gestorben, verbreitet wurde, P. Georg demselben selbst in einer Predigt entgegentrat. Wenn er gegen Bodenius, einen Mann, der zu dem vertrauten Katholikenkreis des Kapuzinerklosters gehörte, nicht mit der Sprache herausrücken wollte, so kann seine öffentliche, für das Volk bestimmte Kundgebung nicht tief in die Wagschale fallen. Jedenfalls entscheidend für diese Frage würde der an den Papst gerichtete Bericht des Nuncius sein, der uns nicht bekannt ist und der sich ohne Zweifel im päpstlichen Archive erhalten hat.

Nach der Entfernung des Dompredigers ließ sich der Kaiser noch umkleiden, schrie aber bei dem Schmerz, den ihm die Berührung verursachte, jammernd auf. Um 6 Uhr nahm er noch eine Medizin, bestehend aus Bezoar und Ambra, ein. Unter denen, die sein Bett umstanden, befand sich auch der Kammerdiener Rucky, derselbe, der in der letzten Zeit den Zusammenhang mit der Union und mit Gunderode am meisten vermittelt hatte. Diesem befahl der Kaiser plötzlich, er solle sich zu letzterem verfügen und ihn auffordern, das zu thun, was er ihm aufgetragen habe. Nachdem Rucky sich entfernt hatte, konnte Rudolf nur mit Mühe dann und wann einige verständliche Worte herausstoßen. Die Anwesenden, die seinen Tod als unmittelbar bevorstehend betrachteten, fragten ihn, ob er jenen verzeihen wolle, die ihn beleidigt hätten. Vischer erzählt, „die Nachrichten hierüber seien verschieden, von den einen habe er gehört, der Kai-

*) Brüssler Archiv. Bodenius an den Sekretär des Erzh. Albrecht ddo. 21. Jan. 1611. — Ebendaselbst. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 21. Jan. 1611.

ser habe es gethan und namentlich Mathias dabei genannt, von Barvitius aber habe er eine gegentheilige Versicherung erhalten. *) Nach 7 Uhr Morgens am 20. Januar verschied Rudolf II im Alter von 59 Jahren. Gegenwärtig waren Proskowsky, Barvitius und einige Kammerdiener. **)

Die Geheimräthe, welche von dem Todesfalle alsbald benachrichtigt wurden, beschlossen davon durch drei Tage nichts verlauten zu lassen, um Mathias, der bereits Tags vorher von dem bevorstehenden Verscheiden seines Bruders benachrichtigt worden, Zeit zu lassen, nach Prag zu kommen. Trotzdem verbreitete sich rasch das Gerücht, daß der Kaiser nicht mehr am Leben sei, und im Schlosse fand sich eine zahlreiche Menschenmenge ein, begierig die Gewißheit zu erfahren; unter ihnen auch Wenzel Kinsky und der Oberst Trautmansdorf, welche vermutheten, man wolle zum Schaden des Mathias den Tod des Kaisers verheimlichen. Während sie mit andern in einem Saale, der an des Kaisers Gemächer stieß, die umlaufenden Gerüchte besprachen, kam Proskowsky mit einem Glase in der Hand, als wolle er dem Kaiser einen Trank präsentiren. Kinsky und Trautmansdorf ließen sich dadurch nicht täuschen, sondern eilten in das anstoßende Zimmer, schlugen den Vorhang zurück, der des Kaisers Bett verhüllte, und fanden in dem darin liegenden Leichnam die Bestätigung ihrer Vermuthung. Die Nachricht von dem Tode Rudolfs verbreitete sich jetzt in der ganzen Stadt und setzte schnell alle Zungen in Bewegung, um über Rudolfs Regierung ein Endurtheil zu fällen. Dasselbe war im allgemeinen nicht ungünstig, man wußte in dem Kaiser den Regenten und Privatmann zu unterscheiden und der letztere mit seinen eigenthümlichen und interessanten Liebhabereien, mit seiner wohlwollenden Friedfertigkeit, über die man den Passauer Einfall vergaß, trat in den Vordergrund und bestimmte das Urtheil der Menge. Auch der Umstand, daß Mathias nicht der Mann war, um sich die Neigung des Volkes rasch zu erwerben, wirkte entscheidend auf des letzteren Urtheil ein. Namentlich war von Verwünschungen gegen Rudolf, wie sie nach den Passauer Leiden wohl erwartet werden konnten, nichts zu hören, so schnell hatte man die überstandenen Drangsale vergessen und gedachte nur des Friedens, der 32 Jahre lang (von 1576—1608) in Böhmen geherrscht.

Die Ankunft des Königs Mathias in Prag verzögerte sich wegen
1612 der schlechten Jahreszeit bis zum 30. Januar, er kam in Begleitung seiner Gemahlin, mit der er sich erst vor kurzem vermählt hatte. Zur Beerdigung Rudolfs wurden mittlerweile glänzende Vorbereitungen getroffen,

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 21. Januar.
**) Wiener Staatsarchiv. Schreiben aus Prag vom 21. Jan. 1612.

er sollte an der Seite seines Vaters und seines Großvaters, die mit der Königin Anna (Ferdinands I Gemahlin) in der Domkirche in einem gemeinschaftlichen Grabe ruhten, bestattet werden. Durch mehrere Tage war sein Leichnam auf einem Paradebette ausgestellt. Des Mathias Gemahlin stellte sich bei demselben ein, um ihre Andacht zu verrichten, nicht aber Mathias, der sich, wie man allgemein bemerkte, fernhielt. Nachdem die zur öffentlichen Ausstellung bestimmten Tage vorüber waren, ward Rudolf an der Seite seiner Vorfahren bestattet, der letzte Herrscher aus dem Hause Habsburg, dessen Gebeine in der alten Königsstadt Prag ruhen.

Für Rudolfs begünstigte Diener brach mit seiner Sterbestunde eine traurige Zeit an. Diejenigen Mitglieder des Geheimrathes, welche den Verhandlungen mit der Union fern gestanden waren, aber doch wußten, daß sie gegen Mathias gerichtet seien, hatten, wahrscheinlich um der Gunst des neuen Herrn desto sicherer zu sein, nichts eiligeres zu thun, als die Verhaftung jener Personen anzuordnen, die zuletzt an den politischen Plänen des Kaisers theilgenommen hatten. Die böhmischen Landesbeamten leisteten ihnen hiebei hilfreiche Hand. Zunächst wurde Rucky, als er von seiner bei Gunderode verrichteten Botschaft zurückkehrte, festgenommen, Barvitius selbst veranlaßte die Verhaftung. Darauf wurden die Antiquare Fröschel und Heyden, der Bibliothekar oder Kammerdiener Hastal, der angebliche Erfinder eines Perpetuum mobile Cornelius Drebbel, der Kammerdiener Märker und der Künstler (Maler?) Kürbach, ein getaufter Jude, verhaftet. Als Mathias, in dessen Gefolge sich auch Khlesl befand, in Prag angekommen war, wurde die Untersuchung gegen die Gefangenen mit aller Strenge vorgenommen und namentlich auf zwei Punkte ausgedehnt: auf die Verhandlungen, welche der Kaiser in der letzten Zeit mit der Union begonnen und auf die Größe des kaiserlichen Schatzes. Rucky erschien nach beiden Seiten hin am meisten belastet; er war es, der an den Verhandlungen mit Gunderode den größten Antheil gehabt und ihm legte man auch die Unterschlagung bedeutender Geldsummen und werthvoller Edelsteine zur Last. Daß Khlesl besonderes Gewicht auf die genaue Kenntniß der diplomatischen Verhandlungen legte, war zu erwarten; in seiner Ungeduld mischte er sich selbst in die Untersuchung ein, da sie ihm nicht schnell genug die gewünschten Resultate zu Tage brachte. Wie er einst den Kammerdiener Ericius bedroht hatte, so daß dieser vor Schrecken starb, so that er ein gleiches bei Rucky. Er besuchte ihn im Gefängnisse, drohte ihm mit der Folter, wenn seine Geständnisse nicht umfassender sein würden und soll ihn auch geradezu in seiner Lage verhöhnt haben. Rucky, der sich keines Erbarmens mehr versah, nahm sich die Drohung so zu Herzen, daß er sich am selben Tage an der Schnur,

an welcher er den Kammerschlüssel zu tragen pflegte, erhängte. Die Behandlung des Leichnams ist charakteristisch für die Kriminalprozedur jener Zeit. Als der Tod Rucky's bekannt wurde, ward der Henker geholt und von diesem der Leichnam durch das Fenster auf die Gasse heruntergeworfen. Dann wurde derselbe auf einen Wagen geladen und nach dem Richtplatz auf dem weißen Berge bei Prag geführt. Hier wurde der Körper förmlich in Stücke gehackt, die Hände und Füße wurden abgehauen, das Herz herausgeschnitten und um den Mund des Todten geschlagen und andere gräuliche Dinge verübt, die sich kaum erzählen lassen, endlich die Stücke in eine Grube geworfen. Schon am andern Tage verbreitete sich das Gerücht, Rucky gehe im Schlosse als Gespenst herum, reitend auf einem Bocke und umgeben von sechs Katzen. Diese letztern entsprachen der Zahl seiner Mitangeschuldigten. Das Gerücht hatte zur Folge, daß der Henker den Auftrag erhielt, Rucky's Leichnam auszugraben und zu verbrennen. Die öffentliche Meinung in Prag, wiewohl sie Rucky nicht gerade freisprach, sondern vielfacher Erpressungen anklagte — er soll im Besitz eines Vermögens von 80—100 Tausend Dukaten gewesen sein — war ungehalten über Khlesl und legte ihm die Selbstentleibung des Kammerdieners zur Last.

Ueber das Schicksal der anderen Gefangenen ist uns nichts bekannt, wahrscheinlich sind sie nach längerer Untersuchung wieder freigelassen worden. Man kann immerhin zugeben, daß sich nicht leicht ein tüchtiger Mann dazu hergegeben hätte, um an Rudolfs Verhandlungen mit der Union theilzunehmen, aber gewiß ist es auch, daß der Befehl des Kaisers als eine vollständige Rechtfertigung für Leute von so untergeordneter Stellung und beschränktem Gesichtskreis wie die Verhafteten anerkannt werden muß. Und sind die Verhandlungen mit der Union etwas verwerflicheres gewesen als der Passauer Einfall? Man hat es billig gefunden, daß die Geheimräthe Hannewaldt und Hegenmüller, die um denselben gewußt, aller Verantwortung für das ledig sein sollten, was sie als Diener des Kaisers gesprochen und gethan. Zu ihrem Schutz setzten sich angesehene Kavaliere und Gesandte fremder Mächte in Bewegung, für die niedriger gestellten Diener Rudolfs, die das Unglück hatten, ihrem Herrn zuletzt zu dienen, machte sich von keiner Seite eine Fürsprache geltend.

Wir erzählten oben, daß der Kaiser etwa eine Stunde vor dem Verscheiden seinen Kammerdiener Rucky zu Gunderode geschickt habe. Die Verhandlungen mit der Union schienen gerade in dieser Zeit am lebhaftesten betrieben worden und einem Abschlusse nahe gewesen zu sein. Denn neben Gunderode hielt sich in Prag auch der Markgraf von Anspach und der Fürst Johann von Anhalt auf, beide zum Zwecke einer raschen Förderung der Verhandlungen. Als Rudolf starb, wurde der Herzog von Braun-

schweig von dem Todesfalle alsbald benachrichtigt und dieser eilte zu dem Markgrafen, um ihn davon in Kenntniß zu setzen; offenbar geschah diese Mittheilung, um denselben vor allfälligen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Wollte der Herzog den Markgrafen zur Abreise veranlassen, so erreichte er nicht seinen Zweck, denn dieser blieb ruhig im Vertrauen auf seine Eigenschaft als Reichsfürst mit Anhalt in Prag. Auch Gunderode machte Miene zu bleiben und seiner diplomatischen Stellung zu vertrauen, verließ aber zu seiner Sicherheit die Wohnung, die er innehatte und quartirte sich bei dem Markgrafen von Anspach ein. Bald jedoch gewarnt, daß seine Verhaftung trotzdem im Werke sei, entfloh er in der Nacht auf den 24. Januar zu Roß von Prag. *) Der Markgraf von Anspach hatte nicht Unrecht auf seine Stellung zu pochen, er erfuhr nicht die geringste Unbill und wurde von Mathias nach seiner Ankunft in Prag ehrenvoll empfangen.

Wir können nicht umhin, am Ende unserer Erzählung über den langwierigen Kampf zwischen Rudolf und Mathias auf den Gang der Ereignisse hinzuweisen; dieser Hinweis mag unserer Beurtheilung zur schließlichen Rechtfertigung dienen.

Betrachten wir die Reihenfolge der Begebenheiten. Mit dem Jahre 1600 tritt nach den übereinstimmenden Zeugnissen der mannigfachsten Personen eine solche Wendung in der Gesundheit des Kaisers ein, daß er zum Regieren weniger tauglich schien. Bei den schwierigen Verhältnissen in Oesterreich und Deutschland war zu befürchten, daß eine längere Krankheit Rudolfs eine große Zerrüttung zur Folge haben werde, wenn ihm nicht ein Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge zur Seite gestellt würde, namentlich war dies bezüglich Deutschlands wünschenswerth, das im Begriffe war der traditionellen Wahl eines Habsburgers auf den Kaiserthron ein Ende zu machen. Wollten die Prinzen dieses Hauses nicht eine für sie gefährliche Einbuße erleiden, so mußten sie dafür stimmen, daß der Kaiser seinen ganzen Einfluß verwende, um vor seinem Tode die Nachfolge ihnen zuzuwenden, gerade so wie dies in wohlbegründeter Besorgniß Ferdinand I und Maximilian II gethan hatten. Trotzdem daß sich die Anzeichen von Rudolfs Krankheit derart mehrten, daß man ihn zeitweise für wahnsinnig halten mußte, wollte er doch selbst nichts davon wissen, für die Sicherheit seines Hauses durch Bestimmung der Nachfolge Sorge zu tragen. Er fürchtete für seine Herrschaft und ward von Haß gegen alle jene erfüllt, die sie anzugreifen schienen. Statt als Kranker mit Dank

---

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 28. Jan. 1612. — Münchner Reichsarchiv. Bodenius an Max von Baiern ddo. 28. Jan. 1612. — Münchner Staatsarchiv. Anhalt an den Kanzler Grün ddo. $\frac{\text{22. Feb.}}{\text{3. März}}$ 1612.

anderer Hilfe anzunehmen klammerte er sich krampfhaft an das Phantom einer Herrschaft, die er faktisch nicht ausübte.

Mathias wagte es zuerst selbst, Rudolfs Widerwillen gegen die Bestimmung der Nachfolge zu brechen. Als er in dem Versuche scheiterte, suchte er durch Freunde und Diener dem päpstlichen und spanischen Hofe die Ueberzeugung beizubringen, daß Rudolfs Widerstand Gefahr für die katholische Religion und das Haus Habsburg im Gefolge habe. Seine Befürchtungen wurden als begründet erkannt und Clemens VIII und Philipp III bemühten sich den Kaiser umzustimmen aber mit gleich schlechtem Erfolge. Diejenigen, welche die Verhältnisse am Prager Hofe kannten, sprachen die Ueberzeugung aus, daß der Kaiser nie nachgeben werde.

Zur Zeit dieser ersten so schlecht gelungenen Versuche machten Mathias und seine Freunde die Möglichkeit großer Gefahren geltend, wenn Rudolf ohne Feststellung der Nachfolge sterben oder zur Regierung völlig untauglich sein würde. Es sollte nicht lange bei der bloßen Möglichkeit der Gefahren bleiben, sie sollten bald genug hereinbrechen. In Folge des von Rudolf publizirten Zusatzartikels zu den Preßburger Reichstagsbeschlüssen, in welchem gegen die Protestanten in Ungarn die alten gegen Ketzer bestehenden Strafgesetze wieder erneuert wurden, brach im Jahre 1604 ein Aufstand daselbst aus, der binnen Jahresfrist nicht nur in Ungarn und Siebenbürgen — mit Ausnahme einiger fester Orte — die kaiserliche Herrschaft zertrümmerte, sondern selbst Mähren und Oesterreich schutzlos den Einfällen der Bocskayischen Schaaren preisgab. In dieser Lage der Dinge gab es nur zwei Wege für den Kaiser, entweder den Aufstand mit Macht niederzuwerfen oder mit den Rebellen Unterhandlungen anzuknüpfen. Keines von beiden that Rudolf, er sah mit einer geradezu empörenden Unthätigkeit dem Kampfe zu und war unwillig über die Klagen, welche aus den benachbarten Ländern über die durch die Ungarn verübten Verwüstungen zu ihm herübertönten.

Diese unthätige Haltung, welche durch die Ereignisse selbst und durch tausend Zeugnisse erhärtet ist, war eine solche Versündigung des Kaisers an seiner Herrscherpflicht und an dem von ihm zu verfechtenden Interesse seines Hauses, wie sie nicht gröber gedacht werden kann. In der That wird man, um sie zu erklären, zu einer von zwei Annahmen gedrängt: entweder war der Kaiser wahnsinnig oder seine Willenskraft ermangelte jeder Energie. Für beides sprechen vielfache Anzeichen. Die Meinung Rudolfs, daß er verzaubert sei und die mannigfachen Auftritte im Prager Schlosse, die wir erzählt, reichen hin, um die Vermuthung zu begründen, daß es mit seinem Verstande nicht richtig gewesen sei. Da jedoch diese Vorgänge nur zeitweise eintraten und langen Perioden Platz machten,

in denen an seiner geistigen Gesundheit nicht gezweifelt werden konnte, so erscheint diejenige Annahme als die richtigere, welche dem Kaiser jede Kraft zum Handeln abspricht, ein Zustand, der in seiner übergroßen Neigung zum Genusse geistiger Getränke und zum weiblichen Geschlechte seine sattsame Erklärung findet, der aber ebenfalls als eine Störung des Gleichgewichts zwischen Geist und Körper angesehen werden muß. Mag man also die Handlungsweise Rudolfs aus diesem oder jenem Grunde erklären, immer wieder kehrt man zu dem Schlusse zurück, daß er geistig unfähig zur Regierung gewesen sei.

Wenn man den Kaiser gewähren ließ, so ging nicht nur Ungarn verloren, sondern es war auch fraglich, ob die andern Länder seiner Monarchie eine Herrschaft dulden würden, die den Zustand der Anarchie in Permanenz einführen wollte. Für die Prinzen seines Hauses entstand die Frage, ob sie nicht retten sollten, was der Kaiser selbst aufgegeben habe. Diese Frage konnte nur eine bejahende Antwort erhalten und dies war das berechtigte Motiv für die folgende Handlungsweise des Erzherzogs Mathias. Wenn die Ungarn trotz ihres siegreichen Aufstandes unter die Herrschaft des Kaisers noch zurückkehren wollten, so war dies das Resultat geschickter Unterhandlungen, die Mathias mit ihnen begonnen und die er weiter führte, ohne sich um den sichtlichen Widerwillen seines Bruders gegen dieselben zu kümmern. Die übrigen Erzherzoge billigten vollständig die Handlungsweise des Mathias und der Ausdruck dieser Billigung ist der berühmte Vertrag von 1606, dessen Sinn der ist, daß, da der Kaiser zur Regierung nicht fähig sei, die Wahrung der Interessen des Hauses Habsburg dem Mathias übertragen werde. Nun eilte der letztere zum Abschlusse des Wiener Vertrags, durch den der Aufstand in Ungarn ein Ende nahm, worauf der Friede von Szitva-Torok gleicherweise von ihm beschleunigt wurde, um die Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Türken zu vermeiden.

Alle diese Verhandlungen sah der Kaiser mit scheelen Augen an, er erreichte zwar durch dieselben, was er durch eigene Kraft nie erreicht haben würde, dennoch wollte er nichts von ihnen wissen, denn ihre Anerkennung wäre einem Geständnisse gleichgekommen, daß nicht er, sondern Mathias die Herrschaft des Hauses gerettet. Er haßte jetzt seinen Bruder aus einem doppelten Grunde, einmal weil die Natur ihn zu seinem Nachfolger gemacht, das anderemal, weil derselbe sich mit Erfolg der Zügel der Regierung bemächtigt, die er selbst gleichsam in den Koth geworfen hatte. Hätte er sich zu bescheiden gewußt, so würde auch jetzt seine Herrschaft weiter bestanden haben, aber er war entschlossen gegen alle jene aufzutre-

ten, die dieselbe beeinträchtigten. Der Wiener Friede und mit ihm die Stellung, die sich seitdem Mathias erworben, sollte ein Ende nehmen und durch Waffengewalt in Ungarn die königliche Macht auf eine bisher nicht dagewesene Höhe erhoben werden.

Diese Bestrebungen waren geradezu kindisch zu nennen und sind ein Beweis einer solchen Verkennung der Sachlage, wie sie nur bei einem krankhaft gereizten Gemüthe und einem verdunkelten Verstande möglich ist. Ohne Geld, ohne Ansehen und ohne Freunde wollte Rudolf im Jahre 1608 einen Kampf unternehmen, dem er im Jahre 1605 unter besseren Verhältnissen nicht gewachsen war, und dies nicht etwa, weil er angegriffen wurde, sondern weil er es nicht dulden mochte, daß die ungarischen Wirren ohne sein Zuthun beigelegt worden waren. Wenn er noch einen Fußbreit Landes in Ungarn besaß, so dankte er es seinem Bruder; dieses Gefühl mochte er nicht weiter empfinden, mochte daraus erfolgen, was da wolle. Unter diesen Umständen blieb für Mathias nichts anderes übrig, als der böswilligen Unruhe seines Bruders zuvorzukommen. Was er bis dahin nicht hatte thun wollen, das mußte er jetzt thun, er mußte sich zum Herrn des habsburgischen Länderbesitzes machen, wenn der Friede dauernden Bestand haben sollte. Er schloß sich den Ständen von Ungarn an, die des Kaisers kriegerische Gelüste mit Sorge und Unwillen erfüllten, vergrößerte diesen Bund durch das Herbeiziehen der Oesterreicher und Mährer und wandte sich gegen den Kaiser, entschlossen seiner Herrschaft ein Ende zu machen. Er erwartete, daß sich ihm auch die Böhmen und Schlesier anschließen würden, als dies aber nicht der Fall war, beschränkte er sich darauf, vom Kaiser die Abtretung nur jener Länder zu verlangen, die sich ihm angeschlossen hatten. So entstand der Liebner Vertrag von 1608, der Ungarn, Mähren und Oesterreich in die Hände des Mathias lieferte, ein Verlust, den sich der Kaiser vollständig erspart hätte, wenn er den Wiener Frieden anerkannt und nicht mit einem Kriege gedroht hätte, den er niemals zu führen im Stande war.

Unsere Erzählung hat gezeigt, daß Mathias sich mit dem Erworbenen begnügte und daß er weder mit den Böhmen noch mit den Schlesiern in Verhandlungen eingegangen war, um hinterlistig den Bruder zu stürzen. Er wollte in loyaler Weise abwarten, bis der Gang der Natur ihn in den Besitz der dem Kaiser noch unterworfenen Länder bringen würde. Nicht so der letztere. Unablässig brütete er über Mittel und Wege das Verlorene zu gewinnen, Verhandlungen mit Anhalt, Tschernembl, Starhemberg, Liechtenstein und anderen sollten ihm dazu verhelfen; alles dies waren Versuche, denen kein Vernünftiger einen guten Ausgang prophezeien konnte. Auch vom Prager Fürstenkonvent hoffte Rudolf die Demüthigung des

Bruders. Als dies alles nichts half, beschloß er zur Gewalt Zuflucht zu nehmen und der Passauer Einfall ward in Szene gesetzt, ein Unternehmen, das so sehr aller Aussicht auf Erfolg ermangelte, wie es in der Anlage und Durchführung verwerflich war. Gerufen von den Böhmen konnte Mathias ihren Ruf nicht überhören, wenn er dieses Land nicht verloren geben wollte; er kam und machte der Herrschaft des Kaisers ein Ende. Die darauffolgenden Verhandlungen des letztern mit der Union, seine stets wieder auftauchenden Hoffnungen auf den Wiedergewinn eines Theiles des Verlorenen sind unverkennbare Zeichen von Wahnwitz. In seinem Abscheu gegen die, seine Herrschaft untergrabenden Elemente, würde der Kaiser persönlich einen Kampf mit Legionen provozirt haben, ohne zu bedenken, daß im wirklichen Ringen seine Kräfte kaum einem Knaben gegenüber ausreichten. Himmel und Erde wollte er in Bewegung setzen, statt sich in das Loos der Nothwendigkeit zu fügen.

Anderseits muß man die Persönlichkeit des Mathias näher in's Auge fassen und seine Thätigkeit als Regent erwägen, um ihn von allem Verdachte eines ehrgeizigen Rebellen freizusprechen. Bei seinen Unternehmungen von Rebellion zu sprechen, ist gerade so unvernünftig, als von Diebstahl zu reden, wenn ein Familienrath einem seines Verstandes beraubten Mann die Verwaltung des Vermögens, das für Frau und Kind bestimmt ist, abnehmen würde. Die Haltung Spaniens und Roms, die gewiß fern waren eine Rebellion zu begünstigen, und die stets eine dem Mathias günstige war, ist die niederschmetterndste Verurtheilung des Kaisers. Wenn durch Mathias in seinem Kampfe gegen den Bruder revolutionäre Elemente wachgerufen wurden, so trägt die Schuld daran nur letzterer. Hätte Mathias seinen Bruder bei einem Gerichte klagen können, wie man gegen einen Verschwender und Wahnsinnigen eine Anzeige machen und eine Entscheidung herbeirufen kann, so wäre ohne jeden Kampf Rudolf von dem Throne entfernt worden. Aber gegen Monarchen gibt es kein Klagrecht, keinen Instanzenzug und keinen richterlichen Spruch.

Ist sonach in Rudolf allein die Schuld der mehrjährigen Wirren in Oesterreich zu suchen, so liegt zugleich in seinem geistigen Zustand eine billige Entschuldigung für ihn. Die geistige Krankhaftigkeit seiner Urgroßmutter Juana von Spanien wiederholte sich bei ihm schon frühzeitig in tiefer Melancholie und dauernder Menschenscheu und brach bei seinem natürlichen Sohne Don Julius in einen ganz schrecklichen Wahnsinn aus. So lange Rudolf sich der geistigen und körperlichen Mannesfrische erfreute, war er zwar auch kein eifriger Regent, aber seine Unthätigkeit wich doch der Nothwendigkeit und er wußte dann seinem Hang zu antiquarischen, alchymistischen und astrologischen Grübeleien einen Zaum anzulegen. Nie

wurde an der Güte seines Herzens gezweifelt, es zog ihm dies den ehrenden Beinamen eines „guten Herrn" zu, der selbst dann noch wiederholt wurde, als er auf denselben nicht mehr die gleichen Ansprüche erheben konnte. Das böhmische Volk, unter dem er 36 Jahre seines Lebens zugebracht hatte, verzieh ihm rasch alle späteren Schwächen und hat ihm ein günstiges Andenken bewahrt. Es würde dies wohl nicht der Fall sein, wenn die staatliche, literarische und kirchliche Entwicklung, wie sie sich unter Rudolf gestaltet hatte, nicht fast unmittelbar nach seinem Tode einen totalen Umsturz erlitten hätte. Der Unterschied, der, soweit er Sprache, Literatur und Verfassung betraf, schmerzlich empfunden wurde, ließ allmälig Rudolfs Regierung in einem Nimbus erscheinen, der sie sonst nie umgeben hätte.*)

---

*) Selbst ein Mann wie Amos Comenius läßt sich unter dem Eindrucke der spätern Ereignisse in der Auffassung von Rudolfs Regierung bestimmen. In seiner historia persecutionum ecclesiae Bohemcae schildert er den Kaiser als einen Freund der Gewissensfreiheit, an dem sich die Unterthanen durch seine Absetzung schwer versündigt hätten. Dem Passauer Einfall gibt er eine Erklärung, die das gerade Gegentheil der Wahrheit enthält. Um seine Angaben zu bekräftigen, beruft sich Comenius auf die Mittheilungen eines gewissen Freiherrn von Schmidt, der ein Vertrauensmann des Kaisers gewesen sei. Im Jahre 1610 habe Rudolf diesen Schmidt und einen gewissen Herrn von Khain zu sich beschieden und denselben im tiefsten Vertrauen mitgetheilt, daß er den Erzherzog Leopold zu seinem Nachfolger bestimmt habe, weil von diesem eine billigere Behandlung der Religionsangelegenheiten zu erwarten sei. Er selbst (Rudolf) wolle einen eigenen Friedensorden zum Schutze der Gewissensfreiheit gründen, in den Protestanten und Katholiken aufgenommen werden sollten. Dann habe er beide (Schmidt und Khain) nach Passau zu Leopold geschickt, um ihn zu fragen, ob er sich seinen Friedensabsichten anschließen wolle und wenn dies der Fall sei, ihm aufzutragen, ein Heer zu werben. Die Durchführung der Gewissensfreiheit sei also der Zweck der Passauer Werbungen gewesen. Schmidt sei darauf in Böhmen und Mähren herumgereist um den Adel für diese Idee zu gewinnen, als seine Anstrengungen aber vergeblich gewesen seien und er dem Kaiser hierüber berichtet habe, sei derselbe von seinem Sitze aufgesprungen, habe das Fenster seines Gemachs aufgerissen und über Prag und Böhmen einen Fluch ausgesprochen. So sei der Passauer Einfall, dessen Zweck vortrefflich gewesen, verunglückt. — Diese ganze Erzählung ist von Anfang bis zu Ende ein lächerlicher Unsinn und wir berühren sie hier nur deshalb, weil sie in vielen Geschichtswerken als eine interessante Episode berichtet wird. Erstens ist die Erzählung unsinnig, insofern sie den Passauer Einfall als die Folge der kaiserlichen Bestrebungen zur Herstellung der Gewissensfreiheit hinstellt, zweitens ist sie lächerlich, wenn sie den Erzherzog Leopold als einen Mitkämpfer für Gewissensfreiheit schildert. Uebrigens leidet die Erzählung an zwei Unmöglichkeiten. Die erste ist, daß Schmidt und Khain mit Leopold nicht in Passau zusammentreffen und folglich auch nicht zur Anwerbung eines Heeres überreden könnten. Leopold war im Juli 1609 nach Jülich gereist, war da bei-

III

Es erübrigt uns noch die Mittheilung einiger Nachrichten über die Familie Rudolfs. Was hierüber zu erzählen ist, ist zum Theil ebenso traurig, wie die Geschichte der letzten Lebensjahre des Kaisers selbst. Aus seiner Verbindung mit der Tochter seines Antiquars Strada hatte er sechs Kinder, drei Söhne und drei Töchter.*) Die eine dieser Töchter und zwar die älteste, Karoline mit Namen, war mit einem Grafen von Cantecroy verheiratet, die zwei andern Töchter, Dorothea und Elisabeth, die bei Rudolfs Tode noch sehr jung waren, wurden später in Klöstern, die eine in Wien, die andere in Madrid unterbracht und endeten da ein unbeachtetes Dasein. Die drei Söhne hießen Julius, Mathias und Karl. Die beiden jüngern, Mathias und Karl, ließ nach Rudolfs Tode Ferdinand in Gratz im Jesuitenkollegium erziehen. Als sie herangewachsen waren, suchten sie in Spanien ein Unterkommen, doch gelang es ihnen damit nicht nach Wunsche. Philipp IV wollte dem Don Mathias, wie er genannt wurde, durch eine reiche Heirat zu einer selbstständigen Stellung

---

nahe ein Jahr geblieben und konnte sich also im Januar 1610, in welchem Monate die Rüstungen in Passau ihren Anfang nahmen, mit den Emissären Rudolfs in dieser Stadt nicht besprechen. Zweitens ist die Angabe über das nahe Verhältniß der Herrn von Schmidt und Khain zu Rudolf eine erdichtete. Beide hier genannten Personen sind uns einzig und allein aus des Comenius Erzählung bekannt; würden sie in des Kaisers Vertrauen eine so hervorragende Stellung eingenommen haben, so müßten sie auch sonst genannt werden. Andere Historiker, wie Hammer und Hurter, die über diese Zeit schrieben, wissen eben so wenig etwas näheres über sie anzugeben, als wir. Hat ein gewisser Herr von Schmidt im Jahre 1626 dem Comenius obiges berichtet, so hat er entweder gelogen oder seiner Erzählung liegt ein eben so schwer zu entziffernder geringer Kern von Wirklichkeit zu Grunde wie einem griechischen Mythus. Wir zweifeln nicht an der Wahrheitsliebe des Comenius und halten ihn nur für ein Opfer seiner übrigens mehrfach bewährten Leichtgläubigkeit. Mehr als einmal hat er sich dazu hergegeben, die angeblichen Prophezeiungen theils kranker theils betrügerischer Personen der Welt als göttliche Inspirationen bekannt zu geben, bis er sich hintendrein als Opfer seiner Leichtgläubigkeit erkannte. Geradezu lächerlich wurde er um des Vertrauens willen, das er einem gemeinen Trunkenbold Drabik in dieser Beziehung schenkte. Comenius ist ein großer Pädagog und so weit man aus seinen Schriften über ihn urtheilen kann, ein Mann von edlem Charakter, aber das Unglück seines Volkes hat ihn zu einem Mystiker gemacht und damit auch leichtgläubig für derartige Erzählungen wie die Schmidts oder für Prophezeiungen, nach denen der Protestantismus wieder zur Herrschaft in Böhmen gelangen sollte.

*) Diese genaue Angabe entnehmen wir dem Berichte des französischen Gesandten in Prag, der mit andern Nachrichten übereinstimmt.

verhelfen, es scheint jedoch der Plan sich zerschlagen zu haben.*) Wie lange Mathias und Karl gelebt und was ihre Lebensschicksale ferner gewesen, ist uns nicht bekannt, sie verschwinden förmlich im Dunkel. — Der belgische Gesandte berichtet noch, daß dem Kaiser einen Tag vor seinem Tode eine Tochter geboren wurde. Wer die Mutter gewesen und was aus dem Kinde geworden, wissen wir nicht anzugeben.**)

Ein helleres Licht ist über den „Marchese Julio" verbreitet, es gestaltet aber einen sehr traurigen Einblick. Die ersten Nachrichten, die uns über diesen jungen Mann aufzufinden möglich war, reichen in das Jahr 1606, in welchem Julius das Alter von ungefähr 20 Jahren erreicht haben mag. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er sich schon um diese Zeit einem ungewöhnlich liederlichen Lebenswandel hingegeben und daß dies die Veranlassung gewesen, weshalb ihm vom Kaiser Krumau zum Aufenthaltsorte angewiesen wurde. Man durfte hoffen, daß der junge Mann in diesem Orte, der sich einer der herrlichsten Lagen in Böhmen erfreut, fern von großstädtischen Einflüssen der geordneten Lebensweise eines Landjunkers sich hingeben werde. Diese Hoffnung erwies sich jedoch von vornherein als eitel, denn gleich nach seiner Ankunft in Krumau verursachte Julius durch sein Benehmen nicht bloß allgemeines Aergerniß, sondern er reizte sogar die Wuth der Bürger gegen sich auf. Kein Mädchen war sicher vor seinen Angriffen, er fiel über jene, die ihm gefielen, nicht bloß auf den Straßen her, sondern drang selbst in das Innere der Häuser ein. Am 17. Dez. 1606 machte der Bürgermeister und Stadtrath dem kaiserlichen Hauptmann der Herrschaft Krumau die erste Anzeige von diesen Vorgängen und wiederholte sie später mit dem Bemerken, daß, wenn das empörte Volksgefühl sich an der Person des jungen Wüstlings vergreifen würde, man dies der Stadt nicht zur Last legen möge. Das, was der Stadtrath mit dieser Klage erreichen wollte, nämlich die Entfernung des Don Julius, erreichte er aber nicht, der letztere setzte unangefochten seine frühere Lebensweise fort. Da das von seinem Vater ausgesetzte Einkommen ihm nicht zu allen jenen Genüssen genügte, nach denen er begehrte, so häufte er Schulden an, zu deren Deckung er seine Umgebung mit Gewalt nöthigte. Die Aufseherin seines Haushaltes war eines der Opfer seiner Brutalitäten, sie mußte, vielfach bedroht von ihm, alles herbeischaffen, was er für nöthig hielt. Es zeugt von der eigenthümlichen Beschaffenheit der Finanzgebahrung jener Zeit, daß dieselbe sich mehrfach an die böhmische Kammer um den Ersatz der gemachten Auslagen wenden mußte und erst nach vielen Bitten zu

*) Alle diese Nachrichten entnehmen wir dem Archive von Simancas.
**) Brüssler Archiv. Vischer an Erzherzog Albrecht ddo. 21. Jan. 1612.

ihrem Ziele gelangte. Durch diese Vorgänge belehrt bat sie schon nach einem halben Jahr um Enthebung von ihrer Stelle.

In diese Verhältnisse kam im Februar 1608 eine Aenderung. Ein Jahr zuvor hatte Julius die Tochter eines Barbiers und Wundarztes in Krumau mit Zustimmung der Mutter, die des ganzen Werkes Urheberin war, zu sich genommen. Nachdem er längere Zeit mit dem Mädchen gelebt, ward er einmal, ohne daß sie ihm durch ihr Betragen eine Veranlassung geboten hätte, derart wüthend gegen sie geworden, daß er sie wund schlug, ihr sogar Stichwunden beibrachte und sie endlich in den Schloßteich hineinwarf. Es gelang ihr trotzdem, sich in das Haus des Vaters zu retten, bei dem sie nach sorgfältiger Pflege wieder genas. Kaum hatte der junge Wütherich dies erfahren, so verlangte er von dem Vater die Auslieferung der Tochter, was dieser natürlich verweigerte. Don Julius ließ ihn dafür ins Gefängniß werfen und verlangte von der Stadt, sie solle über denselben das Todesurtheil aussprechen! Nachdem der Barbier fünf Wochen lang im Kerker geschmachtet hatte und keine Erlösung für ihn zu hoffen war, entschloß sich seine Frau der Gewalt nachzugeben. Sie fand sich also mit ihrer Tochter im Schlosse ein, ließ sich von Julius einen Eid schwören, daß er derselben nichts mehr zu Leide thun werde und übergab ihm dieselbe. Dies geschah am Faschingsonntag, am folgenden Tage wurde der Barbier aus seinem Gefängnisse entlassen. Als darauf am Abend ein Diener in des Julius Zimmer Kerzen brachte, empfing ihn dieser ganz wüthend, verwundete ihn zweimal mit einem Dolche in die Hand und das drittemal in die Brust, so daß der Diener nur mit Mühe durch rasche Flucht sein Leben rettete. Hierauf befahl Julius der Barbierstochter einen Schlafpelz anzuziehen, sich auf's Bett zu legen und nun stach er ganz toll und rasend auf ihr herum, bis sie todt war. Nach dem Befund, den man mit dem Leichnam aufgenommen, hatte er ihr die Ohren abgeschnitten, ein Auge ausgeschält, die Zähne zerschlagen, die Hirnschale zertrümmert, so daß das Gehirn heraushing und Stücke Fleisch abgeschnitten, die im Zimmer herumlagen. Drei Stunden lang hatte dieses Mordgeschäft gedauert, weder das anfängliche Geschrei des Opfers, noch die Mißhandlung des Dieners hatten Leute herbeigelockt, um dem Treiben des Rasenden Einhalt zu thun und wenn sie herbeigekommen waren, so hatten sie nicht den Muth in das Gemach zu dringen! Nachdem Julius von seinem Wüthen ermüdet war, rief er einen Diener herbei, um den Leichnam wegtragen zu lassen, bevor dies aber geschah, bohrte er denselben nochmals durch. Am Morgen des folgenden Tages sah er sich die Leiche an, legte seine Finger in jede einzelne Wunde und schien Reue über seine That zu empfinden. Darauf ließ er den Leichnam in einen Sarg

legen und berief die Geistlichkeit des Ortes, um der Todten das Geleite zu der Grabstätte zu geben. Sie kam seinem Wunsche nach und im feierlichen Zuge, welchen Diener mit Windlichtern umgaben, wurde die Ermordete zu Grabe geleitet.

Diese Erzählung zeigt in Don Julius einen durch Schwelgerei mancherlei Art herabgekommenen und unzurechnungsfähigen Menschen. Die über diesen Vorgang nach Prag von dem Hauptmann der Herrschaft Krumau und von dem Stadtrath abgeschickten Berichte schreiben jedoch nicht seinem verwirrten Verstande die Veranlassung zu diesem Ereignisse zu, sondern lassen die Ursache nur in dem bösen Willen des jungen Mannes vermuthen, was unserer Ansicht nach nicht richtig ist. Es läßt sich bei ihm von Verdorbenheit des Charakters und von ungewöhnlicher Zügellosigkeit der Sitten bis zu dem Momente dieser That reden, allein der mörderische Anfall des Dieners und die darauffolgende Ermordung des Mädchens sind Thaten eines Tollen und Rasenden. Bestätigt wird unsere Ansicht durch des Julius ferneres Benehmen.

Es versteht sich, daß dieser Vorgang Entsetzen in Krumau hervorrief, dennoch wagte Niemand Hand an Julius zu legen und ihn in Gewahrsam zu bringen. Die Diener näherten sich dem jungen Manne nur, um ihm die Nahrungsmittel zu reichen, er selbst empfand von jetzt an kein Bedürfniß nach Gesellschaft und verließ das Schloß nicht einen Augenblick. Das Unbegreifliche an dem Vorgange ist aber die Haltung des Kaisers. Am Faschingsmontag (17. Februar 1608) war der Mord geschehen, die Nachricht nach Prag längstens den Tag darauf abgegangen und dem Kaiser alsbald hinterbracht worden. Statt wie es seine Pflicht war, den Befehl zur Verwahrung seines Sohnes abzuschicken, mochte dieser nun ein Verbrecher sein oder am Wahnsinn leiden, kümmerte er sich darum gar nicht und die Landesbeamten eben so wenig. Am 10. März bat der Krumauer Hauptmann, der vergeblich von Prag einen Auftrag erwartet hatte, auf das beweglichste um eine Instruktion für sein Verhalten. Er erzählte dabei, daß Don Julius seit dem Tode der Barbierstochter das Schloß nicht mehr verlasse, die Kleider nicht wechsle, das Geschirr zerschlage, die Wäsche zerschneide und ähnliches mehr. Die Dienerschaft halte sich, besorgt für ihr Leben, fern von ihm und nähere sich ihm nur, wenn sie ihm die Speisen zu bringen habe; zugleich herrsche die Besorgniß, derselbe könne in seiner Wuth das Schloß anzünden. Erst auf diesen Bericht, scheint es, faßte man in Prag den Beschluß, sich der Person des Don Julius zu versichern, wenigstens wurden ihm seit dem 18. März mehrere Wärter beigegeben und es war ihm von da an verwehrt, das Zimmer zu verlassen.

Zugleich wurde das Fenster desselben vergittert, damit er nicht herausspringen könnte.

Während seiner Bewachung zeigte sich täglich mehr bei Julius die Verdunklung des Verstandes. Als die Jahreszeit wärmer wurde, lehnte er alle Kleidung ab, lief nackt in seinem Zimmer herum oder setzte sich an's Fenster, indem er sich um den Leib eine Art Barbierschürze, die er sich aus seinem Hemde zugeschnitten hatte, band. So zeigte er sich den Blicken der Leute. In einem Berichte vom 10. September 1608, der über sein Befinden nach Prag abgeschickt wurde, werden diese Vorgänge erzählt und zugleich bemerkt, er mache manchmal so tolle Figuren in seinem Zimmer und stelle sich so an, als wäre er närrisch, zeitweise spreche er aber ganz vernünftig. Gegen den Winter zu bequemte er sich wieder zur Annahme von Kleidern. Diese Berichte scheinen in Prag endlich in Erinnerung gebracht zu haben, daß es kaum zweckmäßig sei, die Wartung des Wahnsinnigen einfachen Wärtern, die nur dafür sorgten, daß sich der Gefangene nicht am Leben schade, zu überlassen, und daß sonach ein Versuch zu seiner Heilung unternommen werden müsse. Man wandte sich deshalb an den früheren Hofmeister des Don Julius, Zagel, und ersuchte ihn mit einem Arzte, Namens Mingonius, nach Krumau zu reisen und zu versuchen, was zur Heilung des Kranken ersprießlich wäre. Zagel langte im November 1608 in Krumau an, reiste aber bald wieder fort und kam erst im Monate Januar 1609 zurück, um durch längere Zeit seine Heilversuche anzustellen. Er sollte die geistige Pflege, Mingonius die körperliche übernehmen. Wie er seiner Aufgabe nachkam, entnehmen wir einem Berichte des Krumauer Hauptmanns, der die Oberaufsicht führte. Zagel machte im Januar sechs Besuche bei Don Julius, ermahnte ihn jedesmal seine Unarten aufzugeben und durch die Beichte seine Seele zu entlasten. Es scheint darnach nicht, als ob der Hofmeister die rechte Heilmethode innegehabt hätte, denn er behandelte den jungen Mann wie einen vernünftigen Menschen, was er doch sicherlich nicht mehr war. Diese Ermahnungen erwiederte Julius gewöhnlich mit zornigen und beschimpfenden Reden. Zagel gab darauf seine Heilversuche auf und nun sollte Dr. Mingonius das seine thun. Dieser ordnete Kräuterbäder an, zu deren Gebrauch der Kranke eben so wenig vermocht werden konnte, wie zu einem Aderlaß, den die Gewohnheit jener Zeit bei allen Krankheiten in Anwendung brachte. Alles, was er gestattete, war, daß er sich von der Schmutzkruste, die seinen Körper seit mehr als Jahresfrist bedeckte, durch Waschen befreien ließ. Eine Geschwulst, die sich über einzelne seiner Gliedmassen um diese Zeit verbreitete, verschwand von selbst, nachdem sie in Eiterung übergangen war und Don Julius erfreute sich nach wie vor eines ungestörten körperlichen

Wohlseins. In der zweiten Hälfte des Monats Juni (1609) bildete sich jedoch wieder ein Geschwür in seinem Halse, das ihm das Athmen erschwerte. Trotzdem wies er jede ärztliche Pflege jetzt wie früher zurück und duldete selbst Niemanden in der Nähe seiner Zimmerthür. Die Athmungsbeschwerden erreichten allmälig eine bedeutende Höhe und nahmen selbst nicht ab, als das Geschwür endlich aufbrach. Statt Heilung zu bringen, hatte dies Tags darauf den Tod zur Folge. (25. Juni 1609.)

Der Tod des Wahnsinnigen fiel gerade in die Tage, während welcher sich Rudolf mit den böhmischen Ständen wegen des Majestätsbriefes in heißem Kampfe befand. In keiner Epoche seines Lebens war er derart aufgeregt, niedergeschlagen und wuthentbrannt, wie gerade in dieser, seine Umgebung fürchtete sich deshalb, ihm die Nachricht von dem Tode seines Sohnes mitzutheilen, so daß längere Zeit verging, bevor er von dem Verscheiden desselben Kunde erhielt.*) Der Leichnam war mittlerweile in der Klosterkirche von Krumau bestattet und eingemauert worden. Rudolf gab keinen Gegenbefehl und so blieb es dabei; was des Julius Hinterlassenschaft betraf, so war die böhmische Kammer dem etwaigen Wunsche des Kaisers nach ihrem Besitze zuvorgekommen und hatte den Auftrag gegeben, daß sämmtliche Gegenstände sorgfältig verpackt nach dem Prager Schloß gebracht werden sollten.

Diese Nachricht über des Julius natürliches Ende, die wir, so wie die sonstigen Angaben, authentischen Dokumenten — der Korrespondenz des mit der Ueberwachung des Wahnsinnigen betrauten Krumauer Hauptmanns — entnehmen, widerlegen somit die sonst geläufigen und ganz entgegengesetzten Berichte. Hammer, der Auktorität Khevenhillers folgend, erzählt, daß auf Befehl des Kaisers „dem Marchese Julius als einem Tyrannen und Mörder die Schlagadern im Bade geöffnet worden seien“. Auch in Böhmen verbreitete sich gleichzeitig das Gerücht von einem gewaltsamen Ende des Unglücklichen, und in der That konnte sein rascher Tod leicht den stets regen Argwohn der Menge wachrufen.

Die Geschichte des Marchese Julius ist nicht bloß wegen ihrer Beziehungen zu Rudolf von Interesse, sondern macht auch in anderer Weise unsere Aufmerksamkeit rege. Wohl mögen unsere Leser erstaunt gewesen sein, als wir erzählten, welcher Bedrückung der Barbier ausgesetzt war, weil er seine Tochter vertheidigte, und wie nichts geschah, um die Hand eines Wütherichs oder Wahnwitzigen von dem Morde zurückzuhalten. Die willkürliche Mißhandlung eines Vaters, der seine Rechte wahrt und das ruhige Gewährenlassen eines Mordes, der gleichsam unter den Augen einer

---

*) Brüssler Archiv. Vischer an Erzh. Albrecht ddo. 4. Juli 1609.

ganzen Stadt verübt wird, scheinen auf einen furchtbaren Druck, den die höhern Klassen der Gesellschaft auf das Volk ausübten, hinzudeuten. Man mag solches in Böhmen und zwar zur Zeit der ungeschmälerten Giltigkeit der ständischen Verfassung nicht erwartet haben. Gleichwohl paßt diese Thatsache zu den Verhältnissen des Landes und steht keineswegs einzig da. Der äußere Rahmen der böhmischen Verfassung ist im ganzen genommen unter Rudolf II derselbe gewesen, wie unter Georg von Poděbrad. Dennoch war in dieser Verfassung seit der Herrschaft der Jagellonen eine große Umwandlung und zwar im aristokratischen Sinne erfolgt. Der Adel stellte als Grundsatz auf, daß seine Rechtssphäre keiner Beschränkung unterworfen sei d. h. daß er nach Bedürfniß neue Rechte und Freiheiten sich beilegen dürfe, während das Volk nur so viel Recht besitzen sollte, als es durch besondere Privilegien erlangt hatte, ohne eine Erweiterung derselben anders als eine Gnade ansuchen zu dürfen. Unter der Herrschaft einer solchen Rechtsanschauung ward der Bauer in Böhmen leibeigen gemacht und waren die königlichen Städte allgemach tief unter ihre frühere Bedeutung herabgesunken. Sie waren ebenso wenig als Stand den höheren Ständen ebenbürtig, als wie ein Bürger es wagen konnte, sich einem Mitgliede des Herren- oder Ritterstandes gleichzudünken. *)

Diese aristokratische Entwicklung der Verfassungsverhältnisse Böhmens mußte sich zunächst in der Administration der Justiz geltend machen. Wir könnten zum Beweise, daß die Handhabung derselben eine parteiische war und entschieden zum Nachtheile des Volkes geübt wurde, noch mehrere Fälle aus derselben Zeit anführen, und damit den Beweis liefern, daß die Vorgänge in Krumau keine isolirte Erscheinung waren, begnügen uns aber mit einem einzigen, der wo möglich noch greller ist, als der mit Julius. Einige Jahre nach diesem Vorfall (1616) hatte Herr Jenik von Waldstein ein Werk über die geschichtlichen Ereignisse der letzten Zeit verfaßt und zum Theil durch den Druck veröffentlicht. Der Inhalt dieses Werkes, das leider verloren gegangen ist, war derart, daß Mathias sich angegriffen wähnte und den Verfasser vor das Gericht zur Verantwortung vorladen ließ. Als Zeuge sollte dabei der Setzer des Werkes fungiren. Um die Vernehmung des Zeugen unmöglich zu machen, bemächtigte sich Herr von Waldstein seiner Person und ließ ihn — hinrichten! Der königliche Zorn entlud sich nun mit voller Strenge gegen den Ausüber einer solchen Gewalt-

---

*) Ueber die Umwandlang der böhmischen Verfassung im aristokratischen Sinne, wie sie unter den Jagellonen vor sich ging, gibt die Wladislawische Landesordnung insbesondere aber Palacky in seinem neuesten Bande der böhmischen Geschichte die frappantesten Aufschlüsse.

that, aber die Strenge war nach der Art jener Zeit; Herr von Waldstein büßte mit der Erlegung einer allerdings bedeutenden Geldsumme. Slawata, der lange genug gelebt hatte, um den Unterschied zwischen den Zuständen unter ständischer Herrschaft und jenen unter der fast absoluten Ferdinands II beurtheilen zu können, erzählt in seinen Memoiren, daß von einer Bestrafung des Adels bei Missethaten, wie Mord und Gewalt, unter Rudolf und Mathias nicht die Rede war, daß es aber hierin seit Ferdinand II anders geworden sei. Die größere Herrschermacht, deren sich die Könige von Böhmen seit Ferdinand II erfreuten, führte allerdings zunächst zu einer gleichmäßigen Behandlung der Unterthanen, zwischen denen sich die Verhältnisse zu nivelliren begannen.

Anhang.

Ueber den Streit der Böhmen mit den Schlesiern wegen der Kanzlei.

Es ist von uns im vierten Kapitel dieses zweiten Bandes erzählt worden, zu welchen Verhandlungen es am Prager Generallandtage von 1611 zwischen den Böhmen und Schlesiern wegen der Kanzlei gekommen war; eine Einigung war damals nicht erfolgt, weil die Böhmen theils von ihren Rechten nicht ablassen wollten, theils merkten, daß den Forderungen der Schlesier die Absicht zu Grunde liege volle Selbstständigkeit zu erringen. So reisten also die schlesischen Deputirten unverrichteter Dinge von Prag ab, aber die Stände Schlesiens waren nicht geneigt ihre Sache aufzugeben, sondern das, was sie bei den Ständen Böhmens vergeblich gesucht, nunmehr von Mathias zu verlangen. Gegen Ende August 1611 war der letztere von Prag abgereist, um sich zuerst in den Lausitzen huldigen zu lassen, am 18. September langte er in Breslau an, um auch daselbst die Huldigung in Empfang zu nehmen. Diesen Augenblick hielten die Fürsten und Stände für günstig, um die Befriedigung ihrer Wünsche zu erlangen; schon den Tag darauf überreichten sie dem Könige eine Denkschrift, in welcher sie ihre Forderungen wegen der Kanzlei erörterten. Sie verlangten, daß die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten von einem eigenen Vicekanzler, mehreren Räthen und einem Sekretär besorgt werden sollten, die „ihren Respekt auf das Land haben," d. h. den Schlesiern und Lausitzern (und nicht den Böhmen) verpflichtet und unterthan sein sollten. Ihre Anstellung sollte derart erfolgen, daß von den Schlesiern und Lausitzern dem Könige gewisse Personen vorgeschlagen und von letzterem im Amte bestätigt wer-

den sollten. Während in Prag die Schlesier noch nicht davon gesprochen hatten, sich eine eigene Kanzlei zu errichten, sondern ihre Reden die Auslegung zuließen, daß die von ihnen präsentirten Vicekanzler, Räthe und Sekretäre in der böhmischen Kanzlei ihren Sitz haben und dem Kanzler unterthan sein sollten, traten sie jetzt unverhüllt mit der Forderung nach einer eigenen Kanzlei auf. Als Mathias diesen weitgehenden Wunsch nicht gewähren wollte, wurde ihm von den Schlesiern bedeutet, daß sie nicht früher zur Huldigung schreiten werden. Es wurden nun zwischen den Ständen und dem König mehrfach Schriften gewechselt, in denen die erstern von ihrem Standpunkte nicht um ein Haar abwichen, sondern mit immer größerer Bestimmtheit ihre Forderungen vertraten. Mathias ward dadurch in eine nicht geringe Verlegenheit gebracht; gab er nach, so setzte er sich den heftigsten Vorwürfen der Böhmen aus, gab er nicht nach, so verzögerte sich die Huldigung in unabsehbare Ferne. Er beschloß zuletzt dem nächsten Uebel auszuweichen, die Huldigung um den geforderten Preis zu erlangen, selbst auf die Gefahr hin, daß er mit den Böhmen in einen argen Konflikt gerathen sollte. Zu diesem Ende bot er den Schlesiern folgende Bedingungen an: Sie sollten ihm zur Stelle eines Vicekanzlers, zweier Räthe und eines Sekretärs so wie zweier Räthe bei dem böhmischen Appellationsgericht im Vereine mit den Lausitzern gewisse Personen präsentiren. Der Vicekanzler, zwei Räthe und der Sekretär sollten das Personale einer neuen Kanzlei bilden, die von der böhmischen unabhängig und allein die schlesischen und lausitzer Angelegenheiten besorgen sollte, diese Einrichtung aber nur eine provisorische sein, weil die Böhmen behaupteten, daß der Vicekanzler von ihrem Kanzler abhängen müsse und der König geschworen habe, die Rechte der Böhmen zu wahren. Auf einem künftigen Landtage solle diese Angelegenheit definitiv entschieden werden.

Mit diesem Anbote begnügten sich die Schlesier; sie hatten erreicht, was sie wollten, nämlich eine eigene Kanzlei, zwar nur „ad interim", aber dies kümmerte sie wenig, denn sie waren entschlossen diesen neuen Besitz gegen die Böhmen auf das äußerste zu vertheidigen und ihrem Lande die volle Unabhängigkeit von den letztern zu sichern. Wenn man nach dem eigentlichen Grund dieser mit beharrlicher Konsequenz angestrebten Trennung von Böhmen forscht, so tritt er aus den Akten nicht klar hervor, er scheint uns aber bei dem hervorragenden Antheile der schlesischen Fürsten an diesen Bestrebungen darin zu liegen, daß letztere auf diesem Wege zur unabhängigen Stellung deutscher Reichsfürsten gelangen wollten. Deshalb betonten sie später wiederholt, daß der König von Böhmen nur als Herzog von Schlesien ihr Herr sei, daß sie ein deutsches Lehen seien und ähnliches mehr. Sie lauerten auf die Gelegenheit, um

sich der Herrschaft des Hauses Habsburg zu entwinden und dann Deutschland zuzufallen, d. h. volle Unabhängigkeit zu erringen, was wiederum nur möglich war, wenn sie zuerst ihrer Abhängigkeit von Böhmen ein Ende machten. Deshalb diese energischen Anstrengungen, während ihr Mund vorläufig von Betheuerungen ihrer Treue gegen Mathias und sein Haus überfloß.

Die Entscheidung des Königs brachte einen tiefen Riß in das böhmische Staatswesen; die Schlesier machten von der erlangten Erlaubniß augenblicklich Gebrauch und im Gegensatz zur böhmischen Kanzlei erhob sich die schlesische. Die böhmische Krone hatte jetzt zwei Kanzleien oder um uns anders auszudrücken, zwei Ministerien des Innern. Der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz, der den Mathias seit seiner Abreise von Prag begleitet und den Verhandlungen in Breslau beigewohnt hatte, versuchte den König von der Nachgiebigkeit gegen die Schlesier zurückzuhalten, als dies erfolglos war, protestirte er gegen die Errichtung der schlesischen Kanzlei. Sein Protest wurde allgemein in Böhmen gebilligt, der Landtag konnte zwar nicht zu demselben seine Zustimmung geben, da er nicht versammelt war, aber unter den obersten Beamten und den Beisitzern des Landrechtes, des Kammergerichtes und des Hoflehngerichtes, die sämmtlich Mitglieder des Landtags waren und etwa ein Vierttheil seiner Mitglieder ausmachten, erhob sich keine Stimme dagegen, im Gegentheil alle waren entschlossen die Rechte des Landes zu vertheidigen.*) Als das Jahr 1612 vorüberging und noch immer kein Landtag berufen wurde, an dem diese Angelegenheit besprochen werden konnte, beschlossen die obersten Beamten und Räthe nicht länger zu säumen, sondern direkt von Mathias, der mittlerweile den deutschen Kaiserthron bestiegen hatte, die Herstellung des frühern Zustandes und die Auflösung der schlesischen Kanzlei zu verlangen. Die Mährer, welche sie von ihrem Entschlusse benachrichtigten, mißbilligten denselben nicht,**) denn sie hatten sich in dem Vertrag vom 27. Mai 1611 mit den Böhmen ausgeglichen und seitdem an der Einheit der Kanzlei

---

*) Es geschah öfters in wichtigen Fällen, wenn der Landtag nicht versammelt war, daß die obersten Beamten und Räthe zu gemeinschaftlicher Berathung zusammentraten. Ihre Beschlüsse, wiewohl sie natürlich nicht die Auktorität von Landtagsbeschlüssen hatten, und nur provisorischer Natur sein konnten, kamen ihnen an moralischer Bedeutung nahe. Denn die obersten Beamten und Räthe waren sämmtlich Mitglieder des Landtags und bildeten einen ansehnlichen Theil desselben. Ihre mit Majorität gefaßten Beschlüsse hatten so ziemlich alle Aussicht auch vom Landtage adoptirt zu werden.

**) Zuschrift der obersten Beamten und Räthe von Mähren an die Böhmen ddo. 6. Juli 1613.

festgehalten. Das Auftreten der Schlesier, welche einen Riß in diese Einheit bringen und überhaupt die böhmische Krone zerreißen wollten, konnte demnach die Zustimmung der Mährer nicht erlangen. Im Auftrage der obersten Beamten und Räthe von Böhmen begaben sich im Frühjahr 1613 der Obersthofmeister Adam d. j. von Waldstein und der Kanzler Lobkowitz zu Mathias nach Wien und verlangten die Auflösung der schlesischen Kanzlei. Mathias, der inzwischen selbst zur bessern Kenntniß über die besonderen Absichten der schlesischen Fürsten und über die staatsrechtliche Tragweite einer doppelten Kanzlei gekommen sein mag, wies die böhmischen Deputirten mit ihrer Forderung nicht ab, erklärte aber den Streit nicht anders entscheiden zu können, als durch eine Art von Schiedsgericht. Er wollte Vertreter sämmtlicher Länder der böhmischen Krone vor sich rufen, in deren Versammlung den Böhmen und Schlesiern zur Vertheidigung ihrer Rechte und Forderungen Gelegenheit bieten und dann auf Grund anerkannter Rechte und Gewohnheiten den Schiedsspruch thun. *)

Mit diesem Bescheide mußten sich die Böhmen vorläufig begnügen und die Berufung eines Landtages abwarten. Als Mathias einen solchen nach Budweis auf den 27. Januar 1614 ausschrieb, erinnerte er sich seines Versprechens und forderte die Schlesier auf, Deputirte zu diesem Landtage abzuschicken, um die im Jahre 1611 in Breslau nur provisorisch erledigte Kanzleiangelegenheit definitiv zu entscheiden. Jetzt war für die Schlesier ein entscheidender Moment gekommen, gingen sie nach Budweis und ward dort der Streit wegen der Kanzlei auf Grund des gesetzlichen Herkommens revidirt, so mußten sie die kürzern ziehen; sie entschlossen sich deshalb die Einladung abzulehnen und den Böhmen alles Recht abzusprechen, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen. In der Antwort an den Kaiser, in der sie ihm ihren Entschluß, nach Budweis nicht zu kommen, mittheilten, erklärten sie, der „anmaßlichen Beschwerde der Böhmen" wegen der Kanzlei keine Beachtung schenken zu können. Da sie klug genug waren einzusehen, daß, wenn sie zuletzt Sieger über die Böhmen bleiben wollten, sie den Kaiser auf ihrer Seite haben müßten, so wurden sie nicht müde, denselben zu versichern, daß die Einrichtung der Kanzlei sein Regale, sein Summum jus sei, auf welches die Böhmen keinerlei Ansprüche hätten, und daß, wenn er ihnen (den Schlesiern) die Errichtung einer eigenen Kanzlei gestattet habe, er sich streng innerhalb seiner Machtsphäre gehalten habe. **)

Das Ausbleiben der Schlesier von Budweis ließ die Kanzleifrage noch ferner unentschieden und sicherte vorläufig den unabhängigen Bestand

*) Antwort des Mathias den böhmischen Deputirten gegeben, ddo. 20. Mai 1613.
**) Antwort der Schlesier an den Kaiser ddo. 30. Januar 1614.

der schlesischen Hofkanzlei, — eine Bezeichnung, deren sich die Schlesier vorzugsweise gern statt des einfachen: „Kanzlei" bedienten. In Böhmen trug man diese dauernde Schmälerung früherer Gerechtsame schwer; nachdem der Budweiser Landtag ohne Frucht vorübergegangen war, drangen die Stände am Prager Generallandtage von 1615 mit aller Entschiedenheit in den Kaiser, daß er den im J. 1611 gemachten Fehler endlich gutmache, die böhmische Kanzlei in ihrem alten Umfange wiederherstelle und die Schlesier nöthige, eine Deputation zu den betreffenden Verhandlungen abzusenden. Diesem Drängen gab der Kaiser nach, indem er im folgenden Jahre (1616) die Böhmen und Schlesier aufforderte, Deputirte zu wählen, die in Gegenwart einer von ihm zu ernennenden Kommission ihre gegenseitigen Ansprüche wegen der Kanzlei erörtern und wo möglich unter einander einen Ausgleich treffen sollten. Da zu gleicher Zeit auch die Lausitzer und Mährer als mitbetheiligte Parteien zur Absendung von Deputirten zu den Ausgleichsverhandlungen eingeladen wurden und dieselben bereit waren dem Rufe zu folgen, so durften die Schlesier die Verhandlungen nicht ablehnen, wie sie sonst gern gewollt hätten.

Sämmtliche Deputationen trafen im Monate Juni 1616 in Prag ein, wo auch Mathias eben weilte. Von Seite der Böhmen wurden zu den Verhandlungen folgende Personen deputirt: der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der Oberstlandkämmerer Johann Sezima von Ousti, der Oberstlandrichter Georg von Talmberg, der Kanzler Zdeněk von Lobkowitz, der Obersthoflehnrichter Wilhelm Slawata, der Burggraf von Karlstein Graf Thurn, Friedrich von Dohna, Jaroslaw von Martinitz, Kaspar Kaplíř von Sulewitz, Prokop Dwořecky, Diwiš Černin von Chudenitz, Johann Mülner, Sekretär Michna, Dr. Eisen, Dr. Bornitius, Sekretär Philipp (Fabricius ?), Adam Leonhard, Martin Fruewein, Sekretär Plateis. — Von Seite der Mährer war der Landeshauptmann Ladislaus von Lobkowitz, dann die Herren: Karl von Žerotin, Jetřich von Kunowitz, Johann Čejka, Friedrich Janowsky und Heinrich Zahradecky zugegen. — Aus Schlesien waren gekommen: Karl Hannibal von Dohna, Weikhard von Promnitz, Dr. Geißler, Albrecht von Rohr, Dr. Heuscher und Georg Roßner von der Schweidnitz. — Aus der Oberlausitz erschienen: Hans Fabian von Prinkau, Fabian von Schönaich, Abraham von Mezrodt, Dr. Ambrosius Hadammer Syndicus von Bautzen, Gottfried Glich Syndicus von Görlitz und Sigmund Kindler Syndicus von Zittau. Endlich aus der Niederlausitz kamen: Heinrich Otto von Gerßdorf und Martin Steigius. Zu königlichen Kommissären, vor denen die Parteien ihren Streit führen sollten und die dann an den Kaiser über die Argumente und Forderungen derselben zu berichten hatten, waren von Mathias ernannt worden:

der Kardinal und Bischof von Olmütz Franz von Dietrichstein, und der Oberstburggraf von Böhmen Adam von Sternberg; ob noch ein dritter, ist uns nicht bekannt.

Die ständischen Deputirten schieden sich in zwei Theile, auf der Seite der Schlesier befanden sich die Lausitzer, auf der Seite der Böhmen die Mährer. Letztere, obwohl an dem Streite nicht unmittelbar betheiligt, aber die Tragweite der schlesischen Forderungen einsehend und entschlossen an dem Bestande der durch die Verträge von 1611 reformirten staatsrechtlichen Verhältnisse der böhmischen Krone nicht zu rütteln, nahmen für die Böhmen Partei und traten sonach für eine einheitliche Kanzlei auf; es gruppirten sich also die Deputirten so, daß der mehr deutsche Theil der Krone Böhmen dem slavischen gegenüberstand. — Da die gegenseitige Erbitterung der Parteien, namentlich der Böhmen und Schlesier, hoch gestiegen war, so fand man es nicht rathsam, sie unmittelbar mit einander verhandeln zu lassen, sondern erachtete es für zweckmäßig, sie nur mit den Kommissären verkehren zu lassen. Darnach sollten die Böhmen in Begleitung der Mährer ihre Forderungen den Kommissären mittheilen und dann sich entfernen. Darauf sollten die Schlesier mit ihren Assistenten vor die Kommissäre gerufen, ihnen das Begehren der Böhmen eröffnet und ihre Antwort wieder den Böhmen mitgetheilt werden und so fort.

Beim Beginne der Verhandlungen erhielten die Böhmen zuerst das Wort. Sie erklärten im Beisein der Mährer vor den Kommissären, daß sie die vollständige Restitution des Wirkungskreises der böhmischen Kanzlei und sonach die Auflösung der schlesischen verlangten. Als den Schlesiern dies Begehren mitgetheilt wurde, antworteten sie in ablehnender Weise, sie betonten mehr als je zuvor, daß die Einrichtung der Kanzlei „ein rein königliches Recht" (jus mere regium), ein dem Könige „allein eigenthümliches Regale sei". Als der König die Errichtung der schlesisch-lausitzer Kanzlei gestattete, habe er nur innerhalb seiner Rechte gehandelt und die Böhmen hätten keine Befugniß zu einer Einsprache oder einem Proteste. Sie erinnerten daran, daß, als die Verhandlungen im Jahre 1611 in Prag zwischen ihnen und den Böhmen in der Kanzleifrage zu keiner Einigung geführt hatten, ihnen von den letztern freigestellt worden sei, die Befriedigung ihrer Wünsche bei dem Könige zu betreiben; das und nichts mehr hätten sie gethan und so sei die schlesische Kanzlei errichtet worden.

Die Böhmen antworteten hierauf, indem sie zuerst bestritten, daß die Einrichtung der Kanzlei ein rein königliches Recht sei. Die Errichtung der schlesischen Kanzlei habe Mathias nicht als Herzog von Schlesien, sondern nur als König von Böhmen gestatten können, wie dies die Schlesier selbst zugäben; als König von Böhmen sei er aber durch seinen Eid in der

Kanzleifrage gebunden und die böhmische Landesordnung schreibe klärlich vor, wie es mit der Kanzlei beschaffen sein müsse. Als im Jahre 1611 die Schlesier von den Böhmen an den König gewiesen worden seien, so sei es nicht geschehen, weil man ihnen die etwaige Errichtung einer neuen Kanzlei habe gestatten wollen, sondern nur um sie auf die in der Kanzlei anzustellenden Personen einen Einfluß nehmen zu lassen.

Dem entgegen erwiederten die Schlesier, sie seien bereit zu gestehen, daß sie im Jahre 1611 in Prag nichts von der Errichtung einer eigenen Kanzlei gesprochen hätten, „dies aber könnten sie wohl mit Gewissen reden, daß es (die Errichtung einer selbstständigen Kanzlei) ihre Intention gewesen und zwar zu dem Ende, daß sie sich von den Herrn Beheimben ferner nicht regieren lassen noch unter derselben Gubernament sein wollen." Daß die böhmische Landesordnung bezüglich der Kanzlei solche Bestimmungen enthalte, wie sie von den Böhmen citirt werden, wollten sie nicht bestreiten, es gehe sie aber die böhmische Landesordnung nichts an, sie hätten eine eigene, die schlesische Landesordnung, und diese sei für sie Gesetz und Maß. Endlich sei Schlesien kein böhmisches, sondern ein Reichslehen.

Der Streit war durch diese Antworten und Gegenantworten auf ein Gebiet getreten, auf dem keine Einigung zu erwarten war; den Forderungen der Böhmen, welche die alten Rechte ihrer Krone und die Einheit des böhmischen Staatswesens vertheidigten, standen schroff die Ansprüche der Schlesier entgegen, welche dieser Einheit ein Ende machen wollten. Die Kommissäre berichteten über die gefährliche Wendung des Streites an den Kaiser und bekamen von ihm den Auftrag, die Deputirten um die Vorzeigung ihrer Vollmachten zu ersuchen. Ohne Zweifel wollte Mathias wissen, in wie weit die Schlesier zu einem Ausgleiche autorisirt seien. Die Böhmen und Mährer wiesen sich mit einer illimitirten Vollmacht aus, auch die Schlesier und Lausitzer besaßen eine solche, aber sie war von einer Instruktion begleitet, in der sie beauftragt wurden, zu keiner wichtigen Entscheidung eher ihre Zustimmung zu geben, bevor sie nicht die Erlaubniß hiezu von ihren Kommittenten eingeholt hätten. Damit zeigte sich, daß die schlesischen und lausitzer Deputirten eigentlich ohne Vollmacht waren, denn alles, was zur Verhandlung kommen konnte, war so wichtig, daß zu jedem einzelnen Punkte des etwaigen Vergleichs die Zustimmung aus Schlesien und der Lausitz abgewartet werden mußte. Die Verhandlungen erlitten auf dies eine längere Unterbrechung und zwar durch 20 Tage; entweder war Mathias mit sich im unklaren, welche Stellung er in dem Streite schließlich einnehmen solle oder er versuchte durch separate Verhandlungen die einzelnen schlesischen Fürsten zur Annahme eines minder schroffen Standpunktes zu bewegen. Endlich am 18. Juli berief der Kar- 1616

dinal Dietrichstein als Obmann der Kommission die Parteien wieder vor sich und zeigte ihnen an, daß der Kaiser mittlerweile eine Vermehrung der Kommissäre durch die Ernennung von drei neuen Mitgliedern vorgenommen habe, es waren dies der Kardinal Khlesl und die Geheimräthe Meggau und Harrach.

Nach dieser Anzeige theilte der Kardinal Dietrichstein den Deputirten mit, der Kaiser habe mit Mißfallen vernommen, daß der Streit der Parteien sich auf einem ungehörigen Gebiete bewege, das mit der Kanzleifrage nicht im Zusammenhang stehe. Der Kardinal verstand unter diesem ungehörigen Gebiete die staatsrechtlichen Erörterungen zwischen den Böhmen und Schlesiern. Er hatte gewiß Unrecht, wenn er diese Erörterungen als nicht im Zusammenhange mit der Kanzleifrage stehend betrachtete, denn die Entscheidung der letztern schnitt ja auf das tiefste in die staatsrechtlichen Verhältnisse der böhmischen Krone ein; offenbar ward diese Erklärung nur abgegeben, weil Mathias und seine Rathgeber sich vor der Erörterung so heiklicher Fragen fürchteten und sie aus der Diskussion zu verbannen suchten. Es war dies aber ein ganz vergebliches Bemühen, denn die Berathungen über die Einrichtung der Kanzlei mußten immer und immer zu der Frage führen: in welchem Verhältnisse stehen Böhmen und Schlesien zu einander? Der weitere Verlauf der Debatte bewies dies zum Ueberflusse.

An die vorläufige Mahnung, ungehöriges vom Streite auszulassen, fügte der Kardinal Dietrichstein die Bitte, die Parteien sollten die Beilegung des Kanzleistreites so rasch als möglich anstreben. Um ihnen einen Fingerzeig zu geben, innerhalb welcher Grenzen sich die Forderungen der einen und die Nachgiebigkeit der andern bewegen müßte, sprach er „seine Vermuthung“ über die etwaigen Absichten des Kaisers aus. So weit er über die letztern urtheilen könne, so dürfe man nicht erwarten, daß Mathias die Breslauer Bewilligung zurücknehmen würde, wohl aber dürfte er anordnen, daß die böhmische und schlesische Kanzlei wieder zu einem einheitlichen Körper verbunden, der Vicekanzler dem Kanzler zum Respekt verpflichtet d. i. untergeordnet und kein Dokument aus der Kanzlei ohne die Unterschrift des Kanzlers expedirt werde. Wiewohl der Kardinal erklärte, daß er nicht im Auftrage des Kaisers so spreche, sondern nur vermuthe, daß dies die Intentionen desselben seien, so war nicht zu zweifeln, daß seiner Erklärung eine höhere Autorisation zu Grunde lag. Sieht man dieselbe näher an, so zeigt sich, daß sie den Wünschen der Böhmen nachkam. Denn wiewohl Dietrichstein im Vordersatze erklärte, Mathias werde die Breslauer Bewilligung aufrecht erhalten, so enthält doch der Nachsatz das gerade Gegentheil. Nicht darin bestand die Bedeutung der Bres-

lauer Bewilligung, daß in der böhmischen Kanzlei ein Vicekanzler für Schlesien und die Lausitze saß, sondern darin, daß Schlesien und die Lausitze eine eigene Kanzlei hatten. Die Böhmen faßten den Sinn der Erklärung gleich richtig auf, und der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der regelmäßig den Sprecher für sie abgab, erwiederte in ihrem Namen, daß, wofern des Kaisers Intention der Vermuthung des Kardinals entspreche, die Einheit der Kanzlei hergestellt, der Vicekanzler für Schlesien und die Lausitz dem Kanzler „zum Respekt" verpflichtet und jedes Dokument aus der Kanzlei mit der Unterschrift des Kanzlers expedirt werden würde, Böhmen mit der Entscheidung des Kaisers zufrieden sein werde.

Kardinal Dietrichstein erklärte darauf, daß man nunmehr einen bestimmten Vertrag formuliren müsse, auf Grund dessen die Einheit der Kanzlei hergestellt und zugleich den Ansprüchen der Schlesier Rechnung getragen würde. Er schlug zu dem Ende vor, daß in der zu vereinbarenden Formel weder von einer Superiorität der Böhmen, noch von einer Subjektion der Schlesier die Rede sein solle, weil letztere dann unter keiner Bedingung zu einem Vertrage zu bewegen sein würden. Die Wiederherstellung der einheitlichen Kanzlei solle jedoch kein Präjudiz gegen die etwaigen Rechte, welche jedem Lande zukommen, schaffen, und alle sich von nun an so friedlich gegen einander benehmen, wie es für „inkorporirte Länder" gebühre. Die Wiedervereinigung der böhmischen und schlesischen Kanzlei sollte namentlich mit folgenden Worten festgesetzt werden: „Soviel die königliche Hofkanzlei, sowohl die böhmische als die deutsche anlangt, so wollen Ihre Majestät, daß dieselbe in ein Corpus unter den Respekt des obersten böhmischen Hofkanzlers gebracht und die schlesischen und lausitzer Sachen unter beider Parteien Subskription altem Brauche nach ausgefertigt werden soll."

Als die Böhmen diese Erklärung vernahmen, erhoben sie dagegen mehrere gewichtige Einwände. Sie waren erbötig, den Streit wegen der „Superiorität und Subjektion" auf sich beruhen zu lassen, d. h. die Frage nicht weiter zu erörtern, wie weit die Ueberordnung Böhmens über die inkorporirten Länder reiche. Das Resultat der gegenwärtigen Verhandlungen über die Kanzleifrage sollte also kein Präjudiz bilden, wie das Verhältniß zwischen Böhmen und Schlesien aufzufassen sei. Dagegen wollten sie nichts davon wissen, daß in der Ausgleichsformel Friede zwischen ihnen und den Schlesiern gewünscht werde, wie es sich für „inkorporirte Länder gebühre." Sie erklärten, Böhmen dürfe man kein inkorporirtes Land nennen, Böhmen sei das Stammland, in welches die übrigen Länder inkorporirt seien. Die Mährer, welche diesen Auseinandersetzungen beiwohnten, stimmten der Ansicht der Böhmen bei, überhaupt stellten sie sich völ-

lig auf ihre Seite und sahen den Kampf mit Schlesien wie ihren eigenen an. Weiter tadelten die Böhmen, daß in der Ausgleichsformel von einer „königlichen Hofkanzlei" und von einem „Hofkanzler" die Rede sei, sie wüßten nur von einer „böhmischen Kanzlei" und der Kanzler sei kein Hofkanzler, sondern „oberster Kanzler des Königreichs Böhmen." Um die wiederherzustellende Einheit der Kanzlei in der prägnantesten Weise hervortreten zu lassen, verlangten sie, daß der in dieselbe einzuführende Vicekanzler für Schlesien und die Lausitz dem Kanzler den Eid der Treue schwöre. Aus den Verhandlungen ist ersichtlich, daß sämmtliche Beamte der Kanzlei, selbst der seit dem Jahre 1611 angestellte Vicekanzler für Mähren dem Kanzler und nicht dem Könige den Eid leisteten. Die Forderung wegen des „deutschen" Vicekanzlers (so ward der schlesische häufig genannt) war also nur konsequent.

Als den Schlesiern die Ausgleichsformel und die Bemerkungen der Böhmen vorgelegt wurden, war es der erste Punkt, der ihre ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahm und ihre Opposition rege machte. Die Böhmen waren, wie erzählt worden, erbötig, bei Gelegenheit der Kanzleifrage nicht mehr über die Superiorität und Subjektion sich zu streiten, sondern über diesen Gegenstand vorläufig zu schweigen. Nach ihrem Vorschlage sollte es in der Ausgleichsformel heißen: „Und durch diese Traktation (in der Kanzleifrage) soll keinem Lande eine Superiorität oder Subjektion wider die vorige Inkorporation erzwungen werden, sondern es gänzlich dabei (d. i. bei den Bedingungen dieser Inkorporation) verbleiben." Dieser Satz seines diplomatischen Gewandes entkleidet lautete folgendermaßen: Wir Böhmen wollen bei dieser Verhandlung wegen der Kanzlei die Frage wegen der Superiorität oder Subjektion bei Seite lassen, bezüglich derselben soll einzig und allein das bisherige Inkorporationsverhältniß maßgebend sein. War vermöge desselben unsere Stellung eine superiore, und das behaupten wir, so kann diese durch die Einrichtung der Kanzlei, mag diese wie immer sich gestalten, nicht beschränkt werden. — Die Schlesier, welche den Sinn der vorgeschlagenen Formel recht gut begriffen, richteten zu allererst ihre Opposition gegen den Wortlaut derselben und schlugen folgende Fassung vor: „Es soll keinem Lande eine Superiorität oder Subjektion aufgezwungen werden, sondern bei der alten Inkorporation verbleiben." Ihrer Erklärung nach hatte diese Formel den Sinn, daß es zwischen den Ländern der böhmischen Krone kein Verhältniß von Superiorität und Subjektion gebe, sondern daß es bei den Bedingungen der Inkorporation verbleiben solle, die (nach der Behauptung der Schlesier) ein gleichberechtigtes Verhältniß geschaffen habe. Als den Böhmen diese Formel vorgelegt wurde, schlugen sie deren Annahme rundweg ab, ein

Beweis, daß die Schlesier den Sinn der böhmischen Formel ganz richtig interpretirt hatten. Die Kommissäre bemühten sich nun einem Vermittlungsvorschlag die Annahme zu verschaffen und einigten sich zuletzt mit den Böhmen über die Formel: „Und dieses alles (d. i. die Verhandlungen wegen der Kanzlei) soll keinem Land zu einer Superiorität oder Subjektion, auch an seinen Privilegien, Recht und Gerechtigkeiten und Inkorporationibus zu keinem Nachtheil gereichen." Diese Formel sollte nach der Meinung der Kommissäre kein Präjudiz schaffen, sie wahrte den Standpunkt der Böhmen, daß ihnen an ihren Rechten und an den Inkorporationsbedingungen nichts genommen werden solle, sie fixirte aber nicht diese Rechte und Bedingungen und ließ es den Schlesiern frei, über dieselben ihre eigenen Behauptungen aufzustellen. Nichtsdestoweniger würden letztere selbst diese Formel nicht angenommen haben, weil sie sich nicht gegen die Ansprüche der Böhmen erklärte, wenn nicht die Kommissäre auf sie einen Druck ausgeübt hätten. Gedrängt jedoch entschlossen sich die Schlesier endlich zur Annahme einer Formel, die für ihre Wünsche nichts zusagendes enthielt, aber dieselben nicht direkt verletzte.

Neun Tage hatte dieser Streit gedauert und endete mit der Aufstellung einer Formel, die einer zweideutigen Interpretation fähig war. Es sollten nun die Verhandlungen über die Vereinigung der schlesischen 29. Juli 1616
mit der böhmischen Kanzlei beginnen. Die Kommissäre, welche früher in kurzer Weise die Vereinigung „der böhmischen und deutschen Hofkanzlei" unter des „Hofkanzlers Respekt" vorgeschlagen hatten, wobei sie, wie wir berichtet haben, der Opposition der Böhmen bezüglich der Titulaturen begegneten, empfahlen jetzt folgende Bedingungen der Vereinigung: die im Jahre 1611 von den Schlesiern und Lausitzern ernannten Mitglieder ihrer Kanzlei: der Vicekanzler, zwei Räthe und ein Sekretär, sollen einfach in die böhmische Kanzlei eintreten, diese so erweiterte Kanzlei „böhmischer und deutscher Expedition" in einen einzigen Körper „unter den Respekt des obersten Kanzlers in Böhmen" gebracht und die „schlesischen und lausitzer Sachen unter desselben und des deutschen Vicekanzlers Subskription expedirt werden." Die Frage wegen der Eidleistung des Vicekanzlers sollte vorläufig nicht zur Erörterung kommen, sondern der Eid, welchen derselbe (Herr von Schönaich) im Jahre 1611 dem Mathias geleistet, für diesmal genügen. Erst bei einer Wiederbesetzung des Amtes sollte entschieden werden, ob der Vicekanzler dem König oder dem Kanzler den Eid zu leisten habe.

Die Böhmen, zuerst zur Abgabe ihrer Meinung aufgefordert, stimmten einigen Vorschlägen bei, bei andern dagegen schlugen sie Aenderungen von durchgreifender Wichtigkeit vor. So wollten sie das im Jahre 1611

ernannte Personal der schlesischen Kanzlei in die böhmische aufnehmen und von dem Vicekanzler Schönaich keinen neuen Eid fordern. Aber sie verlangten, daß derselbe sich wenigstens durch einen Handschlag dem Kanzler verpflichte und daß schon jetzt festgesetzt werde, ein künftig zu ernennender Vicekanzler habe dem Kanzler einen Eid zu leisten. Ferner wollten die Böhmen zugestehen, daß die Schlesier und Lausitzer dem Könige für die Besetzung der Stellen eines Vicekanzlers, zweier Räthe und eines Sekretärs, die vorzugsweise für die deutsche Expedition verwendet werden sollten, bei einer Vakanz geeignete Personen zur Anstellung empfehlen dürften, sie verlangten aber auch für sich das Recht, für dieselben Stellen eine doppelte Anzahl von Personen dem Könige präsentiren zu dürfen und letzterer sollte seine Wahl aus der böhmischen und schlesisch-lausitzer Liste treffen können. Diese Forderung, welche voraussichtlich die Schlesier erbittern mußte, war ebenfalls eine Konsequenz der Stellung der Mährer zur Kanzlei. Die Mährer hatten auf die Anstellung ihres Vicekanzlers nicht einmal jenen Einfluß, welchen die Böhmen jetzt den Schlesiern einräumen wollten. Die Böhmen durften die Schlesier vor den Mährern nicht begünstigen.

Wie zu erwarten stand, waren die Schlesier auf das höchste durch die Forderungen der Böhmen aufgebracht, denn nicht leicht konnten die letztern mit mehr Schärfe ihre Ansprüche auf eine höhere Berechtigung im böhmischen Staatswesen kundgeben, als dies in den dargelegten Forderungen geschehen war. Die Schlesier, von dem Grundsatz einer gleichberechtigten Stellung mit den Böhmen ausgehend, erwiederten, daß sie eben so wenig eine Einmischung derselben auf die Wahl ihrer Repräsentanten in der einheitlichen Kanzlei zugeben würden, als sie selbst sich eine Einmischung in die Anstellung des Kanzlers und der böhmischen Räthe erlaubten. Ebensowenig wollten sie zugeben, daß ihr Vicekanzler jetzt zu einem Handschlag und bei einem Wechsel der Person zu einem dem Kanzler zu leistenden Eide verpflichtet werde; sie verlangten, daß der Vicekanzler nur dem Könige schwöre. Die Böhmen verwarfen alle diese Einwände und namentlich den, daß, weil die Schlesier auf die Anstellung des Kanzlers keinen Einfluß übten, sie auch freie Hand in der Ernennung des Vicekanzlers haben wollten: die Bestellung der Kanzlei sei ein altes Recht Böhmens und könne durch die Opposition der Schlesier nicht verkürzt werden. Diesmal waren jedoch die königlichen Kommissäre nicht, wie es sonst der Fall zu sein pflegte, auf Seite der Böhmen. Sie meinten, daß die Frage wegen der Präsentation des schlesischen Kanzleipersonals durch Mathias im Jahre 1611 ein für allemal zu Gunsten der Schlesier entschieden sei, ebensowenig billigten sie die Forderung der Böhmen bezüglich des Handschlags. Da letztere nicht nachgeben wollten, schlugen die Kommissäre

einen Mittelweg vor. Die Frage, ob die Böhmen auf die Präsentation des schlesisch-lausitzer Kanzleipersonals einen Einfluß haben und ob der Vicekanzler dem Kanzler oder dem Könige einen Eid schwören solle, sollte erst bei einer Vakanz entschieden werden, „für diese Zeit" aber einfach die Vereinigung der schlesischen Kanzlei mit der böhmischen stattfinden. Da eine Veränderung im Personalstatus in nicht langer Zeit zu erwarten war, wahrscheinlich im Laufe von 3—4 Jahren, so wollten die Böhmen zugeben, daß die prinzipielle Entscheidung der zwei wichtigen Fragen verschoben werde, wenn ausdrücklich zugestanden würde, daß die Art, wie die Ernennung des schlesischen Personals diesmal vor sich gegangen war, nur „ad interim" gelten solle und wenn der Vicekanzler den verlangten Handschlag leiste. Nach langen Debatten gaben sie endlich zu, daß die Worte „ad interim" durch die Worte „für diese Zeit" ersetzt werden könnten und daß es von dem Handschlag sein Abkommen finden dürfe, wenn Mathias persönlich den Vicekanzler Schönaich in Gegenwart des Kanzlers zum Gehorsam gegen den letztern verpflichte. Unter diesen zwei Bedingungen sollte die Frage wegen der Eidleistung und wegen der Art der Besetzung der schlesischen Stellen bis zur künftigen Erledigung einer Stelle aufgeschoben werden, auf jeden Fall aber verlangten die Böhmen die ausdrückliche Zurücknahme der Breslauer Bewilligung vom Jahre 1611. Bei diesen Debatten stand namentlich Karl von Žerotin auf Seite der Böhmen, er wollte ausdrücklich jede Bewilligung an die Schlesier vor der prinzipiellen Entscheidung der wichtigen Fragen nur pro interim gelten lassen. Da die Kommissäre ihren Zweifel darüber äußerten, ob der Kaiser die Breslauer Bewilligung vollständig zurücknehmen würde, entschlossen sich die Böhmen, müde der langen Verhandlungen, zu einem äußersten Schritt. In einer Audienz, um die sie Mathias baten und die ihnen am 4. August ertheilt wurde, 1616
ersuchten sie ihn um die völlige Wiederherstellung der alten böhmischen Kanzlei und folglich um einfache Abweisung aller schlesischen Ansprüche. Der Kaiser erwiederte, das Begehren betreffe „eine schwere Sache" und er wolle hierüber erst mit sich zu Rathe gehen.

Man konnte sich keinem Zweifel mehr darüber hingeben, daß ein gütlicher Vergleich zwischen den Böhmen und Schlesiern zu den Unmöglichkeiten gehöre, da die staatsrechtlichen Ansprüche beider Parteien einander zu schroff gegenüber standen. Auch Mathias sah dies ein und er beschloß deshalb von den gütlichen Vergleichsverhandlungen abzusehen und den Streit durch ein Gericht entscheiden zu lassen. Schon am 7. August antwortete er den Böhmen, daß er den Streit zwischen ihnen und den Schlesiern einem Gerichte übergeben werde. Hiemit hatte jedoch seine Verlegenheit kein Ende erreicht, denn es entstand die Frage, wie das Gericht

zusammenzusetzen sei und worüber dasselbe urtheilen solle. Um sich aus diesem Labyrinth zu helfen, stellte Mathias an das Appellationsgericht die Frage, wie er das Gericht zusammenstellen und wer dabei als Kläger auftreten solle. Die Böhmen verlangten völlige Restitution der alten Kanzleiverfassung, während die Schlesier behaupteten, sie hätten die Rechte der Böhmen nicht verletzt, da die Einrichtung der Kanzlei ein königliches Regale sei. Mathias war deshalb im Zweifel, ob er bei einem Prozesse statt der Schlesier nicht selbst den Böhmen als Partei entgegenzutreten habe. Schließlich stellte er an das Appellationsgericht noch die Frage, ob, wenn die Beendigung des anzustellenden Prozesses sich in weite Ferne zurückziehen sollte, er „pendente processu" nicht eine „Interimsentscheidung" wegen der Kanzlei treffen könne.

Als die Böhmen die Nachricht erhielten, daß der Kaiser sich zur richterlichen Entscheidung des Streites entschlossen habe, waren sie damit zufrieden; vom ersten Anfange desselben, der in das Jahr 1609 zurückging, hatten sie nichts anderes verlangt, denn sie durften sicher sein, siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen. Bei einer richterlichen Entscheidung konnten die Parteien als Rechtsgründe nur Privilegien, Verträge und die bisherige Gewohnheit vorbringen, in allen diesen Beweismitteln waren die Böhmen den Schlesiern überlegen. Was die Besetzung des von Mathias vorgeschlagenen Gerichtes betrifft, so verlangten die Böhmen, daß Vertreter sämmtlicher Kronländer zu demselben berufen würden; in welchem Verhältniß diese Berufung stattfinden sollte, darüber sprachen sie sich vorläufig nicht aus.

Es kam jedoch so wenig zu einer richterlichen Entscheidung, wie es zu einem gütlichen Ausgleiche gekommen war. Mathias gelangte bald zu der Ueberzeugung, daß die Zusammenstellung des Gerichtes den größten Schwierigkeiten und unausbleiblichen Protesten von der einen oder der andern Seite unterliegen würde und daß der Streit, weit gefehlt, rasch beigelegt zu werden, sich erst recht in die Länge ziehen werde. In dieser Ueberzeugung mußte ihn eine Zuschrift der Schlesier (vom 11. Aug.), die gerade jetzt in Prag einlangte, nur noch mehr bestärken. Die in Prag weilenden schlesischen Deputirten hatten nämlich ihren Kommittenten die Nachricht gegeben, daß, ob nun ein Ausgleich zu Stande kommen werde, oder nicht, die Aufhebung der schlesischen Kanzlei von Mathias selbst beabsichtigt werde. Sie hatten zugleich nach Hause berichtet, welche Ansprüche von den Böhmen bezüglich der künftigen Aperturen im schlesischen Departement der böhmischen Kanzlei so wie bezüglich der Beeidigung des Vicekanzlers erhoben würden. Diese Nachrichten verursachten in Schlesien die höchste Aufregung, auf einer Versammlung von Fürsten und Ständen in

Breslau wurde die Abfassung eines energischen Protestes gegen die Richtung, welche die Verhandlungen in Prag genommen, beschlossen und derselbe an Mathias abgeschickt. In diesem Schreiben verwahrten sich die Schlesier in den stärksten Ausdrücken gegen die Wiederherstellung einer einheitlichen Kanzlei und erklärten, um keinen Preis von der im Jahre 1611 ihnen bewilligten unabhängigen Kanzlei ablassen zu wollen. Indem sie das Begehren der Böhmen als „Anmaßung" bezeichnen und von den Mährern, deren Haltung sie nicht wenig erbitterte, bemerken, daß sie sich ohne Noth in Dinge „einmischen", die außerhalb „ihrer Befugniß" liegen, fügten sie hinzu, daß Mathias im Jahre 1611 ihnen eine eigene Kanzlei bewilligt habe, weil dies in seiner absoluta regia potestas als Herzogs von Schlesien gelegen habe. Wenn er nun auf Andringen der Böhmen die schlesische Kanzlei aufhebe, so gestehe er ein, daß nicht er in Schlesien das Summus jus teritorii habe, sondern daß er dasselbe mit den Ständen Böhmens theile und mit ihnen nur eine konkurrirende Gerichtsbarkeit (concurrentem jurisdictionem) besitze. Er bestätige damit die Ansprüche der Böhmen auf Superiorität, mache sie zu Unterthanen der Böhmen, was sie (die Schlesier) nie und nimmer zugeben würden, denn sie hätten keinen andern Herrn über sich, als den Herzog von Schlesien und seien mit Böhmen nur unirt. Auf das nachdrücklichste verwarfen sie selbst eine nur provisorische Vereinigung der Kanzlei und erklärten zum Schlusse, daß sie hiemit ihre Deputirten von Prag abriefen, da sie nicht die Absicht hätten, in der Kanzleifrage ihren Rechten etwas zu vergeben.

Diese Sprache konnte den Kaiser sattsam überzeugen, daß zwischen Schlesien und Böhmen auch der Rechtsweg, den er im Sinne hatte, zu keinem Resultate führen werde, denn es war mit Gewißheit zu erwarten, daß die Schlesier es verweigern würden, denselben zu betreten, und wenn sie ihn betraten, daß sie jede Entscheidung, die den Böhmen zum Vortheil gereichen konnte, mit den Worten ablehnen würden: Schlesien habe mit Böhmen nichts zu schaffen. Andererseits wußte er eben so gut, daß die Böhmen um keinen Preis von den hergebrachten Rechten ihres Landes etwas ablassen, daß sie nicht freiwillig von dem Range herabsteigen würden, den sie unter den Ländern der böhmischen Krone einnahmen. Es war dadurch für Mathias ein überaus wichtiger Moment eingetreten; sollte er einen königlichen Machtspruch thun und sich für die Böhmen entscheiden oder sollte er den Schlesiern nachgeben? That er das erstere, so bekräftigte er die althergebrachten Ansprüche der Böhmen auf die Leitung des gesammten Staatswesens durch eine neue und jedenfalls gewichtige Entscheidung, that er das letztere, so lockerte er nicht bloß, sondern löste geradezu die Bande, welche die deutsche Hälfte der böhmischen Monarchie an

die slavische ketteten. Die Entscheidung für Böhmen konnte als eine konservative, die für Schlesien als eine Neuerung angesehen werden. Mathias und sein vertrautester Rathgeber Khlesl waren, wie aus den Verhandlungen hervorgeht, weder für die eine noch für die andere der streitenden Parteien eingenommen, sondern bestrebt auf dem Grunde des herkömmlichen Rechtes einen Ausweg zu finden. Bei diesem Standpunkte mußten sie naturgemäß auf Seite der Böhmen stehen und dies um so mehr, als durch das Auftreten der Schlesier ihr Mißtrauen gereizt wurde. Schon Ferdinand I hatte die Erfahrung gemacht, daß die Stellung der schlesischen Fürsten im böhmischen Staatsverbande eine solche sei, welche nicht gut zu einem monarchischen Staate passe, das ununterbrochene Hinüberschielen derselben nach dem deutschen Reiche zeigte, daß sie ihren Schwerpunkt und ihre Zukunft nicht im böhmischen Staatsverbande sondern in dem sich auflösenden Reichsorganismus suchten. Wenn für Khlesl, den scharfblickenden Staatsmann, an und für sich das historische Recht keine überzeugende Kraft gehabt hätte, so beugte er sich gewiß vor demselben, wenn damit die Macht und der Vortheil seines Herrn in Verbindung stand. Mathias war Träger der Krone Böhmen; der Schwerpunkt, die Macht und der Reichthum derselben waren vor dem Jahre 1620 unbestritten in Böhmen. Der Schwerpunkt eines Staates, wie er sich in Folge von Jahrhunderten entwickelt, läßt sich aber nicht willkürlich verlegen ohne eine Zerrüttung und Zertrümmerung des letztern zur Folge zu haben.

Diese und ähnliche Betrachtungen mag die Zuschrift der schlesischen Fürsten und Stände vom 11. August am kaiserlichen Hofe hervorgerufen haben. Der stolze, um nicht zu sagen anmaßende Ton derselben berührte äußerst unangenehm, die wiederholte Behauptung der Schlesier, daß die Einrichtung der Kanzlei zur absoluta regia potestas gehöre, konnte um so weniger bei Mathias und Khlesl verfangen, als ihr unverhüllt genug die Drohung angehängt war, daß, wenn Schlesiens Forderungen nicht erfüllt würden, sie sich thatsächlich (ipso facto) Recht schaffen könnten. Der Entschluß des Kaisers, der schlesischen Kanzlei ein Ende zu machen, wurde dadurch nur bestärkt und beschleunigt, die Durchführung des Entschlusses forderte jedoch große Vorsicht. Deshalb beschloß Mathias keine der hier erörterten prinzipiellen Fragen zu entscheiden, sondern vorläufig die Einheit der Kanzlei herzustellen, später, wenn die Gelegenheit günstiger war, sollte die Frage wegen der Vereidigung des Vicekanzlers und wegen der Besetzung der schlesischen Kanzleiabtheilung verhandelt werden. Khlesl war es namentlich, der diese interimistische Entscheidung betrieb.

Von derselben wurden am 27. August zuerst die Böhmen in Kenntniß 1616
gesetzt, die, da sie vorläufig ihre Wünsche befriedigte, damit zufrieden waren. Die Schlesier benachrichtigte Mathias von der interimistischen Reintegrirung der böhmischen Kanzlei in einem eigenen Schreiben, in dem er auf das schärfste den Ton ihrer Zuschrift vom 11. August tadelte. Der Kaiser, hieß es darin, habe den Werth der Behauptung der Schlesier, daß die Einrichtung der Kanzlei in seiner absoluta regia potestas liege, aus ihrem gegenwärtigen Betragen würdigen können, denn sie bemühten sich, das, was früher mere regium gewesen, nämlich die Einrichtung einer schlesischen Kanzlei, jetzt ihm zur unbedingten Pflicht (obligatorium et necessarium) zu machen. Er verbat sich zugleich die Untersuchung seines Rechtstitels auf Schlesien, ob er daselbst als König von Böhmen oder als Herzog von Schlesien herrsche, ob letzteres Land ein deutsches Lehen oder mit Böhmen unirt oder demselben inkorporirt sei, und verwies mit Strenge zum Gehorsam gegen die reintegrirte böhmische Kanzlei. Uebrigens versprach er beiden Parteien, den Böhmen und Schlesiern, daß er die Entscheidung der noch streitigen Fragen bei nächster Gelegenheit vornehmen werde. Anfangs wollte er sich verbindlich machen, dies binnen Jahresfrist zu thun, später besann er sich eines bessern und ließ die Zeitbestimmung weg. Weder er noch die Stände der böhmischen Kronländer haben wohl im entferntesten geahnt, daß es zu dieser Entscheidung nie kommen werde. In Folge des böhmischen Aufstandes von 1618 wurde die Kanzlei in der That zu einer „res mere regia", der Beiname „böhmisch" blieb ihr wohl, allein sie war eben so wenig böhmisch als schlesisch, sondern der gehorsame Vollstrecker der königlichen Dekrete.

Am 22. September wurden der Kanzler Lobkowitz und der Vicekanzler 1616
Schönaich zum Kaiser erfordert und ihnen mitgetheilt, daß von nun an die schlesische und böhmische Kanzlei in einen einzigen Körper zusammenzutreten haben. Für die Behandlung der Geschäfte wurde ihnen eine eigene Instruktion übermittelt, welche festsetzte, daß alle schlesischen und lausitzer Angelegenheiten vom Kanzler mit dem schlesischen Vicekanzler und Räthen berathen und von den beiden erstern alle erflossenen Entscheidungen unterzeichnet werden müßten. Für den Fall, daß der Kanzler an der Theilnahme bei den Berathungen verhindert sein sollte, dürfte der Vicekanzler in minder wichtigen Angelegenheiten seine Stelle suppliren, in wichtigern Fällen sollten aber die böhmischen Landesbeamten zu den Berathungen gezogen werden und natürlich des Kanzlers erste Stelle einnehmen. Die Beschlüsse der böhmischen Kanzlei in den schlesisch-lausitzer Angelegenheiten sollten unter dem Titel Decretum in consilio Regis Bohemiae expeditionis Sile-

siacae et Lusatiae expedirt werden. — Als die Nachricht von der Reintegrirung der böhmischen Kanzlei nach der Lausitz gelangte, erklärten die Sechsstädte der Oberlausitz freudig ihre Beistimmung zu derselben, gleiches war von jenen Fürstenthümern in Schlesien zu erwarten, die unmittelbar unter der Krone standen, nur die Fürsten trugen bitter die Niederlage und waren voll des tiefsten Grolls gegen die Böhmen.*)

---

*) Der Streit der Böhmen mit den Schlesiern über die Kanzlei, wiewohl in seinem späteren Verlauf nicht in die Regierung Rudolfs II gehörig, mußte doch hier auseinandergesetzt werden, um unsere Behauptung über die Tragweite dieses Streites — daß von seinem Verlaufe nämlich die Bedeutung der böhmischen Krone abhing — zu rechtfertigen und zugleich Licht über den verwickelten Gegenstand zu verbreiten. Wir bemerken nur noch, daß unsere Darstellung des ganzen Streites den Originalakten, wie sie im böhmischen Statthaltereiarchiv erliegen, entnommen ist.

Im Texte haben wir auch berichtet, daß die böhmischen Nebenländer nichts von der Existenz der Generallandtage wissen wollten. Schon im Jahre 1611 kämpften gegen denselben die Schlesier, im Jahre 1615 die Schlesier und Mährer an. Wir können uns hierüber nicht des weiteren auslassen. Dieser Gegenstand gehört in eine detaillirte Geschichte der Ereignisse von 1613—1620 und da wir dieselbe zu schreiben gedenken, so bietet sich dabei hinreichend Gelegenheit zur Erörterung der Generallandtagsverhältnisse.

Inhalt.

Kapitel III.

Kapitel IV.

Kapitel V.

Anhang.

Von demselben Verfasser ist erschienen:

Böhmen und Mähren
im
Zeitalter der Reformation.

Erste Abtheilung.

Geschichte der böhmischen Brüder.

Band I. II.

Zweite Ausgabe in 10 Lieferungen à 80 kr. oder 16 Ngr. —
Complet fl. 8.— öst. W. = Rthr. 5.10 Ngr.

Geschichte der Ertheilung
des
böhmischen Majestätsbriefes
von 1609.

Geh. fl. 2.12 kr. = Rthlr. 1.10 Ngr.

Prag. Carl Bellmann's Verlag.

Druck und Papier von Carl Bellmann in Prag 1865.